

**JOCHEN KIRCHHOFF**

**WISSENSCHAFTSFÖRDERUNG UND FORSCHUNGSPOLITISCHE  
PRIORITÄTEN DER NOTGEMEINSCHAFT DER DEUTSCHEN  
WISSENSCHAFT 1920-1932**

---

Erster Berichterstatter: Prof. Dr. Winfried Schulze

Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. Michael Brenner

Datum der mündlichen Prüfung: 24. 2. 2003

## **Vorwort**

Die vorliegende Arbeit ist die sprachlich durchgesehene Fassung meiner im Jahr 2003 bei der Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München eingereichten Dissertationsschrift zur Neueren Geschichte.

Vielen Kollegen und Freunden schulde ich Dank, den ich an dieser Stelle nur auf wenige Personen beschränken kann. Sehr herzlich gedankt sei Herrn Prof. Winfried Schulze, der das Thema meiner Dissertation angeregt und diese Arbeit engagiert betreut hat. Nicht zuletzt den zahlreichen Impulsen während seiner wissenschaftspolitischen Tätigkeit für den Wissenschaftsrat verdankt die Arbeit viele gedankliche Anregungen. Darüberhinaus bin ich der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Förderung der historischen Untersuchung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Rahmen eines Teilprojekts der DFG-Forschergruppe FOR 393 am Deutschen Museum sehr verbunden.

Dankbar erinnere ich der Großzügigkeit, mit der Herr Dr. Hans-Dietrich Schmidt-Ott (1905-2004) mir Einsicht in zahlreiche Quellen aus dem Familiennachlass in Berlin-Steglitz gewährt und mir viele Stunden gewidmet hat, um die Verdienste seines Vaters aus seiner Sicht zu erläutern.

Nicht zuletzt meinen Eltern bin ich für ihre langjährige, loyale Unterstützung auf meinem Wege und meiner Frau für ihre ermunternde Begleitung herzlich dankbar.

Jochen Kirchhoff

München, im Dezember 2007

Kontakt per E-Mail: [jochen.kirchhoff@me.com](mailto:jochen.kirchhoff@me.com)

## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>3</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>9</b>
<i>Forschungsstand</i> .....	9
Die Rückschau der Akteure .....	9
Autokratische Forschungspolitik? .....	12
Wege und Erträge der historischen Forschung zur Notgemeinschaft .....	14
<i>Quellen</i> .....	26
Vorhandene Quellen .....	27
Die Berichte der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft .....	27
Gedruckte Quellen zur Forschungspolitik im Deutschen Reich .....	29
Autobiographien .....	30
Der Tageskalender von Friedrich Schmidt-Ott .....	30
Die Geschäftsakten der Notgemeinschaft.....	32
Nachlässe.....	34
Quellenverluste.....	36
<i>Quellenkritik</i> .....	39
Die Sprache der Wissenschaft und die Rhetorik der Forschungspolitik .....	39
Diskretion und Diplomatie Friedrich Schmidt-Otts .....	43
Topoi der forschungspolitischen Rhetorik .....	46
<i>Erkenntnisinteresse, Fragestellung und These</i> .....	50
<b>1. Die Not der Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg, 1919-1923</b> .....	<b>55</b>
1.1 <i>Die ‚Not der Wissenschaft‘</i> .....	55
1. 1. 1 Nach der Niederlage: Wissenschaft als ‚Macht-Ersatz‘ .....	55
1. 1. 2. Die Reaktion der Wissenschaftspolitik auf den Entzug der chemischen Patente .....	57
1. 1. 3. Der Boykott der deutschen Wissenschaft .....	58
1. 1. 4 Die Debatte um den Rang der Bildung und Wissenschaft in der Verfassung.....	63
1. 1. 5. Die Krisis in den Wissenschaften und die „Not der geistigen Arbeiter“ .....	72
1. 2. <i>Der Aufbau der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft</i> .....	74
1. 2. 1. Die Initiativen der Preußischen Akademie und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft .....	75
1. 2. 2. Eine Gegengründung der Industrie? Die „Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der Physikalisch-Technischen Forschung“ .....	82
1. 2. 3. Gründungsakt und Bestimmung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft .....	87
1. 2. 4. Die Fachausschüsse: Peer-Review und Präferenzen .....	90

1. 2. 5. Bibliotheksausschuss .....	93
1. 3. Präferenzen der Wissenschaftsförderung in den Inflationsjahren.....	95
1. 4. Osteuropakunde und internationale Politik in der Rapallo-Ära.....	103
1. 4. 1. Auslandskunde .....	111
1. 4. 2. Die „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und ihr Präsident Friedrich Schmidt-Ott .....	114
1. 4. 3. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas .....	117
1. 4. 4. Die Entwicklung Sowjet-Russlands.....	120
1. 4. 5. Das Auswärtige Amt: Kulturpolitik und Ostkurs .....	122
1. 4. 6. Die Folgen von Rapallo: Der Ausbau der wissenschaftlichen Beziehungen mit Sowjet-Russland.....	123
1. 4. 7. Wissenschaftsförderung und Politik gegenüber Sowjet-Russland.....	128
<b>2. Die Notgemeinschaft und ihre neue Organisation der Forschung, 1924-1926.....</b>	<b>137</b>
2. 1. Die Atlantische Expedition des „Meteor“.....	137
2. 1. 1. Die Anregung durch die „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin“ .....	137
2. 1. 2. Die Reichsmarine, ihr Schiff „Meteor“ und die gescheiterten Pläne für eine „Deutsche Pazifische Expedition“.....	138
2. 1. 3. Das Forschungsprogramm der „Meteor“-Expedition .....	141
2. 1. 4. Eine weitere, geheime Forschungsagenda für die „Meteor“-Expedition .....	145
2. 1. 5. Ausstattungsfragen, Finanzierung und Konflikte um „Meteor“ .....	148
2. 1. 6. Der „Meteor“ auf See. Die Durchführung der Expedition als kooperatives Projekt von Marine und Forschung, 1925-1926.....	150
2. 1. 7. Die symbolische Wirkung der „Meteor“-Expedition für die Wissenschaftspolitik .....	155
2. 2. Die Erfindung der „Gemeinschaftsarbeiten“.....	156
2. 2. 1. Sparen und Abbauen.....	157
2. 2. 2. Ein „Not-Etat“. Die Prioritäten der Wissenschaftsförderung 1923/24 .....	165
2. 2. 3. Die verhinderte Abschaffung der Notgemeinschaft .....	168
2. 2. 4. Anregungen der Industrie und der Rockefeller Foundation .....	171
2. 2. 5. Eine „Kommission für Forschungsaufgaben“ .....	177
2. 2. 6. Die neue „Organisation der Forschung“ .....	192
2. 2. 7. Zur rhetorischen Funktion der Bezeichnung „Gemeinschaftsarbeiten“ .....	204
2. 2. 8. Denkschriften und Reden zur Etablierung der „Gemeinschaftsarbeiten“ .....	212
2. 3. „Gemeinschaftsarbeiten“ mit der Sowjetunion? .....	222
2. 3. 1. Diplomatie und Wissenschaft .....	222
2. 3. 2. Ein deutsch-sowjetisches Wissenschaftsabkommen? .....	227

2. 3. 3. Pläne und Projekte für deutsch-sowjetische „Gemeinschaftsarbeiten“ .....	232
<b>3. Die Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft 1927-1929 .....</b>	<b>240</b>
3. 1. Leitlinien der Forschungsförderung.....	240
3. 1. 1. Expeditionen.....	240
3. 1. 2. Infrastruktur der wissenschaftlichen Kommunikation .....	242
3. 1. 3. Kulturwissenschaften und Auslandskulturpolitik: Archäologie .....	242
3. 1. 4. Naturwissenschaften und Apparate.....	244
3. 1. 5. Verwendungsplan für das Budget .....	245
3. 1. 6. Verjüngung der Fachausschüsse .....	249
3.2. Die Erweiterung der „Gemeinschaftsarbeiten“.....	253
3. 2. 1. Neue „Gemeinschaftsarbeiten“ und neue „Sonderkommissionen“ .....	253
3. 2. 2. Das „Zonenunternehmen“ in der Astronomie als Gemeinschaftsarbeit.....	255
3. 2. 3. Überblick über die „Gemeinschaftsarbeiten“ und ihre weitere Ausrichtung .....	259
3. 2. 4. Die „Gemeinschaftsarbeiten“ und die Wirtschaft .....	263
3.3. Industrie und Wissenschaft? Das „Höhenflugzeug“ .....	266
3. 3. 1. Die „Gesellschaft für Höhenflugforschung e.V.“ .....	266
3. 3. 2. Transatlantikflüge und technische Voraussetzungen.....	268
3. 3. 3. Asmus Hansen und die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft .....	271
3. 3. 4. Bau und Finanzierung des „Höhenflugzeugs“ bei den Junkers-Werken .....	274
3. 3. 5. Das Höhenflugzeug JU 49 – eine Sackgasse? .....	276
3.4. Deutsch-Sowjetische „Gemeinschaftsarbeiten“.....	279
3. 4. 1. Forschungsrat und internationale Zusammenarbeit.....	279
3. 4. 2. Die „Russische Naturforscherwoche“ in Berlin .....	281
3. 4. 3. Die Expedition in den Pamir .....	284
Geographie .....	284
Glaziologie und die Methode der Photogrammetrie .....	285
Die Alpenvereins-Expedition in den Pamir 1913 .....	286
Die Konzeption der Pamir-Expedition 1926-1927 .....	287
<b>4. Erneute Not. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Krise der Republik, 1930-1932 .....</b>	<b>308</b>
4. 1. Krisenjahre und die Reaktion der Wissenschaftspolitik.....	308
4. 1. 1. Wirtschaftskrise.....	308
4. 1. 2. „forschung tut not“ .....	309
4. 1. 3. Politische Krise, autoritärer Staat und Budgetkürzungen .....	314
4. 2. Jubiläen. Zur Selbstdeutung der Notgemeinschaft am Beginn der Krisenjahre .....	321
4. 2. 1. Festlichkeiten zum 70. Geburtstag von Friedrich Schmidt-Ott .....	321

4. 2. 2. Die Erinnerungsmedaillen zum zehnten Gründungsjahr der Notgemeinschaft .....	323
4. 3. Die „Gemeinschaftsarbeiten“ in den Krisenjahren.....	329
4. 3. 1. Wissenschaft und Industrie: Kraftfahrzeugforschung.....	331
4. 3. 2. Die „Gemeinschaftsarbeiten“ von 1930 bis zum Ende von Weimar .....	334
4. 3. 3. „Gemeinschaftsarbeiten“ mit der Sowjetunion und Österreich.....	336
„Archaeopolis“. Die Ausgrabungen in Nokalakewi, SSR Georgien, 1930/31 .....	338
4. 4. „Deutsche Grönlandexpedition Alfred Wegener“ 1930 .....	345
4. 4. 1. Alfred Wegener .....	345
4. 4. 2. Messtechnik und Maschinen. Die Ideen für eine Grönland-Expedition .....	348
4. 4. 3. „Eismitte“. Forschungsprogramm und Tragödie einer Expedition .....	353
<b>Schluss .....</b>	<b>359</b>
<i>Vom Provisorium zur Institution .....</i>	<i>359</i>
<i>Wissenschaftspolitische Schwerpunktsetzungen – strategisch geplant? .....</i>	<i>360</i>
<i>Entscheidungswege im wissenschaftspolitischen Netzwerk.....</i>	<i>365</i>
<i>Nationale Wissenschaftspolitik und internationale Politik.....</i>	<i>370</i>
<i>Kritischer Rückblick auf die Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft der deutschen</i>	
<i>Wissenschaft während der Weimarer Republik .....</i>	<i>373</i>
<b>Anhang: Friedrich Schmidt-Otts Karriere und Erfahrungen in der Preußischen</b>	
<b>Wissenschaftspolitik vor 1918.....</b>	<b>378</b>
<i>Geburt, Herkunft und Ausbildung .....</i>	<i>379</i>
<i>Eintritt in das Preußische Kultusministerium.....</i>	<i>380</i>
<i>Wissenschaftspolitische Schwerpunktlegungen .....</i>	<i>384</i>
<i>Auslandsreisen und Internationale Wissenschaftspolitik .....</i>	<i>386</i>
<i>Heirat, Familiengründung und privates Leben .....</i>	<i>388</i>
<i>Aufstieg unter Althoff. Die Abteilung „Wissenschaft“ .....</i>	<i>392</i>
<i>Nach Althoff. Die Abteilung „Kunst und Wissenschaft“ .....</i>	<i>397</i>
<i>Erster Weltkrieg und Aufstieg zum Preußischen Kultusminister 1917/18 .....</i>	<i>404</i>
<i>Zusammenfassung.....</i>	<i>408</i>
Ehrungen, Mitgliedschaften, Ehrendoktoren etc. bis 1933 .....	413
<b>Benutzte Archive.....</b>	<b>415</b>

**Bibliographie ..... 416**

**Lebenslauf ..... 431**

## **Einleitung**

### **Forschungsstand**

Die Geschichte der Notgemeinschaft während der Weimarer Republik wurde von Historikern bisher nur in Teilen untersucht. Man konzentrierte sich wiederholt auf die frühen Gründungsjahre von 1919 bis 1924 und auf die sogenannte Krise des Jahres 1929. Alle Arbeiten stützten sich dabei auf eine einflussreiche Darstellung der Geschichte der Notgemeinschaft durch Kurt Zierold, dem ersten Generalsekretär der nach dem Zweiten Weltkrieg wiederbegründeten Deutschen Forschungsgemeinschaft. Da die meisten Historiker Zierolds Sichtweise fortschrieben, kanonisierte sich seine Perspektive auf die Notgemeinschaft. Eine kritische Würdigung des Forschungsstandes zur Geschichte der Notgemeinschaft erscheint daher angezeigt. Dabei sind zwei Schichten der Rezeption voneinander zu unterscheiden, nämlich die Rückschau wissenschaftspolitischer Akteure von der historischen Analyse durch professionell arbeitende Geschichtswissenschaftler. Aufgrund ihrer Zeitzeugenschaft sind dabei die wissenschaftspolitischen Akteure auch Quellen für die Historiker. Eine kritische Würdigung des Forschungsstandes sollte daher herausarbeiten, wie die Erinnerungen der Akteure bisher die Sichtweise der professionellen historiographischen Beiträge geprägt haben. Zudem soll erkennbar werden, wie sowohl die Erinnerungen als auch die historiographischen Beiträge aufgrund ihrer zeitbedingten Erkenntnisinteressen auf bestimmte Fragen hin ausgerichtet waren.

### **Die Rückschau der Akteure**

Nicht nur Kurt Zierold, sondern auch Friedrich Schmidt-Ott, der Gründungspräsident der Notgemeinschaft, hat seine Erinnerungen an die Notgemeinschaft als Beitrag zu deren Geschichte begriffen. Friedrich Schmidt-Ott veröffentlichte achtzehn Jahre nach seinem 1934 erzwungenen Rücktritt von der Präsidentschaft der Notgemeinschaft als Neunzigjähriger seine Autobiographie. Dieses Erinnerungsbuch beruht auf einem Manuskript, das Friedrich Schmidt-Ott während des Zweiten Weltkrieges angefertigt und mit einem etwa 400 Seiten starken Typoskript am 29. September 1944 abgeschlossen hatte. Die gedruckte

Autobiografie mit dem diskret anspielenden Titel „Erlebtes und Erstrebtes“ aus dem Jahr 1952 orientiert sich an einem jahrzehntelang persönlich geführten Tageskalender, der als wertvolle Quelle erhalten geblieben ist, chronologisch entlang der eigenen beruflichen Karriere.<sup>1</sup> Aussagekräftige Hinweise auf forschungspolitische Hintergründe, die über das in den gedruckten Quellen Erschließbare hinausgingen, finden sich in der Autobiographie nur selten. Es ist unwahrscheinlich, dass dies auf Tilgungen zurückzuführen ist. Das Manuskript ist zwar für den Druck erheblich redigiert worden, vor allem jedoch in stilistischer Hinsicht, denn das Typoskript ist engagierter, in Teilen polemisch formuliert.<sup>2</sup> Die schlussendlich gedruckte Autobiographie Friedrich Schmidt-Otts handelt nicht nur über die Notgemeinschaft, sondern über das gesamte berufliche und private Leben Friedrich Schmidt-Otts. In zahlreichen, einschlägigen Passagen seiner Memoiren gibt Friedrich Schmidt-Ott einen persönlichen Rückblick auf seine Arbeit in der Notgemeinschaft und schildert seine Leistung ohne falsche Bescheidenheit aus der Ich-Perspektive. Schon der sprachliche Stil des Rückblicks suggeriert eine autokratische Rolle, etwa bei der Entstehung der "Gemeinschaftsforschungen":

„Die Erfahrungen der ersten Jahre wie besonders die Lehren der "Meteor"-Expedition stärkten in mir das Bewusstsein, dass größere wissenschaftliche Erfolge in vielen Fällen nur durch Zusammenwirken einer größeren Zahl von

- 
- 1 Mit dem Titel seiner Autobiographie erwies Friedrich Schmidt-Ott seine Reverenz gegenüber Pfarrer Friedrich Rittelmeyer, einem evangelischen Prediger, prominenten Theologen und Mitbegründer der anthroposophischen „Christengemeinschaft“. Der Titel „Erlebtes und Erstrebtes“ zitiert eine Betrachtung von Friedrich Rittelmeyer aus dem Jahr 1909: „Der Pfarrer. Erlebtes und Erstrebtes“. Darin hatte Rittelmeyer „Aufzeichnungen“ niedergelegt, „wie man sie sich wohl in seinem Berufe macht, um den Ertrag seiner Erlebnisse festzuhalten.“ (Siehe Rittelmeyer, Friedrich: Der Pfarrer. Erlebtes und Erstrebtes, Ulm: Heinrich Kerler Verlags-Contor 1911, Vorwort.) Friedrich Schmidt-Ott benutzte Rittelmeyers Traktate wie z.B. dessen „Briefe über Selbsterziehung“ aus dem Johannevangelium sowie viele andere Publikationen jeden Sonntag für eine intensive religiöse Besinnung. Gleichwohl lässt sich Friedrich Schmidt-Otts Autobiographie infolge der Titelreferenz weder als eine Erweckungsgeschichte, noch als ein privates Bekenntnis interpretieren. Im Vordergrund der Schmidt-Ott'schen Memoiren steht die Erinnerung an familiäres Glück, der Erweis der beruflichen Tüchtigkeit in einer erfolgreichen Ministerialkarriere sowie manche Anekdote aus zahlreichen Reisen. In Bezug auf die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft findet man in der Autobiographie eine sachlich orientierte Darstellung einprägsamer Erlebnisse mit vielen Gelehrten. Friedrich Schmidt-Ott leitete offensichtlich keine forschungspolitischen Stellungnahmen aus seinen religiösen Überzeugungen ab.
  - 2 Mündliche Auskunft, Hans-Dietrich Schmidt-Ott, Berlin-Steglitz. Diese frühere Fassung des Erinnerungsbuchs war der historischen Forschung bisher nicht zugänglich. Es erscheint fraglich, ob ein Textvergleich der stilistisch bereinigten, gedruckten Autobiographie mit der Manuskriptfassung wesentliche Erkenntnisse zutage fördern kann.

Mitarbeitern nach einheitlichem Plan erreichbar seien [...]. Im Einvernehmen mit meinen parlamentarischen Freunden legte ich der Reichsregierung daher eine Denkschrift vor, in der ich besondere Mittel für Gemeinschaftsforschungen im Bereich der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohles erbat. Sie wurde im Einverständnis mit mir von Geheimrat Haber bezüglich des Nachwuchses ergänzt.“<sup>3</sup>

Diese recht typische Art der Selbstdarstellung Friedrich Schmidt-Otts in dessen Erinnerungsbuch sollte die Auffassung von der wissenschaftspolitischen Stellung des Gründungspräsidenten innerhalb der Notgemeinschaft außerordentlich nachhaltig prägen.

Kurt Zierold, der Geschäftsführende Vizepräsident der 1949 wiederbegründeten Notgemeinschaft und ihr bis 1964 amtierende Generalsekretär, hat im Ruhestand einen Rückblick auf seine beruflichen Erfahrungen in der Bonner Deutschen Forschungsgemeinschaft begonnen. Sein Unterfangen wuchs zu einem historisch informierenden „Handbuch“ an, das über die Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn seit ihrem ersten Hervortreten als Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in Berlin Auskunft geben wollte. Trotz des nahenden fünfzigsten Gründungsjahres der Notgemeinschaft 1970 wollte Kurt Zierold seine 1968 erscheinende Monographie weder als vorgezogene „Festschrift“ noch als „Propaganda für eine Person oder eine Institution“ bezeichnet wissen; stattdessen präsentierte er sie ausdrücklich als eine „Privatarbeit“, die weder im Verantwortungsbereich des Präsidenten noch des Vorstandes der Deutschen Forschungsgemeinschaft gelegen habe.<sup>4</sup> Zierold hatte zunächst geplant, sein Buch über die Deutsche Forschungsgemeinschaft gemeinsam mit August W. Fehling zu schreiben, dem Auslandsreferenten und noch lebendem „Experten der Notgemeinschaft“ der 1920er Jahre.<sup>5</sup> Fehling selbst hatte in den frühen 1960er Jahren daran gedacht, eine geschichtliche Darstellung der Wissenschaftspolitik des Preußischen Ministerialdirektors Friedrich Althoff (1839-1908) im Wilhelminischen Kaiserreich zu schreiben, musste jedoch aus

---

3 Vgl. Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes, Kapitel 29.

4 Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, Vorwort S. V.

5 Schreiben von Kurt Zierold an August W. Fehling, 23. Mai 1950, BAK N 1106 Nr. 86. Zu Zierolds Wunsch nach einer Ko-Autorschaft vgl. Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. VII.

Krankheitsgründen das eigene wissenschaftshistorische Vorhaben wie auch die angetragene Mitautorschaft an Kurt Zierolds Buch aufgeben.<sup>6</sup> So stützte sich Kurt Zierolds Darstellung auf die gedruckten Berichte der Notgemeinschaft, auf eine Auswahl der zwischen 1965 und 1967 im Keller der Bad Godesberger Geschäftsstelle zugänglichen Dokumente und Akten, der sog. „Sammlung Zierold“,<sup>7</sup> sowie auf die Rückschau der zeitgenössischen Akteure, vor allem auf die Autobiographie Friedrich Schmidt-Otts. Alle nach 1968 erscheinenden Arbeiten machten Kurt Zierolds Publikation und ihre Materialgrundlage zu ihrem Ausgangspunkt, sowohl in Hinsicht auf die bei Zierold dargebotenen Quellen als auch im Hinblick auf seine Interpretation der Forschungspolitik der frühen Notgemeinschaft.

### **Autokratische Forschungspolitik?**

Kurt Zierold setzte die Forschungspolitik der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit dem Führungsstil ihres Gründungspräsidenten Friedrich Schmidt-Ott gleich. Dieser habe als Präsident ein „autokratisches Führungsverhalten“ gezeigt, wobei ihm der Aufbau der Notgemeinschaft aufgrund einer „monarchischen Organisation“ die „souveräne“ Stellung zum entscheidungsmächtigen Hauptausschuss ermöglicht habe.<sup>8</sup> Tatsächlich seien aufgrund der Geschäftsführungsbefugnisse des Präsidiums letztlich „alle Einzelentscheidungen dem Präsidenten überlassen“ geblieben.<sup>9</sup> Zierold untermauerte seine Sichtweise mit einem Zitat aus einem Brief Fritz Habers vom 12. Mai 1933, in dem dieser Friedrich Schmidt-Ott unterstellt hat, er habe in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft das „Führerprinzip“ vertreten.<sup>10</sup> Damit war ein Reizwort verfügbar, auf das die nachfolgende Forschung häufig

---

6 Franz Kock: Fehling, August Wilhelm, (...), in: Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon. Herausgegeben im Auftrage der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte von Olaf Klose und Eva Rudolph, Band 4, Neumünster: Karl Wachholtz 1976, S. 65-68.

7 Vgl. Anmerkungen im Findbuch zum Bestand Bundesarchiv Koblenz R 73 Erster Teil.

8 Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 55.

9 Ebd., S. 47.

10 Schreiben Haber an Schmidt-Ott, 12. Mai 1933, teilweise abgedruckt bei: Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 52.

zurückgegriffen hat, um Friedrich Schmidt-Otts Stellung innerhalb der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft bündig zu charakterisieren. Die schlichte Berufung auf dieses Zitat blendet jedoch den historischen Kontext aus.<sup>11</sup> Denn der aus einer jüdischen Familie stammende Chemiker Fritz Haber verwendete den nationalsozialistischen Propagandabegriff „Führerprinzip“ in der genannten Quelle in polemischer Absicht, um gegen seine berufliche Ausgrenzung und Vertreibung zu protestieren, gegen die in der Notgemeinschaft offenbar niemand den Mut fasste zu widersprechen. Ein anderes Bild, als es der Vorwurf suggeriert, Friedrich Schmidt-Ott habe über die Notgemeinschaft wie ein Autokrat geherrscht, vermittelt die Charakterisierung der Persönlichkeitszüge Friedrich Schmidt-Otts, die Kurt Zierold aus persönlicher Kenntnis schilderte: „großes diplomatisches Geschick“ bescheinigte er dem Kultusbeamten, „Organisationstalent“ sowie eine ausnehmende „Zähigkeit in der Verfolgung einmal gesteckter Ziele“.<sup>12</sup> Friedrich Schmidt-Ott habe eine „betonte Freundlichkeit im Umgang mit hoch und niedrig“ geübt. Die Arbeit im Präsidium der Notgemeinschaft sei, wie Kurt Zierold fand, „im ganzen reibungslos“ gelaufen. Kurt Zierold lobte sogar, dass sie „in den urbansten Formen vonstatten ging.“<sup>13</sup> Diesen Stil Friedrich Schmidt-Otts beschrieb Erich Wende, der damalige persönliche Referent des Preußischen Kultusministers Carl H. Beckers, auch mit folgenden Worten: „Behutsam ging er die Wege möglichen Einvernehmens mit möglichst vielen.“<sup>14</sup> Die vielfachen Abhängigkeiten hätten der Notgemeinschaft die „Notwendigkeit zu geschicktem Lavieren“ auferlegt und „positive Kompromisse“ zur Voraussetzung ihres forschungspolitischen Erfolgs gemacht. In der Regel zirkulierten dabei forschungspolitische Ideen auch zwischen den verschiedenen

---

11 Bereits Johannes Jaenicke, Habers erster Biograph, hat auf die kollegiale Führung der Notgemeinschaft hingewiesen, an der Haber maßgeblich beteiligt war, vgl. Jaenicke, Johannes: Fritz Habers späte Jahre und die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, in: *Fridericana. Zeitschrift der Universität Karlsruhe* 35 (1984) Heft Dezember, S. 56-63, hier S. 61.

12 Zierold, Kurt: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 40.

13 Ebd., S. 52.

14 Wende, Erich: *Carl Heinrich Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik*, Stuttgart 1959, S. 60, auch zitiert bei Zierold, Kurt: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 40 Anm. 2.

Wissenschaftsorganisationen. So reklamierte Friedrich Glum, der Geschäftsführer und Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik, in seinen Memoiren die wissenschaftsorganisatorische Idee, "Forschungsgemeinschaften" zu gründen, wie das die Notgemeinschaft dann begann, um "junge, aussichtsreiche Gelehrte an den Hochschulen ausfindig zu machen und sie dort zu fördern", für sich: "Dies war einer meiner Programmpunkte."<sup>15</sup> Wie die vorliegende Arbeit zeigt, entstanden solche wissenschaftsorganisatorischen Neuerungen aber gerade nicht im Alleingang, sondern nach vorhergehender gemeinsamer Absprache. Das Führungsverhalten Friedrich Schmidt-Otts in der Notgemeinschaft wird dementsprechend in den zeitgenössischen Quellen übereinstimmend als diplomatisch, höflich, konsensbemüht und kompromissbereit geschildert. Dies steht im Widerspruch zu der durch Kurt Zierold erstmals formulierten und in der gegenwärtigen Forschung kanonisierten Ansicht über Friedrich Schmidt-Otts forschungspolitischen, vermeintlich autokratischen Stil in der Leitung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.

### **Wege und Erträge der historischen Forschung zur Notgemeinschaft**

Zum Jubiläumsjahr 1970 erschien eine informierende, offizielle Festschrift der Deutschen Forschungsgemeinschaft aus der Feder von Thomas Nipperdey und Ludwig Schugge. Diese verließen sich auf die Faktendarlegung bei Kurt Zierold und verwendeten kein weiteres Archivmaterial. Die zeitgeschichtlichen Umstände, insbesondere die Studentenrevolte an den bundesdeutschen Universitäten, die provozierende Befragung der akademischen Autoritäten über deren Haltung zum Faschismus und die historischen Fachkontroversen über mentale Prädispositionen und nachweisbare Kontinuitäten des Macht- und Obrigkeitsdenkens in Deutschland prononcierten die Deutung Friedrich Schmidt-Otts als Mitglied einer in Verdacht geratenen Elite. Die Tatsache, dass Friedrich Schmidt-Ott, angeblich „in Feldgrau“, im Juni 1921 drei Wochen lang den exilierten Kaiser im

---

15 Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 310. Glum meinte mit diesem Programmpunkt nicht die Organisation der „Gemeinschaftsarbeiten“, sondern das Instrument des Einzelforschungsstipendiums, das die projektgebundene akademische Arbeit an Hochschulen ermöglichen sollte.

holländischen Doorn besucht hatte, passte als Detail nur zu gut in die sich stabilisierende Charakterisierung eines wilhelminischen Autokraten, der die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Griff gehalten habe.<sup>16</sup>

In Kontrast zu dieser kritischen Haltung gegenüber den vermuteten Schattenseiten einer Wissenschaftsorganisation in der gescheiterten Demokratie von Weimar begann die Wissenschaftsgeschichte während der 1970er Jahre, Traditionslinien und Paradigmen der Physikgeschichte aufzuzeigen und bezog dabei die Rolle der Wissenschaftsförderung in ihre Untersuchungen mit ein. So interessierten sich auch die Wissenschaftshistorikergruppe um Thomas S. Kuhn, John L. Heilbron und Paul Forman von 1961 bis 1963 an der University of California in Berkeley im Rahmen ihrer umfangreichen Quellenerschließung der „Sources for History of Quantum Physics“ für die Aktivitäten der Notgemeinschaft. Um für die Geschichte der Quantenphysik in den 1920er Jahren den Beitrag festzustellen, den die Forschungsförderung im Deutschen Reich leistete, hat Steffen Richter die Unterlagen zur Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in der Physik untersucht.<sup>17</sup> Steffen Richter schlug dabei forschungsstrategisch einen Weg ein, den Paul Forman in seiner kritischen Rezension von Kurt Zierolds Handbuch angemahnt hatte, nämlich

“that the historian who would investigate the significance of a source of project grant support for research achievement must have the will and the criteria to wind his way downward, ultimately to one of the 26 ‘discipline committees’ or even beyond to one of the 150 subdisciplines.”<sup>18</sup>

Kurt Zierold hatte von wissenschaftshistorischen Erörterungen Abstand genommen, die den Rahmen seiner Bemühungen überstiegen hätten.<sup>19</sup> Steffen

---

16 Nipperdey, Thomas / Schmutge, Ludwig: 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriss der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920-1970, Bad Godesberg: Deutsche Forschungsgemeinschaft 1970. Nipperdey/Schmutge erwähnten nicht, dass der Exilkaiser nach dem Tod seiner Frau, der Kaiserin, um einen Kondolenzbesuch seines früheren Schulkameraden und letzten Kultusministers gebeten hatte. (Mündliche Mitteilung Hans-Dietrich Schmidt-Ott, sowie von der Heydt, Eduard / von Rheinbaben, Werner: Auf dem Monte Verità. Erinnerungen und Gedanken über Menschen, Kunst und Politik, Zürich: Atlantis 1958, S. 127.)

17 Steffen Richter: Forschungsförderung in Deutschland 1920-1936. Dargestellt am Beispiel der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und ihrem Wirken für das Fach Physik, (Technikgeschichte in Einzeldarstellungen 23), Düsseldorf 1972, S. 5-69.

18 Forman, Paul: Rezension zu Zierold 1968, in: Isis 61 (1970) Heft 1, S. 149-151, hier S. 151.

19 Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 35 und S. 258.

Richter dagegen bezog erstmals detailliert wissenschaftshistorische Entwicklungen eines Fachs bzw. einer Spezialdisziplin, der theoretischen (Quanten-)Physik, die durch die Notgemeinschaft gefördert worden war, mit ein und wertete dafür auch die Bewilligungsakten der Notgemeinschaft aus. Richter belegte dabei erstmals archivalische Lücken in den damals weithin ungeordneten Förderunterlagen. Auf diesen Quellenbefund und seine Bedeutung für die historische Forschung zur Notgemeinschaft ist noch gesondert einzugehen. Paul Forman benannte jedenfalls erstmals eine zentrale forschungsstrategische Herausforderung an die Geschichtsschreibung über die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Diese wird nämlich erst erschließbar, wenn man ihre Organisationsgeschichte mit den durch die Notgemeinschaft geförderten Wissenschaftsentwicklungen in Zusammenhang bringt. Lange ist die historische Forschung allerdings dieser Aufgabe ausgewichen und untersuchte andere Aspekte der Notgemeinschaft. Mitte der 1960er Jahre entstanden etwa in Genf vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und seiner restriktiven Folgen für die internationale wissenschaftliche Kommunikation zwischen Ost und West einige politikwissenschaftlichen Arbeiten über die Geschichte der internationalen Wissenschaftsbeziehungen. Brigitte Schroeder-Gudehus zeigte dabei die auslandskulturpolitischen Gründungsintentionen der Notgemeinschaft auf, deren Entstehung nun auch begreifbar wird als eine Reaktion auf den wissenschaftlichen Boykott der frühen Zwischenkriegszeit zwischen 1918 und 1926. Schroeder-Gudehus legte insbesondere dar, wie die Kulturpropaganda der frühen 1920er Jahre mit ihrer rhetorischen Formel von der „deutschen Wissenschaft“ als „Macht-Ersatz“ die Zustimmung im Reichstag zur öffentlichen Finanzierung der akademischen Forschung erhöhte.<sup>20</sup> Ebenfalls durch den Ost-West-Konflikt geprägt blieben die in den 1970er Jahren in der DDR entstandenen Beiträge zur Notgemeinschaft. Die institutionengeschichtliche Perspektive, die in diesen Studien verfolgt wurde, blieb ideologisch verbogen: Ausgehend von der Unterstellung, dass die Weimarer Republik imperialistisch orientiert gewesen sei, rechnete sie die Notgemeinschaft zu den Lenkungsorganen eines expansiven Kapitalismus und deutete das Eintreten

---

20 Schroeder-Gudehus, Brigitte: The Argument for Self-Government and Public Support of Science in Weimar Germany, in: *Minerva* 10 (1972) Heft 4 (October), S. 537-570, S. 552.

für die wissenschaftliche Selbstverwaltung als ein bloßes rhetorisches Feigenblatt einer im Kern industrieabhängigen Körperschaft. Nachfolgende wissenschaftshistorische Arbeiten in der DDR festigten das Bild von der Notgemeinschaft als einem

„[...] Zweckverband, der nach dem ersten Weltkrieg gegründet worden war und die Folgen der Isolierung Deutschlands von den anderen kapitalistischen Staaten durch Förderung der naturwissenschaftlich-technischen Forschung und anderer Bereiche beseitigen oder mildern sollte.“<sup>21</sup>

Ganz der Lagerbildung des Kalten Kriegs verpflichtet blieb auch die Deutung der deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen der Notgemeinschaft, die ab 1924, wie noch zu schildern sein wird, durch konservative Gelehrte mit dem revolutionären Russland geknüpft worden waren. Die DDR-Geschichte feierte diese deutsch-sowjetischen Beziehungen als frühe Beispiele eines willkommenen Ausscherens des republikanischen Deutschlands aus der kapitalistischen Welt. Eine umfassendere organisations- und wissenschaftshistorische Einordnung der Notgemeinschaft blieb freilich außerhalb des Erkenntnisinteresses der DDR-Geschichtsschreibung.

Die erste, im eigentlichen Sinne forschungspolitische Analyse der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nahm Gerald D. Feldman 1987 vor.<sup>22</sup> Feldman problematisierte den Anspruch der Autonomie und Selbstverwaltung der Wissenschaften in den 1920er Jahren und kontrastierte diesen Anspruch mit den gewachsenen Abhängigkeiten, in die die Wissenschaften seit den 1960er Jahren mit der Entstehung der Großforschung und deren gestiegenem Aufwand für die industrielle Forschung und Entwicklung geraten waren. Gerald D. Feldmans These lautete, dass die Preußische Wissenschaftspolitik unter Friedrich Althoff als Inkubationsphase der modernen Forschungspolitik zu verstehen sei. Diese habe das liberale Erbe der Lehr- und Lernfreiheit trotz expandierender Studentenzahlen und trotz einer steigenden Nachfrage nach Ingenieuren bewahren können, indem

---

21 Hans-Günther Körber: Alfred Wegener, (=Biographien hervorragender Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner 46), 2. erw. Aufl. Leipzig (DDR): Teubner 1982, S. 42.

22 Feldman, Gerald D.: The Politics of "Wissenschaftspolitik" in Weimar Germany: A prelude to the dilemmas of twentieth-century science policy, in: Changing boundaries of the political. Essays on the evolving balance between the state and society, public and private in Europe, hrsg. v. Charles D. Maier, Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1987, S. 255-287.

sie den Aufbau einer anwendungsoffenen, außeruniversitären Forschungsinfrastruktur gefördert habe, wie z.B. in der Göttinger Vereinigung 1899 oder in den Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911. In gleicher Weise begriff Gerald D. Feldman den Aufbau der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft als eine infrastrukturelle Lösung für das forschungspolitische Problem, die Wahlfreiheit über Forschungsthemen in der Entscheidung der Forscher selbst zu belassen. Das neue System der disziplinären Fachausschüsse rangierte dabei – so Feldman – als Garant einer Autonomie, die geschickt durch Zugeständnisse außerhalb der disziplinären Forschungsförderung, v.a. durch die Einrichtung der utilitaristisch formulierten Schwerpunktprogramme („Gemeinschaftsarbeiten“), erhalten worden sei.<sup>23</sup> Wenngleich Gerald D. Feldman für diese Vermutung keinen Beleg anführte, so wies er eine dreifache Parallele der Weimarer Wissenschaftspolitik zur forschungspolitischen Problematik der 1970er und 1980er Jahre auf: die Wissenschaften waren auf staatliche Budgets angewiesen geblieben, der Staat musste Prioritäten zwischen angewandter und Grundlagenforschung bestimmen und die finanzielle Gewichtung zwischen naturwissenschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Disziplinen austarieren. Die gleiche Problemlage, inwieweit der Staat in die Wissenschaft steuernd eingreifen solle, diagnostizierte Gerald D. Feldman bei der Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik. Er kennzeichnete die Beziehungen zwischen Wissenschaft, Staat und Wirtschaft im Deutschen Reich der 1920er Jahre als

„oscillation between intervention in the public interest and withdrawal in appreciation of the efficiency of expert peer review and self-government“.<sup>24</sup>

Für die weitere Geschichtsschreibung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ist aus Feldmans These zu folgern, dass sich die geförderten Wissenschaftszweige jeweils kontextspezifisch eher autonom oder in Richtung ihrer Finalisierung entwickelt haben dürften. Kritisch ist Gerald D. Feldman entgegenzuhalten, dass das scheinbar nur der wissenschaftlichen Selbstregulierung verpflichtete „expert peer review“ ebenfalls als dezidiert interessierter Akteur in der Wissenschaftspolitik aufgefasst werden muss. Hier

---

23 Ebd., S. 270.

24 Ebd., S. 282.

weist die ansonsten richtungsweisende forschungspolitische Analyse Feldmans einen blinden Fleck auf.

In den 1990er Jahren legten mehrere Historiker kürzere Beiträge zur Geschichte der Notgemeinschaft vor, die den bis dahin erreichten Forschungsstand nicht immer maßgeblich erweitern konnten. Eine Studie von Doris Schenk, einer Mitarbeiterin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, über die deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen der Notgemeinschaft bot keine Analyse, sondern eine Präsentation der Aktenstücke im Bestand des Koblenzer Bundesarchivs.<sup>25</sup> Mit der 1989 angefertigten und später, 1994, veröffentlichten Münchener Magisterarbeit von Ulrich Marsch lag eine neuere, materialreiche organisationsgeschichtliche Darstellung vor.<sup>26</sup> Die Studie gab einen gerafften Überblick der Ereignisse für die Gründungsjahre 1920-1925 auf der Grundlage von Kurt Zierolds Darstellung und fügte neues Quellenmaterial aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem ein. Nicht herangezogen wurde der umfangreiche Korrespondenznachlass von Friedrich Schmidt-Ott, der in Teilen noch im DDR-Staatsarchiv in Merseburg verwahrt wurde und nicht allen Historikern zugänglich war. Ebenso wenig konsultierte Marsch die – durchaus zugänglichen - Bewilligungsakten der Notgemeinschaft, aus denen die Effekte der Forschungspolitik ablesbar wären. Insgesamt fehlte der organisationsgeschichtlichen Arbeit von Ulrich Marsch eine längerfristige Einordnung der Weimarer Wissenschaftsorganisation in die Geschichte der Wissenschaftspolitik seit dem Wilhelminischen Kaiserreich. Die Begründung einer reichsweiten Kompetenz für Kulturpolitik ordnete Ulrich Marsch formal-juristisch der Weimarer Verfassung zu.<sup>27</sup> Das war rechtsgeschichtlich auch zutreffend, doch erst ein Rückblick auf die forschungspolitischen Praktiken im Preußischen Kultusministerium seit dem späten Wilhelminischen Kaiserreich kann zeigen, wie

---

25 Schenk, Doris: Zu den Beziehungen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, in: Gattungen in den Slavischen Literaturen. Beiträge zu ihren Formen in der Geschichte. Festschrift für Alfred Rammelmeyer, hrsg. v. Hans-Bernd Harder, et al., Köln: Böhlau 1988, S. 3-64.

26 Marsch, Ulrich: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft : Gründung und frühe Geschichte, 1920-1925, (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Bd. 10, Frankfurt am Main ; New York: P. Lang 1994.

27 Ebd., S. 35, wo Ulrich Marsch sich auf Art. 10 und 142-150 der Weimarer Verfassung beruft.

sich die zentrale kulturpolitische Zuständigkeit des Reichs in der Weimarer Republik nicht einfach aus dem Reformklima der staatlichen Neugründung ergab, sondern dass sie eine späte juristische Festschreibung früherer Trends darstellte. Doch auch für die Geschichte der Notgemeinschaft in der Weimarer Republik blieb Ulrich Marschs Studie unbefriedigend, denn mit ihrer zeitlichen Eingrenzung auf die Jahre von 1920 bis 1925 erfasste sie nicht mehr den Beginn einer eigentlichen Forschungspolitik der Notgemeinschaft nach den Krisenjahren der Inflationszeit. Insbesondere der historische Zusammenhang zwischen dem Zwang zur Haushaltsdisziplin im Deutschen Reich auf dem Höhepunkt der Hyperinflation und der dadurch ausgelösten, forschungspolitischen Re-Orientierung der Notgemeinschaft blieb unentdeckt. Forschungspolitisch relevante Prozesse wurden also nicht thematisiert.

Der frühere Leiter der Würzburger Universitätsbibliothek, Gottfried Mälzer, hat in einer Spezialabhandlung die Tätigkeit des Bibliotheks- und Verlagsausschusses der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft aus der Sicht und mit den Materialien der Gegenüberlieferung einer Universitätsbibliothek beschrieben.<sup>28</sup> Mälzer hat bestätigt, dass die Notgemeinschaft in den Anfangsjahren in erster Linie eine Notgemeinschaft der Bibliotheken gewesen ist. Er weist insbesondere auf die infrastrukturelle Kontinuität hin, die zwischen den Sammeleinkäufen der großen Staatsbibliotheken in Berlin und München vor 1914 und der thematisch konzentrierenden Ankaufspolitik des Bibliotheksausschusses der Notgemeinschaft in den Weimarer Jahren bestand.<sup>29</sup> Mälzers Arbeit warf damit erneut die Frage auf, inwieweit die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in der Weimarer Republik bloß als eine Fortsetzung der wilhelminischen Wissenschaftsverwaltung – quasi unter neuen Etiketten – oder tatsächlich als eine infrastrukturelle Neuerung zu deuten sei. Eine Teilantwort auf diese Frage dürfte eine genauere Betrachtung

---

28 Mälzer, Gottfried: Notgemeinschaft und Literaturbeschaffung. Wissenschaftsförderung nach dem Ersten Weltkrieg, in: Aus dem Antiquariat. Beilage zum Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 160 (1993) Heft 9, S. A329-A341.

29 Die Tatsache, dass Friedrich Schmidt-Ott in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit auch Impulse für eine solche Strukturierung des Bibliothekswesens gegeben hat (vgl. Friedrich Schmidt-Ott: Der Bibliotheksausschuß der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 1920-1943, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen. Leipzig 62 (1948), S. 145-157.), scheint Mälzer entgangen zu sein, ändert aber nicht die im Ganzen zutreffende Aussage.

der forschungspolitischen Rhetorik der Notgemeinschaft liefern. Hilfreiche Hinweise dazu gaben mehrere Beiträge der kanadischen Medizinhistorikerin Susan Gross Solomon über die deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen zwischen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und den gesundheitspolitischen Instanzen des jungen sozialistischen Staates.<sup>30</sup> In den medizinischen Expeditionen zur „Völkerpathologie“, die der Mediziner Karl Ludwig Aschoff (1866-1942), ein Mitglied des Hauptausschusses der Notgemeinschaft, in Russland und Transkaukasien durchgeführt hat, verbanden sich Ende der 1920er Jahre Methoden und Moden der Seuchen- und „Rassenforschung“ miteinander.<sup>31</sup> Unklar blieb dabei aber bislang, aus welchen Gründen die Notgemeinschaft geradezu ostentativ eine Anbindung an das politisch systemfremde Sowjet-Russland betrieb.

Mit der Darstellung der Geschichte des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft von 1920 haben Winfried Schulze und seine Mitarbeiter Sven Bergmann und Gerd Helm 1995 die bislang kaum bearbeitete Seite der Industrie und deren Engagement für die forschungspolitische Organisation untersucht.<sup>32</sup> Dabei ist die Stellung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zu der industrienahen ‚Gegenründung‘, der Helmholtz-Gemeinschaft zur Förderung der technisch-physikalischen Forschung, erhellt worden.<sup>33</sup> Hierbei konnte eine frühere These Kurt Düwells nicht bestätigt werden, dass sich die Finanzierungskonflikte, die sich zwischen dem Reichstag, dem Preußischen Kultusministerium und der

---

30 Solomon, Susan Gross: The Soviet-German syphilis expedition to Buriat Mongolia, 1928: scientific research on national minorities, in: *Slavic Review* 52 (1993) Heft 2, S. 204-232; Solomon, Susan Gross: The Soviet-German syphilis expedition, 1928. The hidden face of joint scientific ventures, in: *Big culture. Intellectual cooperation in large-scale cultural and technical systems*, hrsg. v. Giuliana Gemelli, Bologna: Clueb 1994, S. 183-201.

31 Susan Gross Solomon / Jochen Richter (Hrsg.): Ludwig Aschoff. Vergleichende Völkerpathologie oder Rassenpathologie. Tagebuch einer Reise durch Rußland und Transkaukasien. A Study of the Stalin Era Research and Archives Project of the University of Toronto, (=Neuere Medizin- und Wissenschaftsgeschichte / Quellen und Studien 7), Pfaffenweiler: Centaurus 1998.

32 Schulze, Winfried, Sven Bergmann, Gerd Helm: Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft 1920-1995. Unter Mitarbeit von Sven Bergmann und Gerd Helm, Berlin: Akademie-Verlag 1995.

33 Paul Forman hatte sich bereits in den 1960er Jahren mit der Helmholtz-Gesellschaft beschäftigt. Doch die Ergebnisse waren nie veröffentlicht worden, vgl. Forman, Paul: The Helmholtz-Gesellschaft: support of academic physical research by German industry after the First World War. Unpublished Ph.D. manuscript, University of Rochester, N.Y. 1968.

Notgemeinschaft ergeben haben, auf kulturpolitisch differente Überzeugungen zwischen einem stärker etatistisch denkenden Carl Heinrich Becker und einem stärker auf die mäzenatische Stiftungskultur vertrauenden Friedrich Schmidt-Ott zurückführen ließen.<sup>34</sup> Im Übrigen scheint der Bruch der philanthropischen Kultur in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg bis heute nachzuwirken und der historischen Forschung weitgehend den Blick auf die Stiftungsvermögen zu verstellen, die im späten 19. Jahrhundert und im frühen 20. Jahrhundert für die Wissenschaftsförderung im Deutschen Reich bereitgestellt und administriert wurden. Bislang sind diese Stiftungen nur zum Teil untersucht, oft gerade nicht unter ihrem mäzenatischen Aspekt, sondern mit einem Interesse für die Emanzipationsgeschichte der techniwissenschaftlichen Disziplinen, etwa bei der von Felix Klein und Heinrich Böttinger begründeten "Göttinger Vereinigung zur Förderung der angewandten Physik" von 1898 sowie der von Ernst v. Borsig in Berlin begründete „Jubiläums-Stiftung der Deutschen Industrie zur Förderung der technischen Wissenschaften“ 1899.<sup>35</sup>

Für eine geregelte Aufteilung der Kompetenzen und Budgets zwischen der industriefinanzierten Helmholtz-Gesellschaft und der letztlich staatlich finanzierten Notgemeinschaft trat auch Fritz Haber ein, dessen Einsatz beim Aufbau der Notgemeinschaft der Chemiehistoriker Dietrich Stoltzenberg 1994 in einer Biographie würdigte.<sup>36</sup> Die zweite Biographin Fritz Habers, Margit Szöllösi-Janze, hat in ihrer Darstellung 1998 einen Briefwechsel zwischen Fritz Haber und Friedrich Schmidt-Ott 1929 dahingehend interpretiert, dass Haber die scheinbar unumschränkte Entscheidungsgewalt Schmidt-Otts durch eine Reform der Satzung korrigieren wollte.<sup>37</sup> Es wird in der vorliegenden Arbeit daher zu prüfen sein, welche Entscheidungsmöglichkeiten und Kontrollchancen über die

---

34 Kurt Düwell: Staat und Wissenschaft in der Weimarer Epoche. Zur Kulturpolitik des Ministers C. H. Becker, in: Historische Zeitschrift. Beiheft 1 (1971), S. 31-74.

35 Vgl. Manegold, Karl-Heinz: Universität, Technische Hochschule und Industrie. Ein Beitrag zur Emanzipation der Technik im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Bestrebungen Felix Kleins, Berlin 1970 und den Hinweis bei Schulze, Winfried, Sven Bergmann, Gerd Helm: Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft 1920-1995. Unter Mitarbeit von Sven Bergmann und Gerd Helm, Berlin: Akademie-Verlag 1995.

36 Stoltzenberg, Dietrich: Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude. Eine Biographie, Weinheim: VCH 1994.

37 Szöllösi-Janze, Margit: Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie, München: C.H.Beck 1998, S. 668f.

Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft Friedrich Schmidt-Ott tatsächlich in forschungspolitischer Hinsicht hatte. Dieses Desiderat formulieren auch andere historische Beiträge, die die Fördertätigkeit der Notgemeinschaft nur am Rande streifen, etwa die Althistorikerin Suzanne Marchand in ihrer umfassenden Darstellung des deutschen Philhellenismus, der Geschichte der Archäologie und der Klassischen Philologie seit dem 18. Jahrhundert. Ihre Erwähnung der kleinasiatischen und babylonischen Ausgrabungsförderung durch die Notgemeinschaft stützt sich nicht etwa auf Quellenbelege aus dem Fachausschuss für Archäologie; Marchand folgt stattdessen der Ansicht Zierolds, Friedrich Schmidt-Ott habe eine autokratische Entscheidungsgewalt ausgeübt.<sup>38</sup> Es wird deutlich, dass das erreichte historiographische Problembewusstsein zur Erschließung der Notgemeinschaft durch neuere Arbeiten seit 1990 kaum weiter differenziert wurde, mit Ausnahme der Anfang der 1990er Jahre beginnenden Bemühungen um die Aufarbeitung der Frage, welche Rolle die großen Wissenschaftsorganisationen während der nationalsozialistischen Diktatur gespielt hatten. Seit den 1970er Jahren forderten Wissenschaftsjournalisten wiederholt, eine genaue Untersuchung der forschungsfördernden Vorgänge während des Nationalsozialismus einzuleiten.<sup>39</sup> Es galt seit den Recherchen von Benno Müller-Hill als erwiesen, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft während des Nationalsozialismus Menschenversuche in den Konzentrationslagern der SS sowie in den Anstalten der sog. Euthanasie finanziert hatte.<sup>40</sup> Zu Beginn seiner Amtszeit als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat Wolfgang Frühwald eine Initiative zur historischen Aufarbeitung dieser Phase in der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft begonnen, die mit Notker Hammersteins

---

38 Marchand, Suzanne: *Down from Olympus. Archaeology and philhellenism in Germany, 1750-1970*, Princeton, NJ: Princeton University Press 1996.

39 Mündliche Mitteilung Wolfgang Frühwald, München, 22. Februar 2000; Email von Martin Urban, 14. März 2001; telefonische Bestätigung Eva-Maria Streier, Pressereferat DFG Bonn, 16. März 2001. Die kritisch anmahenden Journalisten sind erstens Ernst Klee, dem für sein Buch *Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer* 1997 der Geschwister-Scholl-Preis der Stadt München verliehen wurde, und zweitens Martin Urban von der Wissenschaftsredaktion der *Süddeutschen Zeitung*.

40 Müller-Hill, Benno: *Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken, 1933-1945*, (= *Rororo aktuell*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1984, S. 15-25.

Veröffentlichung 1999 einen ersten Schritt unternahm.<sup>41</sup> Der Bildungshistoriker Notker Hammerstein ging in dieser Publikation in einem Vorspann zunächst auf die Wissenschaftspolitik des Kaiserreichs um die Jahrhundertwende ein, zeichnete die Expansion und Differenzierung des Höheren Bildungsbereichs im Deutschen Reich nach und hob Friedrich Althoffs Wirken für den „Höhenflug der deutschen Wissenschaften“ hervor.<sup>42</sup> Die Darstellung der wissenschaftspolitischen Entwicklung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft während der Weimarer Republik stützte Hammerstein auf die neueren biographischen Studien zu Fritz Haber und die Handbuchdarstellung Kurt Zierolds. Primärquellen wurden für die Weimarer Jahre nicht ausgewertet. Neue Erkenntnisse legte die Studie vor allem für die letzten drei Kriegsjahre von 1943 bis 1945 vor. Hier ging die Darstellung forschungspolitischer Entscheidungen über die handelnden Personen des Reichsforschungsrates bzw. der Deutschen Forschungsgemeinschaft hinaus und beschrieb ausführlich NS-interne Machtkämpfe und ministerielle Steuerungsversuche in der kriegsbedingten Mangelsituation. Notker Hammersteins Arbeit ist in der wissenschaftshistorischen Forschung mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Das könnte daran liegen, dass Hammerstein das inzwischen als wegweisend erachtete Konzept der Self-Mobilization der Wissenschaften im ‚Dritten Reich‘ ignorierte. Überdies scheint die Studie zu weiten Teilen die im Archiv des Deutschen Museums zugänglichen Notizen von David Irving aus dessen Interviewrecherchen der 1960er Jahre benutzt zu haben; ein eigenständiges Quellenverzeichnis zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft fehlte. Um die Aufarbeitung der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft fortzusetzen, insbesondere mit einem Interesse für die Kontinuitäten zwischen dem ‚Dritten Reich‘ und der Bundesrepublik, hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Jahr 2000 beschlossen, zwei eigene Forschergruppen zur Aufarbeitung ihrer Geschichte

---

41 Wolfgang Frühwald war bereits 1994 an den renommierten Frühneuzeithistoriker, Bildungshistoriker und jetzigen Emeritus Notker Hammerstein von der Johann Wolfgang von Goethe-Universität herantreten, um ihn zu bitten, eine Studie über die Deutschen Forschungsgemeinschaft im Nationalsozialismus anzufertigen. Siehe Hammerstein, Notker: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur, München: C.H.Beck 1999.

42 Ebd., S. 17.

einzusetzen. Als Mitglied der vorbereitenden Archivgruppe hat Lothar Mertens vorab mehrfach Quellenfunde präsentiert.<sup>43</sup> Die Mitglieder der beiden DFG-Forschergruppen unter Leitung von Ulrich Herbert (Freiburg/Br.) und Rüdiger vom Bruch (Berlin) haben 2002 ihre ersten Arbeiten aufgenommen, deren Ergebnisse derzeit zur Veröffentlichung anstehen.<sup>44</sup>

Betrachtet man die Vielzahl historischer Einzelbeiträge zur Geschichte der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, so lassen sich drei Themenbereiche destillieren: die Forschungsförderung in einzelnen Wissensgebieten, die internationalen Wissenschaftsbeziehungen und die forschungspolitische Prioritätensetzung. Alle drei Themenbereiche werfen die Frage nach den forschungspolitischen Entscheidungswegen auf. Diese sind seit Kurt Zierolds Interpretation als *top-down* verlaufende, autokratische Bestimmungen des Gründungspräsidenten Friedrich Schmidt-Ott dargestellt worden. Zierolds Sichtweise hat sich in der historischen Forschung auf die Überzeugung verkürzt: „Die Notgemeinschaft war Schmidt-Ott.“<sup>45</sup> Die Frage, wie sich die Prioritäten der Förderung in der Notgemeinschaft herausbildeten, schien mit dem Hinweis auf ihre „monarchische Organisation“ (Kurt Zierold) beantwortet.<sup>46</sup> Obwohl viele Indizien dagegen sprechen, ist dieses Bild anhand der verfügbaren Quellen nicht überprüft worden. Die Interpretation Kurt Zierolds verengte die Perspektive auf den Präsidenten, dessen forschungspolitisches Handeln jedoch in keiner historischen Analyse bisher empirisch geprüft wurde. Auch die Förderleistung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ist bislang - mit Ausnahme der Theoretischen Physik - nicht näher untersucht worden. Eine dichte Beschreibung der Geschichte der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft unter diesen

---

43 Mertens, Lothar: Der 'neue Geist' an den deutschen Hochschulen 1934-1936. Gutachten und Stellungnahmen über Stipendiumsanhänger der DFG, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6 (1997) Heft , S. 203-217. Mertens, Lothar. "Der Präsident als Führer" - Johannes Starks dominanter Einfluss: Diskontinuitäten und Zäsuren in der DFG-Förderpolitik 1934-1936 aufgrund der Präsidentenanweisung (Kommentar). Berlin-Dahlem, Tagung Harnack-Haus 2000.

44 Mit einer Diskussion der möglichen Projekte hat eine Experten-Tagung zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920-1989 am 20.-21. April 2001 im Harnack-Haus, Berlin-Dahlem beraten, welche Teilprojekte die DFG-Forschergruppen bearbeiten werden.

45 Szöllösi-Janze, Margit: Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie, München: C.H.Beck 1998, S. 667.

46 Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 55.

Fragestellungen ist anhand der zugänglichen, umfangreichen Archivmaterialien bisher nicht unternommen worden. Daher ist dem Hinweis von Helmuth Trischler zuzustimmen, dass die „Politik der Notgemeinschaft/Deutschen Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik [...] nach wie vor wenig erforscht“ ist.<sup>47</sup>

## Quellen

Der amerikanisch-jüdische Chemiker und Wissenschaftsjournalist Bernhard Jaffe recherchierte Ende der 1920er Jahre über die neuesten Entwicklungen in der Biologie, der Medizin und der Chemie im Deutschen Reich und in den Vereinigten Staaten. Einer seiner Gesprächspartner warnte ihn vor dem Aufwand, den die zeitgenössische Wissenschaftsgeschichte erfordere:

„Sie können nicht einen einzigen Mann herausfischen und die ganze Geschichte um ihn herum schreiben. Das wäre früher einmal möglich gewesen. Diese Zeiten sind heute vorbei. Kaum zeigt sich ein neues Forschungsgebiet, schon stürzt sich ein ganzer Schwarm Besessener darauf. Nicht einer, zwanzig müssen berücksichtigt werden.“<sup>48</sup>

Die Beobachtung Jaffes trifft in gleicher Weise auf die Wissenschaftsgeschichte zu, die sich aus der Förderung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zwischen 1920 und 1934 ergeben hat. In der Regel finanzierte die Forschungsförderung nicht mehr einzelne Wissenschaftler, sondern Forschergruppen, v.a. in den „Gemeinschaftsarbeiten“. Die dafür nötige forschungspolitische Koordination und Verwaltung der Notgemeinschaft hat einen umfangreichen Schriftverkehr produziert. Im Folgenden wird erstens beschrieben, welche Quellen aus diesem Schriftverkehr erhalten sind; zweitens wird hervorgehoben, welche Quellen nicht mehr vorhanden sind, obwohl es sie gegeben haben muss. Anschließend wird das Quellenmaterial zur Notgemeinschaft

---

47 Helmuth Trischler: Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900-1970. Politische Geschichte einer Wissenschaft, (=Studien zur Geschichte der deutschen Großforschungseinrichtungen 4), Frankfurt/M.: Campus 1992, S. 150 Anm. 17.

48 Jaffe, Bernhard: Vorposten der Wissenschaft. Durch die Werkstatt der großen Forscher in Amerika, Leipzig, M.-Ostrau: Julius Kittls Nachf. 1937, S. 6. Bernhard Jaffes wissenschaftshistorische Darstellung (das amerikanische Original erschien 1935 unter dem Titel „Outposts of Science“ in New York) wurde mehrfach durch die History of Science Society ausgezeichnet.

daraufhin kritisch betrachtet und bewertet, welche Informationen es zur Geschichte der Forschungspolitik bereithält.

## **Vorhandene Quellen**

### **Die Berichte der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft**

Die Jahresberichte der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft von Jahrgang 1 (1921) bis Jahrgang 12 (1934) sowie der 13. Geschäftsbericht der Notgemeinschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft für das Übergangsjahr 1933/34, publiziert 1935 unter dem Titel „Jahresbericht der Wissenschaftlichen Akademikerhilfe“,<sup>49</sup> entstanden jeweils nach Ablauf eines Rechnungsjahres. Dieses orientierte sich zeitlich an der Haushaltsrechnungsführung des Reichs und endete jedes Jahr am 31. März. In den Monaten April bis Juli fanden dann im Reichstag die Sitzungen des Haushaltsausschusses statt, der über das Budget der Notgemeinschaft für das Haushaltsfolgejahr, also ab dem 1. April des nächsten Jahres, entschied. Die gedruckten Geschäftsberichte der Notgemeinschaft waren daher als Handreichung für die Mitglieder im Haushaltsausschuss und die Abgeordneten des Reichstags verfasst, sie wandten sich also an die parlamentarischen Gremien, die jedes Jahr bis 1929 erneut über die Finanzierung und damit den Fortbestand der Notgemeinschaft entschieden. Jede Abteilung der Notgemeinschaft, d.h. das Präsidium, der Bibliotheksausschuss, der Apparatenausschuss, der Verlagsausschuss u.s.w., formulierten für den Jahresgeschäftsbericht in sachlicher, dichter Form die Ergebnisse ihrer Tätigkeit. Insofern enthalten die Geschäftsberichte der Notgemeinschaft Informationen über ihre Organisationsgeschichte. Allerdings enthalten die Geschäftsberichte keine systematischen, statistischen Angaben über die Antragsdichte, die verteilten Fördersummen, die Zahl der Ablehnungen, die Höhe der Stipendien oder die

---

49 Der 13. gedruckte Geschäftsbericht der Notgemeinschaft/Deutsche Forschungsgemeinschaft mit dem Titel „Jahresbericht der Wissenschaftlichen Akademikerhilfe“ ist bislang als Quelle zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft im frühen Nationalsozialismus übersehen worden, offenbar weil er unter einem ungewohnten Titel und in abgewandelter Aufmachung erschien.

Aufteilung der Wissenschaftsförderung auf die jeweiligen Fächer.<sup>50</sup> Zwar hielt die Notgemeinschaft solche statistischen Ziffern intern durchaus parat. Jedenfalls ging Friedrich Schmidt-Ott, der die Einleitung zum Geschäftsbericht selbst verfasste, jedes Jahr mit wenigen Worten auf die Steigerung der Antragszahlen und Projektdimensionen ein, z.B. „[...] die immer wachsende Zahl von Forschungsstipendiaten [...]“.<sup>51</sup> Solche summarischen Trendangaben sollten in erster Linie an die Bereitschaft der Entscheidungsträger appellieren, das Budget der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zu erhalten bzw. aufzustocken. Eine detaillierte, wissenschaftsstatistische Grundlage für die historische Analyse und Bewertung forschungspolitischer Weichenstellungen stellen die Jahresberichte in dieser Hinsicht nicht dar.

Neben den dreizehn Jahresberichten mit ihren Informationen über die Geschäftsführung der Notgemeinschaft dokumentieren insgesamt 27 gedruckte Berichte die „Gemeinschaftsarbeiten“ der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Die Reihe wurde betitelt: „Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“. Ab 1928 lautete der Titel mit einem veränderten Zusatz: „Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft)“, worin der Versuch einer allmählichen Umbenennung der Notgemeinschaft zu dem heute üblichen Institutionsnamen sichtbar wurde. Diese Reihe erhielt in ihrem ersten Heft im Jahr 1926 die Denkschriften der „Gemeinschaftsarbeiten“ und wurde nach dem Heft über die Methodik des „Atlas der deutschen Volkskunde“ 1934 eingestellt. Einige Hefte der Reihe „Deutsche Forschung“ widmeten sich auch ausschließlich organisatorischen Vorgängen, z.B. dokumentierten sie die Mitgliederversammlungen, gaben Vorträge von

---

50 In der Weimarer Republik sind die Ansätze aus dem Wilhelminischen Kaiserreich zu einer Wissenschaftsstatistik mit vergleichbaren, einschlägigen Indikatoren nicht fortgesetzt worden. Friedrich Althoff hatte Wilhelm Lexis und Franz Eulenburg jeweils im Zusammenhang mit der Vorbereitung der deutschen Unterrichts- und Wissenschaftspräsentation auf den Weltausstellungen in Chicago 1893 und St. Louis 1904 damit beauftragt, für die Statistik deutscher Hochschulen umfangreiche Daten zu sammeln und aufzubereiten, z.B. zur Frequenz der Studierenden an den Hochschulen, vgl. zusammenfassend Titze, Hartmut, et al.: Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830-1945, (= Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Göttingen: Vandenhoeck&Ruprecht 1995.

51 Vgl. Siebenter Bericht 1927/28, S. 10.

öffentlichen Kundgebungen der Notgemeinschaft wieder oder informierten über wissenschaftspolitische Entwicklungen im Ausland. Die Hefte der Reihe „Deutsche Forschung“ können daher im Unterschied zu den jährlichen Geschäftsberichten als eine Art Öffentlichkeitsarbeit begriffen werden.<sup>52</sup> In der unregelmäßigen Folge dieser Publikationen erschienen einzelne Hefte über die sog. Gemeinschaftsarbeiten: Metallforschung (Hefte 3, 15 und 22), Geophysik und Aerologie (Heft 4), Stoffwechsel der Pflanzen (Heft 8 und 23), Landwirtschaftswissenschaft (Heft 9), Astronomie und Astrophysik (Heft 12), Ausgrabungen (Hefte 5 und 13), Strömungsforschung in der Atmosphäre (Hefte 14 und 21), Vor- und frühgeschichtliche Forschung (Heft 20), Waldwirtschaft (Heft 24) und Tierzuchtforschung (Heft 26). Diese Hefte enthielten meist die originalen Forschungsberichte der Projektleiter und gaben damit einen detaillierten Aufschluss über die geförderten empirischen Arbeiten in den Forschergruppen.

### **Gedruckte Quellen zur Forschungspolitik im Deutschen Reich**

Die stenographischen Berichte des Reichstags dokumentieren in den Plenardebatten sowie in den allerdings nur teilweise erhaltenen Protokollen des Haushaltsausschusses des Reichstags die parlamentarische Diskussion um die Rolle der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in der staatlichen Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik.

Meinungsäußerungen und Stellungnahmen zur Forschungspolitik im Deutschen Reich der Weimarer Republik lassen sich außerdem vielen zeitgenössischen Zeitschriften entnehmen. Zu den maßgeblichen Stimmen im Wissenschaftsjournalismus der Zwanziger Jahre zählten – oft auch bereits in den Jahrzehnten zuvor – folgende Periodika, die die vorliegende Arbeit unsystematisch heranzog, u.a.: „Die Naturwissenschaften“, ein wöchentlich erscheinendes Mitteilungsblatt der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die „Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik“, ein von Friedrich Althoff begründetes Organ des Preußischen Kultusministeriums, die Publikation „Forschungen und Fortschritte“ der Reichszentrale für naturwissenschaftliche

---

52 Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 170.

Berichterstattung, die erstmals ab 1925 wöchentlich erschien, dann ab 1933 jeweils zum 1., 10. und 20. jeden Monats, die „Mitteilungen der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte“, das „Politische Jahrbuch“, herausgegeben von Georg Schreiber und der Görres-Gesellschaft, die „Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen“ seit 1920, der Gelehrtenkalender „Minerva“ sowie die „Deutsche Akademiker-Zeitung“. Einzelne Beiträge aus diesen Zeitschriften sind häufig in der Form von Presseauschnitten in den Archivalien überliefert. Die genannten Zeitschriften wurden kursorisch für die vorliegende Arbeit durchgesehen und im Hinblick auf die Notgemeinschaft ausgewertet.

### **Autobiographien**

Von Fall zu Fall sind bei einzelnen Forschungsprojekten die Memoiren der beteiligten und leitenden Wissenschaftler aussagekräftig, z.B. die Erinnerungen des Bergsteigers und Expeditionsleiters Willi Rickmer Rickmers oder die posthumen Tagebuchveröffentlichungen Alfred Wegeners. Solche Quellen können bei vorsichtiger Interpretation die Interessen der Forscher begreifbar machen.

Um das Engagement Friedrich Schmidt-Otts sowie dessen Autobiographie kritisch zu untersuchen, forderte Wolfgang Treue 1989 zu einer Monographie über Schmidt-Ott und dessen forschungspolitische Tätigkeit in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft auf.<sup>53</sup> Allerdings sollte m. E. einem solchen Unternehmen eine gründliche Studie zur Geschichte des preußischen Kultusministeriums vorhergehen.

### **Der Tageskalender von Friedrich Schmidt-Ott**

Im früheren Privatnachlass der Familie Schmidt-Ott in Berlin-Steglitz lagen Quartheft, die einen Arbeits- und Dienstkalender von Friedrich Schmidt-Ott enthalten, insgesamt sieben Hefte für die Jahre der Weimarer Republik.<sup>54</sup> Die

---

53 Treue, Wolfgang: Neue Wege der Forschung, ihrer Organisation und ihrer Förderung: Friedrich Schmidt-Ott (4. 6. 1860-24.4.1956), in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 12 (1989) Heft , S. 229-238.

54 Teile des Privatnachlasses von Friedrich Schmidt-Ott wurden bis 2005 vom jüngsten Sohn Friedrich Schmidt-Otts, dem 1904 geborenen Physiker Dr. Hans-Dietrich Schmidt-Ott, im Vaterhaus, Arno-Holz-Str. 11, 12165 Berlin-Steglitz, aufbewahrt. Nach seinem Tode sind fast alle restlichen Teile des Privatnachlasses, darunter auch der Arbeits- und Dienstkalender Friedrich Schmidt-Otts, an das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz übergeben worden. Für die vorliegende Arbeit sind im freundlichen Einverständnis von Dr. Hans-

Hefte verzeichnen Tag für Tag - ohne Ausnahme - die täglichen Arbeitsvorgänge, insbesondere die Besuche, Aufwartungen und Empfänge, die Namen der Gesprächspartner und das Gesprächsthema bzw. Anliegen des Besuchers.<sup>55</sup> Diese Quelle bietet erstens einen Einblick in den Tagesablauf von Friedrich Schmidt-Ott und zweitens einen Zugang zu dem weitverzweigten Netz an wissenschaftspolitischen Kontakten, die Friedrich Schmidt-Ott als Präsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft unterhielt. Die Auswertung dieser Quelle in der vorliegenden Arbeit konnte wissenschaftspolitische Hintergründe aufdecken, die für die Forschung bislang unzugänglich geblieben waren. Darüberhinaus führt der Kalender auch familiäre Ereignisse auf, z.B. die Schullaufbahn der fünf Söhne, deren Studium und Leistungen, die Aktienkäufe und Aktienkurse, Besuche bei Freunden und Familienangehörigen in Berlin und anderen deutschen Städten, Urlaubsreisen zu den Verwandten in der Schweiz sowie Notizen über besondere tagespolitische Ereignisse. Rein private und familiäre Einträge, etwa Zahnarztbesuche, Haarschneiden, Teebesuche bei Freunden der Familie, Ausflüge, Begegnungen während der Sommerfrische oder die schulische und berufliche Laufbahn der fünf Söhne machen schätzungsweise 20-25% der Einträge im Arbeits- und Dienstkalender aus. Der größere Teil der Einträge gibt die dienstlichen Angelegenheiten Friedrich Schmidt-Otts wieder.

Als Bezeichnung für diese Quelle wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff „Tageskalender“ eingeführt. Er ist dem Quellengattungsbegriff „Tagebuch“ vorzuziehen, da das Wort „Tageskalender“ den bündig notierten Informationsgehalt der Quarthefte besser trifft. Der Schmidt-Ott'sche Tageskalender enthält keine Passagen mit Selbstaussagen, wie sie typischerweise Ego-Dokumente kennzeichnen. Die Bezeichnung „Tageskalender“ stützt sich außerdem auf den Sprachgebrauch der Familie Schmidt-Ott, wo man die Quarthefte eben wegen der Vielzahl geschäftlicher Einträge auch „Arbeits-“, oder

---

Dietrich Schmidt-Ott erstmals für die historische Forschung zwei Photokopien von den Quartheften aus dem Zeitraum von November 1918 bis Juni 1934 angefertigt worden. Die für die vorliegende Arbeit benutzte Kopie kann beim Verfasser eingesehen werden.

55 Die Einträge im Tageskalender sind handschriftlich notiert in Sütterlin, alle Personennamen in lateinischer Kursive. In der Regel verwendete Abkürzungen sind eindeutig auflösbar, so z.B. wg für wegen, Nchm für Nachmittags, Abs für Abends, Abr für Abreise, b m für bei mir etc.

„Dienstkalender“ nannte. Um den Informationsgehalt der familiären oder privaten Termine, die als Erinnerungstütze für die Familiengeschichte verwendet wurden, nicht auszublenden, wird in der vorliegenden Arbeit die allgemeinere Bezeichnung „Tageskalender“ anstatt „Dienstkalender“ aufgegriffen.<sup>56</sup> Die Bezeichnung „Tageskalender“ gibt m. E. den Sitz dieser Quelle im Leben treffend wieder.

### **Die Geschäftsakten der Notgemeinschaft**

Die überlieferten Geschäftsakten der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft aus den Jahren der Weimarer Republik werden im Bundesarchiv Koblenz in der Repositur R 73 aufbewahrt und sind in zwei Teile gegliedert, die Verwaltungsakten und die Bewilligungsakten. Der Bestand der Verwaltungsakten im Bundesarchiv Koblenz R 73 umfasst im Ersten Teil die historische Entwicklung (Akten-Nr. 1-30), die Protokolle der Organe bis 1933 (im Abschnitt "Organisation", Akten-Nr. 31-188), die Finanzen (Akten-Nr. 189-210), die Auslandsbeziehungen (Akten-Nr. 213-240), die Expeditionen (Akten-Nr. 241-280) sowie die Forschungsförderung und Forschungsergebnisse (Akten-Nr. 281-326). Dass die Verwaltungsakten der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft „in nicht unerheblichem Maße verlorengegangen“<sup>57</sup> seien, wie Kurt Zierold behauptet, gilt nur für die Quellen aus den Jahren nach 1935, für die Zeit des Nationalsozialismus. Für die frühe Berliner Deutsche Forschungsgemeinschaft der Jahre 1920-1934 können geringfügige Lücken der internen Überlieferung durch die Vielzahl an Gegenüberlieferungen in befriedigender Weise geschlossen werden.

Der Bestand der „Bewilligungsakten“ enthält die Akten sowohl der Weimarer Gründungsjahre der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft / Deutsche Forschungsgemeinschaft von 1920 bis 1933, als auch die Folgeakten aus den Jahren der administrativen Kontinuität unter dem Kuratel des Reichsforschungsrates von 1937 bis 1945. Das Material ist 1972 an das Bundesarchiv abgegeben worden, nachdem eine Aufbewahrung im Gebäude der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bad Godesberg, wo kein ständiges

---

56 Freundliche Mitteilung Hans-Dietrich Schmidt-Ott.

57 Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, Vorwort, S. VII.

Hausarchiv geführt wird, nicht ratsam schien.<sup>58</sup> Insgesamt handelt es sich bei dem Bestand R 73 Zweiter Teil um knapp 6000 Hefter mit je 20-30 Blatt, gelegentlich fallen sie umfangreicher aus. Etwa ein Drittel dieses Aktenbestandes betreffen Fördervorgänge aus den Weimarer Jahren.<sup>59</sup> Die Bewilligungakten umfassen jede Form der geldwerten Unterstützung, sowohl die infrastrukturellen Leistungen als auch die Personalkostenfinanzierung. Man findet also Unterlagen für den Kauf von Apparaten und deren Verleih an einzelne Forscher, Belege für die Tierbeschaffung zu Versuchsreihen, Nachweise und Schriftverkehr betreffend Druckkostenzuschüsse für wissenschaftliche Verlage und deren Fachzeitschriftenprogramm, Unterlagen über Zuschüsse zu Monographiepublikationen und schließlich den Schriftverkehr und die ausgefüllten Personalbögen der Forschungsstipendien. Die Förderakten wurden in der Registratur der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft / Deutsche Forschungsgemeinschaft seit 1920 alphabetisch nach geförderten Personen aufbewahrt, sodass sich in Heftern, die noch in den Weimarer Jahren angelegt worden sind, auch die Vorgänge für die Jahre nach 1933 befinden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft behielt auf diese Weise den Überblick, ob ein antragstellender Wissenschaftler bereits gefördert worden war und welche Summen auf sein bislang finanziertes Vorhaben entfallen waren.

Gegenüberlieferungen zur Geschichte der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft fanden sich in den Verwaltungsakten des Reichsinnenministerium, des Preußisches Kultusministerium sowie der Kultusministerien Badens und Bayerns, des Auswärtiges Amts sowie des Reichsfinanzministeriums. Die Aktivitäten des Auslandsreferats der Notgemeinschaft, vor allem Akten, die sich auf die transatlantischen sozialwissenschaftlichen Forschungen beziehen, wurden

---

58 Thomas Trumpp: Zur Geschichte und Ordnung des Bestandes R 73 im Bundesarchiv Koblenz, Findbuch, Koblenz 1978, S. IV.

59 Das Findbuch zu R 73 Zweiter Teil ist in einer Datenbank am Bundesarchiv Koblenz nach Personennamen, Förderzeitraum und Themenstichworten aufgeschlüsselt. Der Datenbank zufolge entfallen im Bestand der Bewilligungsakten insgesamt 1583 Einzelfallakten auf die Weimarer Jahre. Der Aufbau der Datenbank stand unter der Führung von Frau Dr. Karin Orth, einem Mitglied der der DFG-Archivgruppe. (Mündliche Mitteilung Rüdiger vom Bruch, Ulrich Herbert, Guido Lammers, Besprechung der DFG-Archivgruppe, Humboldt-Universität zu Berlin, 20. Dezember 2000.) Die Datenbank konnte im Bundesarchiv für Einzelfallrecherchen benutzt werden.

durch den Auslandsreferenten August W. Fehling noch in den Kriegsjahren und während der Nachkriegswirren aufbewahrt und befinden sich heute im Nachlass Fehling im Bundesarchiv Koblenz.<sup>60</sup> Die einschlägige Gegenüberlieferung der deutsch-amerikanischen Wissenschaftsbeziehungen der Notgemeinschaft fand sich im Rockefeller Archive Center, Tarrytown, NY, sowie an der Carnegie Institution of Washington DC. Eine Gegenüberlieferung zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen wurde – auch aufgrund der mangelnden russischen Sprachkompetenz des Verfassers – nicht recherchiert, sie befindet sich vermutlich im Moskauer Staatsarchiv sowie im Akademiearchiv in St. Petersburg.<sup>61</sup>

### **Nachlässe**

Wissenschaftlernachlässe enthalten gelegentlich auch wissenschaftspolitisch relevante Korrespondenz sowie wissenschaftshistorisch aufschlussreiche Exposés für Forschungsprojekte. Die vorliegende Arbeit hat gezielt nach Nachlässen von Wissenschaftlern gesucht, die in der Notgemeinschaft als maßgebliche Gremienmitglieder vertreten waren, also ihren Sitz entweder im Präsidium, im Hauptausschuss oder im Fachausschussvorsitz hatten. So konnten einschlägige Unterlagen zu wissenschaftspolitischen Fragen aus den Nachlässen August W. Fehling und Rudolf Schenck herangezogen werden. Gleiches gilt für die Nachlässe von Carl H. Becker im Geheimen Preußischen Staatsarchiv PK Berlin-Dahlem sowie den Nachlass von Willi Rickmer Rickmers in der Alpinen Bibliothek München. Der Schwerpunkt der Auswertung lag allerdings beim Nachlass Schmidt-Ott, der als sog. „literarischer Nachlass“ nach dem Ableben der Ehefrau Margaretha (Meta) Schmidt-Ott 1963 an das Geheime Staatsarchiv übergeben worden ist. Teile des Nachlasses gelangten – ebenso wie die meisten Bestände zum Preußischen Kultusministerium – in die Abteilung des Staatsarchivs der früheren DDR in Merseburg, wo sie bis 1993 vielen bundesdeutschen Historikern nicht zugänglich gemacht wurden. Der nun wieder zusammengeführte Nachlass Schmidt-Ott am Geheimen Staatsarchiv PK in Berlin-Dahlem enthält geschäftliche Korrespondenz, deren Bestand für die Zeit nach 1918 im Staatsarchiv missverständlich unter

---

60 Schreiben Fehling an Rey, 18. Februar 1951, BAK N 1106 Fehling Nr. 73.

61 Vgl. Solomon, Susan G. (Hrsg.): *Doing medicine together. Germany and Russia between the wars*, Toronto: Univ. of Toronto Press 2006.

„private Korrespondenz“ verzeichnet wurde. Es handelt sich dabei um die Durchschriften der diktierten Briefe sowie die Originale der eingegangenen Briefe betreffend die Notgemeinschaft, die Zuschriften in der Mehrzahl handschriftlich, die Schreiben Schmidt-Otts in der Regel maschinenschriftlich, mit handschriftlichen Vermerken über die postalische Erledigung durch die Sekretariatskräfte. Durchschnittlich finden sich zwei bis drei erhaltene Schreiben in der Woche mit forschungspolitischem Gehalt. Weiterhin finden sich, meist verstreut, eingegangene Exposés über geplante Forschungsprojekte.

Die Notgemeinschaft hatte in zwei Parlamentsmitgliedern ihre wichtigsten Fürsprecher, erstens in dem Osteuropa-Historiker Otto Hoetzsch, Abgeordneter der Deutsch-Nationalen Volkspartei und Sprecher des Reichstagsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten, sowie zweitens in dem Kirchenhistoriker Georg Schreiber, Zentrumsabgeordneter und Sprecher des Reichstagsausschusses für den Reichshaushalt. Zu beiden Persönlichkeiten ist leider kein Nachlass erhalten.<sup>62</sup> Auch ein geschlossener Nachlass von Fritz Haber, dem Vize-Präsidenten der Notgemeinschaft, ist leider nicht erhalten; einige zusammengetragene Unterlagen, insbesondere zur Gründungszeit der Notgemeinschaft, werden in der sogenannten „Haber-Sammlung“ des Archivs zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem, aufbewahrt.

Die Unterlagen des Bankiers Arthur Salomonsohn und seines Bankhauses Disconto-Gesellschaft, einer Vorläuferin der Deutschen Bank, wurden kassiert.<sup>63</sup> Die Notgemeinschaft hatte bei der Disconto-Gesellschaft ein Geschäftskonto für den Reichszuschuss, der ab 1924 monatlich regelmäßig überwiesen wurde. Über die Disconto-Gesellschaft wurden auch die Gelder und Stiftungen des Auslands, z.B. die Gelder der Rockefeller Foundation, verwaltet. Durch den Verlust der Kontoführungsunterlagen ist nicht mehr aus einschlägigen Primärquellen zu überprüfen, wie sich die finanzielle Lage der Notgemeinschaft entwickelt hat. Für die Angaben, welche Mittel von staatlichen und privaten Geldgebern der

---

62 Die persönlichen Papiere von Otto Hoetzsch sind im Bombenfeuer des Zweiten Weltkriegs verbrannt. Einige geschäftliche Unterlagen von Georg Schreiber sind im Archiv der Görres-Gesellschaft, Köln, erhalten, ansonsten ist auch zu Georg Schreiber kein Nachlass vorhanden.

63 Freundliche Auskunft des Archivs der Deutschen Bank, Frankfurt a. M..

Notgemeinschaft zuflossen, müssen die gedruckten Geschäftsberichte herangezogen werden. Ihr Aussagegehalt darf allerdings als verlässlich gelten: die Informationen aus den ungedruckten Quellen ergeben keinerlei Widersprüche zu den Finanzangaben in den Jahresberichten.

### **Quellenverluste**

Man kann von einigen Quellen zur Geschichte der Notgemeinschaft sicher sagen, dass sie verloren gegangen, kassiert oder mit Absicht entfernt („gefälscht“) worden sind. Diese Verluste sind quantitativ schwierig zu beziffern, denn die Rekonstruktionsmöglichkeiten wurden durch eine Kassation eingeschränkt. In der Notgemeinschaft war ein Geschäftstagebuch von allen Vorgängen der Verwaltung geführt worden. Jeder Vorgang, d.h. jedes eingehende Schreiben, z.B. ein Antrag auf Förderung, erhielt eine fortlaufende Nummer, auf die man sich bei späteren Korrespondenzen bezog. Die Geschäftstagebücher mit der Auflistung der durchnummerierten Vorgänge sind nicht mehr erhalten. Ein Karteikartensystem, das in der Nachkriegszeit über die Bewilligungsakten der Jahre 1920 bis 1945 angefertigt worden ist, hatte diese Vorgangsnummern noch enthalten; es wurde jedoch nach der Fertigstellung des Findbuchs 1986, das diese Informationen nicht mehr enthält, kassiert.<sup>64</sup> In der Notgemeinschaft wurde überdies ab 1930 ein Archiv der Forschungsergebnisse geführt, in dem die Sonderdrucke der mit Notgemeinschaftsgeldern finanzierten Forschungspublikationen aufbewahrt worden sind. Doch dieser Bestand wurde entweder aufgelöst oder ist durch Kriegseinwirkung verloren gegangen.<sup>65</sup> Auch im Bestand der Einzelfallförderakten stößt man auf Lücken. Noch vor der Übergabe der Archivmaterialien aus der Geschäftsstelle in Bad Godesberg an das Bundesarchiv in Koblenz hat Steffen Richter 1972 nach seinen eingehenden Recherchen zur Förderung der Physik vermutet, dass offenbar diejenigen Förderakten, die die Finanzierung „jüdischer Gelehrter“ während der Weimarer Jahre der DFG dokumentierten, nach der sogenannten Machtergreifung 1933 gezielt aus dem Archiv entfernt worden sein

---

64 Mündliche Auskunft des Findbuchbearbeiters, Archividirektor Thomas Trumpp, Bundesarchiv Koblenz.

65 Vgl. Notiz vom 31. Juli 1930, BAK R 73 Zweiter Teil Nr. 16722 sowie die Notiz ohne Datum, vermutlich Februar 1934, BAK R 73 Zweiter Teil Nr. 16721.

könnten.<sup>66</sup> Diese Vermutung, die auch durch Lothar Mertens erneut thematisiert worden ist, kann für weitere Einzelfälle bestätigt werden.<sup>67</sup> Die Kulturphilosophin Hannah (Stern-)Arendt hatte am 10. März 1930 mit Empfehlung von Karl Jaspers ein Gesuch für ein Forschungsstipendium an die Notgemeinschaft gerichtet, um an ihrer biographischen Studie zur jüdischen Identität der Literatin Rahel Varnhagen von Ense (1771-1833) in der Epoche des Jungen Deutschland zu arbeiten.<sup>68</sup> Das Stipendium wurde zum 1. Mai 1930 bewilligt, offenbar für ein Jahr, doch eine Bewilligungsakte zu Hannah Arendt ist im Koblenzer Bestand nicht erhalten. Ebenso fehlen solche Projektunterlagen, die die Forschungsunternehmungen der Notgemeinschaft in der Sowjetunion während der Weimarer Republik dokumentieren. Möglicherweise sind die Unterlagen über Forschungsreisen, welche mithilfe der Notgemeinschaft zwischen 1920 und 1934 in die Sowjetunion finanziert worden sind, aus den Bewilligungsakten nachträglich entfernt worden. Die persönliche Nachlasskorrespondenz von Friedrich Schmidt-Ott im Geheimes Staatsarchiv PK Berlin-Dahlem deutet in seiner Überlieferungsstruktur mit zwei Nachträgen, die die gesamte Korrespondenz von Friedrich Schmidt-Ott mit Bezug auf Sowjet-Russland enthalten, darauf hin, dass diese Dokumente möglicherweise gesondert aufbewahrt worden sind. Es könnte sein, dass allein die Pertinenz zur „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ diese gesonderte Aufbewahrung bewirkt hat. Möglicherweise hat Friedrich Schmidt-Ott nach der sogenannten Machtergreifung 1933 die für seine Existenz und seine Familie bedrohlichen Dokumente aus den Korrespondenzunterlagen auch ausgesondert. Diese Vermutung lässt sich anhand der vorhandenen Akten über den Geographen Erich Obst, den Ethnographen Hans Findeisen oder den Topographen Richard Finsterwalder plausibel stützen, die alle

---

66 Richter, Steffen: Forschungsförderung in Deutschland 1920-1936. Dargestellt am Beispiel der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und ihrem Wirken für das Fach Physik, (= Technikgeschichte in Einzeldarstellungen, Band 23), Düsseldorf 1972, S. 10.

67 Mertens, Lothar. "Der Präsident als Führer" - Johannes Starks dominanter Einfluss: Diskontinuitäten und Zäsuren in der DFG-Förderpolitik 1934-1936 aufgrund der Präsidentenanweisung (Kommentar). Berlin-Dahlem, Harnack-Haus, 2000.

68 Arendt an Jaspers, 13. Juni 1929; Arendt an Jaspers, 24. März 1930, in: Köhler, Lotte / Sander, Hans (Hrsg.): Hannah Arendt, Karl Jaspers. Briefwechsel 1926-1969, München: Piper 1985, S. 41 und 48. Hannah Arendt begann ihre Studie über die Spätromantikerin Rahel Varnhagen 1929. Nach Verfolgung und Exil jedoch wurde ihre Biographie unter dem Titel „Rahel Varnhagen. The Life of a Jewess“ erst 1958 auf Englisch publiziert.

nach 1934 weitere Projektförderungen durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft erhielten. In der Akte Erich Obst fehlen die Unterlagen zu einer wirtschaftsgeographischen und diplomatischen Reise durch die Sowjetunion 1923.<sup>69</sup> In den Akten zu Richard Finsterwalder fehlen alle Unterlagen zur Alai-Pamir-Expedition in die Sowjetunion 1928.<sup>70</sup> In anderen Fällen sind erhaltene Anträge, Berichte sowie die Korrespondenz zu Forschungsunternehmen in der Sowjetunion nicht mehr in der personenbezogenen Bewilligungsakte, sondern zwischen Verwaltungsvorgängen allgemeiner Art überliefert, z.B. für das Ausgrabungsunternehmen des Byzantinisten Alfons M. Schneider auf Vermittlung des Volksbildungskommissariats der Sozialistischen Sowjet-Republik Georgien von November 1930 bis Februar 1931 in Nokalakewi, S.S.R. Georgien.<sup>71</sup> Die Akte trägt den Titel „Verschiedenes“, führt keinen Personennamen auf und enthält u.a. eine Statistik der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit einer Zusammenstellung der Unterstützungsanträge zwischen 1934-1936, 1938, v.a. für Apparate der Fachausschüsse für Physik, Starkstrom- und Lichttechnik, Schwachstromtechnik, Maschinenbau, Materialprüfung, Bergbau und Hüttenwesen sowie einige Listen der Helmholtz- Gesellschaft zur Förderung der physikalisch-technischen Forschung e.V. mit Vorlagen über Anträge zur Entscheidung über Bewilligungen zwischen 1936 und 1938 sowie Angaben über Überschneidungen von Projekten ca. 1930-1935. Die erhaltenen Unterlagen über das Ausgrabungsunternehmen in Nokalakewi, Georgien, durch Alfons M. Schneider in der Weimarer Republik, 1929 – 1932, befinden sich unverzeichnet inmitten dieser Statistiken der DFG und der Helmholtz-Gesellschaft aus der Zeit des Nationalsozialismus. Desweiteren sind in den Bewilligungsakten keine Unterlagen erhalten, die die Anthropologie und die sogenannte „Rassenkunde“ betreffen, welche jedoch durch die Notgemeinschaft schwerpunktmäßig gefördert worden sind.

---

69 BAK R 73 Nr. 13449, Dritter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (...), Berlin 1924, S. 56.

70 BAK R 73 Nr. 11188, 11189, 11190 und 11191.

71 BAK R 73 Nr. 11589a.

## **Quellenkritik**

Die wissenschaftspolitischen Entscheidungswege erscheinen aufgrund einer insgesamt als dicht zu bezeichnenden Überlieferungslage mit guter Aussicht auf befriedigende Antworten nachvollziehbar zu sein. Doch wie steht es mit der Rekonstruierbarkeit der Gründe für getroffene wissenschaftspolitische Entscheidungen? Welcher Informationswert, welche Aussagekraft kommt historischen Quellen zu, die im Zuge von wissenschaftspolitischen Aushandlungsprozessen entstanden sind und die man für Wert befunden hat aufzuheben? Erscheinen vielleicht weite Teile des wissenschaftspolitischen Quellenmaterials als faktisch unergiebig, weil sie kaum Entscheidendes enthalten oder Wichtiges verschweigen? Welche Rolle spielt dabei die Überredungskunst im akademischen Betrieb der Weimarer Republik, also die forschungspolitische Rhetorik, in der auch schon damals Förderanträge abgefasst wurden, Gutachten klangvoller tönten, Gremien für sich gewonnen und Forschungserträge schöngeredet werden konnten? Inwiefern kommen also in dem reichen Quellenmaterial über das wissenschaftspolitische Netzwerk hinaus auch die tatsächlich handlungsleitenden, politischen und forschungsleitenden Interessen sprachlich zum Ausdruck? Um diese Fragen zu klären und den Aussagewert des erhaltenen Quellenmaterials zu bestimmen, ist der Sprachgebrauch in den Quellen zu klären.

## **Die Sprache der Wissenschaft und die Rhetorik der Forschungspolitik**

Im Laufe des 19. Jahrhundert errangen deutsche Wissenschaftler in der bürgerlichen Öffentlichkeit eine außerordentliche Glaubwürdigkeit. Die Regeln der naturwissenschaftlich-empirischen Darlegung in Chemie, Physik und Medizin, die Praxis der Quantifizierung und die mathematisch begründete Schlussfolgerung verbanden sich mit dem bürgerlichen Ideal der Ehrlichkeit und der neuhumanistischen Bildungsidee. Eine „Kultur der wissenschaftlichen Objektivität“ wuchs zu einem neuen Wert innerhalb der deutschen Gesellschaft und festigte

sich im Laufe der Professionalisierung akademischer Disziplinen.<sup>72</sup> Etwas vereinfachend könnte man sagen: im späten 19. Jahrhundert sprachen die Wissenschaften in Deutschland objektiv.<sup>73</sup> Die *persona* des Wissenschaftlers, seine Maske (Michel Foucault) verkörperte Genauigkeit und Unbestechlichkeit. Diese Glaubwürdigkeit teilte sich auch der neuen Figur des „Gelehrtenpolitikers“ im Kaiserreich mit. Wissenschaftspersönlichkeiten wie der Historiker Theodor Mommsen, der Mediziner Rudolf Virchow oder der Nationalökonom Max Weber konnten auch aufgrund der *persona* ihrer Wissenschaftlerbiographie mit einem außerordentlichen Glaubwürdigkeitsvorsprung in öffentlichkeitswirksame Rollen schlüpfen.<sup>74</sup> Eine solchermaßen verkörperte Objektivität erlaubt es Wissenschaftlern bis heute, ihre eigene Agenda, d.h. die Forschungsprobleme ihres lokalen Fachinteresses wie eine unpersönliche Aufgabe präsentieren zu können. Anders gesagt, die Glaubwürdigkeit der Wissenschaftler-Rolle verleiht auch der forschungspolitischen Rede Überzeugungskraft.

Im späten Deutschen Kaiserreich wurde das scheinbar desinteressierte Verständnis von Wissenschaft bekräftigt durch die staatliche Fürsprache, insbesondere durch das Patronat Kaiser Wilhelms II. über die Wissenschaften. In dieser Phase allerdings, als sich die Wissenschaftspolitik als politisches Handlungsfeld im Deutschen Reich herauskristallisierte, traten auch die Rollen der Forscher und der forschungspolitischen Fürsprecher weiter auseinander. Denn die größeren akademischen Vorhaben in der Generation nach Theodor Mommsen wurden nun wissenschaftsorganisatorisch vorbereitet von einer initiativreichen Kultus- und Wissenschaftsadministration, die sich mit den Interessen der Gelehrtenschaft

---

72 Daston, Lorraine: Die Kultur der wissenschaftlichen Objektivität, in: Naturwissenschaft, Geisteswissenschaft, Kulturwissenschaft: Einheit - Gegensatz - Komplementarität?, hrsg. v. Otto Gerhard Oexle, (= Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft / Max-Planck-Institut für Geschichte, Band 6), Göttingen: Wallstein 2000, S. 9-39.

73 Die Lemmata „objektiv“ / „Objektivität“ nahmen in der Philosophie des frühen 19. Jahrhunderts die neue Bedeutung von ‚nicht-wertend, unparteilich, neutral, sachlich, messbar‘ an, vgl. Thiel, Christian: objektiv/Objektivität, in: Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, hrsg. v. Jürgen Mittelstraß und Gereon Wolters, Band 2, Stuttgart: Metzler 1995, S. 1052-1054.

74 Bruch, Rüdiger vom: Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung: Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890-1914), Husum: Matthiesen 1980.

abstimmte.<sup>75</sup> Die öffentliche Vertretung von akademischen Vorhaben, ihre forschungspolitische Legitimation *coram publico*, fiel nicht der Administration, sondern prominenten „Gelehrtenpolitikern“ zu, z.B. dem brillanten Redner Adolf von Harnack. Friedrich Althoff dagegen, der die Konstruktion eines neuen ‚Oxford in Dahlem‘ über mehrere Jahre hinweg in einer verwaltungstechnischen Rochade mit der räumlichen Verlagerung der Berliner Museen und der Neugründung einer Vielzahl naturwissenschaftlicher Universitätsinstitute ausgefeilt hatte, war kein begabter Rhetor. Althoff hielt in seiner Amtszeit keine bekannte, öffentlichkeitswirksame forschungspolitische Rede und hätte wohl auch die offizielle Präsentation der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft delegiert. Althoff hatte die Gabe, im kleineren Kreis „durch geistreiche und humorvolle Plaudereien“ Minister und Kaiser für seine klar gedachten Pläne zu gewinnen.<sup>76</sup>

Während im Wilhelminischen Kaiserreich die freie Rede vor Publikum bzw. der mündliche Vortrag vor einer festlichen Versammlung wiederkehrende Formen der forschungspolitischen Überzeugungsrede waren, verlagerte sich in der Weimarer Zeit die Werbung für wissenschaftliche Unternehmungen auch in die modernen Massenmedien. Abenteuerverheißende wissenschaftliche Expeditionsfilme und der sog. Kulturfilm (d.h. der frühe wissenschaftliche Dokumentarfilm), die Ansprachen Albert Einsteins im Radio und eine gezielte Pressearbeit in den Tageszeitungen, mit Interviews und Meinungsbeiträgen von Professoren, schufen in den 1920er Jahren neue mediale Ausgangsbedingungen für die forschungspolitische Rhetorik. Für die ‚Sprache der Objektivität‘ wurde diese mediale Umgebung problematisch, weil die modernen Kommunikationsmittel einen neuen, schnelllebigen Publikumshorizont voraussetzten. Der Chemiker Fritz Haber, selbst ein begabter, wirkungsvoller Redner, räsonierte während der Inflationszeit einmal über die Bemühungen des Wissenschaftsjournalismus, forschungspolitische Anliegen der Wissenschaft in der Presse zu platzieren und die

---

75 Brocke, Bernhard vom: Preußische Bildungspolitik 1700-1930, in: Preußen - eine Herausforderung, hrsg. v. Wolfgang Böhme, (= Herrenalber Texte, Band 32), Karlsruhe 1981, S. 54-95.

76 Friedrich Althoff starb am 20. Oktober 1908 und konnte selbstverständlich beim Gründungsakt der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ am 11. Januar 1911 keine forschungspolitische Rede halten. Doch die Beobachtung, dass er sich rhetorisch zurückhielt, gilt grundsätzlich für seine gesamte Dienstzeit, vgl. Schmidt, S. 105.

Öffentlichkeit über die Arbeit der Gelehrten aufzuklären. Fritz Haber machte dabei auf die Spannung aufmerksam, die zwischen kurzfristigen, medial zu stillenden Erregungsbedürfnissen und langfristigeren, intellektuell zu befriedigenden Vergewisserungsbedürfnissen bestünden. Jede Bemühung um öffentliches Werben für die Wissenschaft sei deshalb

„[...] verhältnismäßig unfruchtbar, weil das wissenschaftliche Resultat in unserer wirtschaftlich gerichteten Zeit schwer so darzustellen ist, dass es vom großen Publikum, welches die Zeitung liest, gleichzeitig als interessant und von den Kollegen nicht als marktschreierisch empfunden wird. Der Berichterstatter, der kein Fachmann im genaueren Sinne des Wortes ist, fühlt, dass er starke Akzente braucht, um seinen Leserkreis zu befriedigen und der Fachmann widerstrebt diesen starken Akzenten, weil er die Auswirkung, die seine Ergebnisse zum gesicherten Bestande der Wissenschaft macht oder ihre praktische Nützlichkeit beweist, abgewartet wissen will. Andere müssen uns loben, damit das Lob wirksam ist. Indem uns die Tagespresse lobt oder erwähnt, loben wir und erwähnen wir uns selbst. Ganz anders liegen die Dinge, wenn es sich um Organisation und Fürsorge für den Wissenschaftsbetrieb handelt und die Resultate und Fortschritte nur als Begründung und Erläuterung benutzt werden [...]“<sup>77</sup>

Haber lässt erkennen, dass die wissenschaftsinterne ‚Sprache der Objektivität‘ aufgrund ihres hohen Glaubwürdigkeitswertes durchaus der forschungspolitischen Rhetorik in der Öffentlichkeit zugute kam. Während allerdings im Wilhelminischen Kaiserreich die gesellschaftliche Zugehörigkeit zu den Etablierten bereits eine öffentliche Aufmerksamkeit für die gesprochene oder geschriebene, forschungspolitische Rede eines Gelehrten garantierte, musste sich die Gelehrtenschicht in der Weimarer Republik mit einer veränderten Statushierarchie, anderen medialen Wahrnehmungsformen und einer anwachsenden Pluralität der Meinungsäußerungen konfrontiert sehen. Diese veränderten Rahmenbedingungen eröffneten Chancen und schufen Probleme für das forschungspolitische Kommunikationsverhalten der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Um die Quellen zu ihrer Geschichte reflektiert auswerten zu können, ist daher die Rolle und Leistung der forschungspolitischen Rhetorik und der Gebrauch der öffentlichen Rede innerhalb der Notgemeinschaft während der Weimarer Republik genauer zu bestimmen.

---

77 Fritz Haber an Friedrich Glum, 12. Mai 1922, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 613 fol. 73b. Hervorhebungen im Original.

## Diskretion und Diplomatie Friedrich Schmidt-Otts

Fritz Habers Auftrag hatte gelautet, der Wissenschaft in der neuen Republik ein Sprachrohr im Reich zu geben. Unter der Öffentlichkeitsarbeit war dabei sicherlich ein begrenztes Verständnis von Öffentlichkeit zu begreifen. Die Adressaten waren vor allem die Reichstagsabgeordneten und die Mitglieder der jeweils amtierenden Reichsregierung sowie ihre leitenden, mit Wissenschaftssachen befassten Beamten aus der Ministerialbürokratie. Friedrich Schmidt-Ott hielt seit 1921 fast jedes Jahr Parlamentarische Abende ab, bei denen der Reichskanzler sowie hohe Regierungsvertreter im Reichstagsgebäude sprachen. Auf regelmäßigen Bierabenden der Notgemeinschaft im Berliner Automobilclub wurden populäre Vorträge von Wissenschaftlern gehört sowie Lichtbildervorträge gezeigt. Zwanglos kamen dabei eingeladene Abgeordnete, Forscher, Wirtschaftsvertreter sowie Referenten aus Kultusbürokratien, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sowie der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zusammen. Die jährliche Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft, zu der zwischen 150 und 200 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultusverwaltung und Politik eingeladen waren, wechselte jedes Jahr in eine andere Universitätsstadt, währte drei Tage lang und verband ihre Versammlung mit öffentlichen Ansprachen, populären Vorträgen und Ehrungen. Forschungsergebnisse und wissenschaftliche Vorhaben wurden dabei einem breiteren Publikum durch eigene Ausstellungen und Veranstaltungen näher gebracht, so etwa auf der "Medizinischen Woche" in Essen 1926 oder auf der Hygiene-Ausstellung 1930 in Dresden. Diese Öffnung gegenüber dem breiten Publikum blieb jedoch die Ausnahme. Öffentliche Zurückhaltung kennzeichnete den Wissenschaftsadministrator Friedrich Schmidt-Ott. Er war, wie im Anhang dieser Arbeit umrissen wird, mehrere Jahrzehnte lang durch seine Aufgaben im Preußischen Kultusministerium in der Rolle als wissenschaftsorganisatorischer Sachwalter sozialisiert worden.<sup>78</sup> Seine Sprache war die eines juristisch geschulten Vermittlers zwischen Wissenschaft und Politik im kleinen Kreise. Er nahm hellhörig die Interessen beider Seiten wahr, benannte

---

78 Vgl. Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 122, zur Rolle Friedrich Schmidt-Otts bei der Begründung des Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

in sachbetonter Wortwahl die jeweiligen Gemeinsamkeiten und zeigte – oft in unverbindlichen Formulierungen – den aus wissenschaftspolitischer Sicht nächsten gangbaren Schritt auf. Friedrich Schmidt-Otts sprachliche Umgangsformen, auch in der schriftlichen Korrespondenz der Weimarer Jahre, blieben diplomatisch. Er verwendete lieber zuerst die allgemeinere Formel, machte Andeutungen, ließ die Einzelheit offen und appellierte an das gemeinsame Ziel. Bei unentschiedenen Punkten oder in Konfliktfällen wies Friedrich Schmidt-Ott in seinen Schreiben gerne auf die Möglichkeit einer mündlichen Aussprache hin. In solchen Fällen wird die Quellengrundlage für die historische Rekonstruktion forschungspolitischer Entscheidungsprozesse oft dünn. Die kaiserzeitliche Tradition des regen gesellschaftlichen Verkehrs zwischen Wissenschaftsverwaltung und Gelehrtentum, die Friedrich Schmidt-Ott in den Weimarer Jahren fortsetzte, wird hier zu einem Quellenproblem der historischen Erforschung der Notgemeinschaft. In dem inneren Getriebe einer Kultusverwaltung nach den Regeln des ‚System Althoff‘ wurde die forschungspolitische Sprache der *öffentlichen* Überzeugungsrede nicht benötigt, die wissenschaftspolitische Kommunikation erfolgte *face-to-face*, sogar eine juristisch ausführlich argumentierende Stellungnahme blieb selten. Bernhard vom Brocke berichtet über den Nachlass Althoff, dass wohl kaum überhaupt etwas Explizites in den Akten niedergelegt worden sei. Das meiste müsse wohl in persönlichen Briefen oder vertraulichen Rücksprachen geregelt worden sein, vermutet Brocke, und für jeden Einzelfall habe Friedrich Althoff auch noch zahlreiche Berater hinzugezogen. Daher beklagt Bernhard vom Brocke an dem großen preußischen Wissenschaftspolitiker, dass im Nachhinein zu der Frage, „was oder wer eine Entscheidung bei ihm herbeiführte, in den amtlichen Akten wenig oder nichts zu finden“ sei.<sup>79</sup> Im Falle von Friedrich Schmidt-Ott kommt für den Historiker erschwerend hinzu, dass die Hauptstadt Berlin ab der Jahrhundertwende mehr und mehr Telefone besaß und geschäftliche Vereinbarungen auch per Fernruf getroffen wurden. Nur selten hat Friedrich Schmidt-Ott den Gehalt einer fernmündlichen Besprechung danach als Notiz

---

79 Brocke, Bernhard vom: Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882-1907: das "System Althoff", in: Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, hrsg. v. Peter Baumgart, (= Preußen in der Geschichte, Band 1), Stuttgart: Klett-Cotta 1980, S. 9-118, S. 43.

festgehalten. Die modernen Kommunikationsmittel unterstützten damit die Praxis einer Wissenschaftspolitik, deren täglicher Betrieb mehr auf dem persönlichen Vertrauen, der Diskretion und einer diplomatischen Verschwiegenheit beruhte. Friedrich Schmidt-Ott wird im Übrigen eine schriftlich detaillierte Festlegung mündlich getroffener Vereinbarungen wohl selten gebraucht haben, denn man rühmte, dass er ein „ganz unwahrscheinliches Gedächtnis, und zwar gerade auch für Details“<sup>80</sup> gehabt haben soll:

„Wenn er einen Mitarbeiter irgendwohin schickte, unterließ er es selten, ihm die genaue Adresse, die Straße, die Hausnummer und die Telefonnummer des zu Besuchenden aus dem Kopf herzusagen, er nannte die Namen der Kinder und Einzelereignisse aus dem Leben des Aufzusuchenden.“<sup>81</sup>

Für Friedrich Schmidt-Ott selbst konnte daher in einem ganz praktischen Sinne viel Geschäftliches *ungesagt* bleiben, solange es jedenfalls nicht vor einem größeren Publikum gesagt werden *musste*. Wissenschaftspolitische Interessen äußerten sich daher oft nur zwischen den Zeilen, also in der Andeutung bzw. im zu rekonstruierenden Kontext, selten jedoch explizit. Oft beriefen sich die wissenschaftspolitischen Akteure auf eine allgemeinere Formel bzw. einen sprachlichen Gemeinplatz. Dies mochte Konsens stiften, besonders dann, wenn sich im Detail Interessensgegensätze verbargen. Unterschiedliche Auffassungen vom Nutzen der Wissenschaft oder divergierende politische Ziele machten sich aufgrund des politischen Systemwechsels von 1918/19 empfindlich bemerkbar, denn die Organisation und Förderung der Wissenschaft war nun zu einer öffentlichen Sache des Reichstages geworden. Eine breitere parlamentarische Öffentlichkeit, genauer gesagt, die Mehrheitsparteien der Arbeiterbewegung sowie die Regierungskoalitionen aus katholischem Zentrum, demokratischem Liberalismus und der Sozialdemokratie, und damit die parlamentarischen Gegner des früheren monarchischen Regimes waren nun durch das Machtmittel der Rede zu überzeugen. Wie war dies angesichts der Tatsache möglich, dass 1918/19 keiner der agierenden Wissenschaftspolitiker ein *homo novus* war? Alle

---

80 Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 41.

81 Ebd.

Wissenschaftspolitiker dieser Zeit, gerade auch diejenigen der Weimarer Republik, hatten ihre Berufserfahrungen, ihre professionellen Routinen und mentalen Haltungen aus dem Kaiserreich bezogen. Die Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik bediente sich daher einer Reihe gängiger Topoi, die wertvolle Hinweise auf den zeitgenössisch geltenden, wissenschaftspolitischen Gesellschaftsvertrag geben können, den „compact between science and government“.<sup>82</sup> Dies bedeutet für die historische Interpretation, dass das Auftreten wissenschaftspolitischer Topoi in den Quellen deren Aussage nicht verschleiert, sondern die Prämissen der Kommunikationspartner enthüllt. Für das Verständnis der Wissenschaftspolitik während der Weimarer Republik ist es von großem Wert, die versteckten Überzeugungen zu kennen, die sich u.a. in der forschungspolitischen Rhetorik äußerten.

### **Topoi der forschungspolitischen Rhetorik**

Der Ort, an dem die forschungspolitische Rhetorik der Weimarer Republik vielleicht am prägnantesten hervortrat, war die Plenardiskussion im Reichstag. Viele Debattenredner betonten die symbolische „Weltgeltung“ der deutschen Wissenschaft und bekräftigten somit den Topos von der ‚deutschen Wissenschaft als nationalem Macht-Ersatz‘. Dabei wurde als Ziel der Wissenschaftsförderung die „Erhaltung und Stärkung der deutschen Wissenschaft, dieses wichtigen Pfeilers der deutschen Weltgeltung“ betont, deren Stellung man glaubte verteidigen zu müssen „gegenüber den unablässigen Anstrengungen des Auslandes, die Führung in der Weltwissenschaft an sich zu reißen“.<sup>83</sup> Wenn sich Friedrich Schmidt-Ott zur Forschungspolitik öffentlich äußerte, bediente seine Rhetorik regelmäßig diesen Topos von der ‚Wissenschaft als nationalem Macht-Ersatz‘. In das gleiche Horn stieß auch der Wissenschafts- und Kulturpolitiker Georg Schreiber in seinen publizistischen Beiträgen zum Klinikwesen im Ausland, zur deutsch-österreichischen Zusammenarbeit in der Volkskunde oder zur Erforschung des

---

82 Stokes, Donald E. / Armacost, Michael H.: *Pasteur's Quadrant: Basic Science and Technological Innovation*, Washington, D.C.: Brookings Institution 1997, S. 106.

83 *Politischer Almanach 3 (1926)*, hg. v. Maximilian Müller-Jabusch, Berlin 1926, S. 137f.

Auslandsdeutschtums.<sup>84</sup> Die forschungspolitische Rhetorik erlaubte es, im Namen der Wissenschaft sprechen zu können, um wissenschaftspolitische Ziele durchzusetzen. Bei diesen Zielen handelte es sich um die parlamentarische Zustimmung zur Finanzierung wissenschaftlicher Unternehmen oder organisatorischer Kooperationen. Die Quellen zur Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, insbesondere ihre Geschäftsakten und die Korrespondenz Friedrich Schmidt-Otts, zeigen in ihrer Topik, wie die Notgemeinschaft versuchte, den Gesellschaftsvertrag zwischen Forschung, Staat und Wirtschaft aufrechtzuerhalten und zu bekräftigen. Dies kann noch an einem weiteren Beispiel deutlich werden. In der Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft während der Weimarer Republik spielte in fast allen untersuchten Fallstudien die technologische Entwicklung von Messgeräten oder Prototypen in enger Kooperation mit wissenschaftstechnologischen Firmen eine bedeutende Rolle. Für die Diffusion wissenschaftlichen Wissens in die Produktentwicklung ist dieser Zwischenschritt bis in die Gegenwart häufig und wichtig.<sup>85</sup> Tatsächlich bildeten innovative Technologien der Messtechnik und Prototypen im Versuchsstadium bereits in der Weimarer Republik einen der vielen möglichen Transmissionsriemen zwischen Forschung und Wirtschaft.<sup>86</sup> Obwohl die forschungspolitische Rhetorik der Notgemeinschaft nicht müde wurde, den Nutzen der Wissenschaft für die nationale Volkswirtschaft im Allgemeinen zu betonen, ging sie auf die tatsächliche Bedeutung der Präzisionsgeräte und wissenschaftstechnologischen Apparate für den Technologietransfer *nicht* ein. Anstatt die Bezüge *zwischen* Forschung und Wirtschaft namhaft zu machen, präsentierte Friedrich Schmidt-Ott die Sprache der Wissenschaft selbst, v.a. in den Heften zu den „Gemeinschaftsarbeiten“ unter dem Titel „Deutsche Forschung“. Hier finden sich Originalbeiträge über Spezialthemen,

---

84 Vgl. die Würdigung des kulturpolitischen Engagements und eine Bibliographie der zahlreichen tagespolitischen Beiträge Georg Schreibers in: Morsbach, Adolf: Deutsche Kulturpolitik im Ausland, in: Volkstum und Kulturpolitik. Eine Sammlung von Aufsätzen gewidmet Georg Schreiber zum Fünfzigsten Geburtstage, hrsg. v. Heinrich Konen und J. P. Steffes, Köln: Gilde Verlag GmbH 1932, S. 237-265.

85 Hermann, Armin: Das 20. Jahrhundert - eine Epoche von Wissenschaft und Technik, (= Veröffentlichungen, Band 24), hrsg. v. Kester-Haeusler-Stiftung, Fürstfeldbruck: Kester-Haeusler-Stiftung 2001.

86 Feldman, Gerald D.: Industrie und Wissenschaft in Deutschland 1918-1933, in: Forschung im Spannungsfeld, hrsg. v. Bernhard vom Brocke, Band 1990, S. 671.

mit denen auch ein akademisch vorgebildetes Publikum rasch überfordert gewesen dürfte. Dabei wird anschaulich, wie die Notgemeinschaft versuchte, das sprachlich und graphische Instrumentarium der wissenschaftlichen „Objektivität“ selbst ‚sprechen‘ zu lassen. Wiederum wurden das hohe Sozialprestige der Wissenschaftler und ihr Glaubwürdigkeitspotential auch für deren organisatorische Vertretung, die Notgemeinschaft, rhetorisch wirksam. In diesem Sinne kann man die scheinbar rein sachlichen Arbeits- und Forschungsberichte der Notgemeinschaft als rhetorische Mittel auffassen, die außerhalb des ursprünglichen wissenschaftlichen Kommunikationsraumes verwendet wurden und sich an ein breiteres Auditorium in Parlament, Regierung und Industrie wandten, um in der typischen wissenschaftlichen Erscheinungsform zugunsten der Notgemeinschaft und ihrer Förderung zu werben. Die gemeinsam geteilte Prämisse unter den Akteuren der Wissenschaftspolitik erschien dabei nicht explizit. Die interne Geschäftskorrespondenz der Notgemeinschaft enthält auch aus diesen Gründen kaum eine schriftlich fixierte Reflexion der Wissenschaftsorganisation über sich selbst. Friedrich Schmidt-Ott verhandelte die forschungspolitische Positionsbestimmung – sicherlich eines der heiklen Themen der Notgemeinschaft schlechthin – in aller Regel im Gespräch mit maßgeblichen Gremienmitgliedern in der Notgemeinschaft. Einer expliziten Reflexion würdig wäre etwa die politische Rolle gewesen, die die Notgemeinschaft als offiziell wahrgenommene Vertretung der gesamten deutschen Wissenschaft, welche sich größtenteils zum wilhelminischen Establishment der untergegangenen Monarchie zählte, gegenüber dem neuen politischen, demokratischen System der Weimarer Republik einnahm. Auch eine konkretere Positionsbestimmung der Notgemeinschaft als mächtiger Interessenvertretung einer ganzen Berufsgruppe, der Gelehrten, in der modernen Industriegesellschaft wäre denkbar gewesen. Doch vergleichbare Fragen sind nicht reflektiert worden, offenbar weil den Beteiligten die Antwort darauf unproblematisch erschien. Vermutlich stand für die meisten die Objektivität der Wissenschaft außerhalb des Politischen. Forschungsfragen jedenfalls behandelte die Notgemeinschaft wie nicht politisierbare Gegenstände. Erst unter dem politischen Druck, die weitere Finanzierung der Notgemeinschaft über die Krisenjahre der Inflation hinaus zu

rechtfertigen, entstand eine Diskussion über das eigene Selbstverständnis. Auch das erscheint als ein plausibler Vorgang: Prämissen werden erst dann thematisiert, wenn der sie tragende Konsens aufzubrechen droht. Die entsprechenden Auseinandersetzungen über kontroverse wissenschaftspolitische Überzeugungen in der Notgemeinschaft mündeten in schriftliche Vorlagen, die einen neuen Konsens enthielten. Dies geschah im Falle der Notgemeinschaft während der Weimarer Republik, soweit das zu erkennen ist, zweimal: Einmal nach den Diskussionen über die forschungspolitischen Aufgaben der Notgemeinschaft nach 1924 infolge der Inflation, zum zweiten nach den Auseinandersetzungen um die Vorrangstellung der staatlichen Wissenschaftspolitik 1928/29. Beide Male reiften die forschungspolitischen Positionsbestimmungen zu Denkschriften aus, die im Reichstag oder in einem öffentlichen Vortrag vorgestellt wurden und teilweise neue Topoi begründeten.<sup>87</sup> Als sich etwa gegen Ende der Weimarer Republik, in der Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Krise nach 1930, auch der Konsens über den „compact between science and government“ in der deutschen Gesellschaft aufzulösen begann, reagierte das wissenschaftspolitische Establishment mit einer konzertierten Presse-Aktion. Die Broschüre „forschung tut not“, an der die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft als Mitherausgeber beteiligt war, adaptierte die Praktiken einer massenwirksamen Werbung. Prominente wissenschaftstechnologische Beispiele präsentierten vielfältige Bezüge zwischen Forschung und Wirtschaft und formten damit einen neuen forschungspolitischen Topos, der in der wissenschaftshistorischen Forschung als das „lineare Modell“ der Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft und Industrie bezeichnet worden ist. In der untergehenden Weimarer Republik rückten freilich die wissenschaftspolitischen Themen an den Rand der öffentlichen Aufmerksamkeit. Denn die politische Entscheidung über die Finanzierung der Wissenschaftsorganisationen rückte immer weiter außerhalb der parlamentarischen Gremien, sodass es in den frühen dreißiger Jahren auf einen

---

87 Im „Sprechsaal“ des „Bunds zur Erneuerung des Reiches“ 1928, vgl. Schmidt-Ott, Friedrich: Kann die staatliche Förderung der deutschen Kulturaufgaben durch Zusammenfassung und planmäßige Finanzierung gesteigert werden? In: Reich und Länder 3 (1929) Heft 2, S. 110-114.

öffentlich auszuhandelnden Konsens über wissenschaftspolitische Überzeugungen immer weniger ankam.

### **Erkenntnisinteresse, Fragestellung und These**

Der bisherige Forschungsstand zur Geschichte der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hat vor allem Einblicke in ihre Forschungsförderung einzelner Wissensgebiete gewährt, den Kontext der internationalen Wissenschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg erhellt und Aspekte der forschungspolitischen Prioritätensetzung behandelt. Alle drei Themenkreise berühren sich in der Frage nach den forschungspolitischen Entscheidungswegen der Notgemeinschaft, ohne solche Wege historisch detailliert zu rekonstruieren. Kaum geklärt sind auch bislang die Gründe für die Etablierung der Notgemeinschaft als Institution, deren Vorläufigkeit ja sogar ihrem Namen eingeschrieben war. Ebenso wenig ist die Forschungsförderung dieser Selbstverwaltungskörperschaft unter dem Gesichtspunkt untersucht worden, wie ihre Forschungsansätze mit industriellen Ansprüchen und wissenschaftstechnologischen Bedürfnissen abgeglichen worden sind. Schließlich muss man feststellen, dass eine eingehende Untersuchung der nationalsozialistischen Epoche der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft bzw. der Deutschen Forschungsgemeinschaft bislang nicht vorgenommen worden ist. Letzteres ist Forschungsauftrag einer eigenen DFG-Forschergruppe und kann daher außer Betracht dieser Arbeit bleiben. Die genannten Desiderate lassen sich in der Form von Fragen formulieren, auf die die vorliegende Arbeit empirisch gestützte Antworten zu geben versuchen wird:

- Wie war es der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gelungen, sich von einem Provisorium der Nothilfe zu einer stabilen Organisation der Wissenschaftsförderung in Deutschland zu etablieren?
- Welche Wirkung hatte die Forschungsförderung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft? Förderte sie eine Weiterentwicklung von Theorien und Paradigmen?
- Wie bewertete die Notgemeinschaft den Transfer von Wissen aus der Forschung zu den wissenschaftsbasierten Unternehmen?

Förderte die Notgemeinschaft neue Erkenntnisse, die sich in wissenschaftstechnologische Produkte umwandeln ließen?

Die Geschichte der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft während der Weimarer Republik führt in ein komplexes Zusammenspiel von Forschung, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Daher wird man von der vorliegenden Arbeit Aufschluss erwarten über die Frage, wie sich der deutsche Wissenschaftsstandort in einer bestimmten historischen Phase entwickelt hat. Die Arbeit wird zunächst zeigen, wie die Weimarer Republik jenes außerordentliche Forschungspotential in Anschlag brachte, das das Deutsche Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg aufgebaut hatte. Der darstellende Schwerpunkt der Arbeit liegt in den wissenschaftspolitischen Entscheidungen, die die Notgemeinschaft traf, um wissenschaftsfördernde Maßnahmen zu ergreifen, die während der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Krisen der Jahre zwischen 1918 und 1930 die Produktion von neuem Wissen vorantreiben sollten. Die Aufmerksamkeit richtet sich dabei auf die charakteristischen forschungspolitischen Schwerpunkte bzw. Prioritäten, die die Notgemeinschaft entwickelte. Aus heutiger Sicht kann man unter Prioritäten in der Forschungspolitik Folgendes begreifen: „any activity that receives special attention and thus special treatment as regards funds and/or other incentives“.<sup>88</sup> Dieses gegenwartsbezogene Verständnis forschungspolitischer Prioritäten dient der heuristischen Klärung und stellt die forschungspolitische Wahrnehmung von wissenschaftlichen Aufgaben und die Kanalisierung von Geldern zu ausgewählten Themen in den Mittelpunkt des Untersuchungsansatzes. Die Untersuchung der forschungspolitischen Entscheidungswege innerhalb der Notgemeinschaft soll sich besonders auf solche mit profilbildender Wirkung beziehen. Freilich wird die Profilbildung einer Wissenschaftsorganisation nicht allein an ihrem materiellen Einsatz sichtbar. Die wissenschaftspolitische Allokation von Ressourcen für Forschungsthemen wird ebenso bestimmt durch bildungs- und sozialpolitische, technologische, wirtschaftspolitische und außenpolitische Bedingungen. Dazu zählen die Qualität der Aus- und Fortbildung des Forschernachwuchses, der Stand, die Nutzung und das Erneuerungstempo der Labortechnologie, die Kontakte zwischen Wirtschaft und Forschung sowie der

---

88 Drilhon, Gabriel: Choosing priorities in science and technology, Paris: OECD 1991, S. 22.

internationale Austausch und die transnationale Zusammenarbeit zwischen Forschern. Solche *soft facts* entziehen sich der simplen Quantifizierbarkeit und werden angemessener durch eine dichte Beschreibung erfasst. Erst eine Einbettung des Geldstroms und der forschungspolitischen Themenauswahl in diese Kontexte wird der komplexen Tätigkeit der Wissenschaftspolitik gerecht. Wissenschaftspolitik wird dabei in der vorliegenden Arbeit – einer Definition von Mitchell Ash folgend – aufgefasst als die Koordination materieller und personeller Ressourcen mit dem Ziel, die Produktion von neuem, wissenschaftlich gewonnenem Wissen zu fördern.

Forschungsschwerpunkte in einem nationalen Innovationssystem bedienen also den Wissensbedarf einer Gesellschaft und stehen damit in einem Kontext sozialer, politischer und wirtschaftlicher Erwartungen.<sup>89</sup> Gerade für die wissenschaftspolitische Prioritätensetzung gilt, dass wie - wie die Wissenschaftspolitik insgesamt - immer schon in die weitere Gesellschaft eingebettet ist:

„In a sense, priorities cannot be set for fundamental research without, explicitly or implicitly, making use of external criteria of political, economic or social utility.“<sup>90</sup>

Forschungspolitische Schwerpunktsetzungen werden heutzutage strategisch gerechtfertigt. Von einer Strategie der wissenschaftspolitischen Koordination von Ressourcen kann man dann sprechen, wenn erkennbar wird, dass eine Wissenschaftsorganisation durch ihren Mitteleinsatz in ausgewählten Wissensgebieten eine bestimmte Wirkung erzielen möchte. Eine zielorientierte Priorisierung kann dabei aus verschiedenen Perspektiven erfolgen. Bedeutsam sind dabei die Sicht der Wissenschaft, die Sicht der Öffentlichkeit und schließlich die Sicht der Wirtschaft. Erstens erscheint aus der Perspektive des wissenschaftlichen Fortschritts eine Priorisierung dann wünschenswert, wenn der Mitteleinsatz in aussichtsreichen Wissensfeldern einen *breakthrough* (Thomas S. Kuhn) herbeiführen kann, also zu einer Klärung grundlegender Probleme bzw. der

---

89 Bondi, Sir Hermann: “[Discussion]”, in: *Priorities in Research. Proceedings of the Fourth Boehringer Ingelheim Symposium held at Kronberg, Taunus, 12th-15th May 1982*, hrsg. v. Sir John Kendrew und Julian H. Shelley, (= International Congress series) Band 615, Amsterdam: Elsevier 1983.

90 Drilhon, Gabriel: *Choosing priorities in science and technology*, Paris: OECD 1991, S. 7.

Etablierung eines neuen Paradigmas führt. Hatte die Wissenschaftspolitik der Notgemeinschaft solche kognitiven Durchbrüche im Blick oder war sie mehr auf inkrementelle Verbesserungen im Rahmen eines bestimmten Paradigmas eingespielt? Wie verhielt sich die Notgemeinschaft gegenüber Neuerungen in den zwanziger Jahren, etwa neuen Disziplinen wie der Internationalen Politik, der Psychoanalyse oder der Architekturlehre des Bauhauses? Wie nahm die Notgemeinschaft die Neuerungen an den Rändern bereits bestehender Disziplinen wahr, z.B. die Zellphysiologie oder die Mikrobiologie? Als *wissenschaftsimmanent* strategisch wäre die Forschungsförderung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in dem Falle zu bezeichnen, wenn ihre Förderentscheidung auf offene Fragen, die kognitiven Herausforderungen oder eine wissenschaftliche Revolution in einem Wissensfeld reagierte. Zweitens, aus der Sicht einer demokratisch verfassten Öffentlichkeit, wie es die Weimarer Republik – trotz aller politischen Belastungen ihres parlamentarischen Lebens – darstellte, müssten die Schwerpunktsetzungen in der Forschung den sozialen Erwartungen und Wünschen folgen. Nach Peter Weingart würde die Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft dann als strategisch zu gelten haben, wenn sie den Bedarf der Gesellschaft an Problemlösungen ermittelte, diese Agenda in Fragen der Forschung übersetzte und schließlich diejenigen Potentiale des Forschungssystems gezielt mit Geldern ausstattete, wo mögliche Antworten auf den gesellschaftlichen Bedarf an Lösungen erwartet würden. In der Weimarer Republik gehörte z.B. der traumatische Verlust von Territorien, die Durchsetzung einer modernen Massenkongsumgesellschaft oder die geheime Wiederaufrüstung zum Katalog der gesellschaftlichen Problemlagen. Hat die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft solche oder verwandte gesellschaftliche Kernfragen aufgegriffen und zu einer strategischen Wissenschaftsförderung umformuliert? Man könnte dann von einer *öffentlichkeitsbezogenen* strategischen Forschungsförderung der Notgemeinschaft sprechen, wenn die von ihr geförderte Produktion neuen Wissens dem artikulierten Bedarf der Weimarer Republik entgegenkäme.<sup>91</sup>

---

91 Weingart, Peter: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2001, S. 138f.

Schließlich, drittens, verlangt die Wirtschaft Impulse aus der Forschung für technische Entwicklungen. Eine *wirtschaftsorientierte* Strategie der Schwerpunktsetzung in der Forschungsförderung wäre also dann erkennbar, wenn die Notgemeinschaft ihre Förderentscheidungen danach getroffen hätte, ob technische Anwendungen als spätere Ergebnisse eines profilierten Mitteleinsatzes in bestimmten Forschungsgebieten abzusehen waren.

Die vorliegende Arbeit stellt die These auf, dass die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft durch Schwerpunktsetzungen in der Organisationsform von „Gemeinschaftsarbeiten“ eine strategische Wissenschaftsförderung entfaltete und dies eine Voraussetzung dafür wurde, dass sich die Notgemeinschaft während der Zwischenkriegszeit zur Deutschen Forschungsgemeinschaft stabilisieren konnte.

## 1. Die Not der Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg, 1919-1923

### 1.1 Die ‚Not der Wissenschaft‘

#### 1. 1. 1 Nach der Niederlage: Wissenschaft als ‚Macht-Ersatz‘

Die Preußische Akademie der Wissenschaften trat am 14. November 1918, wenige Tage nach der Abdankung des Kaisers, im Akademiegebäude in Berlin zu einer Sitzung zusammen. Max Planck, seit 1912 beständiger Sekretar der Physikalisch-Mathematischen Klasse, hielt eine Ansprache. Er wandte sich gegen eine Unterbrechung der Akademiesitzungen aufgrund der Revolution. Stattdessen appellierte er an die geistigen und bildungsmäßigen Kräfte in der Staatskrise:

„Wenn es wahr ist, was wir doch alle hoffen müssen und hoffen wollen, dass nach den Tagen des nationalen Unglücks wieder einmal bessere Zeiten anbrechen, so werden sie ihren Anfang nehmen von dem aus, was dem deutschen Volke als Bestes und Edelstes eigen ist: von den idealen Gütern der Gedankenwelt, denselben Gütern, die uns schon einmal, vor hundert Jahren, vor dem gänzlichen Zusammenbruch bewahrt haben.“<sup>92</sup>

Max Planck bediente sich mit der rhetorische Formel von der kompensierenden Bedeutung der deutschen Wissenschaft als „Macht-Ersatz“ eines forschungspolitischen Topos.<sup>93</sup> Dieser variiert ein legendäres Wort König Friedrich Wilhelms III. von 1807, der angesichts der Niederlage gegen Napoléon gesagt haben soll, man müsse nun versuchen, „durch geistige Kräfte dem Staat zu ersetzen, was er an physischen verloren habe“.<sup>94</sup> Die Errichtung neuer Wissenschafts- und Bildungsinstitutionen nach einer erlittenen militärischen Niederlage war in der Preußischen Wissenschaftspolitik wiederholt stilisiert worden: „[...] bezeichnenderweise“, so hatte Emil du Bois-Reymond in einer Rektoratsrede am 3. August 1883 formuliert, „wurden für Preußen seine Niederlagen wie seine Siege, 1806 wie 1815 und 1870, Anlass zur Gründung

---

92 Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Sitzungsberichte Jahrgang 1918, Ansprache Max Planck vom 14. November 1918, S. 993.

93 Schroeder-Gudehus, Brigitte: The Argument for Self-Government and Public Support of Science in Weimar Germany, in: *Minerva* 10 (1972) Heft 4 (October), S. 537-570, S. 552.

94 Zitiert nach der Wiedergabe bei Brocke, Bernhard vom: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens, hrsg. v. Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke, Stuttgart: DVA 1990, S. 17-162, S. 27.

neuer Universitäten.“<sup>95</sup> Der Topos vom Machtersatz durch deutsche Wissenschaft gab weiten Teilen der deutschen Akademiker die Möglichkeit, ihre nationalistische Stimmung auszudrücken. Auf einer politischen Versammlung der Medizinerschaft in München im Januar 1919 gelobten die Studenten,

„in innigem Zusammenarbeiten mit den akademischen Lehrern durch unentwegte deutsche Arbeit und deutsche Einigkeit dem deutschen Vaterlande wieder nach allen Demütigungen und Anfeindungen der ganzen Welt den Platz zu erringen, den es verdient.“<sup>96</sup>

Die Wissenschaft in der Rolle als Machtersatz nach dem Kriegsende erfasste und verwandelte auch einige der Schauplätze der Macht im Deutschen Reich. Das Preußische Kultusministerium ordnete für die „Kieler Woche“ an, die übliche Propaganda für die deutsche Macht zur See sowie die Flottenpromenade Wilhelms II. zur Eröffnung der Segel- und Regattawoche in der Kieler Förde zu streichen, und stattdessen eine „Woche für Bildung und Kunst“ zu veranstalten.<sup>97</sup> Sogar den Wohn- und Herrschaftssitz der Hohenzollern selbst, das Alte Königsschloss an der Spree, übernahm nun die Wissenschaft als Platzhalter der Macht. Friedrich Glum, Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, erhielt 1921 für die Verwaltung der Wissenschaftsorganisation einige leerstehende Räume im Stadtschloss.<sup>98</sup> Gewiss gaben dafür auch pragmatische Gründe den Ausschlag. Gleichwohl entsprach diese Ortswahl dem politischen Klima. Nach der Gründung der Notgemeinschaft, die zunächst im „Amerika-Institut“ der Berliner Universität ihr Geschäftsbüro hatte, sollte auch Friedrich Schmidt-Ott mit einem kleinen Stab an Mitarbeitern einige Räume in der zweiten Etage des Kaiserlichen Schlosses beziehen.<sup>99</sup> Beide Wissenschaftsverwaltungen ‚regierten‘ in den ehemaligen kaiserlichen Schlossräumen für die gesamte Dauer der Weimarer Republik.

---

95 Emil du Bois-Reymond: Die Humboldt-Denkmalier. Rede am 3. August 1883 in der Aula der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin. Gehalten von dem derzeitigen Rektor Emil du Bois-Reymond, Berlin: Königl. Akademie der Wissenschaften 1883, S. 3.

96 Hoeflmayer: Brief aus Bayern, in: Deutsche medizinische Wochenschrift 45 (1919), S. 158f.

97 Hinweis bei Rudolf Nissen: Werner Richters Berliner Hochschulpolitik aus der Sicht der Hochschule, in: In memoriam Werner Richter. Reden, gehalten am 27. November 1961 bei der Gedenkfeier der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn von Hugo Moser, Rudolf Nissen, Hans Peters, Karl Th. Schäfer, (=Alma Mater. Beiträge zur Geschichte der Universität Bonn 14), Bonn: Peter Hanstein 1962, S. 20-31, hier S. 30.

98 Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 254f.

99 Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 45f.

### 1. 1. 2. Die Reaktion der Wissenschaftspolitik auf den Entzug der chemischen Patente

Der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 erteilte dem Deutschen Reich keine Weisungen für sein Wissenschaftssystem. Die deutsche Wissenschaft fiel nicht in den Planungshorizont des amerikanischen Generalstabs, der eine europäische Friedensordnung territorial und ökonomisch vorbereitet hatte.<sup>100</sup> Die Strukturen der Forschungsorganisation im Deutschen Reich wurden nach dem Ersten Weltkrieg nicht in gleicher Weise Gegenstand politischer Planung und Plünderung, wie das nach dem Zweiten Weltkrieg der Fall werden sollte.<sup>101</sup> Zwar sah der der Versailler Vertrag scharfe Auflagen gegen neue Rüstungstechnologien vor. Doch die Rüstungsbeschränkungen waren als Begrenzungen der außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten gedacht und wurden auf deutscher Seite entsprechend als eine Beschneidung staatlicher Souveränität beklagt. Wissenschaft und Forschung jedoch zählten in den Augen der Alliierten nicht zum staatlichen Herrschaftsapparat. Akademie, Universität und Laboratorium gehörten nach dem bürgerlichen Verständnis des 19. Jahrhunderts in den Kreis des kulturellen Lebens. Die chemische Forschung, die wirtschaftsnah arbeitete, stellte im Deutschen Reich darüberhinaus einen mächtigen Wirtschaftsfaktor dar. Die Versailler Bestimmungen entzogen der deutschen Chemieindustrie alle Verfahrenspatente. Dies rechtfertigte man als eine wirtschaftliche Reparationsmaßnahme. Obwohl die Alliierten durch den Entzug der chemischen Patente nicht unmittelbar in die Wissenschaftsorganisation des Deutschen Reichs eingriffen, stellten sie die chemische Forschung in Deutschland vor eine wissenschaftsorganisatorische Herausforderung. Denn um wettbewerbsfähig zu bleiben, musste die chemische Forschung rasch neue Innovationen, d.h. neue schutzwürdige Erfindungen hervorbringen. Die chemische Industrie gründete daher im Ruhrgebiet sowie an mehreren Technischen Hochschulen Fördervereine, um junge Chemiker und Nachwuchskräfte in möglichst großen Zahlen durch Stipendien zu unterstützen, da das finanzielle Vermögen vieler Familien während der Kriegs- und Nachkriegsjahre zusammengeschmolzen war. Carl Duisberg, Direktor der Farbwerke Leverkusen, gründete mehrere Hilfsvereine dieser Art und war deswegen in den

---

100 Gelfand, Lawrence E.: *The Inquiry. American Preparations for Peace, 1917-1919*, New Haven: Yale Univ. Pr. 1963

101 Gimbel, John: *Science, technology, and reparations. Exploitation and plunder in postwar Germany*, Stanford, Calif.: Stanford University Press 1990

Weimarer Jahren außerordentlich populär angesehen als der „Vater der Studenten“<sup>102</sup>. Der mangelnde wissenschaftliche Nachwuchs aufgrund der miserablen sozioökonomischen Umstände machte sich nicht nur in der Chemie bemerkbar, sondern verlangte auch auf vielen weiteren akademischen Gebieten zu einer weitgreifenden wissenschaftspolitischen Reaktion.

### 1. 1. 3. Der Boykott der deutschen Wissenschaft

Der Versailler Vertrag enthielt zwar bis auf die Enteignung der chemischen Schutzrechte keine expliziten Bestimmungen gegen die deutsche Wissenschaft. Doch hatten die Alliierten schon vor 1919 ihren künftigen Umgang mit den Wissenschaftlern in Deutschland deutlich gemacht. Die deutsche Gelehrtenschaft hatte im ersten halben Jahr des Weltkrieges 1914/15 durch ihre militaristischen Pamphlete einiges Porzellan auf dem internationalen Parkett zerschlagen.<sup>103</sup> Die chemisch-technologische Entwicklung von Kampfgasen unter Leitung von Fritz Haber schuf einen weiteren Stein des Anstoßes. Einer Anklage als Kriegsverbrecher vor dem internationalen Haager Kriegstribunal 1919 entkam Fritz Haber vor allem durch die gleichzeitige Ankündigung des Nobel-Komitees in Stockholm, dem deutschen, jüdischen Chemiker die weltweit höchste Auszeichnung verleihen zu wollen, den Nobel-Preis für Chemie in Anerkennung für die Erfindung der Ammoniak-Synthese im Vorkriegsjahr 1913.<sup>104</sup> Die nationalen Akademien in Belgien, England und Frankreich riefen in der Londoner Erklärung vom 11. Oktober 1918, also noch in den letzten Kriegstagen, zu einem Boykott der deutschen Gelehrten auf. Sie verurteilten den nationalistischen Fanatismus der deutschen Gelehrtenschaft und gründeten eine neue, internationale Organisation für die historisch-philologischen Fächer, die „Union académique

---

102 Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 269.

103 Schroeder-Gudehus, Brigitte: Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik 1919-1933. Vom Boykott und Gegen-Boykott zu ihrer Wiederaufnahme, in: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens, hrsg. v. Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1990, S. 858-885. Brocke, Bernhard vom: 'Wissenschaft und Militarismus': Der Aufruf der 93 'An die Kulturwelt!' und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg, in: Wilamowitz nach 50 Jahren, hrsg. v. William M. Calder III., Darmstadt 1985, S. 649-719.

104 Henry Harris: To serve Mankind in Peace and the Fatherland in War. The Case of Fritz Haber, in: German History 10 (1992) Heft 1, S. 24-38.

internationale“.<sup>105</sup> Der Boykott zielte in erster Linie auf den Ausschluss deutscher Gelehrter von der Einladung zu internationalen Kongressen.<sup>106</sup> Um im Einzelfall dagegen protestieren zu können, begann der Verband Deutscher Hochschulen in seinen vierteljährlichen Mitteilungen, eine Terminübersicht über die fachwissenschaftlichen Kongresse mit internationalem Format zu veröffentlichen. Die Gelehrten im Deutschen Reich waren aufgefordert, ihre Kollegen im Ausland zu Solidaritätserklärungen zu gewinnen. Der Pathologe Ludwig Aschoff aus Freiburg im Breisgau zum Beispiel, forderte im Vorfeld eines internationalen Medizinkongresses von seinen tschechischen Kollegen aus Prag eine öffentliche Protestnote gegen den „Ausschluss von Deutschen von internationalen Kongressen“.<sup>107</sup> Große öffentliche Aufmerksamkeit genossen im Juni 1920 die Physiker Max Planck, Max von Laue und Johannes Stark mit den Chemikern Richard Willstätter und Fritz Haber, als sie gemeinsam als deutsche Wissenschaftlergruppe nach Stockholm reisten, um die Nobelpreise, die ihnen zwischen 1914 und 1919 zuerkannt worden waren, nachträglich in Empfang zu nehmen.<sup>108</sup> Die Geste der Anerkennung aus Schweden, sowie andere, versöhnliche Stimmen aus den Niederlanden oder den Vereinigten Staaten vermochten allerdings die Boykottaufrufe aus Belgien, Frankreich und England nicht zu mildern. Im Herbst 1920 war Ludwig Aschoff daher nicht mehr der einzige unter den deutschen Gelehrten, die eine Solidarisierung aller „deutschen Kollegen“ verlangten, um angesichts der fortdauernden internationalen Ausgrenzung „gegen diese Entehrung zu demonstrieren.“ Ein breiter Konsens entstand unter der konservativen Gelehrtenschaft, dass es notwendig sei, mit geschlossener Stimme vor dem Ausland gegen den Boykott und für die deutsche Wissenschaft zu sprechen. Der Sinologe Otto Franke, Vorsitzender des Ausschuss für Auslandsfragen im Verband der Deutschen Hochschulen, war überzeugt, dass sich das Ende des Boykotts sicher erreichen ließe,

---

105 "Boykottierung der deutschen Wissenschaft durch das Ausland", Akten des Reichsministerium des Innern, 1. November 1919 bis 31. Oktober 1926, BA Berlin R 1501 Nr. 109003-109005.

106 MacLeod, Roy: Der wissenschaftliche Internationalismus in der Krise. Die Akademien der Alliierten und ihre Reaktion auf den Ersten Weltkrieg, in: Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914-1945, hrsg. v. Wolfram Fischer, Rainer Hohlfeld und Peter Nötzold, Berlin: Akademie 2000, S. 317-349.

107 Aschoff an seine Frau, 21. Oktober 1920, in: Aschoff, Ludwig: Ein Gelehrtenleben in Briefen an die Familie, Freiburg i. Br. 1966, S. 292.

108 Metzler, Gabriele: "Welch ein deutscher Sieg!" Die Nobelpreise von 1919 im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 44 (1996) Heft 2, S. 173-200 Max Planck hatte den Nobelpreis 1918 gewonnen, Max von Laue im Jahr 1914, Richard Willstätter im Jahr 1915, Fritz Haber im Jahr 1918 und Johannes Stark 1919.

“wenn die deutschen Gelehrten einig und fest blieben.”<sup>109</sup> Der nach 1918 einsetzende Boykott deutscher Gelehrter verstärkte somit die Gründungsbestrebungen für einen solidarischen ‚Einheitsbund‘ der Wissenschaften im Deutschen Reich.

Die Reaktion der deutschen Wissenschaft auf ihren Boykott folgte einem Muster, das bereits in der wilhelminischen Gesellschaft während des Ersten Weltkriegs eingeübt worden war: man sammelte sich unter dem imaginären Schirm der eigenen Nation gegen eine Welt von Feinden. Dieser Umgang mit dem Wissenschaftsboykott hatte unmittelbare Folgen für den Aufbau und die Förderpolitik der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Der neue, internationale Verbund der Akademien von 1918, die „Union académique internationale“, war als ein Nachfolger und zugleich als Ablösung der „Internationalen Assoziation der Akademien“ gegründet worden, denn diese war bereits im Jahr 1901 auf deutsche Initiative hin in Paris initiiert worden.<sup>110</sup>

Die Aufgabe der Assoziation von 1901 hätte in der Zusammenstellung einer Internationalen Bibliographie der Naturwissenschaften bestehen sollen, blieb jedoch bis 1914 weitgehend unbearbeitet. Die neue „Union académique internationale“ von 1918 erhielt pikanterweise die gleiche Aufgabe, nämlich ein internationales bibliographisches Findmittel zur Dokumentation des je aktuellen Standes in der naturwissenschaftlichen Forschungsliteratur aufzubauen. Jede deutsche Beteiligung aber an dem neuen bibliographischen Referenzunternehmen wurde kategorisch ausgeschlossen. Die deutsche Seite fühlte sich zutiefst ungerecht behandelt: „Erst wütete der Krieg, dann noch schlimmer der Frieden.“, beurteilte Adolf von Harnack im inflationsbelasteten Herbst 1922 den anhaltenden wissenschaftlichen Boykott sowie die Reparationsforderungen der Siegermächte gegenüber dem geschlagenen Deutschen Reich.<sup>111</sup> Gegen die Boykottmaßnahmen leiteten bereits 1919 die Deutsche Mathematische Gesellschaft, die Deutsche Physikalische Gesellschaft und die Deutsche Geographische Gesellschaft ein gemeinsames Vorgehen an.<sup>112</sup> Die Fachvereinigungen

---

109 Franke, Otto: Erinnerungen aus zwei Welten. Randglossen zur eigenen Lebensgeschichte, Berlin: Walter de Gruyter 1954, S. 166.

110 Greenaway, Frank: Science international. A history of the International Council of Scientific Unions, Cambridge: Cambridge University Press 1996.

111 Adolf von Harnack: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Jahre 1922, in: Erforschtes und Erlebtes. Reden und Aufsätze N. F. Bd. 4, Gießen 1923, S. 243-252, hier 243.

112 Behrends, Elke: Die Auswirkungen des Boykotts der deutschen Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg auf das Referatenwesen: Die Reichszentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung, in: Fachschrifttum, Bibliothek und Naturwissenschaft im 19. und 20.

schlugen dem Preußischen Kultusministerium vor, ihrerseits ein eigenes, nationales bibliographisches Referenzinstrument aufzubauen. Die Preußische Akademie der Wissenschaften unterstützte den Plan mit Nachdruck. Max Planck, Sekretär der Preußischen Akademie der Wissenschaften, wurde zum Vorsitzenden der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen naturwissenschaftlichen Referate-Organen“ berufen.<sup>113</sup> Die Kommission an der Preußischen Akademie setzte sich aus den Vertretern wissenschaftlicher Verlagshäuser zusammen, die die vier einflussreichsten Zeitschriften verlegten: das „Chemische Zentralblatt“, die „Fortschritte der Physik“, das „Jahrbuch über die Fortschritte der Mathematik“ sowie das „Neue Jahrbuch für Mineralogie, Geologie und Paläontologie“. Im Herbst 1919 wurde die Arbeitsgemeinschaft umbenannt in „Reichszentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung“, und Karl Kerkhof, ein früherer Beamter im Internationalen Bureau des Poids et Mesures in Sèvres bei Paris, zu ihrem Leiter und Geschäftsführer bestellt.<sup>114</sup> Ab 1. Januar 1920 erklärte die Preußische Akademie der Wissenschaften die „Reichszentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung“ formal zu einer Stelle innerhalb der Akademie. Im April 1920 wandte sich Max Planck an Friedrich Schmidt-Ott mit der Bitte, eine zusätzliche finanzielle Hilfe für die neue „Reichszentrale“ bereitzuhalten, und zwar aus den Mitteln der geplanten Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.<sup>115</sup> Im weiteren Verlauf begann die „Reichszentrale“ dann tatsächlich, eng mit dem Bibliotheksausschuss der Notgemeinschaft zusammenzuarbeiten. Schließlich wurde die „Reichszentrale“ ab 1926 gänzlich von der Notgemeinschaft finanziert. Die „Reichszentrale“ erhielt zunächst den Auftrag, wissenschaftliche Nachrichten zu sammeln, die verstreut in verschiedenen deutschen Zeitschriften publiziert wurden. Ziel der „Reichszentrale“ war es, den neuesten Stand der Forschung auf Anfrage bereitzuhalten und den jeweiligen deutschen Beitrag beim Vorrücken der Forschungsfront hervorzuheben. Man sandte dafür der Reichszentrale kostenfreie Belegkopien aller im Deutschen Reich erscheinenden deutschen

---

Jahrhundert, hrsg. v. Christoph Meinel, (= Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens, Band 27), Wiesbaden: Harrassowitz 1997, S. 53-66

113 Planck an Lewald, 31. Oktober 1919, Bundesarchiv Berlin N 2176 Nr. 88 Bl. 156.

114 Schroeder-Gudehus, Brigitte: *Les scientifiques et la paix. La communauté scientifique internationale au cours des années 20*, Montréal: Les presses de l'Université de Montréal 1978, p. 254.

115 Planck an Schmidt-Ott, 19. April 1920, zitiert bei Zierold, Kurt: *Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar*, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 13.

Wissenschaftspublikationen. Auf der Grundlage dieser informationellen Ressource über die Fortschritte der Forschung, hielt die Reichszentrale sowohl Literaturhinweise als auch andererseits photographierte Artikel für deutsche Gelehrte bereit. 1922 finanzierte die Notgemeinschaft den Kauf einer photographischen Reproduktionsmaschine für die „Reichszentrale“.<sup>116</sup> Zwischen der „Reichszentrale“ und dem Bibliotheksausschuss der Notgemeinschaft entwickelte sich dabei folgende Arbeitsteilung: während die „Reichszentrale“ als nationale bibliographische Informationsstelle mit deutschen Titelverweisen diente und Kopien deutscher Forschungsaufsätze versandte, belieferte der Bibliotheksausschuss der Notgemeinschaft die Universitätsstädte mit fremdsprachlichen wissenschaftlichen Publikationen und gegebenenfalls mit Kopien ausländischer Aufsätze. Der Bibliotheksausschuss der Notgemeinschaft knüpfte dadurch trotz des Boykotts der Alliierten wieder an die transnationalen Verbindungen mit ausländischen Universitätsbibliotheken an. Und die „Reichszentrale“ diente dazu, der beschnittenen ‚Weltgeltung‘ der deutschen Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg mit einer bibliographischen Demonstration der aktuellen deutschen Forschungsergebnisse entgegenzutreten. Die Aktivitäten der „Reichszentrale“ dienten damit auch der auswärtigen Kulturpropaganda. Mit einem nationalistischen Unterton betonte die „Reichszentrale“ die kulturelle Bedeutung von wissenschaftlichen Druckwerken aus deutscher akademischer Arbeit.<sup>117</sup>

Der Boykott der deutschen Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg durch die Alliierten und ihre Weigerung, deutsche Forschungsbeiträge in die internationalen Bibliographien aufzunehmen, schuf mit der Gründung der „Reichszentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung“ zum 1. Januar 1920 ein nationales Bibliographier- und Informationsunternehmen im Deutschen Reich mit kulturpropagandistischem Potential. Max Plancks Drängen im Frühjahr 1920, also noch im Vorfeld der Gründung der Notgemeinschaft, die Aktivitäten der „Reichszentrale“ durch die geplante Notgemeinschaft zu finanzieren, legte den Grundstein für einen markanten Förderschwerpunkt der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft,

---

116 Kerkhof, Karl: Reichszentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung 1919-1929. Vertraulich!, Berlin 1930

117 „Vertrauliche Jahresberichte der Reichszentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung, Rückblick 1919-1929“ und „Nachtrag zu dem Bericht der Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung 1919-1929 vom 1. 10. 1930“, BAK R 73, Nr. 299.

nämlich in ihre weitreichende Unterstützung der wissenschaftlichen Infrastruktur (Druckwerke, Zeitschriften) während der Inflationsjahre.

#### **1. 1. 4 Die Debatte um den Rang der Bildung und Wissenschaft in der Verfassung**

Die Debatte der Nationalversammlung in Weimar und die Verabschiedung der neuen Verfassung am 31. Juli 1919 mit ihrem Entschluss für eine parlamentarische Demokratie änderte nichts an den föderalen Rahmenbedingungen der Forschungsorganisation im Deutschen Reich.<sup>118</sup> Die Hauptgedanken der einschlägigen Artikel 139 bis 147 im Verfassungsentwurf bezogen sich auf die „Verselbständigung und Verweltlichung des gesamten nationalen Erziehungswesens“, auf den „Organische[n] Aufbau des Erziehungswesens“ sowie auf die „Trennung von Staat und Kirche, deren Mitgestaltung des Religionsunterrichts, und die vollständige Staatsaufsicht über die Selbständigkeit der Schule zugleich“.<sup>119</sup> Somit konzentrierten sich die Weimarer Verfassungsberatungen darauf, die staatsrechtlichen Fundamente für ein demokratisches und säkularisiertes Erziehungssystem zu legen. In den Artikel 142 der Weimarer Verfassung ging die Garantie der Wissenschaftsfreiheit ein, die bereits in den Grundrechten der Paulskirchen-Verfassung von 1849 (dort im § 152) sowie in Artikel 20 der damaligen Preußischen Verfassung festgeschrieben worden war: „Die Wissenschaft und die Lehre sind frei.“ Die Weimarer Verfassungsväter fügten dieser Garantie noch die Freiheit der Kunst hinzu, sodass es in Artikel 142 hieß: „Kunst, Wissenschaft und Lehre sind frei.“ Diese verfassungsrechtliche Freiheitsgarantie legitimierte juristisch nicht die akademische Selbstverwaltung, sondern verbürgte die Lehrfreiheit an den Universitäten.<sup>120</sup> Artikel 142 traf damit auch

---

118 Vgl. Verfassungskommentar Anschütz. Gültig wurde die Weimarer Verfassung mit der Unterschrift und Ausfertigung durch den Reichspräsidenten Friedrich Ebert am 11. August 1919.

119 Zweite Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs, „Wissenschaft. Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre“, 18. Juli 1919, Stenographische Protokolle, Band 328, 60. Sitzung, S. 1674A.

120 Dies unterstellt Ulrich Marsch, der aus der akademischen Selbstverwaltung auch die Formierung der Notgemeinschaft ableitet. Die akademische Selbstverwaltung aber ergab sich aus den traditionell gewachsenen Verwaltungsbeziehungen der Universitäten - die auch nach 1918 Staatsanstalten blieben - mit den Kultusverwaltungen in den Ländern, vgl. Bernhard, Ludwig: Akademische Selbstverwaltung in Frankreich und Deutschland. Ein Beitrag zur Universitätsreform, Berlin: Julius Springer 1930, S. 97 und 130-133. Kluge, Alexander: Die Universitäts-Selbstverwaltung. Ihre Geschichte und gegenwärtige Rechtsform, Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann 1958, S. 251f. Hender, Reinhard: Selbstverwaltung als Ordnungsprinzip. Zur politischen Willensbildung und Entscheidung im demokratischen Verfassungsstaat der Industriegesellschaft, Köln: Carl Heymanns Verlag 1984, S. 14, 30 und 33.

keine Aussage über die Kompetenzverteilung in der Kultur- und Wissenschaftspolitik im Deutschen Reich. An diesem Punkt hatte Friedrich Schmidt-Ott versucht, während der laufenden Verfassungsdebatte anzusetzen. Im April 1919 veröffentlichte er einen kulturpolitischen Beitrag, der die Pflege der Wissenschaft im Deutschen Reich als „stärkste Stütze unseres Einheitsbewusstseins“ in den Vordergrund rückte.<sup>121</sup> Friedrich Schmidt-Ott schlug den Verfassungsvätern vor, eine neue, zentrale Wissenschaftsverwaltung im Reich zu schaffen. In ihr sollten diejenigen wissenschaftlichen Institute und Unternehmungen zusammengefasst werden, die für das Deutsche Reich eine besondere kulturpolitische Bedeutung verkörperten. Darunter fielen in Friedrich Schmidt-Otts Aufzählung sowohl die wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen ohne Lehrverpflichtung, die bislang durch die Länder getragen wurden, als auch die Wissenschaftsunternehmungen, die bisher aus dem Auswärtigen Amt und dem Reichsinnenministerium finanziert wurden:

- Kolonialinstitut, Hamburg
- Deutsch-Amerikanischer Professoren Austausch, Universität Berlin
- Amerikainstitut, Universität Berlin
- Archäologische Jahresstipendien
- Internationale Ausgrabungen der Berliner Museen
- Historisches Institut, Rom
- Geodätische Station, Potsdam
- Meteorologische Station, Potsdam
- Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Berlin-Dahlem
- Leopold-Koppel-Stiftungen „Villa Massimo“ und „Villa Falconieri“, Rom
- Deutsche Auslandsschulen, v.a. in Südamerika, Afrika und Asien
- Deutsche Auslandsbibliotheken
- Reichsgesundheitsamt, Berlin
- Physikalisch-Technische-Reichsanstalt, Berlin-Charlottenburg
- Archäologisches Institut, Rom / Italien
- Archäologisches Institut, Athen / Griechenland
- Römisch-Germanische Kommission

---

Frank, Stefan: Die Selbständigkeit der Universitäten in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland, jeweils bezogen auf das Gebiet des ehemaligen Landes Preußen., Dissertationsschrift, Christian-Albrechts-Universität, Kiel 1998, S. 105.

121 Friedrich Schmidt: "Die Kulturaufgaben und das Reich", in: Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 13 (1919), Heft 5 (1. April 1919), Sp. 449-464, hier Sp. 450.

Edition der monumenta Germaniae historica  
 Institut für ägyptische Altertumskunde, Kairo / Ägypten  
 Kunsthistorisches Institut, Florenz / Italien  
 Zentrale für Erdbebenforschung, Straßburg  
 Versuchsanstalt für Luftfahrt, Göttingen  
 Seminar für orientalische Sprachen, Universität Berlin  
 Germanisches Museum, Nürnberg  
 Römisch-Germanisches Zentralmuseum, Mainz  
 Deutsches Museum, München  
 Buchgewerbemuseum, Leipzig  
 Biologische Anstalt, Rovigno / Italien  
 Meeresforschungsstation (Anton Dohrn), Neapel / Italien  
 Medizinschule, Shanghai / China

Friedrich Schmidt-Ott unterstrich bei allen diesen Wissenschaftsunternehmungen ihr außen- und kulturpolitisches Gewicht und äußerte die Hoffnung, dass durch die wissenschaftliche Arbeit dieser Anstalten „allmählich das durch unseren Zusammenbruch verlorene Ansehen zurück[zu]gewinnen“ wäre.<sup>122</sup> Im Frühjahr 1919 führte Friedrich Schmidt-Ott die auswärtige Kulturpolitik als ein zugkräftiges Argument an, um für seinen Vorschlag zu werben, im Deutschen Reich eine zentrale Wissenschaftsverwaltung zu begründen. Die finanziellen Engpässe in der beginnenden Inflation oder die Sorgen um einen genügend qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs spielten in seinen kulturpolitischen Äußerungen zu diesem Zeitpunkt keine entscheidende Rolle.

Die Zuständigkeit der neu zu schaffenden, zentralen Wissenschaftsverwaltung im Deutschen Reich sollte nach Friedrich Schmidt-Otts Plänen auch mit der Übernahme von Ministerialabteilungen erweitert werden. Alle wissenschaftsbezogenen Referate aus drei verschiedenen Ministerien, d.h. dem Auswärtigen Amt, dem Reichsministerium des Innern sowie dem Reichswirtschaftsministerium, sollten organisatorisch zusammengefasst und an die neue Stelle übergehen.<sup>123</sup> Im Regierungsaufbau der Weimarer Republik hätte eine solche Bandbreite der Zuständigkeiten wohl die Dimensionen eines neuartigen

---

122 ibid., Sp. 464.

123 ibid., Sp. 460.

„Reichswissenschaftsministeriums“ erreicht. Davon war allerdings bei Friedrich Schmidt-Ott nicht die Rede. Im Grunde skizzierte er mit seinem umfassenden kulturpolitischen Vorschlag die Möglichkeit, die früheren wissenschaftspolitischen Kompetenzen in der Forschungsabteilung im Preußischen Kultusministerium aus der Wilhelminischen Zeit in die neue Republik zu übertragen. Im Kaiserreich hatte Friedrich Schmidt-Ott als Ministerialdirektor im Preußischen Kultusministerium von 1908 bis 1917 die eigens auf ihn zugeschnittene Abteilung „Wissenschaft und Kunst“ geleitet und eine wohl unvergleichliche Expertise in der außeruniversitären Forschungsförderung entwickelt. Als Preußischer Kultusminister in den Jahren 1917/18 hatte er Vorschläge während der Beratungen der Hochschulkonferenz des Reiches für eine weitgehende Zentralisierung der Bildungs- und Wissenschaftspolitik im Reich begrüßt.<sup>124</sup> Mit der Denkschrift vom April 1919 schlug Friedrich Schmidt-Ott nun faktisch vor, seine früheren weitreichenden Zuständigkeiten für „Wissenschaft und Kunst“ von der Preußischen Landesverwaltung auf eine höhere Hierarchieebene, d.h. die Ebene der Reichsverwaltung zu heben. Einige Sachverständige im verfassungsberatenden Ausschuss deuteten dafür bereits ihre Zustimmung an. Staatssekretär Theodor Lewald vom Reichsministerium des Innern schlug Friedrich Schmidt-Ott am 17. März 1919 vor, in dem von ihm gezeichneten Rahmen für einige Monate als „Reichskommissar für Kulturpflege des Reichs“ zu arbeiten.<sup>125</sup> In der Diskussion mit Hugo Preuß kamen Theodor Lewald, Hugo Krüss, Carl Heinrich Becker und Friedrich Schmidt-Ott allerdings darin überein, dass der Vorschlag für ein Reichskommissariat nicht in die Verfassungsberatungen aufgenommen werden sollte, sondern dass dort die hochschulpolitische Denkschrift des Preußischen Kultusministeriums aus der Feder von Unterstaatssekretär Carl Heinrich Becker behandelt werden würde (siehe dazu unten).<sup>126</sup> Den Vorschlag Theodor Lewalds, ein Reichskommissariat einzurichten, würde man stattdessen dem Kabinett unterbreiten können. Damit hatte sich zunächst die ablehnende Haltung im neu besetzten Preußischen Staatsministerium durchgesetzt. Dieses war nach der erfolgreichen ‚roten‘ Revolution und nach dem Rücktritt Friedrich Schmidt-Otts vom Amt des

---

124 Hochschulpolitik im Föderalismus. Die Protokolle der Hochschulkonferenzen der deutschen Bundesstaaten und Österreichs 1898 bis 1918, hg. v. Bernhard vom Brocke / Peter Krüger, Berlin 1994, S. 315, Anm. 1.

125 Tageskalender, 17. März 1919.

126 Tageskalender, 23. März 1919.

Kultusministers im November 1918 darin übereingekommen, dass „dem Staatsminister Schmidt-Ott neue Aufträge nicht erteilt werden sollten“, worin sich wohl die Skepsis der neuen linken Machthaber gegenüber einem konservativen Spitzenbeamten bemerkbar machte.<sup>127</sup> Doch in den Verfassungsberatungen für die neu zu schaffende Republik im März 1919, kaum fünf Monate später, hielt Staatssekretär Theodor Lewald aus dem Reichsinnenministerium eine erneute wissenschaftspolitische Tätigkeit von Friedrich Schmidt-Ott vor allem „von Reichs wegen“ sehr wohl für denkbar, und zwar in der Form eines Reichskommissariats.<sup>128</sup> Friedrich Schmidt-Ott entwarf vor diesem Hintergrund am 26. März 1919 ein Konzept für ein solches „Reichskommissariat“.<sup>129</sup> Gegen die Einrichtung eines „Reichskommissariats“ mit Zuständigkeiten für alle auswärtigen Wissenschaftsunternehmungen widersprach jedoch das Auswärtige Amt.<sup>130</sup> Im Zuge der Schüler'schen Reform plante das Außenministerium 1919, eine eigene Kulturpolitische Abteilung zu errichten.<sup>131</sup> Damit unternahm das Auswärtige Amt selbst einen organisatorischen Schritt zur zentralen Verwaltung auswärtiger Wissenschaftssachen. Auch der Sprecher des Haushaltsausschusses im Reichstag, Prälat Georg Schreiber, riet von einer zentralisierten Verwaltung für kulturpolitisch wirkungsvolle Wissenschaftsunternehmungen ab.<sup>132</sup> Friedrich Schmidt-Ott selbst scheint übrigens die Organisationsform eines Reichskommissariats auch nicht unbedingt als die ideale Lösung angesehen zu haben. In seiner Denkschrift über die „Kulturaufgaben“ vom 1. April 1919 gab er abschließend zu bedenken, dass die Wissenschaftspflege auf Reichsebene nicht unbedingt in „staatlichen Organisationen“ verankert sein müsse. Als Modelle für „freiere Gestaltungen“ führte Friedrich Schmidt-Ott die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin-Dahlem und das Deutschen Museum in München an, die beide als privatrechtliche Vereine keiner staatlichen Leitung

---

127 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 170.

128 BA Berlin R 1501 Nr. 108960/1, Kulturpolitik 1919-1926, Reichskommissar. Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 174.

129 Tageskalender, 26. März 1919.

130 Tageskalender, 22. April 1919, erwähnt ein Schreiben von Theodor Lewald an Friedrich Schmidt-Ott mit der Andeutung, „dass Auswärtiges Amt Schwierigkeiten macht“.

131 Doss, Kurt: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schüler'sche Reform, Düsseldorf 1977

132 Georg Schreiber: Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches, Leipzig 1923, S. 88, Anm. 1.

unterstanden.<sup>133</sup> Detailliertere Pläne für eine solche „freie Gestaltung“ der Reichswissenschaftsverwaltung hat Friedrich Schmidt-Ott allerdings im Frühjahr 1919 nicht formuliert. Es spricht daher wenig für die Vermutung, dass er mit seiner vage gehaltenen Bemerkung quasi visionär die Konstruktion einer „Notgemeinschaft“ vorweggenommen habe.<sup>134</sup> Vielmehr ist mit Gerald D. Feldman davon auszugehen, dass eine nicht-staatliche Regelung der Reichswissenschaftspflege, wie sie der konservative Beamte Friedrich Schmidt-Ott im April 1919 zu bedenken gab, eine institutionelle ‚Sicherung‘ bilden sollte, um mitten in den Unruhen der frühen Weimarer Republik die parteiprogrammatische Einflussnahme der gefürchteten politischen Linken auf die Wissenschaftsförderung im Deutschen Reich zu verhindern.<sup>135</sup>

Der bildungs- und hochschulpolitische Reformkurs, den das Preußische Kultusministerium im Mai 1919 begann, ohne den Abschluss der Verfassungsberatungen in Weimar abzuwarten, wies schließlich alle Pläne für ein „Reichskommissariat“ ausdrücklich ad acta. In einem Ministerialerlass vom 17. Mai 1919 an die Vertreter der Hochschulen und der Kultusministerien im gesamten Deutschen Reich betonte Carl H. Becker, dass eine Reform der Wissenschaft und ihrer Organisation gar nicht zur Debatte stehe. Es sei ein

„vermessenes Unterfangen, den Geist der Wissenschaft durch Verwaltungsmaßnahmen beeinflussen zu wollen. Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei und sollen frei bleiben. Der Fortschritt der Wissenschaft ist die Frucht schöpferischer Persönlichkeiten, nicht bürokratischer Vorschriften. Die Regierung kann einzig und allein die Aufgabe haben, führenden Köpfen, welcher Richtung und Partei sie auch angehören, Luft und Licht zu freier Entfaltung ihrer Kräfte im Dienste der Allgemeinheit zu verschaffen. [...] Jedenfalls kann die deutsche Wissenschaft, wenn sie wirklich reformbedürftig wäre, nur von innen

---

133 Schmidt-Ott, Friedrich: Die Kulturaufgaben und das Reich, in: Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 13 (1919) Heft 5, S. 450-463, Sp. 463.

134 So Treue, Wolfgang: Friedrich Schmidt-Ott, in: Wissenschaftspolitik in Berlin, hrsg. v. Wolfgang Treue und Karlfried Gründer, (= Berlinische Lebensbilder, Band 3), Berlin: Colloquium 1987, S. 235-250.

135 Feldman, Gerald D.: The Politics of "Wissenschaftspolitik" in Weimar Germany: A prelude to the dilemmas of twentieth-century science policy, in: Changing boundaries of the political. Essays on the evolving balance between the state and society, public and private in Europe, hrsg. v. Charles D. Maier, Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1987, S. 255-287, S. 267. Der Reichskommissar wäre gegenüber der Regierung weisungsgebunden gewesen. Eine privatrechtliche, „freihere Gestaltung“ hätte die Unabhängigkeit wissenschaftspolitischer Entscheidungen ermöglicht, wie Brigitte Schroeder-Gudehus argumentiert, vgl. Schroeder-Gudehus, Brigitte: The Argument for Self-Government and Public Support of Science in Weimar Germany, in: Minerva 10 (1972) Heft 4 (October), S. 537-570.

heraus durch ihre Träger und nicht durch Ministerialerlasse umgestaltet werden. Die Wissenschaft steht also bei der Beratung über die Hochschulreform nicht zur Erörterung.“<sup>136</sup>

Der Gedanke eines „Reichskommissariats“ für die Wissenschaftspflege in der Weimarer Republik mit Friedrich Schmidt-Ott an der Spitze war damit endgültig fallengelassen worden. Die Preußische Bildungspolitik war bestrebt, noch in der laufenden Weimarer Verfassungsdebatte im Frühjahr und Sommer 1919 kulturpolitische Fakten für eine republikanische, entmilitarisierte und demokratische Erziehung in Preußen und im Reich zu schaffen. Carl Heinrich Becker kündigte dafür neue Statuten für die Preußischen Universitäten an, nicht aber eine „umfassende Erneuerung des deutschen Universitätswesens“.<sup>137</sup> Carl Heinrich Beckers pädagogische Absicht war es, die Preußischen Hochschulen als traditionelle Anstalten der Lehrer- und Beamtenausbildung an den neuen Anforderungen eines demokratischen Staatswesens auszurichten. Dazu sollte der Lehrkörper enthierarchisiert werden, etwa durch eine Umwandlung der Extraordinariate in ordentliche, planmäßige Professuren sowie die Wahl von Gesamtvertretungen in der Hochschule. Außerdem wollte C. H. Becker die Privatdozenten fest besolden und die akademische Selbstverwaltung auf der Ebene der Studierenden durch die Bildung von Studentenvertretungen nach dem Modell der gymnasialen Schülervertretungen stärken.<sup>138</sup> Die Rolle des Reichs in diesem pädagogischen Reformprojekt legte Unterstaatssekretär Carl Heinrich Becker vom Preußischen Kultusministerium im Juli 1919 in einer eigenen Denkschrift für den in Weimar tagenden Verfassungsausschuss der Nationalversammlung vor.<sup>139</sup> Die ursprünglich als Artikelfolge in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Überlegungen Carl H. Beckers zu den „Kulturaufgaben des Reiches“ diagnostizierten die kulturpolitische Herausforderung für das Reich weniger in der auswärtigen Kulturpolitik, die Friedrich Schmidt-Ott herausgestellt hatte. Stattdessen legte Carl Heinrich Becker mehr Wert auf den innen- und gesellschaftspolitischen Nutzen einer

---

136 Konrad Haenisch: Erlass des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an die Senate und Fakultäten der Universitäten (...) die Senate und Abteilungen der Technischen Hochschulen, Hochschulabteilung U I Nr. 1046, 17. Mai 1919, abgedruckt in: Becker, Carl Heinrich: Gedanken zur Hochschulreform, Leipzig: Quelle&Meyer 1919, S. 67-70.

137 Hendlar, Reinhard: Selbstverwaltung als Ordnungsprinzip. Zur politischen Willensbildung und Entscheidung im demokratischen Verfassungsstaat der Industriegesellschaft, Köln: Carl Heymanns Verlag 1984, S. 143.

138 Reformvorschläge Carl Heinrich Becker 1919.

139 Guido Müller: Weltpolitische Bildung und akademische Reform. Carl Heinrich Beckers Wissenschafts- und Hochschulpolitik 1908-1930, (Diss. Aachen TH 1989), Köln 1991, hier S. 267.

reichsweiten Kulturpflege. Für Carl H. Becker erschien es dringlich, durch eine „bewusste Kulturpolitik“ ein neues „einigendes Band zu suchen, das uns über unseren Stammespartikularismus, über unsere konfessionelle Spaltung und über unsere berufsständische und soziale Gliederung hinaus zum Einheitsvolk werden lässt.“<sup>140</sup> Beckers Eintreten für eine neue Pädagogik traf den Konsens der Nationalversammlung bei der Beratung der „Kulturellen Aufgaben“ des Reichs in einer Sitzung in Weimar am 18. Juli 1919:

„[...] ohne Kulturgemeinschaft keine Volksgemeinschaft (sehr richtig! bei den Deutschen Demokraten) und ohne Heraushebung all der geistigen Entwicklungsmöglichkeiten der Kräfte des Volks kein Emporheben des Volks zu demokratischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.“<sup>141</sup>

Kulturpolitik definierte Carl H. Becker im Juli 1919 als „bewusste Einsetzung geistiger Werte im Dienste des Volkes und des Staates zur Festigung im Innern“, aber auch als eine Chance für die Deutschen „zur Auseinandersetzung mit anderen Völkern nach außen“<sup>142</sup>. Im Unterschied zu Friedrich Schmidt-Otts Überlegungen standen für Carl Heinrich Becker in der Kulturpflege nicht in erster Linie die wissenschaftlichen Einrichtungen im Vordergrund, sondern schulische Institutionen. Beckers bildungspolitische Vorschläge zielten danach, die Praxis einer „nationalen Erziehung“ aus den Militärkasernen in die Schulen zu verlegen. Zur Koordination dieser neuen Bildungspolitik empfahl Carl Heinrich Becker eine „zentrale Kulturstelle“ des Reichs, deren Zusammensetzung er sich nach dem Muster der Hochschulkonferenzen der Bundesstaaten als eine „Reichsschulkonferenz“ unter staatlicher Leitung dachte. Wissenschaftspolitische Fragen sollten dabei für das neue Gremium keine vordringliche Rolle spielen. Denn für Carl Heinrich Becker bestimmten die Wissenschaften kaum über den weiteren Weg der Kulturentwicklung, sondern eher über die weitere Wirtschaftsentwicklung. Carl Heinrich Becker prognostizierte eine forcierte Kommerzialisierung der Forschung in der Nachkriegskrise: „Je ärmer wir werden, desto notwendiger wird es sein, das ganze Rüstzeug der Wissenschaft in den

---

140 Carl Heinrich Becker: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches. Eine amtliche Denkschrift, 1919, S. 5.

141 Fortsetzung der Zweiten Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs (Nr. 59 der Drucksachen). Mündlicher Bericht des 8. Ausschusses (Nr. 391 der Drucksachen). Vierter Abschnitt: Bildung und Schule, „Reich. Kulturelle Aufgaben. Wissenschaft“, 18. Juli 1919, Stenographische Protokolle, Band 328, 60. Sitzung, S. 1673B-C.

142 *ibid.*, S. 13.

Dienst der Industrie zu stellen.“<sup>143</sup> Für ihn stellten sich daher die „Probleme der Organisation“ der Wissenschaften im Deutschen Reich nicht vorrangig in Gestalt der Frage, was der Staat zugunsten der Wissenschaft unternehmen sollte, sondern wie die Wissenschaft und die Industrie im Deutschen Reich zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ zusammenfinden könnten, ähnlich der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften. Carl H. Becker rechnete damit, dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Absprache mit den fachlich interessierten Industriebranchen weitere Institute in anwendungsnahen Wissensfeldern gründen würde. Denkbar schien ihm auch, eine ganz neue Institution mit der Möglichkeit zu schaffen, „Wissenschaft auch unter industriellen Fragestellungen“ zu betreiben. Mit der Zusammenlegung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt und dem Preußischen Materialprüfungsamt könnte eine solche Stätte entstehen, schlug Carl H. Becker vor. Als „wissenschaftlich autoritative und wirtschaftlich neutrale Stelle“ würde eine derartige anwendungsorientierte Anstalt allerdings auch dafür Sorge tragen müssen, dass die „naturwissenschaftliche Forschung nicht ausschließlich unter den Gesichtspunkt der industriellen Nutzenanwendung gerät“. Wichtig war für Carl Heinrich Becker in der Wissenschaftspolitik, dass das Reich die neuen Entwicklungen in Wissenschaft und Industrie aufmerksam wahrnehme. Diesen Auftrag sollte nach Carl Heinrich Beckers Vorstellung ebenfalls die neue „zentrale Kulturstelle“ übernehmen, die für das hochschulpolitische Reformwerk und die schulpädagogischen Fragen zu errichten sei.

Carl Heinrich Becker veranschlagte also in seiner Denkschrift nur einen geringen Steuerungsaufwand für die wissenschaftspolitische Organisation des Forschungssystems in der Weimarer Republik. Allerdings schätzte er die wissenschaftlich-industrielle Entwicklung längerfristig so ein, dass man in Zukunft auch in der Wissenschaftspolitik „über den Rahmen der reinen Reichsverwaltung hinausgehen und gliedstaatliche Einrichtungen in ein großes System mit einbeziehen“ werde müssen. Konkrete Vorstellungen über jenes „große System“ in der Organisation der Wissenschaften der Weimarer Republik breitete Carl Heinrich Becker 1919 jedoch nicht aus.

---

143 Becker, Carl Heinrich: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches. Eine amtliche Denkschrift, Leipzig: Quelle&Meyer 1919, S. 39f.

### 1. 1. 5. Die Krisis in den Wissenschaften und die „Not der geistigen Arbeiter“

Die Weimarer Republik kannte eine „Krisis“ in den Wissenschaften und eine „Not“ der Wissenschaft. Während die „Krisis“ in den Wissenschaften international wahrgenommen und als kognitive Herausforderung diskutiert wurde, machte sich die „Not“ der (deutschen) Wissenschaft als eine soziale Veränderung im nationalen Rahmen bemerkbar. Die „Krisis“ in den Wissenschaften bezeichnete diejenigen Aporien in den Geistes- und Naturwissenschaften, mit denen sich das nachidealistische Denken im ersten Drittel des 20. Jahrhundert beschäftigte. In der Philosophie problematisierten Ernst Cassirer mit seiner Arbeit über „Substanzbegriff und Funktionsbegriff“ (1910) sowie die Phänomenologie mit ihren renommierten Vertretern Martin Heidegger, Edmund Husserl und Karl Jaspers die Kantische Subjekt-Objekt-Dichotomie. Eine Soziologisierung des idealistischen Denkens führte der Nationalökonom Max Weber in seiner Rede über „Wissenschaft als Beruf“ (1917/1919) vor. Den Impuls für die Psychoanalyse gab Sigmund Freud in der „Traumdeutung“ (1900), in der das rationale Subjekt nur mehr als Spielball intrapsychischer Triebansprüche erschien. In der Physik formulierte Albert Einstein die Relativitätstheorien (1905/1915), die eine anhaltende Diskussion über das physikalische Weltbild entfachten. In vielen Disziplinen belebte daher die wissenschaftliche „Krisis“ eine Suche nach neuen Paradigmen während der 1920er Jahre. Dagegen verwies die Rede von der „Not der Wissenschaft“ seit 1919 auf anders gelagerte Hindernisse. Diese waren keine Reflektion auf fachinterne, intellektuelle Entwicklungen. Stattdessen thematisierte die „Not der Wissenschaft“ eine in zweifacher Weise bemerkbare Verarmung der Akademiker im Deutschen Reich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Denn erstens erlitt die Akademikerschaft im Krieg von 1914-1918 sowie in der nachfolgenden Revolution einen politisch-sozialen Statusverlust. Im Unterschied zum politischen und sozialen Aufstieg der Arbeiterbewegung und der Soldaten während der Kriegs- und Revolutionsereignisse erfuhr die kaiserzeitliche Elite der Gelehrtenschaft, die sog. „Mandarine“ (Fritz K. Ringer), den Beginn ihres Niedergangs.<sup>144</sup> Theodor Geiger diagnostizierte Mitte der zwanziger Jahre:

---

144 Ringer, Fritz K.: The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community, 1890-1933, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1969.

„[...] es zeigen sich heute ganz deutliche Symptome der Auflösung am so genannten "Stand der Akademiker", der lange Zeit hindurch eine sehr fest abgegrenzte Kernmasse innerhalb der "Gebildeten" darstellte, fest gebunden vor allem durch das Reservat gehobener Berufsfunktionen. Als Bildungsstand haben die Akademiker nicht mehr den einstigen Zusammenhalt, seit akademisch-theoretische Bildung im Kurs so sehr gesunken ist, als Berufsstand verschwinden sie nachgerade ebenfalls.“<sup>145</sup>

Die Mangeljahre des Krieges stellten sich bald nur als ein Anfang heraus, wirkten sich doch die Folgen der steigenden Geldentwertung zunehmend auf den Wissenschaftsbetrieb aus. Die Inflation entwertete nämlich seit 1919 das Rentenvermögen in den Schichten des akademischen Bildungs- und Besitzbürgertums, des sogenannten „Rentenintellektuellentums“.<sup>146</sup> Wegen des rasenden Wertverfalls holten die Universitätsprofessoren ihr monatliches Gehalt selbst an der Kasse der Universität ab; an einem dieser Tage traf Friedrich Glum, Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, „Geheimrat Planck [...] mit einem Rucksack voller Banknoten“ vor der Universität an.<sup>147</sup> Die Inflation verschlechterte die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Wissenschaftlern in einem Maße, dass der Soziologe Alfred Weber in einem Vortrag zum 50. Gründungsjubiläums des Vereins für Socialpolitik am 21. September 1922 in Eisenach den Zerfall der Wissenschaftskultur in Mitteleuropa prophezeite.<sup>148</sup> Einen vergleichbaren Vorgang konnte Alfred Weber nur noch im Niedergang der gebildeten Kultur in der Spätantike erkennen.<sup>149</sup> Vor einem verarmenden Akademikertum sollte die Rede von der „Not der geistigen Arbeiter“ (Alfred Weber) warnen.<sup>150</sup> Der soziale, politische und wirtschaftliche Abstieg der akademischen Schichten ließ die Forschungsleistungen während der Inflationsjahre zwischen 1919 und 1923 im Vergleich zur Vorkriegszeit schrumpfen. Neben dem Rückgang der wissenschaftlichen Produktivität drohte die „Not der Wissenschaft“ auch das neue politische System zu destabilisieren, denn in parteipolitischer Hinsicht trug

---

145 Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Faksimile-Nachdruck der 1. Auflage 1932 mit einem Geleitwort von Bernhard Schäfers, Stuttgart 1987, S. 100.

146 Alfred Weber: Die Not der geistigen Arbeiter, München 1923, S. 8 und 13. In welchem Ausmaß die „Not der geistigen Arbeiter“ für die Geschichte der deutschen Wissenschaften wirkungsmächtig wurde, ist bislang kaum erforscht.

147 Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 293.

148 Franz Boese: Geschichte des Vereins für Sozialpolitik 1872-1932, Berlin 1939, besonders zum Themenpunkt "Die Not der geistigen Arbeiter" S. 173-176.

149 Alfred Weber: Die Not der geistigen Arbeiter, München 1923, S. 25f.

150 Weber, Alfred: Die Not der geistigen Arbeiter, München 1923

die Arbeitslosigkeit unter jungen Akademikern mit dazu bei, dass die Studentenschaften im Verlaufe der Weimarer Republik in das politisch rechte bis rechtsradikale Parteienspektrum wanderten.<sup>151</sup>

Für Wissenschaftspolitiker aus dem Deutschen Wilhelminischen Reich wie Friedrich Schmidt-Ott gab es keine „Krisis“ *innerhalb* der Wissenschaften. Friedrich Schmidt-Ott nahm 1918/19 vor allem wahr, wie die Wissenschaftler in wirtschaftliche Not gerieten. Mit den Vorbereitungen für eine „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ reagierte die Wissenschaftspolitik darauf. Mit einer geschickten rhetorischen Anlehnung an die Sprache der Arbeiterbewegung mobilisierten Gelehrte wie Georg Schreiber mit der Formel von der „Not der geistigen Arbeiter“ die Öffentlichkeit und das Parlament, um für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft eine finanzielle Beihilfe des Reichs zu legitimieren.<sup>152</sup>

## **1. 2. Der Aufbau der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft**

Mehrere Entwicklungsstränge führten zur Gründung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft am 30. Oktober 1920. Der legendäre Handschlag zwischen Fritz Haber und Friedrich Schmidt-Ott am 13. März 1920 auf den Treppenstufen vor dem „Elektrotechnischen Verein“ in Berlin ist häufig als Gründungsakt hinter den Kulissen gedeutet worden. Doch diese Anekdote spiegelt eher die erregten Umstände am Tage des Kapp-Putsches wieder. Tatsächlich waren dem Übereinkommen zwischen dem Institutsdirektor aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und dem ehemaligen Kultusminister mehrere soziale, verfassungsrechtliche und kulturpolitische Schritte vorausgegangen, deren Interessen sich überlagerten, wie bereits gezeigt worden ist. Schon an den Bemühungen, eine Wissenschaftsverwaltung auf Reichsebene zu organisieren, war Friedrich Schmidt-Ott beteiligt gewesen, doch wurde dieser Vorschlag nicht verwirklicht. Das Verhalten der Siegermächte gegenüber dem Forschungspotential des Deutschen Reichs, d.h. sowohl der internationale Boykott gegen deutsche Gelehrte, wie auch die alliierte Zurückhaltung gegenüber direkten Eingriffen in das Forschungssystem, beließ der deutschen Wissenschaftspolitik einen

---

151 Jarausch, Konrad H.: Die Not der geistigen Arbeiter. Akademiker in der Berufskrise 1918-1933, in: Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik, hrsg. v. Werner Abelshauser, Band 81), Stuttgart 1987, S. 280-299, S. 292.

152 Vgl. Schreiber, Georg: Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Reiches, Leipzig: Quelle&Meyer 1923, S. 5.

nationalen Handlungsspielraum. Diesen Freiraum nutzten im Jahr 1920 die Preußische Akademie der Wissenschaften, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sowie die Wissenschaftsabteilungen der Reichsministerien. Sie errichteten einen neuen Dachverband in Selbstverwaltung, die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“.

### **1. 2. 1. Die Initiativen der Preußischen Akademie und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft**

Nach Friedrich Schmidt-Otts Erinnerung entstand der „Gedanke einer alle deutschen Wissenschaftskorporationen umfassenden Notgemeinschaft“ in mehreren Gesprächen mit Gelehrten der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.<sup>153</sup> Nachdem die neue Verfassung keine zentralstaatliche Kompetenz für die Wissenschaftsförderung eingerichtet hatte, wandten sich die Akademien der Wissenschaften von Berlin, Göttingen, Heidelberg und Leipzig noch im Februar 1920 an die Nationalversammlung.<sup>154</sup> Adolf von Harnack, der vielleicht angesehenste, jedenfalls bekannteste öffentliche Fürsprecher für die Wissenschaft neben Albert Einstein, ein „Geheimer Kultusminister“<sup>155</sup> (Paul Fridolin Kehr) des Reichs, formulierte den Antrag, in den Haushalt des Reichsministerium des Innern ein Budget von 3 Millionen Reichsmark für die Förderung der Akademien einzusetzen. Adolf von Harnack begründete den Antrag der Akademien vor allem mit der Geldentwertung. An das Reich – und nicht etwa an die föderalen Kultusverwaltungen bzw. an Preußen – wandten sich die Akademien vor allem deswegen, weil die neue Finanzverfassung der Weimarer Republik den Länderhaushalten keine Möglichkeit bot, die Kaufkrafteinbußen in ihren Kultusbudgets selbstständig auszugleichen. Die Weimarer Verfassung hatte nämlich mit dem Ausbau der Reichskompetenzen auch die Steuerhoheit zentralisiert, das frühere Kaiserliche Reichsschatzamt in das neue Reichsfinanzministerium umgeformt und diesem Ministerium die letzte

---

153 Friedrich Schmidt-Ott: Erlebtes und Erstrebtes, S. 174.

154 Vgl. Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 4f..

155 Paul Fridolin Kehr: Italienische Erinnerungen. Vortrag, gehalten in deutscher Sprache am 15. Januar 1940 in der Abteilung für Kulturwissenschaft des Kaiser Wilhelm-Instituts im Palazzo Zuccari, Rom, 1. Reihe: Vorträge, Heft 21, Wien: Anton Schroll & Co. 1940, S. 17. Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 50.

Verfügungsgewalt über die finanziellen Mittel übertragen.<sup>156</sup> Hier aber wurden die einzelnen Länder daran gehindert, ihre jeweiligen Kulturetats für wissenschaftliche Zwecke wirksam zu erhöhen.<sup>157</sup> Nach dem Krieg, 1918/1919, blieben die Etats der Hochschulen und Wissenschaftsanstalten in den Ländern nominell auf gleichem Niveau. Die Inflation jedoch entwertete seit dem Frühjahr 1919 die Kaufkraft dieser staatlichen Universitäts- und Akademiebudgets. Adolf von Harnack schlug daher der Nationalversammlung vor, die föderale, einzelstaatliche Wissenschaftsfinanzierung zu überschreiten und ein besonderes Budget im Haushalt des Reichsministeriums des Innern für wissenschaftliche Zwecke einzurichten. Für dieses Budget sollten alle Wissenschaftseinrichtungen im Deutschen Reich unitarisch behandelt werden.<sup>158</sup> Aber die wissenschaftspolitische Initiative von Adolf von Harnack wurde aus Verfahrensgründen von der Nationalversammlung in der Sitzung vom 27. April 1920 nicht aufgegriffen und zur Beratung auf die Sitzungen des ersten Reichstages nach den Wahlen vertagt.<sup>159</sup> Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft stand vor denselben Schwierigkeiten wie die Akademien, einen Ausweg aus den finanziellen Engpässen zu suchen. Fritz Haber nahm hierbei eine treibende Rolle ein. Er drängte darauf, stärker in der Öffentlichkeit um finanzielle Hilfen von der Industrie, bürgerlichen Mäzenen und dem Staat zu werben, eine Forderung, die auch Georg Schreiber hartnäckig unterstützte.<sup>160</sup> Ein einheitliches Auftreten aber war unter den wissenschaftlichen Körperschaften schwer herzustellen. Noch bei den ersten Versammlungen zur Gründung des Verbands Deutscher Hochschulen 1919 in Rostock hatten die Professoren der Technischen Hochschulen den Saal verlassen, weil ihnen die

---

156 Peter-Christian Witt: Reichsfinanzminister und Reichsfinanzverwaltung. Zum Problem des Verhältnisses von politischer Führung und bürokratischer Herrschaft in den Anfangsjahren der Weimarer Republik 1918/19-1924, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 23 (1975), Heft 1, S. 1-61, hier S. 9, 43.

157 Haber an Meyer, 29. März 1920, zitiert bei Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 10-12, hier S. 11.

158 In seinem Memorandum hielt Adolf von Harnack freilich an der föderalen Wissenschaftsverwaltung an sich fest.

159 Petition Tgb. II. Nr. 15483 betreffend (...) Akademien. Reichsbeitrag zwecks Förderung wissenschaftlicher Untersuchungen und Veröffentlichungen, 27. April 1920, Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920. Stenographische Berichte, Band 343, Nr. 2875 unter VI.f.: "zur Tagesordnung übergehen."

160 Schreiber, Georg: Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Reiches, Leipzig: Quelle&Meyer 1923, S. 5.

Universitäten die Ebenbürtigkeit absprachen.<sup>161</sup> Vielleicht begünstigte der Kapp-Lüttwitz-Putsch vom 13. bis 19. März 1920 sogar die Einigung der Wissenschaftsorganisationen angesichts der schweren gesellschaftspolitischen Krise. Fritz Haber und Friedrich Schmidt-Ott sprachen sich jedenfalls am Tage des Putsches über die Möglichkeit aus, eine zentrale Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland aufzubauen. Die wissenschaftspolitische Rede von der „Selbstverwaltung“ der Wissenschaft diente schon 1918/19 dazu, die selbsternannten revolutionären „Räte“ und das sog. Gespenst des Bolschewismus von einer möglichen Einflussnahme auf die bisherige Bildungs- und Wissenschaftspolitik des deutschen Staates abzuhalten. Die Vokabel „Selbstverwaltung“ meinte nach 1918/19 also nicht eine Demokratisierung, sondern forderte dazu auf, die Reihen zu schließen.<sup>162</sup> Als am ersten Tage des Putsches anlässlich einer Tagung des „Reichsbund Deutscher Technik“ über mögliche finanzielle Hilfsmaßnahmen für die Wissenschaften diskutiert wurde, regte Fritz Haber an, die „Not der Wissenschaft“ solle durch Friedrich Schmidt-Ott „an Reich, Staat und sonstige Kreise“ getragen werden, um zusätzliche finanzielle Mittel für die real knapper werdenden Forschungsetats zu gewinnen.<sup>163</sup> Fritz Haber und Friedrich Schmidt-Ott dachten also am 13. März 1920 an eine eigene Art der Interessenvertretung der Wissenschaft im neuen parlamentarisch-republikanischen Regierungssystem, einer Art deutschen Wissenschafts-Lobby. Es ist m.E. bedeutsam, darauf hinzuweisen, dass die bisherige historische Forschung immer davon ausging, dass die Notgemeinschaft am 13. März 1920 per Handschlag als Wissenschaftsförderungsorganisation begründet worden sei. Die Intention der Akteure aber lautete zunächst, eine Art Public-Relations-Agentur aufzubauen. In dem Gespräch zwischen Fritz Haber und Friedrich Schmidt-Ott am 13. März 1920 ging es nicht um die Gründung einer Institution zur Verteilung von Fördergeldern. Fritz Haber sah im März 1920 die Aufgabe der Notgemeinschaft vor allem in der parlamentarischen

---

161 Max Weber: Wissenschaft als Beruf (1917/1919), in: Max Weber: Gesamtausgabe, Abt. I: Schriften und Reden, Band 17, hg. v. Wolfgang J. Mommsen / Wolfgang Schluchter / Birgitt Morgenbrod, Tübingen 1992, S. 71-111. Vgl. Auch Eckhard Oberdörfer: Der Verband der Deutschen Hochschulen in der Weimarer Republik, in: Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen, hg. v. Karl Strobel, (=Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 5), Vierow bei Greifswald 1994, S. 69-88.

162 Vgl. Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 163-164.

163 Tageskalender, 13. März 1920.

Informationsarbeit sowie in der Beratung der Regierung. Es ist aus den vorliegenden Quellen erkenntlich, dass Fritz Haber erst im September 1920, wohl aufgrund der durch die Rheinische Industrie geplanten "Helmholtz-Gesellschaft" und nach der Zusage einer Reichsbeihilfe für den Wissenschaftsbetrieb, eine festere Organisation für die Notgemeinschaft empfahl. An eine Organisation der Forschungsförderung mit eigenem Verteilungsapparat aber war im Frühjahr 1920 nicht gedacht worden.

Noch in den Tagen der politischen Unsicherheit des Kapp-Lüttwitz-Putsches verwendete Fritz Haber am 17. März 1920 zum ersten Mal den Namen „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ in einem Schreiben an den Badischen Minister für Unterricht und Kultus, Hermann Hummel.<sup>164</sup> Einige Tage später formulierte er in einem Gesuch an die Berliner Universität:

„Wünschenswert erscheint zunächst, dass von einer sachkundigen, mit den Menschen und Verhältnissen vertrauten Stelle aus das Verständnis der Öffentlichkeit und das Interesse der Parlamente geweckt und erhöht wird; dabei wird die Haltung der großen wirtschaftlichen und technischen Vereine, deren Mitglieder zum Teil im öffentlichen Leben, zum Teil auch in Gelehrtenstellungen sich befinden, sehr bedeutsam sein. Unerlässlich erscheint, dass ein solches Vorgehen in der Form unabhängig, in der Sache aber in engem Einvernehmen mit den zuständigen Ministerien des Reichs und der Länder erfolgt.“<sup>165</sup>

Fritz Haber von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dachte also an einen Zusammenschluss der Wissenschaft in der Art einer Lobby, um gegenüber der neuen Regierung und dem zu wählenden Parlament mit geschlossener Stimme auftreten zu können. Bislang hatten sich in der Nationalversammlung nur einzelne Abgeordnete zu Wort gemeldet, etwa Karl Trimborn in einer Anfrage am 16. April 1920. Der Zentrumsangehörige und Staatssekretär im Reichsinnenministerium appellierte an das Reich, die wissenschaftlichen Sammlungen und Chemikalien an den Krankenhäusern finanziell zu sichern, sonst würde es

„in kurzer Zeit unmöglich [...], die für die Krankenhäuser notwendigsten mikroskopischen Untersuchungen sowie wissenschaftliche Arbeiten

---

164 Haber an Hummel, 17. März 1920, MPG Archiv Abt. V a Rep. 4 Nr. 861 Haber-Sammlung.

165 Haber an Meyer, 29. März 1920, zitiert nach Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 11

auszuführen. Sind der Reichsregierung diese außerordentlich bedauerlichen Zustände bekannt? Was gedenkt sie zur Behebung derselben zu tun?“<sup>166</sup>

Am 19. April 1920 erging von der Preußischen Akademie der Wissenschaften aus der Feder Max Plancks ein Gesuch an Friedrich Schmidt-Ott als einem Ehrenmitglied der Akademie und „inaktiven preußischen Staatsministers“<sup>167</sup>, den Vorsitz eines vierköpfigen Ausschusses mit Ludwig Diels, Fritz Haber und ihm zu übernehmen, um eine „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ zu begründen. Ihr sollte Friedrich Schmidt-Ott auch als Präsident vorstehen und die Aufgabe haben,

„[...] vorliegende Notstände zu prüfen und gegebenenfalls mit Rat und Tat zu helfen, ohne dabei in bereits bestehende Hilfsaktionen einzugreifen. Das soll geschehen einerseits durch geeignete Fühlungnahme mit den Reichs- und Landesbehörden, andererseits durch Erweckung und Stärkung des Interesses privater Kreise, sowie auch des immer noch ungenügenden Verständnisses der großen Öffentlichkeit dafür, dass die Fragen, welche sich auf das Gedeihen der reinen Wissenschaftspflege beziehen, auch für das Allgemeinwohl Lebensfragen ersten Ranges bilden.“<sup>168</sup>

Max Planck beauftragte Friedrich Schmidt-Ott in demselben Schreiben, dass sich die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in erster Linie für die Unterstützung der Infrastruktur der wissenschaftlichen Kommunikation einsetzen sollte, d.h. erstens für die „Reichszentralstelle für naturwissenschaftliche Berichterstattung“ unter ihrem Leiter Karl Kerkhof, und zweitens für das Vorhaben des Amerikaners Everett Skillings aus Vermont, eine englisch-amerikanische Universitätsbibliothek für Zentraleuropa zu gründen. Friedrich Schmidt-Ott nahm nach einigen Vorgesprächen am 30. April 1920 an und ermittelte in den folgenden Monaten zunächst den weiteren Handlungsbedarf. Dazu beauftragte er den Anglisten Eduard Wildhagen Mitte Mai mit einer Denkschrift über die Frage, welche finanziellen Bedürfnisse *alle* wissenschaftlichen Anstalten im Deutschen Reich aufgrund der „Notlage“ äußerten.<sup>169</sup> Der Kreis erweiterte sich dabei

---

166 Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung, Anfrage Karl Trimborn, 16. April 1920: „Universitätsinstitute. Beschaffung der Chemikalien zur Konservierung der Präparate und Ausführung der notwendigen mikroskopischen Untersuchungen für die Universitätsinstitute, Verhandlungen der Verfassungsgebenden Versammlung. Stenographische Berichte, Band 342, Nr. 2621.

167 Fritz Haber: Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, gedr. Manuskript, handschriftlich datiert auf Dezember 1920, BAK R 73 Nr. 11067.

168 Planck an Schmidt-Ott, 19. April 1920, zitiert nach Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 12.

169 Tageskalender, 12. Mai, 13. Juni 1920, 18. Juni 1920 („Wildhagen Denkschrift fertig.“). Vgl. Friedrich Schmidt-Ott / Eduard Wildhagen: Die Not der deutschen Wissenschaft, in:

in dem Maße, wie neben den Akademien bis Mitte Juni 1920 auch alle deutsche Universitäten und Technischen Hochschulen sich zu Mitgliedern der Notgemeinschaft erklärten. Durch diese Deklaration dürfe die Notgemeinschaft „inzwischen als begründet angesehen werden“, wie Friedrich Schmidt-Ott an alle Kultusministerien im Deutschen Reich bekanntgab.<sup>170</sup>

Am 22. Juni 1920 meldete er in Absprache mit der Preußischen Akademie der Wissenschaften im Reichsinnenministerium bei Staatssekretär Theodor Lewald einen Bedarf von 20 Millionen Reichsmark an.<sup>171</sup> Allein die Akademien der Wissenschaften wünschten einen Betrag von 4 Millionen Reichsmark, erstens für die Beschaffung ausländischer Literatur (1 Million), zweitens für Druckkostenzuschüsse bei wissenschaftlichen Zeitschriften und Monographien (2 Millionen) und drittens für die Aufrechterhaltung der großen Unternehmungen Monumenta Germaniae Historica, Thesaurus Linguae Latinae und Grimm'sches Wörterbuch (1 Million). Die Regierung zeigte sich geneigt, den finanziellen Wünschen entgegenzukommen. Reichsfinanzminister Joseph Wirth stellte am 1. Juli 1920 in einer Grundsatzrede zum Reichshaushalt klar, dass er den „Notstand der deutschen Wissenschaft“ unerträglich empfand, aufgrund dessen „mancher junge und alte Gelehrte nicht mehr in der Lage [sei], ein großes Werk, an dem er Jahrzehnte gearbeitet hat, überhaupt nur drucken zu lassen.“<sup>172</sup> Die Reichsregierung ließ daher am 30. Juli 1920 in einer Antwort auf eine Anfrage des Osteuropa-Historikers und DNVP-Abgeordneten Otto Hoetzsch, der mit Friedrich Schmidt-Ott in wissenschaftspolitischem Kontakt stand, erklären, dass sie mit der „neubegründeten Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ in Verbindung getreten sei, um Hilfsmaßnahmen für die durch den „gegenwärtigen Notstand gefährdeten wissenschaftlichen Forschungsarbeit“ zu überlegen.<sup>173</sup> Zugleich betonte die Reichsregierung einschränkend, dass sie die staatliche Wissenschaftshilfe an die

---

Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 15 (1920), Heft 1 (Oktober), S. 1-36.

170 Schmidt-Ott, Umschreiben zur „Denkschrift über die Not der deutschen Wissenschaft“, 18. Juni 1920, Akten des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus „Notlage der Wissenschaft. Unterstützung aus Reichsmitteln“ 1920-1923, Bayerisches Hauptstaatsarchiv MK Nr. 11755.

171 Tageskalender, 22. Juni 1920.

172 Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920. Stenographische Berichte, 5. Sitzung, 1. Juli 1920, Band 344, Sp. 95A.

173 Notstand der wissenschaftlichen Forschungsarbeit. Antwort auf Otto Hoetzsch, 30. Juli 1920, Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920. Stenographische Berichte, Band 344, 14. Sitzung, Seite 413C.

Notgemeinschaft nur bewilligen würde, wenn die grundsätzlich föderal geordnete Wissenschaftsfinanzierung der deutschen Einzelstaaten nicht berührt würde. Die Notgemeinschaft sollte deswegen wissenschaftliche Unternehmungen von „überstaatlicher Zusammenfassung über das ganze Reich“ als vordringlich im Auge behalten. Die Sondierung des finanziellen Bedarfs der Wissenschaften im Deutschen Reich durch Eduard Wildhagen führte allerdings zu der Forderung, an allen Stätten auch die Naturwissenschaften in die Reichshilfe einzubeziehen. Wissenschaftspolitische Überlegungen über den langfristigen Nutzen der Forschung in einer wissenschaftstechnologischen Gesellschaft wie dem deutschen Reich unterstützten dieses Ansinnen. Fritz Haber bekannte Hermann Hummel am 26. Juli 1920:

„In einem glaube ich ganz klar zu sehen, nämlich dass die Wirtschaft der Zukunft ganz und gar davon abhängt, was wir in diesen nächsten zehn Jahren in die Wissenschaftspflege hineinstopfen.“<sup>174</sup>

Ein solcher Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wurde in der politischen Öffentlichkeit der eben begründeten Weimarer Republik zu diesem Zeitpunkt noch nicht diskutiert.<sup>175</sup> Stattdessen rückte die regierende Koalition aus Sozialdemokratie, Zentrum und Liberalen als bildungspolitisches Ziel die Reform der Volksschulen, den Elementarunterricht und die pädagogische Theorie in den Vordergrund.<sup>176</sup> Fritz Haber sah in dieser Betonung der Volksbildung bei der politisch zur Macht gekommenen Arbeiterbewegung eine Fehleinschätzung über die Bedingungen einer modernen, technisierten und wissenschaftsabhängigen Welt. Für die aus seiner Sicht anhaltende bildungspolitische Schiefelage der Weimarer Koalition machte Fritz Haber auch die mangelnde Artikulationsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung in der neuen, parlamentarischen Republik verantwortlich:

„Bei uns sehe ich die Hauptschwierigkeit darin, dass sich in letzter Linie der Wissenschaftsbetrieb nicht recht Gehör verschaffen kann.“<sup>177</sup>

---

174 Haber an Hummel, 26. Juli 1920, Archiv MPG Abt. V a Rep. 4 Haber-Sammlung Nr. 861

175 Vgl. Konrad Fuchs: Die Bedeutung der Technischen Hochschulen und Universitäten für die Wirtschaft, in: Wirtschaft, Gesellschaft, Unternehmen. Festschrift für Hans Pohl zum 60. Geburtstag, hg. v. W. Feldenkirchen / F. Schönert-Röhlk / Günter Schulz, Bd. 1, Stuttgart 1995, S. 72ff.

176 Vgl. Haber an Hummel, 17. März 1920, Archiv MPG Abt. V a Rep. 4 Haber-Sammlung Nr. 861

177 Haber an Hummel, 26. Juli 1920, Archiv MPG Abt. V a Rep. 4 Haber-Sammlung Nr. 861

Nach Fritz Habers Überlegung müsste also die Notgemeinschaft in der Öffentlichkeitsarbeit ihre Hauptaufgabe sehen. Den finanziellen Mehrbedarf für Wissenschaft und Forschung im Deutschen Reich veranschlagte Fritz Haber im Juli 1920 auf etwa 100 bis 120 Millionen Reichsmark.<sup>178</sup> Für die Bereitstellung dieser Summe, meinte Fritz Haber, müsste in der Weimarer Öffentlichkeit aber erst ein Bewusstsein geschaffen werden:

„Das ist das Problem und seine Lösung wäre nicht schwer, wenn eine genügende Anzahl von Menschen sich klar machte, dass Westeuropa und Deutschland insbesondere ausschließlich vom Erfinden lebt, weil wir uns in einen Rohstoffbedarf hineingesteigert haben, den wir aus den bisherigen Quellen und mit den bisherigen Verfahren nicht decken können.“<sup>179</sup>

### **1. 2. 2. Eine Gegengründung der Industrie? Die „Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der Physikalisch-Technischen Forschung“**

Friedrich Schmidt-Ott sandte am 18. Juni 1920 die fertiggestellte Denkschrift über den finanziellen Bedarf der Wissenschaften im Deutschen Reich an Albert Vögler, den Generaldirektor der zum Hugo-Stinnes-Konzern gehörigen Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG in Bochum und Vorsitzender des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute. Da sich die Prioritätenliste der Denkschrift auf die kulturgeschichtlichen und philologischen Wissenschaftsbereiche konzentrierte, entfachte sie in den natur- und technikwissenschaftlich interessierten Kreisen der Firmenlaboratorien und der Industrie den Eindruck, dass die finanziellen Beiträge, die man von ihnen für die Wissenschaftsförderung im Reich erwartete, kaum für technische Interessen ausgegeben werden sollten. Dabei war der Fachkräftebedarf in der wissenschaftsbasierten Industrie hoch. Die expandierenden Laboratorien der Siemens-Schuckert-Werke, der optischen Anstalt Goerz, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie (Telefunken), der Stiftung Carl Zeiß und weiterer Fabriken für physikalische Messgeräte benötigten Nachwuchs, dessen Bedarf „schon sehr erheblich und ständig in stärkstem Steigen

---

178 Fritz Haber rechnete mit ca. 30% der laufenden (staatlichen) Aufwendungen, die er überschlagsweise in einer Höhe zwischen 300 und 400 Millionen Reichsmark ansetzte, vgl. Haber an Hummel, 26. Juli 1920, Archiv MPG Abt. V a Rep. 4 Haber-Sammlung Nr. 861

179 Ebd.

begriffen“ war.<sup>180</sup> Der Mathematiker Felix Klein in Göttingen empfahl daher Carl Duisberg, dem Direktor und Leiter der wissenschaftlichen Laboratorien der Bayer AG in Leverkusen, auf der Jahrestagung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte in Bad Nauheim im September 1920 eine „Gauss-Weber-Gesellschaft“ zu gründen, die in erster Linie „für die Physik sorgen“ solle.<sup>181</sup> Fritz Haber befürchtete, dass sich Carl Duisberg darüberhinaus mit Albert Vögler verbinden würde, um auch die technischen Wissenschaften in eine solche Förderstiftung aufzunehmen. Diese Entwicklung aber würde „zum Schaden der Notgemeinschaft sein“ und müsse verhindert werden, forderte Fritz Haber:

„Die Aufstellung einer Industrie-Autokratie im Wissenschaftsbetriebe, die mit ihrem Gelde bestimmt, ist eine trostlose Zukunftsaussicht.“<sup>182</sup>

Die Vorbereitungen der Chemie- und elektrotechnischen Industriebranche zu einer Art Gegenründung zu der sich bildenden Notgemeinschaft waren jedoch nicht mehr aufzuhalten. Der Gründungsgedanke für eine (später dann nicht „Gauss-Weber“-, sondern „Helmholtz-Gesellschaft“ genannte) Förderorganisation in den Ingenieurwissenschaften begann in Rheinischen Wirtschaftskreisen im Spätsommer 1920 Gestalt anzunehmen. Fritz Haber schlug daher Friedrich Schmidt-Ott Anfang September vor, auch der Notgemeinschaft auf der kommenden Tagung der Naturforscher in Bad Nauheim ein Erscheinungsbild zu verschaffen, ihr also schon eine irgendwie öffentlich sichtbare „Organisation“ zu verleihen.<sup>183</sup> Der Druck der Industriellen war enorm. Am 26. Oktober 1920 teilten Carl Duisberg und Albert Vögler offiziell im Automobilclub Friedrich Schmidt-Ott mit, dass sie die „Helmholtz-Gesellschaft“ am nächsten Tag unter dem wissenschaftlichen Vorsitz des Physikers Wilhelm Wien gründen würden. Nach juristischer Beratung entschieden Friedrich Schmidt-Ott und Fritz Haber, dass die Notgemeinschaft ihre Ausrichtung auf die Gesamtheit aller Wissenschaftszweige „unverändert“ behalten solle, womit sich Carl

---

180 F. Krüger: Die Stellung der physikalisch-mathematischen Wissenschaften an den deutschen Technischen Hochschulen, in: Internationale Monatsschrift 14 (1920), Heft 6, Sp. 537. Vgl. Erker, Paul: Die Verwissenschaftlichung der Industrie. Zur Geschichte der Industrieforschung in den europäischen und amerikanischen Elektrokonzernen 1890-1930, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 35 (1990) Heft 2, S. 73-94.

181 Haber an Schmidt-Ott, 2. August 1920, MPG Archiv Abt. V a Rep. 4 Haber-Sammlung Nr. 861.

182 Ebd.

183 Haber an Schmidt-Ott am 8. September 1920, MPG Archiv Abt. V a Rep. 4 Haber-Sammlung Nr. 861.

Duisberg und Albert Vögler einverstanden erklärten.<sup>184</sup> Am 27. Oktober 1920, nur drei Tage vor der anberaumten „Gründungssitzung der Notgemeinschaft“, wurde die „Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der physikalisch-technischen Forschung e.V.“ ins Leben gerufen.<sup>185</sup> Friedrich Schmidt-Ott gelang es, noch im Vorfeld einen „Aufruf der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft“ zugunsten der Notgemeinschaft zu formulieren, und erhielt dafür auch die Unterstützung von Albrecht Vögler.<sup>186</sup> Der Spendenaufruf erschien in der Presse am 1. Dezember 1920 und war mitgetragen vom „Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes“, dem „Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag“, dem „Deutschen Industrie- und Handelstag“, der „Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels“, dem „Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft“ u.a.m. Mit wissenschaftspolitischen, rhetorischen Topoi, die an die Loyalität zur deutschen Bildungsnation appellierten und die industrielle Verwertbarkeit wissenschaftlichen Wissens herausstellten, suchte der „Aufruf“, das Gehör der Wirtschaft für die Fragen der Wissenschaftsfinanzierung zu finden:

„Der Stifterverband der Notgemeinschaft spricht im Verein mit dem Reichsverband der deutschen Industrie die dringende Bitte aus, dass sich kein Industrieller der ersten Pflicht der Unterstützung der deutschen Wissenschaft entzieht und dass als Endergebnis der Sammlungen die Summen aufgebracht werden, die unsere Hochschulen und Universitäten nötig haben, um die Ausbildung der Ingenieure auf ihrer alten Höhe zu erhalten und durch ihre Forschungsinstitute der Weiterentwicklung der Wirtschaft dienen zu können.“<sup>187</sup>

Um die Rivalität zu entschärfen, die zwischen der „Helmholtz-Gesellschaft“ und der „Notgemeinschaft“ aufzukommen drohte, weil sich beide Wissenschaftsorganisationen größere Summen an Stiftungsgeldern von der Industrie erhofften, arbeitete Friedrich Schmidt-Ott auf die Gründung eines „Stifterverbandes“ hin, der die beiden neuen Wissenschaftsorganisationen gleichermaßen überwölben sollte. Diesmal konnte die Notgemeinschaft für eine rasche Gründungsversammlung sorgen und am 14. Dezember 1920 in Berlin unter Vorsitz von Carl Friedrich von Siemens sowie den

---

184 Tageskalender, 27. Oktober 1920.

185 Tageskalender, 30. Oktober 1927. Paul Forman: The Helmholtz-Gesellschaft: Support of Academic Physical Research by German Industry after the First World War, unpubl. Manusk., vgl. Paul Forman: The Financial Support and Political Alignment of Physicists in Weimar Germany, in: Minerva. Review of Science, Learning and Policy 12 (1974), S. 39-66, hier S. 40 Anm. 3.

186 Tageskalender, 13. Oktober 1920, (Vögler: „mache alles was Sie wollen“).

187 Aufruf zur Industriespende für die Deutsche Wissenschaft, November 1920, BAK R 73 Nr. 189. Hervorhebungen im Original.

Stellvertretenden Vorsitzenden Hugo Stinnes und Eduard Arnhold den „Stiferverband“ aus der Taufe heben lassen.<sup>188</sup> Zum Schatzmeister wurde der Bankier Arthur Salomonsohn von der Disconto-Gesellschaft ernannt, der auch Friedrich Schmidt-Ott in den finanziellen Angelegenheiten der Notgemeinschaft beriet.<sup>189</sup> Im Verwaltungsrat saßen Vertreter von Banken, Handwerk, dem Deutschem Industrie- und Handelstag, Einzelhandel, Großhandel und dem Reichsverband der deutschen Industrie mit einflussreichen Industriellen, u.a. Robert Bosch, Wilhelm Cuno, Carl Bosch (BASF), Carl Duisberg, Emil Kirdorf, Paul Reusch, Albert Vögler, Max H. Warburg und Georg Klingenberg.

Zur Enttäuschung der Notgemeinschaft fielen jedoch die Industriespenden an den „Stiferverband der Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft“ niedrig aus. Die Helmholtz-Gesellschaft dagegen konnte unter den wissenschaftstechnologischen Branchen einen hohen Betrag von 4 Millionen Goldmark sammeln (zum Vergleich: die 20 Millionen Reichsmark Reichshilfe für die Notgemeinschaft entsprachen etwa 1,4 Millionen Goldmark).<sup>190</sup> Doch die voraneilende Geldentwertung ließ die hohe Fördersumme, die die Helmholtz-Gesellschaft akquirieren konnte, zusammenschmelzen, sodass die industrienaher Förderorganisation 1923 sogar weniger an Forschungsunterstützungen für technisch-experimentelle Projekte verteilen konnte, als die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dazu in der Lage war.<sup>191</sup> Anfangs erwartete Friedrich Schmidt-Ott, dass die „Helmholtz-Gesellschaft“ die Finanzierung von wissenschaftlichen Expeditionen in der Ozeanographie, zum Erdmagnetismus oder über die polare Geophysik übernehmen würde.<sup>192</sup> Doch die Förderung der Helmholtz-

---

188 Tageskalender, 14. Dezember 1920. Schulze, Winfried, Sven Bergmann, Gerd Helm: Der Stiferverband für die deutsche Wissenschaft 1920-1995. Unter Mitarbeit von Sven Bergmann und Gerd Helm, Berlin: Akademie-Verlag 1995, S. 68.

189 Zur Rolle von Arthur Salomonsohn als inoffizieller Finanzberater der Notgemeinschaft vgl. BAK R 73 Nr. 30, S. 58f.

190 Die Zahlenangabe für die Notgemeinschaft bei Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 17. Die Zahlenangabe für die Helmholtz-Gesellschaft nach dem Schreiben Vögler an Beukenberg, 18. Januar 1921, zitiert in: Winfried Schulze: Zwischen Interessenpolitik und Mäzenatentum. Zur Gründung und frühen Entwicklung des Stiferverbandes für die deutsche Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg, Manuskript 2000. Die Summen für die Helmholtz-Gesellschaft kannte Friedrich Schmidt-Ott, siehe Schmidt-Ott an Duisberg, 22. Januar 1921, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott D 1.

191 Steffen Richter: Wirtschaft und Forschung. Ein historischer Überblick über die Förderung der Forschung durch die Wirtschaft in Deutschland, in: Technikgeschichte 46 (1979), S. 20-44.

192 Protokoll der Gemeinsamen Sitzung von Hauptausschuss und den Vorsitzenden der Fachausschüsse der Notgemeinschaft, Berlin, 8. und 9. April 1921, BAK R 73 Nr. 80, S. 26.

Gesellschaft konzentrierte sich auf physikalische Arbeiten zur Mess- und Prüftechnik in einer engen Absprache mit der Industrie. Die Gegensätze milderten sich auch durch eine personelle Verschränkung. Vier von den insgesamt acht Experten, die die naturwissenschaftlich-technischen Fachausschüsse der Helmholtz-Gesellschaft und der Notgemeinschaft besetzten, wirkten in beiden Wissenschaftsorganisationen mit: Der Maschinenbauingenieur Adolf Nägel (TH Dresden) war Fachvertreter für „Technische Physik“ in der Helmholtz-Gesellschaft und zugleich Hauptausschussmitglied in der Notgemeinschaft, der Physiker Wilhelm Wien (München) arbeitete für den „Apparate-Ausschuss“ der Notgemeinschaft und vertrat die „Reine Physik“ in der Helmholtz-Gesellschaft, der Elektrotechniker und Spezialist für Lichttechnik Joachim Teichmüller (TH Karlsruhe) begutachtete wissenschaftliche Vorhaben sowohl in der „Technischen Physik“ bei der Helmholtz-Gesellschaft wie auch im Fachausschuss für Elektrotechnik in der Notgemeinschaft, und der Strömungsphysiker Ludwig Prandtl (Modellversuchsanstalt für Luftfahrt, Göttingen) amtierte als Fachgutachter sowohl in der „Reinen Physik“ bei der Helmholtz-Gesellschaft und wirkte als einer der engsten Berater Friedrich Schmidt-Otts bei der Notgemeinschaft.<sup>193</sup>

Im Dezember 1921 verhandelte man über die Einrichtung eines Verteilungsausschusses für die gestifteten Gelder aus der Wirtschaft.<sup>194</sup> Man plante ein Gremium aus je zehn Vertretern von Notgemeinschaft und Stifterverband sowie den jeweiligen vier Vorstandsmitgliedern, insgesamt also einem Ausschuss von 28 Personen. Doch übernahm dieses Gremium, als es 1922 zum ersten Mal getagt hatte, keine Gutachtertätigkeit auf, sondern überwies die gesammelten Gelder pauschal an die Notgemeinschaft bzw. die Helmholtz-Gesellschaft. Dabei legte man einen Verteilungsschlüssel fest: 2/3 der gesammelten Gelder aus den Industriespenden sollten der industrienahen, auf die technische Physik fokussierten Helmholtz-Gesellschaft übertragen, 1/3 der Notgemeinschaft übergeben werden. Bei der Notgemeinschaft drang der Stifterverband besonders auf die Verwendung der Gelder für Forschungsstipendien, also für die Sicherung des wissenschaftlichen

---

193 „Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Helmholtz-Gesellschaft“ nach der Hauptversammlung, Jena, 17. September 1921“, Anhang Helmholtz-Gesellschaft an Schmidt-Ott, 8. März 1922, BAK R 73 Nr. 10. Erster Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft über ihre Tätigkeit bis zum 31. März 1922, Wittenberg 1922, S. 51-57.

194 Protokoll, BAK R 73 Nr. 86, S. 8.

Nachwuchses.<sup>195</sup> Die scheinbare Gegenründung der „Helmholtz-Gesellschaft zur Förderung der Physikalisch-Technischen Forschung“ stellte sich im Ergebnis also als wenig hinderlich gegenüber der Notgemeinschaft heraus.

### **1. 2. 3. Gründungsakt und Bestimmung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft**

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft erhielt am 1. August 1920 die Zustimmung des Reichsfinanzministers, dass die gewünschte Summe von 20 Millionen Reichsmark für ihre Zwecke einmalig in den laufenden Etat des Reichs eingesetzt werde.<sup>196</sup> Fritz Haber und Eduard Wildhagen führten das entscheidende Gespräch mit Finanzminister Joseph Wirth, der die Reichsbeihilfe in erster Linie befürwortete, weil er „Zutrauen in die künftigen Erfolge der Chemie“ hegte und sich in dieser Hoffnung besonders durch die Person des industriell erfolgreichen Kaiser-Wilhelm-Direktors als Vizepräsidenten der Notgemeinschaft gestärkt sah.<sup>197</sup> Haber hatte während des Gesprächs im Reichsfinanzministerium vor allem die wissenschaftstechnologischen Innovationspotentiale der Wissenschaftsförderung betont und die Geisteswissenschaften heruntergespielt; gegenüber Friedrich Schmidt-Ott bekannte er freimütig: „Philologie und Zubehör habe ich zu erwähnen vermieden.“ Energisch setzte Fritz Haber einen provisorischen Globalhaushaltsplan auf und verständigte Friedrich Schmidt-Ott über die seiner Ansicht nach vorzunehmende Aufteilung der zu erwartenden 20 Millionen Reichsmark Reichshilfe. Nach Habers Ansicht sollte die Hälfte dieses Gesamtbudgets der eigentlichen Forschung zukommen, jedenfalls sollte mindestens die Hälfte derjenigen staatlichen Mittel, die das Reich der neuen Wissenschaftsorganisation am Ende tatsächlich zur Verfügung stellen würde, für die eigentliche Forschungsarbeit ausgegeben werden.<sup>198</sup> Ein Viertel des Gesamtbudgets wollte Haber für die „Literaturversorgung“ verwendet sehen, das andere, letzte Viertel für die „Behebung besonderer Notlagen“ offen halten. Tatsächlich sollte die erste

---

195 Winfried Schulze: Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920-1995. Unter Mitarbeit von Sven Bergmann und Gerd Helm, Berlin 1995, S. 65, 73f. und 76-83.

196 Vgl. Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 17.

197 Haber an Schmidt-Ott, 2. August 1920, MPG Archiv Abt. V a Rep. 4 Haber-Sammlung Nr. 861.

198 Haber an Schmidt-Ott, am 1. August 1920, Archiv MPG Abt. V a Rep. 4 Nr. 861.

Bilanz der Notgemeinschaft über ihre Fördertätigkeit in den ersten beiden Jahren mit diesen Vorgaben Fritz Habers übereinstimmen.

Der Reichstag stimmte im September 1920 dem Antrag des Finanzministers zu und stellte die Reichsbeihilfe in den Haushalt ein. Es wäre denkbar gewesen, die Reichsbeihilfe, wie es in der Fondsverwaltung während des Wilhelminischen Kaiserreichs üblich war, als Stiftungsvermögen zu behandeln, verzinslich anzulegen und die Wissenschaftsförderung aus Renditeerträgen zu bestreiten. Fritz Haber lehnte dies jedoch ab, denn Zinserträge aus einem Fonds von 20 Millionen Reichsmark würden auf keine Weise den finanziellen Bedarf decken, den die Denkschrift der Notgemeinschaft ermittelt hatte. Nach Habers Berechnung entsprach die Summe von 20 Millionen Reichsmark sowieso nur 3% derjenigen Aufwendungen, die alle Hochschulländer im Deutschen Reich allein schon für ihren Lehrbetrieb an den Universitäten aufwendeten. Außerdem drohte jeder Wertpapieranlage eine inflationsbedingte Entwertung ihres Kapitalstocks. Fritz Haber verlangte daher, die Notgemeinschaft müsse

„[...] was sie empfängt, in einer engbegrenzten Zeit ausschütten und darauf trauen, dass sie so lange Mittel wiederfindet, als Not besteht.“<sup>199</sup>

Am 30. Oktober 1920 traten die Initiatoren der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, also die Akademien der Wissenschaften, die Universitäten und die Technischen Hochschulen, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine und die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte in der Preußischen Staatsbibliothek zu Berlin zur Gründungssitzung zusammen. Die Wissenschaftsvertreter konstituierten sich als Verein, stimmten über die mehrfach im Oktober beratene und schließlich am 26. Oktober 1920 beschlossene Satzung ab und wählten die Führungsgremien.<sup>200</sup> Unter den drei Präsidiumsmitgliedern bestimmten die Anwesenden Friedrich Schmidt-Ott zum Präsidenten, den Münchener Mathematiker Walter van Dyck (1856-1934) zum ersten stellvertretenden Präsidenten sowie Fritz Haber (1868-1934) zum zweiten stellvertretenden Präsidenten. In den Hauptausschuss wurden elf hochrenommierte Wissenschaftler gewählt: der Theologe und Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Adolf v. Harnack (1851-1930) als

---

199 Fritz Haber: Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, gedr. Manuskript, handschriftlich datiert auf Dezember 1920, BAK R 73 Nr. 11067.

200 Tageskalender, 30. Oktober 1920. Die Satzungsentwürfe der Notgemeinschaft wurden am 4., 15., 19. und 21. Oktober beraten, eine abschließende Vorlage zur Gründungssitzung wurde am 26. Oktober 1920 beschlossen, BAK R 73 Nr. 10827.

Vorsitzender, der Berliner theoretische Physiker Max Planck (1858-1947), der Berliner Mediävist und Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive Paul F. Kehr (1860-1944), der Potsdamer Meteorologe Hugo Hergesell (1859-1938), der Dresdner Maschinenbauingenieur Adolf Nägel (1875-1939), der Breslauer Hochbau-Ingenieur Heinrich Müller (1851-1925), der Münchener Altphilologe Eduard Schwartz (1858-1940), der Tübinger Jurist Max v. Rümelin (1861-1931), der Freiburger Physiologe Johannes v. Kries (1853-1928), der Münsteraner Chemiker und Metallurg Rudolf Schenck (1870-1965) sowie der Leipziger Linguist Eduard Sievers (1850-1932). Die Satzung der Notgemeinschaft wurde in der „Internationalen Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik“ veröffentlicht, derjenigen Zeitschrift, die als Wochenschrift 1906 von Friedrich Althoff begründet worden war, und die Friedrich Schmidt-Ott für die Veröffentlichungen der Notgemeinschaft zum offiziellen Organ erklärte.<sup>201</sup> Um sich dem Reichstag und damit der Öffentlichkeit vorzustellen, hielt die Notgemeinschaft auf Einladung von Reichsinnenminister Erich Koch-Weser am 23. November 1920 einen Parlamentarischen Abend im Plenarsaal des Abgeordnetenhauses ab. Adolf v. Harnack sprach als Vorsitzender des Hauptausschusses über die Kultur der Wissenschaft, Fritz Haber hielt eine Rede über den Zusammenhang von Wirtschaft und Wissenschaft und Friedrich v. Müller referierte über die Medizin und die Volksgesundheit.<sup>202</sup> Aus diesen offiziellen Vorträgen zur Gründung und öffentlichen Einführung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft lassen sich einige Aspekte ihres wissenschaftspolitischen Selbstverständnisses entnehmen. Gestützt auf den wissenschaftspolitischen, rhetorischen Topos von der ideellen Einheit aller Wissenschaftszweige trat die Notgemeinschaft als Dachverband aller bereits bestehenden Wissenschaftsorganisationen auf und bildete einen neuen, akademischen Selbstverwaltungskörper im Deutschen Reich. Daraus folgerte Fritz Haber, dass die Notgemeinschaft selbst kein selbstinteressierter Verband sein dürfe, sondern dass ihre Bestimmung das „Gesamtinteresse der deutschen Forschung“ sein müsse. Die Fachkunde und Erfahrung ihrer Mitglieder müsse die Notgemeinschaft in den Dienst des gesamten Wissenschaftssystems stellen:

---

201 Tageskalender, 2. September 1920. Haber an Duisberg, 11. Februar 1921, Archiv MPG Abt. V a Rep. 4 Nr. 862.

202 BAK R 73 Nr. 7.

„Ihre Fürsorge ist hiernach nicht auf die Mitglieder beschränkt, wie andererseits die Zugehörigkeit als Mitglied keinerlei Vorzugsrechte gewährt.“<sup>203</sup>

#### 1. 2. 4. Die Fachausschüsse: Peer-Review und Präferenzen

Die Fachausschüsse der Notgemeinschaft wurden zur Jahreswende 1920/21 eingerichtet, als das Reich die erwirkte Wissenschaftshilfe unmittelbar an die Notgemeinschaft weiterreichte und die neue Wissenschaftsorganisation einen Verteilungsapparat benötigte, um die Gelder bestimmungsgemäß auszuzahlen. Die Fachausschüsse der Notgemeinschaft sind zunächst aus pragmatischen Gründen gebildet worden: sie sollten sachlich berechnete Auszahlungen gewährleisten. In der weiteren Entwicklung wuchs den Fachausschüssen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft allerdings eine neue, nicht geplante Funktion zu. Ihre gutachterliche Arbeit, die wissenschaftliche Qualitätskontrolle, institutionalisierte zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Wissenschaftsbetriebes das prospektive Peer-Review von Forschungsprojekten.<sup>204</sup> Peer-Review im Wissenschaftsbetrieb hat es an sich schon seit der Epoche der frühneuzeitlichen Akademien im 17. Jahrhundert gegeben, als Gelehrte begannen, den Ertrag bereits abgeschlossener, experimenteller Studien zu beurteilen. Im Unterschied zur retrospektiven Kontrolle erlaubt ein prospektives Peer-Review *vor* der eigentlichen wissenschaftlichen Arbeit, also – zeitgenössisch gesprochen – im Antragsstadium, eine weitergehende Einflussnahme, nämlich eine Kontrollmöglichkeit über die Produktion von neuem, akademischem Wissen selbst. Das Peer-Review innerhalb der Notgemeinschaft sollte vermittels der Fachausschüsse eine durch Expertenwissen legitimierte Entscheidungsstütze geben bei der Unterscheidung zwischen Gesuchen zur Förderung geplanter wissenschaftlicher Arbeiten auf fachüblichem Niveau und solchen Anfragen, die um karitative oder soziale Hilfen für Gelehrte baten. Darauf bezog sich nämlich der entsprechende Passus in der Satzung

---

203 Fritz Haber: Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, gedr. Manuskript, handschriftlich datiert auf Dezember 1920, BAK R 73 Nr. 11067.

204 Die sozialwissenschaftliche Forschung zum Peer-Review ist immens. Zu den Kritikern, die die Debatte über die Qualität von Peer-Review initiiert haben vgl. Cole, Stephen, Jonathan R. Cole, und Gary A. Simon: Chance and Consensus in Peer Review, in: Science 214 (1981) Heft , S. 881-885. Eine neue Forschungsrichtung lässt sich in ihrer langfristigen Qualität von der Gemeinschaft meist nicht einschätzen, auch die kompetente Peer-Review-Kontrolle hat hier eine Grenze, vgl. Laitko, Hubert: Persönlichkeitszentrierte Forschungsorganisation als Leitgedanke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Reichweite und Grenzen, Ideal und Wirklichkeit, in: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip, hrsg. v. Bernhard vom Brocke und Hubert Laitko, Berlin, New York: de Gruyter 1996, S. 583-632, S. 597.

der Notgemeinschaft: Richtmaß für die Entscheidung über die Vergabe von Geldern an Forscher musste die Wahrung der „Gesamtheit der wissenschaftlichen Interessen eines Fachgebiets unter strenger Wahrung der Sachlichkeit“ (Satzung § 9) sein. Demgemäß mussten karitative Gesuche von Akademikern, die den Zweck der Unterstützungsorganisation „Notgemeinschaft“ im buchstäblichen Wortsinne, also im Hinblick auf die grassierende Wirtschaftsnot verstanden, z.B. Unterstützungsanträge auf Waisen- oder Hinterbliebenenfürsorge für mittellose, in Not geratene Akademiker, abgelehnt werden.

In der Notgemeinschaft müssten entsprechend ihres Selbstverständnisses als Gesamtvertreterin aller Wissenschaften im Deutschen Reich *alle* verschiedenen Fachgebiete „mit ihren Bedürfnissen zu Sprache kommen“ können, forderte Fritz Haber. Deshalb sollten innerhalb der Notgemeinschaft jeweils Fachausschüsse

„so gebildet werden, dass die Gesamtheit der in der Forschung tätigen Männer des Fachkreises in dem Fachausschuss ihre berufene Vertretung erblickt.“<sup>205</sup>

1921 wurden diese Fachausschüsse gebildet. Das Muster für die disziplinäre Einteilung boten die Klassen- und Fächereinteilungen der Akademien der Wissenschaften. In insgesamt 20 Fachkreisen sollten die jeweils sachkundigsten Wissenschaftler „je durch einen Fachausschuss bei der Notgemeinschaft mit ihren Bedürfnissen zu Sprache kommen“. Die Fachausschüsse erhielten den Auftrag, im Winter 1920/21 alle wichtigen Forschungsprojekte in ihrer Disziplin zu registrieren, den anfallenden Finanzbedarf zu errechnen und schließlich eine Auswahl unter den wichtigsten Projekten zu treffen, um über deren Weiterfinanzierung zu entscheiden.

Um sofort mit der Arbeit beginnen zu können, sah die Satzung vor, dass die Fachausschüsse zunächst ernannt würden, um im ersten Jahr über ein zweckmäßiges Wahlverfahren zu entscheiden, nach dem dann alle Gutachter neu gewählt werden sollten. Im ersten Jahr wurden die Fachausschüsse daher mit Wissenschaftlern besetzt, die von den verschiedenen Klassen der kartellierten Akademien, dem Hochschulverband sowie der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft für eine Gutachtertätigkeit vorgeschlagen worden waren. Bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde ein Ernennungskomitee beauftragt, die Kandidaten zu nominieren. Das auswählende Komitee der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bestand aus 16 Professoren, u.a. Oskar Vogt

---

205 Fritz Haber: Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, gedr. Manuskript, handschriftlich datiert auf Dezember 1920, BAK R 73 Nr. 11067.

und Paul F. Kehr, sowie sechs Privatdozenten, darunter Otto Hahn.<sup>206</sup> Die durch dieses Auswahlkomitee im Winter 1920/21 ernannten Fachgutachter amtierten bis zum 1. April 1922. Fritz Haber setzte dann gegen die Skepsis von Friedrich Schmidt-Ott eine repräsentativ-demokratische Wahl der Fachgutachter unter Einschluss aller Dozenten an den Universitäten, auch der Privatdozenten, durch. Schmidt-Ott sah, wie er gegenüber v. Harnack gestand, "mit einigem Bangen diesem ungeheuren Wirrwarr entgegen", billigte allerdings die Funktion dieser Legitimierung: "Es soll demokratisch befriedigen."<sup>207</sup> Vermutlich drängte Fritz Haber auf eine demokratische Wahl der Fachausschussmitglieder vor allem deswegen, um jungen Gelehrten und jüngeren Forschern die Mitwirkung im Peer-Review einzuräumen und sie so an den Entscheidungen über die Forschungsförderung zu beteiligen. Im März 1922 wurden die Fachausschüsse nach dem neu durchgesetzten Wahlverfahren für vier Jahre neu besetzt. Die Wahlordnung sah vor, dass zwischen drei und neun Wissenschaftlern je Disziplin in ein solches Gremium gewählt werden konnten. Wahlberechtigt waren jeweils die Fachwissenschaftler einer Disziplin, soweit sie an einer Akademie, einer Universität, einer Technischen Hochschule oder einem Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft arbeiteten oder soweit ihnen das Wahlrecht durch die Notgemeinschaft direkt verliehen worden war. Im Februar 1922 wurden 6747 Formulare zur ersten Wahl verschickt, von denen etwa 3600 ausgefüllt zurückgegeben wurden.

Für einige Beobachter drohte die Gefahr, dass sich in den Fachausschüssen je nach der personellen Zusammensetzung die Herrschaft einer bestimmten akademischen Schule durchsetzen könnte. Die Problematik der selbstgesteuerten Mittelverteilung fasste Fritz Haber unter die von ihm so genannten „drei Feinde jeder wissenschaftlichen Selbstverwaltung“: Vorurteil, Selbstsucht und Verwaltungsunverstand. Fritz Haber warnte ausdrücklich vor Seilschaften in den Fachausschüssen:

„Stellung, Jahre und wissenschaftliches Ansehen, das der eine vor dem anderen voraus hat, dürfen nicht dazu führen, dass eine einzelne Gruppe von Männern für die Zusammensetzung des Fachausschusses allein bestimmend wird.“<sup>208</sup>

---

206 Adolf von Harnack, 28. Januar 1924, MPG Archiv I. HA Rep. 1 A Nr. 919 Bl. 31.

207 Schmidt-Ott an v. Harnack, 9. Oktober 1921, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. 38 (D).

208 Ebd.

Auch aufgrund dieser Gefahren war als Knotenpunkt und Kontrollinstanz des Verteilungsapparates in der Notgemeinschaft der Hauptausschuss vorgesehen. Er sollte

„die Ansprüche der verschiedenen Wissenschaftszweige gegeneinander ausgleichen, über die Wahrung voller Unparteilichkeit in der Verteilung der Mittel wachen und auf mögliche Kostenersparung wie auf zweckmäßigste Verwendung der vorhandenen Mittel durch Vereinheitlichung und Zusammenfassung der auf den Teilgebieten erforderlichen Maßnahmen hinwirken.“<sup>209</sup>

Friedrich Schmidt-Ott stellte es den Fachausschüssen frei, für ihre Begutachtung auch „außerhalb des Ausschusses stehende Sachkenner“ heranzuziehen.<sup>210</sup> Damit öffnete die Notgemeinschaft das Peer-Review ihrer Fachausschüsse, delegierte allerdings die externen Gutachten oft an solche Wissenschaftler, die in der erstmaligen (Aus-)Wahl zu Fachausschussmitgliedern ernannt worden waren. Fritz Habers zitierter Appell, in den Entscheidungen des Hauptausschusses auf Ausgewogenheit zu achten, legte den kommenden Verteilungskämpfen eine Richtschnur der Sachlichkeit und Gerechtigkeit auf. Gleichwohl kam es zu charakteristischen Akzentsetzungen in der Förderung. Aufgrund der breiten Streuung ihrer Mittel kann man nicht davon sprechen, dass es sich dabei bereits um Prioritäten der Notgemeinschaft gehandelt habe. Aber es werden in den Diskussionen des Hauptausschusses sowie in der Korrespondenz zwischen Präsidium und Fachgutachtern Präferenzen ihrer Fördertätigkeit sichtbar. Erst nach den Jahren der Inflation sollte die Notgemeinschaft beginnen, eigene forschungspolitische Prioritäten zu setzen.

### **1. 2. 5. Bibliotheksausschuss**

Einer der ersten Ausschüsse, die sogleich tätig wurden, war der Bibliotheksausschuss. Im Dezember 1920 gewann Friedrich Schmidt-Ott als Mitarbeiter den Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek, Fritz Milkau, sowie Bibliotheksrat Dr. Adolf Jürgens. Der Bibliotheksausschuss beriet über die Buchbeschaffungsnot in der voranschreitenden Inflation. Etwa 2000 Zeitschriften in 60 Bibliotheken konnten seit 1913 nur mehr lückenhaft eingestellt werden, sodass man hier für durch Kauf oder

---

209 Fritz Haber: Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, gedr. Manuskript, handschriftlich datiert auf Dezember 1920, BAK R 73 Nr. 11067.

210 Ebd., S. 3.

Tausch für Ersatz sorgen wollte.<sup>211</sup> Allein in der Staatsbibliothek ging der reiche Bestand an ausländischen Zeitschriften in den Kriegs- und Inflationsjahren 1914 bis 1920 von 3240 ausländischen Periodika auf 420 zurück.<sup>212</sup> Der Kauf ausländischer Zeitschriften wurde zusätzlich verteuert, weil für ihn Devisen zu beschaffen waren, die in der Inflation ebenfalls teurer wurden. Da zudem seit 1913 neue Zeitschriftentitel und Journale begründet worden waren, verlegten sich die Bibliotheken aufgrund ihrer knappen Mittel nur auf den Erwerb der neuesten Jahrgänge. Für die Ergänzung der entstandenen Lücken sprang die Notgemeinschaft ein. Sie baute dazu eine Zusammenarbeit mit dem Buchhändlerbörsenverein in Leipzig auf, von wo man z.T. überzählige Exemplare lieferte.<sup>213</sup> 1922 nahm der Währungsverfall ein so schnelles Tempo an, dass für bewilligte Druckzuschüsse weitere Nachbewilligungen beantragt wurden. Friedrich Schmidt-Ott entschied in solchen Fällen rasch. Hand in Hand mit der Hyperinflation zentralisierte sich daher ein weiter Teil der wissenschaftspolitischen Entscheidungsmacht im Präsidium. Georg Schreiber forderte in der Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft am 25. November 1922 in Berlin, dass die Fachgutachter rascher über die einlaufenden Anträge entscheiden müssten, und beantragte wegen des Währungsverfalls, dass das „Präsidium Vollmacht haben müsse, in dringenden Fällen selbst zu entscheiden“.<sup>214</sup> Als zum Beispiel die „Biblia Hebraica“ Zuschüsse auf den Verkaufspreis wollte, um günstige Studentenausgaben anbieten zu können, erhöhte Schmidt-Ott nur den allgemeinen Zuschuss und gab Reichsmark 200.000.- statt der erbetenen 150.000.- mit dem Vermerk „vom Präsidium bewilligt“.<sup>215</sup> Um im Wettlauf des Währungsverfalls mit den nominellen Bewilligungen Schritt halten zu können, drohte die sich anpassende

---

211 Die Zahlenangaben gehen auf briefliche Mitteilungen von Dr. Adolf Jürgens zurück, vgl. Die Versorgung der deutschen Bibliotheken mit ausländischer wissenschaftlicher Literatur. Durchschlag einer Übersetzung aus dem Niederländischen, original erschienen in: *Bibliothekleven* 16 (1931), Heft Nr. 5 Mai, Richard: *Auslanddeutsche Quellenkunde 1924-1933*, hrsg. v. Emil Clemens Scherer, Berlin: Weidmann 1936, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 925.

212 Zahlen nach der Angabe von Hugo Andres Krüss, in: *Gesamtverzeichnis der ausländischen Zeitschriften (GAZ) 1914-1924*, hg. v. Auskunftsbureau der deutschen Bibliotheken, Berlin: Preußische Staatsbibliothek 1929, S. III.

213 Schmidt-Ott, Friedrich: *Zweiter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1922 bis zum 31. März 1923*. Trans. . Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 1923. 47., S. 37.

214 Protokoll über die Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft in Berlin am 25. November 1922, in: MPG Archiv Haber-Sammlung Nr. 2007.

215 Siegismund an Privileg. Württembergische Bibelanstalt, 30. November 1922, BAK R 73 Nr. 10292.

Geschäftspraxis in der Notgemeinschaft das zuvor in der Satzung festgelegte, dezentrale Verfahren auszuhebeln.

### **1. 3. Präferenzen der Wissenschaftsförderung in den Inflationsjahren**

Die ‚Geburtshelfer‘ der Notgemeinschaft, vor allem Max Planck von der Preußischen Akademie, Fritz Haber von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sowie Friedrich Schmidt-Ott als ehemaliger Kultusminister, sprachen bereits während der Sommermonate 1920 davon, in welchen Gebieten die zu gründende Notgemeinschaft Hilfe leisten müsste. Im Winter 1920/21, nach der Gründung, bestimmten diese wissenschaftspolitischen Interessen aus der Planungsphase der Notgemeinschaft die Leitlinien ihrer Wissenschaftsförderung. Max Planck und mit ihm andere Mitglieder der Akademie der Wissenschaften hatten 1919/20 die künftige Aufgabe der Notgemeinschaft besonders auf dem Gebiet der Referateorgane und Druckunterstützungen gesehen. Fritz Haber von der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft hatte die öffentlichkeitswirksame Artikulation der Wissenschaft als Zielvorstellung gehabt. Friedrich Schmidt-Ott schließlich hatte besonders die auslandskulturpolitischen Wirkungen der reichsweit organisierten geisteswissenschaftlichen Arbeiten betont. Die tatsächliche Fördertätigkeit der Notgemeinschaft sollte dann ab Winter 1920/21 in einem Nebeneinander von infrastrukturellen Hilfen für den Wissenschaftsbetrieb einerseits, sowie unmittelbaren Hilfen für ausgewählte wissenschaftliche Forschungen andererseits bestehen. Dabei bildeten sich im Einzelnen Präferenzen der Förderung heraus. Auf seiner ersten Sitzung in Berlin am 8. und 9. April 1921 tagte der Hauptausschuss gemeinsam mit den Vorsitzenden aller 20 Fachausschüsse.<sup>216</sup> Die Gutachter erkundigten sich detailliert, welche Forschungen und wissenschaftlichen Arbeiten die Notgemeinschaft finanzieren sollte und diskutierten dabei strittige Probleme der disziplinären Zuordnung. So wurde zum Beispiel die Frage aufgeworfen, ob die Notgemeinschaft Vorhaben aus der Architektur fördern sollte. Die Diskussion spaltete die Runde einerseits in die Befürworter einer Förderung mit dem Argument, die Architektur gehöre durch ihre ästhetisch-ideelle Komponente zur „Kunstwissenschaft“. Andere wandten dagegen ein, das konstruierende Moment, der ingenieurmäßige Bauvorgang verweise die Architektur in den Bereich der „Technikwissenschaft“. Friedrich Schmidt-Ott versuchte,

---

216 Tageskalender, 8. und 9. April 1921.

die Auseinandersetzung nicht mit einer disziplinären Verortung zu lösen, sondern stellte das langfristige Ziel des Forschers, seine Intention, als maßgebliches Entscheidungskriterium heraus: „Praktische Interessen sind von Forschungsinteressen zu trennen.“<sup>217</sup>

Friedrich Schmidt-Ott eröffnete damit nicht nur eine Dichotomie zwischen Nutzen und Verständnis als wissenschaftspolitisches Entscheidungskriterium, sondern formulierte gleichzeitig eine Präferenz für die Förderung der Notgemeinschaft. Diese nämlich werde „Forschungsinteressen“ berücksichtigen, d.h. die primäre Orientierung der Notgemeinschaft galt dem theoretischen Verständnis. Die Diskussion mündete am Ende in einen Voranschlag über die Aufteilung der Reichsbeihilfe. Die Fördertätigkeit der Notgemeinschaft und ihr künftiger Aufgabenkreis wurden hier auf fünf Bereiche festgesetzt und mit Globalbudgets versehen, auf deren fächerspezifische Aufteilung man sich nicht festlegte.<sup>218</sup>

1. Zuschüsse zu Zeitschriften, Fortsetzungswerken und Abhandlungsreihen	10 Mill. RM
2. Versorgung mit Auslandsliteratur	4 Mill. RM
3. Beschaffung von Laboratoriumsbedarf und Leihinstrumenten, inkl. Sachausgaben für die sog. Reichszentrale von Karl Kerkhof	5 Mill. RM
4. Beschaffung von Versuchstieren	3 Mill. RM
5. Unterstützung von Einzelforschungen	bis zu 6 Mill. RM

Tabelle 1: Budgetverteilung 1921. Quelle: Vertraulicher Bericht über die Lage der Notgemeinschaft, Friedrich Schmidt-Ott, 31. August 1921, MPG Archiv I. HA Rep. 1 A Nr. 919 Bl. 3 recte.

Auf die finanzielle Gewichtung der Bereiche einigten sich die Mitglieder des Hauptausschusses mit den Vorsitzenden der Fachausschüsse und je einen Vertreter des Reichstags und des Preußischen Kultusministeriums am 9. April 1921 in Berlin.<sup>219</sup> Fasst man den „Laboratoriumsbedarf“ sowie die „Versuchstiere“ als Sachkosten zusammen und zählt sie mit den unmittelbaren Unterstützungen für „Einzelforschungen“ als einen gemeinsamen Posten, so entfiel mit der so beschlossenen finanziellen Gewichtung in der Summe von 14 Millionen Reichsmark tatsächlich die Hälfte des Gesamtbudgets auf die eigentliche Forschungsförderung, so wie es Fritz Haber im Sommer 1920 verlangt hatte. Andererseits entfiel mit weiteren 14 Millionen Reichsmark für die Literaturversorgung ein umfangreicher Anteil auf die infrastrukturellen Hilfen, die der Wissenschaftsbetrieb in der voranschreitenden

217 Protokoll der Gemeinsamen Sitzung von Hauptausschuss und den Vorsitzenden der Fachausschüsse, Berlin, 8. und 9. April 1921, BAK R 73 Nr. 80, S. 36.

218 Tageskalender 8. April 1921 und 9. April 1921

219 Ebd.

Inflation mehr und mehr benötigte. Die infrastrukturelle Hilfe kam allen Fächern zugute, die in der Notgemeinschaft durch Fachausschüsse vertreten waren. An diese Fachausschüsse wurde die Entscheidung im Einzelnen auch delegiert, indem sie die für Zuschüsse in Frage kommenden Fachzeitschriftentitel bis zum 15. Mai 1921 für die Geschäftsstelle der Notgemeinschaft auflisteten.<sup>220</sup> Der Bereich der unmittelbaren Wissenschaftsförderung, also die unter Punkt 5. aufgeführte „Unterstützung von Einzelforschungen“, blieb in der Vereinbarung vom 8./9. April 1921 frei von engeren Vorgaben. Allerdings stellte die Geschäftsführung der Notgemeinschaft intern und vertraulich eine allgemein gehaltene Richtschnur auf, die die Wissenschaftsförderung auf nationale, kulturpolitische Ziele einstimmte. Als Beurteilungskriterien für die Begutachtung von Anträgen gab Friedrich Schmidt-Ott zwei Ermessensspielräume an, zum Ersten: „Alle Kraft der Notgemeinschaft muß sich auf das Wertvollste konzentrieren. Non multa sed multum.“<sup>221</sup> Das bedeutete, „[...] dass alles Minderwichtige [...] von einer Unterstützung durch die Notgemeinschaft ausgeschlossen“ sein sollte. Die Notgemeinschaft bekräftigte darin die wissenschaftspolitische Tradition des Wilhelminischen Kaiserreichs, wissenschaftliche Exzellenz zu fördern. Friedrich Schmidt-Ott übernahm dieses Kriterium und formulierte in der „Anweisung an die Fachausschüsse“, dass die Unterstützungen der Notgemeinschaft auf „die für die Weiterentwicklung wertvollen Kräfte“ konzentriert werden müssten. Der zweite Ermessensspielraum bei der Begutachtung betraf die Forderung, dass

„vor allem auf solche Arbeiten Rücksicht zu nehmen (sei), die von allgemeinem deutschem Interesse sind, vor allem auch auf die großen gesamt-deutschen Unternehmungen, die vor dem Zusammenbruch stehen.“<sup>222</sup>

Die Notgemeinschaft betonte hierbei eine forschungspolitische Präferenz für die kulturpolitisch prestigeträchtigen Wissenschaftsunternehmungen des Reichs. Zum Teil folgte sie dabei der sachlichen Bestimmung, die die Reichsregierung mit ihrer Etatbewilligung an die Notgemeinschaft verknüpft hatte. Ihr war ja aufgetragen worden, die reichsweiten, von überstaatlichem Interesse getragene

---

220 Ebd.

221 Vertraulicher Bericht über die Lage der Notgemeinschaft, Friedrich Schmidt-Ott, 31. August 1921, MPG Archiv I. HA Rep. 1 A Nr. 919 Bl. 2.

222 Ebd.

Wissenschaftsunternehmungen zu unterstützen.<sup>223</sup> Zum anderen äußerte sich in dieser kulturpolitischen Präferenz auch ein Teil des Eigenverständnisses der Notgemeinschaft als reichsweiter Zusammenschluss der Wissenschaften. Ein Ausdruck dafür wurde die Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft am 12. Oktober 1921, die ins süddeutsche Baden-Baden, in die Gesellschaftsräume des Kurhauses einberufen wurde, um dem Verdacht entgegenzuwirken, die Wissenschaftsorganisation mit Sitz in Berlin bevorzuge einseitig die preußischen Wissenschaftsanstalten.

Auf dem Deutschen Geographentag zu Pfingsten 1921 in Leipzig bildete sich eine Kommission, die innerhalb der Fachgemeinschaft der Geographen den Bedarf an Reisekosten ermitteln sollte. Diese „Reisekommission“ der Geographen leitete Alfred Philippson als Vorsitzender, der zugleich zum Fachvertreter der Geographie innerhalb der Notgemeinschaft bestimmt und bestätigt worden war. Die weiteren Kommissionsmitglieder waren Erich von Drygalski, Max Friedrichsen, Norbert Krebs und Albrecht Penck; ihnen fiel jeweils die Begutachtung der Anträge auf Reiseunterstützungen zu.<sup>224</sup> Zwischen 1921 und April 1926 wurden 18 Reisen in Deutschland, 21 Reisen in Europa, 12 Reisen in Amerika, 2 Reisen in Asien, eine Reise in Australien sowie eine Reise in das Polargebiet durch die Notgemeinschaft finanziert.<sup>225</sup>

Auf der zweiten Sitzung des Hauptausschusses am 14. Juli 1921 waren die Fachgutachter nicht mehr persönlich zugegen. Die Diskussion entspann sich zwischen den Leitungsgremien der Notgemeinschaft und dem einflussreichen Repräsentanten der Chemie-Industrie, Carl Duisberg. Er schlug der Notgemeinschaft vor, wegen der starken Konkurrenz durch ausländische Chemielaboratorien eine forschungspolitische Priorität in der Förderung der Chemie zu setzen.<sup>226</sup> Diesem Vorschlag wurde entgegengehalten, dass die Chemieindustrie im Deutschen Reich für den Forschungsaufwand in ihrem Fache selber einstehen könne und müsse, zumal die

---

223 Siehe S. 81 dieser Arbeit sowie Anm. 173.

224 Schelhaas, Bruno / Hönsch, Ingrid: *History of German Geography: Worldwide Reputation and Strategies of Nationalisation and Institutionalisation*, in: *Geography: Discipline, Profession and Subject since 1870. An international survey*, hrsg. v. Gary S. Dunbar, (= *The GeoJournal Library*, Band 62): Kluwer 2001, S. 10-43, hier S. 26.

225 Schmidt-Ott, Friedrich: *Fünfter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926*. Trans. . Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 1926., S. 174.

226 Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft in Berlin, Schloss, am 14. Juli 1921, BAK R 73 Nr. 81.

Helmholtz-Gesellschaft „eigens zu diesem Zwecke gegründet“ worden sei und „über reichliche Mittel“ verfüge. Die Notgemeinschaft aber werde stattdessen für „rein geistige Gebiete, für die die Industrie weniger großes Interesse habe, [...] in erster Linie eintreten, [...] nach dieser Richtung hin müsse ein Ausgleich erstrebt werden.“<sup>227</sup> Als Carl Duisberg - davon unbeeindruckt - vorschlug, dass die Farbenwerke in Leverkusen „für die Notgemeinschaft den Einkauf und die Kontrolle für die chemische Forschung übernehmen“ könnten, ähnlich wie das Werkslaboratorium in Leverkusen dies schon für die Stipendiaten und Forscher der „Justus-Liebig-Gesellschaft“ erledige, schaltete sich Friedrich Schmidt-Ott ein. Er dankte „im Namen der Notgemeinschaft für das Anerbieten“, aber diese Angelegenheit müsse „reiflich überlegt“ werden. Er würde es nicht zulassen wollen, dass die Notgemeinschaft „mit der Liebig-Gesellschaft verquickt“ werde. Carl Duisberg erwiderte, „davon könne keine Rede sein“, denn die Farbenwerke würden nur „die Auszahlung der bewilligten Gelder und die sehr erhebliche Arbeit, die zur Prüfung nötig sei“, anstelle der Notgemeinschaft übernehmen. Nur widerstrebend ging Friedrich Schmidt-Ott auf dieses Kooperationsangebot ein. Er betonte, dass „die Notgemeinschaft das Geld nicht an die Liebig-Gesellschaft abgebe, sondern nur mit den Farbwerken arbeite“, und willigte darin ein, die „chemischen Forschungsförderungen der Notgemeinschaft über das Abrechnungsbüro der Liebig-Gesellschaft bei den Leverkusener Farbenwerken“ abzuwickeln.“<sup>228</sup> Dasselbe Verfahren, die Auszahlungen der Sonderausschüsse für Apparate und Materialien durch eine Industriestelle vornehmen zu lassen, wurde für den „Verein der Eisenhüttenleute“ beschlossen.<sup>229</sup> Diese wissenschaftspolitische Auseinandersetzung in der Aufbauphase der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1921 zeigt, dass Carl Duisberg die Forschungsförderung der Notgemeinschaft im Fach Chemie unter die Kontrolle der Farbwerke Leverkusen bzw. der von ihr finanzierten „Justus-Liebig-Studiengesellschaft“ zu ziehen versuchte. Die Aufstellung der Fachausschüsse innerhalb der Notgemeinschaft sollte dagegen einen institutionellen Riegel vor eine solche Einflussnahme schieben.

---

227 Ebd., S. 12f.

228 Niederschrift über die Nachmittagssitzung des Hauptausschusses der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft in Berlin, Schloss, am 14. Juli 1921, BAK R 73 Nr. 81, S. 4.

229 Tageskalender, 14. Juli 1921.

Fritz Haber hatte während der Ernennung der Fachausschüsse im Winter 1920/21 deutlich gemacht, dass die Notgemeinschaft aufgrund ihrer knappen Mittel nicht dazu berufen sei, „in Deutschland blühende wissenschaftliche Spezialitäten“ zu erhalten. Stattdessen dürfe sie nur dort fördern, wo das Bedürfnis „von einem breiten Wissenschaftskreis empfunden wird“.<sup>230</sup> Fritz Haber schloss auch aus, dass die Notgemeinschaft Gehälter an Forscher zahlen, Institute gründen oder Gebäudekosten tragen könnte. Ihre Mittel sollten nur für „bestimmte Forschungsaufgaben“ vergeben werden. Die Forscher dürften dabei nicht mit Bürokratie behelligt werden:

„Es würde die wissenschaftliche Produktivität lähmen, wenn der einzelne Gelehrte einen genauen Plan der Untersuchung, die er im Kopfe trägt, vorlegen müsste, ehe er Unterstützung findet.“

Fritz Haber empfahl, die Fachausschüsse sollten anhand von zwei Kriterien Gutachten ausstellen: erstens indem sie die „frühere Leistung“ des Antragsstellers würdigten und zweitens indem sie das aus der bisherigen Leistung „in der Fachwelt erwachsene Vertrauen“, bzw. bei jüngeren Kräften „die Empfehlung ihres Lehrers“ erwägten. Die Höhe der zu bewilligenden Ausgaben dürfte ebenfalls nicht etwa als soziale Fürsorge begriffen werden, d.h. „nicht von der Person oder Bedürftigkeit“ abhängen, sondern jede Forschungsbeihilfe müsste mit der Sachaufgabe unmittelbar zusammenhängen und dem wissenschaftlichen Wert verpflichtet sein. Um den Überblick zu wahren und die Geschäftsführung zu erleichtern schlug Fritz Haber sogar vor, dass die Fachausschüsse fachbezogene „Verteilungspläne“ aufstellen sollten. Dies scheint jedoch nicht umgesetzt worden sein.

Aus den Diskussionen mit den Gutachtern auf der Sitzung vom 8./9. April 1921 sowie aus den auf anderen Wegen dargelegten Vorschlägen waren eine Reihe von Kriterien der Beurteilung erwachsen, die Friedrich Schmidt-Ott zusammenfassen und als eine „Anweisung für die Fachausschüsse der Notgemeinschaft“ per Umschreiben sowie in den „Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen“ bekanntmachen ließ.<sup>231</sup> Zunächst klärte die Anweisung auf über die verschiedenen Unterstützungen, die man zur „Durchführung von Forschungsaufgaben“ erhalten konnte:

### 1. Druckunterstützungen

---

230 Fritz Haber: Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, gedr. Manuskript, handschriftlich datiert auf Dezember 1920, BAK R 73/11067.

231 „Anweisung für die Fachausschüsse der Notgemeinschaft“, BAK R 73 Nr. 1, sowie in: Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen 2 (1922), Heft 12, Sonderdruckbeilage, S. 1-4.

2. allgemeine Hilfsmittel, aufgeteilt in
  - a) Apparate
  - b) Arbeitsmaterial und Versuchstiere
  - c) ausländische Literatur
3. Forschungs- und Reisestipendien

Für alle drei Förderarten galt, dass „eine bevorzugte Berücksichtigung des Nachwuchses erwünscht“ sei.<sup>232</sup> Friedrich Schmidt-Ott formulierte, dass nur solche Unternehmen gefördert würden, die „vom gesamtdeutschen Standpunkte aus als lebenswichtig“ erschienen.<sup>233</sup> Diese Richtschnur regelte nicht die gesamte Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft während der Inflationszeit en détail, doch erfüllte sie eine wichtige rhetorische und wissenschaftspolitische Funktion. Zum einen stellte sie rhetorisch den nationalistischen Konsens heraus, den die Weimarer Koalition über politische Divergenzen in Parlament und Regierung hinweg verband. Die Notgemeinschaft als Dachverband einer politisch überwiegend anti-republikanisch und anti-revolutionär eingestellten Gelehrtenschaft versicherte so seine national-patriotische Loyalität. Im Gegenzug konnte die Notgemeinschaft mit der politischen Unterstützung durch die Mandatsträger im Reichstag sowie im Kabinett rechnen. Zum zweiten erfüllte die allgemein gehaltene Richtschnur („vom gesamtdeutschen Standpunkte aus als lebenswichtig“) eine wissenschaftspolitische Funktion. Sie legitimierte nämlich die Ausrichtung von Forschungszielen auf gesellschaftliche Problemstellungen, wobei die Wahrnehmung und Auswahl solcher gesellschaftlichen Probleme freilich durch die Gelehrten und die Leitung der Notgemeinschaft selbst erfolgte. Das gedemütigte Establishment der Gelehrten sah vor allem eine kulturpolitische Problemstellung der deutschen Gesellschaft nach 1918 als relevant an, nämlich diesen Geltungsverlust, den die Etabliertenschicht der Wissenschaftler national und international im Gefolge des Weltkrieges hinnehmen musste. Nicht untypisch für hohe Repräsentanten einer Etabliertenschicht wie die der Wissenschaftselite des Deutschen Reichs gaben die in der Notgemeinschaft organisierten Gelehrten ihre sozio-spezifischen, schichtbezogenen Geltungsbedürfnisse als übergreifende, nationale Interessen des Gemeinwesens aus.

---

232 Ebd., S. 1.

233 Vertraulicher Bericht über die Lage der Notgemeinschaft, Friedrich Schmidt-Ott, 31. August 1921, MPG Archiv I. HA Rep. 1 A Nr. 919 Bl. 4 verso.

Dazu zählte auch der Protest gegen den Wissenschaftsboykott. Besonders solche Unternehmungen deutscher Wissenschaftler, die im Ausland durchgeführt werden mussten, erschienen daher dem „gesamtdeutschen“ Interesse förderlich. Archäologische Grabungen und Expeditionen, aber auch Besuchsreisen halfen dabei, Gelehrte als kulturelle Botschafter des Deutschen Reichs ins Ausland zu entsenden. Die Formel „gesamtdeutsch“ kam auch den Interessen einer nationalen, auswärtigen Kulturpolitik entgegen, wie sie die Außenpolitik für angezeigt hielt, um der diplomatischen Isolierung des Deutschen Reichs nach 1918 gegenzusteuern. Die neubegründete Kulturabteilung im Auswärtigen Amt begrüßte die Fördermaßnahmen der Notgemeinschaft und leistete konsularische Unterstützung.<sup>234</sup> In dieser Hinsicht kann man m. E. argumentieren, dass die Leitung der Notgemeinschaft zwischen 1920 und 1923 solche Themen als besonders förderungswürdig ansah, die mögliche Wirkungen in der auswärtigen Kulturpolitik entfalteten (Archäologie, Geographie, Physik, Altertumswissenschaften) oder Forderungen auf Landesteile unterstrichen (Landeskunde, Deutschtum). Andererseits ist festzuhalten, dass die Notgemeinschaft während der Inflationsjahre über ihre wissenschaftspolitische Richtschnur („gesamtdeutsches Interesse“) hinaus keine strategischen forschungspolitischen Überlegungen darüber anstellte, welche Themenbereiche unter den Einzelforschungen ihrer besonderen Unterstützung bedürften. Die Forschungsförderung der Notgemeinschaft blieb im alltäglichen Geschäftsgang wesentlich auf die Gesuche beschränkt, ohne Eigeninitiative zu entfalten. Mit anderen Worten, man kann nicht von einer wissenschaftspolitischen Schwerpunktlegung der Notgemeinschaft während der Inflationsjahre sprechen, da diese ihre Fördertätigkeiten nicht auf strategisch spezifizierte Wissensbedürfnisse abstimmte. Stattdessen hieß die Notgemeinschaft in ihrer Forschungsförderung besonders solche Wissenschaftsunternehmungen gut, die kulturelle Geltungsbedürfnisse auszuagieren oder territoriale Ansprüche zu unterstützen erlaubten. Diese Bereitwilligkeit ging Hand in Hand mit den Bildungsvorlieben Friedrich Schmidt-Otts, der die Erfahrung der Kunst, das Interesse

---

234 Krekeler, Norbert Friedrich: Zur Deutschtumspolitik des Auswärtigen Amtes in den durch den Versailler Vertrag abgetretenen Gebieten 1918 - 1933. Der Revisionsanspruch und die finanzielle Unterstützung deutscher Volksgruppen in Polen, Dissertationsschrift Dr. Phil., Universität Bonn, Bonn 1972.

für Archäologie sowie die historischen und landeskundlichen Kenntnisse auch in seinem privaten und Familienleben pflegte.

Im ersten Bewilligungsjahr (Laufzeit vom 1. November 1920 bis 31. März 1922) wurden alle Gesuche, die von den Fachgutachtern satzungsgemäß befürwortet worden waren, gefördert.<sup>235</sup> Die Kontrolle der Anträge durch das Peer-Review der Fachausschüsse garantierte in erster Linie, dass die infrastrukturellen Fördergelder der Notgemeinschaft nicht karitativen oder sozialen Zwecken zufließen, sondern wissenschafts- bzw. forschungsrelevant blieben. Dabei lassen sich drei Präferenzen der Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zwischen 1921 und 1923 ausmachen: Erstens eine Präferenz für die Förderung der literarischen Unternehmungen, zweitens eine Präferenz für die "reine" Forschung fern von "praktischen Interessen", und drittens eine Präferenz für "auslandskulturpolitisch" wirkungsvolle Expeditionen deutscher Wissenschaftler.

Vor diesem Hintergrund erscheint es bemerkenswert, dass die Notgemeinschaft beim Ausgang der Inflationsjahre und im weiteren Verlauf der Weimarer Republik in ihrer Forschungspolitik neben diesen Präferenzen moderne Strukturen einer strategischen Wissenschaftspolitik, d.h. echte Prioritäten entwickeln sollte. Die wissenschaftspolitischen Entscheidungen über solche Prioritäten ergaben sich regelmäßig aus einem komplexen, vielschichtigen Gewebe sich überlappenden Interessen zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik. Ein aussagekräftiges Beispiel dafür bilden die wissenschaftspolitischen Entscheidungswege der bislang kaum eingehend untersuchten Öffnung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nach Osten.

#### **1. 4. Osteuropakunde und internationale Politik in der Rapallo-Ära**

Nach dem Ersten Weltkrieg suchten die Eliten des Deutschen Reichs in Wirtschaft, Militär, Politik und Gesellschaft den diplomatischen Schulterschluss mit der Führung der frühen Sowjetunion. Konservative Politiker, revisionistische Militärs und exportorientierte Industrielle favorisierten eine Ostpolitik, die als „Teufelspakt“ (Sebastian Haffner) beschrieben worden ist, denn das neue kommunistische Regime

---

235 Schmidt-Ott, Friedrich: Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft über ihre Tätigkeit bis zum 31. März 1922, Wittenberg: Dr. Henosé Ziemsen 1922, S. 34.

musste den Deutschen wie Freund und Feind zugleich erscheinen. Einerseits bot sich Sowjet-Russland in der Nachkriegsordnung von Versailles als Partner an.<sup>236</sup> Taktische Partnerschaften mit dem ebenfalls außenpolitisch isolierten, revolutionären Russland erlaubten es der deutschen Diplomatie, eine Mitsprache in den demütigenden Verhandlungen der Alliierten zu ertrotzen.<sup>237</sup> Andererseits bildete Sowjet-Russland den Brandherd der ‚bolschewistischen Gefahr‘. Das kommunistische Regime in Moskau war ein Komplize der ‚Roten‘ in der innenpolitisch instabilen Situation Berlins, und arbeitete nachweislich auf die Revolutionierung des Deutschen Reichs hin.<sup>238</sup> Diese politische Ambivalenz ist in der historischen Forschung als prekäre Grundlage der gesamten sowjetisch-deutschen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit beschrieben worden. Die Zweischneidigkeit des deutsch-russischen Verhältnisses ist auch, *cum grano salis*, für die Wissenschaft im Deutschen Reich und ihre Auslandskontakte zur Sowjetunion wirksam gewesen. Was aber wollten die konservativen, anti-bolschewistischen deutschen Wissenschaftspolitiker wie Friedrich Schmidt-Ott erreichen, als sie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges einen engeren wissenschaftspolitischen Kontakt mit den russischen Regierungsstellen und Akademien suchten? Schließlich knüpften in den 1920er Jahren mehr und mehr deutsche Naturwissenschaftler, Ingenieure und Ärzte durch Studien- und Vortragsreisen in die Vereinigten Staaten ihre Arbeitskontakte vornehmlich mit dem amerikanischen Forschungssystem an. Warum orientierten sich dann maßgebliche Teile der deutschen Wissenschaftspolitik nach Sowjet-Russland? Friedrich Schmidt-Ott, von dem man nicht sagen kann, er wäre im vorgerückten Alter reisescheu geworden, unternahm zwischen 1920 und 1932 mehrere Flug- und Bahnreisen nach St. Petersburg/Leningrad, Moskau sowie nach Charkow und Tiflis (S. S. R. Georgien), jedoch keine einzige Reise mehr in

---

236 Haffner, Sebastian: *Der Teufelspakt. Die deutsch-russischen Beziehungen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Manesse 1988, S. 95.

237 Über die handelsvertragliche, diplomatische und militärische Annäherungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion vgl. Anderle, Alfred: *Die deutsche Rapallopolitik. Deutsch-Sowjetische Beziehungen, 1922-1929*, Berlin 1962, Helbig, Herbert: *Die Träger der Rapallo-Politik*, (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Band 3), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1958, Scheidemann, Christiane: *Botschafter in Moskau (1922-1928). Die Anfänge der deutsch-sowjetischen Beziehungen und Rantzaus rußlandpolitische Ambitionen*, in: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928). *Eine politische Biographie*, hrsg. v. , (= Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 788), Frankfurt/Main etc.: Peter Lang 1998, S. 533-712.

238 Über einen Skandal kommunistischer Propagandaschriften aus der Russischen Botschaft von Berlin im Revolutionswinter 1918 berichtet Brecht, Arnold: *Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884-1927*, Stuttgart: DVA 1966, S. 166.

die Vereinigten Staaten, wo er zwischen 1888 und 1913 mehrfach in hochschul- und kulturpolitischen Angelegenheiten auf den Weltausstellungen in Chicago 1892 und St. Louis 1904 zu tun hatte und mit den Universitäten in New York (Columbia) und Boston (Harvard) in Kontakt stand. Der deutsch-amerikanische Professorenaustausch zwischen der Berliner Universität und den beiden amerikanischen Eliteuniversitäten während der Jahre 1904 – 1914 war durchgehend von Friedrich Schmidt-Ott administriert worden.<sup>239</sup> An Kontakten zu einzelnen deutschfreundlichen amerikanischen Gelehrten hat es auch nach dem Ersten Weltkrieg nicht gefehlt, z. B. zu dem Biochemiker John A. Mandel (1865-1929) am Bellevue Hospital Medical College der New York University. Einige Vertreter der Rockefeller Foundation haben noch vor der Gründung der Notgemeinschaft den Kontakt mit Friedrich Schmidt-Ott gesucht, etwa am 27. August 1920 der Direktor des Europa-Büros aus Paris, Raymond B. Fosdick, der nach dem Zweiten Weltkrieg Präsident der Rockefeller Foundation wurde. Friedrich Schmidt-Ott hat nach dem Rücktritt vom Staatsamt im Preußischen Kultusministerium in den frühen Jahren der Weimarer Republik 1919 und 1920 im "Amerika-Institut" von Karl-Oskar Bertling an der Berliner Universität eine Art Ausweichbüro für seine wissenschaftsorganisatorische und forschungspolitische Tätigkeiten geführt.<sup>240</sup> Wie der Tageskalender nachweist, hat Friedrich Schmidt-Ott das Lesezimmer des "Amerika-Instituts" in der Staatsbibliothek Berlin mehrfach in der Woche für Besprechungen aufgesucht und dabei öfter deutschfreundliche Vertreter aus den Vereinigten Staaten empfangen. Hier begegnete er Hugo Lieber sowie den Vertretern der Rockefeller Foundation für die Förderung der Medizin, diskutierte über die Briefe und Vorschläge des Anthropologen Franz Boas aus New York und dachte über Möglichkeiten nach, wie sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der deutschen Wissenschaft in Übersee öffentlich darstellen ließen.<sup>241</sup> In der Gründungsphase der Notgemeinschaft, seit dem 13. März 1920 (Kapp-Lüttwitz-Putsch) bis zum Einzug der Notgemeinschaft in die Räumlichkeiten des Hohenzollernschlosses zum 1. Juni 1921, diente das Lesezimmer

---

239 Vgl. Brocke, Bernhard vom: Internationale Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik: Der Professorenaustausch mit Nordamerika, in: Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das "System Althoff" in historischer Perspektive, hrsg. v. Bernhard vom Brocke, Hildesheim: Edition Bildung und Wissenschaft 1991, S. 185-242.

240 Friedrich Schmidt-Ott hat das „Amerika-Institut“ 1910 administrativ mitbegründet und als Kurator bis 1918 beaufsichtigt.

241 Bertling an Schmidt-Ott, 9. Februar 1921, GStA PK I. HA Rep. 92 Nr. D 1.

im "Amerika-Institut" der Notgemeinschaft als inoffizielle Geschäftsstelle. Dieses Lesezimmer, wo nicht nur amerikanische Tageszeitungen und wissenschaftliche Literatur auslagen, war zugleich die offizielle deutsche Vertretung für die Smithsonian Institution in Washington D.C., das Copyright Office der Library of Congress, Washington D.C., die Repräsentanz des Institute of International Education, New York sowie eine Ansprechstelle des College Entrance Examination Board, New York und der American University Union.<sup>242</sup> Mit einem Wort, um 1920/21 konnte man auf reiche wissenschaftspolitische Erfahrungen mit den USA zurückgreifen und es boten sich vielfältige, attraktive Bindungen zum nordamerikanischen Wissenschaftssystem. Für die deutsche Wissenschaftspolitik hätte deswegen ein umfassender Ausbau ihrer Anknüpfungspunkte zum transatlantischen Westen nahe gelegen. Warum aber wendete sich der amerikaerfahrene, deutsch-konservative Friedrich Schmidt-Ott stattdessen an das Wissenschaftssystem im kommunistisch regierten Osten?

Ein erster Schlüssel zu dieser irritierenden Wende findet sich in der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas.<sup>243</sup> Friedrich Schmidt-Ott ist am 28. Februar 1920 zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas gewählt worden, der akademischen Fachgesellschaft für Osteuropakunde, die 1913 auf Initiative des Historikers Otto Hoetzsch gegründet worden war.<sup>244</sup> Den Vorsitz in der

---

242 GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. C.65 Bände I-III (M).

243 Zu den verschiedenen Phasen in der Geschichte der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas seit ihrer Gründung 1913 (umbenannt 1918 zu Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas, wiederbegründet 1949 unter dem neuen Namen Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde) vgl. Voigt, Gerd: Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde 1913 bis 1965, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 15 (1966) Heft 1, S. 1-18, Lersch, Edgar: Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1918-1932, in: Deutsche Auswärtige Kulturpolitik seit 1871, hrsg. v. Kurt Düwell und Werner Link, (= Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik, Band 1), Köln etc.: Böhlau 1981, S. 101-125, Camphausen, Gabriele: Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung in Deutschland 1892-1933, (= Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Band 42), hrsg. v. Hans-Joachim Torke, Berlin: Harrassowitz 1989, Liszkowski, Uwe: Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch, (= Osteuropaforschung, Band 19), Berlin: Verlag A. Spitz 1988, Grahn, Gerlinde: Quellen zu den Freundschaftsgesellschaften zur Sowjetunion in der Weimarer Republik. Zum 65. Jahrestag der Gründung der "Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" und 60. Jahrestag des "Bundes der Freunde der Sowjetunion", in: Archivmitteilungen. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Archivwesens 38 (1988) Heft 3, S. 81-85, Mick, Christoph: Kulturbeziehungen und außenpolitisches Interesse. Neue Materialien zur "Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas" in der Zeit der Weimarer Republik, in: Osteuropa 43 (1993) Heft 10, S. 914-928.

244 Tageskalender, 28. Februar 1920. Das Präsidium der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas hatte am 6. Dezember 1919 Friedrich Schmidt-Ott als Kandidaten erwählt, vgl. Liszkowski, Uwe: Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken

Osteuropagesellschaft übernahm Friedrich Schmidt-Ott also ein halbes Jahr bevor die Notgemeinschaft gegründet wurde bzw. und einen Monat bevor Friedrich Schmidt-Ott als ihr möglicher Präsident in Aussicht genommen wurde (siehe oben, Kapitel 3. 2. 1.). Die Personalunion von Friedrich Schmidt-Ott im Vorsitz von Notgemeinschaft und Osteuropagesellschaft sollte dann bis zum Januar 1932 andauern.<sup>245</sup> Somit vertrat Friedrich Schmidt-Ott bis zum Untergang der Weimarer Republik neben den Belangen einer breit angelegten Wissenschaftsförderung in der Notgemeinschaft auch spezifisch osteuropäische Forschungsinteressen.

Die historische Forschung hat hinreichend belegt, dass eine auslandskundliche, wirtschaftsgeographische und sozialwissenschaftlich informierte Politikberatung den nationalsozialistischen Eroberungs- und Siedlungsplänen in Osteuropa sowie dem dann im Zweiten Weltkrieg unternommenen Vernichtungskrieg der Deutschen im sog. Großraum Ost in die Hände gearbeitet hat. Haben die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas und die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft während der Weimarer Republik den Weg bereitet für die sog. „Ostforschung“?<sup>246</sup> Die Frage, in welchem Kontinuitätsverhältnis die Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft und die „Ostforschung“ nach 1933 stehen, ist keine zentrale Frage in der vorliegenden Arbeit. Gleichwohl erscheint es wichtig, die Implikationen freizulegen, die in Friedrich Schmidt-Otts Vorgehen auf dem Parkett der internationalen wissenschaftspolitischen Beziehungen zum Ausdruck kommen. Exemplarische Äußerungen von Friedrich Schmidt-Ott wie die folgende erscheinen nämlich interpretierungsbedürftig: „Ich hoffe, dass wir durch Teilnahme an Expeditionen in Russland einen Teil des uns fehlenden kolonialen und archäologischen Hinterlandes ersetzen können. Freilich setzt dieses

---

und Wirken von Otto Hoetzsch, (= Osteuropaforschung, Band 19), Berlin: Verlag A. Spitz 1988, S. 490.

245 Tageskalender, 3. November 1931 („Niederlegung angekündigt.“), 13. Januar 1932 („Niederlegung des Präsidiums Osteuropa durch Schreiben an Kleine Kommission. (...“), 14. Januar 1932 („Telefonat mit Max Sering wegen Niederlegung, Frage ob Nachfolge Reichswirtschaftsminister a. D. Julius Curtius?).

246 Vgl. Burleigh, Michael: Germany turns eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich: Cambridge University Press 1988 und Aly, Götz, und Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg: Hoffmann und Campe 1991, S. 69-101, sowie Zernack, Klaus: "Deutschland und der Osten" als Problem der historischen Forschung in Berlin (1989), in: Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen, hrsg. v. Reimer Hansen und Wolfgang Ribbe, (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Publikationen der Sektion für die Geschichte Berlins, Band 82), Berlin: Walter de Gruyter 1992, S. 571-593.

auch grösste Schonung nationaler Empfindungen voraus.“<sup>247</sup> Diese Motivation gab Friedrich Schmidt-Ott 1925 für die geplanten deutschen Wissenschaftsunternehmungen in Russland gegenüber dem amerikanischen Biochemiker John A. Mandel an. Wie ist diese Äußerung zu verstehen? Hier ist ein Blick auf Otto Hoetzsch hilfreich, den Nestor der Osteuropaforschung in der Weimarer Republik und wichtigsten wissenschaftspolitischen Berater Schmidt-Otts in den damit zusammenhängenden Fragen. Otto Hoetzsch war ein rechtskonservativer, der Deutsch-Nationalen Volkspartei eng verbundener Akademiker und Politiker, der aber im Gegensatz zu den radikaleren Äußerungen seiner Parteikollegen während der Weimarer Jahre keine imperialistischen Ambitionen in Osteuropa vertrat. Für Friedrich Schmidt-Ott gilt ist m.E. dieselbe Einschätzung. Friedrich Schmidt-Ott stand der Weimarer DNVP und vielen ihrer Abgeordneten und Ministern in politischer Hinsicht nahe, trat aber nie in diese oder in eine der anderen Parteien des konservativen Spektrums als Mitglied ein. Friedrich Schmidt-Ott hielt eine politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Großmachtstellung des Deutschen Reichs für selbstverständlich. Ist mit den zitierten Satz von Friedrich Schmidt-Ott gegenüber John A. Mandel nur der Verärgerung Ausdruck gegeben, dass das Deutsche Reich seit 1918 keine Kolonien mehr mit exotischen Arbeitsfeldern zur Verfügung hatte, in das man die wissenschaftlichen Expeditionen quasi wie ins Inland hatte entsenden können? Oder geht es um mehr? Geht es um eine symbolische Eroberung, eine Okkupation fremden Territoriums mit ‘deutschem Geist’? Dagegen scheint zu allererst der Wortlaut im zweiten Satz zu sprechen, wo Friedrich Schmidt-Ott die “grösste Schonung nationaler Empfindungen” versichert. Dies entsprach auch der fachüblichen Konvention, nach der kolonialistische Anspielungen in der Wissenschaftsdisziplin der Geographie zwischen 1924 und 1925 unüblich geworden waren. In den sechs maßgeblichen geographischen Fachzeitschriften des Deutschen Reichs lag der Anteil an kolonialistischen Aussagen in den Jahren 1924-25 bei 6-11%, während 94-89% der Fachbeiträge keine kolonialistischen Ideologeme enthielten.<sup>248</sup> Friedrich Schmidt-Otts scheinbar kolonialistische Motivation hinter den Forschungsmöglichkeiten, die sich 1925 durch

---

247 Schmidt-Ott an Mandel, 15. Dezember 1925, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. D7

248 Heinrich, Horst-Alfred: Politische Affinität zwischen geographischer Forschung und dem Faschismus im Spiegel der Fachzeitschriften. Ein Beitrag zur Geschichte der Geographie in Deutschland von 1920 und 1945, (= Gießener Geographische Schriften, Band 70), Gießen: Geographisches Institut der Justus-Liebig-Universität 1991, S. 337-361, hier S. 352.

seine Vermittlung für deutsche Gelehrte in der Sowjetunion eröffneten, würde m.E. missdeutet, wenn man sie als ein implizites Festhalten an der expansiven, aggressiven Politik gegen die Sowjetunion begriffe, etwa in Fortsetzung der Kriegsziele von Brest-Litowsk 1917.<sup>249</sup> Eine solche radikale politische Haltung stünde auch im Widerspruch zu den außenpolitischen Präferenzen, die die Reichsregierung mit ihrer Annäherungspolitik an Sowjet-Russland aussandte, und an denen sich Friedrich Schmidt-Ott seit dem Ausbau des Rapallo-Abkommens orientieren sollte. Diese Deutung lässt sich bekräftigen mit einem vergleichenden Blick auf das Verhältnis, das Friedrich Schmidt-Ott in den internationalen Beziehungen mit dem westlichen Europa einging. Friedrich Schmidt-Ott war in der europäischen Aussöhnungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich ab 1926 in dem „Deutsch-Französischen Studienkomité“ von Madame Mayrisch, der Ehefrau des luxemburgischen Montanindustriellen Émile Mayrisch (1862-1928), engagiert, ein Kreis, der sich um den Mittelpunkt des Schlosses der Mayrischs in Colpach, an der luxemburgisch-belgischen Grenze, gebildet hatte. Dieser wirtschaftsbürgerliche und philosophische Kreis verfolgte seit 1923 mit der „Nouvelle Revue Française“ und der „Luxemburger Zeitung“ das Ziel, die französisch-deutsche Kommunikation wieder aufzunehmen und trat für eine „Entente économique avec l'Allemagne“ ein. 1925 übernahm Pierre Viénot (1897-1944) mit dem „Colpacher Kreis“ die Vermittlungsarbeit im deutsch-französischen Industriellenkreis, und im Mai 1926 gründeten die Mayrischs in Luxemburg, sozusagen auf halbem Wege zwischen Berlin und Paris, das „Deutsch-Französische Studienkomité“ unter Émile Mayrisch als Präsidenten (daher auch „Mayrisch-Komitee“ genannt) mit 18 Franzosen (u.a. Wladimir d'Ormesson, Jean Schlumberger und Henri Lichtenberger) und 19 Deutschen (Friedrich Schmidt-Ott, Wilhelm Haas von der Hochschule für Politik in Berlin, Victor Bruns vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Internationales Recht, Berlin; später wurden kooptiert Ernst Robert Curtius, Arnold Bergsträsser und Hermann Oncken u.a.).<sup>250</sup> Das

---

249 Vgl. Schultz, Hans-Dietrich: Versuch einer Historisierung der Geographie des Dritten Reiches am Beispiel des geographischen Großraumdenkens, in: Geographie und Nationalsozialismus. 3 Fallstudien zur Institution Geographie im Deutschen Reich und der Schweiz. Michael Fahlbusch, Mechthild Rössler, Dominik Siegrist, hrsg. v. P. Jüngst, K. Pfromm und H.-J. Schulze-Göbel, (= Urbs et Regio. Kasseler Schriften zur Geographie und Planung, Band 51), Kassel: Gesamthochschule Kassel 1989, S. 1-75, hier S. 43-56.

250 vgl. Belitz, Ina: Exkurs: Das Deutsch-Französische Studienkomitee: exklusive Machteliten auf der Suche nach Verständigung, in: Befreundung mit dem Fremden: Die Deutsch-Französische Gesellschaft in den deutsch-französischen Kultur- und Gesellschaftsbeziehungen der Locarno-Ära, (= Europäische Hochschulschriften Reihe III Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 745),

Engagement Friedrich Schmidt-Otts in einer der Initiativen für die deutsch-französische Aussöhnung zeigt seine grundsätzlich dem Ausgleich zugewandte, friedfertige politische Haltung in Fragen der internationalen Beziehungen. Diese Haltung widerspricht nicht dem konservativen Erziehungsziel einer Bildung zum ‚Deutschen Menschen‘ durch Kultur- und Landeskunde als Mittel der Abgrenzung und Selbstbehauptung, die Friedrich Schmidt-Ott gutgeheißen hat. Ein solcher kulturpolitischer Konservatismus ist kein Ausdruck imperialistischer Intentionen gegenüber dem Ausland. Eine moderate, versöhnliche Haltung in internationalen Verhältnissen, gepaart mit einem nationalen, kulturpolitischen Bewusstsein, scheint Friedrich Schmidt-Otts Verhalten und Meinungen über außenpolitische Fragen gekennzeichnet zu haben. Diese Haltung kommt auch in Friedrich Schmidt-Otts Beteiligung an dem kurzlebigen, letzten publizistischen Projekt der internationalen Verständigungspolitik zum Ausdruck, die auf die Initiative des für seine weltoffene Haltung international geachteten Preußischen Kultusministers Carl H. Becker entstand, nämlich der Monatsschrift „Inter Nationes. Zeitschrift für die Kulturellen Beziehungen Deutschlands zum Ausland“ 1931/32.<sup>251</sup>

Friedrich Schmidt-Ott rückte in eine Schlüsselposition, die ihm die Chance eröffnete, in der Weimarer Republik an einer brisanten Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft sowohl für die Osteuropakunde wie auch als ein kulturpolitisch-diplomatisches Scharnier zwischen Russland und dem Deutschen Reich zu wirken.<sup>252</sup>

Wie hat Friedrich Schmidt-Ott diese Schlüsselstelle genutzt? Welche Rolle spielte Sowjet-Russland für die Wissenschaftspolitik der Notgemeinschaft? Hat Friedrich

---

Frankfurt am Main: Peter Lang 1997. Bock, Hans Manfred: Wirtschaftsbürgerliche Initiativen: Das "Deutsch-Französische Studienkomité" / "Comité franco-allemand d'information et de documentation", in: Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg, hrsg. v. Hans Manfred Bock, Opladen: Leske&Budrich 1998, S. 27-39.

251 Vgl. Schmidt-Ott, Friedrich: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und Ausland, in: Inter Nationes. Zeitschrift für die Kulturellen Beziehungen Deutschlands zum Ausland. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Ausländer in Verbindung mit dem Akademischen Auskunftsamt an der Universität Berlin 2 (1932) Heft 1, S. 7-9.

252 Friedrich Schmidt-Ott stellte sich in seinen Memoiren als besondere Anlaufstelle für Russlandreisende dar, vgl. Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 246. Gelegentlich gab Schmidt-Ott ein Empfehlungsschreiben für deutsch-sowjetische Kulturkontakte, etwa für die International Kunstaussstellung in Dresden im Sommer 1926, vgl. Posse an Schmidt-Ott, December 28, 1925, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott D 8.

Schmidt-Ott in der Entspannungspolitik der Weimarer Jahre eine Art Rapallo in der Wissenschaft angestrebt?

#### 1. 4. 1. Auslandskunde

Für deutsche Regierungsvertreter, politische Analysten im Auswärtigen Amt, Militärs oder Wirtschaftsvertreter war es schwierig, verlässliche Informationen aus dem revolutionierten Russland zwischen 1919 und 1922 zu erhalten.<sup>253</sup> Der Bürgerkrieg bis Mai 1920, die Propaganda der bolschewistischen Regimeführer um Vladimir I. Lenin und die katastrophale wirtschaftliche Lage in der Hungersnot des Herbstes 1921 zwangen die meisten Beobachter, sich durch Reisen im Lande selbst zu informieren. Nachrichten aus zweiter Hand boten opportunistische Zwischenträger wie Karl Radek und Paul Helphandt oder die im Westen allerdings kaum zugängliche russische Tagespresse. In dieser Situation fiel der akademischen Osteuropakunde eine neue Rolle zu: die Beschaffung von Daten über die schwer voraussehbare, politische und wirtschaftliche Gegenwartsentwicklung der jungen Sowjetunion. Die Forschung über Osteuropa war im Deutschen Reich in den 1920er Jahren sowohl institutionell als auch in den methodischen Ansätzen weiter entwickelt als die "Russian studies" in anderen Ländern.<sup>254</sup> Russlandspezialisten wie Bernard Pares (1867-1949) in England oder Samuel N. Harper (1882-1943) in den Vereinigten Staaten waren zwar Koryphäen der russischen Geschichte, aber nicht des Marxismus; sie unterschätzten die Rolle der kommunistischen Ideologie im neuen Sowjetrussland und betonten die Traditionen des zaristischen Russlands.<sup>255</sup> Im Deutschen Reich berücksichtigte der Osteuropa-Historiker Otto Hoetzsch die revolutionäre Veränderung Russlands und kommentierte regelmäßig in einer Mittwochskolumne der Preußischen Kreuz-Zeitung das neue Sowjet-Russland in seiner aktuellen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung.<sup>256</sup> Kurz vor dem Ersten Weltkrieg hatte Otto Hoetzsch, um der

---

253 Müller, Wolfgang: Rußlandberichterstattung und Rapallopolitik. Deutsch-Sowjetische Beziehungen 1924-1933 im Spiegel der deutschen Presse, Dissertationsschrift Dr. phil., Universität des Saarlandes, Saarbrücken 1983, S. 10.

254 Vgl. Laqueur, Walter: Russia and Germany. A century of conflict, Boston: Little, Brown & Co. 1965, S. 142-143

255 Vgl. die thematische Ausrichtung der Zeitschrift „The Russian review. A quarterly review of Russian history, politics, economics and literature“ von Bernhard Pares, Samuel N. Harper und Maurice Baring seit 1912.

256 Die außenpolitischen Analysen und Wochenkommentare in der Tageszeitung hatte Otto Hoetzsch ab 15. November 1914 von seinem akademischen Lehrer Theodor Schiemann übernommen und

akademischen Osteuropakunde ein breiteres gesellschaftliches Forum zu verschaffen, den Gelehrten- und Studienverein „Gesellschaft zum Studium Russlands“ gegründet. Als die Gesellschaft im Berliner Abgeordnetenhaus am 16. Oktober 1913 zusammentrat, lag ihre Bestimmung darin, die

„Kenntnis Russlands in Deutschland zu fördern und den kulturellen Beziehungen beider Länder zueinander zu dienen, unter Wahrung eines durchaus unpolitischen Charakters. [...] Mit einem Worte: Die Gesellschaft soll für das Studium Russlands gewissermaßen die Aufgaben eines Forschungsinstituts erfüllen.“<sup>257</sup>

In dieser Funktion entsprach die „Gesellschaft zum Studium Rußlands“ einer wissenschaftspolitischen Leitlinie des Preußischen Kultusministeriums, das die Auslandskunde bereits vor und während des Ersten Weltkriegs zu fördern begonnen hatte.<sup>258</sup> Das Ministerium ließ das akademische Wissen über fremde Länder nach der Kulturkreistheorie in Sprachregionen systematisieren, unterstützte den fachorganisatorischen Ausbau der Auslandskunde und verdichtete an verschiedenen Universitätsstandorten die Auslandskunde zu Studienschwerpunkten.<sup>259</sup> Während des Ersten Weltkriegs, im Frühjahr 1917, in der politischen Anspannung über die deutschen Kriegsziele, wurde im Preußischen Kultusministerium Staatssekretär Carl-Heinrich Becker beauftragt, eine hochschulpolitisch programmatische Denkschrift über

---

bis zum Ende der Dawes-Debatte in Deutschland im August 1924 weitergeführt, vgl. Müller, Wolfgang: Rußlandberichterstattung und Rapallopolitik. Deutsch-Sowjetische Beziehungen 1924-1933 im Spiegel der deutschen Presse, Dissertationsschrift Dr. phil., Universität des Saarlandes, Saarbrücken 1983. Die maßgeblichen biographischen Werke über Otto Hoetzsch sind von Voigt, Gerd: Otto Hoetzsch, 1876-1946: Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers, (= Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, Band 21), Berlin: Akademie-Verlag 1978 und von Liszkowski, Uwe: Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch, (= Osteuropaforschung, Band 19), Berlin: Verlag A. Spitz 1988. Eine Ergänzung liefert Schlögel, Karl: Von der Vergeblichkeit eines Professorenlebens: Otto Hoetzsch und die deutsche Rußlandkunde, in: Berlin. Ostbahnhof Europas. Russen und Deutsche in ihrem Jahrhundert, Berlin: Siedler 1998, S. 308-324.

257 Protokoll zur Gründungsversammlung der Gesellschaft zum Studium Rußlands 1913, enthalten in: „Förderung deutscher auswärtiger Kulturpolitik“, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. A-LXXVII.

258 Vgl. Wehling, Franz B. H.: Zur Auslandskunde der Nachkriegszeit, in: Volkstum und Kulturpolitik. Eine Sammlung von Aufsätzen gewidmet Georg Schreiber zum Fünfzigsten Geburtstage, hrsg. v. Heinrich Konen und J. P. Steffes, Köln: Gilde Verlag GmbH 1932, S. 158ff..

259 Als erste auslandskundliche Wissenschaftseinrichtung gilt das Seminar für Orientalische Sprachen an der Berliner Universität, eingerichtet 1887 auf Verlangen des Auswärtigen Amts. Die forschungspolitische Legitimation für einen systematischen Ausbau weiterer auslandskundlicher Institute ermöglichte die Kulturkreistheorie der Ethnologen Fritz Graebner, Wilhelm Schmidt und Leo Frobenius in den 1910er Jahren.

den Ausbau der Auslandsstudien in Preußen anzufertigen.<sup>260</sup> Friedrich Schmidt-Ott eröffnete während seiner Amtszeit als Preußischer Kultusminister im Sommer 1917 in Kiel das Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft, wodurch das Spektrum der Auslandskunde um wirtschaftsgeographische Aspekte erweitert wurde.<sup>261</sup> Bis 1918 entstanden die kulturregionalen akademischen Spezialisierungen der Auslandskunde noch in der Erwartung einer scheinbar bevorstehenden, weltpolitischen Machtentfaltung des Deutschen Reichs, die man wissenschaftspolitisch vorausschauend begleiten wollte. Nach der militärischen Niederlage von 1918 milderte man diese Legitimation für den Ausbau der Auslandskunde zu einer kulturpolitischen Argumentation ab, wie sie Adolf Morsbach, Regierungsrat im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sowie Leiter des Akademischen Austauschdienstes, 1932 rückblickend skizzierte:

„An den einzelnen Universitäten wurde das Studium bestimmter Kulturkreise ausgebaut, das zu seiner engen Verbindung mit den hervorragendsten Gelehrten der Länder führte, denen die Erforschung ihrer geistigen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte galt. Unabhängig von den Universitäten wurden besondere wissenschaftliche Institute gegründet, die sich den Problemen der Pflege der geistigen Beziehungen zu Nord- und Südamerika, zu Rußland, Südosteuropa und dem fernen Osten widmen sollten.“<sup>262</sup>

Die Gesellschaft für Russlandkunde von Otto Hoetzsch aus dem Vorkriegsjahr 1913 ist als ein akademischer, bildungsbürgerlicher Kreis zu begreifen, der die osteuropäische Auslandskunde nicht nur sachlich fördern, sondern auch wissenschaftspolitisch

---

260 Becker, Carl Heinrich: Denkschrift über die Förderung der Auslandsstudien. Trans. . Berlin: Preußisches Kultusministerium, 1917. Abgedruckt in: Internationale Monatsschrift 11 (1917), Heft 5, vom 1. Februar 1917 sowie in den Heften 7 vom 1. April 1917 und Heft 8 vom 1. Mai 1917.

261 Neben dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel zählten zu den wissenschaftspolitischen Initiativen in der Auslandskunde u.a. das Hamburger Kolonialinstitut, das Deutsch-Südamerikanische Institut (von Hamburger Handelskreisen getragen), das Deutsche China-Institut, sowie die Pläne für eine "Akademie für Auslandsdienst" in Berlin 1908 von Heinrich Pohl, Hochschullehrer für Verwaltungs- und Völkerrecht an der Universität Greifswald. Anton Palme, Russischlehrer am Orientalischen Seminar und Dozent an der Handelshochschule Berlin, forderte in seiner Schrift "Die deutsche Auslandshochschule und das nationenwissenschaftliche Studium des Auslands" 1914 in Berlin den umfassenden Ausbau des Orientalischen Seminars, vgl. Ritter, Gerhard A.: Motive und Organisationsformen der internationalen Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer auswärtigen Kulturpolitik im deutschen Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg, in: Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluge, hrsg. v. Lothar Kettenacker, Manfred Schlenke und Hellmut Seier, München: Wilhelm Fink 1981, S. 153-200, S. 176 Anm. 20.

262 Morsbach, Adolf: Deutsche Kulturpolitik im Ausland, in: Volkstum und Kulturpolitik. Eine Sammlung von Aufsätzen gewidmet Georg Schreiber zum Fünfzigsten Geburtstag, hrsg. v. Heinrich Konen und J. P. Steffes, Köln: Gilde Verlag GmbH 1932, S. 237-265, S. 246.

etablieren wollte. Zusätzlich bot die Gesellschaft nach 1917 und besonders nach 1922 ein wichtiges akademisches Beratungspotential für die Politik an.<sup>263</sup>

#### **1. 4. 2. Die „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und ihr Präsident Friedrich Schmidt-Ott**

Mit der Berufung von Otto Hoetzsch durch Carl Heinrich Becker am 6. Juli 1920 in ein persönliches Ordinariat an die Universität Berlin ergab sich für den spiritus rector der akademischen Fachgesellschaft für Russlandkunde ein engerer Austausch mit den diplomatischen Kreisen in der Hauptstadt des Deutschen Reichs.<sup>264</sup> Denn die Gründungsmitglieder der „Gesellschaft zum Studium Rußlands“ von 1913 zählten zum politisch konservativen Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum, das kulturgeschichtliche und handelspolitische Interessen miteinander verband. Die Mitglieder waren der Nationalökonom Otto Auhagen (1869-1945), Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, Kommerzienrat Friedrichs, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Vereins zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen, der Sinologe Otto Franke (1863-1946), Professor für Sprachen und Geschichte Ostasiens am Hamburger Kolonialinstitut, der evangelische Theologe Karl Holl (1866-1926), Professor der Kirchengeschichte an der Universität Berlin, der Historiker Leopold Karl Goetz (1868-1931), Professor für Geschichte an der Universität Bonn, Dr. Ernst Jenny, Berlin, Wilma Matschoss, Redakteurin der Monatsschrift „Technik und Wirtschaft“ des Vereins Deutscher Ingenieure, der Agrarökonom Max Sering (1857-1939), Professor für Staatswissenschaften an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, Wilhelm Crayen von der Göschen'schen Verlagsbuchhandlung in Berlin, Erich M. Maron (1854-?), Mitglied des Reichsbank-Direktoriums, der Archivar und Historiker Theodor Schiemann (1847-1921), Professor an der Universität Berlin, der Nationalökonom Hermann Schumacher (1868-1952), Professor der Staatswissenschaften an der Universität Bonn sowie der Wirtschaftswissenschaftler Kurt Wiedenfeld (1871-1955), Professor an der Handelshochschule Köln.

---

263 Borck, Karin / Schulze Wessel, Martin: Betrachtungen zur hundertjährigen Geschichte der Osteuropa-Historie in Berlin, in: Rußland im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Ludmila Thomas, (= Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte, Band 1994/1), Berlin: Akademie Verlag 1994, S. 135-147.

264 Liszkowski, Uwe: Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch, (= Osteuropaforschung, Band 19), Berlin: Verlag A. Spitz 1988, S. 291.

Friedrich Schmidt-Otts Einbindung in die Gesellschaft für Russlandkunde reichte zurück in deren Gründungsphase 1913, als er die Funktion des staatlichen Kurators übernahm. Otto Hoetzsch lernte er kennen, als dieser 1906 seine Lehrbefugnis an der von Friedrich Althoff angeregten Akademie in Posen erhielt. Als die „Gesellschaft zum Studium Rußlands“ 1919 in „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ umbenannt worden war und Friedrich Schmidt-Ott nach der Revolution keine Funktion mehr im Preußischen Kultusministerium innehielt, blieb er dem Kuratorium der Studiengesellschaft als Mitglied dennoch weiterhin verbunden. Dabei war das Interesse Friedrich Schmidt-Otts an der Studiengesellschaft in erster Linie kein fachliches. Die Tätigkeit in der Studiengesellschaft erlaubte es ihm, Informationen aus den Regierungskreisen über das außenpolitische Tagesgeschehen zu erhalten, etwa über den deutsch-russischen Kriegsgefangenen austausch, die Hungerhilfe der Expedition des Deutschen Roten Kreuzes unter Leitung von Peter Mühlens und die weitere Entwicklung der Revolution der Bolschewiki.<sup>265</sup> Die Verbundenheit Friedrich Schmidt-Otts mit der Studiengesellschaft erscheint auch aus der Blickrichtung von Otto Hoetzsch von Vorteil. Dieser dürfte an der fortdauernden Mitgliedschaft Friedrich Schmidt-Otts in der Studiengesellschaft interessiert gewesen sein aus dem Wunsch, mit seiner Hilfe die Professionalisierung der Disziplin Osteuropakunde voranzutreiben. Hoetzsch hegte zu diesem Zweck schon seit der Gründung der Gesellschaft für Rußlandkunde den Plan, eine fachbezogene Zeitschrift zu etablieren.<sup>266</sup> Die jüngste Geschichte der Sowjetunion seit 1917, ihr wirtschaftliches Potential und das weltpolitische Gewicht waren Themen von großem Interesse, sowohl für die Außen- und Bündnispolitik, als auch für die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reichs. Nur zu offensichtlich unterlagen diese gegenwartspolitischen Themen aus dem neuen Sowjet-Russland durch die Propaganda unter Vladimir I. Lenin vielen ideologischen Verbiegungen. Dagegen wollte Otto Hoetzsch ein Fach- und Informationsjournal über das revolutionäre Russland schaffen, das der akademischen Objektivität verpflichtet

---

265 Friedrich Schmidt-Ott wurde regelmäßig über die Aktivitäten des Deutschen Roten Kreuzes in Russland informiert, z.B. v. Winterfeldt an Schmidt-Ott, 11. Juli 1922, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott D 1.

266 Otto Hoetzsch hatte bereits 1913 beabsichtigt, mit der Gründung der „Gesellschaft für Rußlandkunde“ ein geplantes „Russisches Jahrbuch“ bzw. eine „Russische Rundschau“ erscheinen zu lassen, was sich durch die Kriegseinschränkungen nicht hatte verwirklichen lassen. Erst mit der Zeitschrift „Osteuropa“ ab 1925/26 entstand dann das gewünschte Organ, vgl. Epstein, Fritz T.: Otto Hoetzsch und sein "Osteuropa" 1925-1930, in: Osteuropa 25 (1975) Heft 8/9 (August/September), S. 541-554.

bliebe. Doch die Inflation ließ das Verlags- und Zeitschriftengewerbe im Deutschen Reich 1919/20 sehr zurückhaltend gegenüber allen Neueinführungen auf dem Zeitschriftenmarkt werden. Das Streben nach einer neuen Osteuropa-Zeitschrift schien mithilfe der beruflichen Beziehungen einer wissenschaftspolitisch sehr erfahrenen Persönlichkeit verwirklichtbar. Otto Hoetzsch, Hermann Schumacher, Ernst Jenny, der Verleger Wilhelm v. Crayen, der ehemalige Gesandte Ludwig von Raschdau, Hugo Krüss und Kurt Wiedenfeld legten daher am 2. Januar 1920 im Preußischen Abgeordnetenhaus gegenüber Friedrich Schmidt(-Ott) dar, dass sie ihn für den Vorsitz in der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas gewinnen wollten. Als Präsident der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas würde sich Friedrich Schmidt(-Ott) um den Zeitschriftenplan kümmern, die Vorträge der Gesellschaft organisieren, hervorragende Persönlichkeiten empfangen, ein Jahrbuch der Studiengesellschaft herausgeben sowie die Kontakte zur Industrie unterhalten.<sup>267</sup> Die Versammlung der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas wählte am 28. Februar 1920 Friedrich Schmidt-Ott zum neuen Präsidenten. Der weitere Verlauf der Veranstaltung macht deutlich, wie sehr die Studiengesellschaft mit den tagesaktuellen Fragen der Außenpolitik verbunden war. Während der Versammlung trug Otto Hoetzsch über die „Gegenwärtige Lage Rußlands“ vor; der Vertreter des Deutsch-Russischen Vereins, Major Müller, orientierte über den Stand der handelspolitischen Beziehungen zwischen „Deutschland und Rußland“ und es wurde vorgeschlagen, eine „Studienkommission zur Bolschewiken Herrschaft“ einzurichten. Entgegen der anderslautenden bolschewistischen Propaganda hielten die Anwesenden unter der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in der Diskussion an ihrer wirtschaftlichen Analyse fest, dass die Sowjetunion bislang „keine strenge Agrarreform“ durchgeführt habe und ihre „wirtschaftliche Lage nicht annähernd so schwer“ wie die deutsche zu bewerten sei.<sup>268</sup> Um bei der Vielzahl der laufenden anderen Verpflichtungen des neuen Präsidenten die administrative Tätigkeit für die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas zu sichern, begann man, einen

---

267 Tageskalender, 2. Januar 1920.

268 Ebd. Die enge Kopplung von Wissenschaft und Politik in der Außenpolitik, mit der Friedrich Schmidt-Ott durch die Präsidentschaft in der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Berührung kam, brachte es mit sich, dass Friedrich Schmidt-Ott am 24. Mai 1920 durch Ministerialdirektor Götz zur „Ausschusssitzung über Grenzdeutsche in Osteuropa“ hinzugezogen wurde, vgl. Tageskalender.

Geschäftsführer zu suchen.<sup>269</sup> Die weitere Tätigkeit Friedrich Schmidt-Otts für die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas bestand darin, in einer lockeren Folge von etwa vier Wochen die Gesellschaft zu Vortragsabenden über Fragen der politischen und wirtschaftlichen Zeitgeschichte Osteuropas einzuladen. So trug der Publizist, Russlandkenner und Herausgeber des „Grenzboten“, Georg Cleinow, am 1. April 1920 vor; am 3. Juni 1920 sprachen ein russischer Bankier aus Kiew im Exil, Brodski, und der Kunsthistoriker Martin Winkler über Odessa; nach der Sommerpause trugen am 5. Oktober 1920 ein Abgeordneter der sowjetischen Duma, Lutz, über General Wrangels Feldzug an der Krim vor; am 14. Oktober 1920 hielten während der Hauptversammlung der Studiengesellschaft Hermann Warmbold, Wirtschaftsberatungsexperte für Landbaufragen und Direktor der Domänen-Abteilung im Preußischen Ministerium für Landwirtschaft, ein Referat über die „Wirtschaftliche Lage“, sowie Otto Hoetzsch ein Referat über die „Lage im Osten“.<sup>270</sup> Diese zeitgeschichtlichen Vortragsabende zeugen von dem Einblick Friedrich Schmidt-Otts in die politischen Analysen, die man über Osteuropa aus konservativer Perspektive anstellte.

#### **1. 4. 3. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas**

Im 1920 Frühjahr verlagerte sich der Schwerpunkt von Friedrich Schmidt-Otts Aufmerksamkeit auf den geplanten Zusammenschluss der gesamten Wissenschaften im Deutschen Reich zur Notgemeinschaft. Dabei war Friedrich Schmidt-Ott auch auf den Osteuropa-Historiker Otto Hoetzsch angewiesen, der seit 6. Juni 1920 als Abgeordneter im neugewählten Reichstag für den Wahlkreis Leipzig und als Fraktionsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei ein wichtiger Fürsprecher der Notgemeinschaft im Parlament wurde. In den Monaten von Mai bis Oktober 1920 wird Friedrich Schmidt-Ott in Otto Hoetzsch öfters den Parlamentarier angesprochen haben, als den Osteuropahistoriker. Am 5. Mai 1920 besprachen sich beide im Abgeordnetenhaus über das „Vorgehen zur Einigung“ aller

---

269 Tageskalender Einträge vom 27. Januar 1920 sowie vom 1. April 1920.

270 Tageskalender Einträge vom 1. April 1920, 3. Juni 1920, 5. Oktober 1920, 14. Oktober 1920.

Wissenschaftsorganisationen im Deutschen Reich.<sup>271</sup> Hoetzsch machte im Reichstag am 30. Juli 1920 auf den Notstand der wissenschaftlichen Institute in der Inflation aufmerksam:

„Der Notstand der deutschen Wissenschaft, insonderheit der Publikationen der großen wissenschaftlichen Institute und Gesellschaften, namentlich infolge der Steigerung der Druck- und Materialpreise usw. ist so katastrophal geworden, dass über die große Gefahr für die deutsche Kultur und ihre Mission in der Welt kein Zweifel ist. Der Reichsfinanzminister hat in seiner Rede vom 1. Juli dankenswerterweise darauf hingewiesen, indes Wege und Mittel zur Abhilfe nicht erkennen lassen. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um möglichst bald und im Einvernehmen mit den großen wissenschaftlichen Instituten diesen Notstand zu steuern? Welche Maßnahmen sind bereits im Gange oder in Vorbereitung?“<sup>272</sup>

Mit dieser parlamentarischen Anfrage sekundierte Otto Hoetzsch den wissenschaftsorganisatorischen Plänen ‚seines‘ Präsidenten in der Gesellschaft zum Studium Osteuropas für einen Zusammenschluss aller Wissenschaftsverbände zur „Notgemeinschaft“. Bereits Brigitte Schroeder-Gudehus hat darauf hingewiesen, wie Friedrich Schmidt-Ott mithilfe von gleichgesinnten Parlamentariern das Anliegen einer zu gründenden Notgemeinschaft vor den Reichstag brachte und sie als Fürsprecher geradezu orchestrierte. Gleichwohl wird in der vorliegenden Arbeit zu zeigen versucht, dass Friedrich Schmidt-Ott nicht gleichsam die Puppen tanzen ließ, sondern dass die Gelehrten-Parlamentarier auch ihre eigenen Forschungsinteressen verfolgten, wenn sie sich für die Gründung einer Notgemeinschaft in die Bresche schlugen.<sup>273</sup> Vermutlich förderte Otto Hoetzsch die Bestrebungen für die Gründung einer Notgemeinschaft auch deswegen, weil dies eine Förderung seines eigenen Plans versprach, möglichst bald eine Fachzeitschrift zur Osteuropakunde erscheinen zu lassen.<sup>274</sup> Die Pläne dafür hatte das Präsidium der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas am 8. Juni 1920 mit dem Professor für slawische Kirchengeschichte Felix Haase vom Osteuropa-Institut in Breslau, dem Deutsch-Russischen Verein für die Pflege und Förderung der

---

271 Tageskalender, 5. Mai 1920. Weitere Termine mit Besprechungen zwischen Friedrich Schmidt-Ott und Otto Hoetzsch zur Notgemeinschaft fanden statt am 9. Februar 1920, 5. Oktober 1920, 18. November 1920.

272 Hoetzsch, Otto: Anfrage betr. Wissenschaftliche Institute, Notstand infolge der Steigerung der Druck- und Materialpreise, 30. Juli 1920, in: Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920. Stenographische Berichte, Band 344, 14. Sitzung, Seite 413B.

273 Schroeder-Gudehus, Brigitte: The Argument for Self-Government and Public Support of Science in Weimar Germany, in: *Minerva* 10 (1972) Heft 4 (October), S. 537-570.

274 Tageskalender 8. Juni 1920.

Handelsbeziehungen, den Osteuropa-Lehrstühlen in Hamburg und Königsberg sowie dem Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Preyer bereits konkretisiert; diese Pläne sahen vor, die Osteuropa-Fachzeitschrift in drei Teile zu gliedern, nämlich einen allgemeinen Teil, eine Wirtschaftszeitung und in „Wissenschaftliche Beihefte“. Doch die Finanzierungsprobleme stellten sich dem Zeitschriftenvorhaben entgegen. Friedrich Schmidt-Ott versuchte, das Auswärtige Amt für die Fachzeitschrift zu interessieren, erhielt jedoch keine Zusage.<sup>275</sup> Die dann am 30. Oktober 1920 begründete Notgemeinschaft sah sich ebenfalls außerstande, eine finanzielle Hilfe für die neu geplante Fachzeitschrift in Aussicht zu stellen. Zwar war am 25. November 1920 ein erster Redakteur für die neue Osteuropa-Zeitschrift eingestellt worden, die Notgemeinschaft aber hatte bei ihrer Gründung den Auftrag erhalten, in erster Linie den Erhalt etablierter Fachjournale zu fördern.<sup>276</sup> Daher blieb es noch bis ins Frühjahr 1921 unentschieden, ob die Ressourcen der Notgemeinschaft auch eingesetzt werden könnten, um der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas das neue Publikationsorgan zu finanzieren.<sup>277</sup> Zwar hat sich Friedrich Schmidt-Ott auch als Präsident der neuen Notgemeinschaft weiterhin für die Aktivitäten der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas mit Engagement eingesetzt:

“Müssen wir über die Gestaltung der weiteren Arbeiten der Gesellschaft nicht wieder einmal eine Vorstandssitzung abhalten (...) etwa im Zusammenhang mit unserem Abend (...)? Ich bin jederzeit dazu bereit.”<sup>278</sup>

Nach den Vorstellungen von Otto Hoetzsch sollte der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas doch vor allem durch die Publikation einer eigenen Zeitschrift so rasch wie möglich „ein gesundes Rückgrat“ gegeben werden.<sup>279</sup> Friedrich Schmidt-Ott allerdings gab dem neuen Zeitschriftenprojekt – obwohl es sich um ein innovatives wissenschaftliches Gebiet handelte – nicht statt, vor allem aus Kostengründen.<sup>280</sup> In der durch seine doppelte Funktion als Präsident sowohl der Notgemeinschaft als auch der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas gegebenen Verschränkung der

---

275 Tageskalender, 8. Oktober 1920.

276 Tageskalender, 25. November 1920.

277 Schmidt-Ott an Milkau, 21. Dezember 1920, Schmeißer an Schmidt-Ott, 31. Januar 1921, Schmidt-Ott an Melior, 11. April 1921, GStA PK I. HA Rep. 92 Nr. D 1.

278 Schmidt-Ott an Hoetzsch, 17. November 1921, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. D 1.

279 Schmidt-Ott an Hoetzsch, 13. Januar 1923, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. D 2.

280 Friedrich Schmidt-Ott hat in der Hyperinflation verschiedentlich, aber vergeblich versucht, mithilfe von Mäzenaten das Zeitschriftenprojekt aus der Taufe heben, siehe Schmidt-Ott, Hoetzsch an Wolff, 30. April 1923; Schmidt-Ott, Hoetzsch an Schlitter, 30. April 1923, GStA PK I. HA Rep. 92 Nr. D 2.

Interessen beachtete Friedrich Schmidt-Ott die restriktiven, bestimmungsgemäßen Bedingungen der Notgemeinschaft bei der Vergabe von finanziellen Mitteln.<sup>281</sup>

#### 1. 4. 4. Die Entwicklung Sowjet-Russlands

Die Sowjetunion schuf sich in Deutschland 1921 infrastrukturelle Voraussetzungen, um ausführliche Publikationen über den deutschen Stand von Naturwissenschaft und Technik anzufertigen. Während einer Sitzung des Rates der Volkskommissare in Moskau am 29. März 1921 wurde auf Initiative Vladimir I. Lenins beschlossen, in Deutschland, in der Berliner Handelsvertretung der Russischen Sozialistischen Föderativen Räte-Republik ein „Büro für ausländische Wissenschaft und Technik“ beim Obersten Volkswirtschaftsrat unter Leitung des Mineralogen N. M. Fedorovskij zu gründen, mit einem eigenen Verlag.<sup>282</sup> Die neue Verbindungsstelle sollte für eine beschleunigte Industrialisierung der Sowjetunion den Technologie- und Wissenschaftstransfer aus dem Deutschen Reich begünstigen, was den deutschen Beamten in Berlin, etwa Max Donnevert von der Wissenschaftsverwaltung im Reichsinnenministerium, auch bekannt war.<sup>283</sup> Die Sowjetische Kommission für den Erwerb und die Verteilung ausländischer Literatur (BINT), die ebenfalls von Lenin in Petersburg 1921 gegründet wurde, stellte unter Leitung des Naturforschers O. Ju. Šmidt eine umfangreiche Bibliographie zur wissenschaftlichen Literatur in Deutschland zusammen.<sup>284</sup> An sich hätte die Notgemeinschaft oder die „Reichszentrale für

---

281 Kurt Zierold hat kritisch angemerkt, dass sich die Forschungsförderungsaktivitäten zwischen der Notgemeinschaft und der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas nicht immer auseinanderdividieren ließen, vgl. Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 106. Dem ist entgegenzuhalten, dass u.a. in der Verschränkung der Interessen eine historisch-wissenschaftspolitische Erklärung für die Entstehung und Ausdifferenzierung von Wissenschaftsorganisationen zu suchen ist.

282 Russische Sozialistische Föderative Räte-Republik. Wissenschaftlich-technische Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrates: Tätigkeitsbericht der wissenschaftlich-technischen Institutionen der Republik für das Jahr 1920, Wissenschaftlich-technische Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrats, Abteilung Wissenschaft und Technik im Auslande, Berlin, Anlage zu Kerkhof an Donnevert, 2. February 1922, BA Berlin R 1501/109001. Siehe auch Murav'ev, Jurij P.: W. I. Lenin und die sowjetisch-deutschen Kulturbeziehungen in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 19 (1971) Heft 6, S. 798-803, S. 799.

283 Memorandum Max Donnevert, 17. Februar 1922, BA Berlin R 1501/109001. Vgl. umfassend zum Technologietransfer vom Westen in die Sowjetunion Sutton, Antony C.: Western Technology and Soviet Economic Development 1917 to 1930, Stanford, Calif.: Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford University 1968.

284 Systematische Bibliographie der wissenschaftlichen Literatur 1914-1921, Bd. 1-4, Berlin 1922. Ergänzungsbände: Bibliographie des wissenschaftlichen Sozialismus 1914-1922, Hrsg. v. E. Drahn,

naturwissenschaftliche Berichterstattung“ das russische Büro mit bibliographischen Angaben versehen können, zumal die Deutschen große Anstrengungen unternahmen, die wissenschaftlichen Leistungen deutscher Forscher im Ausland herauszustellen. Die Notgemeinschaft schlug 1921 eine erste Brücke zur Russischen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg, und zwar im Rahmen der unauffällig betriebenen Wiederbelebung der internationalen Gelehrtenbeziehungen mit allen europäischen Nachbarländern. Die Notgemeinschaft setzte dafür den traditionellen, akademischen Bücher- und Schriftentausch über ihren Verlags- und Bibliotheksausschuss ein.<sup>285</sup> Aus der Sicht der Notgemeinschaft handelte es sich dabei um eine der zahlreichen infrastrukturellen Maßnahmen, die die internationalen Wissenschaftsbeziehungen des Deutschen Reichs mit allen Kulturnationen auf den Stand aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wiederherstellen sollte. Daher knüpfte die Notgemeinschaft ihren Kontakt in Petersburg 1921 an mit dem langjährigen Sekretär der Russischen Akademie der Wissenschaften aus der Zarenzeit, Sergej F. Ol'denburg (1863-1934). Die bürgerliche Akademie war nach der Oktober-Revolution, obwohl sie keine kommunistischen Mitglieder in ihren Reihen aufwies, am Bestehen erhalten worden, da Vladimir I. Lenin der Produktivkraft des Wissens, und besonders auch der sog. bürgerlichen Wissenschaft eine entscheidende Rolle im Aufbau einer neuen Gesellschaft übertragen wollte. Sein Auftrag, eine Bibliographie wissenschaftlich-technischer Literatur in Deutschland zu erstellen, verband er mit der Unterstützung für Gelehrtenreisen, etwa des Direktors des St. Petersburger Röntgen-Instituts, M. I. Nemenow, 1920, oder des Physikers A. F. Ioffe, der 1921 nach Deutschland kam, um Bücher und Instrumente zu kaufen sowie persönliche Kontakte wiederzubeleben.<sup>286</sup> In den deutschen Handels- und Diplomatenkreisen ging man 1921 von der politischen Analyse aus, dass die radikale bolschewistische Bewegung in der Sowjetunion allmählich unter dem schieren Druck der ökonomischen Bedingungen in ein gemäßigtes Regime evolvieren müsste.<sup>287</sup>

---

Berlin 1923. Systematische Bibliographie der wissenschaftlichen Literatur Deutschlands der Jahre 1922 und 1923, Bd.1-2, Berlin 1924.

285 Jürgens, Adolf: Der Schriftentausch mit Rußland und der Aufbau russischer Bibliotheken in Deutschland, in: *Inter Nationes* 2 (1932) Heft 1, S. 10-14.

286 Häßler, Hans-Jürgen: Die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen, in: *Rapallo - Modell für Europa? Friedliche Koexistenz und internationale Sicherheit heute*, hrsg. v. Ulrike Hörster-Philipps et al., Köln: Pahl-Rugenstein 1987, S. 218-226.

287 Perrey, Hans-Jürgen: Der Wirtschaftsausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Ost-

Ab März 1921 schien mit der Neuen Ökonomischen Politik (NEP), die für den Aufbau Sowjet-Russlands und ihrer Industrialisierung in großem Maßstab bürgerliche Fachkräfte heranzog und zu einer gewissen Liberalisierung der inneren Verhältnisse führte, ein handelspolitischer Weg in eine Zeit *nach* dem Bolschewismus eingeleitet zu sein.<sup>288</sup> Diese Ansicht teilten die Mitglieder der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, dessen Gründungsmitglied Kurt Wiedenfeld vom Auswärtigen Amt als Handelsbevollmächtigter nach Moskau entsendet worden war, um das Deutsche Reich dort provisorisch zu vertreten; Wiedenfeld pflegte die Verbindung zur Studiengesellschaft und Friedrich Schmidt-Ott.<sup>289</sup> Gegenüber den Vertretern des revolutionären Sowjet-Russland gab sich die deutsche, bürgerlich-konservative Gelehrtenengesellschaft reserviert.<sup>290</sup> Schwer absehbar erschien die weitere politische Entwicklung Sowjet-Russlands für Otto Hoetzsch und Friedrich Schmidt-Ott im Herbst 1921, dementsprechend nahm die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas eine abwartende Haltung ein.<sup>291</sup>

#### 1. 4. 5. Das Auswärtige Amt: Kulturpolitik und Ostkurs

Die Ausweitung der internationalen Wissenschaftskontakte und ihrer Organisation in der Dekade vor dem Ersten Weltkrieg sowie das vormals hochgeschätzte, internationale Renommee der deutschen Gelehrtenschaft hatten das Auswärtige Amt dazu bewegt, den transnationalen Gelehrtenverbindungen eine prominente Rolle in der diplomatischen Arbeit einzuräumen.<sup>292</sup> Das Auswärtige Amt hatte im Zuge der Schüler'schen Reform des Amtes zwischen 1917 und 1920 für die Pflege der internationalen Wissenschaftsbeziehungen eine feste Form geschaffen, die „Kulturpolitische Abteilung“. Diese sollte alle Kenntnisse über das Ausland

---

West-Handels, (= Studien zur modernen Geschichte, Band 31), München: Oldenbourg 1985, Volume 1, p. 232.

288 Vgl. Graham, Loren R.: *The Ghost of the Executed Engineer: Technology and the Fall of the Soviet Union*, Cambridge, Harvard Univ. Press 1993.

289 Das Auswärtige Amt trat im Januar 1922 auf die Gesellschaft zum Studium Osteuropas zu und lud ihre Mitglieder durch den provisorischen diplomatischen (Handels-)Vertreter in Rußland, Kurt Wiedenfeld, für den 10. Januar 1922 zu einem Bierabend in die „Deutsche Gesellschaft“ ein, vgl. Einladungskarte zum Bierabend, 10. Januar 1922, Wiedenfeld an Schmidt-Ott, o. D., GStA PK I. HA Rep. 92 Nr. D 1.

290 Schmidt-Ott, Friedrich: *Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950*, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 170f.

291 Schmidt-Ott an Hoetzsch, 17. November 1921, GStA PK I. HA Rep. 92 Nr. D 1.

292 Vgl. Fuchs, Eckhardt / Bialas, Wolfgang: *Intellektuelle der Zwischenkriegszeit im Spannungsfeld von Macht und Geist. Ein internationaler Vergleich*, in: *Komparativ* 5 (1996) Heft 6, S. 7-14.

zusammenführen, um die deutsche auswärtige Propaganda koordinieren zu können.<sup>293</sup> Das kulturpolitische Interesse des Auswärtigen Amtes bestand 1919/20 darin, mittels der Gelehrtenkontakte den Bann der Westmächte zu durchbrechen, der es deutschen Gelehrten offiziell nicht gestattete, an internationalen Kongressen teilzunehmen.<sup>294</sup> Die deutsch-russischen Gelehrtenkontakte kamen insbesondere den taktischen Überlegungen der deutschen Diplomatie entgegen, die einen gezielten Annäherungskurs verfolgte. Reichskanzler Joseph Wirth, der Chef der Heeresleitung Hans v. Seeckt sowie der Industrieführer Walter Rathenau suchten ab Frühjahr 1921 den Kontakt mit der Führung der Sowjetunion. Offiziell unterhielt das Auswärtige Amt bis zum März 1921 nur kühle Beziehungen, da sich die Sowjetunion für die Ermordung des deutschen Botschafters Mirbach am 6. Juli 1918 in Moskau nicht entschuldigt hatte. Mit der Aufnahme der deutsch-russischen handelspolitischen Beziehungen im Frühjahr 1921 und der Entsendung Kurt Wiedenfelds nach Sowjet-Russland jedoch beschritten die konservativen Politiker, revisionistisch motivierten Militärs und die am Exportgeschäft interessierten Industriellen zunächst den schmalen Grat der geheimen Verständigung. Eine außenpolitisch-strategische „Interessengemeinschaft Rußland – Deutschland“ deutete sich für die Reichswehr und die Diplomatie dann erstmals im Herbst 1921 an, als sich die deutschen und russischen Revisionspläne für eine deutsche „Ostgrenze“ gegen den polnischen Staat richteten.<sup>295</sup> Im Frühjahr 1922 kam es dann während der Weltwirtschaftskonferenz von Genua zu einer sensationellen, offiziellen Annäherung des Deutschen Reichs und der Sowjetunion in Rapallo.

#### **1. 4. 6. Die Folgen von Rapallo: Der Ausbau der wissenschaftlichen Beziehungen mit Sowjet-Russland**

Am 16. April 1922 hatte sich in Rapallo die Linie Ago v. Maltzans, Joseph Wirths und Ulrich Graf v. Brockdorff-Rantzaus für eine deutsch-russische Sonderverständigung durchsetzen können, während der alliierte Plan eines kapitalistischen Konsortiums zur

---

293 Doss, Kurt: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977.

294 Twardowski, Fritz von: Anfänge der deutschen Kulturpolitik zum Ausland, hrsg. v. Inter Nationes, Bonn-Bad Godesberg 1970. Düwell, Kurt: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918-1932. Grundlinien und Dokumente, Köln: Böhlau 1976.

295 Hörster-Philipps, Ulrike: Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie, (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Band 82), hrsg. v. Ulrich von Hehl, et al., Paderborn: Ferdinand Schöningh 1998, S. 256.

ökonomischen Erschließung Sowjet-Russlands abgewendet worden war.<sup>296</sup> Aufgabe der deutschen auswärtigen Kulturpolitik wurde es nun, die im Vertrag von Rapallo angeknüpften diplomatischen Beziehungen weiter auszubauen. Bei dieser Ausgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen spielte die Wissenschaften in beiden Staaten eine Rolle, da sie in der Janus-Gesichtigkeit des deutsch-sowjetischen Verhältnisses gleichsam als vertrauensbildende Maßnahme wirken konnten. Denn aufgrund ihrer *persona* der unpolitischen, ‚objektiven‘ und theorieorientierten Wahrheitssuche als verbindender Plattform kommunizierten Wissenschaftler scheinbar ohne parteilichen Bekenntniszwang oder propagandistische Verzerrungen miteinander. Die Gelehrten würden eine Verständigung zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion erleichtern, indem sie als kulturpolitisches Ferment den Diplomaten beim Aushandeln der strittigeren Fragen eine Ebene des Konsenses gäben. Botschafter Ulrich Graf v. Brockdorff-Rantzau räumte dabei den deutschen Wissenschaften dieselbe Funktion wie der deutschen Wirtschaft ein, deren Tätigkeit in Sowjet-Russland ein „deutsch-russisches Arbeitsverhältnis ohne Involvierung staatlicher Stellen“ etablieren würde.<sup>297</sup> In die Rolle einer nicht-staatlichen, kulturpolitischen Vermittlungsstelle rückte dabei die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas vor allem durch ihren spiritus rector Otto Hoetzsch, indem dieser der Russland-Abteilung des Auswärtigen Amts als wissenschaftlicher Politikberater diente.<sup>298</sup> Otto Hoetzsch war 1920 durch sein parlamentarisches Mandat für die Deutsch-Nationale Volkspartei zum Schriftführer und Berichterstatter im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages geworden.<sup>299</sup> Er unterhielt gute Kontakte zu Ago von Maltzan, der seit 15. März 1920 als Referent für russische Angelegenheiten im Auswärtigen Amt arbeitete und später, vom 3. November 1921 bis Ende 1924, die Leitung der Ost-Abteilung übernahm. Ago v. Maltzan empfing Otto Hoetzsch als

---

296 Krüger, Peter: A Rainy Day, April 16, 1922: The Rapallo Treaty and the Cloudy Perspective for German Foreign Policy, in: Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922, hrsg. v. Carole Fink, Axel Frohn und Jürgen Heideking, (= Publications of The German Historical Institute, Washington, D.C., Cambridge: Cambridge Univ. Pr. 1991, S. 49-64.

297 Sütterlin, Ingmar: Die "Russische Abteilung" des Auswärtigen Amtes in der Weimarer Republik, (= Historische Forschungen, Band 51), Berlin: Duncker&Humblot 1994, S. 185.

298 Ebd., S. 23-24.

299 Liszkowski, Uwe: Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch, (= Osteuropaforschung, Band 19), Berlin: Verlag A. Spitz 1988, S. 211f.

regelmäßigen Gast in seinem Hause.<sup>300</sup> Diese Verbindungen gewährten Hoetzsch einen Einblick in die Formulierung der ostpolitischen Interessen der deutschen Regierung. Reichskanzler Joseph Wirth weihte Otto Hoetzsch neben wenigen anderen Reichstagspolitikern in sein „Ostprogramm“ ein, das ihn zum Abschluss des Rapallo-Vertrages geführt hatte.<sup>301</sup> Mit dem deutschen Botschafter Ulrich Graf v. Brockdorff-Rantzau in Moskau (Dezember 1922 – 1929) teilte Hoetzsch die Überzeugung, dass Deutschland mit der sowjet-russischen Regierung über drei diplomatische Gegebenheiten einig sein müsse. Es war dies dieselbe Linie,

“die dem Freiherrn v. Maltzan vorschwebte, [nämlich] dass Deutschland und Russland in ihrer gemeinsamen Isolierung parallele Interessen, große gemeinsame Interessen hätten und dass sie sich in ihnen trotz der Verschiedenheit der Wirtschafts- und Staatsform zusammenfinden müssten.”<sup>302</sup>

Nicht alle Mitglieder der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas waren sich über das tatsächliche Ausmaß der deutsch-sowjetischen Verbindungen bewusst. Die geheime militärische Komponente der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die General Hans v. Seeckt ab Sommer 1920 in die Wege leitete, verstieß mit einer Fabrik für Flugzeuge von Hugo Junkers, einer Giftkampfstoffproduktion sowie einem Ausbildungslager für Offiziere gegen die Versailler Bestimmungen. Eingeweiht waren Reichskanzler Joseph Wirth und Ago v. Maltzan.<sup>303</sup> Auch Otto Hoetzsch wusste wohl

---

300 Sütterlin, Ingmar: Die "Russische Abteilung" des Auswärtigen Amtes in der Weimarer Republik, (= Historische Forschungen, Band 51), Berlin: Duncker&Humblot 1994, S. 23f. und 175.

301 vgl. Aufzeichnung Brockdorff-Rantzaus. Ganz geheim, Berlin 24. Juli 1922, in: Linke, Horst Günther (Hrsg.): Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945. Vol. 8, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1998, S. 117f.

302 Hoetzsch, Otto: Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau, in: Osteuropa und Deutscher Osten. Kleine Schriften zu ihrer Geschichte, hrsg. v. Otto Hoetzsch, Königsberg/Preußen: Ost-Europa-Verlag 1934 1929, S. 268-275, S. 269.

303 Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1985, S. 149f.

um diese militärische Zusammenarbeit.<sup>304</sup> Friedrich Schmidt-Ott gegenüber jedoch ist diese militärische Zusammenarbeit verborgen gehalten worden.<sup>305</sup>

Für die deutsche Gelehrtenschaft deckten sich in der deutsch-sowjetischen Annäherung aufgrund ihrer außenpolitisch-strategischen Motive, nämlich der Revisionspolitik, und auch aufgrund der Entwicklung der internationalen Wissenschaftsbeziehungen gemeinsame Interessen. Diese Interessenüberlagerung steigerte sich noch aus deutscher Perspektive, als man im Herbst 1921 ernsthaft befürchten musste, dass durch den Boykott der deutschen Wissenschaft die frühere, internationale Dominanz des deutschen Gelehrtentums ins Wanken geraten könnte. Im September 1921 gründete der Völkerbund die „Commission Internationale de Coopération Intellectuelle“, die sich a) mit dem Vorhaben einer internationalen wissenschaftlichen Bibliographie, b) einem gemeinsamen, international abzustimmenden Konferenzkalender sowie c) der Sammlung von Repertorien zur Informationen über die Universitäten in den Mitgliedsländern beschäftigte.<sup>306</sup> 1921

---

304 Otto Hoetzsch hatte seit 1911 an der Königlichen Kriegsakademie für die höhere Offizierslaufbahn unterrichtet und stand in „einem engeren Verhältnis zur alten Armee“, wie Andor Hencke, Persönlicher Referent des Botschafters Ulrich Graf v. Brockdorff-Rantzau bezeugt, vgl. Hencke, Andor: Erinnerungen an Otto Hoetzsch, in: Osteuropa 1976) Heft , S. 863-869, S. 864. Der militärpolitische Beraterkreis um die Heeresleitung in den 1920er Jahren ging regelmäßig zu den Vorlesungen von Otto Hoetzsch, die er an der Berliner Universität über internationale Politik hielt, vgl. Liszkowski, Uwe: Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch, (= Osteuropaforschung, Band 19), Berlin: Verlag A. Spitz 1988, S. 281.

305 Der Tageskalender enthält keinen Gesprächshinweis, der als ein Beleg für die Kenntnis Friedrich Schmidt-Otts von den deutsch-russischen Militärbeziehungen gedeutet werden kann. Auch nach der Offenlegung der deutsch-russischen Waffenlieferungen durch den „Manchester Guardian“ am 3. Dezember 1926 und der Verbreitung dieser Meldung im sozialdemokratischen „Vorwärts“ findet sich im Tageskalender keine Reaktion von Friedrich Schmidt-Ott. Die deutsche Regierung ging über die Enthüllungen „in möglichst harmlos erscheinender Weise“ hinweg, vgl. Aufzeichnung Hermann Pünder, Reichskanzlei, 6. Dezember 1926, in: Linke, Horst Günther (Hrsg.): Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945. Vol. 8, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1998, S. 153. Bereits Brigitte Schroeder-Gudehus hat mit Bezug auf die deutsch-sowjetische, militärische Geheimverbindung vermutet: „Il est peu probable que les universités, les académies ou des organismes comme la NGW (Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft) aient été associés, de façon significative, à ce type très particulier de collaboration.“, Schroeder-Gudehus, Brigitte: Les scientifiques et la paix. La communauté scientifique internationale au cours des années 20, Montréal: Les presses de l'Université de Montréal 1978, S. 247f.

306 Vgl. Schroeder-Gudehus, Brigitte: Les professeurs allemands et la politique du rapprochement, in: Annales d'études internationales 1 (1970), S. 23-44. Über die Gründung der „Commission Internationale de Coopération Intellectuelle (CICI)“, der Vorläuferorganisation der UNESCO im September 1921 in Genf sowie ihre wissenschaftspolitische Wirkungen für das internationale System der Wissenschaftsorganisation in Europa gibt es bisher keine historische Forschung. Britta Scheideler (MPI Wissenschaftsgeschichte Berlin 1999) hat Albert Einsteins pazifistisches Wirken im Zusammenhang mit der „Commission Internationale de Coopération Intellectuelle (CICI)“

hatten sich auch die neuen Fach-Gesellschaften des International Research Councils etabliert.<sup>307</sup> Die Erosion der internationalen Stellung der deutschen Wissenschaft schien im Herbst 1921 unüberhörbar, als feindselige Stimmen aus England und dem früher deutschfreundlichen Amerika hörbar wurden, die vor allem den chemischen Gaskampf von Fritz Haber anprangerten.<sup>308</sup> Die Enttäuschung auf Seiten Friedrich Schmidt-Otts über die gehässigen Äußerungen derjenigen, die die deutsche Wissenschaft noch vor 1914 bewundert hatten, war groß. Er wurde Zeuge, wie der Althistoriker Eduard Meyer am 5. Februar 1920 aus Zorn über die abweisende amerikanische Haltung, die jede Vermittlung verweigerte, seine beiden Ehrendoktorwürden der Universitäten Harvard und Chicago demonstrativ zerriss.<sup>309</sup> Brüskierend wirkte auch die Enteignung der traditionsreichen deutschen Biologischen Meeresforschungsstation in Neapel, die Anton Dohrn 1874 gegründet hatte, und die sich mit einem jährlich wechselnden Forscherstamm von 15 deutschen und mehr als 20 ausländischen Gästen aus ganz Europa zu einer der ersten international arbeitenden Naturforscherstätten entwickelt hatte.<sup>310</sup>

Im Unterschied zum internationalen Bannfluch über die deutsche Wissenschaft hatte sich Sowjet-Russland bereits 1919 öffentlich gegen den Ostrazismus der Deutschen aus den internationalen Wissenschaftsbeziehungen gewendet.<sup>311</sup> Nachdem sich das Deutsche Reich in Rapallo 1922 als politischer Partner offeriert hatte, begann die Wissenschaft ihrerseits, deutsch-sowjetische Verbindungen aufzunehmen. Den bereits aufgenommenen Bücher- und Schriftentausch mit der Petersburger Akademie erweiterte die Notgemeinschaft im Herbst 1922, als deutsche Verlagssendungen auch auf Verkaufschancen in Sowjetrußland rechnen konnten.<sup>312</sup> Friedrich Schmidt-Ott wies gegenüber Adolf von Harnack ausdrücklich auf den politischen Wert solcher wissenschaftlicher Austauschbeziehungen hin:

---

untersucht, doch die außenpolitischen, kulturpolitischen und wissenschaftsorganisatorischen Aspekte der Organisation nicht behandelt.

- 307 Hale, George Ellery: *The International Organization of Research*, in: *The new world of science. Its development during the war*, hrsg. v. Robert Mearns Yerkes, (= *The Century New World Series*, New York: The Century Co. 1920, S. 405-416.
- 308 Schmidt-Ott an Eucken, 24. Oktober 1921, GStA PK I. HA Rep. 92 Nr. D 1.
- 309 Tageskalender, 5. Februar 1920.
- 310 GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. C.64 I (M)
- 311 Rosenfeld, Günter: *Sowjetunion und Deutschland, 1922-1933*, Berlin (Ost): Akademie-Verlag 1984, S. 187f.
- 312 Schmidt-Ott an Hoetzsch, 15. Oktober 1922, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. D 2.

"Bei der Wiederanknüpfung unserer Beziehungen mit Rußland fällt der deutschen Wissenschaft wesentlicher Anteil zu."<sup>313</sup>

Geschickt rückte Schmidt-Ott damit die Notgemeinschaft in eine wissenschaftspolitisch öffentlichkeitswirksame Vermittlerrolle. Die offizielle Verbindung auf kulturpolitischer Ebene schuf dann, zunächst allerdings aus eigenständiger Initiative, auch ein Fachgutachter der Notgemeinschaft, der Physiker Wilhelm Westphal. Das Preußische Kultusministerium entsandte ihn im September 1922 auf eine Mission nach Petersburg und Moskau, um in einem kulturpolitischen Akt die bilaterale Verbindung zwischen der Wissenschaft des Deutschen Reichs mit derjenigen der Sowjetunion wiederaufzunehmen.<sup>314</sup> Wilhelm Westphal verhandelte dabei mit Physikerkollegen der Akademie, ihrem Sekretär Sergej F. Ol'denburg, aber auch prominenten Vertretern der Revolutionsbewegung, etwa dem trotzkistischen Schriftsteller und Kommissar für Volksaufklärung Anatoli V. Lunatscharskij, der Ehefrau Lenins Nadeschda K. Krupskaja und A. N. Prokovskij. Friedrich Schmidt-Ott bewertete gegenüber Otto Hoetzsch diese Kontaktaufnahme mit den russischen Repräsentanten und Professoren als „sehr erwünscht“.<sup>315</sup>

#### **1. 4. 7. Wissenschaftsförderung und Politik gegenüber Sowjet-Russland**

Während der offiziellen, kulturpolitischen Antrittsbesuche Wilhelm Westphals in Leningrad und Moskau im Herbst 1922 zwang die Sowjetische Regierung konservative Akademiker und deren Familien dazu, das Land zu verlassen und ins Exil zu gehen.<sup>316</sup> Hunderte von zaristisch gesinnten, bürgerlichen Akademikern flohen in den europäischen Westen, und der größere Teil von ihnen ließ sich in der damals berühmten Diaspora für Exilrussen nieder, in Berlin.<sup>317</sup> Friedrich Schmidt-Ott machte sich mit den Gelehrten unter den Flüchtlingen zum ersten Mal während eines

---

313 Schmidt-Ott an v. Harnack, 1923, zitiert nach Nötzold, Jürgen: Die deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen, in: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens, hrsg. v. Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1990, S. 778-800

314 Abdruck des gekürzten Reiseberichts: Westphal, Wilhelm: Meine Reise nach Leningrad 1922, in: Physikalische Blätter 20 (1964) Heft 12, S. 578ff..

315 Schmidt-Ott an Hoetzsch, 15. Oktober 1922, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. D 2.

316 Voigt, Gerd: Otto Hoetzsch, Karl Stählin und die Gründung des Russischen Wissenschaftlichen Instituts, in: Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg, hrsg. v. Karl Schlögel, Berlin: Akademie 1995, S. 267-278, p. 271.

317 Vgl. allgemein Schlögel, Karl, et al. (Hrsg.): Chronik russischen Lebens in Deutschland 1918-1941, Berlin: Akademie Verlag 1999.

Abendempfangs der Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas schon am 14. November 1922 bekannt. Bei dieser Gelegenheit diskutierten er und Hugo A. Krüss vom Preußischen Kultusministerium, auf welchem Wege den russischen Akademikern die Möglichkeit geboten werden könnte, ihre wissenschaftliche Arbeit im Exil fortzusetzen. Ein Komitee der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas trat zusammen mit Friedrich Schmidt-Ott als Vorsitzendem, dem Geschäftsführer der Osteuropa-Gesellschaft, Hans Jonas, sowie Moritz Schlesinger, dem Generalkonsul und früheren Leiter der deutschen Fürsorgestelle für Kriegs- und Zivilgefangene, und schließlich fünf weiteren russischen Mitgliedern, darunter der Geisteswissenschaftler N. A. Berdjaev und der Rechtswissenschaftler Iwan A. Il'in. Dieses Komitee beschloss, ein Notprogramm für emigrierte russische Akademiker aufzubauen.<sup>318</sup> Die Planung lief darauf hinaus, ein „Russisches Wissenschaftliches Institut“ zu gründen, mit den Aufgaben, (1) Russische Sprachkurse für Interessierte anzubieten, (2) Landeskundliche Studienkurse (in deutscher Sprache) über die Russische Kunst und Gesellschaft für die Studenten der osteuropäischen Geschichte an der Universität Berlin anzubieten und (3) Vorbereitungskurse für junge russische Studenten als Eingangsvoraussetzung für eine Immatrikulation an einer deutschen Universität abzuhalten.<sup>319</sup> Klassenzimmer wurden an der Deutschen Hochschule für Politik, die in der Alten Bauakademie untergebracht war, zur Verfügung gestellt. Sowohl die Deutsche Regierung, der Völkerbund in Genf (mit einem Beitrag von 600.- Schweizer Franken) und die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas finanzierten das Provisorium. Bereits am 17. Februar 1923 eröffnete das Institut mit den drei Abteilungen „Geistige Kultur“, „Recht“ und „Wirtschaft“. Das Preußische Kultusministerium lehnte allerdings eine unmittelbare Verbindung mit der Berliner Universität und ihrem osteuropahistorischen Seminar ab und erkannte auch keine Graduierungen an; immerhin gelang es Otto Hoetzsch, das „Russische Wissenschaftliche Institut“ als ein außeruniversitäres Auslandskunde-Institut der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas gelten zu lassen, was deren wissenschaftspolitischen Interessen nach einer institutionellen

---

318 Hoetzsch an Haenisch, 18. November 1922, zitiert nach Voigt, Gerd: Otto Hoetzsch, Karl Stählin und die Gründung des Russischen Wissenschaftlichen Instituts, in: Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg, hrsg. v. Karl Schlögel, Berlin: Akademie 1995, S. 267-278 p. 272.

319 Aktennotiz, 21. November 1922, ebd., S. 272.

Konsolidierung entsprach.<sup>320</sup> Für Friedrich Schmidt-Ott wurde das Institut zu einer infrastrukturellen Grundlage der „Russisch-Deutsche(n) Arbeitsgemeinschaft“.<sup>321</sup> Otto Hoetzsch blieb allerdings skeptisch, ob das Russische Wissenschaftliche Institut irgendeine Wirkung auf die politisch-soziale Entwicklung in Sowjet-Russland haben würde. Für ihn war es sehr fraglich, ob die Emigranten der russischen Adelsfamilien nach einer Phase des Exils überhaupt je wieder Regierungsfunktionen übernehmen könnten. Spöttisch kommentierte er die restaurativen Bemühungen der nach Frankreich geflüchteten Zarenfamilie:

„Wenn der Großfürst Kyrill sich wirklich heimlich hat krönen lassen, so ist das eine der Kindereien, mit denen die Emigration ihre Zeit und Kraft verbraucht. Ich habe [...] ja ausgeführt, wie wenig nach meiner Ueberzeugung die Emigration und Monarchie Gelegenheit habe, in Russland etwas zu erreichen, auch wenn die Verhältnisse sich ändern sollten.“<sup>322</sup>

Indem sich Friedrich Schmidt-Ott als Präsident der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas im Winter 1922/1923 erfolgreich für die Not russischer Akademiker in Deutschland einsetzte, beanspruchte er eine mitgestaltende Rolle im weiteren, wissenschaftspolitischen Ausbau des Rapallo-Vertrages. Nachdem Wilhelm Westphal von seiner Kontaktreise nach Russland am 9. Dezember 1922 im Preußischen Kultusministerium bei Minister Otto Boelitz – in Anwesenheit von Friedrich Schmidt-Ott – vorgetragen hatte, lud die Gesellschaft zum Studium Osteuropas am 3. Januar 1923 Wilhelm Westphal zu einem Gespräch ein, in dem Friedrich Schmidt-Ott, Hans Jonas und Otto Auhagen darin übereinkamen, dass in der Frage der „Russischen Gelehrtenbeziehungen“ die „weitere Förderung im Rahmen der Gesellschaft zum Studium Osteuropas in die Hand zu nehmen“ sei.<sup>323</sup> Zunächst würde man Wilhelm Westphals wissenschaftspolitische Mittlerposition gegenüber Sowjet-Russland auf eine breitere Grundlage stellen. Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropa bildete daher am 28. Februar 1923 das „Comité Westphal“ mit Albert Einstein, Fritz Haber,

---

320 Ebd., S. 273. Während der Hyperinflation stellte die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas etwa 20 Million Reichsmark dem „Russischen Wissenschaftlichen Institut“ zur Verfügung.

321 Tageskalender, 13. Februar 1923.

322 Hoetzsch an Schmidt-Ott, 12. März 1924, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1, Band 1.

323 Tageskalender 9. Dezember 1922. Schmidt-Ott an Hoetzsch, 12. December 1922; Schmidt-Ott an Hoetzsch, 29. December 1922, Schmidt-Ott an Hoetzsch, 9. Januar 1923; Schmidt-Ott an Hoetzsch 13. January 1923, GStA PK I. HA Rep. 92 Nr. D 2. Ursprünglich hätten noch Heymann, His, Orlich sowie Hoetzsch an der Besprechung vom 3. Januar 1923 teilnehmen sollen.

Max von Laue, Walther Nernst, Max Planck, Adolf von Harnack und weiteren renommierten Gelehrten.<sup>324</sup> Aus Friedrich Schmidt-Otts Sicht sollten die deutschen Verbindungen nach Sowjet-Russland vor allem zu solchen Gelehrten aufgenommen werden, die mit der deutschen Wissenschaft schon vor dem Weltkrieg in Kontakt gestanden hatten, etwa mit Vertretern der Akademie von St. Petersburg. Deutlich distanzierte sich der Präsident der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas damit von möglichen Gesprächspartnern des neuen, kommunistischen Regimes. Die DDR-Geschichtsforschung hat die Kontaktaufnahme zwischen der deutschen und sowjet-russischen Wissenschaft mit dem „Prinzip der friedlichen Koexistenz“ zu erklären versucht, der diplomatischen Entspannungsformel aus der Zeit des Kalten Krieges.<sup>325</sup> Wenn diese Formel rückwirkend auf die Zwischenkriegszeit angewendet wird, geht freilich die Differenzierung verloren, die für den hier besprochenen Kontext der Wiederanknüpfung wissenschaftlich-kultureller Verbindungen zwischen Russland und Deutschland in den 1920er Jahren entscheidend war. Denn die nicht-revolutionären, ‚weißen‘ Gruppen in Sowjet-Russland versuchten aus ganz anderen Gründen, mit der westlichen Gelehrtenschaft an den Kulturkontakt der Vorkriegsjahre wiederanzuknüpfen, als die bolschewistische, ‚rote‘ *Intelligenzija*. Während die konservativen Teile der russischen Akademikerschaft entweder eine Exilmöglichkeit suchten oder ihre bürgerliche Distanzierung von den sozialistischen Agitatoren anstrebten, betrieben die Revolutionäre und Parteiangehörigen unter den sowjet-russischen Wissenschaftlern den Technologietransfer aus dem Westen und gleichzeitig dessen gesellschaftspolitische Missionierung. Für die Frage, mit welchen Gesprächspartnern in Sowjet-Russland die deutsche Wissenschaftspolitik 1922/23 den

---

324 Tageskalender, 28. Februar 1923. Die Namen- und Adressenliste des Westphal-Komitees zum Stand November 1923 ist enthalten in GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1, Band 1. Das gesamte „Westphal-Komitee“ bestand aus: Friedrich Schmidt-Ott, Otto Hoetzsch, Max Sering, Hermann Schumacher, Otto Auhagen, Kurt Staehlin, Adolf von Harnack, Karl Holl, Kurt Wiedenfeld, Carl Heinrich Becker, Fritz Milkau, Hans Jonas. Hinzu kamen Berliner Professoren Aumund, Bier, Czerny, Dessoir, Einstein, Goldschmidt (Geh.Rat), Goldschmidt, Guthnick, Fritz Haber, Heymann, Wilhelm His, Kohlschütter, Max von Laue, Heinrich Lüders, Eduard Meyer, Walther Nernst, Orlich, Albrecht Penck, Max Planck, Pompeckj, Max Rubner, Erhard Schmidt, W. Schulze, Schuchardt, Seeberg, Sombart, Eduard Spranger, Wilhelm Westphal, Ulrich Wilamowitz-Moellendorf, Theodor Wiegand, sowie der Vertreter der Kulturpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Hausschild, und ein Vertreter des Reichsministerium des Innern, Melior.

325 Vgl. exemplarisch für diese stilisierende, anachronistische Perspektive die Formulierung von Johannes Dieckmann: „Das Hohe Lied der Freundschaft und Zusammenarbeit unserer Völker zu schreiben, das ist die schönste und edelste Aufgabe des Historikers unserer Zeit.“ In: Deutschland Sowjetunion. Aus fünf Jahrzehnten kultureller Zusammenarbeit, Berlin 1966, S. 18.

Kontakt aufzunehmen wünschte, ist diese Differenzierung unerlässlich. Die konservativen, anti-bolschewistischen Gelehrten des deutschen Wissenschaftsestablishments waren keineswegs für ein Gespräch mit den kommunistischen Gesellschaftsreformern bereit, sondern knüpften ihre Kontakte bevorzugt mit den verbliebenen bürgerlichen Kräften der sowjet-russischen Wissenschaftselite. Wo sich der Umgang mit den Frontorganisationen der Parteipropaganda, etwa dem VOKS-Büro von Olga Kameneva in Deutschland nicht umgehen ließ, grenzte die deutsche Seite ihre Kooperationsbereitschaft auf kunsthistorische Aktivitäten ein, die die Traditionen des vor-revolutionären Russland thematisierten. Die konservativ-bürgerliche Gelehrtenelite im Umkreis der DNVP betrachtete nämlich die diplomatische Annäherung an Sowjet-Russland von Anfang an aus politisch-strategischen Gründen.<sup>326</sup> Historiker der früheren Deutschen Demokratischen Republik haben den „Geist von Rapallo“ als historischen Beginn für eine deutsch-sowjetische Gemeinsamkeit gefeiert, die in der Doktrin der „friedlichen Koexistenz“ ihre globale Stilisierung fand. Wie aber die genauere historische Analyse zeigt, kann von einer einvernehmlichen, gleichberechtigten oder freundschaftlichen Austauschbeziehung auf der wissenschaftlich-kulturellen Ebene zwischen den maßgeblichen wissenschaftspolitischen Stellen des Deutschen Reichs und den politischen bzw. akademischen Repräsentanten auf sowjet-russischer Seite nicht die Rede sein. Ein von Nikolai A. Semaschko 1923 initiiertes "Russisches Hilfswerk für deutsche Gelehrte", das als Dank für die Hungerhilfe des Deutschen Roten Kreuzes von 1921 präsentiert wurde, fand weder eine offizielle Antwort auf Seiten der bürgerlich-konservativen Wissenschaftsorganisationen im Deutschen Reich, noch verlieh die Sowjetunion diesem propagandistischen Unterfangen einen dauerhaften Bestand.<sup>327</sup> Die sowjetische Seite begann daher, im Juni 1923 die in Berlin begründete „Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland“ als kulturpolitische Plattform in Deutschland aufzubauen.<sup>328</sup> Die „Freunde des Neuen Rußland“ waren aus dem

---

326 Vgl. Schlösser, Karl: Die Deutschnationale Volkspartei und die Annäherung Deutschlands an Sowjetrußland, 1918-1922, Dissertationsschrift Diss. Phil., Mainz 1956.

327 Böttcher, Christine: Das Bild der sowjetischen Medizin in der ärztlichen Publizistik und Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik, (= Neuere Medizin- und Wissenschaftsgeschichte. Quellen und Studien, Band 4), hrsg. v. Wolfgang U. Eckart, Pfaffenweiler: Centaurus 1998, S. 37 Anm. 27.

328 Münch, Hans: Die Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland 1923, Lersch, Edgar: Hungerhilfe und Osteuropakunde. Die "Freunde des neuen Rußland" in Deutschland, in: West-Östliche

„Komitee Künstlerhilfe für Sowjetrußland“ (1921-22) des Malers Otto Nagel und des Regisseurs Erwin Piscator hervorgegangen, und an ihr beteiligten sich im Anschluss an eine „Russische Ausstellung“ in der Galerie van Diemen in Berlin weitere Gelehrte und Wissenschaftler, noch mehr allerdings Intellektuelle von links-liberalem oder pazifistischem Format wie Albert Einstein, Thomas Mann, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Käthe Kollwitz, Bernhard Kellermann und Helene Stöcker.<sup>329</sup> Gründer der „Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland“ war Willy Münzenberg, Mitglied der KPD und Chef der „Internationalen Arbeiterhilfe“, einer Hilfsorganisation der „Komintern“. Die Notgemeinschaft und das „Comité Westphal“ teilten freilich nicht die Aufgeschlossenheit, ja politisch vielleicht naive Zuversicht eines Albert Einstein; eine Mitgliedschaft in einer KPD-Gründung wie der „Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland“ wäre für die konservativen Gelehrten außer Frage gestanden.

Die Akteure der „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“, der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und der „Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland“ gerieten nun in einen Wettstreit um politische Gestaltungsmacht. Karl Grünberg, der Beauftragte für die kulturellen Aufgaben in der Sowjetbotschaft in Berlin, moderierte ebenfalls die Wissenschaftsbeziehungen zwischen Ost und West.<sup>330</sup> Obwohl Karl Grünberg mit der „Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland“ in Deutschland Ansprechpartner bevorzugte, die sich dem kommunistischen Aufbruch in der Sowjetunion gewogen zeigten, bemühte er sich, über Friedrich Schmidt-Ott auch konservative deutsche Mediziner anzusprechen, die er für eine medizinische Hilfe in Moskau gewinnen wollte. Vladimir I. Lenin hatte am 25. März 1922 einen ersten Schlaganfall erfahren. Seine geheim gehaltene, schlimmer werdende Gehirnerkrankung wurde in der Presse der Weltöffentlichkeit gerüchteweise als ein Zeichen für den Wahnsinn der Russischen Oktober-Revolution hingestellt, quasi als eine klinische Ursache für ein politisch-soziales ‚Geschwür‘, den Bolschewismus. Die sowjetische Führung lud daher eine Reihe namhafter Chirurgen und Hirnforscher aus

---

Spiegelungen. Russen und Rußland aus deutscher Sicht und Deutsche und Deutschland aus russischer Sicht von den Anfängen bis zum 20. Jahrhundert, hrsg. v. Gerd Koenen, Lew Kopelew and Wuppertaler Projekt zur Erforschung der Geschichte deutsch-russischer Fremdbilder, Band 5), München: Wilhelm Fink 1998, S. 617-645.

329 Lersch, Edgar: Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1918-1932, in: Deutsche Auswärtige Kulturpolitik seit 1871, hrsg. v. Kurt Düwell und Werner Link, (= Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik, Band 1), Köln etc.: Böhlau 1981, S. 101-125.

330 Vgl. Abrasimov, Pjotr A.: Das Haus unter den Linden. Aus der Geschichte der russischen und sowjetischen Botschaft in Berlin, Dresden: Verlag Zeit im Bild 1978.

dem Ausland nach Moskau, die eine klinische Diagnose stellen sollten, um durch einen positivistischen, ätiologischen Befund diese metaphorische Krankheitsdrohung gegen ganz Europa zu entschärfen.<sup>331</sup> Oskar Vogt aus dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin-Buch wurde durch die Vermittlung von Friedrich Schmidt-Ott und Karl Grünberg zu einem Stab von über zehn Ärzten, darunter vier Deutschen, nach Moskau an das Krankenbett von Vladimir I. Lenin entsandt, dessen Gehirnsklerose sie bis zu seinem Tod am 21. Januar 1924 zu lindern suchten. Während der dann anberaumten sowjetischen Staatstrauer kondolierte Friedrich Schmidt-Ott beim russischen Botschafter in Berlin, Nikolai Krestinski, auch im Namen der Notgemeinschaft.<sup>332</sup>

Eine Reihe weiterer Wissenschaftskontakte, die zwar eher geringen wissenschaftlichen Erkenntnisertrag lieferten, doch der Notgemeinschaft hohe wissenschaftspolitische Aufmerksamkeit bescherten, erscheinen erwähnenswert. Im Jahr 1923 bewilligte die Notgemeinschaft zwei Forschungsreisen in die Sowjetunion aus einer Gesamtzahl von etwa 80 Reisebewilligungen.<sup>333</sup> Das erste Reisestipendium erhielt der Geograph Erich Obst (1886-1981) von der Universität Hannover für eine Studie zur Wirtschaftsgeographie, in der Obst eine geopolitische Perspektive auf Russlands naturräumlich bedingtes Machtpotential eröffnete.<sup>334</sup> Erich Obst entwarf die Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes im europäischen Russland und begründete dies mit naturgeschichtlichen, geographischen Eigentümlichkeiten. Implizit distanzierte

---

331 Richter, Jochen: Medicine and politics in Soviet-German relations in the 1920s. A contribution to Lenin's pathobiography, in: Fierens, Eric et al. (Hrsg.): Proceedings of the XXXIInd International Congress on the History of Medicine, Antwerpen: Societas Belgica Historiae Medicinae 1990, S. 1063-1071.

332 Beileidschreiben Schmidt-Ott (im Namen des Präsidiums und des Hauptausschusses der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft) an Krestinski, 27. Februar 1924, GStA PK I.HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1, Band 1.

333 Schmidt-Ott, Friedrich: Dritter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924. Trans. . Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 1924. 71., S. 56 und Anhang „Bewilligungen“.

334 Schmidt-Ott, Friedrich: Dritter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924. Trans. . Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 1924. 71., S. 56. Erich Obst hat die Ergebnisse seiner Untersuchungen der wirtschaftsgeographischen Struktur des gegenwärtigen europäischen Rußland publiziert in einem der geopolitischen Sammelbände der Weimarer Republik, siehe Obst, Erich: Die geopolitischen Leitlinien des europäischen Russland, in: Bausteine zur Geopolitik, hrsg. v. Karl Haushofer et al., Berlin-Grunewald: Kurt Vowinkel 1928, S. 81-105. Akten im Bestand BAK R 73 Zweiter Teil über die frühen sowjetischen Forschungsreisen von Erich Obst sind nicht vorhanden, womöglich aus den in der Einleitung beschriebenen Gründen. Erich Obst gehörte später im nationalsozialistischen Deutschland zu den Theoretikern des sog. „Großraums“.

er sich damit methodisch von den sozialgeschichtlichen, klassenbasierten Denkansätzen der marxistischen Theorie.

Das zweite Reisestipendium der Notgemeinschaft für Sowjet-Russland im Jahr 1923 beantragte und erhielt der Pflanzengeograph Richard Pohle (1869-1926) von der Technischen Hochschule Braunschweig. Sein naturwissenschaftliches Forschungsziel war eine vergleichende Studie zum Pflanzenwachstum in sub-polaren Regionen von Europa und Südasien.<sup>335</sup> Der Baltendeutsche, der vor der Novemberrevolution 1917 in das Deutsche Reich geflohen war, nutzte seine Reise auch, um sich im früheren Russischen Reich über die verbliebenen Auslandsdeutschen zu orientieren.<sup>336</sup>

Weitere deutsche Akademiker, die zwar nicht mit einem Stipendium der Notgemeinschaft nach Sowjet-Russland reisten, standen in unmittelbarem Kontakt mit Friedrich Schmidt-Ott, ihre Informationen dienten auch der wissenschaftspolitischen Meinungsbildung. So berichtete etwa der Diplomat Rudolf Asmis (1879-1945?) von der Russland-Abteilung im Auswärtigen Amt über „Wirtschaftliche und politische Verhältnisse im russischen Fernen Osten“ am 27. Februar 1923 im Bundesratssaal des Auswärtigen Amtes. Anschließend versammelten sich ausgewählte Gäste aus dem Reichsverband der Deutschen Industrie in der Gesellschaft zum Studium Ost-Europas für eine „vertrauliche Aussprache“.<sup>337</sup>

Im Zweiten Geschäftsbericht der Notgemeinschaft, geschrieben unter dem unmittelbaren Eindruck des Ruhr-Kampfes, führte Friedrich Schmidt-Ott seine wissenschaftspolitischen Interessen, die ihn mit Sowjet-Russland verbanden, nicht breiter aus. Obgleich sich das Auswärtige Amt im April 1922 offiziell für eine deutsch-sowjetische Annäherung ausgesprochen hatte, hielt Friedrich Schmidt-Otts politisch konservative Einstellung ihn von einer Zusammenarbeit mit den Bolschewiki bzw. den Kommunisten ab. Die russophile Rhetorik der Notgemeinschaft, wie sie im Herbst 1923 begann, dürfte im Zusammenhang mit der Ungewissheit über das weitere Fortbestehen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft stehen. Aufgrund der staatlichen Einsparungszwänge stand der Zuschuss, d.h. die Reichshilfe für die

---

335 Schmidt-Ott, Friedrich: Dritter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924. Trans. . Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 1924. 71., S. 56.

336 Vgl. Pohle, Richard: Russland und das Deutsche Reich, Berlin: K. Schroeder 1922.

337 Schmidt-Ott an Bücher, 8. März 1923, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. D 2. Vgl. auch Asmis, Rudolf: Als Wirtschaftspionier in Russisch-Asien. Tagebuchblätter. Mit 96 Abbildungen nach eigenen Aufnahmen des Verfassers und Karte, Berlin 1924

Notgemeinschaft infrage; eine erneute Bewilligung war abhängig von der parlamentarischen Zustimmung der Reichstagsparteien, dem Wohlwollen der Regierung und insbesondere der politischen Unterstützung der Gelehrten mit einem Mandat im Reichstag. Die Mobilisierung parlamentarischer Schlüsselfiguren zwischen Wissenschaft und Politik wie Otto Hoetzsch war dabei von ausschlaggebendem Gewicht. Als Anfang August 1923 der Wechsel von der Regierung Cuno zum ersten Kabinett Gustav Stresemanns bevorstand und Otto Hoetzsch dies aus dem Reichstag telefonierend Friedrich Schmidt-Ott ankündigte, zeigt dies auch, wie eng dieses Netzwerk wechselseitiger Angewiesenheiten und gemeinsamer Interessen gesponnen war, in dem das wissenschaftspolitische Engagement Friedrich Schmidt-Otts zugunsten einer bürgerlich-konservativen Osteuropakunde den DNVP-Abgeordneten wiederum anspornte, sich politisch auch für den Fortbestand der Notgemeinschaft einzusetzen.<sup>338</sup>

---

338 Tageskalender 11. August 1923.

## **2. Die Notgemeinschaft und ihre neue Organisation der Forschung, 1924-1926**

In den Jahren nach der Inflation baute die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ein neues Förderinstrument auf, die sogenannten „Gemeinschaftsarbeiten“. Als Modell und Anregung diente die erste große Unternehmung der Notgemeinschaft, die Deutsche Atlantische Expedition des Forschungsschiffes „Meteor“ in der Ozeanographie. Der Plan zu dieser Expedition gründete in längerfristigen Forschungsinteressen, die sich die Notgemeinschaft in einer für ihren eigenen Bestand entscheidenden, wissenschaftspolitischen Situation zu eigen machen konnte.

### **2. 1. Die Atlantische Expedition des „Meteor“**

#### **2. 1. 1. Die Anregung durch die „Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin“**

Der Vorstände der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, Albrecht Penck, Ernst Kohlschütter, Alfred Merz und Georg Wüst, versammelten sich am 31. Januar 1924 bei Friedrich Schmidt-Ott, um die Lage der Zeitschrift für Erdkunde darzulegen.<sup>339</sup> Friedrich Schmidt-Ott soll während der Unterhaltung bedauert haben, dass die deutsche Wissenschaft seit zehn Jahren nicht mehr die „frische Tatenlust“ besitze, die sie vor dem Ersten Weltkrieg ausgezeichnet habe. Unter den vielen Unterstützungsanträgen, die die Notgemeinschaft erreichte, würde nichts „wirklich Großzügiges“ mehr herausragen.<sup>340</sup> Alfred Merz, Ozeanograph und Direktor des Instituts für Meereskunde, entgegnete, dass sehr wohl die „Tatenlust“ vorhanden sei, doch in der desolaten wirtschaftlichen Situation eine „vollkommene Hoffnungslosigkeit bezüglich der Finanzierung“ bestünde. Friedrich Schmidt-Ott hielt dem entgegen, dass er bei früheren Meeresexpeditionen, z.B. der Forschungsfahrt der „Valdivia“ 1898/99 doch organisatorisch habe „viel erreichen“ können.

Solchermaßen ermuntert skizzierte Alfred Merz im Beisein der Ozeanographen, Meteorologen und Geologen der Gesellschaft für Erdkunde vor Friedrich Schmidt-Ott

---

339 Tageskalender, 31. Januar 1924.

340 Friedrich Schmidt-Otts Äußerung gibt Fritz Spieß mit Berufung auf eine Tagebuchnotiz von Alfred Merz wider, vgl. Spieß, Fritz: Das Forschungsschiff und seine Reise, in: Deutsche Atlantische Expedition auf dem Forschungs- und Vermessungsschiff "Meteor". Ausgeführt unter der Leitung von Professor Dr. A. Merz (\*) und Kapitän z. S. F. Spieß. Wissenschaftliche Ergebnisse, hrsg. v. Albrecht Defant, Band 1), Berlin 1932, S. 11f.

einen umfangreichen Plan für eine Expedition in den atlantischen Ozean, um die Tiefenströmungen in der nördlichen Hemisphäre zu messen.<sup>341</sup> Offenbar wurde diese Konzeption von den Anwesenden gleich aufgegriffen und der Merz'sche Plan um meteorologische Fragestellungen ergänzt. Friedrich Schmidt-Ott sagte seine Unterstützung in der Sache zu und bat Alfred Merz, einen schriftlichen Plan auszuarbeiten.<sup>342</sup> Alfred Merz wandte sich zunächst tags darauf, am 1. Februar 1924, an die Marineleitung mit der Frage, ob das im Dock stehende Vermessungsschiff „Meteor“ für eine Atlantische Expedition verwendet werden könnte.<sup>343</sup>

## **2. 1. 2. Die Reichsmarine, ihr Schiff „Meteor“ und die gescheiterten Pläne für eine „Deutsche Pazifische Expedition“**

Mit der Deutschen Reichsmarine war Alfred Merz bereits in Verbindung gestanden, als sich die Marineleitung im Herbst 1919 mit Plänen für eine ausgedehnte Expeditionsfahrt trug. Die deutsche Marine war mit ihren verbliebenen Kriegsschiffen seit den Versailler Bestimmungen operativ auf die Ost- und Nordsee eingeschränkt.<sup>344</sup> In revisionistischer Absicht setzte sie viel daran, trotz der alliierten Rüstungskontrollen auf die Weltmeere zu fahren und wieder Flagge zu zeigen, wie zu den Kolonialzeiten vor dem Krieg.<sup>345</sup> Ein Vermessungsschiff der Marine sollte zu dieser Gelegenheit verhelfen. Wiederum verbanden sich hierbei die Interessen der Wissenschaft mit den Interessen derjenigen, die die Mittel bereitstellten, in einer charakteristischen Weise.

---

341 Die Tiefseeströmungen waren bis in den Ersten Weltkrieg hinein nur lückenhaft erfasst, vgl. Weltkarte zur Übersicht der Meeresströmungen und Schiffswege, Berlin: Deutsche Seewarte Hamburg 1917.

342 Wissenschaftliche Abhandlungen des 21. Deutschen Geographentages zu Breslau vom 2. bis 4. Juni 1925, (=Verhandlungen des Deutschen Geographentages 21), hg. v. Walter Behrmann, Berlin 1926, S. 123-128, hier S. 123.

343 Dies ergibt sich aus dem Schreiben Friedrich Schmidt-Ott an Capelle, 14. Mai 1924, GStA PK I. HA Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. C 46 I.

344 Carl Axel Gemzell: Organization, Conflict, and Innovation. A Study of German Naval Strategic Planning 1888-1940, S. 256-259.

345 Grießmer, Axel: Die kaiserliche Marine entdeckt die Welt. Forschungsreisen und Vermessungsfahrten im Spannungsfeld von Militär und Wissenschaft, 1874 bis 1914, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 59 (2000) Heft 1, S. 61-98. Vgl. die Darstellung und Kartenbeilagen „Vermessungsarbeiten der Kaiserlichen Marine in außerheimischen Gewässern bis 1914“, in: Spieß, Fritz: Die Vermessungen und wissenschaftlichen Forschungen der Kaiserlichen Marine. Teil 1, in: Marine-Rundschau 26 (1921) Heft 11, S. 454-461, Spieß, Fritz: Die Vermessungen und wissenschaftlichen Forschungen der Kaiserlichen Marine. Teil 2.: Die Entwicklung der Vermessungsmethoden und der Fachausbildung, in: Marine-Rundschau 27 (1922) Heft 1, S. 26-34 und Spieß, Fritz: Die Vermessungen und wissenschaftlichen Forschungen der Kaiserlichen Marine. Teil 3.: Die Mitarbeit der Marine an der wissenschaftlichen Erforschung der Meere, in: Marine-Rundschau 27 (1922) Heft 2, S. 79-86.

Von der vormals stolzen wilhelminischen Hochrüstung zu See war 1920 kaum mehr Tonnage vorhanden, vor allem nach der spektakulären Selbstversenkung der konfiszierten Flottenkreuzer am 21. Juni 1919 im englischen Liegehafen Scapa Flow bei den Orkney-Inseln nordöstlich von Schottland.<sup>346</sup> Von ihren Vorkriegskapazitäten hatte die Reichsmarine noch etwa 5% Tonnage im Jahr 1920 übrig. Die deutsche Flotte bestand nur noch aus 4 Linienschiffen, 4 Kreuzern und 24 Torpedobooten.<sup>347</sup> Für die revisionistisch gestimmte Admiralität zählte daher jeder Schiffsrumpf.<sup>348</sup> Ein während des Ersten Weltkrieges nicht fertiggebautes „Kanonenboot C“ war seit seinem Stapellauf von der Kaiserlichen Werft in Danzig am 18. Januar 1915 auf Kiel gelegt.<sup>349</sup> Die Reichsmarineleitung bemühte sich, den Bootskörper, das vom Typ her für den Dienst in den Kolonien in Frage gekommen wäre, als Vermessungsschiff weiterbauen zu dürfen.<sup>350</sup> Im April 1921 gaben die Ententemächte den Weiterbau des Rumpftorsos zu einem Vermessungsschiff frei.<sup>351</sup> Das noch fertigzubauende Boot taufte man auf den Namen V. S. (d.h. Vermessungsschiff) „Meteor“.<sup>352</sup> Diesen Namen hatte die schnittige Segelyacht getragen, auf der Kaiser Wilhelm II. während der Kieler Regatta in den Jahren vor 1914 regelmäßig der englischen Konkurrenz davon gesegelt war.<sup>353</sup> Als

- 
- 346 Michael Epkenhans: Die wilhelminische Flottenrüstung 1908-1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, (=Beiträge zur Militärgeschichte 32), München 1991. Zu den Zahlenangaben Wolfgang von Tirpitz: Wie hat sich der Staatsbetrieb beim Aufbau der Flotte bewährt? Eine wirtschaftshistorische Studie auf Grund amtlichen Materials, Leipzig 1923, S. 101 Tabelle 3. Zu den Verlustzahlen vgl. Groos: Rückblick auf den Seekrieg, in: Marine-Rundschau. Monatsschrift für das Seewesen 26 (1921), Heft 2, S. 65-76, hier Tabelle auf S. 70 und 75.
- 347 Doepgen, Peter: Die Washingtoner Konferenz, das Deutsche Reich und die Reichsmarine. Die Auswirkungen der Washingtoner Abrüstungskonferenz 1921/22 auf das Deutsche Reich und die Reichsmarine 1922-1935, Dissertation, Christian-Albrechts-Universität, Kiel 2000, S. 157.
- 348 Jost Dülffer: Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920-1939, Düsseldorf 1973, S. 30f.
- 349 Siegfried Breyer: Spezial- und Sonderschiffe der Kriegsmarine (1), (=Marine-Arsenal 30), Wölfersheim-Berstadt 1995, S. 38.
- 350 Victor Schwoerer, Vortrag, 25. November 1941 in Freiburg im Breisgau, masch. Skript in GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. 3, hier S. 5.
- 351 Resolution No. 116, Conference of Ambassadors, April 20, 1921, File 180.03301/116, Central Decimal File, 1910-1929, Record Group 59, National Archives at College Park, MD.
- 352 Schott, Wolfgang: Early German oceanographic Institutions, expeditions and oceanographers: compiled for the 4th international congress on the history of oceanography, September 1987, Hamburg, Hamburg: Deutsches Hydrographisches Institut 1987, S. 25f.
- 353 Gottmann, Günther, et al.: Aufgetaucht. Das Institut und Museum für Meereskunde im Museum für Verkehr und Technik Berlin, (= Berliner Beiträge zur Technikgeschichte und Industriekultur, Band 15), hrsg. v. Museum für Verkehr und Technik Berlin, Berlin: Nicolaische Verlagsbuchhandlung 1996, S. 99.

Namensvetter deutete das neue getaufte Vermessungsschiff „Meteor“ die weiterbestehende Loyalität der Marine gegenüber dem exilierten Kaiser an.<sup>354</sup>

Für die Marine lag der Gewinn einer nautischen Vermessungsfahrt darin, dass ein deutsches Schiff in die Weltmeere vorstoßen konnte, ohne dabei Rüstungskontrollbestimmungen zu verletzen. Bei der Deutschen Seewarte in Hamburg sowie am Institut für Meereskunde in Berlin erbat die Marineleitung daher Anfang 1920 Vorschläge für eine Expedition, die möglichst um die ganze Welt führen sollte. Alfred Merz, der sich auf hydro- und ozeanographische Probleme der Strömungstheorie spezialisiert hatte, arbeitete einen Plan aus für eine Expedition in den Pazifischen Ozean.<sup>355</sup> Seine Denkschrift für eine „Deutsche Pazifische Expedition“ sah eine Forschungsfahrt in den Pazifik vor, um diesen noch wenig erforschten Meeresraum drei Jahre lang in systematischer Weise zu erschließen.<sup>356</sup> Ein Antrag auf finanzielle Förderung der Expedition erging 1921 zusammen mit seiner Denkschrift an die Wissenschaftsabteilung des Reichsministeriums des Innern, das dem Vorhaben zunächst zustimmte.<sup>357</sup> Für die auf einer „Deutschen Pazifischen Expedition“ zurückzulegenden Fahrtstrecken von bis zu 12.000 Seemeilen hätte man in das bereits ins Auge gefasste Vermessungsschiff „Meteor“ noch leistungsstarke Dieselmotoren einbauen müssen. Doch die wirtschaftlichen Engpässe in der Inflation vereitelten den Plan; die Motoren konnten nicht beschafft werden und schließlich strich das Reichsfinanzministerium im November 1921 den Reichszuschuss, den das Innenministerium gegenüber der Marine zugesagt hatte.<sup>358</sup> Darauf ordnete die Marineleitung an, eine kohlenbetriebene Dampfkolbenmaschine in den „Meteor“ einzubauen. Diese Maschinen aber legten das Boot nur für eine Reichweite von 3300

---

354 Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ließ ein 1981 in Auftrag gegebenes Multi-Funktions-Meeresforschungsschiff wiederum auf den Namen „Meteor“ taufen, vgl. Deutsche Forschungsgemeinschaft und Deutsches Hydrographisches Institut (Hrsg.): Forschungsschiff Meteor. 50 Fahrten des Forschungsschiffs "Meteor" mit einer ausführlichen Bibliographie der Forschungsergebnisse, Boppard am Rhein 1978.

355 Penck, Albrecht: Die Deutsche Atlantische Expedition, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 24 (1925) Heft , S. 243-251, S. 243.

356 Alfred Merz: Die Deutsche Atlantische Expedition auf dem Vermessungs- und Forschungsschiff "Meteor". Vorbericht (durch Merz Ende Mai 1925, also vor Merz' Tod in Buenos Aires abgeschlossen, J. K.). (Vorgelegt von Penck), in: Die Deutsche Atlantische Expedition auf dem Vermessungs- und Forschungsschiff "Meteor" 1925-1927. Gesammelte Expeditionsberichte, mitgeteilt durch die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, (=Abdruck aus den Sitzungsberichten der physikalisch-mathematischen Klasse der Preußischen Akademie der Wissenschaften 31 (1925)), o. O. o. J., S. 1-28, hier S. 3.

357 Fritz Spieß: Das Forschungsschiff und seine Reise, S. 6-8.

358 Fritz Spieß: Das Forschungsschiff und seine Reise, S. 10 Anm. 1.

Seemeilen bei einer Geschwindigkeit von 9 Seemeilen in der Stunde aus. Private Sammlungen, die mittlerweile zugunsten einer „Deutschen Pazifischen Expedition“ unternommen worden waren, verfielen im Sommer 1922 der Geldentwertung. Schließlich stellte die Marinewerft in Wilhelmshaven im Januar 1923 auch die Fertigstellung des „Meteor“ zum Vermessungsschiff ein; ebenso kam auch der Neubau von Kreuzern für die Reichsmarine zum Erliegen.<sup>359</sup> Die „Meteor“ als halbfertiges Boot und die bereitstehende Vermessungsausrüstung wurden konserviert, der Plan einer „Deutschen Pazifischen Expedition“ musste 1923 aufgegeben werden.<sup>360</sup>

Als sich Alfred Merz, wie erwähnt, am 1. Februar 1924 an die Marineleitung mit der Frage wandte, ob die „Meteor“ auch für eine Atlantische Expedition mit Unterstützung der Notgemeinschaft zur Verfügung stehe, sicherte die Reichsmarine die Fertigstellung des Vermessungsbootes zu und versprach, seemännische Besatzung und nautisches Vermessungspersonal bereit zu halten. Die Reichsmarine hatte inzwischen ihre ersten Auslandsbesuche in schwedischen und norwegischen Häfen 1922 absolviert und der Schulkreuzer „Berlin“ war kurz vor Alfred Merz' Anfrage im Januar 1924 über den Ärmelkanal in den Nordatlantik bis zu den Kanarischen Inseln gedampft, wo er spanische Häfen besucht hatte.<sup>361</sup> Doch zeigte sich die Reichsmarine weiterhin an der Fahrt eines deutschen Vermessungsschiffes in internationale Gewässer als symbolische Pionierfahrt interessiert. Alfred Merz arbeitete einen Expeditionsplan für eine zweijährige Fahrt in den Atlantik aus und sandte ihn am 14. Februar 1924 an Friedrich Schmidt-Ott, ohne die von ihm bereits vorbereitete Kooperation mit der Marine zu erwähnen.<sup>362</sup> Friedrich Schmidt-Ott hat offenbar auch von den früheren Expeditionsplänen der Marine nicht gewusst.<sup>363</sup>

### **2. 1. 3. Das Forschungsprogramm der „Meteor“-Expedition**

Friedrich Schmidt-Ott berief zur weiteren Vorbereitung der ozeanographischen Expedition eine eigene Kommission zusammen, die sich am 5. Mai 1924 zum ersten

---

359 Jost Dülffer, S. 68f.

360 Fritz Spieß: Das Forschungsschiff und seine Reise, S. 8-10.

361 Fritz Ernst Giese: Die deutsche Marine 1920 bis 1945. Aufbau und Untergang, Frankfurt/M. 1956, S. 9-11.

362 Die Denkschrift ist abgedruckt bei Fritz Spieß: Das Forschungsschiff und seine Reise, S. 13-17.

363 Friedrich Schmidt-Ott an Capelle, 14. Mai 1924, GStA PK I. HA Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. C 46 I.

Mal traf.<sup>364</sup> Die Zusammensetzung der „Meteor“-Kommission macht deutlich, dass die Expedition forschungspolitisch als interdisziplinäres Vorhaben geplant wurde. Neben der Ozeanographie waren die Biologie, die Meteorologie und die Chemie vertreten. Außerdem nahmen schon zu diesem Zeitpunkt die Vertreter der Reichsmarine, des Reichsinnenministeriums sowie des Apparate-Ausschuss der Notgemeinschaft teil. Dabei standen einzelne Fachinteressen durchaus in Spannung zueinander, wie eine Kontroverse über die wissenschaftlichen Prioritäten der Expedition offenbaren sollte. Erst eine wissenschaftspolitisch ausgehandelte Definition der sog. „Haupt- und Nebenaufgaben“ der Expedition führten diese Kontroverse zu einem Ende. In der „Meteor-Kommission“ waren folgende Personen vertreten.<sup>365</sup>

Alfred Merz, Direktor des Instituts für Meereskunde, Berlin

Hans Capelle, Präsident der Deutschen Seewarte, Hamburg

Hugo Hergesell, Direktor des Aeronautischen Observatoriums in Lindenberg bei Beeskow

Hans Lohmann, Direktor des Zoologischen Staatsmuseums, Hamburg

Fritz Haber, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische und Elektrochemie, Berlin-Dahlem

Friedrich Schmidt-Ott als Vorsitzender der „Meteor-Kommission“, Präsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Berlin

Karl Stuchtey, Geschäftsführer des Apparate- und Materialenausschusses in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Berlin

Fritz Spieß, Korvettenkapitän und hydrographischer Referent der Nautischen Abteilung bei der Marineleitung

Adolph Wedemeyer, wissenschaftlicher Referent in der Nautischen Abteilung der Marineleitung, Berlin

Max Donnevert, Ministerialrat im Reichsinnenministerium, Berlin

Hugo Krüss, Ministerialdirektor im Preußischen Kultusministerium, Berlin

Alfred Merz nannte als „Hauptaufgaben der Expedition“<sup>366</sup> die Messung der Tiefseeströmungen. Als Strömungstheoretiker forderte ihn vor allem das

---

364 Tageskalender, 5. Mai 1924.

365 Fritz Spieß: Das Forschungsschiff und seine Reise, S. 18.

366 Masch. Notiz von Alfred Merz, 15. September 1924, GStA PK I. HA Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. C 46 I, Bl. 169. Das Problem der Tiefseeströmungen stand auch im Vordergrund der Denkschrift, die Alfred Merz am 27. Juni 1924 der Notgemeinschaft vortrug, vgl. Merz, Alfred: Aufgaben meereskundlicher Forschung im Atlantischen Ozean. Am 27. Juni 1924 in einer von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft veranstalteten Versammlung in der Universität Berlin vorgetragen, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 24 (1925) Heft , S. 7-8 und 251-255.

geophysikalische Problem der „allgemeinen Horizontal- und Vertikalzirkulation der ozeanischen Wassermassen“<sup>367</sup> im Atlantik heraus. Zur Lösung dieser Forschungsagenda gehörten methodisch die Vermessung der Unterseeböden, die direkte Messung der Strömungsgeschwindigkeiten in verschiedenen Tiefen sowie die Messung der Windbewegungen über der Wasserfläche. Zur Vorbereitung der neuen Expedition ließ Alfred Merz die Daten von 18 Expeditionen aus verschiedenen Ländern seit 1902 zusammenstellen, d.h. die Ergebnisse der Meeresforschungsfahrten der Engländer seit der Fahrt der „Challenger“ und allen nachfolgenden meereskundlichen Tiefseefahrten der Amerikaner, Franzosen, Skandinavier und Deutschen in den Atlantik.<sup>368</sup> Zum Teil waren die Routen der Vorgängerexpeditionen schon als Profilmfahrten angelegt gewesen, d.h. der Kurs eines Vermessungsschiffes war so angelegt, dass er einen vermuteten Tiefseestrom querte, um einen Strömungsarm mit den Messgeräten gleichsam durchschneiden zu können. Keine der Expeditionen seit „Challenger“ aber war dabei systematisch vorgegangen; die meisten späteren Expeditionen waren dazu übergegangen, an völlig unregelmäßigen Punkten, den sogenannten „Stationen“, das Schiff festzutauen und Tiefenlotungen vorzunehmen.<sup>369</sup> Eine „intensive systematische Bearbeitung“<sup>370</sup> eines Meeresraumes hinsichtlich seiner Strömungsverhältnisse aber würde von einem Forschungsschiff fordern, abstandskontrollierte Fahrten zwischen vorher berechneten Messpunkten durchzuführen, d.h. „von Station zu Station“ zu fahren. Dies war einer der innovativen Gedanken in Alfred Merz' Plan für die „Meteor“-Expedition.<sup>371</sup> Das Vermessungskonzept sollte sich als ein tragfähiger, konzeptioneller Durchbruch für die Ozeanographie herausstellen. Merz wollte das Schiff mit insgesamt 14 Querprofilfahrten über den tropischen Atlantik hin und her führen, von 20° Nördlicher

---

367 Alfred Merz: Die Deutsche Atlantische Expedition auf dem Vermessungs- und Forschungsschiff "Meteor". Vorbericht (...), S. 4.

368 Zur Entstehungsgeschichte der „Meteor“-Expedition siehe Ritchie, George Stephen: The Admiralty Chart. British Naval Hydrography in the Nineteenth Century 1968. Vgl. Alfred Merz: Die Deutsche Atlantische Expedition auf dem Vermessungs- und Forschungsschiff "Meteor". Vorbericht (...), S. 21-28.

369 Vgl. die Karte „Die früheren ozeanographischen Expeditionen im Atlantischen Ozean“, in: Spieß, Fritz: Die Meteor-Fahrt. Forschungen und Erlebnisse der Deutschen Atlantischen Expedition 1925-1927, Berlin: Dietrich Reimer 1928, S. 12.

370 Alfred Merz: Die Deutsche Atlantische Expedition auf dem Vermessungs- und Forschungsschiff "Meteor". Vorbericht (...), hier S. 4.

371 Deacon, Margaret B. (Hrsg.): Oceanography: concepts and history. Vol. 35, Stroudsburg, PA: Dowden, Hutchinson & Ross, Inc. 1978.

Breite auf der Höhe von Buenos Aires bis zur südlichen Eisgrenze von 63° Südlicher Breite. Dort würde „Meteor“ umkehren müssen, da das Schiff nicht eisgängig war. Der Atlantik sollte in west-östlicher Richtung mehrfach gequert werden, da Alfred Merz annahm, dass die Tiefenströme parallel zu den großen, von Süden nach Norden verlaufenden Bodenfurchen flößen, dem Kontinentalabfall und der Atlantischen Schwelle. Die Ströme mussten zur Vermessung möglichst senkrecht geschnitten werden, denn in nord-südlicher Richtung wäre man auf den Strömen nur mitgefahren. Die Messpunkte legte Alfred Merz für jede Profilmfahrt mit jeweils 300 Kilometer Abstand an, wodurch vermutete Wirbelbildungen in der Unterseeströmung miterfasst werden sollten. Aus dieser Anlage ergaben sich insgesamt 312 „Stationen“ für die gesamte Expedition auf allen 14 Profilmfahrten. Die einzelnen Profile selbst waren mit einem Zwischenraum von je ca. 5° Breitengrad so dicht gelegt, dass sie auch die miterfassen würden.

Für dieses ozeanographische Forschungsprogramm von Alfred Merz musste eine neue Hochsee-Messtechnik entwickelt werden.<sup>372</sup> Die Instrumente für Tiefen- und Strömungsmessungen, mit denen Alfred Merz bislang gearbeitet hatte, waren von ihm gemeinsam mit Walfried Ekman seit 1905 für die seichten Gewässer der Brandenburgischen und Schwedischen Seenplatte entwickelt und gelegentlich auch in Küstengewässern verwendet worden.<sup>373</sup> Die neuen Instrumente mussten es erlauben, sehr langsam fließende Tiefseeströmungen zu registrieren, und zwar indem die Messinstrumente direkt in sehr große Tiefen von mehreren tausend Metern hinuntergelassen werden sollten. Eine solche Lotungstechnik war für die Weltmeere international noch nicht für entwickelt worden.<sup>374</sup> Zur Kontrolle der Lotungen stellte die Reichsmarine mehrere neue Echolote aus der U-Boot-Navigationstechnik in unterschiedlicher Anfertigung zur Verfügung.<sup>375</sup> Es ist denkbar, dass die Reichsmarine

---

372 Wüst, Georg: Ozeanographische Methoden und Instrumente der Deutschen Atlantischen Expedition, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin Sonderband 1828-1928 (1928) Heft , S. 66-83.

373 Wegner, Gerd: Some older oceanographic instruments from the stocks of the Deutsches Hydrographisches Institut, in: Deutsche Hydrographische Zeitschrift. Ergänzungsheft Reihe B (1989) Heft No. 21: Exposition on historical aspects of marine research in Germany. 4th International Congress on the History of Oceanography, Hamburg 23.-29. September 1987, S. 47-68, S. 58.

374 Ebd.

375 Am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte in Berlin untersuchte Sabine Höhler die Konstruktion des Raumes im Ozean, u.a. mittels Echolotungen. Ich verdanke ihr einige Hinweise über die Echolotanlagen auf der „Meteor“. Siehe Höhler, Sabine: Profilmgewinn. Karten der

ihre Echolote im Zuge der parallel erfolgenden, konventionellen Messverfahren auch prüfen wollte.

Der Aufwand an Messtechnik für die Strömungsuntersuchungen wurde noch größer, als man die auszuführenden Meereswasser- und Tiefenmessungen um physikalische, biologische, chemische an Deck sowie meteorologische Analysen in der Luft erweiterte. So sollte die Wasseroberfläche auf ihre Wellenbildung hin beobachtet werden. Hugo Hergesell trat für aeronautische Ballonaufstiege ein, um Wetterdaten aus großen Höhen zu dokumentieren. Hans Lohmann plante biologische Planktonuntersuchungen aus den Wasserschöpfungen in großer Tiefe. Das gesamte Forschungsunternehmen zur Unterseezirkulation, das bereits in der systematischen Anlage von Alfred Merz methodisch innovativ war, erhielt durch die zusätzlichen Untersuchungen das Format einer umfassenden physikalisch-biologischen Erfassung eines ganzen marinen Raums. Die wissenschaftlichen Interessen der geplanten „Meteor“-Expedition hatten sich erheblich erweitert. Zeitgenössische Fachgelehrte aus dem Ausland wie der schottische Ozeanograph Hugh Robert Mill stellten mit Blick auf das Forschungsprogramm und die Ausrüstung der „Meteor“ fest, dass das Forschungsschiff „[the] biggest oceanographical work since Challenger“ vollführen werde. Der skandinavische Ozeanograph Walfrid Ekman zollte seine Bewunderung für die „intensive physikalische Durchforschung des Südatlantischen, wie sie niemals einem Weltmeer auch nur annähernd zu teil geworden ist“.<sup>376</sup>

#### **2. 1. 4. Eine weitere, geheime Forschungsagenda für die „Meteor“-Expedition**

Neben dem öffentlich bekannten ozeanographischen Untersuchungsprogramm enthielt die „Meteor“-Expedition zusätzlich eine geheime Forschungsagenda aus Fritz Habers Projekt ‚Gold aus dem Meer‘.<sup>377</sup> Seit 1920 war Fritz Haber mit einer Gruppe von Doktoranden und Mitarbeitern einer früheren Anregung von Svante Arrhenius (1859-1927), dem schwedischen Direktor am Nobelinstitut für physikalische Chemie in

---

Atlantischen Expedition (1925-1927) der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, in: NTM 10 (2002) Heft 4, S. 234-246, sowie Höhler, Sabine: "Dichte Beschreibungen". Die Profilierung ozeanischer Tiefe im Lotverfahren von 1850 bis 1930, in: Gugerli, David (Hrsg.): Ganz normale Bilder. Historische Beiträge zur visuellen Herstellung von Selbstverständlichkeit, Zürich 2002, S. 19-46.

376 GStA PK I. HA Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. C 46 I) Bl. 216.

377 Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 287f.

Stockholm, nachgegangen. Arrhenius hatte theoretisch berechnet, dass sich im Wasser der Ozeane etwa 8.000.000.000 Tonnen Gold in gelöster Form befinden müssten. Er nahm an, dass ein katalytisches Verfahren dieses Gold aus dem Meerwasser ausfällen müsste. Fritz Haber, der die Technik der Katalyse gemeinsam mit Carl Bosch für die Ammoniak-Synthese während des Weltkrieges im großindustriellen Maßstab umgesetzt hatte, stellte auf dieser Grundlage eine verwegene Kalkulation auf: die gesamte Reparationssumme, die das Deutsche Reich in den Bestimmungen von Versailles 1919 und den nachfolgenden Reparationsverhandlungen aufgebürdet bekommen hatte, würde umgerechnet etwa 50.000 Tonnen an Gold aufwiegen, also nur einen verschwindenden Bruchteil der von Svante Arrhenius errechneten Goldvorkommen in den Ozeanen. Man bräuchte nur ein neues katalytisches Verfahren zu entwickeln, um die im Wasser gelösten Goldanteile aus dem Meerwasser zu isolieren. Dann ließen sich, so folgerte Fritz Haber, die notwendigen Summen für die Reparationszahlungen des Deutschen Reichs einfach aus den international freien Meeren fischen.<sup>378</sup> Mit den gigantischen Mengen an gewonnenem Meeresgold würde das Deutsche Reich sogar „alle Papierschulden der Gegenwartswelt tausendfältig überzahlen“ können, wie Fritz Haber mit patriotischer Verve am 20. März 1923 auf einer Veranstaltung des Reichspräsidenten Friedrich Ebert in Berlin versprach.<sup>379</sup> Große Hoffnungen knüpften sich an diesen alchemistischen Traum des 20. Jahrhunderts, viele Gerüchte begleiteten die ersten Messungen unter finanzieller Beteiligung der Metallindustrie im Sommer 1923 im Atlantik sowie in der Nordsee. Das geheim arbeitende Laboratorium Fritz Habers auf den Passagierliniendampfern „Hansa“, „Württemberg“ und „Poseidon“ der Hamburg-Amerikanische-Paket AG veranlasste eine New Yorker Tageszeitung zu der aufgeschreckten Schlagzeile: „German Scientists see way to drive ships by using mysterious Force!“<sup>380</sup> Zur Beschwichtigung und Tarnung ließ man verlautbaren, Fritz Habers Mitarbeiter suchten im Meerwasser nach der angeblichen Konzentration von „Seejod“. Die tatsächlichen Messergebnisse des Goldgehalts jedoch stellten Fritz Haber vor ein

---

378 Hahn, Ralf: Gold aus dem Meer. Die Forschungen des Nobelpreisträgers Fritz Haber in den Jahren 1922-1927, Berlin: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik 1999.

379 Fritz Haber: Neue Arbeitsweisen. Wissenschaft und Wirtschaft nach dem Kriege, in: Die Naturwissenschaften 11 (1923), S. 753-756, hier S. 754.

380 Stoltzenberg, Dietrich: Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude. Eine Biographie, Weinheim: VCH 1994, S. 492f. und 494.

forschungspraktisches Problem. An ganz verschiedenen Stellen im Meer und in verschiedenen Tiefen ließen sich sehr unterschiedliche Goldkonzentrationen nachweisen. Dieses Ergebnis der Forschungsfahrten ließ Haber schlussfolgern, dass sich an bestimmten Stellen in den Weltmeeren dichtere Goldgehalte im Wasser, sozusagen ‚Goldwasserquellen‘ befinden müssten. Am 28. Juli 1923 äußerte Fritz Haber in einem Schiffsbrief an Bord der „Hansa“ an seinen Chemikerkollegen und Freund Richard Willstätter den Wunsch, dass man „ein Forschungsschiff und ozeankundliche Studienfahrten über die Erde, eine schwimmende Werkstatt und zugleich ein schwimmendes Laboratorium“ zur Hand haben müsste, um die Suche nach den vermuteten, reichhaltigen Goldwasservorkommen am Meeresboden effizient durchführen zu können.<sup>381</sup> Weitere Probenentnahmen bestätigten Fritz Haber darin,

„dass die ursprüngliche Annahme, man könne die Goldgewinnung auf hoher See an irgend einem beliebigen Orte vornehmen, nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Goldgewinnung wird vielmehr nur in ganz bestimmten Gebieten möglich sein. Von dem Auffinden dieser Gebiete wird der Erfolg des Verfahrens abhängen.“<sup>382</sup>

Diese neue Problemkonstellation in Fritz Habers Geheimprojekt ‚Seejod‘ schien auf elegante Weise durch die „Meteor“-Expedition gelöst werden zu können. Denn die geplante, dichte Raster-Erfassung des Meeresbodens im Atlantik in 300 Kilometer-Abständen auf ausgewählten Breiten durch die „Meteor“ würde vielleicht dabei helfen, die postulierten ‚Goldwasserquellen‘ aufzufinden.<sup>383</sup> In diesem Punkt überlappten sich also die wissenschaftlichen Interessen beider Projekte. Fritz Haber schlug daher den Vertretern aus der Metallindustrie in seinem „Seejod“-Konsortium vor, sie mögen damit einverstanden sein, dass er auf die „Reisen, die Ende dieses Jahres ein der deutschen Marine gehöriges Spezialschiff ins Ausland antreten soll“, einen seiner Assistenten mit entsende, „um auf diese Weise an den verschiedensten

---

381 Haber an Willstätter, 28. Juli 1923, zitiert bei Hahn, Ralf: Gold aus dem Meer. Die Forschungen des Nobelpreisträgers Fritz Haber in den Jahren 1922-1927, Berlin: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik 1999, S. 59 Anm. 174.

382 Protokoll über die zweite Sitzung des Konsortiums ‚Seejod‘ am 1. Mai 1924 im Kaiser-Wilhelm-Institut zu Berlin-Dahlem, S. 1, zitiert nach Hahn, Ralf: Gold aus dem Meer. Die Forschungen des Nobelpreisträgers Fritz Haber in den Jahren 1922-1927, Berlin: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik 1999, S. 66.

383 Fritz Haber besprach mit Friedrich Schmidt-Ott am 15. Februar 1924 die Expedition von Alfred Merz und dürfte seinen Plan erwähnt haben, die vermuteten ‚Goldquellen‘ im Ozean durch eine dichtere Erfassung finden zu können, vgl. Tageskalender, 15. Februar 1924.

Stellen des Meeres Proben entnehmen zu lassen.“<sup>384</sup> Einer von Fritz Habers chemischen Mitarbeitern in der geheimen Projektgruppe ‚Gold im Meerwasser‘, Kurt Quasebarth, wurde dann auf die „Meteor“-Expedition eingeschifft, allerdings erst auf dem letzten geplanten Abschnitt, der 14. Profilfahrt im Frühjahr 1927.<sup>385</sup>

### **2. 1. 5. Ausstattungsfragen, Finanzierung und Konflikte um „Meteor“**

Die vielfachen wissenschaftlichen Interessen, die sich inzwischen mittlerweile in die „Meteor“-Expedition einbringen wollten, führten zu erheblichen Spannungen zwischen den Wissenschaftlern. Die Diskussionen in der „Meteor“-Kommission während der Sommermonate 1924 drohten den ursprünglichen Zusammenhang des Merz’schen Expeditionsplans wieder zu zerreißen. Die Meteorologen hätten die Fahrt des „Meteor“ lieber aufgeteilt, um eine Bearbeitung des Nordatlantiks getrennt von einer daran anschließenden weiteren Fahrt über den Südatlantik durchzuführen. Ebenso wurde überlegt, ob man nicht die ozeanographischen Tiefseemessungen überhaupt von den meteorologischen Untersuchungen trennen sollte. Friedrich Schmidt-Ott bemühte sich erfolgreich, den Merz’schen Plan „in seinem ganzen Umfange durchzusetzen“.<sup>386</sup> Eine Einigung für das integrierte Forschungsprogramm fand dann auf der 101. Jahrestagung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte im September 1924 in Innsbruck statt. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft verpflichtete sich, diejenigen Kosten der Expedition zu übernehmen, die für die mitfahrenden Wissenschaftler und die wissenschaftlichen Publikationen im Anschluss an die Expedition anfielen; außerdem finanzierte die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft die Kohlenladungen, die für eine Fahrt über den subtropischen Atlantik anfallen würden. Dafür überwies die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Frühjahr 1925 einen Zuschuss von 183.000.- RM an die Marineleitung; Alfred Merz erhielt pauschal 25.000.- RM für die sachliche und persönliche Kostendeckung.<sup>387</sup>

---

384 Ebd., S. 67.

385 Hahn, Ralf: Gold aus dem Meer. Die Forschungen des Nobelpreisträgers Fritz Haber in den Jahren 1922-1927, Berlin: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik 1999, S. 78.

386 Spieß, Fritz: Die Meteor-Fahrt. Forschungen und Erlebnisse der Deutschen Atlantischen Expedition 1925-1927, Berlin: Dietrich Reimer 1928, S. 20.

387 Handschriftliche Notiz von v. Schweinitz am 14. 3. 1925 nach der Besprechung über die Beteiligung der Notgemeinschaft an den Kosten der "Meteor", GStA PK I. HA Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. C 46 I.

Im Herbst 1924 wurden die letzten Umbauten an der „Meteor“ beendet und das Schiff am 15. November 1924 in Dienst gestellt.<sup>388</sup> Das nunmehrige Vermessungsschiff trug immer noch die Insignien eines Kaiserlichen Marineschiffes, obgleich es in der Weimarer Republik fertiggebaut worden war: das Eiserne Kreuz der Kaiserlichen Flotte am Heck war von den Arbeitern in der Werft nicht entfernt worden.<sup>389</sup> Die seit 1922 eingeführte Reichskriegsflagge bestand wieder aus den kaiserzeitlichen Farben Rot-Weiß-Schwarz, mit einem aufgenähten, schwarz-rot-gold umrandeten Eisernen Kreuz. Die Bewaffnung des früheren Kanonenbootes fiel im Umbau natürlich fort, nur 20 Gewehre und 10 Pistolen bildeten eine minimale militärische Ausrüstung; für die zeremonielle Einfahrt in fremde Häfen war das Schiff deshalb nicht mehr militärisch »salutfähig«.<sup>390</sup> Die Schraube des Schiffes wurde von einer kohlenbefeuerten Dampfkolbenmaschine angetrieben, die ursprünglich für die Nord- und Ostseegewässer dimensioniert war. Um die „Meteor“ dennoch auf die bevorstehende Expedition in den atlantischen Ozean schicken zu können, war der Kohlenbunker der „Meteor“ von ursprünglich 320 Tonnen Fassungsvermögen auf 440 Tonnen erweitert worden. Erst diese Treibstoffgröße erlaubte dem Schiff eine Reichweite von 6600 Seemeilen für die bevorstehende Hochseefahrt. Die durchschnittliche Strecke, die der „Meteor“ in einfacher Richtung von der südamerikanischen Küste zur afrikanischen Küste durchmessen würde, maß zwischen 3700 und 4000 Seemeilen. Viel Reserve würde man also bei den Profilarbeiten nicht haben. Das Schiff war mit einer leichten Besegelung ausgestattet, drei Rahsegeln am vorderen Mast, einem Besansegel achtern sowie einem Fockstag- und einem Schratsegel. Damit ließ sich die niedrige Dampfmaschinenleistung des Forschungsschiffes mit Windkraft etwas stützen. Außerdem dämpfte die Besegelung erfahrungsgemäß das Schlingern eines Motorschraubenschiffes in unruhiger See, was die ozeanographischen Laborarbeiten unter Deck der „Meteor“ erleichtern würde.

---

388 Fritz Spieß: Bericht über die Expedition, hier S. 346.

389 Dies zeigt der Dokumentarfilm von Hanns-J. Neubert, "Am Anfang war das Kanonenboot. Die Geschichte der deutschen Meeresforschung", Sender WEST 3, 1988, der Originalaufnahmen aus Filmen verwendet werden, die während der Forschungsreise des "Meteor" gedreht wurden.

390 Fritz Spieß: Das Forschungsschiff und seine Reise, S. 3 Anm. 1.

## 2. 1. 6. Der „Meteor“ auf See. Die Durchführung der Expedition als kooperatives Projekt von Marine und Forschung, 1925-1926

Das 72m lange und 10m breite Vermessungsschiff „Meteor“ hatte eine Besatzung von insgesamt 136 Mann, davon etwa 90 Matrosen (inkl. Heizer, Funker, Köche, Schneider, Schuhmacher etc.), etwa 20 Mann Marinevermessungspersonal, 9 nautische Offiziere der Marine und 9 Wissenschaftler. Von den Seeoffizieren waren fünf in der Vermessung ausgebildet: Korvettenkapitän Bender (astronomische Ortsbestimmung an Land), Navigationsoffizier Siburg (erdmagnetische Beobachtungen), Oberleutnant zur See Frh. v. Recum (Echolotungen), Oberleutnant zur See Engelhardt (Basisgerätmessung und Hochseepegelmessung) sowie Oberleutnant zur See Ahlman (Funkpeilung). Für die Film- und Fotoaufnahmen war Oberleutnant zur See Löwisch zuständig, für die biologischen Planktonfänge Stabsarzt Dr. Kraft.<sup>391</sup> Als Wissenschaftler fuhren mit auf der „Meteor“ die Hydrographen Günther Böhnecke, Arnold Schumacher und Georg Wüst, der Chemiker Hermann Wattenberg, der Geologe Otto Pratje (im ersten Teil der Expedition 1925/26) sowie Carl W. Correns (im zweiten Teil 1926/27), der Biologe Ernst Hentschel und schließlich die Meteorologen Josef Reger und Erich Kuhlbrodt.<sup>392</sup> Dem Chemiker, dem Geologen und dem Biologen war unter dem Deck des "Meteor" ein Laboratorium eingebaut worden. Es bot auf dem beengten Raum von 3,50m auf 6m den drei Wissenschaftlern sowie drei Laboranten technische Analysegeräte, u.a. eine Zentrifuge mit 4000 U/min, eine Vakuum-Ölkreiselpumpe, einen Wasserstoffbrenner, sowie verschiedene Mikroskope und Waagen. An das Laboratorium schloss sich eine Bibliothek mit Kartentischen an. Außerdem gab es eine photographische Dunkelkammer.

Die „Meteor“ stach zunächst zu einer Vorexpedition in See und dampfte im Januar und Februar 1925 zu den Kanarischen Inseln. Sowohl die Schnelligkeit des Schiffes als auch die der Vermessungsarbeiten an Deck wurden getestet. Probehalter wurden die Meerestiefen vom Ausgang des Kanals an akustisch gelotet. Vor Anker führte man bei 5000m Tiefe das Routineprogramm an einer „Station“ durch: Messung von Strömung, Temperatur und Meeresbodenbeschaffenheit. Die Übung diente dazu, die Hauptexpedition in ihrem Ablauf zeitlich genau planen zu können, da die nötigen

---

391 Fritz Spieß: Das Forschungsschiff und seine Reise, S. 24, Tabelle "Militärischer Stab".

392 Fritz Spieß: Das Forschungsschiff und seine Reise, S. 21.

Versorgungsfahrten von Kuttern für Kohle, Post und anfallenden Ersatzteilen auf den Fortschritt der „Meteor“-Expedition abgestimmt sein mussten.<sup>393</sup> Im März 1925 konnte das Schiff in der Wilhelmshavener Werft anhand der Erfahrungen technisch nochmals verbessert werden. Schließlich lief der „Meteor“ dann am 16. April 1925 von Wilhelmshaven zur Hauptexpedition aus. Die Profildfahrten sollten ab 25. Mai 1925 vom argentinischen Hafen von Buenos Aires aus beginnen. Insgesamt zwei ein viertel Jahre lang würde der "Meteor" auf See sein. Während der Überfahrt nach Buenos Aires wurden mehr als 250 Waggonkistenladungen an Material, die am Wilhelmshavener Kai unter Deck geschafft worden waren, arbeitsfertig verstaut; sogar die Arrestzelle wurde für wissenschaftliches Gerät verwendet. Als die „Meteor“ Anfang Juni 1925 dann doch einige Tage im Hafen von Buenos Aires festlag, weil die Wasserstoffflaschen für die Meteorologen, die Wasserprobenflaschen für Fritz Habers Geheimprojekt, sowie einige Lotdrähte und Drahtlitzen für die Instrumente nicht durch den Zoll kamen, suchte Alfred Merz die Hilfe Friedrich Schmidt-Otts und drängte den Präsidenten der Notgemeinschaft in Berlin, er möge diplomatische Schritte unternehmen, damit die „hiesige Deutsche Gesandtschaft einen deutlichen Wink erhalte, dass sie uns tatkräftig unterstützt“.<sup>394</sup>

Der Beginn der Expedition verzögerte sich um ein weiteres Mal, als ihr Leiter Alfred Merz schwer erkrankte und aufgrund einer Brustfell-Eiterung operiert werden musste. Er musste dafür in Buenos Aires im Deutschen Krankenhaus bleiben, weswegen Kapitän Spieß im Juni 1925 als Interim die wissenschaftliche Leitung der Expedition übernahm. Um die Expedition nicht länger zu verzögern, stach Kapitän Spieß in See. Zunächst hoffte man, dass Alfred Merz nach den ersten beiden Querprofilen wieder an Bord der „Meteor“ kommen könnte. Doch Alfred Merz erholte sich nicht mehr und starb am 16. August 1925 in Buenos Aires.<sup>395</sup> Während der Fahrt auf dem dritten Profil erreichte den "Meteor" die Funknachricht, dass ihr spiritus rector in Buenos Aires verstorben war. Die Vermessungsarbeiten wurden für eine Trauerfeier auf See unterbrochen. Nach Alfred Merz' Verscheiden machten sich Georg Wüst, Albert Defant und Erich v. Drygalski Hoffnungen, die Nachfolge in der wissenschaftlichen Leitung auf

---

393 Schmidt-Ott an Frh. v. d. Bussche-Haddenhausen, 26. Januar 1925, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 5.

394 Merz an Schmidt-Ott, 3. Juni 1925, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 6. Das Schreiben erreichte Friedrich Schmidt-Ott am 30. Juni 1925.

395 Todesanzeige, Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 24 (1925), S. 242.

der „Meteor“ übernehmen zu können. Doch man beließ den Marinekapitän Fritz Spieß in dieser Funktion, möglicherweise um zu verhindern, dass das laufende Forschungsprogramm unter einer neuen Leitung abgeändert werden könnte. Auf internationaler Ebene erregte das militärische Kommando über die zivile, wissenschaftliche Forschungsfahrt des „Meteor“ keine Bedenken. Friedrich Schmidt-Ott lobte nach der Kommandoübernahme diese „Zusammenarbeit der Flotte und Wissenschaft“, die sich auf unvorhergesehene und tragische Weise intensiviert hatte.<sup>396</sup>

Die gemeinsamen Arbeiten der Wissenschaftler und des Marinepersonals auf der „Meteor“ folgten einem eingespielten Muster.<sup>397</sup> Insgesamt hatte Alfred Merz 312 „Stationen“ geplant, von denen nur eine bei Windstärke 10 abgebrochen, eine weitere bei Windstärke 11-12 ausfallen musste, sodass 310 stationäre Messungen durchgeführt wurden, die alle einer wiederkehrenden Abfolge gehorchten. Wenn der Bootsmaat der Wache anhand der Peilungen des Navigationsoffiziers ankündigte, dass eine der Stationen erreicht worden war, gleich ob tagsüber oder nachts, machte man als erstes die Lotmaschine klar. Während die Seeoffiziere das Schiff in den Wind drehten und mit Motorkraft auf einer Stelle zu halten suchten, wurde die anderthalb Meter lange eiserne Stoßröhre für die Tiefseebodenproben von der Winde gelassen. Für eine Meerestiefe von etwa 4000m dauerte es etwa eine halbe bis eine dreiviertel Stunde, bis die Sonde den Meeresboden erreichte, wobei die Seeleute an der Lotmaschine das Auslauftempo der Winde so drosseln mussten, dass die Röhre genügend Schwung hatte, um in den Grund rammen zu können und zugleich sich der Windendraht nicht durch zu starkes Fieren verwickeln durfte. Während die Lotsonde herabgelassen wurde, nahm ein Marinetechniker mit den impulslegenden Tönen der Echolotsysteme mehrfache Tiefenmessungen vor; die zu erwartende Meerestiefe

---

396 Schmidt-Ott an Vizeadmiral Mommsen (Wilhelmshaven), 18. September 1925, GStA PK Dahlem Rep. 76 Vc. Sekt. 2 Tit. XXIII Littr. H (Institut für Meereskunde).

397 Die Zeitschrift für Erdkunde berichtete in ihren „Kleinen Mitteilungen“ laufend von den Arbeiten auf „Meteor“, vgl. Conrad, F.: Die Deutsche Atlantische Expedition auf dem Forschungsschiff "Meteor", in: Zeitschrift für Erdkunde 24 (1925), S. 379-381. Die Arbeitsroutine ist von Kapitän Fritz Spieß detailliert beschrieben worden, und zwar bereits in einem Bericht nach der Vorexpedition im Januar/Februar 1925 und dann fortlaufend während der Hauptexpedition in Expeditionsberichten: 1. Bericht vom Oktober 1925, 2. Bericht vom April 1926, 3. Bericht vom Januar 1927 und 4. Bericht vom Juni 1927, gesammelt abgedruckt in: Deutsche Atlantische Expedition auf dem Vermessungs- und Forschungsschiff "Meteor" 1925-1927. Gesammelte Expeditionsberichte, mitgeteilt durch die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, o. O. o. J., Exemplar der Münchener Staatsbibliothek: 8° It. sing. 1393 c.

wurde dem Lotpersonal gemeldet. War die Sonde unten in den Meeresgrund gestoßen, wurde der Motor der Lotmaschine angeworfen, und die aufgenommene Bodenprobe mit einer Geschwindigkeit von einem Meter pro Sekunde nach oben gezogen. Der ganze Vorgang dauerte oft bis zu einer Stunde, während der Wetten abgeschlossen werden konnten, wie tief - bis zu 95 cm! - die Stoßröhre in den Grund hineingekommen war. War die geologische Lotung beendet, konnten die ozeanographischen Serienuntersuchungen beginnen. An einer insgesamt 8000m langen Drahtlitze wurden - in größeren Abständen aufgehängt - fünf spezielle Thermometer und fünf Wasserschöpfer heruntergelassen, die die Temperatur in der geloteten Wassersäule maßen und eine Probe des Meerwassers in der betreffenden Tiefe entnahmen. Die Spezialanfertigungen der Instrumente hielten sowohl die gemessene Temperatur als auch die aufgenommene Wasserprobe durch eine Verschlusstechnik an der Drahtlitze beim Heraufziehen fest - wenn nicht Quallen oder anderes den Mechanismus behinderten. Je nach Meerestiefe wurden die zehn Instrumente drei- bis viermal in unterschiedliche Tiefenabschnitte herabgelassen und wieder heraufgezogen, was etwa fünf bis sieben Stunden beanspruchte. Auch nachts mussten beim Einholen der Wasserproben und der Temperaturstände der Chemiker und der Biologe zur Stelle sein, um von den Marinematrosen das Material und die Daten zu empfangen. Dreimal brach während der zweijährigen Expedition die Drahtlitze, wobei einige Instrumente verloren gingen und über Funk von Berlin neu an den nächsten angelaufenen Hafen geordert wurden. Waren Messungen wegen technischer Mängel in der Verschlussmechanik nicht zustande gekommen, wurde die Serie wiederholt. Nach den mehrstündigen ozeanographischen Serienuntersuchungen wurde das Planktonnetz ausgeworfen, ein etwa drei Meter langes, trichterförmiges Netz, das in vorbestimmte Tiefen hinuntergelassen, dort eine kleine Strecke nach oben durchgeholt und schließlich mit einer Sperre dichtgeschlossen werden konnte. Unter der wissenschaftlichen Leitung des Schiffsstabsarztes und des Biologen untersuchte man die in dem Fang zurückbehaltenen Organismen. Insgesamt dauerten die Arbeiten an einer Station etwa acht bis zehn Stunden. Die Marinematrosen und Wissenschaftler hatten zügig zu arbeiten, da bei den insgesamt knappen Kohlenvorräten des Schiffes die Zeit für eine Profilfahrt begrenzt war. Eine ihrer Atlantiküberquerungen auf den Profilirouten beendete der „Meteor“ nur mehr mit 15 Tonnen Brennstoff im

Kohlenbunker, ca. 3% der vollen Ladung. Je nach Stand der Treibstoffvorräte musste die Dampfheizung abgestellt, das elektrische Licht rationiert oder das Ruder von vier Seeleuten anstatt der Maschine bedient werden.

Während der wissenschaftlichen Untersuchungen hatte der wachhabende Seeoffizier das Schiff so über einer Stelle zu halten, dass die ins Wasser ausgeworfenen Drähte mit den Instrumenten nicht zu weit vom Bootsrumf abstanden oder gegen die Bordwand kamen - bei schwerer See oder entgegengesetzten Richtungen von Wind- und Wasserströmungen stellte dies anspruchsvolle Herausforderungen an das Manövrieren, das zudem viel Kraftstoff verbrauchte. Nach etwa zwanzig Stunden Fahrt zu der nächsten, etwa 300km weiter entfernt vorgesehenen Station, begann der acht- bis zehnstündige Untersuchungsgang von Neuem. Auf den längeren Fahrtabschnitten zwischen den einzelnen Stationen ließ man bei passablen Windverhältnissen den meteorologischen Höhendrachen aufsteigen, der in einem kleinen Schutzgehäuse ein kontinuierlich laufendes Aufzeichnungsgerät für Temperaturgrad, Luftdruck, Luftfeuchtigkeit und Windgeschwindigkeit enthielt. Von Achtern des "Meteor" in den Himmel ausgebracht, zog das Schiff den meteorologischen Registrierdrachen bis in Höhen von fünf Kilometern. Die Windgeschwindigkeiten in noch höheren Atmosphärenschichten ermittelte man durch sogenannte Pilotballone, d.h. Gummiballone, die mit Wasserstoff auf etwa ein bis eineinhalb Metern Durchmesser aufgeblasen und dann von Deck losgelassen wurden. Mit einem Theodolit verfolgte ein technischer Matrose den raschen Aufstieg, um jede Minute den sich verändernden Höhenwinkel zu notieren. Im gleichen Rhythmus ermittelte man die steigende Entfernung. Bis der Pilotballon in Höhen von 10 bis 15km durch den veränderten Druck platzte oder einfach hinter Wolken verschwunden war, konnten meteorologische Daten zur Bestimmung von Höhenwinden gesammelt werden. Die Bewegung in der Atmosphäre konnte zudem durch ein kleines, umgebautes Geschütz auf der Back ermittelt werden. Bei teilweise bewölktem Himmel diente es als Windschießgerät dazu, Sprengwölkchen in den Himmel zu setzen. Insgesamt nur zehnmal wurde bei beständigem, gutem Wetter die „Meteor“ in weniger tiefen Gewässern vor Anker gelegt. Dabei wurden die Strömungsverhältnisse für zwei Tage lang auch während der unterschiedlichen Gezeiten-Phasen gemessen.

## 2. 1. 7. Die symbolische Wirkung der „Meteor“-Expedition für die Wissenschaftspolitik

Die Durchführung des integrierten ozeanographischen, meteorologischen und chemischen Forschungsprogramms auf der „Meteor“ erforderte eine Zusammenarbeit in mehrfachem Sinne. Einerseits verlangte die Positionierung des Schiffes von Station zu Station eine routinierte Marinearbeit im Manövrieren, Navigieren und in der technischen Bedienung der Drahtseilwinden für die Wasser- und Luftuntersuchungen. Andererseits waren die Biologen, Chemiker, Meteorologen und Physiker an Bord von „Meteor“ für das Sammeln und Auswerten derjenigen Daten verantwortlich, die über die nautischen Vermessungsgrundlagen hinausgingen und die „Meteor“-Fahrt zu einer innovativen, großen Forschungsfahrt durch einen Ozeanraum werden ließen.<sup>398</sup> Das disziplinierte Zusammenwirken über mehr als zwei Jahre hinweg formte eine maritime Wissenschaftskultur mit Spielregeln aus dem Mannschaftsleben und der Meeresforschung.<sup>399</sup> Die regelmäßig in Berlin einlaufenden Berichte über diese gemeinsamen Arbeit auf der „Meteor“ regten Friedrich Schmidt-Ott an, die wissenschaftlich-militärische Zusammenarbeit des „Meteor“ auf See als ein gelingendes Modell der Kooperation, einer gemeinschaftlichen Organisation von Forschungsaufgaben wahrzunehmen. Zudem diente die Fahrt des Vermessungsschiffs auch den kulturpolitischen Absichten der Wissenschaftspolitik, mithilfe der deutschen Wissenschaft im Ausland Achtungsgewinne zu erzielen. Dazu gaben die Ruhepausen des Schiffes und die Landgänge der „Meteor“-Mannschaft die Gelegenheit. In der Regel steuerte das Vermessungsschiff „Meteor“ am Ende einer Profilfahrt regelmäßig einen Hafen an, der entweder zu einer früheren deutschen Kolonie gehörte oder eine auslandsdeutsche Gemeinde aufwies. Das Besuchszeremoniell für die Mannschaft und die Begrüßung der Wissenschaftler unterstrich die revisionistischen Ansprüche des Deutschen Reichs auf deutsche Mandate über seine ehemaligen Kolonien, wie sie Außenminister Gustav Stresemann im August 1925 als Bedingung für den Beitritt zum

---

398 Der Hydrograph Günther Böhnecke hat die militärisch-wissenschaftliche Kooperation beschrieben, wie sie sich auf hoher See während der Messungen auf einer Station abspielte, vgl. Günther Böhnecke: Mit der Deutschen Atlantischen Expedition auf dem Forschungsschiff "Meteor", in: Meereskunde. Sammlung volkstümlicher Vorträge zum Verständnis der nationalen Bedeutung von Meer und Seewesen, hg. v. Institut für Meereskunde, Berlin, Bd. 16, Heft 5 (=Reihe Meereskunde Bd. 181), Berlin 1928, S. 1-36.

399 Vgl. Rozwadowski, Helen M.: Small world. Forging a scientific maritime culture for oceanography, in: Isis 87 (1996), S. 409-429.

Völkerbund reklamierte. Das Vermessungsschiff der Reichsmarine erfüllte bei diesen Anlässen des Landganges eine auswärtige kulturpolitische Funktion, die in Berlin aufmerksam beobachtet und von Friedrich Schmidt-Ott lebhaft begrüßt wurde:

"Ich habe bereits Berichte aus Pretoria über den dortigen Empfang und zweifle nicht, dass das Erscheinen unserer Offiziere und Gelehrten in der Kolonie einen dauernden und rühmlichen Eindruck hinterlassen wird."<sup>400</sup>

Das Expeditionsschiff landete in Angola zu einer Zeit, als das Deutsche Reich beinahe das im Besitze von Portugal befindliche Kolonialland gekauft hätte.<sup>401</sup> Die Kamera, welche von der Propaganda-Abteilung der Reichsmarine mit an Bord von „Meteor“ gegeben worden war, filmte Eindrücke von Land, Leuten und der Expeditionsfahrt. Eine halbe Stunde an ausgewählten kinematographischen Aufnahmen führte Friedrich Schmidt-Ott dem wissenschaftlichen Beirat der Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte auf ihrer 102. Tagung im September 1926 vor.<sup>402</sup> Sein Vortrag und die Bilder lösten „wahre Begeisterung“ unter den versammelten Zuschauern aus.<sup>403</sup> Die Fahrt des „Meteor“ bot eine politisch-symbolische Identifizierung mit ihr an, nicht nur für die konservativ denkende Gelehrtenelite, sondern auch für eine Öffentlichkeit mit deutschnationalen, revisionistischen Einstellungen, die in der Expedition einen Beitrag der Wissenschaft für gesamtdeutsche Ziele sehen konnte.

## 2. 2. Die Erfindung der „Gemeinschaftsarbeiten“

Im Herbst 1923 geriet das Deutsche Reich in eine ihrer schwersten Staatskrisen, die die schiereren finanziellen Möglichkeit einer Wissenschaftsförderung durch das Reich wieder in Frage stellten und damit auch den Fortbestand der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gefährdeten. Der Ruhrkampf zehrte den Reichshaushalt aus, sodass das Reich nach der Stabilisierung der Währung am 15. November 1923 mit einem Haushaltsdefizit konfrontiert war und mit einschneidenden Sparmaßnahmen

---

400 Schmidt-Ott an Spiess (V.S. „Meteor“), 7. Mai 1926.

401 Schreiber, Georg: Deutsche Wissenschaftspolitik von Bismarck zu Atomwissenschaftler Otto Hahn. Betrachtungen zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches, Münster 1954.

402 Ausschnitte des Filmmaterials der „Meteor“-Expedition zeigt der einstündige Dokumentarfilm „Am Anfang war das Kanonenboot. Die Geschichte der deutschen Meeresforschung“ von Regisseur Hanns-J. Neubert und Kameramann Ernst Hammes, produziert vom Sender WEST3 im Jahr 1988.

403 Tageskalender, 19. September 1926, dort der mildere Kommentar „alle befriedigt“. Siehe auch GStA PK Dahlem Rep. 76 Vc. Sekt. 2 Tit. XXIII Littr. H (Institut für Meereskunde). Vgl. auch Verhandlungen der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte. Amtlicher Bericht über die Versammlung zu Düsseldorf vom 19.-26. September 1926, Band 89, Berlin: Springer 1926.

reagierte.<sup>404</sup> Die Politik prüfte dabei auch die Einsparungsmöglichkeiten im Wissenschaftssystem für das Jahr 1924. Die frühere Bereitschaft des Reichs, die Wissenschaften mit Mitteln des Reichshaushalts zu fördern, schwand. Deshalb musste sich die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft beim Übergang von der Hyperinflation in die Stabilisierungsphase der Weimarer Republik mit finanziellen Engpässen und mit ihrer Legitimation auseinandersetzen. Die Staatskrise zwang die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, ihre Handlungsmöglichkeiten zu überdenken. Angeregt durch die Vorbereitungen zur „Meteor“-Expedition, entwickelte Friedrich Schmidt-Ott für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft neue „Forschungspläne“. Dabei machte er sich Denkanstöße zu eigen, die von amerikanischen Wissenschaftlern, von Direktoren industrienaher Kaiser-Wilhelm-Institute und von Regierungsvertretern stammten. Die Berücksichtigung der verschiedenen Interessen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft und deren Verknüpfung zu einer neuen wissenschaftspolitischen Lösung geschah unter dem Druck, die Aufgabe der Notgemeinschaft in der Wissenschaftsförderung neu zu formulieren. In dieser Situation definierten sich die neuen forschungspolitischen Prioritäten für die Notgemeinschaft, die die sog. „Gemeinschaftsarbeiten“ zu organisieren begann. Dabei entstand im Herbst 1924 der Plan für eine „Kommission für Forschungsfragen“. Diese Kommission hätte, wie noch zu zeigen sein wird, als eine Art erster ‚Deutscher Forschungsrat‘ in der Weimarer Republik fungieren können.

### **2. 2. 1. Sparen und Abbauen**

Das Reich hatte sich im Herbst 1922 gegenüber der Reparationskommission dazu verpflichtet, dass „Deutschland durch innere Reformen seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen werde.“<sup>405</sup> Um dieser Aufgabe nachzukommen, beauftragte das Kabinett am 27. November 1922 den Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reichs, Staatsminister Friedrich Saemisch, damit dieser gemeinsam mit dem Reichsfinanzministerium die Haushalte durchprüfe und Sparvorschläge

---

404 Heinrich August Winkler: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 246-253.

405 Raab, Friedrich: Der Reichssparkommissar und seine Aufgaben, in: Reich und Länder. Zeitschrift für die Entwicklung der Verfassung und Verwaltung in Deutschland 4 (1930) Heft , S. 96-102, S. 96.

unterbreite.<sup>406</sup> Der Kabinettsauftrag an Friedrich Saemisch war „kein Nebenamt, sondern eine an die Person geknüpfte Sonderaufgabe“, die sich später zu der amtlichen Position des „Reichssparkommissars“ festigte.<sup>407</sup> Der „Reichssparkommissar“ zielte bei seiner Suche nach finanziellen Einsparungsmöglichkeiten u.a. auf die kulturpolitischen Reichsfonds. Der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft war am 14. August 1923 im Reichstag ein Nachtragshaushalt mit einem Inflationsgeldwert in Höhe von 900 Milliarden Reichsmark bewilligt worden.<sup>408</sup> Außerdem wurden „für kulturelle Aufgaben“ 500 Milliarden und weitere 500 Milliarden „für gemeinnützige Anstalten“ von Reich wegen veranlasst.<sup>409</sup> Am 31. August 1923 riet Friedrich Saemisch in einer geheimen „Denkschrift über Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Gestaltung des Reichshaushaltes“ an Reichskanzler Gustav Stresemann zu einem „Abbau des Dotationssystems“.<sup>410</sup> Der Reichssparkommissar erläuterte dazu, dass in „einzelnen Haushalten [...] nicht unerhebliche Beträge für Förderung wissenschaftlicher, kultureller oder sonstiger Bestrebungen ausgeworfen“ seien. An die Stelle des Reichs müssten als Förderer jedoch allmählich „nachgeordnete Verbände - je nachdem die Gemeinden oder die Länder“ und besonders „freie Organisationen beteiligter Kreise“ treten. Der Notgemeinschaft drohte damit entweder die Unterordnung neben die Kultusverwaltungen der Länder oder eine erhebliche Eingrenzung ihrer Finanzquellen auf private Mittel und Stiftungsvermögen. In beiden Fällen hätte dies die Auflösung der Notgemeinschaft bedeutet. Denn erstens hatten die Abteilungen für die Wissenschaftsförderung in den Kultusverwaltungen für einen zusätzlichen

---

406 Das Ermächtigungsgesetz für das Kabinett von Reichskanzler Wilhelm Marx galt vom 8. Dezember 1923 bis zum 14. Februar 1924, vgl. RK 9733.

407 Walther Nordbeck: Friedrich Ernst Moritz Saemisch, 1869-1945, in: Männer der deutschen Verwaltung. 23 biographische Essays, Köln 1963, S. 315-327, hier S. 318.

408 Tageskalender, 8. August 1923. Der Antrag auf eine Nachbewilligung zum Ausgleich der Geldentwertung wurde am 8. August 1923 im Reichstag eingebracht von Georg Schreiber, Gustav Radbruch, Theodor von Guérard, Otto Hoetzsch, Gustav Stresemann, Carl Petersen und Konrad Beyerle, vgl. Dritter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924, Halle (Saale): Emil Wolff & Söhne 1924, S. 4.

409 Georg Schreiber: Denkschrift über den Mehrbedarf der Notgemeinschaft. Anlage 5 zum 7. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan, Reichsministerium des Innern, 2. Nachtrag für 1922. Erhöhung der Reichsbeihilfe, Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte I. Wahlperiode 1920, Band 361, 381. Sitzung (14. August 1923), S. 11862D-11863B, vgl. außerdem: Dritte Beratung des zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsplan für 1923 (Nr. 6140 der Anlagen)

410 Akten der Reichskanzlei betreffend Verwaltungsreform, Band 3 (1. Februar 1923 bis 31. Oktober 1923), BAK R 43 I Nr. 1948. Eine Abschrift der geheimen Denkschrift ging an das Reichsfinanzministerium.

organisatorischen Apparat wie die Notgemeinschaft gar keinen Bedarf. Und zweitens war schon der Gründungsauf Ruf für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Jahr 1920 - zur Enttäuschung der Wissenschaftspolitik - nicht mit der erwarteten Großzügigkeit von mäzenatischen Kreisen beantwortet worden. In der Hyperinflation von 1923 waren die Aussichten auf ein reiches, wissenschaftsförderndes Stiftungsvermögen im Deutschen Reich endgültig zerstoßen. Aus diesen Gründen hätte eine unbedingte Umsetzung der Empfehlungen des Reichssparkommissars im Herbst 1923, das „Dotationssystem“ auf der Reichsebene einzusparen, wohl dahin geführt, dass der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft die finanziellen Mittel für ihre Existenz abgegraben worden wären. Offenbar wollte Friedrich Saemisch aber die Notgemeinschaft durchaus vor ihrer Abschaffung schützen, wofür persönliche Indizien und berufliche Verbindungen sprechen. Reichssparkommissar Friedrich Saemisch entstammte einem arrivierten akademischen Milieu im rheinischen Bonn. Als Senator der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war er der Wissenschaftskultur im Deutschen Reich eng verbunden. Dies könnte eine Rolle gespielt haben, als Friedrich Saemisch befand, die Zwecke der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft seien „von so allgemeiner Bedeutung“, dass er die „Einstellung von Mitteln in den Reichshaushalt noch rechtfertigen“ könne. Entscheidend dabei war, wie Friedrich Saemisch hervorhob, dass der vorläufige Erhalt von Dotationen („Reichsfonds“) für wissenschaftliche und künstlerische Zwecke unbedenklich sei, solange der mit den staatlichen Geldern ausgestattete private Verband auf eine „gleichmäßige Verteilung der Beträge“ achtete. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft erfüllte diese formelle Bedingung durch ihren ausgewogenen Aufbau als Vertreterin der gesamten Wissenschaft.

Der Ermessensspielraum des Reichssparkommissars ermöglichte auf diese Weise im Spätsommer 1923 zwar den mittelfristigen Erhalt der Notgemeinschaft. Aber die Fürsprache von Friedrich Saemisch änderte nichts an dem Konflikt über die Frage, ob die erheblich ausgeweitete Zuständigkeit für die Wissenschaftsförderung von den Ländern auf das Reich, also das entstandene „Dotationssystem“ der Nachkriegszeit mit den nicht nur im Reichsinnenministerium, sondern auch in weiteren Reichsministerien aufgeschütteten Summen für die Kultur- und Wissenschaftsförderung, mittelfristig wieder beschnitten werden sollte. Um im Reichshaushalt zu effektiven

Sanierungsmaßnahmen gelangen zu können, drang Friedrich Saemisch im September 1923, als die finanzbedingte Staatskrise ihrem Tiefpunkt zusteuerte, darauf, seine Stellung im Reich auf eine „größtmögliche Autorität“ hin zu erhöhen.<sup>411</sup> Friedrich Saemisch erhielt das Recht, an den Kabinettsitzungen teilzunehmen, Beschlussvorlagen vorzubereiten und Voten zum Haushaltsplan abzugeben. Am 18. Dezember 1923 ernannte ihn die Regierung zusätzlich zum Leiter der „Verwaltungsabbaukommission“, deren Aufgabe darin bestand, „eine Vereinfachung der Verwaltung und eine Verringerung der Aufgaben des Reichs durchzuführen“.<sup>412</sup> In der Kabinettsitzung vom 10. Januar 1924 berief Friedrich Saemisch zwei weitere Staatssekretäre an seine Seite, darunter auch Theodor Lewald, einen nicht nur kulturpolitisch außerordentlich versierten Spitzenbeamten der Reichsverwaltung. Saemisch und seine Staatssekretäre walteten als „Kommission für den Personalabbau“ mit der Aufgabe, den Beamtenapparat im Reich zu verkleinern.

Auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 und den durchgesetzten Sparmaßnahmen wurden die Wissenschaftsunternehmen und die Forschungsinstitute im Deutschen Reich „allmählich zum Verhungern und Erliegen gebracht“, wie der Abgeordnete Reinhold Wulle (Deutschvölkische Freiheitspartei) am 6. Dezember 1923 im Reichstag beklagte.<sup>413</sup> Viele Gelehrte, z.B. Otto Lerche, der Direktor der Bibliothek in Wolfenbüttel, wandten sich in der Presse gegen die Einschnitte:

„Die offensichtlich gewordene unendliche Geldnot des Reiches bringt anscheinend die letzten Rettungsmöglichkeiten unseres Daseins, die geistigen Grundlagen unserer Kultur und des völkischen Wiederaufbaus, deutsche Wissenschaft und geistige Bildung in Gefahr; sie sollen dem Sparteufel geopfert werden.“<sup>414</sup>

Da wegen der eingefrorenen staatlichen Budgets und der galoppierenden Inflation jene Mittel, die die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft vergeben konnte, nur eine geringe Hilfe darstellten, beschloss der Senat der Universität Breslau am 10.

---

411 RK 10117.

412 Handbuch für das Deutsche Reich 43. Jahrgang (1926). Hg. v. Reichsministerium des Innern, Berlin 1926, S. 244.

413 Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920, Stenographische Berichte, Band 361, 396. Sitzung, 6. Dezember 1923, Sp.12340 B.

414 Otto Lerche: Der Rahmen der Wissenschaft, in: Neue Preußische Kreuz-Zeitung, 1. Januar 1924, o. S..

November 1923 folgendes Communiqué, das an alle Universitäten im Reich versandt wurde:

„Die Einrichtung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft ist nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern noch weiter auszubauen. Im Besonderen soll die Notgemeinschaft auch ferner und noch mehr als bisher in den Stand gesetzt werden, die wichtigen wissenschaftlichen Zeitschriften sowie wertvolle Einzelarbeiten derart zu unterstützen, dass ihr Erscheinen gesichert ist. Es ist ihr zu diesem Zwecke ein ausreichender Betrag in Goldmark durch den Staatshaushalt zur Verfügung zu stellen.“<sup>415</sup>

Für die Regierung aber kam eine vorbehaltlose und großzügige Förderung der Geistes- und Kulturwissenschaften aus Reichsmitteln inmitten der Wirtschaftskatastrophe nicht in Frage, anders als noch im Jahr des politischen Zusammenbruchs 1918/19. Reichsfinanzminister Hans Luther und Reichssparkommissar Friedrich Saemisch sprachen am 14. November 1923 während einer Abendeinladung bei Adolf von Harnack mit Friedrich Schmidt-Ott und machten ihm deutlich, dass das Reich nur bereit sein würde, weiterhin Forschung zu fördern, wenn es sich um „produktive Wissenschaft“ handele.<sup>416</sup> Reichsfinanzminister Hans Luther begriff dabei das Forschungspotential im Deutschen Reich als einen möglichen Beiträger zu den Reparationsverpflichtungen des Deutschen Reichs. Als handele es sich beim Wissenschaftsbetrieb ähnlich wie bei einem industriellen Herstellungsbetrieb um einen sog. produktiven Pfänder, so verwies Hans Luther auf das seit 1888 in Paris arbeitende „Institut Pasteur“, das als eine private Einrichtung des Mikrobiologen Louis Pasteur (1822-1895) eine produktorientierte, d.h. auf die Entwicklung von Impfstoffen hin ausgerichtete Grundlagenforschung betrieb. Eine Woche später, am 20. November 1923, betonte Reichsfinanzminister Hans Luther gegenüber Friedrich Schmidt-Ott unter vier Augen erneut, dass die Notgemeinschaft vor allem die „produktive Wissenschaft“ stärker fördern solle, sogar auch dann, wenn Adolf v. Harnack wegen der Interessen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft anderer Auffassung sei.<sup>417</sup> Der Druck auf die Notgemeinschaft verstärkte sich, als Reichssparkommissar Friedrich Saemisch den eingeschlagenen Kürzungskurs fortsetzen musste und die kulturpolitischen Reichsdotationen abbaute, auch im Falle der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Diese hatte auf ihrer Sitzung des Hauptausschusses am 30. Oktober

---

415 GStA PK I. HA Rep. 76 V.c Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. 1, Bl. 512.

416 Tageskalender, 14. November 1923.

417 Tageskalender, 20. November 1923.

1923 beschlossen, für das Rechnungsjahr 1924 5 Millionen Zuschuss zu beantragen, und falls dies nicht möglich sei, notfalls nur mit 3 Millionen Zuschuss zu arbeiten. In einem Kommuniqué bekräftigte der Hauptausschuss die wissenschaftspolitische Aufgabe der Notgemeinschaft:

„Die Notgemeinschaft selbst hat in den 3 Jahren ihres Bestehens ihr Daseinsrecht in der Wissenschaftsorganisation Deutschlands erweisen können, sodass von ihrem Weiterbestehen die Zukunft der deutschen Wissenschaft und des wissenschaftlichen Nachwuchses wesentlich abhängen wird.“<sup>418</sup>

Am 1. Dezember 1923 forderte Friedrich Saemisch von Friedrich Schmidt-Ott einen detaillierten Aufschluss über die privaten Finanzierungsquellen der Notgemeinschaft an.<sup>419</sup> Dann veranlasste die Verwaltungsabbaukommission, im Haushaltsanschlag für das Jahr 1924 den staatlichen Zuschuss der Notgemeinschaft drastisch herabzusetzen. Friedrich Schmidt-Ott erfuhr am 25. Januar 1924 – aus namentlich nicht genannter Quelle –, dass das Reich plane, den Zuschuss für die Notgemeinschaft im Rechnungsjahr 1924/25<sup>420</sup> auf 1 Million Reichsmark einzufrieren.<sup>421</sup> Dies war ein alarmierendes Signal. Die Notgemeinschaft musste nun ernsthaft um den künftigen Erhalt ihres Reichszuschusses und um ihre weitere Existenz besorgt sein.

Obwohl verschiedene, einflussreiche Vertreter der Politik deutlich gemacht hatten, dass eine weitere Wissenschaftsförderung von Seiten des Reichs vor allem der wissenschaftstechnologischen, produktbezogenen Forschung zu Gute kommen sollte, wiesen die akademischen Kreise eine wissenschaftspolitische Akzentverschiebung in Richtung einer anwendungsorientierten Fördertätigkeit, wie sie Reichsfinanzminister

---

418 Protokoll der Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss, 30. Oktober 1923, BAK R 73 Nr. 87, S. 3.

419 „Information für den Reichsbankpräsidenten(sic!) Friedrich Saemisch“, Schmidt-Ott an Saemisch, 14. Dezember 1923, BAK R 73 Nr. 69. Die Notgemeinschaft deklarierte als private Finanzquellen für 1923 Summen über 40.000.- Dollar Spenden aus den USA, 2000 Yen aus Japan und 4500 Pesos aus Südamerika sowie eine Reihe von Sach- und Güterleistungen, vgl. Dritter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924, Halle (Saale): Emil Wolff & Söhne 1924, S. 57-59.

420 Das Rechnungsjahr eines Reichshaushalts dauerte jeweils von 1. April bis 31. März des folgenden Jahres, gemeint ist hier also das Finanzjahr vom 1. April 1924 bis 31. März 1925.

421 Tageskalender, 25. Januar 1924. Der Tageskalender für diesen Tageseintrag enthält keine Angabe über die Person, die Friedrich Schmidt-Ott informiert hat. Es wäre nicht unmöglich, dass entweder die Umgebung des Reichssparkommissars oder Friedrich Saemisch selbst gegenüber Friedrich Schmidt-Ott eine entsprechende Andeutung, z.B. telefonisch, gemacht haben könnte. Beide hatten im Übrigen auch Umgang miteinander außerhalb der unmittelbaren Geschäfte der Notgemeinschaft. Als Mitglieder im Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft waren sie häufig zu Veranstaltungen in den Instituten in Berlin-Dahlem eingeladen; am 12. Januar 1924 setzten sich beide nebeneinander in Otto Hahns Vortrag über Niels Bohrs Atomtheorie, vgl. Tageskalender, 12. Januar 1924.

Hans Luther gerade auch der Notgemeinschaft nahegelegt hatte, beredt zurück. Der Physiker Heinrich Koenen betonte gegenüber Friedrich Schmidt-Ott am zweiten Gründungstag der Notgemeinschaft, dem 30. Oktober 1923, dass die Wissenschaftsorganisation eine „Kulturelle Gemeinschaft“ bilde.<sup>422</sup> Der Rektor und der Senat der Universität Frankfurt legten am 25. Januar 1924 in einer Eingabe an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin, Otto Boelitz, dar, dass sie besonderes Gewicht darauf legten,

„dass nicht nur den sogenannten praktischen, sondern auch den Geisteswissenschaften reichlicher als bisher geholfen wird. Die praktischen Wissenschaften, wie Physik, Chemie, die ganze Technik, die Medizin, die Landwirtschaft sind eher in der Lage, sich private Hilfsquellen zu erschließen. Den Geisteswissenschaften sollte deshalb in besonderem Maße aus öffentlichen Geldern geholfen werden, zumal das mit verhältnismäßig geringem Aufwand geschehen kann.“<sup>423</sup>

Ähnlich hatte auch eine Denkschrift des Rektors der Universität Breslau vom 9. Januar 1924 verlangt, dass die Wissenschaft in ihrer gesamten Breite aus Reichsmitteln zu fördern sei:

"Und zwar müssen nicht nur die vermeintlich praktischen Wissenschaften: Chemie, Technik, Medizin, Landwirtschaft u.s.w. in ihrer Arbeit gefördert werden, sondern gerade auch die Geisteswissenschaften die, wenn es überhaupt möglich ist, allein die kranke Mentalität der Gegenwart regenerieren können.“<sup>424</sup>

Die Breslauer Denkschrift gab sich überzeugt davon, dass die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft diese Aufgabe „bei weiterem Ausbau“ in immer höherem Masse erfüllen könne. Eindringlich wandte sich auch Friedrich Schmidt-Ott an die Politik und bat kurz vor der beratenden Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages am 2. Februar 1924, die erwogene Kürzung gegen die Notgemeinschaft abzuwenden. In gezielten Schreiben an Reichsinnenminister Karl Jarres, Reichsfinanzminister Hans Luther, Reichspräsident Friedrich Ebert, den Sparkommissar Friedrich Saemisch und den Staatssekretär der Verwaltungsabbaukommission Theodor Lewald, protestierte Friedrich Schmidt-Ott, dass der vorgesehene Dotationsabbau eine

---

422 Tageskalender, 30. Oktober 1923.

423 Rektor und Senat der Universität Frankfurt/Main an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin, 25. Januar 1924, GStA PK I. HA Rep. 76 V.c Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. 1, Bl. 516.

424 Denkschrift der Universität Breslau, 9. Januar 1924, GStA PK I. HA Rep. 76 V.c Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. 1, Bl. 512.

„Notgemeinschaft in Not“ brächte, eine „*contradictio in adjecto*“.<sup>425</sup> Energisch wies Friedrich Schmidt-Ott jeden Gedanken an eine Übertragung der Aufgaben der Notgemeinschaft an die staatlichen Kultusadministrationen der Länder zurück. In einem solchen Falle drohten „partikulare Interessen“ der Länder die gesamtdeutsche Reichskulturpolitik zu Fall zu bringen.<sup>426</sup> Auch die auswärtige Kulturarbeit der Wissenschaft nähme Schaden: wenn sich der Staat jetzt mit einer Kürzung der Gelder zurückziehe, dann müssten die im Ausland vorangetriebenen Ausgrabungen der Notgemeinschaft, z.B. in Didyma und Samos, die erst vor Kurzem begonnen hatten, wieder angehalten werden. Im Tone der Ruhrkampf-Propaganda deutete Friedrich Schmidt-Ott an, dass von einer solchen Unterbrechung der archäologischen Arbeiten in Kleinasien vor allem die französischen Wissenschaftler profitierten, die die Grabungsfelder der Deutschen sicher sogleich besetzten.<sup>427</sup> Auch der neue Plan des Ozeanographen Alfred Merz für eine große Expedition in den Atlantik müsste von der Notgemeinschaft wieder fallengelassen werden. Eine solche Annullierung würde Deutschland wissenschaftlich und international zurückwerfen, da nur die deutsche Wissenschaft, wie Friedrich Schmidt-Ott betonte, ozeanographische Probleme von einer Größenordnung, wie sie Alfred Merz skizzierte, auch lösen könne. Friedrich Schmidt-Ott bestand daher darauf, einen „Not-Etat“ der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft für 1924 in einer Höhe von mindestens 3 Millionen Reichsmark zu beantragen.

---

425 Schmidt-Ott an Luther, 1. Februar 1924, BAK R 73 Nr. 69.

426 Schmidt-Ott an Saemisch, 2. Februar 1924, BAK R 73 Nr. 69.

427 Schmidt-Ott an Busch, 2. Februar 1924. Schmidt-Ott an Lewald, 2. Februar 1924, BAK R 73 Nr. 69.

## 2. 2. 2. Ein „Not-Etat“. Die Prioritäten der Wissenschaftsförderung 1923/24

Friedrich Schmidt-Ott stellte am 2. Februar 1923 einen „Not-Etat“-Antrag für die Notgemeinschaft für das Rechnungsjahr 1924/25 und führte dabei die einzelnen Förderbereiche auf.<sup>428</sup> Aus der Mittelverteilung lässt sich die forschungspolitische Leitlinie der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nach dem Ende der Währungsnot ablesen. Friedrich Schmidt-Ott schlug folgende Posten vor:

Ausgabenposten	Reichsmark
Unterstützung der Bibliotheken sowie zur Finanzierung der zentralisierten Beschaffung der Auslandsliteratur	1.000.000
Publikationswesen, v. a. Verlagsunternehmungen für Zeitschriften und die Fortsetzung von Einzelwerken	1.000.000
Unterstützung von Forschern mit Apparaten, Instrumenten und Rohmaterialien zur Durchführung von Experimenten	400.000
Versuchstierbeschaffung	50.000
Reiseunterstützungen und für die Förderung einzelner größerer Projekte	200.000
Forschungsstipendien und Einzelprojektunterstützungen	150.000
Ruhr-Gebiet-Unterstützung	100.000
Fracht und Pakete	40.000
Verwaltung	60.000
"Unvorhergesehenes"	60.000
Summe	3.000.000

Tabelle 2: „Not-Etat“ 1924. Quelle: BAK R 73 Nr. 69

In dieser Aufstellung über 3.000.000.- Reichsmark waren nur eine Summe von 810.000.- Reichsmark oder 27% des „Not-Etats“ für die Produktion von neuem Wissen vorgesehen, der Finanzierung von Forschung im eigentlichen Sinne, wenn man dafür die Aufwendungen für Apparate und Materialien, Reisen und Forschungsstipendien zusammenzählt. 73% des Budgets sollten für die wissenschaftliche Infrastruktur ausgegeben werden. Zählt man nur die Forschungsstipendien allein, kam die Nachwuchsförderung im „Not-Etat“ der Notgemeinschaft für 1924 sogar nur auf 5% des Gesamtbudgets.

Es ist offensichtlich, dass die Notgemeinschaft mit dieser Mittelverteilung in erster Linie auf ein Jahrzehnt der Entbehrungen in der Infrastruktur der wissenschaftlichen Kommunikation seit 1914 reagierte. Insbesondere die Versorgung der Bibliotheken mit neuester Literatur aus dem In- und Ausland hatte noch lange nicht das Niveau der Vorkriegsjahre erreicht. Allein in der Berliner Staatsbibliothek war der Bezug an ausländischen Zeitschriften in den Kriegs- und Inflationsjahren zwischen 1914 und

---

428 Schmidt-Ott an Saemisch, 2. Februar 1924, BAK R 73 Nr. 69.

1920 von 3240 ausländischen Periodika auf 420 zurückgegangen.<sup>429</sup> Den Hauptbeitrag, den die Notgemeinschaft für die Wissenschaften im Deutschen Reich leisten würde, sah Friedrich Schmidt-Ott daher im Frühjahr 1924 in der „Ergänzung der in den Jahren 1914 bis 1924 erschienenen ausländischen Literatur an den deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken“.<sup>430</sup> Diese infrastrukturelle Fördermaßnahme sollte auch dabei helfen, die Käseglocke der intellektuellen Abschottung zu heben, die seit 1914 über dem Deutschen Reich lastete. Gemeinsam mit der Preußischen Staatsbibliothek, der Bayerischen Staatsbibliothek und den Fachgutachtern der Notgemeinschaft stellte der Bibliotheksausschuss der Notgemeinschaft eine „Standardliste“ wissenschaftlicher Monographien des Auslands aus den Jahren 1914-1924 mit etwa 3600 Titeln zusammen.<sup>431</sup> Die Universitätsbibliotheken konnten aus diesen Empfehlungen ihre Bestellungen wählen. Die beschaffte Literatur führte die Notgemeinschaft alle zwei Monate in einer besonderen Beilage auf, dem „Nachweis für deutsche Bibliotheken erworbener Auslandsliteratur“, und legte sie den Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen bei. Friedrich Schmidt-Ott räumte ein, dass die finanziellen Mittel dazu gezwungen hätten, „eine gewisse Planwirtschaft zu befolgen“, sodass nur jeweils ein beschafftes Exemplar aus der Liste ausländischer Bücher an eine ausgesuchte Hochschulstadt hatte geliefert werden können.<sup>432</sup> Die Notgemeinschaft berücksichtigte dabei die fachlichen Schwerpunktsetzungen, die die Kultusverwaltungen der Länder eingerichtet hatten, um thematische Sammelgebiete regional auf die Hochschulbibliotheken im Deutschen Reich aufzuteilen. Dabei handelt es sich um die heutigen „Sondersammelgebiete“ an den Hochschulbibliotheken, die seit 1910 im Zuge einer Reform unter der Ägide von Fritz Milkau als „Sonderaufgaben im Ausbau der Bestände der Bibliotheken“ begründet worden waren. Insgesamt verwendete die Notgemeinschaft auf die Bibliotheksförderung und die Unterstützung der wissenschaftlichen Verlage im Jahr 1924 etwa 2 Millionen Reichsmark (siehe oben, Tabelle „Not-Etat“ 1924). Mithin blieb

---

429 Hugo A. Krüss, in: Gesamtverzeichnis der ausländischen Zeitschriften (GAZ) 1914-1924, hg. v. Auskunftsbureau der deutschen Bibliotheken, Berlin: Preußische Staatsbibliothek 1929, S. III.

430 Friedrich Schmidt-Ott, in: Vierter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (...), Berlin 1925, S. 7.

431 Friedrich Schmidt-Ott: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, in: Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen 5 (1925), Heft 8 (August), S. 136f.

432 Friedrich Schmidt-Ott: Mitteilung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, in: Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen 5 (1925), Heft 4 (April), S. 84.

nach dem unmittelbaren Ende der Inflationszeit die Versorgung der Bibliotheken eine maßgebliche Priorität in der Forschungspolitik der Notgemeinschaft, so sehr, dass Friedrich Schmidt-Ott sich noch im Nachhinein veranlasst sah, die Fördergemeinschaft trocken „eine Notgemeinschaft der Bibliotheken“ zu nennen.<sup>433</sup> Tatsächlich betrieben der Verlags- und der Bibliotheksausschuss der Notgemeinschaft in Kooperation mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels in Leipzig eine „Einkaufsstelle“, die vor allem Rabatte auf wissenschaftliche Druckerzeugnisse erzielte und angeforderte Literatur kostengünstiger besorgen konnte.<sup>434</sup> Wegen dieser verbilligten Bezugsmöglichkeiten fasste Friedrich Schmidt-Ott gegenüber Reichssparkommissar Friedrich Saemisch die Aufgabe der Notgemeinschaft lakonisch in den Satz zusammen: „Die Notgemeinschaft ist, wenn sie wollen, ein Konsumverein für Notzeiten.“<sup>435</sup>

Der Schwerpunkt der Wissenschaftsförderung, den die Notgemeinschaft in der Inflationszeit auf die wissenschaftliche Infrastruktur legte, kommt auch in den Neubewilligungen zum Jahr 1923 zum Ausdruck. Aufgrund der eingangs beschriebenen Lücken im Quellenbestand R 73 Zweiter Teil sind die Aussagen über erteilte und abgelehnte Bewilligungen nicht repräsentativ für das gesamte forschungspolitische Handeln der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Für das Jahr 1923 wird aus diesem lückenhaft erhaltenen Quellenmaterial ersichtlich, dass insgesamt nur 23 Neubewilligungen erfolgten, denen 8 Ablehnungen gegenüberstanden; von den Bewilligungen entfielen 3 auf Zeitschriftenzuschüsse, 8 auf Druckkostenzuschüsse, mindestens eine Unterstützung auf redaktionelle Arbeiten für eine Publikation, 2 Reisestipendien sowie 9 Unterstützungen für Hilfsarbeiten bei naturwissenschaftlichen Untersuchungen.<sup>436</sup> Während es nur eine sehr geringe Zahl an Forschungsstipendiaten gab, vermutlich zwischen 10 und 15 Stipendien, fielen die apparativen und maschinellen Einzelunterstützungen zahlreich aus. Der Forschungsbetrieb verlangte „immer wertvollere Apparate“ vor allem in der Medizin (45 Bewilligungen), in der Chemie (33), in der Physik (20), in den Land- und Forstwirtschaftswissenschaften (12), in

---

433 Schmidt-Ott, Friedrich: 22. Versammlung Deutscher Bibliothekare in Wien am 26.-29. Mai 1926, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 43 (1926) Heft 9/10, S. 426, S. 426.

434 Mälzer, Gottfried: Notgemeinschaft und Literaturbeschaffung. Wissenschaftsförderung nach dem Ersten Weltkrieg, in: Aus dem Antiquariat. Beilage zum Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 160 (1993) Heft 9, S. A329-A341.

435 Schmidt-Ott an Saemisch, 2. Februar 1924, BAK R 73 Nr. 69.

436 vgl. BAK R 73 Nr. 10192, 10193, 10458, 10620, 10625, 10719, 11288, 11291, 11620, 12222, 12287, 12290, 12405, 12880, 12918, 12948, 12949, 12958, 12963, 13052, 13705, 13772, 14089, 14304, 14426, 14565, 15574, 15575, 16017, 16125, 16316, 16537.

Mineralogie und Geologie (7), in der Biologie (5), in der experimentellen Psychologie (5), im Bauingenieurwesen (2) sowie im Hüttenwesen (1).<sup>437</sup> Auch die Empfehlungen und Hinweise der Fachgutachter der Notgemeinschaft deuteten in der angespannten Situation des Herbstes 1923 nicht so sehr auf besonders wichtige Forschungsvorhaben, sondern vor allem auf die materielle Ausstattung in ihren Disziplinen hin.<sup>438</sup> Der Münchner Chirurg Ferdinand Sauerbruch forderte am 30. Oktober 1923 für die Medizin vor allem „Mittel für Tierbeschaffung und Tierhaltung, Tierkäfige, chirurgische Apparate für Tieroperationen, Manometer, Kymographien, Geschwulstzerkleinerungsapparat“.<sup>439</sup> Viele renommierte Wissenschaftler versuchten mit rhetorischen Topoi der Wissenschaftspolitik die Dringlichkeit ihrer Gesuche bei der Notgemeinschaft zu unterstreichen. Der Geophysiker Emil Wiechert aus Göttingen warnte, dass jedes Sparen in der Messtechnik die Gefahr bringe, „dass vom feindlichen Ausland versucht wird, die bisherigen deutschen Erfahrungen benutzend, uns in den Hintergrund zu drängen.“<sup>440</sup> Die Meteorologie und ihre Vertreter von der Deutschen Seewarte in Hamburg und dem Aeronautischen Observatorium in Lindenberg drängten auf weitere Beihilfen zur Beschaffung von Pilotballonen und Wasserstoff. Kurt Wegener von der „Wissenschaftlichen Flugstelle“ in Staaken bei Berlin insistierte auf die Unterstützung von wissenschaftlichen Flügen, weil es sich bei Staaken „um die Existenz der einzigen wissenschaftlichen Flugstelle“ handle, die Deutschland für die technisch gestützte Wetterforschung besäße.<sup>441</sup>

### 2. 2. 3. Die verhinderte Abschaffung der Notgemeinschaft

Friedrich Schmidt-Otts Insistieren auf den Bestand der Notgemeinschaft und ihres Finanzierungsbedarfs überzeugte im Februar 1924 die Verwaltungsabbaukommission sowie den Haushaltsausschuss. Ein vorläufiger „Not-Etat“ der Notgemeinschaft für das Etatjahr 1924/25 wurde in der gewünschten Höhe von 3 Millionen Reichsmark bewilligt. Staatssekretär Theodor Lewald von der Verwaltungsabbaukommission

---

437 Tätigkeitsbericht des Apparate- und Material-Ausschusses für die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 1923, BAK R 73 Nr. 87, S. 1f.

438 Protokoll der gemeinschaftlichen Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft am Dienstag, den 30. Oktober 1923, GStA PK I. HA Rep. 76 V.c Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. 1, Bl. 469-503.

439 Ebd., Bl. 501.

440 Ebd. Bl. 501.

441 Ebd., Bl. 501.

ebnete dabei den Weg, damit die Notgemeinschaft mit staatlichen Geldern weiterarbeiten konnte. Die wissenschaftspolitische, berufliche Verbindung zwischen Friedrich Schmidt-Ott und Theodor Lewald reichte in die 1890er Jahre des Wilhelminischen Kaiserreichs zurück, als sie beide als Ministerialbeamte - Friedrich Schmidt(-Ott) im Preußischen Kultusministerium und Theodor Lewald in der Wissenschaftsabteilung des Reichsinnenministeriums - maßgeblich die deutschen Unterrichts- und Wissenschafts-Schauen auf den Weltausstellungen in Chicago 1893, Paris 1900 und St. Louis 1904 vorbereiteten. Auch bei der Begründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hatten beide vielfach miteinander zu tun gehabt.<sup>442</sup> Das persönliche Vertrauen, das aus diesen langfristigen beruflichen Beziehungen erwachsen war, half der Notgemeinschaft dabei, ihrer schwierigen Lage zu entkommen. Theodor Lewald kündigte an, dass die Verwaltungsabbaukommission ihre Tätigkeit zum Ablauf des Rechnungsjahres beenden und am 21. April 1924 ihren Kürzungsbericht vorlegen würde. Dem neu zu wählenden Reichstag könne davon unabhängig zum Rechnungsjahr 1924/25 ein neuer „Hauptetat“ für die Notgemeinschaft vorgelegt werden.<sup>443</sup> Die politische Entscheidung, ob die Fördergemeinschaft in der Weimarer Republik tatsächlich nur als Provisorium für die Zeit der Geldwertnot betrachtet werden konnte, reichte die „unpolitische Stelle“ der Verwaltungsabbaukommission, so Hans Luther, an Regierung und Parlament zurück.<sup>444</sup> Die neu gebildete konservative Regierung zeigte sich wohlwollend. In einem Gespräch am 24. Februar 1924 sicherte Reichskanzler Wilhelm Marx gegenüber Friedrich Schmidt-Ott prinzipiell die weitere staatliche Unterstützung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zu, wobei er einer besseren finanziellen Ausstattung der Notgemeinschaft erst zustimmen dürfe, wenn die Finanzen des Reichs dafür mehr Spielraum erlaubten.<sup>445</sup> Das haushaltstechnische Vorgehen der Exekutive zur Absicherung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft verlief kompliziert: Der Reichstag hatte sich am 13. März 1924 mit dem Auslaufen des Ermächtigungsgesetzes aufgelöst, da die konservative Opposition zu sehr vielen Bestimmungen der erlassenen

---

442 Vgl. Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 118.

443 Tageskalender, 2. Februar 1924.

444 Reichskanzler Hans Luther, Reichstagsrede vom 4. Juni 1924, Verhandlungen des Reichstages, I. Wahlperiode 1920: Stenographische Berichte, Bd. 361, Sitzung Nr. 409, Sp. 12750 Abschnitt D.

445 Tageskalender, 24. Februar 1924.

Notverordnungen Änderungsanträge gestellt hatte. Als nun die Reichstagsabgeordneten auseinandertraten, war der Haushaltetat des Reichsinnenministeriums noch nicht abschließend beraten worden. Die in Rede stehenden Zuschüsse für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft durften daher eigentlich überhaupt nicht ausgeschüttet werden. Reichstagsneuwahlen waren erst für den 4. Mai 1924 angesetzt. Ohne die parlamentarische Hürde genommen zu haben, wurden der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft daher für das bereits beginnende Etatjahr ab 1. April 1924 monatliche Teilbeträge überwiesen. Diese Übergangsfinanzierung erfolgte nicht aus dem Budget des Reichsinnenministeriums, sondern aus einem speziellen Dispositionsfonds des Reichspräsidenten. Die Überbrückungsfinanzierung war durch ein "Gesetz über die vorläufige Regelung des Reichshaushaltes für 1924" vom 18. März 1924 möglich geworden, in dem die Reichsregierung ermächtigt worden war, aufgrund eigener Anordnungen finanzielle Ausgaben leisten zu können, womit sie den klassischen Parlamentsvorbehalt umgehen durfte. Diese haushälterische Befugnis wurde zunächst bis zum 15. Juni 1924 begrenzt, dann aber auf den 31. Juli 1924 hinaus verlängert.<sup>446</sup> Einige Etatposten des Reichsinnenministeriums wurden mit Beschluss der Verwaltungsabbaukommission vom 11. März 1924 auf der Grundlage der Ermächtigung durch die Steuernotverordnung auf den Dispositionsfond des Reichspräsidenten umgestellt. Es handelte sich um die Posten Kapitel 2 Titel 1 „Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Zwecke“, Titel 17, Titel 18 und Titel 20 sowie Kapitel 1 Titel 22 und Titel 25. Die Etathöhen legte das Kabinett am 14. März 1924 fest.<sup>447</sup> Es waren diese haushaltstechnischen Maßnahmen der Exekutive, die das Reichsinnenministerium sowie Reichssparkommissar Friedrich Saemisch zu mehrfachen Zusicherungen gegenüber der Notgemeinschaft veranlassten: Auf der Sitzung des Hauptausschusses der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft am 17. März 1924 in Berlin wiederholte der Staatssekretär des Innern, dass die Notgemeinschaft auf eine

---

446 Verhandlungen des Reichstages, 2. Wahlperiode 1924, Band 381, 9. Sitzung vom 6. Juni 1924, S. 217ff. in Verbindung mit der Drucksache Nr. 173 für die Verhandlungen des Reichstages, 2. Wahlperiode 1924, Band 382, Anlagen.

447 Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Marx I und II. 30. November 1923 bis 3. Juni 1924, (=Band 1), bearb. v. Günter Abramowski, Boppard am Rhein 1973, Protokoll der Kabinettsitzung vom 14. März 1924, Einträge für 17 Uhr (Nr. 144), sowie Anm. 5. auf S. 463.

Bewilligung von 3 Millionen Mark für das Etatjahr 1924/25 zählen könne.<sup>448</sup> Friedrich Saemisch bestätigte gegenüber Friedrich Schmidt-Ott am 20. März 1924, dass in den Entwurf des Haushaltsplanes des Reichsinnenministeriums für 1924/25 der Etat von 3 Millionen Mark für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft eingestellt worden sei.<sup>449</sup> Damit war der weitere Bestand der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft durch den politischen Konsens der Exekutive zunächst gesichert. Diese innenpolitische Unterstützung musste allerdings in der näheren Zukunft wieder auf das breitere Fundament eines wohlwollenden Parlamentsbeschlusses gestellt werden, sollte der Fortbestand der Notgemeinschaft von Dauer sein. Dazu verhalfen weitere wissenschaftspolitische Anstöße aus den Kreisen der Industrie sowie großzügige Förderangebote aus den USA, wie im Folgenden geschildert wird.

#### **2. 2. 4. Anregungen der Industrie und der Rockefeller Foundation**

Mit einem „Not-Etat“ setzte die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Frühjahr 1924 ihre Förderung der Forschungsinfrastruktur fort. Noch auf der Jahrestagung des Verbands Deutscher Hochschulen am 13. März 1924 in Jena sprach Friedrich Schmidt-Ott auf eigenen Wunsch außerhalb der Tagesordnung in der Versammlung der Rektorenkonferenz über die „Ziele und Arbeitsergebnisse der Notgemeinschaft [...] unter Hervorhebung besonders brennender Punkte“.<sup>450</sup> Dort hob er hervor, dass die Notgemeinschaft durch ihren Bibliotheksausschuss einen verbilligten Einkauf wissenschaftlicher Bücher ermögliche und sogar einige Hilfsassistenten an den Staatsbibliotheken bezahle. Um interne Kosten abzuwenden, diskutierte er nicht über die Neuwahl der Fachgutachter.<sup>451</sup> Friedrich Schmidt-Ott schien keine detaillierteren Aussagen über die „Lage der Notgemeinschaft“ machen zu wollen, weil die künftige finanzielle Ausstattung der Wissenschaftsorganisation bis zum Ende des Monats noch ungeklärt blieb. Doch innerhalb der Notgemeinschaft machten sich in einzelnen Wissensfeldern neue Initiativen der Forschungsförderung bemerkbar, die auf eine weitsichtigeren Perspektive der Wissenschaftspolitik drängten.

---

448 Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses am 17. März 1924 in Berlin, Abschrift in BAK NL 325 (Schenck) Nr. 5.

449 Saemisch an Schmidt-Ott, 20. März 1924, BAK R 73 Nr. 69.

450 Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen 4 (1924), Heft 2 (Mai), S. 44, sowie Tageskalender, 13. März 1924.

451 Schmidt-Ott an Stern, 6. März 1924, BAK R 73 Nr. 301.

Die Initiative ging zunächst von der wissenschaftstechnologischen Industrie aus. Die Industriebranchen der Chemischen Technik und der Elektrotechnik, aber auch des Maschinenbaus, der Optik und der Feinmechanik klagten nach dem Ende der Inflation über einen akuten Nachwuchsmangel an qualifiziertem Forschungspersonal. Die Hochschulen erlebten zwar seit dem Ende des Ersten Weltkrieges und sogar während der Inflation eine rasante Expansion der Studierenden. Doch diese Überfüllung der Hochschulen mit Studenten mündete nicht in einen Reichtum an Doktoranden, da die meisten jungen Absolventen nach ihrem Examen wirtschaftlich gar nicht in der Lage waren, sich akademisch weiter zu qualifizieren. Die Hochschulprüfungsjahrgänge von 1920, 1921 oder 1922 mündeten nicht in genügend starke Kohorten mit wissenschaftstechnologisch ausgebildeten Nachwuchsingenieuren und jungen Forschern, die in die expandierenden Forschungslaboratorien von Siemens, AEG, Telefunken u. a. m. hätten einrücken können. Die Zwischenkriegszeit reagierte auf die Überfüllungskrise an den Hochschulen und den wissenschaftlichen Nachwuchsmangel sogar hysterisch mit einer volksbiologischen Deutung, die vor dem drohenden "Volkstod" der Deutschen warnte, weil die Explosion der Studierendenzahlen nur einen biologischen Vormarsch der geistig Schwachen darstelle.<sup>452</sup>

Im Frühjahr 1924 ergriff die Industrie einige Maßnahmen, um dem Mangel an gut ausgebildetem Nachwuchs abzuhelpen und die Innovationspotentiale in den Natur- und Technikwissenschaften zu steigern. In der Notgemeinschaft regten die Sonderausschüsse, die mithilfe von Industriespenden finanziert wurden, d.h. der „Japan-Chemie-Ausschuss“ sowie der „Elektrophysik-Ausschuss“, ein neues Instrument der Forschungsförderung an. Rudolf Schenck aus dem „Japan-Chemie-Ausschuss“ schlug dem Hauptausschuss der Notgemeinschaft am 17. März 1924 vor, Jahresstipendien für die naturwissenschaftlichen Gebiete, insbesondere in der Chemie zu vergeben.<sup>453</sup> Zwölf junge Gelehrte sollten eine jährliche Summe von jeweils Reichsmark 1.500.- erhalten, damit sie für die Forschung leben könnten. Die Stipendien

---

452 Titze, Hartmut: Der Akademikerzyklus. Historische Untersuchungen über die Wiederkehr von Überfüllung und Mangel in akademischen Karrieren, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1990, S. 263-299, hier S. 268.

453 Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft am 17. März 1924, GStA PK I. HA Rep. 76 V.c. Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. II Bl. 12. Siehe auch die handschriftliche Notiz von Rudolf Schenck auf dem Einladungsschreiben der Notgemeinschaft zur Sitzung des Verteilungsausschusses des Stifterverbandes und der gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft am 17. März 1924, BAK N 1325 (Schenck) Nr. 5.

sollten auch für Arbeitsaufenthalte bzw. Reisen in die Vereinigten Staaten verwendbar sein. Die ausgewählten Nachwuchswissenschaftler würden für ihre Jahresstipendien bestimmte Forschungsthemen vorgeschlagen bekommen, die der „Verband der Deutschen Laboratoriumsvorstände“ formulieren wollte. Rudolf Schenck weitete seinen Vorschlag bald auf die anderen beiden Sonderausschüsse der Notgemeinschaft aus. So sollte der „Hilfsausschuss der Rockefeller-Foundation für den medizinischen Nachwuchs“ als auch der „Elektrophysik-Ausschuss“ von Siemens, AEG und General Electric eine ähnlich Funktion übernehmen, wobei die Rockefeller-Foundation für den Bereich der medizinischen und naturwissenschaftlichen Forschungen insgesamt 25 Stipendien in einer Höhe von jährlichen 3.000.- Reichsmark anbot, während der „Elektrophysik-Ausschuss“ eine jährliche Stipendiumshöhe von Reichsmark 3.573.- plante, eingerechnet den Aufwendungen für Apparate und Maschinen. Für die Elektrotechnik wollte sich der Industrieausschuss nicht auf eine bestimmte Anzahl von Stipendien festlegen. Die Vertreter der Sonderausschüsse erklärten dem Präsidium und dem Hauptausschuss der Notgemeinschaft auf der gemeinsamen Sitzung am 17. März 1924 übereinstimmend, auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sei „der größte Nachdruck zu legen“.<sup>454</sup> Diese forschungspolitische Forderung zielte darauf, den wissenschaftsfördernden Fokus von der Gesamtheit aller Gelehrten auf die Gruppe der jüngeren Wissenschaftler zu verschieben. Friedrich Schmidt-Ott machte sich diesen Vorschlag aus der Mitte der industriefinanzierten Notgemeinschaftsausschüsse zu eigen. Die Forderung bildete eine der Keimzellen für das entstehende Programm wissenschaftspolitischer Prioritäten der Notgemeinschaft. Eine weitere Anregung, wie die Notzustände des akademischen Lebens im Lande zu kurieren wären, gab der amerikanische Arzt Henry O. Eversole, der Direktor der Europäischen Abteilung der Rockefeller Stiftung für die Forschungsförderung in der Medizin, in einem Gespräch mit Friedrich Schmidt-Ott am 22. April 1924.<sup>455</sup> Henry Eversole empfahl, dass die Notgemeinschaft einen „constructive plan“ entwickeln müsse, anstatt sich nur am „emergency“-Zustand der deutschen Wissenschaft

---

454 Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft am Montag, den 17. März 1924, GStA PK I. HA Rep. 76 V.c Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. II., Bl. 12.

455 Tageskalender, 22. April 1924. Biographische Informationen zu Henry O. Eversole in Americ. Biograph. I, Fiche 517, 82-86.

festzuhalten.<sup>456</sup> Dieses Gespräch steht im Kontext der deutsch-amerikanischen, wissenschaftspolitischen Zusammenarbeit, die zwischen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, der Rockefeller Foundation und der Laura Spelman Rockefeller Memorial im Frühjahr und Sommer 1924 in der Medizin, den Naturwissenschaften und den Sozialwissenschaften ausgebaut wurde, wie unten noch geschildert wird. Der Rockefeller Officer Henry Eversole erläuterte den Aufbau, die Leitungsgremien und die Programmgestaltung in den verschiedenen philanthropischen Unternehmungen der Rockefeller Familie.<sup>457</sup> Die Rockefeller Foundation in der Zwischenkriegszeit war in Abteilungen für Medizin, Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften und Hygiene („International Health Division“) geteilt. In ausgewählten Wissensgebieten und für bestimmte Forschungsfragen dirigierten die Rockefeller *officers* in der New Yorker Zentrale Förderprogramme, die durch regionale Länderbüros weltweit implementiert wurden.<sup>458</sup> Friedrich Schmidt-Ott wird wahrscheinlich aus der Schilderung von Henry Eversole zu dem Gedanken angeregt worden sein, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nicht nur auf Anträge und Gesuche von Einzelwissenschaftlern abwartend reagieren zu lassen. Stattdessen führte ihm das Beispiel der amerikanischen Wissenschaftsförderung vor Augen, dass es denkbar und machbar schien, gezielte Initiativen und Anschubprogramme für die Wissenschaft zu konzipieren. Seit seinem Gespräch mit dem Amerikaner Henry Eversole am 22. April 1924 diskutierte Friedrich Schmidt-Ott jedenfalls mit verschiedenen Gesprächspartnern hin und wieder über mögliche „Aufgaben“ und sprach über die „Forschungspläne“ der Notgemeinschaft. Zeitgleich zu der allmählichen Konkretisierung der Pläne für die große „Meteor“-Expedition (siehe oben)

---

456 Der einschlägige Tageskalendereintrag vom 22. April 1924 lautet im Original: “Dr. Eversole b(ei) m(ir). (constructive plan statt emergency. (...))”

457 Laut Tageskalendereintrag erwähnte Henry Eversole gegenüber Friedrich Schmidt-Ott insbesondere George E. Vincent, den Präsidenten der Rockefeller Foundation, Wickliffe Rose, den Präsident des 1923 neu begründeten International Education Board, Edwin R. Embree, Sekretär der Rockefeller Foundation, Beardsley Ruml, den Geschäftsführer der Laura Spelman Rockefeller Memorial, und Selskar M. Gunn, den Vorsitzenden des Rockefeller-Hilfsausschusses für medizinische Forschung bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.

458 Die historische Forschungsliteratur zur transnationalen Förderung der Wissenschaften durch die Rockefeller Foundation ist außerordentlich umfangreich, zu ersten Orientierung sind hilfreich: Robert E. Kohler: *Partners in Science. Foundations and Natural Scientists 1900-1945*, Chicago: The University of Chicago Press 1991. Mary Brown Bullock: *An American Transplant. The Rockefeller Foundation and Peking Union Medical College*, Berkeley: University of California Press 1980. George W. Gray: *Education on an International Scale. A History of the International Education Board 1923-1938*, New York: Harcourt, Brace 1941.

ist dieses Gespräch von Friedrich Schmidt-Ott mit dem Rockefeller *officer* als einer der frühesten Belege für die Entstehung einer initiierten Wissenschaftsförderung, mithin der Konzeption der späteren „Gemeinschaftsarbeiten“ zu bewerten. Der gelegentliche Austausch mit den Amerikanern begleitete die weitere Planung der Notgemeinschaft bis in die wissenschaftspolitischen Details, als Henry Eversole und Alan Gregg im Herbst 1924 an demselben Tag, an dem Friedrich Schmidt-Ott gemeinsam mit Adolf v. Harnack die personelle Zusammensetzung eines zukünftigen Forschungsrates diskutierte, ebenfalls mit dem Präsidenten der Notgemeinschaft über diese Fragen konferierten.<sup>459</sup>

Die neuen wissenschaftspolitischen Vorschläge veränderten auch den rhetorischen Auftritt der Notgemeinschaft in der Öffentlichkeit. Der Aufruf zur nachhaltigen Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses rückte nun neben die Rede von der Not des geistigen Arbeiters. Die am 27. Juni 1924 stattfindende Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft verabschiedete eine Resolution noch mit der Feststellung, dass sich alle „großen Wissenschaftsunternehmen, die Forschungsinstitute, die Büchereien und verwandte Einrichtungen des wissenschaftlichen Lebens der Nation“ weiterhin in einem „schweren Daseinskampfe“ befänden. Mit Sorge widmete sich die Notgemeinschaft aber den jüngeren Forschern: „Besonders der wissenschaftliche Nachwuchs ist auf das Ernsteste gefährdet.“<sup>460</sup> Die Notgemeinschaft machte dieses Argument zum Mittelpunkt ihrer weiteren Forderungen an die Reichsregierung, an den Reichstag, an die Landesregierungen, an die Wirtschaft und an die gesamte Öffentlichkeit, um die benötigten finanziellen Mittel für die Wissenschaft zu erhalten. In einem „Aufruf zur Abwendung deutscher Not“ an das Preußische Kultusministerium formulierte Friedrich Schmidt-Ott:

„Hat doch gerade die erfolgte Stabilisierung klar gezeigt, dass die Not noch in keiner Weise behoben ist, insbesondere macht sich in allen Wissenschaftsgebieten ein erschreckender Mangel an Nachwuchs geltend, der, wenn er nicht energisch bekämpft wird, zur Unterbrechung unserer jahrhundertelangen Wissenschaftstradition führen muss. Hier vor allem sind

---

459 Tageskalender, 13. Oktober 1924.

460 Resolution, enthalten in: Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft am 27. Juni 1924, GStA PK I. HA Rep. 76 V.c. Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. 2 Bl. 123-136.

reichere Mittel als bisher nötig, um jüngeren, für die Forschung geeignete Kräfte über die wirtschaftliche Not hinaus zu retten.“<sup>461</sup>

Um diesen Appell wirkungsvoller zu machen, entwickelte Georg Schreiber den Gedanken, die Statistik zur staatlichen Wissenschaftsfinanzierung heranzuziehen, um die sich öffnende Schere von steigendem Nachwuchsbedarf und schrumpfenden Forschungsausgaben belegen zu können. In der gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft am 27. Juni 1924 verlangte Georg Schreiber von den Wissenschaftsorganisationen eine „tabellarische Gegenüberstellungen des Kultusetats von 1913 und 1924, um die gegenwärtige ungünstige Lage der deutschen Wissenschaft zu zeigen“.<sup>462</sup> Georg Schreiber arbeitete mit diesem Vorschlag auch zugunsten des Ziels von Friedrich Schmidt-Ott, mittelfristig zur Stärkung des Wissenschaftsnachwuchses in Deutschland das Budget der Notgemeinschaft zu steigern. Der Budgetvergleich für die Stichjahre 1913 und 1924 wurde im Preußischen Kultusministerium tatsächlich am 11. März 1925 aufgestellt.<sup>463</sup> Die Ausgabenhöhen fielen allerdings so günstig aus, dass sie der wissenschaftspolitischen Position der Notgemeinschaft publizistisch nicht zum Vorteil gereicht hätten: 1924 hatten die Wissenschaftsausgaben des Reichs bereits ein Niveau von 93% im Vergleich zum Stand der Ausgaben des Jahres 1913 erreicht. Ein Jahr darauf, 1925, waren die Wissenschaftsausgaben des Reichs bereits erheblich gestiegen und machten ca. 142% des Ausgangswertes von 1913 aus. Jede Initiative des Reichs, für einen wissenschaftlich qualifizierten Nachwuchs Sorge zu treffen, machte sich hierin bemerkbar. So bildeten sich in den gestiegenen Zahlen auch unmittelbare Hilfen ab, wenn z.B. die Reichsregierung an eine der studentischen Selbsthilfeorganisation, die zur wirtschaftlichen Unterstützung von Studierenden gebildet worden war, die sog. „Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft“, einen staatlichen Zuschuss von Reichsmark 600.000.- überwies. Auf ihrer Mitgliederversammlung am 27. Juni 1924 fasste die Notgemeinschaft deswegen eine weitere Resolution, die den Wirtschaftshilfe-Zuschuss an die Studierenden an sich begrüßte, jedoch auch klarlegte,

---

461 Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft. „Ein Aufruf zur Abwendung deutscher Not“, (Eingangsdatum beim Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst- und Volksbildung: 1. Juli. 1924), GStA PK I. HA Rep. 76 V.c Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. II, Bl. 91 verso.

462 Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft am 27. Juni 1924, GStA PK I. HA Rep. 76 V.c Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. 2 Bl. 123-136, hier Bl. 130.

463 GStA PK I. HA Rep. 76 V.c Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. 2 Bl. 415.

dass der geringe Beitrag des Reichs für die studentischen Selbsthilfeorganisationen „angesichts der wirtschaftlichen Verelendung, des geschwächten Gesundheitszustandes und der ernsten Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Arbeitskraft völlig unzureichend“ bleibe.<sup>464</sup> Freilich gehörten die Hilfen für Studierende nicht zum selbsterklärten Aufgabengebiet der Notgemeinschaft. Mit der geplanten Ausweitung ihrer Forschungsstipendien machte die Notgemeinschaft im Jahr 1924 die Sorge um die wissenschaftlich besonders begabten Absolventen, d.h. die Sorge um den wissenschaftlichen Nachwuchs, zu einer Leitlinie ihrer eigenen Forschungspolitik. Demgegenüber sollte allmählich die Fürsorge für die Bibliotheken zurücktreten.

### **2. 2. 5. Eine „Kommission für Forschungsaufgaben“**

Bis in den September 1924 hinein hatten sich bei Friedrich Schmidt-Ott die unterschiedlichsten Antragssteller mit ihren Forschungsinteressen aus naturwissenschaftlichen, medizinischen und sozialwissenschaftlichen Gebieten artikuliert. Zum Ausgleich für die Ansprüche der technikorientierten Fächer hatte Friedrich Schmidt-Ott ein wenig nach förderungswürdigen Projekten auch in den Geisteswissenschaften gesucht. Am 8. Mai 1924, zum Beispiel, hatte Friedrich Schmidt-Ott mit den Kirchenhistorikern Otto Scheel und Sebastian Merkle in Tübingen über Stipendien in der Reformationsgeschichte und über umfangreiche Zuschüsse zu den Publikationsorganen der Humanismusforschung beraten.<sup>465</sup> Die „kleine unverbindliche Besprechung“ habe mit dem Wunsch stattgefunden, „bestimmte Pläne und Anträge auch bezüglich der Notgemeinschaft zu eruieren, damit die Forschung auf uns naheliegenden Gebieten nicht erlahmt“, wie Friedrich Schmidt-Ott dem Mediävisten Paul F. Kehr anvertraute.<sup>466</sup> Damit hatte Friedrich Schmidt-Ott die Ratschläge Henry Eversoles vom 22. April 1924 übernommen. Die weitere forschungspolitische Entwicklung vorzuschlaggender Programme setzte Ende August bzw. Anfang September 1924 ein. Dabei dürfte die innen- und wirtschaftspolitische Diskussion um die Reparationen Deutschlands eine Rolle als Auslöser gespielt haben. Bisher hatte Friedrich Schmidt-Ott nicht näher berücksichtigt, welche Rolle die Wissenschaft in der

---

464 Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Resolutionen, in: Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen 4 (1924), Heft 5 (August), S. 112f.

465 Tageskalender, 8. Mai 1924.

466 Schmidt-Ott an Kehr, 22. Mai. 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 3

ökonomischen Wertschöpfungskette spielen könnte. Wahrscheinlich hat der Chemiker Carl Duisberg gegenüber dem Wissenschaftspolitiker wiederholt den großen Innovationsbedarf der Farbenindustrie und in der Pharmazie verdeutlicht. Ende August hatte sich Friedrich Schmidt-Ott mit Carl Duisberg in Leverkusen getroffen, während der Aufsichtsratssitzung der Bayer A.G.<sup>467</sup> Es ist anzunehmen, dass Carl Duisberg auch hier die Notwendigkeit der Wissenschaftsförderung in einer belasteten binnenwirtschaftlichen Entwicklung thematisierte, zumal das Deutsche Reich unmittelbar vor einer Klärung der Reparationsforderungen stand, aus denen man weitere „Einschränkungen für (die) Wissenschaft“ befürchtete.<sup>468</sup> Man findet in der erhaltenen Korrespondenz zwischen Friedrich Schmidt-Ott und Carl Duisberg zwar keine expliziten Belege, aber aus dem Kontext ist plausibel zu vermuten, dass die in diesen Augusttagen diskutierten Pläne für die deutschen Kriegsschaden-Ersatzzahlungen an das Ausland (Dawes-Plan) auch Gegenstand der Gespräche zwischen Friedrich Schmidt-Ott und Carl Duisberg gewesen waren. Die sonst erhaltene Korrespondenz zwischen Schmidt-Ott und Duisberg enthält zahlreiche Hinweise auf die wirtschaftspolitischen und wissenschaftspolitischen Fragen, über die sich beide in der Regel austauschten. Reichskanzler Wilhelm Marx bekräftigte vor der Abstimmung über den Dawes-Plan am 29. August 1924, dass man der Entscheidung der Sachverständigen in der Reparationsfrage folgen müsse, weil nur eine Klarstellung über die Geld- und Sachforderungen das deutsche Volk wieder „aus seiner wirtschaftlichen und finanziellen Not herausführen“ könne.<sup>469</sup> Politik und Wirtschaft diskutierten in dieser Phase intensiv die Möglichkeiten für eine „Wiederherstellung der deutschen Prosperität“.<sup>470</sup> Am 8. und am 9. September 1924 regten der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Faserstoff-Chemie, Reginald Oliver Herzog (1878-1935), sowie der Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Friedrich Glum, gegenüber Friedrich Schmidt-Ott an, die Frage einer möglichen „Wirtschaftsförderung“ bzw. der „Gewerbeförderung“ durch die Wissenschaftspolitik zu überdenken.<sup>471</sup> Friedrich

---

467 Tageskalender, 23. August 1924. Vgl. Schmidt-Ott an Duisberg, 18. August 1924, Bayer Archiv Leverkusen.

468 Tageskalender, 23. August 1924.

469 Verhandlungen des Reichstages, II. Wahlperiode, 22. Sitzung, 23. August 1924, Stenograph. Berichte Band 381, S. 774D.

470 Longerich, Peter: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover: Fackelträger 1995, S. 157.

471 Tageskalender, 8. und 9. September 1924.

Schmidt-Ott griff diesen Gedanken noch am selben Tag auf und erwog offenbar weitere Gesprächspartner, mit denen er die Frage beraten könnte. Da er ohnehin für den 20. September eine Reise nach Süddeutschland, Österreich und weiter nach Ungarn plante, um Termine auf der Jahrestagung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte in Innsbruck sowie eine Einladung des Ungarischen Kultusministers in Budapest wahrzunehmen, fasste Friedrich Schmidt-Ott die Möglichkeit für einen kurzen Aufenthalt in München ins Auge, wo er den Elektrotechniker und Ingenieur Oskar v. Miller um fachlichen Ratschlag bitten wollte. Zu diesem Zweck formulierte Friedrich Schmidt-Ott am 9. September 1924 zunächst einen Briefentwurf an Oskar v. Miller, dem er zu eröffnen gedachte, dass die Wissenschaftspolitik im Deutschen Reich und namentlich die Notgemeinschaft

„auch Probleme zu fördern bemüht sein muss, die dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft und der Vertiefung der wissenschaftlichen Grundlagen für unsere gewerbliche Arbeit, sowohl im Gebiete der Industrie wie der Landwirtschaft und anderer Berufe dienen.“<sup>472</sup>

Warum aber suchte Friedrich Schmidt-Ott den Kontakt zu Oskar von Miller? Mit einer Anfrage bei Oskar von Miller in München wandte sich Friedrich Schmidt-Ott an einen der erfolgreichsten Pioniere der Wissenschaftstechnologie in Bayern. Oskar von Miller, der Ingenieur der Starkstromtechnik, hatte mit seinem Konstruktionsbüro das Speicherkraftwerk am Walchensee bei Kochel fertiggestellt, das seit dem 24. Januar 1924 in Betrieb gegangen war. Das durch ihn im Jahr 1903 begründete Deutsche Museum bereitete für den 7. Mai 1925, am 70. Geburtstag Oskar v. Millers, die Eröffnung der neuen Sammlungsgebäude von Georg v. Seidl auf der Isarinsel vor. Seit seinen Gründungstagen in den Ausstellungsräumen der Bayerischen Nationalgalerie zeigte das größte technisch-wissenschaftliche Museum der Welt nicht nur eine Auswahl von historischen „Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik“, sondern stellte auch die modernsten technischen Entwicklungen vor, die „création technique“ der Gegenwart.<sup>473</sup> Den Zusammenhang von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft stellte das Museum als Bedingung für den Aufstieg des Deutschen Reichs in

---

472 Briefkonzept Schmidt-Ott an von Miller, 9. September 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 3.

473 Vgl. Festschrift zur Eröffnung des Museumbaus am 7. Mai 1925. Maria Osietzki: De l'émancipation de l'ingénieur à la mise en scène idéologique de l'objet. Les premières conceptions muséologique du Deutsches Museum, in: La société industrielle et ses musées. Demande sociale et choix politiques 1890-1990, hg. v. Brigitte Schroeder-Gudehus, Paris 1992, S. 151-159, hier S. 158.

der Hochindustrialisierung heraus. Es präsentierte mit vielen Beispielen die „Ursachenkette von Forschung - Entdeckung (Erfindung) - Mehrung von Gewinnchancen durch neue Arbeits- und Ausbeutungsmöglichkeiten“<sup>474</sup> und warb so für das lineare Modell des Fortschritts von der Wissenschaft zur Technik.<sup>475</sup> Friedrich Schmidt-Ott kannte Oskar v. Miller nicht näher. Bei ihm durfte er jedoch einige Erfahrung voraussetzen in der Frage, wie die Wissenschaft in den Dienst der Wirtschaft gestellt werden konnte.<sup>476</sup> Friedrich Schmidt-Ott ging in seinen Überlegungen Anfang September 1924 davon aus, dass sich für anwendungsorientierte Arbeiten grundsätzlich sowohl die Gelehrten an den Universitäten, in den Technischen Hochschulen als auch die Forscher der Firmenlaboratorien interessieren müssten. In einem Briefkonzept vom 9. September 1924 an Oskar v. Miller legte Friedrich Schmidt-Ott deshalb auseinander, dass „eine gewisse Verteilung der Aufgaben“ angestrebt werden müsse, was durch einen „besonderen Ausschuss bei der Notgemeinschaft“ geschehen könne. Ausdrücklich berief sich Friedrich Schmidt-Ott dabei auf das Modell der „Kaiser Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaften“, die während des Krieges, um „dem Vaterlande zu helfen“, ein paritätisch besetztes Gremium aus Militär und Preußischer Akademie gebildet hatte.<sup>477</sup> In Abstimmung mit den Rüstungsfirmen hatte damals ein zwölfköpfiger Rat waffentechnische Forschungsprobleme koordiniert.<sup>478</sup> Friedrich Schmidt-Ott schwebte nun vor, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in eine ähnliche, zentrale forschungsorganisatorische Rolle hineinschlüpfen zu lassen. Bevor Friedrich Schmidt-Ott allerdings bei Oskar v. Miller vorstellig wurde, tastete er am 10. September 1924 im Reichsinnenministerium sowie bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vor. Denn es war eine offene Frage, ob die

---

474 Plessner, Helmuth: Zur Soziologie der modernen Forschung und ihrer Organisation in der Deutschen Universität - Tradition und Ideologie (1924), in: Gesammelte Schriften Bd. 10: Schriften zur Soziologie und Sozialphilosophie, Frankfurt am Main 1985, S. 7-30, S. 12.

475 Als Symbol dieser Verbindung führt die „Ruhmeshalle der deutschen Forschung und der deutschen Arbeit“ (Schreiber, Georg: Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Reiches, Leipzig: Quelle&Meyer 1923, S. 61f.) in ihrem Emblem eine Eule mit einem Zirkel in ihren Krallen.

476 Friedrich Schmidt-Ott gehörte dem Deutschen Museum in München nicht als Mitglied oder Förderer an, war aber von Oskar von Miller noch vor September 1924 auf eine mögliche Einladung zur Einweihungsfeier im Mai 1925 angesprochen worden, vgl. Schmidt-Ott an v. Dyck, 5. September 1924, GStA PK I. HA Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. C 46 I.

477 Vgl. Rasch, Manfred: Wissenschaft und Militär: Die Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wissenschaften, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 49 (1991) Heft , S. 73-120

478 Vgl. Stoltzenberg, Dietrich: Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude. Eine Biographie, Weinheim: VCH 1994, S. 303.

Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft überhaupt für eine derartige Organisation von „Aufgaben“ forschungspolitisch zuständig werden dürfte.<sup>479</sup> Insbesondere mit Adolf v. Harnack und Friedrich Glum diskutierte Friedrich Schmidt-Ott die Frage, inwieweit die Notgemeinschaft selbst für eine „Verteilung“ von „Aufgaben“ in Frage käme. Friedrich Schmidt-Ott legte beiden sein Konzept vor (d.h. den Entwurf des Schreibens an Oskar von Miller vom 9. September 1924), der den Gedanken an einen zentralen Rat bei der Notgemeinschaft enthielt. Bei dieser Gelegenheit könnte Adolf von Harnack das zwischen ihm und Oskar von Miller aus München seit Sommer 1924 geplante „Forschungsinstitut für Wasserbau und Wasserkraft“ bei Oberrach am Walchensee zur Sprache gebracht haben.<sup>480</sup> Die vorgesehene hydraulische Großversuchsanlage direkt neben dem neuen Walchenseekraftwerk sollte dort als erstes Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Süddeutschland errichtet werden, wodurch sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als zentral im ganzen Reich agierende Koordinationsstelle für wirtschaftsnahe Forschungsinstitute profilierte.<sup>481</sup> Friedrich Schmidt-Otts eigener Vorschlag konnte dagegen nicht auf die Errichtung neuer Institute zielen, sondern beabsichtigte eine Konzernierung von Forschungsarbeiten *zwischen* bestehenden Institutionen. Dies sollte, ähnlich wie während des Ersten Weltkriegs in der „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für kriegstechnische Wissenschaften“, durch einen Forschungsrat organisiert werden. Friedrich Schmidt-Ott fasste dafür einen „kleinen Kreis allgemeinblickender Führer des Gewerbes wie der Wissenschaft“ ins Auge.<sup>482</sup> Dieser sollte als ständiges Kollegium „aus Männern der Wissenschaft und der Praxis“ gebildet werden, mögliche Forschungsaufgaben beraten, sie „geeignetenfalls namhaft“ machen und ihre Durchführbarkeit prüfen. In Artikel 165 der Weimarer Verfassung waren Räte nach dem Modell der Arbeiter- und Volksräte der Revolution legalisiert worden.<sup>483</sup> Ähnlich wie im verfassungsmäßig vorgesehenen (während der Weimarer Republik allerdings

---

479 Tageskalender, 10. September 1924.

480 Der Eintrag im Tageskalender, 10. September 1924, erwähnt „bei Harnack mit Glum wegen Verteilung Aufgaben und Miller“.

481 Die Planungsvorgänge sind ersichtlich aus MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 2315 – 2317. Nach ersten Gesprächen im Sommer 1924 zwischen Oskar v. Miller und Adolf v. Harnack stellte der Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft das geplante Unternehmen zum ersten Mal offiziell am 16. Dezember 1924 im Senat und in der Mitgliederversammlung vor.

482 Briefkonzept Schmidt-Ott an von Miller, 9. September 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 3.

483 Vgl. Ritter, Gerhard A.: Die Entstehung des Räteartikels 165 der Weimarer Reichsverfassung, in: Historische Zeitschrift 258 (1994) Heft 1, S. 73-112.

nur in seiner vorläufigen Form auftretenden) Reichswirtschaftsrat, in dem alle Berufsgruppen die wirtschaftspolitische Aufgaben und Gesetzesentwürfe beraten sollten, könnte ein nationaler Forschungsrat repräsentative Experten aus den Wissenschaftsorganisationen vereinen, um bei der Auswahl und Entscheidung über die Förderung wissenschaftlicher Vorhaben mitzuwirken. Friedrich Schmidt-Ott beteuerte, dass er die Tätigkeit eines solchen Gremiums als „bedeutende vaterländische Aufgabe“ ansehe, und für die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft kündigte er an, dass sie „bedeutende Mittel für den Zweck bereitzustellen in der Lage sein“ müsste. Dieses Konzept eines nationalen Forschungsrats wollte Friedrich Schmidt-Ott an den Elektrotechniker Oskar v. Miller in München weiterreichen, um ihn zur beratenden Mitarbeit aufzufordern. Adolf von Harnack willigte widerstrebend in Friedrich Schmidt-Otts Vorstoß ein.<sup>484</sup> Er gab Friedrich Schmidt-Ott zwar freie Hand für einen Forschungsrat, allerdings mit der wenig hoffnungsvollen Voraussage, dass „im gegenwärtigen Zeitpunkt und im Hinblick auf das reduzierte Gelehrten-Material, das zur eventuellen Verfügung steht“, sowieso kaum „etwas Generelles von Bedeutung zu Stande“ gebracht werden könne.<sup>485</sup> Außerdem machte Adolf v. Harnack bei dem Vorhaben von Friedrich Schmidt-Ott „auf Collisiongefahren aufmerksam“, die sich zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ergäben, wenn die Notgemeinschaft „ein Parallelunternehmen“ mit einem „süddeutschen, d.h. bayerischen, Schwerpunkt“ errichtete. Adolf v. Harnack erinnerte an die breite Anerkennung, die die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bei der Regierung, der Wirtschaft und in der Öffentlichkeit im gesamten Reich gefunden habe. Die außerordentliche Expansion der Gesellschaft mit vierzehn neuen Instituten in den letzten zehn Jahren werde sich gewiss kontinuierlich fortsetzen, zumal Adolf v. Harnack nun plane, „an die "Städte" heranzutreten“. Daher gab sich Adolf v. Harnack zuversichtlich, dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft neben den Universitäten und Technischen Hochschulen als „ein bleibendes Werk in unserem Vaterlande“ Bestand haben werde, während die Notgemeinschaft zwar „hoffentlich noch lange [...] ihre Aufgaben zu erfüllen im Stande“ sei, aber an einem bestimmten Punkt auch „einmal [...] aufhören“ müsse. Adolf v. Harnack betonte, dass er seine Haltung „nicht als Spielverderber, sondern aus dem uns gemeinsamen Interesse für die K.-Wilhelm-Gesellschaft“ verstanden wissen wollte. Er gab allerdings auch seiner

---

484 Tageskalender, 12. September 1924, „Nachmittags bei Harnack ... (er fügt sich ...)“

485 v. Harnack an Schmidt-Ott, 11. September 1924, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 919 Akte 3.

Hoffnung Ausdruck, dass die „Freudigkeit“ Schmidt-Otts für dessen neuen Plan „Funken schlagen“ möge.<sup>486</sup>

Nachdem Adolf v. Harnack – wiewohl skeptisch und unmissverständlich warnend – seine Zustimmung signalisiert hatte, wandte sich Friedrich Schmidt-Ott am 13. September 1924 an Oskar von Miller in München und versuchte, den berühmten Ingenieur zu einem Verbündeten für den neuen, nationalen Forschungsrat zu gewinnen.<sup>487</sup> Er vertraute dem Gründer und Generaldirektor des Deutschen Museums an, dass man zur „weiteren Förderung“ der Sache einen „besonderen Ausschuss“ bilden wolle. Friedrich Schmidt-Ott präsentierte diesen Ausschuss – wegen der Bedenken Adolf v. Harnacks – nun als eine Kommission, die „bei der Notgemeinschaft und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ angesiedelt werden solle.<sup>488</sup> Dann fragte er Oskar v. Miller, ob man „die Sache mit [dem] Museum in eine gewisse Verbindung“ bringen könnte.<sup>489</sup>

Der Grundgedanke Friedrich Schmidt-Otts bestand darin, die Forschung an den Universitäten in Absprache mit der Wirtschaft auf anwendungsorientierte Probleme zu lenken. Dabei bezog sich Friedrich Schmidt-Ott auf das Modell der militärisch-wissenschaftlich-wirtschaftlichen Kooperation, wie sie während des Weltkrieges in den Jahren 1916 bis 1918 in der „Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaften“ stattgefunden hatte. Friedrich Schmidt-Ott pries diese Koordination im Rückblick als ideal, da seiner Ansicht nach „wissenschaftliche Anstalten wie gewerbliche Betriebe wetteiferten, dem Vaterlande zu helfen“.<sup>490</sup>

---

486 Tageskalender, 12. September 1924.

487 Gegenüber August W. Fehling, der auf Einladung der Laura Spelman Rockefeller Memorial in die Vereinigten Staaten gereist war, vertraute Friedrich Schmidt-Ott an: „Ich bin gerade im Begriff, auch mit dem Münchener Museum wegen eines größeren Planes in Verbindung zu treten (...)“, Schmidt-Ott an Fehling, 15. September 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4. Der Schriftwechsel zwischen Friedrich Schmidt-Ott, Adolf v. Harnack und Oskar v. Miller vom Herbst 1924 zur Frage des zentralen Forschungsrates ist wie folgt überliefert: Briefkonzept Schmidt-Ott an von Miller, 9. September 1924, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 919 Akte 4 Bl. 80-80c. Den Briefentwurf vom 9. September 1924 kommentierte Adolf von Harnack handschriftlich. Seine eigenen Gedankengänge formulierte er in einem gesonderten Schreiben am 11. September 1924 an Friedrich Schmidt-Ott, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 919 Akte 3. Am 13. September 1924 sandte Schmidt-Ott die korrigierte Fassung an Oskar Miller, und gab eine Durchschrift des Schreibens an Adolf von Harnack weiter, vgl. MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 919 Akte 4 Bl. 82-83b.

488 Hervorhebung von mir, J.K.

489 Schmidt-Ott an Miller, 13. September 1924, Archiv Deutsches Museum München, Deutsches Museum Verwaltungsakten „Allgemeines“ 1923-1931 Nr. 276.

490 Ebd.

Seit dem Ende des Krieges aber müsse man feststellen, so fuhr Friedrich Schmidt-Ott weiter fort, dass die wissenschaftstechnologischen Firmen nicht mehr bereit seien, einen ungeschützten Einblick in ihre Neuentwicklungen zu gewähren. Gerade „besonders leistungsfähige Firmen“, bemerkte Friedrich Schmidt-Ott, seien bestrebt, „die Ergebnisse ihrer Studien nur für ihre Betriebe nutzbar zu machen“.<sup>491</sup> Für Friedrich Schmidt-Ott lag also in der herrschenden kommunikativen Barriere zwischen akademischen Wissenschaftlern und Ingenieuren aus Firmenlaboratorien das forschungsorganisatorische Hauptproblem. Dieses versuchte er auf zweifache Weise zu lösen. Erstens, indem er einen Bogen um die wissenschaftstechnologische, produktorientierte Entwicklungsforschung schlug. Nicht die Anwendung, d.h. die technische Entwicklung selbst, sondern das Verständnis ihrer theoretischen Grundlagen würde die Wissenschaftsförderung in Friedenszeiten in den Vordergrund stellen müssen. Mit der wissenschaftspolitischen Erwartung, dass sich aus neuen theoretischen Erkenntnissen später einmal in linearer Folge auch technische Produkte ergeben würden, sah Friedrich Schmidt-Ott die wirtschaftsfördernde Chance für die ‚reine Wissenschaft‘. Zweitens rechnete Friedrich Schmidt-Ott darauf, dass sich die kommunikative Barriere zwischen Theoretikern und Praktikern durch einen Appell an ihre nationale Loyalität auflösen ließe. Eine Wiederaufnahme der Kooperation zwischen Wissenschaftlern und Firmenforschern müsste, so Friedrich Schmidt-Otts Hoffnung, durch die Zusammenarbeit in einer nationalen „Gemeinschaft“ motiviert werden können.

Oskar v. Miller zeigte sich über Friedrich Schmidt-Otts Anregung „sehr erfreut“ und willigte in eine „gelegentliche Aussprache“ ein.<sup>492</sup> Dazu kam es schon wenige Tage später, als Friedrich Schmidt-Ott am 19. September 1924 nach Innsbruck zur 24. Tagung der Gesellschaft der Naturforscher und Ärzte reiste, um mit den naturwissenschaftlichen Ausschüssen der Naturforschergesellschaft das Programm der „Meteor“-Expedition endgültig zusammenzustellen.<sup>493</sup> Während der Besprechungen in Innsbruck unterbrach Friedrich Schmidt-Ott am 23. September 1924 für einen Tag

---

491 Ebd.

492 Miller an Schmidt-Ott, 15. September 1924, Archiv Deutsches Museum München, Deutsches Museum Verwaltungsakten „Allgemeines“ 1923-1931 Nr. 276.

493 Die Tagungsberichte der Gesellschaft der deutschen Naturforscher und Ärzte liegen gesammelt in den Beständen zur Geschichte der GDNÄ im Archiv des Deutschen Museums, bedauerlicherweise mit der einzigen Ausnahme des hier interessierenden 24. Berichts von der Zusammenkunft in Innsbruck vom 16. bis 21. September 1924.

seine Sitzungstermine, um nach München zu fahren. Dort zeigte sich Oskar v. Miller in einem zweistündigen Gespräch bereit, gemeinsam mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und der Notgemeinschaft eine Kommission „für nationale Aufgaben“ zu bilden.<sup>494</sup> Beide kamen überein, dass jede der beteiligten Organisationen vier Persönlichkeiten in den Ausschuss entsenden sollte, und zwar „je 2 Vertreter der Wissenschaft und der Wirtschaft“. Oskar v. Miller schlug als mögliche Besetzungen von seiner Seite vor den Stahlexperten für Krupp-Panzerplatten Emil Ehrensberger, Aufsichtsratsmitglied bei der Friedrich Krupp AG, den Juristen Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Aufsichtsratsvorsitzender und Leiter der Friedrich-Krupp-Werke in Essen, Kiel, Magdeburg und Berlin, den Chemiker und Industriekapitän Carl Duisberg, den Physikochemiker und Nobelpreisträger Walther H. Nernst, bis 1924 Präsident der Physikalisch Technischen Reichsanstalt, sowie den Chemiker und Nobelpreisträger Richard Willstätter.<sup>495</sup>

Zurückgekehrt nach Innsbruck weihte Friedrich Schmidt-Ott einzelne Gelehrte und die von Oskar v. Miller erwähnten Wissenschaftler in die neuen Pläne ein, insbesondere Carl Duisberg, Richard Willstätter, Walter v. Dyck, den Mediziner Wilhelm His und Max Planck.<sup>496</sup> Nach seiner Rückkehr aus Ungarn, Anfang Oktober, signalisierte Friedrich Schmidt-Ott gegenüber Adolf v. Harnack (Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) die „günstig verlaufenen Besprechungen“ mit Oskar von Miller.<sup>497</sup> Für die weitere Aufstellung des besprochenen Forschungsrates trafen sich Friedrich Schmidt-Ott und Adolf v. Harnack am 13. Oktober 1924 in Berlin.<sup>498</sup> Beide beredeten die personelle Zusammensetzung der „Forschungskommission“ und ihre Aufgabe, wovon Friedrich Schmidt-Ott wieder anschließend Oskar v. Miller in München berichtete, in einem Konzept vom 18. Oktober 1924:

„Grundsätze der Kommission für Forschungsaufgaben

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und das Deutsche Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik verbinden sich mit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zu einer Kommission für Forschungsaufgaben mit dem Ziele, notwendige Forschungen

---

494 Tageskalender, 23. September 1924.

495 Ebd.

496 Tageskalender, 24. September 1924. Schmidt-Ott an v. Miller, 18. Oktober 1924, Archiv Deutsches Museum München, Deutsches Museum Verwaltungsakten „Allgemeines“ 1923-1931 Nr. 276.

497 Schmidt-Ott an von Harnack, 10. Oktober 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4.

498 Tageskalender, 13. Oktober 1924.

auf dem Gebiete der Volksgesundheit, der Wirtschaft und der allgemeinen Wohlfahrt zu fördern.

Jede der drei Organisationen ernennt zu diesem Zweck nach gegenseitiger Verständigung zwei Wissenschaftler und zwei Praktiker. Der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte und dem Deutschen Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine stehe es frei, je ein im Einvernehmen mit den erstgenannten drei Organisationen zu wählendes Mitglied in die Kommission zu entsenden. Für besondere Aufgaben werden Sonderausschüsse vorbehalten. Die Forschungen werden, so es geeignet erscheint, in den Kreis der Aufgaben der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder des Deutschen Museums, gegebenenfalls auch der Notgemeinschaft selbst eingereiht. Die erforderlichen Mittel werden aus verfügbaren Fonds von der Notgemeinschaft bereitgestellt, bei der deshalb die Geschäftsführung der Kommission liegt.<sup>499</sup>

Die Liste der Nominierungen für die „Kommission für Forschungsaufgaben“ führte nach den Beratungen zwischen Oskar v. Miller, Friedrich Schmidt-Ott und Adolf v. Harnack nun eine Auswahl von Namen auf, zu der neben den Gruppen für sechs Wissenschaftler und sechs „Praktiker“ auch zwei „Verbandsvertreter“ hinzugekommen waren, die Friedrich Schmidt-Ott „durch die Zugehörigkeit dieser Organisationen zur Notgemeinschaft nahe gelegt“ sah.<sup>500</sup>

<b>Wissenschaftler</b>
Walter v. Dyck, München. Mathematiker, Technische Universität München
Richard Willstätter, München. Chemiker, Privatlabor
Fritz Haber, Berlin-Dahlem. Elektrochemiker, Kaiser-Wilhelm-Institut Berlin-Dahlem
Wilhelm Wien, München. Physiker, Physikalisches Institut der Universität München
Hermann A. Schumacher, Berlin. Staatswissenschaftler und Nationalökonom, Universität Berlin
- noch kein Vorschlag -
<b>„Praktiker“</b>
Carl Duisberg, Leverkusen, Vorstandsvorsitzender der Bayer AG
Albert Vögler, Bochum. Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG
Emil Ehrensberger, Traunstein. Mitglied des Aufsichtsrats Friedrich-Alfred-Krupp Werke, Essen
Hermann Warmbold, Mitglied des Vorstands der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen
Carl Friedrich v. Siemens, Berlin. Aufsichtsratsvorsitzender Siemens-Schuckert-Werke oder Carl Köttgen, Berlin. Generaldirektor Siemens-Schuckert-Werke
Paul H. Reusch, Oberhausen. Gutehoffnungshütte, Vorsitzender des Vereins Deutscher Stahlindustrieller oder Abraham Frowein, Elberfeld. Firma Abraham & Gebr. Frowein, Vizepräsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie
<b>Verbände</b>
Friedrich v. Müller, München, Internist am Klinikum der Universität München. Mitglied in der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte
Georg Klingenberg, Berlin. Mitglied im Vorstand der A.E.G., Arbeitsgebiet "Bau und Betrieb von Elektrizitätswerken". Vorsitzender des Verbandes Technisch-Wissenschaftlicher Vereine

Tabelle 3: Liste der Nominierungen für eine „Kommission für Forschungsfragen“, 1924.

Quelle: Schmidt-Ott an v. Miller, 18. Oktober 1924, Archiv Deutsches Museum

499 „Grundsätze der Kommission für Forschungsaufgaben“, Anlage zu Schmidt-Ott an v. Miller, 18. Oktober 1924, Archiv Deutsches Museum München, Deutsches Museum Verwaltungsakten „Allgemeines“ 1923-1931 Nr. 276.

500 Schmidt-Ott an Miller, 18. Oktober 1924, Archiv Deutsches Museum München, Deutsches Museum Verwaltungsakten „Allgemeines“ 1923-1931 Nr. 276.

München, Deutsches Museum Verwaltungsakten „Allgemeines“ 1923-1931 Nr. 276.

Adolf von Harnack hatte am 13. Oktober 1924 den Vorschlag gemacht, Hermann A. Schumacher als volkswirtschaftlichen Experten in die Gruppe der Wissenschaftler aufzunehmen. Für die Vertretung der beiden großen Verbände setzte man für die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte den Münchener Kliniker Friedrich v. Müller auf die Liste, und für den Deutschen Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine dessen Vorsitzenden Georg Klingenberg. Für die Gruppe der Praktiker war Gustav Krupp von Bohlen und Halbach durch Oskar v. Miller ins Gespräch gebracht, aber durch Adolf v. Harnack und Friedrich Schmidt-Ott aus dem engeren Auswahlkreis wieder ausgeschieden worden, weil Gustav Krupp „kein technischer Fachmann“ sei. Dasselbe galt von Joseph Koeth, den Adolf v. Harnack vorübergehend in Betracht gezogen hatte. Friedrich Schmidt-Ott und Adolf v. Harnack hatten sich auch über die Arbeitsweise der Kommission geeinigt:

„Es soll sich um eine ganz zwanglose Kommission handeln, die je nach Bedarf und Mitteln 1, 2, 3 oder mehr solche Fragen vorschlägt. Es wird voraussichtlich nötig sein, dann in kleinen Sonderausschüssen zu beraten, wie diese Fragen geklärt werden, wobei die in Aussicht zu nehmenden Forscher, jeder am Ort wo er lebt, an der Arbeit mitwirken können.“<sup>501</sup>

Insgesamt waren die Nominierungen für die „Kommission für Forschungsaufgaben“ bereits so weit fortgeschritten, dass Oskar von Miller nur noch die offene, sechste Wissenschaftlerstelle auf der Liste hätte ergänzen können. Ein „Hygieniker“ oder ein „Baumeister“, aber auch ein „Bürgermeister“ wären seiner Meinung nach in Frage gekommen.<sup>502</sup> Aber Oskar v. Miller benannte während der nächsten Besprechung der „Forschungsaufgaben“ mit Friedrich Schmidt-Ott und Adolf v. Harnack am 27. Oktober 1924 in Berlin keine bestimmte Persönlichkeit.<sup>503</sup> Denn diese Besprechung nahm eine überraschende Wendung. Oskar v. Miller plädierte nämlich, in der bisher verhandelten Prioritätenliste mit den Forschungsgebieten ‚Volksgesundheit, Wirtschaft und allgemeine Wohlfahrt‘ das Gebiet der „Wirtschaft“ zu streichen und an dessen Stelle in den Katalog der Forschungsaufgaben „Volkskultur, Lebensfreude (Theater, Musik,

---

501 Schmidt-Ott an Fr. v. Müller, 25. Oktober 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4.

502 Tageskalender, 27. Oktober 1924. Schmidt-Ott an Miller, 18. Oktober 1924, Archiv Deutsches Museum München, Deutsches Museum Verwaltungsakten „Allgemeines“ 1923-1931 Nr. 276.

503 Tageskalender, 27. Oktober 1924.

Reisen)“ zu setzen.<sup>504</sup> Diese abweichende Prioritätenliste mit der Reihenfolge ‚Volksgesundheit, Lebensfreude und allgemeine Wohlfahrt‘ betonte nicht mehr die wissenschaftliche Forschung, sondern die Volksbildung. Sie entsprach den bildungspolitischen und volkstümlichen Bestrebungen Oskar von Millers, der diese Prioritäten auch aus „politischen Gründen“, wegen des „süddeutschen Bewußtseins“ nahelegen wollte.<sup>505</sup> Verblüfft hielten Friedrich Schmidt-Ott und Adolf v. Harnack dem Museumsgründer entgegen, in seinem Hause stünden doch die „Wissenschaft“ und ihre „Fortentwicklung“ im Vordergrund, und am Ende der Diskussion war Oskar v. Miller „schließlich dafür zu haben“, der herausragenden Bedeutung der Wissenschaft in der „Kommission für Forschungsaufgaben“ auch als Vertreter des Deutschen Museums zuzustimmen.<sup>506</sup> Dennoch konnte niemand verkennen, dass im Falle der geplanten „Kommission für Forschungsaufgaben“ die Wissenschafts- und Technikorientierung von Friedrich Schmidt-Ott und Adolf v. Harnack kaum mit der volkstümlichen, bildungspolitischen Intention Oskar v. Millers zusammenpassen würde.

Gleichwohl ließ Friedrich Schmidt-Ott am nächsten Tag einen Entwurf für ein Einladungsschreiben an die zu nominierenden Mitglieder der „Kommission für Forschungsaufgaben“ aufsetzen:

„Konzept!

Berlin, den 28. Oktober 1924.

Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und das Deutsche Museum von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik haben sich mit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zusammengefunden, um durch eine Kommission für Forschungsaufgaben notwendige Forschungen auf dem Gebiete der Volksgesundheit, der Wirtschaft und der allgemeinen Wohlfahrt zu fördern. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass im Kriege Wissenschaft und Wirtschaft im Dienste vaterländischer Aufgaben wetteiferten, während seitdem auf den meisten Gebieten jede Organisation fehlt. Soweit hier durch Gründung von Forschungsinstituten geholfen werden kann, ist die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft als Trägerin dieser Bestrebungen berufen. Aber daneben bleibt noch ein weites Gebiet von Aufgaben, das von ihr nicht erfaßt werden kann. Es ist anzunehmen, dass an den Universitäten und Technischen Hochschulen, wie an Anstalten aller Art,

---

504 Handschriftliche Eintragungen von Oskar von Miller an den „Grundsätzen der Kommission für Forschungsaufgaben“, Anlage zu Schmidt-Ott an v. Miller, 18. Oktober 1924, Archiv Deutsches Museum München, Deutsches Museum Verwaltungsakten „Allgemeines“ 1923-1931 Nr. 276.

505 Tageskalender, 27. Oktober 1924.

506 Ebd.

auch im gewerblichen Leben geeignete Forscher zu finden sind, die zur Mitarbeit geeignet und in der Lage wären.

Die Kommission soll nach gegenseitiger Verständigung der drei Organisationen 6 Wissenschaftler und 6 Männer des praktischen Lebens umfassen. Der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte und dem Deutschen Verband Technisch-Wissenschaftlicher Vereine soll es freistehen, je ein, im Einvernehmen mit den drei Organisationen, zu wählendes Mitglied in die Kommission zu entsenden. Die Forschungen werden, wo es geeignet erscheint in den Kreis der Aufgaben der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft oder des Deutschen Museums, gegebenenfalls auch der Notgemeinschaft, eingereicht. Die erforderlichen Mittel sind von der Notgemeinschaft bereitzustellen.

An einen häufigen Zusammentritt der Kommission ist nicht gedacht. Dagegen ist es bei der Bedeutung der Aufgabe von besonderem Werte, dass ein kleiner Kreis erfahrener Fachmänner zur Beratung zur Verfügung steht.

Eurer Hochwohlgeboren würden wir zu besonderem Danke verpflichtet sein, wenn Sie Sich zur Mitwirkung innerhalb der Kommission bereitfinden würden. Die Antwort über Ihre Geneigtheit bitten wir an den mitunterzeichneten Präsidenten der Notgemeinschaft zu senden.

Der Präsident der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften.

Der Vorstand des Deutschen Museums von Meisterwerken der Naturwissenschaft und Technik.

Der Präsident der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft.<sup>507</sup>

Doch zu einem Zusammentreten dieser „Kommission für Forschungsaufgaben“, die ein zentraler ‚Deutscher Forschungsrat‘ der Weimarer Republik hätte werden können, sollte es nie kommen. Nicht nur die unterschiedlichen Erwartungen zwischen Berlin und München waren der Grund dafür, dass die nominierte „Kommission für Forschungsaufgaben“ über ihr Planungsstadium nicht weiter hinausgelang. Auch die Bedenken von Seiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft blieben bestehen. Friedrich Glum kritisierte am 29. Oktober 1924 an dem Einladungsschreiben, es sei so formuliert, dass die Notgemeinschaft darin nur scheinbar zurücktrete, eigentlich aber die Federführung behalten wolle.<sup>508</sup> Er verlangte, die Mitglieder der „Kommission für Forschungsfragen“ nicht sogleich offiziell zusammentreten zu lassen, sondern die Aufgaben mit ihnen erst einmal „unter der Hand“ zu besprechen.<sup>509</sup>

In dieser auseinanderstrebenden wissenschaftspolitischen Verhandlungssituation versuchte Friedrich Schmidt-Ott, nochmal den Münchener Ingenieur Oskar v. Miller

---

507 GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4, Bl. 178.

508 Tageskalender, 29. Oktober 1924.

509 Ebd.

einzubinden. Friedrich Schmidt-Ott ließ Friedrich Glum am 29. Oktober 1924 von Seiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegenüber Oskar v. Miller mitteilen, die Notgemeinschaft habe 12.000.- Reichsmark zur Verfügung gestellt für Vorstudien zu der Anlage eines „Forschungsinstituts für Wasserkraftforschung“ bei der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft.<sup>510</sup> Aber Oskar v. Miller scheint die erbetene „gelegentliche Unterlage“ mit einer Projektbeschreibung nie eingesandt zu haben.<sup>511</sup> Stattdessen schickte Oskar v. Miller am 6. November 1924 einen Vorschlag für ein medizinisches Forschungsprojekt an Friedrich Schmidt-Ott, wobei Oskar v. Miller darlegte, dass es sich um ein Problem der „Drüsenforschung“ handele, welches ihm von dem Histologen und Privatdozenten Benno Romeis von der Münchner Universität vorgelegt worden sei, der mit diesem großen Forschungsprojekt eine „exakte Untersuchung des Blutes überhaupt“ beginnen und damit „eine der wichtigsten Fragen für die Volksgesundung“ behandeln wolle.<sup>512</sup> Friedrich Schmidt-Ott griff diesen Vorschlag auch auf und förderte in den nächsten Monaten die Zusammenstellung einer „Gemeinschaftsarbeit“ auf dem medizinischen Gebiet der „Drüsenforschung“.<sup>513</sup> Aber das Widerstreben der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegen eine „Kommission für Forschungsaufgaben“ unter der faktischen Ägide der Notgemeinschaft stimmte Friedrich Schmidt-Ott Anfang November 1924 zurückhaltender. Es schien ihm „zweifelhaft“, ob man tatsächlich „jetzt schon zur Wahl einer Kommission schreiten“ dürfe, oder ob er nicht persönlich zuerst „im Wege der Fachausschüsse oder durch Befragung besonders sachkundiger Einzelforscher eine Anzahl Aufgaben klarzustellen“ versuchen sollte.<sup>514</sup> Friedrich Schmidt-Ott sollte bald diesen zweiten Weg wählen, die Sondierung mit ausgesuchten Beratern. Gegenüber Oskar v. Miller bekannte er, dass Adolf v. Harnack mit ihm „noch nicht zu einem festen Vorschlag wegen eines Termins“ für das Zusammentreten der „Kommission für Forschungsaufgaben“ einig geworden sei. Er gab vor, die Ursache dafür liege an der „Scheu [...], die Anregung schon jetzt in einen Kreis zu tragen, der nicht völlig übersehen werden kann.“<sup>515</sup> Friedrich Schmidt-Ott mochte daher zunächst

---

510 MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 919 Akte 4 Bl. 85.

511 Die Bewilligungsakten im Bundesarchiv Koblenz R 73 Zweiter Teil enthalten für die Jahre 1924/25 keine Unterlagen zur Förderung der Wasserkraftforschung am Walchenseekraftwerk.

512 v. Miller an Schmidt-Ott, 6. November 1924, Archiv Deutsches Museum München, Deutsches Museum Verwaltungsakten „Allgemeines“ 1923-1931 Nr. 276.

513 Vgl. Schmidt-Ott an v. Krehl, 18. Dezember 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4.

514 Schmidt-Ott an Fr. v. Müller, 3. November 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4.

515 Schmidt-Ott an Miller, 17. November 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4.

„den Kreis der Aufgaben noch etwas mehr vertiefen“, ehe man dann „Männer des öffentlichen Lebens zur Beratung darüber zusammenrufen“ könne.<sup>516</sup> Er appellierte an Oskar v. Miller, trotz der „kurzen Verzögerung“ nach Möglichkeit „kein Zeichen des Schwankens in der Sache selbst zu sehen“, zumal man in Erwartung der Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 wohl auch in politischer Hinsicht Geduld haben müsse. Doch es nutzte nichts. Oskar v. Miller zog sich schließlich Ende November 1924 aus seiner bisherigen Mitarbeit an einer „Kommission für Forschungsaufgaben“ zurück.<sup>517</sup>

Für Friedrich Schmidt-Ott standen mit dem Erfolg oder Misserfolg einer „Kommission für Forschungsaufgaben“ die Entwicklung der Notgemeinschaft und ihre künftige Forschungsförderung auf dem Spiel. Die entscheidende Frage für ihn als Präsidenten der Notgemeinschaft war, „wie man zur richtigen Fragestellung käme“.<sup>518</sup> Die Anregung von Friedrich Glum aufgreifend, wandte er sich in den nächsten Wochen diskret sowohl an einige Männer aus dem nominierten Kreis der „Kommission für Forschungsaufgaben“, als auch an die Fachgutachter und Vertrauensmänner der Notgemeinschaft, „um bestimmtere Vorschläge für einzelne Unternehmungen vorzubereiten.“<sup>519</sup> Diese Mobilisierung der Mitglieder der Notgemeinschaft schien dringlicher, da die wissenschaftspolitische Kompetenz im Deutschen Reich bereits wieder enger an das Preußische Kultusministerium zu rücken schien, nachdem dessen Hochschulabteilung am 9. September 1924 alle preußischen Universitäten angewiesen hatte, ihre Forschungsanträge – auch die Unterstützungsgesuche an die Notgemeinschaft – zuerst an das Kultusministerium zu richten.<sup>520</sup> Verärgert kommentierte Friedrich Schmidt-Ott gegenüber August W. Fehling, die Notgemeinschaft habe sehr wohl „noch reichliche Aufgaben“, auch wenn „einzelne Herren im Kultusministerium“ sich bemühten, die Reichshilfe schon „als überflüssig erscheinen zu lassen“.<sup>521</sup> Doch erst mit großen Forschungsaufgaben, die allerdings

---

516 Ebd.

517 Im Tageskalender sind ab November 1924 keine forschungspolitischen Kontakte mehr mit Oskar v. Miller verzeichnet.

518 Schmidt-Ott an F. v. Müller, 3. November 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4.

519 Schmidt-Ott an v. Miller, 17. November 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4. Friedrich Schmidt-Ott kontaktierte Walter van Dyck am 24. September 1924, Carl Duisberg am Walter Nernst am 26. November 1924 („über meine Forschungsziele: ganz einverstanden.“).

520 Schenck an Siegismund, 3. November 1924, BAK R 73 Nr. 301.

521 Schmidt-Ott an Fehling, 15. September 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4. Es wird nicht deutlich, wer mit „einzelne Herren“ gemeint war.

„einem nationalen Bedürfnis“ entgegenkommen müssten, und die sich auf das Votum von wissenschaftlichen und industriellen Experten stützten, schien die Notgemeinschaft „das volle Rückgrat“ für ihre Arbeit erhalten zu können, wie Friedrich Schmidt-Ott dem Kliniker Friedrich v. Müller in München gestand.<sup>522</sup> Tatsächlich rechnete Friedrich Schmidt-Ott noch zum Jahresende 1924 durchaus mit der Möglichkeit, die Notgemeinschaft könnte abgeschafft werden. Er hielt dieses Risiko nur dann für „nicht so groß“, wenn die Notgemeinschaft tatsächlich „an die großen Aufgaben der Volksgesundheit und des Volkswohles herangehen“ dürfte.<sup>523</sup> Anlass zu dieser Hoffnung gaben die einlenkende Haltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als auch die Reaktion aus den Ministerien. Friedrich Glum zeigte sich am 24. November 1924 in einer Aussprache über die „Forschungspläne“ nun doch bereit, „mitzuarbeiten“ und schlug Probleme der Glasforschung und der Korrosionsforschung vor.<sup>524</sup> Hugo Andres Krüss im Preußischen Kultusministerium fand Friedrich Schmidt-Otts neuen „Forschungsplan“ Anfang Dezember 1924 eine „glänzende Idee“ und teilte mit, dass auch Carl H. Becker damit „einverstanden“ sei.<sup>525</sup>

## 2. 2. 6. Die neue „Organisation der Forschung“

Als das Deutsche Museum im November 1924 von seiner Mitwirkung an einer „Kommission für Forschungsfragen“ Abstand nahm, hielt Friedrich Schmidt-Ott zäh an dem eingeschlagenen Weg fest, sich unter den nominierten Wirtschaftsführern der gedachten „Kommission für Forschungsfragen“ nach anwendungsorientierten Forschungsproblemen zu erkundigen. Die Industrie und der Stifterverband wurden noch im Dezember 1924 hellhörig. Otto Becker, der Geschäftsführer des Stifterverbandes, versicherte, dass Carl Friedrich von Siemens „an der Frage das

---

522 Schmidt-Ott an Fr. v. Müller, 25. Oktober 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4.

523 Schmidt-Ott an Abderhalden, 9. Dezember 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4. Im Briefkonzept hieß es zunächst, dass ein Risiko bestünde, dass die Notgemeinschaft „eingeht“, was zu „untergeht“ korrigiert wurde. Friedrich Schmidt-Otts Einschätzung über die Stabilität der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft antwortete auf Emil Abderhaldens Frage, ob die Forschungsstipendien der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft noch langfristig Bestand haben würden.

524 Tageskalender, 24. November 1924.

525 Tageskalender, 2. Dezember 1924. Der scheidende Preußische Kultusminister Otto Boelitz, dem Friedrich Schmidt-Ott nichts von den „Forschungsplänen“ erzählt hatte, drückte sein Vertrauen zur Tätigkeit der Notgemeinschaft aus und erläuterte den Erlass des Kultusministeriums vom 9. September 1924 an die Universitätsinstitute als eine Maßnahme der „Gleichsetzung“, siehe Tageskalender, 17. Oktober 1924.

lebhafteste Interesse“ nähme.<sup>526</sup> Obgleich Friedrich Schmidt-Ott in zahlreichen Sondierungsgesprächen während des Herbstes 1924 mögliche Wege für die weitere Entwicklung der Notgemeinschaft andeutete, schienen die meisten Präsidiums- und Hauptausschussmitglieder zu glauben, dass die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ihre Aufgabe bereits erfüllt hatte, nämlich die Zeit der Inflationsnot zu überbrücken. Für die am 9. Januar 1925 nach Darmstadt einberufene Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft hatten sich maßgebende Entscheidungsträger entschuldigt bzw. ihre Teilnahme abgesagt, obwohl Friedrich Schmidt-Ott angekündigt hatte, er wolle „über die weitere Ausgestaltung der Notgemeinschaft etwas sagen“.<sup>527</sup> Weder Max Planck, noch dessen Stellvertreter Johannes v. Kries, weder Adolf v. Harnack noch Carl Duisberg, weder Albert Vögler oder Otto Becker, der Geschäftsführer des Stifterverbandes, selbst die Präsidiumsmitglieder Fritz Haber oder Walter v. Dyck – keiner dieser einflussreichen Angehörigen der Notgemeinschaft kam nach Darmstadt.<sup>528</sup> Friedrich Schmidt-Ott bedauerte das Fernbleiben der Präsidial- und Hauptausschussmitglieder sehr und gab zu verstehen, wie viel ihm an dem Votum des Hauptausschusses gelegen sei, doch es schien, als ob ein Großteil der deutschen Wissenschaftsvertreter innerhalb der Notgemeinschaft selbst nicht mehr glaubte, die Wissenschaftsorganisation hätte nach dem Ende der Hyperinflationsnot noch eine Funktion. Den Fernbleibenden deutete Friedrich Schmidt-Ott verschiedentlich seine Pläne an. So eröffnete er einzelnen Vertretern wie dem Mediziner Johannes v. Kries, dass „eine gewisse Organisation auf dem Gebiete der Volksgesundheit“ eingeführt werden könnte, in denen bestimmte Aufgaben wie die „Drüsenforschung“ oder interdisziplinäre Projekte in der Medizin mit Chemikern und Physikern zu fördern wären.<sup>529</sup> Gegenüber der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft betonte Friedrich Schmidt-Ott, dass er über die „Ausgestaltung der Forschungsaufgaben“ sprechen wolle. Als Adolf v. Harnack absagte, bat er ihn,

---

526 O. Becker an Schmidt-Ott, 24. Dezember 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4.

527 Brief Schmidt-Ott an Becker vom 27. 12. 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4.

528 Absagen: Becker an Schmidt-Ott, 24. Dezember 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4; Planck an Schmidt-Ott, 24. Dezember 1924, Duisberg an Schmidt-Ott, 27. Dezember 1924, Vögler an Schmidt-Ott, 5. Januar 1925, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 5.

529 Schmidt-Ott an v. Kries, 2. Januar 1925, BAK R 73 Nr. 89.

wenigstens Generalsekretär Friedrich Glum nach Darmstadt zu entsenden.<sup>530</sup> Glum sagte zu.<sup>531</sup>

Die neuen „großen Aufgaben“ hat Friedrich Schmidt-Ott in der Konzeptionsphase ab 9. September 1924 nicht mit Fritz Haber beraten. Fritz Haber befand sich ab 2. September 1924 von Hamburg aus auf einer mehrmonatigen Weltreise nach Japan.<sup>532</sup>

Die historische Forschung behauptet, Fritz Haber habe die neue „Organisation der Forschung“ mit den „Gemeinschaftsarbeiten“ ausgedacht.<sup>533</sup> Wie die vorliegende Arbeit zeigt, war das nicht der Fall. Haber beteiligte sich ab Frühjahr 1925 an der wissenschaftspolitischen Durchsetzung im Parlament, wie noch zu beschreiben sein wird.

Zu der Sitzung des Hauptausschusses der Notgemeinschaft am 9. Januar 1925 kamen nach Darmstadt schließlich sechs von neun Hauptausschussmitgliedern: der Meteorologe Hugo Hergesell, der Mediävist Paul F. Kehr, der Internist Friedrich v. Müller, der Maschinenbauingenieur Adolf Nägel, der Zivil- und Prozessjurist Max v. Rümelin, der Linguist Eduard Sievers sowie drei Stellvertreter, der Historiker der Reformationszeit Karl Brandi, der Wasserbauingenieur Theodor Rehbock und der Anthropologe Georg Thilenius. Unter den elf Gästen der Sitzung waren Friedrich Glum (Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft), Enno Heidebroek (Hydraulik-Ingenieur, Rektor TH Darmstadt) und Friedrich Saemisch (Reichssparkommissar) sowie weitere neun Vertreter der Kultur- und Geisteswissenschaften. Schließlich kamen sechs Vertreter der Hochschulländer aus den Kultusministerien und fünf Mitarbeiter der Notgemeinschaft aus Berlin hinzu. Erst zum Ende der Sitzung kam Friedrich Schmidt-Ott auf die Frage der neuen Forschungsprogramme zu sprechen.<sup>534</sup> Unter dem Titel „Organisation der Forschung“ führte er aus, dass die Notgemeinschaft satzungsgemäß berufen sei, für den wissenschaftlichen „Wiederaufbau“ zu arbeiten. Sie dürfe nicht

---

530 Schmidt-Ott an Harnack, 1. Januar 1925, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 919 Akte 4.

531 Am 2. Januar 1925 sendete Schmidt-Ott kurzfristig eine Einladung an Friedrich Glum für den 9. Januar; am 5. Januar sagte Glum zu und bot einen weiteren Gesprächstermin an, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 919 Akte 4.

532 Vgl. Stoltzenberg, Dietrich: Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude. Eine Biographie, Weinheim: VCH 1994, S. 539-546.

533 Brigitte Schroeder-Gudehus: The Argument for the Self-Government and Public Support of Science in Weimar Germany, in: *Minerva. Review of Science, Learning and Policy* 10 (1972), Heft 4, S. 537-570, hier S. 544.

534 „Weiter zu besprechende Angelegenheiten“, Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft am Freitag, den 9. Januar 1925 in Darmstadt, BAK R 73 Nr. 89.

dabei stehen bleiben, die „zufällig an sie herantretenden Anträge bejahend oder verneinend zu erledigen“, sondern sie müsse „mehr als bisher an die Durcharbeitung und Lösung bestimmter, besonders wichtiger Forschungsaufgaben“ herangehen. Als forschungspolitische Prioritäten nannte Friedrich Schmidt-Ott dabei wissenschaftliche Aufgaben auf den Gebieten „der Volksgesundheit, der nationalen Wirtschaft und des Allgemeinen Volkswohls.“ Ähnlich wie während des Ersten Weltkrieges, wo sich eine „enge und fruchtbare Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft von selbst ergeben“ habe, solle nun in „Richtung eines engen Zusammenarbeitens, gegenseitiger Fühlung und Ergänzung“ die Möglichkeit geschaffen werden zu einer „zwanglosen Organisation“ der Forscher. Die Notgemeinschaft könnte zu diesem Zweck

„Forscher, die an verschiedenen Stellen und in verschiedenen Gebieten wirken, durch freie Vereinbarung zu gemeinsamer Inangriffnahme größerer Ziele zusammenführen und ihnen den Mut für solche durch Hergabe von Mitteln stärken.“

Nach eingehenden Beratungen mit „führenden wissenschaftlichen Persönlichkeiten“ aus Medizin, Chemie und Technik hätten sich dabei in den Feldern Medizin, Physik und Chemie einige Probleme herausgeschält. Friedrich Schmidt-Ott schlug vor, die Notgemeinschaft solle allmählich gerade in solche Aufgaben hineinwachsen. Die forschungspolitische Angelegenheit sei so bedeutungsvoll, dass er dafür etwa 500.000.- Reichsmark des Budgets der Notgemeinschaft verfügbar machen wolle, also ca. 20% des laufenden Etats. Eine „Steigerung der Mittel“ sei außerdem zu beantragen, wenn die weitere Entwicklung dies entsprechend fordere. Friedrich Schmidt-Ott bat abschließend darum, keinen endgültigen Beschluss über den Plan zu fassen, da er „noch näherer Klärung bedürfe“. Ihm sei es nur wichtig gewesen, den Hauptausschuss über diese Frage in Kenntnis zu setzen und sich seines Einverständnisses zu versichern, damit er „auf diesem Wege weitergehen“ könne.<sup>535</sup> Da Friedrich Schmidt-Ott keine Beschlussfassung erwartete, kam es zu keiner Aussprache über die neue

---

535 Zitate siehe Anm. 534. Friedrich Glum notierte auf den Blättern der Tagesordnung: „1/2 Million für solche Aufgaben flüssig machen“. Er kreuzte auf der dem Protokoll beigegebenen Bewilligungsliste die Untersuchung Körpers am Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung über gehärtete Stähle an, eine weitere Untersuchung über gasförmige Metallverbindungen am Chemischen Institut in Berlin, dann ein Projekt über Kristall-Strukturverbindungen, ein weiteres über "Corrosionsforschung", und zeichnete die "Kautschuckforschung" an; außerdem kennzeichnete er medizinische Untersuchungen, so das Projekt über Insulin von Richard Willstätter, eine Untersuchung über die Wasserbindung im Serum, eine Quecksilbervergiftungsstudie sowie Eiweiß-Untersuchungen (Provitamine); das Stichwort "Eisenforschung" unterstrich Friedrich Glum kräftig.

forschungspolitische Richtungsentscheidung, sondern die anwesenden Hauptausschussmitglieder haben das weitere Vorgehen Friedrich Schmidt-Otts für den „Forschungsaufgabenplan gebilligt.“<sup>536</sup>

Friedrich Schmidt-Ott ließ in seiner Darstellung am 9. Januar 1925 einen wichtigen Gesichtspunkt unerwähnt, den er sonst in allen Beratungen ausdrücklich betont hatte. Friedrich Schmidt-Ott ging davon aus, dass die technologische Produktivität im Deutschen Reich in Schwung gesetzt werden könnte, indem die Notgemeinschaft wissenschaftliche Arbeiten in technischen Anwendungsgebieten förderte, und zwar durch die „Fühlungnahme“ von Wissenschaft und Industrie, d.h. in einer Kooperation mit den wissenschaftstechnologisch interessierten Industriefirmen. Doch in der Organisation der „Gemeinschaftsarbeiten“ selbst wurde die naheliegendste Verbindung zwischen Forschung und Industrie ausgeschlossen, nämlich die finanzielle. Kategorisch schloss Friedrich Schmidt-Ott eine Beteiligung der Wirtschaft an der Finanzierung der neu anvisierten Grundlagenforschung aus: „Private Mittel dafür in Anspruch zu nehmen, wäre grundsätzlich zu vermeiden.“<sup>537</sup> Bemerkenswert ist, dass Friedrich Schmidt-Ott dabei von der bisherigen wissenschaftspolitischen Praxis abkehrte, für anwendungsorientierte Forschungsunternehmungen eine Mischfinanzierung aus staatlichen und industriellen Geldgebern herbeizuführen wie z.B. für die „Göttinger Vereinigung“ oder bei der Gründung von Kaiser Wilhelm-Instituten. Hintergrund dieser Zurückhaltung waren die patentrechtlichen Diskussionen der Zwischenkriegszeit, v.a. die Verhandlungen über eine „Konvention zum Schutz des geistigen Eigentums“ in der „Commission de Coopération Intellectuelle“ des Völkerbundes vom 25.-29. Juli 1924, als man den rechtlichen Schutz von wissenschaftlichem und technischem Eigentum neu festlegte.<sup>538</sup> Die zeitgenössische Rechtsanschauung tendierte dahin, neue geistige Schöpfungen, die in eine wissenschaftstechnologische Innovation münden könnten, bereits dann für schutzwürdig anzusehen, wenn sich „eine irgendwie vorhandene Bindung der

---

536 Tageskalender, 9. Januar 1925.

537 Briefkonzept Schmidt-Ott an von Miller, 9. September 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 3.

538 Die wissenschaftlichen Organisationen des Völkerbundes. Commission de Coopération intellectuelle, in: Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen 4 (1924), Heft 7 (Oktober), S. 138f.

Entdeckung oder des Lehrsatzes in eine greifbare Form der Nutzung“ erkennen ließ.<sup>539</sup> Mit anderen Worten, wenn die Grundlagenforschung in der Notgemeinschaft von wissenschaftstechnologischen Firmen finanziert würde, dann äußerte dadurch die Industrie an den Ergebnissen ein Verwendungsinteresse. Mögliche Neuentdeckungen fielen in diesem Falle unter einen lizenzrechtlichen Schutz und eine freie Verwendung der theoretischen Erkenntnisse wäre rechtlich ausgeschlossen. Friedrich Schmidt-Ott legte also die anvisierte gemeinsame, nationale Forschungsanstrengung organisatorisch in Abgrenzung zur Firmenforschung an. Friedrich Schmidt-Ott war deshalb auch entschlossen, mit den Behörden und Vertretern des Reichs um ein höheres Jahresbudget für die Notgemeinschaft zu verhandeln. Er bereitete Georg Schreiber im Februar 1925 darauf vor, eine Erhöhung des Budgets der Notgemeinschaft im Reichstag zu beantragen. Zwar sollten die besprochenen neuen Forschungsaufgaben „mit den vorhandenen Mitteln“ finanziert werden, wobei Schmidt-Ott einen fixen Teil des laufenden Haushalts dafür reservieren wollte: „Etwa 1/2 Million Mark glaube ich [...] zu Gunsten dieser nationalen Aufgabe verwenden zu können.“<sup>540</sup> Doch mittelfristig hielt es Friedrich Schmidt-Ott für „unerlässlich, dass der Fonds der Notgemeinschaft mit der Zeit um eine weitere Million Mark erhöht“ würde. Er bat Georg Schreiber, ihm im laufenden Jahr einmal einen günstigen politischen Zeitpunkt für einen solchen Antrag zu empfehlen. Diese Gelegenheit eröffnete sich bereits früh. Die neue Regierung des konservativen ‚Bürgerblocks‘ unter dem früheren Reichsfinanzminister und nunmehrigen Kanzler Hans Luther vom 15. Januar 1925 stellte ein Kabinett mit Fachleuten auf, deren politische Affinität zur konservativen Wissenschaftselite auch die Zustimmung zu den neuen forschungspolitischen Plänen der Notgemeinschaft beförderte.

Am 3. März 1925 sprach Friedrich Schmidt-Ott bei Reichsfinanzminister v. Schlieben vor. Er präsentierte ihm die Pläne für „besondere Forschungen“ und bat dafür um einen „Reservefonds für 3 Jahre neben den laufenden 5 Millionen“.<sup>541</sup> Diese Forderung kam einem Antrag auf eine jährliche Erhöhung des Budgets um 1,6 Millionen Reichsmark gleich. Damit lag der Antrag für einen Sonderfonds faktisch auf der Linie

---

539 Elster, Alexander: Wissenschaftliches und technisches Eigentum, in: Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, hrsg. v. Fritz Stier-Somlo und Alexander Elster, Band 7 (Ergänzungsband)), Berlin: de Gruyter 1931, 644-650, S. 647.

540 Schmidt-Ott an Schreiber, 2. Februar 1925, BAK R 73 Nr. 75.

541 Tageskalender, 3. März 1925.

der mittelfristigen Überlegung seit Winter 1923/1924, den Etat der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft langfristig aufzustocken, um dadurch ihren Bestand zu sichern. Friedrich Schmidt-Ott legte zur Begründung des Sonderfonds dar, dass die Notgemeinschaft „auch diejenigen Wissenschaftsaufgaben zu fördern bemüht sein muss, die der Volksgesundheit, der nationalen Wirtschaft und dem allgemeinen Volkswohl“ dienen.<sup>542</sup> Dabei machte Friedrich Schmidt-Ott deutlich, dass die geplanten Förderprogramme in eine wissenschaftspolitisch neue Kategorie fallen würden. Denn keine der vorgenommenen Forschungsunternehmungen könnte „bereits mit Mitteln der Privatwirtschaft oder aus vorhandenen Fonds“ gelöst werden. Die laufenden anwendungsorientierten Arbeiten würden weder in den Universitäten, noch an den Firmenlaboratorien oder in den Reichsanstalten respektive den Gesundheitsbehörden „nicht annähernd an diese Ziele heranreichen“, die sich die Notgemeinschaft zu fördern vornehmen wolle. Beispielsweise habe der Stahlwerkverband des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute festgestellt, dass die Beschaffenheit von Metallen theoretisch noch so wenig verstanden sei, dass dies auch die Forschungskapazitäten und Arbeitsmöglichkeiten an dem von der Schwerindustrie finanzierten Kaiser Wilhelm-Institut für Eisenforschung in Düsseldorf übersteige. Friedrich Schmidt-Ott erläuterte dem Reichsfinanzminister, dass die Forschungsarbeiten im ganzen Deutschen Reich dergestalt zu konzernieren seien, das ein „Zusammenarbeiten besonders geeigneter Forscher in verschiedenen Lebensstellungen und an ganz unterschiedlichen Wissenschaftsorten“ möglich würde. Friedrich Schmidt-Ott machte dabei deutlich, dass die gedachte Förderung nicht mehr disziplinspezifisch erfolge, weil die Fragestellungen „grossenteils [sic!] an den Grenzen der Einzelwissenschaften“ lägen. Fortschritte seien z.B. in der Medizin nur mehr interdisziplinär zu erlangen, in der Drüsenforschung oder der Tuberkulose- und Krebsforschung etwa nur durch die Mitarbeit von Chemikern und Physikern. Diese Überzeugung, dass „Erfolge nur durch Zusammenarbeit“ zu gewinnen seien, äußerte Friedrich Schmidt-Ott auch für die meisten anderen Wissensfelder. Neben der Metallforschung habe er „mit mehr als 50 der hervorragendsten Fachleute aus Wissenschaft und Praxis“ weitere Gebiete besprochen, etwa die „Wasserkraftforschung und Wasserversorgung“, den „Schiffbau“, die „Übertragung

---

542 Schmidt-Ott an v. Schlieben, 3. März 1925, BAK R 73 Nr. 1.

ansteckender Krankheiten“, die „Schädlingsbekämpfung“, die „Fragen des Kochens“ oder der „Ernährung“.

Reichsfinanzminister v. Schlieben zeigte sich grundsätzlich gewogen.<sup>543</sup> Auch Reichskanzler Hans Luther, der bereits als Finanzminister in der Hyperinflationszeit im November 1923 gegenüber Friedrich Schmidt-Ott auf die Förderung der „produktiven Wissenschaft“ gedrungen hatte, zeigte sich bei der Vorstellung des neuen Forschungsplanes am 18. März 1925 sehr angetan. Überschwänglich lobte er den Vorschlag, die Krebsforschung zu einer medizinischen Forschungspriorität zu machen. Hier würde das Reich auf jeden Fall Fördermittel geben müssen, „und wenn 300 Jahre“ lang daran gearbeitet werde.<sup>544</sup>

Der Stifterverband unterstützte die Notgemeinschaft forschungspolitisch in ihrer neuen Betonung der Nachwuchsförderung. Am 13. März 1925 beschloss der Verteilungsausschuss des Stifterverbandes, dass die gesamten Industriespenden in Höhe von 100.000.- Reichsmark – wie im vorhergehenden Jahr – für Forschungsstipendien aufgewendet sollten. Diese Summe entsprach zu 2/3 dem Betrag, den die Notgemeinschaft im Vorjahr 1924 für Forschungsstipendien ausgegeben hatte. Das Rundschreiben an die Mitglieder des Stifterverbandes rief zur Solidarität in der Nachwuchsförderung auf:

“Bei der Verarmung unseres Mittelstandes ist der Nachwuchs einer neuen Generation wissenschaftlicher Forscher aufs schwerste bedroht. [...] Es handelt sich um eine nationale Angelegenheit, in der auch Ihre eigensten Interessen auf dem Spiele stehen.“<sup>545</sup>

Zusätzlich schlug Friedrich Schmidt-Ott in Jena am 13. März 1925 vor, dass die normalen Forschungsstipendien in der Chemie und Medizin auch auf die Finanzierung des Lebensunterhalts ausgedehnt werden sollten.<sup>546</sup> Seinen Zuschuss überwies der Stifterverband direkt an die Notgemeinschaftsfachausschüsse, die das Geld vorwiegend für Stipendien an Technischen Hochschulen verwendeten.<sup>547</sup> Die öffentlichkeitswirksame Unterstützung des Stifterverbandes für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wirkte als positives Signal in der parlamentarischen

---

543 Tageskalender, 3. März 1925 („will mit seinen Herren reden“). Schmidt-Ott an v. Klebelsberg (Budapest), 17. März 1925

544 Tageskalender, 18. März 1925.

545 BAK R 73 Nr. 190.

546 v. Caprivi (Verband Deutscher Hochschulen) an Fehling, 31. März 1925, BAK R 73 Nr. 303.

547 BAK R 73 Nr. 30, S. 51.

Debatte, die über die Bewilligung und Erhöhung des Budgets der Notgemeinschaft anstand. Friedrich Schmidt-Otts rechnete damit, dass sich durch den beantragten Sonderfonds das Budget der Notgemeinschaft für Forschungsstipendien deutlich erhöhen würde. Anstatt 150.000.- Reichsmark wie im Jahr 1924 sollte künftig für die Nachwuchsförderung das Drei- bis Zehnfache dieser Summe (ca. 500.000.- bis 1.600.000.- Reichsmark) zur Verfügung stehen.

Im April 1925 ermunterte Friedrich Schmidt-Ott bereits einzelne Gruppen, die sich in der neuen Weise reichsweit organisierten, sie sollten „mit ihren Arbeiten ruhig anfangen“.<sup>548</sup> Am 24. April 1925 stellte Friedrich Schmidt-Ott seinen „Generalplan für Forschungsaufgaben“ der Notgemeinschaft auf.<sup>549</sup> In der ersten Phase sollten die „Metallforschung“, die „Geophysik“, die „Angewandte Entomologie“ mit Feldstudien in Südamerika, die „Verbrennungsvorgänge“ in Motoren, die „Strömungsphysik“ sowie in der Medizin die „Tuberkulose“, der „Typhus“ und der „Krebs“ gefördert werden. Mit einer Eingabe an das Reichsministerium des Innern, die er an Max Donnevert richtete, forderte Friedrich Schmidt-Ott am 19. Mai 1925 den Sonderfonds an.<sup>550</sup> Friedrich Schmidt-Ott diktierte am 19. Mai 1925 „zur Begründung eines Sonderfonds von 5 Millionen Mark“ eine Denkschrift, die er am folgenden Tag Reichsfinanzminister v. Schlieben vorlegte.<sup>551</sup> An den Haushaltsausschuss des Reichstages formulierte Friedrich Schmidt-Ott den Antrag:

„Zu Kap. I. der Einmaligen Ausgaben. / N. 353: Dr. Schreiber und Genossen. Der Ausschuss wolle beschließen: im Kap. 1 einen Titel 1 a einzusetzen mit der Bezeichnung: Für besondere Wissenschaftsleistungen der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft auf den Forschungsgebieten der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohls / 5.000.000.- RM. / Berlin, den 20. Mai 1925“<sup>552</sup>

Reichsfinanzminister v. Schlieben weigerte sich jedoch, den Sonderfonds von 5 Millionen Reichsmark aus dem Ressorthaushalt des Finanzministeriums zu geben. Er könne die „2te 5 Millionen“ nicht bewilligen ohne einen „Antrag aller Parteien“ im

---

548 Schmidt-Ott an Escherich, 20. April 1925, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 5.

549 Tageskalender, 24. April 1925.

550 BAK R 73 Nr. 190. Handschriftliche Erwähnung der Adressaten. Der handschriftliche Vermerk "III / 5591" weist auf die in der dritten Wahlperiode verhandelten Anträge, ebenso der Vermerk "5833, ang. a. 9. 6. 1925".

551 Tageskalender, 19. Mai 1925.

552 Reichshaushalt, 3. Wahlperiode 1924/25, 5. Ausschuss, Drucksache Nr. 353, BAK R 73 Nr. 194.

Reichstag.<sup>553</sup> Um die Präsentation seines Antrags für den Reichstag zu verbessern, arbeitete Friedrich Schmidt-Ott gemeinsam mit Fritz Haber, der erst sieben Wochen vorher von seiner Weltreise nach Berlin zurückgekehrt war, und dem Physiker Karl Stuchtey am 23. und 24. Mai 1925 die Denkschrift „zur Begründung eines Sonderfonds von 5 Millionen Mark“ um.<sup>554</sup> Bei dieser Gelegenheit entstand der zweite Teil der Denkschrift von Fritz Haber, den er als eine „Anlage“ zur Denkschrift Friedrich Schmidt-Otts bezeichnete. Im Druck erschienen beide Teile, d.h. die umgearbeitete Denkschrift über die „Forschungsaufgaben der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft im Bereich der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohles“ sowie die „Anlage“ von Fritz Haber am 25. Mai 1925.<sup>555</sup> Die Denkschrift argumentierte insgesamt für höhere Ausgaben des Deutschen Reichs in der Wissenschaftsförderung aus zwei Gründen. Erstens, um das geschwächte Deutschland wieder in die Lage zu versetzen, am „Wettbewerb auf dem Weltmarkt teilzunehmen“, und zweitens, um in der deutschen Gesellschaft die „Volkskraft zu stärken“. Die Denkschrift drängte damit die 1919/20 als kulturpolitisch bedeutsam gehandelten „gesamtdeutsche[n] Unternehmungen“<sup>556</sup> in den Hintergrund. Nur die naturwissenschaftliche Forschung könne Ersatz leisten für den Entzug von Rohstoffgebieten durch den Versailler Vertrag. Denn als „Helferin [...] in dieser Not“<sup>557</sup> biete die Wissenschaft „Qualitätsarbeit“ und bahne „mit spezialwissenschaftlicher Forschung der Wirtschaft neue Wege“. Fritz Haber fasste diesen Gedanken in ein Bild:

„Nun haben wir eine Bevölkerung und ein Ausbildungssystem, die mehr geeignete Menschen für erfinderische Leistung auf naturwissenschaftlich-

---

553 Tageskalender, 20. Mai 1925.

554 Tageskalender, 23. und 24. Mai 1925. Zu Habers Weltreise vgl. Stoltzenberg, Dietrich: Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude. Eine Biographie, Weinheim: VCH 1994, S. 546. Dass Friedrich Schmidt-Ott sich oft und ausführlich mit Fritz Haber in wissenschaftspolitischen Angelegenheiten beraten hatte, erwähnt Fritz Haber in einem Brief an Richard Willstätter vom 7. Januar 1926; Petra Werner / Angelika Irmscher (Hrsg.): Fritz Haber. Briefe an Richard Willstätter 1910-1934, Berlin 1995, S. 102.

555 „Forschungsaufgaben der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft im Bereich der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohles“, Als Handschrift gedruckt. Berlin, 25. Mai 1925, GStA PK I. HA Rep. 76 V.c Sekt. 1 Tit. XI Teil I Nr. 67 Bd. 2 Bl. 416-419. Die zweiteilige "Denkschrift über die Forschungsaufgaben der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft im Bereich der Nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohles" von Friedrich Schmidt-Ott und Fritz Haber ist abgedruckt als Heft 2 "Denkschriften über Gemeinschaftsarbeiten" in der Reihe "Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft)", Berlin: Karl Siegismund 1928, S. 14-24.

556 Fünfter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Berlin 1926, S. 6.

557 Ebd., S. 243.

technischem Gebiete hervorbringen können als irgendwo in der Fremde, Menschen, die vom Standpunkte der Nation mit den Hühnern vergleichbar sind, die goldene Eier legen.“<sup>558</sup>

Im Hauptteil der Denkschrift betonten Friedrich Schmidt-Ott, Fritz Haber und Karl Stuchtey allerdings die „viel engere Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft“, die dafür noch geschaffen werden müsse. Die Rolle der Wissenschaft sei es dabei, „durch Einsatz aller Mittel“ für die Wirtschaft „neue Grundlagen“ zu schaffen. Aus diesem Grund komme es der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft darauf an, „diejenigen Forschungsaufgaben herauszuschälen, wo mit verhältnismäßig geringstem Einsatz rasche und sichere Erfolge erzielt werden können“. Mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet, würde die Forschung dann instand gesetzt sein, „durch freiwilliges Übereinkommen der bestgeeigneten Forscher“ diese Aufgaben als ein „planmäßig abgegrenztes und gemeinsam verfolgtes Ziel“ zu bearbeiten. Die bereits mit vielen Experten aus Wissenschaft und Industrie ausgesuchten Forschungsarbeiten lägen dabei durchweg „außerhalb des Rahmens besonderer Behörden oder Wirtschaftskreise“ und könnten „ohne Gründung neuer Institute“ bereits durch ein „Zusammenwirken von Fachgelehrten verschiedener Gebiete [...] an getrennten Orten und Forschungsanstalten ausgeführt werden“. Fritz Haber betonte den gestiegenen Stellenwert von Patenten und innovativen Fabrikationslösungen aus wissenschaftlicher Arbeit im ökonomischen Wettbewerb. Er meldete für eine fortgesetzte Qualifikation begabter junger Wissenschaftler einen Bedarf von etwa 600 Plätzen an. Wer sich durch eine weitere akademische Spezialisierung für eine spätere Spitzenstellung in der Industrieforschung vorbereiten könne, der verschaffe damit der nationalen Wirtschaft Renditen. Während Fritz Haber damit unmissverständlich auf die utilitaristische Funktion wissenschaftlicher Ausbildung und Forschung für das Wirtschaftsleben abhob, blieb Friedrich Schmidt-Ott in der Funktionsbestimmung der neuen Forschungsaufgaben - trotz der utilitaristischen Eingangssätze seiner Denkschrift - widersprüchlich: die aufzustockenden Forschungsstipendien der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft sollten "jungen Kräften [...] zur Durchführung wissenschaftlicher Aufgaben auf beschränkte Zeit die erforderliche Existenzmöglichkeit [...] gewähren und [sic!] sie damit nach Möglichkeit der Wissenschaft, sei es in

---

558 Fritz Haber, Anlage zur Denkschrift, 25. Mai 1925, zitiert nach Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Heft 2, S. 21.

welchem Berufe, zu erhalten und der stetigen Abwanderung in andere Berufe entgegenzutreten." Obwohl Friedrich Schmidt-Ott die wirtschaftliche Verwertbarkeit wissenschaftlicher Arbeit sah und sie mit den neuen Forschungsprogrammen auch energisch zu fördern suchte, ging er von der Möglichkeit aus, ein wissenschaftliches Potential mit kommerzialisierbarem Innovationswissen als akademischen Nachwuchs "bei der Stange"<sup>559</sup> zu halten, das heißt für eine weitere Laufbahn an die Hochschulen binden zu können. Dass Fritz Haber stattdessen die von Friedrich Schmidt-Ott häufig so beklagte "Abwanderung in die Praxis"<sup>560</sup> nachdrücklich ankurbeln wollte, steht als wissenschaftspolitischer Dissens zwischen dem Präsidenten der deutschen Notgemeinschaft und seinem Vizepräsidenten.

Friedrich Schmidt-Otts forschungspolitischer Gedanke, die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft anzuregen, schien in manchen Disziplinen naheliegend. Studenten in der Weimarer Republik erfuhren die Vereinbarkeit von Wissenschaft und Wirtschaft häufig durch ihre Erfahrungen als Werkstudent.<sup>561</sup> Andere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zeigten sich dort, wo es sachlich geboten schien. Der Physiker Arnold Sommerfeld berichtete in einem Vortrag vor der Münchener Akademie über die Verwendung von Röntgenstrahlen zur Materialprüfung: „Heutzutage hat jedes größere Werk der Schwerindustrie sein reichlich ausgestattetes Röntgen-Laboratorium für Zwecke der Materialprüfung. Nur durch Röntgendiagramme kann man die technisch wichtigen Umlagerungen bei der Dehnung der Kristalle, die entstehende Faserung und Rekristallisation untersuchen.“<sup>562</sup> Da die Hochschulinstitute in ihrer apparativen Ausstattung aber hinter den Industrieanstalten zurückblieben, bot sich für den Bereich der Röntgenforschung eine Zusammenarbeit an.

Friedrich Schmidt-Ott appellierte am 25. Mai 1925 an Reichskanzler Hans Luther, den er als früheren Reichsfinanzminister persönlich kannte, er möge von der Denkschrift „persönlich Kenntnis nehmen“ und „auch im Finanzministerium zur Überwindung der

---

559 Brief Schmidt-Ott an Trendelenburg, o. D. (vermutlich Ende Oktober 1924), GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 4.

560 Dieser Ausdruck fällt in Schmidt-Otts Korrespondenz sehr oft.

561 Duisberg, Carl: Die Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft und der deutsche Werkstudent, in: hrsg. v. Carl Duisberg und Reinhold Schairer, Berlin 1924

562 Arnold Sommerfeld: Die Bedeutung der Röntgenstrahlen für die heutige Physik. Festrede gehalten in der öffentlichen Sitzung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zur Feier des 166. Stiftungstages am 15. Juli 1925, München: Bayerische Akademie der Wissenschaften 1925, S. 16.

Schwierigkeiten helfen“.<sup>563</sup> Ebenso sandte Friedrich Schmidt-Ott die Denkschrift, die „noch nicht in weiterer Kreise verteilt worden“ sei, am 28. Mai 1925 an Adolf v. Harnack, um ihn ebenfalls um eine Unterstützung des Anliegens im Reichsfinanzministerium zu bitten.<sup>564</sup> Doch auch Reichsinnenminister Schiele blieb bei seinen Bedenken in Bezug auf die Höhe der „2ten 5 Millionen“.<sup>565</sup> Erst Anfang Juni 1925 wich die Unsicherheit. Der Haushaltsausschuss des Reichstages beschloss am 9. Juni 1925, anstatt der beantragten 5 Millionen nur 3 Millionen für eine Laufzeit von 2 Jahren zu bewilligen, was auch der Reichssparkommissar genehmigte.<sup>566</sup> Trotz der „einstimmige(n) Begeisterung“, die im Haushaltsausschuss des Reichstages am 9. Juni 1925 für die Forschungspläne der Notgemeinschaft aufkam, ließen die Linksparteien sogar „zuweilen die Auffassung durchschimmern, als ob die Wissenschaft zu gut wegkäme.“<sup>567</sup> Vor allem die linken Parteien monierten, dass die „Wissenschaft zuviel“ erhalte, und hätten es lieber gesehen, wenn stattdessen der Lehrernachwuchs in den Schulen mehr gefördert würde.<sup>568</sup> Schließlich nahm der Reichstag im Plenum in einer ungewöhnlichen, für die Weimarer Republik überwältigenden Einstimmigkeit aller Parteien am 16. Juni 1925 den Vorschlag des Haushaltsausschusses an.<sup>569</sup> Die EntschlieÙung begrüÙte Georg Schreiber als eine

„überparteiliche, dem neutralen Charakter der Wissenschaft gerecht werdenden Wissenschaftsfront, die von Graf Westarp bis Dr. Hilferding führte.“<sup>570</sup>

Damit hatte Friedrich Schmidt-Ott die Hand frei, um weitere Forschungspläne und „Gemeinschaftsarbeiten“ in der Notgemeinschaft vorzubereiten.

## 2. 2. 7. Zur rhetorischen Funktion der Bezeichnung „Gemeinschaftsarbeiten“

Die Bezeichnung „Gemeinschaftsarbeit“ ist ein neuer forschungspolitischer Ausdruck in der Rhetorik der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Mit der Vokabel „Gemeinschaftsarbeit“ bezog sich Friedrich Schmidt-Ott auf die „GroÙen Aufgaben“

563 Schmidt-Ott an Luther, 25. Mai 1925.

564 Schmidt-Ott an Harnack, 28. Mai 1925, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 920 Akte 1 fol. 100.

565 Tageskalender, 29. Mai 1925.

566 Tageskalender, 9. Juni 1925, 11. Juni 1925.

567 Schmidt-Ott an Merz, 20. Juni 1925, GStA PK I. HA Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. C 46 I.

568 Tageskalender, 12. Juni 1925.

569 Tageskalender, 16. Juni 1925.

570 Schreiber, Georg: Deutsche Medizin und Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Geschehnisse und Erlebnisse deutscher Medizinalpolitik und Kulturpolitik, Leipzig: Quelle & Meyer 1926, S. 105.

der Notgemeinschaft, d.h. diejenigen Forschungsprobleme, für deren Lösung größere finanzielle Mittel aufgebracht werden sollten und mehrere Wissenschaftler beschäftigt werden konnten. Man findet in der Mitte der zwanziger Jahre keinen wissenschaftspolitischen Ausdruck, keine Vokabel, anhand derer es für Friedrich Schmidt-Ott - oder für andere, zeitgenössische Wissenschaftspolitiker - möglich gewesen wäre, auszudrücken, dass sie mit der Förderung von „Gemeinschaftsarbeiten“ an einem ganz bestimmten, neuen Typus der naturwissenschaftlichen Forschungsorganisation ansetzen wollten. Entscheidend für Friedrich Schmidt-Ott und seine Experten war dabei die kognitive Beschaffenheit des jeweiligen Wissensfeldes. Alle infrage kommenden Themen seien nämlich Wissenschaftsgebiete, „wo die Unterlagen bisher nur handwerksmäßig begründet sind und die wissenschaftliche Theorie an der Wirklichkeit scheitert oder ihre Hypothesen überall an der Praxis berichtigen muß“.<sup>571</sup> Alle Fragestellungen kämen in Betracht, die einer „wissenschaftlichen Grundlage“ entbehrten. Hier handelt es sich um einen neuen kognitiven Typus der Problemstellung. Donald E. Stokes hat versucht, diesen neuen Bereich der naturwissenschaftlichen Forschung, der sich im Verlauf der Hochindustrialisierung erst gebildet und ausgeweitet hatte, nach den beiden Kriterien der Anwendbarkeit des Wissens („use“) und der Leistung für ein verbessertes Verständnis („understanding“) einzuordnen. Stokes schlägt vor, den neuen Typus „use-inspired basic research“ zu nennen.<sup>572</sup> Es handelt sich dabei um kognitive Probleme, die sozusagen auf halbem Wege zwischen der naturwissenschaftlichen Theoriebildung, der experimentellen Prüfung von Hypothesen und einer technisch neuen Konstruktion liegen. Es geht nicht um einen anderen Ausdruck in der forschungspolitischen Rhetorik, und auch nicht um den Trend, der mit dem 20. Jahrhundert die Arbeitsform der Wissenschaft vom Einzelbearbeiter zur Gruppenbearbeitung wandelte. In der neueren Wissenschaftssoziologie würde man diesen Typus kognitiver Probleme im Anschluss an Michael Gibbons zwischen „mode 1“ und „mode 2“ ansiedeln. Für die Weimarer Republik ist davon auszugehen, dass sich mehr und mehr Problemstellungen dieses Typs in verwandter Form sowohl an den Technischen Hochschulen, den Universitätsinstituten, in den Firmenlaboratorien und an den reinen

---

571 Schmidt-Ott an v. Schlieben, 3. März 1925, BAK R 73 Nr. 1.

572 Stokes, Donald E. / Armacost, Michael H.: Pasteur's Quadrant: Basic Science and Technological Innovation, Washington, D.C.: Brookings Institution 1997, S. 73-75, Tabelle 3-5.

Forschungsanstalten wiederfanden. Der damalige Wortschatz aber hielt keinen eigenen sprachlichen Ausdruck mit passender „Syntheseleistung“ (Norbert Elias) bereit, der diesen Typ der Problemstellung einfiel. Die Forschungspolitik würde heute den Begriff „Vorlaufsforschung“ verwenden, und damit eine Finalisierung (Gernot Böhme) suggerieren, über die sich die Zeitgenossen in den 1920er Jahren aber nicht einig waren.

In ersten Umrissen bildete sich der neue Ausdruck „Gemeinschaftsarbeiten“ heraus in den Tagen vor der Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft am Freitag, den 9. Januar 1925 in Darmstadt. Wenige Tage vorher hatte Friedrich Schmidt-Ott gegenüber dem Physiologen Johannes von Kries (1853-1928), einem Hauptausschussmitglied und Vertrauensmann der Notgemeinschaft an der Universität in Freiburg i. Br., erläutert, dass sich in der geplanten neuen Organisation der Forschung verschiedene Forscher an unterschiedlichen Wirkungsstätten „zu einer *Gemeinsamkeit* der Zwecke vereinigen“ würden.<sup>573</sup> (Die kursiven Hervorhebungen in den Quellenzitaten in diesem Abschnitt alle von mir, J. K.) Vor dem Hauptausschuss führte Friedrich Schmidt-Ott am 9. Januar 1925 aus, dass die Notgemeinschaft sich anbiete, Forscher „zu *gemeinsamer* Inangriffnahme größerer Ziele zusammenzuführen“.<sup>574</sup> Die Arbeiten selbst bezeichnete Friedrich Schmidt-Ott in Darmstadt noch in der Sprache der Wissenschaft als „Forschungsaufgaben“. Die spätere Bezeichnung „Gemeinschaftsarbeit“ wurde auch bereits am 9. Januar durch die Übersetzung der anglo-amerikanischen Fügung „*cooperative work*“ ins Deutsche angeregt. Der Maschinenbauingenieur Adolf Nägel aus Dresden als Mitglied des Hauptausschusses der Notgemeinschaft berichtete auf der Tagung des Verbandes der Deutschen Hochschulen am 8. Januar 1925 sowie während der Notgemeinschaftssitzung am 9. Januar von seiner mehrmonatigen Informationsreise durch die Vereinigten Staaten.<sup>575</sup> Er hatte im Auftrag des Vorstandes des Vereins Deutscher Ingenieure den Stand von Lehre und Forschung an über 19 Universitäten in Nordamerika und seinen zahlreichen privaten

---

573 Schmidt-Ott an v. Kries, 2. Januar 1925, BAK R 73 Nr. 89.

574 Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, 9. Januar 1925, BAK R 73 Nr. 89.

575 Tageskalender, 8. Januar 1925. Friedrich Schmidt-Ott wohnte dem Eröffnungstag des Hochschultages bei. Adolf Nägel wiederholte seine wissenschaftsorganisatorischen Beobachtungen in den Vereinigten Staaten auch gegenüber dem Hauptausschuss der Notgemeinschaft am 9. Januar 1925, vgl. Protokoll Anm. 574.

technikwissenschaftlichen Instituten erkundet.<sup>576</sup> Adolf Nägel hob eine neue, wegweisende Zusammenarbeit zwischen Lehre, Forschung und Industrie am Engineering Department der Universität von Cincinnati hervor, wo während des Studienjahres in "je sechs Wochen abwechselnd in der Werkstatt von Fabriken oder in der Universität" gelehrt und geforscht werde. Diese Studienorganisation im engen Verbund mit der Wirtschaft würde in den Vereinigten Staaten nun unter der Bezeichnung „cooperative work“ auch von anderen Universitäten aufgegriffen und weithin umgesetzt.

Friedrich Schmidt-Ott hatte seinen Blick auch selbst bereits nach den Vereinigten Staaten gewendet, wie sein Einladungsschreiben an Georg Klingenberg, eines der designierten Mitglieder im „Kommission für Forschungsaufgaben“, nachweist. Am 7. Januar 1925 bat er den AEG-Direktor und Vorsitzenden des Verbandes Technisch-Wissenschaftlicher Vereine, wirtschaftsnahe Forschungsprobleme vorzuschlagen. Dabei verwies Friedrich Schmidt-Ott auf den bereits 1916 gegründeten „National Research Council“ in Washington DC, aus dessen Jahresbericht für 1924 eine „unveränderte Weiterarbeit mit unzähligen Komitees“ ersichtlich werde. Diese amerikanischen Kommissionen organisierten vielfältige „*cooperative research tasks*“ in allen naturwissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Disziplinen.<sup>577</sup>

Einige Wochen nach der Darmstädter Sitzung griff Friedrich Schmidt-Ott den Gedanken der engen wissenschaftlichen Kooperation zwischen mehreren Disziplinen mit dem Wort „*Gemeinsamkeitsarbeit*“ auf, als er dem Ozeanographen und Expeditionsleiter Alfred Merz auf dem Forschungsschiff „Meteor“ Ende Mai 1925 schrieb:

„[...] Wir verfolgen Ihre Arbeiten selbstverständlich mit der größten Teilnahme, und die Vereinigung deutscher Forscher zu einem einheitlichen großen Ziele, wie sie unter Ihrer Leitung steht, wird, so hoffe ich, auch für die *Gemeinsamkeitsarbeit* [sic!] auf allen den großen, mir jetzt am Herzen liegenden Wirtschafts- und Volksgesundheitsgebieten vorbildlich wirken.“<sup>578</sup>

---

576 Nägel, Adolph: Die technisch-wissenschaftliche Lehre und Forschung in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen 5 (1925) Heft 5, S. 94-100.

577 Die vielfältigen Kooperationsarbeiten des National Research Council in den USA nach dem Ersten Weltkrieg beschrieb ihr Initiator, der Astronom George E. Hale, auch in: Hale, George Ellery: The Possibilities of Coöperation in Research, in: The new world of science. Its development during the war, hrsg. v. Robert Mearns Yerkes, (= The Century New World Series, New York: The Century Co. 1920, 393-404.

578 Schmidt-Ott an Merz am 27. Mai 1925, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 5.

Den endgültigen Begriff „Gemeinschaftsarbeit“ verwendete Friedrich Schmidt-Ott zum ersten Mal intern am 9. Juni 1925 in einem Brief an einen ehemaligen Mitarbeiter der Notgemeinschaft, Dr. W. Dehorn, der in den Vereinigten Staaten an der University of Minnesota, Minneapolis, Germanistik lehrte, und dem Friedrich Schmidt-Ott über die „Fortentwicklung“ der Notgemeinschaft berichtete.<sup>579</sup> W. Dehorn gegenüber sprach er von den

„*Gemeinschaftsarbeiten* deutscher Professoren nach organisiertem Plan auf dem Gebiete der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des allgemeinen Volkswohls“,

und diese Formulierung sollte zum Sprachgebrauch für die neuen Forschungsprogramme der Notgemeinschaft bis zum Ende der Weimarer Republik werden.<sup>580</sup> Die Vokabel „Gemeinschaftsarbeit“ erhielt ab dem Sommer 1925 eine feste Rolle in der forschungspolitischen Rhetorik der Notgemeinschaft. Rhetorische Funktion hatte das Wort aus zwei Gründen. Erstens verströmte der Ausdruck „Gemeinschaft“ in der Weimarer Zeit „ein eigentümliches Pathos und große Weite“, zweitens blieb er in gleichem Maße begrifflich diffus.<sup>581</sup> Das Wort „Gemeinschaft“ ist in der Weimarer Republik vielfältig und in unterschiedlichen Kontexten verwendet worden, in denen die Vokabel bereits rhetorische Funktionen erfüllte. Mit der Wortzusammensetzung „Arbeitsgemeinschaft“ verwies man auf die sozialpolitischen Abmachungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen während des Ersten Weltkriegs. Die Ingenieure insbesondere im Verband Deutscher Ingenieure traten für „Gemeinschaftsarbeiten“ in der Industrie ein.<sup>582</sup> Mehr „Gemeinschaft“ wurde auch gesellschaftspolitisch eingefordert, um Sozialisierungswünsche auszudrücken. Mit dem Ruf nach „Gemeinschaft“ versuchte man, der geistigen Krisis und Desintegration der

---

579 Dr. W. Dehorn war „der Vertrauensmann Schreibers in der N.G.“, Beyerle an Grauert, 27. Oktober 1922, Archiv der Görres-Gesellschaft Nr. 228.

580 Schmidt-Ott an Dehorn, 9. Juni 1925, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 5.

581 Jürgen Henningsen: Materialien zur Geschichte der "Arbeitsgemeinschaft", in: Jürgen Henningsen: Zur Theorie der Volksbildung. Historisch-kritische Studien zur Weimarer Zeit, Berlin/Köln o.J. (1959), S. 77-86, das Zitat S. 77. Alois Baumgartner: Sehnsucht nach Gemeinschaft. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik, München 1977, (=Beiträge zur Katholizismusforschung. Reihe B. Abhandlungen), Diss. kath. Theol. München 1976, S. 16.

582 Vgl. Rainer Stahlschmidt: Der Ausbau der technisch-wissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeit 1918 bis 1933, in: Technik, Ingenieure und Gesellschaft. Geschichte des Vereins Deutscher Ingenieure 1856-1981, hg. v. Karl-Heinz Ludwig / Wolfgang König, Düsseldorf 1981, S. 347-405.

Weimarer Republik zu begegnen.<sup>583</sup> Als terminus technicus der frühen Soziologie prägte Ferdinand Tönnies das Wort „Gemeinschaft“ in einer Polarität zu „Gesellschaft“.<sup>584</sup> Norbert Elias hat die Konjunktur des Begriffes „Gemeinschaft“ in den Prozess des Fortschreitens von Industrie und Wissenschaft seit dem 19. Jahrhundert eingeordnet:

“What one can regard as fairly certain is the fact that the sentiment which helped the community concept on its way was symptomatic of a rising trend both of feeling and of thinking in society at large which gathered strength from the later part of the nineteenth century on. Up to that time the belief that advances in industry, science and technology were the harbingers of progress and a better life had been fairly widespread and dominant among the literati and the reading public of European societies. As industrialization and urbanization advanced the tide began to turn. The feeling that industry, science and urban life were a kind of Pandora's Box, a source of evils, gained the ascendancy over the belief in progress. At that stage Tönnies' book which represented life in the small communities of less developed societies compared with that in large industrial cities as the good life, as a better world which was lost, could not fail to have a fairly wide appeal. It sailed with the wind. Ever since, the use of the term community has remained to some extent associated with the hope and the wish of reviving once more the closer, warmer, more harmonious type of bonds between people vaguely attributed to past ages.”<sup>585</sup>

In der Politik verhießen Gemeinschaft „Einheit, Stärke, Macht und innere Geschlossenheit“, und damit Eigenschaften und Gefühle, „an denen es der Weimarer Republik gebrach“. Der Gedanke an Gemeinschaft konnte „dem in der Gesellschaft zum Massenpartikel gewordenen Einzelnen wieder Geborgenheit, Sicherheit, einen festen Ort im sozialen Gefüge und eine warme, heimelige Atmosphäre“ zurückgeben.<sup>586</sup>

---

583 vgl. Megerle, Klaus: Die Erfahrung der Weimarer Republik. Fehlender Grundkonsens in einer fragmentierten Gesellschaft, in: Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hrsg. v. Peter Steinbach und Johannes Tuchel, Berlin 1994, 68-84. Anton Heinen: Artikel "Gemeinsinn, Gemeinschaftsgeist", in: Staatslexikon, 5. Aufl. (1927), Bd. 2, Sp. 522f., hier Sp. 523.

584 Vgl. Kruse, Volker: Historisch-soziologische Zeitdiagnostik der zwanziger Jahre, in: Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Knut Wolfgang Nörr, Bertram Schefold und Friedrich Tenbruck, Stuttgart 1994, 375-401, hier S. 391-394.

585 Norbert Elias: Towards a Theory of Communities, in: The Sociology of Community. A Selection of Readings, hg. v. Colin Bell / Howard Newby, London 1974, S. ix-xli, hier S. xiii.

586 Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken 1962, S. 315f.

Neben diesen Bedeutungsaspekten enthielt der Ausdruck „Gemeinschaftsarbeit“ auch den Gedanken der Arbeitsteilung.<sup>587</sup> Damit verwies „Gemeinschaft“ auch auf eine mögliche „Neu-Organisation der Arbeit“, die man sich jenseits der als Entfremdung wahrgenommenen industriellen Arbeitsteilung vorstellte.<sup>588</sup> Unklar blieb dabei aber, welche Struktur der Arbeitsaufteilung mit „Gemeinschaftsarbeit“ gemeint wäre. Sowohl das Pathos als auch die Unbestimmtheit des Ausdrucks „Gemeinschaftsarbeit“ machten ihn für eine rhetorische Verwendung geeignet. Der pathetische Unterton in dem Ausdruck „Gemeinschaftsarbeiten“ erlaubte es, an die nationale Loyalität der Gelehrten zu appellieren. Diesen nationalistischen Gestus unterstrich noch der mehrfache Bezug auf das „Volk“. Die Unbestimmtheit des Ausdrucks „Gemeinschaftsarbeit“ kehrte auch in der Offenheit wieder, mit der die Wissensfelder der neuen Forschungsprogramme bezeichnet wurden. Sie umfassten in der Trias Wirtschaft, Volksgesundheit und allgemeines Volkswohl eigentlich *zwei* große Bereiche: Erstens die gesamten Natur- und Technikwissenschaften, soweit sie für die wissenschaftstechnologischen Industriebranchen relevant werden konnten. Zweitens die Medizin sowie die mit ihr verbundenen hygienischen und sozialpolitischen Maßnahmen, wie sie das „Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt“<sup>589</sup> veranlasste bzw. der „Deutsche Verlag für Volkswohlfahrt“ in Dresden für den hygienischen Lehrbedarf verbreitete. Die Unbestimmtheit des Ausdrucks „Gemeinschaftsarbeit“ machte es darüberhinaus möglich, das genaue Ausmaß der Kooperation zwischen den beteiligten Forschern nicht weiter zu thematisieren. Das konnte soweit gehen, dass unter der Rubrik „Gemeinschaftsarbeit“ auch Einzelprojekte nebeneinander mit hohen Bewilligungssummen gefördert wurden, die miteinander gar nicht in Verbindung

---

587 Gemeinschaftsarbeit im Gartenbau. Vorträge, gehalten auf der 9. Sitzung der Fachabteilung für Gartenbau der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer am 1. März 1928 in Berlin, Berlin 1928 Schmidt, Rudolf: Gemeinschaftsarbeit. Maßstabkontrolle des Deutschen Hauptdreiecknetzes im rheinisch-hessischen Raum. Elektromagnetische Streckenmessungen 1958 bis 1970, (= Veröffentlichungen der Deutschen Geodätischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band B 186), München 1971. Zum Kooperationsprojekt "The History of the European University in Society" vgl. Andris Barblan / Alison de Puymège-Browning / Walter Rüegg: The History of the European University in Society: A Joint University Research Project, in: History of European Ideas 8 (1987), S. 127-138.

588 Bernd Schäfers: Gemeinschaft und Gesellschaft. Die Entwicklung und Aktualisierung eines Begriffspaars, in: Gegenwartskunde 32 (1983), S. 5-18, hier S. 8. Schäfers sieht dabei insbesondere Gemeinsamkeiten bei den Konzepten der Anarchisten und Kommunisten, Fouriers Phalangisten und Gierkes Genossenschaftlern, den Pariser Kommunarden von 1871 oder den israelischen Kibbuzim.

589 Bestand Merseburg, Rep. 76 VIII B.

standen. Sie waren allenfalls lose durch dieselbe forschungspolitische Rhetorik miteinander verbunden, aber eben nicht der Sache nach, d.h. durch ein wissenschaftliches Problem. Anders gesagt: eine Reihe von „Gemeinschaftsarbeiten“ wiesen keine Fragestellung auf, die man nur mithilfe einer gemeinsamen Kraftanstrengung oder durch das Ineinandergreifen verschiedener Kompetenzen hätte lösen können. Besonders diese Fälle machen die rhetorische Funktion der Bezeichnung „Gemeinschaftsarbeit“ evident. Die rhetorische Funktion entstand unmittelbar mit der parlamentarischen Durchsetzung der neuen Geldforderungen für die Forschungsprogramme ab dem Frühsommer 1925. Denn während der Sondierungsgespräche in Wissenschafts- und Industriekreisen für die neue „Kommission für Forschungsaufgaben“ im Herbst 1924 benutzte Friedrich Schmidt-Ott noch nicht den Ausdruck „Gemeinschaftsarbeiten“, sondern sprach von „großen Aufgaben“ bzw. „Forschungsaufgaben“. In den Monaten nach dem Mai 1925 bot die Ausfahrt und die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Marine auf dem Forschungsschiff „Meteor“ ein Vorbild für die Bewältigung gemeinsamer, großer Forschungsziele. In diesen Monaten wurde dann der Begriff „Gemeinschaftsarbeiten“ zu einem forschungspolitisch rhetorischen Ausdruck, der die Öffentlichkeit, das Parlament und die Regierung von den neuen Aufgaben der Notgemeinschaft überzeugen sollte.

Die politisch-rhetorische Verwendung des Wortes „Gemeinschaftsarbeit“ in der Forschungspolitik ist von Friedrich Schmidt-Ott nicht weiter reflektiert worden. Ihm war allerdings klar, dass die politische Werbung für die neuen Forschungsprogramme der Notgemeinschaft gegenüber Parlament und Regierung 1925/26 eine neuartige, „parlamentarische“ Komponente in die Wissenschaftspolitik einführte:

„[...] Die parlamentarische Abhängigkeit, in der ich mich mit der Notgemeinschaft befinde, ist sicher kein Glück, aber sie muss hingenommen werden, und ich will offen aussprechen, dass ich auch bei Persönlichkeiten, die vielleicht von Ihrem Standpunkte aus ungünstig beurteilt werden, vielerlei Interessen für die mir anvertraute Sache und vielerlei guten Willen finde, den ich nutzen muss, wenn ich die Ziele der Notgemeinschaft überhaupt erreichen will.“<sup>590</sup>

„Meine Tätigkeit wird aber immer mehr parlamentarisch [...]“<sup>591</sup>;

---

590 Schmidt-Ott an Ehrhard, 18. Mai 1925, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 5.

591 Schmidt-Ott an Dehorn, 9. Juni 1925, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 5.

„[...] handelt es sich seitens des Präsidiums zunächst um parlamentarische Schritte, die uns die erforderlichen Mittel verschaffen sollen [...]“<sup>592</sup>

Friedrich Schmidt-Ott stellte diese parlamentarische Arbeit der Notgemeinschaft in den Zusammenhang mit dem „Fehlen eines Reichs-Kultusministeriums“.<sup>593</sup> Dabei fällt auf, dass Friedrich Schmidt-Ott die Parlamentarisierung der Wissenschaftspolitik in der Weimarer Republik nicht als eine Möglichkeit sah, der Demokratie eine Mitsprache in forschungspolitischen Entscheidungsprozessen einzuräumen. Die Absprache über Themen der Forschung verblieb innerhalb der Diskussionen, die die akademischen, politischen und wirtschaftlichen Eliten in der Weimarer Demokratie untereinander führten. Der wissenschaftspolitische Konsens zwischen den großen Wissenschaftsorganisationen über die neuen Aufgaben der Notgemeinschaft kommt auch in einer sprachspielerischen Bemerkung von Kultusminister Carl H. Becker zum Ausdruck, der mit Anspielung auf die ihm vorgestellten „Gemeinschaftsarbeiten“ der Notgemeinschaft am 11. Mai 1925 zu Friedrich Schmidt-Ott meinte: „Also, *die* Entente ist geschlossen.“<sup>594</sup>

### 2. 2. 8. Denkschriften und Reden zur Etablierung der „Gemeinschaftsarbeiten“

Friedrich Schmidt-Ott setzte nach der Bewilligung des Sonderfonds im Reichstag seine Sondierung mit einzelnen Beratern fort. Im Prinzip war seine Aufforderung, Vorschläge für größere Unternehmungen zu machen, kein neues Vorgehen. Die Fachgutachter der Notgemeinschaft waren seit Beginn ermuntert worden, aus eigener Initiative große Projekte vorzuschlagen. Schon die „Anweisung für die Fachausschüsse der Notgemeinschaft“ von 1921/22 hatte dargelegt:

“Die Tätigkeit der Fachausschüsse beschränkt sich nicht auf die Begutachtung von eingereichten Anträgen, vielmehr steht es den Fachausschüssen frei, aus eigener Initiative die Notgemeinschaft zu beraten und selbst Vorschläge für Forschungsaufgaben zu machen, die für das von ihnen vertretene Fach von Bedeutung sind und deren Bearbeitung ein dringendes Zeiterfordernis ist. Die Aufweisung neuer Forschungsziele und der dafür vorhandenen Arbeitskräfte wird für die Notgemeinschaft von besonderem Werte sein, auch wenn im

---

592 Schmidt-Ott an Heidebroek, 6. März 1926, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 8.

593 Schmidt-Ott an Grosz, 4. Juni 1925, BAK R 73 Nr. 239.

594 Tageskalender, 11. Mai 1925.

Einzelfall die Möglichkeit der Bewilligung der erforderlichen Mittel vorbehalten bleiben muss.<sup>595</sup>

An der nun gehandhabten Praxis, Forschungsprobleme nicht nur bei Fachgutachtern, sondern auch bei Wirtschaftsleuten zu sammeln, war die thematische Einengung ungewohnt, die Friedrich Schmidt-Ott mit dem Verweis auf die Zwecke der Volksgesundheit, der nationalen Wirtschaft und der allgemeinen Wohlfahrt andeutete. Wirklich neu wäre dagegen die Einberufung der angedachten zentralen „Kommission für Forschungsfragen“ gewesen. Doch Friedrich Schmidt-Ott schien davon nun absehen zu wollen, zumal das Interesse in der Wissenschaft an der neuartigen „Zusammenführung von Forschern“ stieg. Friedrich Schmidt-Ott betrieb diese ab Februar 1925 nur noch projektspezifisch, d.h. „jeweils nach dem Vorschlage eines ganz engen Sachverständigen-Ausschusses“.<sup>596</sup> Damit entstand freilich die Gefahr, dass die reichsweite Verteilung von Forschungsaufgaben, wie sie ursprünglich anvisiert worden war, aus einem Mangel an Überblick und Distanz gar nicht möglich würde. Friedrich Schmidt-Ott versuchte immerhin, seine Berater jeweils um Vorschläge für die Bearbeitung von „grundlegenden wissenschaftlichen Fragen“ anzuhalten.<sup>597</sup> Als der Düsseldorfer Metallurg Friedrich Körber vom Kaiser-Wilhelm-Institut in Düsseldorf Spezialfragestellungen zur Eisenforschung unterbreitete, bat Friedrich Schmidt-Ott bei dem Metallforscher und Hauptausschussmitglied Rudolf Schenck an der Universität Münster um eine „gutachterliche Äußerung“ dazu, weil in dem geplanten Forschungsprogramm zur Eisen- und Metallforschung „noch andere allgemeine Gesichtspunkte zur Geltung kommen“ sollten.<sup>598</sup> Insbesondere wandte sich Friedrich Schmidt-Ott auch an Schenck, um ihn „über die zweckmäßige Organisation für die Erforschung der thermischen Konstanten“ um eine Denkschrift in der Metallforschung zu bitten.<sup>599</sup> In gleicher Weise wandte sich Friedrich Schmidt-Ott an den ehemaligen Landwirtschaftsminister Hermann Warmbold, der als Vorstandsmitglied der BASF auf eine Dienstreise nach New York aufgebrochen war, und bat um Rat für Forschungsziele, die diesem in seinem Feld als „dringlich“ erscheinen mochten, sowie

---

595 "Anweisung für die Fachausschüsse der Notgemeinschaft", Sonderdruck aus den Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen 2 (1922) Heft 12, hier S. 4, enthalten in: BAK R 73 Nr. 1.

596 Schmidt-Ott an Thomas, 3. Februar 1925,

597 Schmidt-Ott an Thomas, 3. Februar 1925,

598 Schmidt-Ott an Körber, 5. Februar 1925

599 Schmidt-Ott an Schenck, 14. Januar 1925.

einen „Hinweis auf geeignete Forscher“.<sup>600</sup> Friedrich Schmidt-Ott hoffte, die Beratungen über denkbare Forschungsaufgaben bis zum Herbst 1925 abzuschließen, um sie als Denkschriften vorlegen zu können.<sup>601</sup> Hermann Warmbold regte am 1. Juli 1925 an, grundlegende Fragen zur „indirekten Ernährung der Pflanzen“ in die Förderung aufzunehmen.<sup>602</sup> Eine Kommission zur „Pflanzenphysiologie“ traf sich am 4. Juli 1925 bei Friedrich Schmidt-Ott mit Hermann Warmbold und den Botanikern Johannes Fitting von der Universität Bonn sowie Wilhelm Benecke vom Botanischen Garten in Münster, um „Forschungen der Ernährungsbedingungen der Kulturpflanzen“ zu besprechen.<sup>603</sup> Neben der fortlaufenden Koordination weiterer „Gemeinschaftsarbeiten“ in solchen engeren Kreisen griff Friedrich Schmidt-Ott auch verschiedene Gelegenheiten auf, für die staatliche Wissenschaftsförderung in der weiteren Öffentlichkeit zu werben. Georg Schreiber teilte Friedrich Schmidt-Ott am 13. August 1925 mit, Reichskanzler Hans Luther wünsche mit der Notgemeinschaft eine Woche zum Thema „Gesundheit und Wissenschaft“ im Städtischen „Krupp-Saal“ in Essen zu veranstalten, um bei dieser Gelegenheit auch eine Rede an die Arbeiterschaft richten zu können.<sup>604</sup> Auf einen Entscheid des Reichskanzlers hin legte das Reichsinnenministerium den Termin für die geplanten populärwissenschaftlichen Vorträge in Essen auf die Woche vom 25. bis 31. Oktober.<sup>605</sup> Damit sollte die gesamte Veranstaltung nicht allein einen wissenschaftspolitischen, sondern auch einen innen- und außenpolitischen Charakter erhalten. Denn die Regierung Luther würde in dieser Woche die von Außenminister Gustav Stresemann in Locarno (1. bis 10. Oktober 1925) auszuhandelnden Sicherheitsgarantien mit Frankreich sowie den Vertrag mit den Westmächten im Reichstag zur Abstimmung vorlegen müssen. Hans Luther hatte daher den 25. Oktober als Beginn der Woche unter dem Rahmentitel „Medizinische Wissenschaft und Arbeiterschaft“ angesetzt und wissen lassen, dass sich auch Gustav Stresemann auf jeden Fall in Essen in einer Abendrede zu Wort melden wollte. In Friedrich Schmidt-Otts Einschätzung hatte ein gemeinsamer Auftritt mit dem Reichskanzler sowohl für den Reichskanzler wie für die Notgemeinschaft „eine zentrale

---

600 Schmidt-Ott an Warmbold, 23. Januar 1925

601 Schmidt-Ott an Merz, 20. Juni 1925, GStA PK I. HA Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. C 46 I.

602 Tageskalender, 1. Juli 1925.

603 Tageskalender, 4. Juli 1925.

604 Tageskalender, 13. August 1925.

605 Tageskalender, 29. August 1925.

und generelle Bedeutung“.<sup>606</sup> Der Notgemeinschaft bot die Veranstaltung eine willkommene Gelegenheit, für die Bewilligung zusätzlicher Mittel in dem beantragten „Sonderfonds“ politisch zu werben. Da der Sonderfonds umso wahrscheinlicher bewilligt werden würde, je breiter die parlamentarische Zustimmung ausfiel, engagierte sich Friedrich Schmidt-Ott für die gezielte Öffentlichkeitsarbeit der Notgemeinschaft unter den Arbeiterschichten und im sozialdemokratischen Milieu. Friedrich Schmidt-Ott wollte die Veranstaltung nicht in Zusammenhang mit der Gewerbehygiene-Ausstellung oder gleichartigen Vorträgen der Volksbildung bringen. Stattdessen sollte die „Medizinische Woche“ eine Gelegenheit für einige „hervorragende Vertreter der Wissenschaft“ bieten, vor etwa 500 im Saal versammelten Arbeitern „ihr Bestes vor dem arbeitenden Volke“ auszubreiten, um damit im Industrie-Revier die „Bedeutung der medizinischen Forschung in Vergangenheit und Zukunft“ darzustellen.<sup>607</sup> Friedrich Schmidt-Ott konnte sieben Mediziner der Notgemeinschaft dafür gewinnen, die „wissenschaftliche Forschung dem Verständnis der Arbeiterkreise“ näherzubringen.<sup>608</sup> Er erinnerte die Akademiker daran, dass ihre Vorträge „dem Fassungsvermögen des aus dem gesamten Industriebezirk einzuladenden, zum Teil aus Arbeitern, zum größeren Teil aber aus Gewerkschaftssekretären bestehenden Publikums entsprechen“ sollten.<sup>609</sup> Die Woche „Die Medizinische Wissenschaft und das werktätige Volk“ wurde von drei Gewerkschaftsverbänden veranstaltet, und zwar dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund (Freie Gewerkschaft), dem Deutschen Gewerkschaftsbund (Christliche Gewerkschaft) sowie dem Gewerkschaftsring (Hirsch & Duncker). Außerdem traten die Vertreter der Metall- und Bergarbeiter sowie die Vertreter des Westdeutschen Gesamtverbandes der Sekretäre und Angestelltenverbände als Mitveranstalter auf. Bis auf den Reichskanzler selbst waren andere staatliche Instanzen von der weiteren Organisation ausdrücklich ausgeschlossen. Die Vorträge fanden jeden Abend statt; aus Berlin sprach August Bier über „Die Bedeutung der Leibesübungen und Verhütung der Tuberkulose“, Ferdinand Sauerbruch über „Operative Behandlung der Lungentuberkulose“, Max Rubner über „Bandarbeit, Ermüdungserscheinungen“, Professor Thomas über

---

606 Schmidt-Ott an Pünder, 10. Oktober 1925, GStA PK NL Schmidt-Ott Nr. D 7.

607 Schmidt-Ott an Schreiber, 24. September 1925, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott D 6.

608 Schmidt-Ott, Friedrich: Die Arbeit der deutschen Medizin am werktätigen Volk. Ein Rückblick auf die Essener Woche, in: Forschungen und Fortschritte 1 (1926) Heft 5-6, S. 36-37, S. 37.

609 Schmidt-Ott an Fr. v. Müller, 1. Oktober 1925, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott D 7.

„Zusammenwirken der Körperorgane“, Friedrich v. Müller „Über Ernährungsverhältnisse“, Ludwig Krehl zu der Frage „Wie bleibt man gesund? Verhütung der Infektionskrankheiten“ und Ludwig Aschoff „Über die Bedeutung der Leichenöffnung und des Tierexperiments für die Volksgesundheit und die soziale Wohlfahrtspflege“. Friedrich Schmidt-Ott drang auf eine effiziente Pressarbeit. Es sei

„dringend wünschenswert, dass die Veranstaltung als eine, das gesamte Reich und das Verhältnis der Wissenschaft zur Arbeiterschaft im allgemeinen betreffende Angelegenheit, nicht nur als eine lokale des Industrie-Bezirks behandelt wird.“<sup>610</sup>

Die Medizinische Woche wurde ein großer Erfolg für die Notgemeinschaft. Die Beiträge „unserer ersten Kliniker“, so berichtete Friedrich Schmidt-Ott stolz, hätten

„auf die Gewerkschaften und Arbeiter einen merkwürdig tiefen und sympathischen Eindruck geübt, der in der Presse überall wieder kam und mir zugleich erwünschte Gelegenheit für die Festigung meiner, der Volksgesundheit dienenden wissenschaftlichen Arbeitspläne geliehen.“<sup>611</sup>

Am 19. Dezember 1925 bewilligte der Reichsrat weitere 2 Millionen Reichsmark für die „Gemeinschaftsarbeiten“ („Volksaufgaben“).<sup>612</sup> Friedrich Schmidt-Ott berief für den 6. Januar 1926 die Organe der Notgemeinschaft zusammen, um über die Denkschriften für „Gemeinschaftsarbeiten“ von Friedrich v. Müller, Adolf Nägel und Rudolf Schenck zu beraten, die nächste Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft vorzubereiten und über die Neuwahl der Fachgutachterausschüsse zu diskutieren.<sup>613</sup> Heinrich Konen hatte zudem angeregt, ob man nicht „demnächst den Namen der Notgemeinschaft etwas ändern sollte“, weil diese bei den Abgeordneten des Reichstages immer noch als eine „Organisation der Inflationszeit“ gelte.<sup>614</sup> Manche Reichstagsmitglieder hielten es für das Beste, so der Eindruck Heinrich Konens, wenn die Notgemeinschaft „in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufginge, unter dem Schlagwort: keine Doppelorganisationen!“. Gegen diesen Vorschlag, die Notgemeinschaft mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu vereinigen, wandte sich Fritz Haber. Trotz der einsetzenden Stabilisierung im Wirtschaftsleben schwebte über der deutschen Wissenschaft noch immer „eine furchtbare Drohung“, die dazu berechtige, „weiterhin von einer Not der

---

610 Schmidt-Ott an Pünder, 10. Oktober 1925, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott D 7.

611 Schmidt-Ott an v. Klebelsberg, 23. und 27. November 1925, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott D 7.

612 Tageskalender, 19. Dezember 1925.

613 Friedrich Schmidt-Ott, Einladungsschreiben, 24. Dezember 1925, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 920 Akte 1.

614 Konen an Schmidt-Ott, 11. Dezember 1925.

deutschen Wissenschaft zu sprechen“.<sup>615</sup> Fritz Haber hielt es daher für verfrüht, den Namen Notgemeinschaft zu ändern:

„Im Gegenteil soll dieser Name immer wieder daran erinnern, dass die Rettung der deutschen Wissenschaft in ihrer alten großartigen Stellung noch nicht vollendet ist, solange nicht Aufwendungen von einer ganz andern Größenordnung für sie geleistet werden, als es bisher der Fall ist. Die Existenznot der deutschen Wissenschaft ist, nicht zuletzt durch das Wirken der Notgemeinschaft, zunächst behoben. Aber wir sind noch nicht über den Berg.“

Wie er bereits im Jahr zuvor, 1925, geltend gemacht hatte, fielen die Gelder für die Wissenschaftsförderung im Staatshaushalt zu gering aus. Es handelte sich, wie Fritz Haber spitz bemerkt hatte, „um einen Bruchteil der Reichsausgaben, der so klein ist, dass man die Lupe nötig hat, um ihn abzulesen.“<sup>616</sup> Für Fritz Haber war daher der Bestand der Notgemeinschaft solange nötig, als das deutsche Wissenschaftssystem unterfinanziert und in seinen Wirkungsmöglichkeiten niedriggehalten bliebe: „Eine ungeheure(,) zu gewaltigen Leistungen fähige Maschine rostet hier ein, weil das Kesselspeisewasser fehlt.“<sup>617</sup> Fritz Haber forderte deswegen „ein weiteres Wachsen der Notgemeinschaft“.<sup>618</sup> Die finanzielle Bereitschaft dafür versuchte man zu wecken, indem prominente Wirtschaftsvertreter in der Öffentlichkeit regelmäßig erfolgreiche Beispiele aus der technischen Entwicklung präsentierten, die sich auf neue wissenschaftliche Erkenntnisse zurückführen ließen. Während der Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft am 12. März 1926 in München führte das Elektrotechnische Laboratorium der Technischen Hochschule eine Reihe von Experimenten mit Apparaturen der Industrie vor. Auch die von Friedrich Schmidt-Ott und Adolf v. Harnack nominierten Experten aus der im Herbst 1924 angedachten „Kommission für Forschungsaufgaben“, etwa Albert Vögler, traten wiederholt in Redebeiträgen zum Thema „Wissenschaft, Technik und Wirtschaft“ hervor und zählten dabei eine eindrucksvolle Kette wissenschaftstechnologischer Produkte auf.<sup>619</sup> Das

---

615 Fritz Haber, Memorandum über die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, ca. 1926, das Zitat im Manuskript S. 12, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. 3.

616 Fritz Haber: Anlage zur vorstehenden Denkschrift (1925), in: Fünfter Jahresbericht der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Berlin 1926, S. 124-128, hier S. 128; auch abgedruckt in: Kurt Zierold: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft: Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden 1968, S. 582-586, hier S. 586.

617 Ebd., S. 11.

618 Ebd., S. 12.

619 Albert Vögler: Wissenschaft, Technik und Wirtschaft, in: Die Naturwissenschaften 14 (1926) Heft 48/49 (26. November 1926), S. 1044-1049.

beherrschende forschungspolitische Thema für die Notgemeinschaft blieb daher ihre „Forschungsaufgabe“ in den Schwerpunktfeldern Gesundheit und Naturwissenschaften. Auf der Mitgliederversammlung vom 12. März 1926 erhielt dieser Gesichtspunkt noch einen besonderen Akzent, als nach dem Jahresbericht des Präsidenten, der Rechnungslegung und Entlastung des Präsidiums sowie der Bestätigung der Fachausschüsse die „Fortführung der Aufgaben der Notgemeinschaft, insbesondere der großen Forschungsaufgaben auf dem Gebiete der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohls“ diskutiert wurde, und während der Diskussion ein Telegramm des Reichspräsidenten eintraf und sogleich verlesen wurde. Paul v. Hindenburg wünschte der Notgemeinschaft, dass „auch ihre weitere Tätigkeit besonders auf dem Gebiet der großen Forschungsaufgaben reiche Früchte“ trage.<sup>620</sup> Friedrich Schmidt-Ott ließ mit dem gesamten Präsidium der Notgemeinschaft postwendend ein Huldigungstelegramm nach Berlin zurücksenden:

„Dem Führer des deutschen Volkes in Krieg und Frieden huldigt die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft bei ihrer aus allen Teilen Deutschlands zusammenberufenen Jahresversammlung; dankbar, an den großen Zielen des Vaterlandes mitarbeiten zu dürfen und vollbewusst, dass auf seinem Gedeihen Kraft, Erfolg und Weltgeltung ihrer Arbeit beruht. Schmidt-Ott, von Dyck, Haber, von Harnack.“

Die Protektion des neuen Weimarer Staatsoberhauptes entband die Notgemeinschaft allerdings nicht von ihrer Angewiesenheit auf die parlamentarischen Häuser, als sie für das Rechnungsjahr 1927 eine weitere Aufstockung ihres Wissenschaftsetats anstrebte. Da inzwischen in allen Hochschulländern des Deutschen Reichs im Jahr 1926 höhere Wissenschaftsausgaben zu registrieren waren, die statistisch über dem Niveau der Vorkriegszeit (1913 als Referenzjahr) lagen, schwenkte die Notgemeinschaft gegenüber dem Reich auf eine neue haushaltspolitische Argumentationslinie ein.<sup>621</sup> In einer Resolution der Mitgliederversammlung mahnte man, für die „Bemessung der Ausgaben für die Wissenschaftspflege weder die Zahlen der Vorkriegszeit noch deren Verhältnis zu den Gesamtausgaben des Reichs und der Bundesstaaten zum Maßstab zu

---

620 Protokoll der Mitgliederversammlung vom 12. März 1926, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 920 Akte 3 fol. 124-151.

621 Auf dem Bierabend der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft am 17. Dezember 1926 wies der Preußische Kultusminister Carl H. Becker darauf hin, dass die Aufwendungen der Länder im Reich für die Pflege der Wissenschaft außerordentlich hoch seien, Preußen habe allein 1926 etwa 100 Millionen für die Wissenschaft aufgewendet, vgl. BAK R 73 Nr. 288

nehmen.“<sup>622</sup> Stattdessen führte die Notgemeinschaft nun aus, dass man den internationalen Vergleich heranziehen müsse:

„Den Maßstab gibt die Wissenschaftspflege im Ausland. Die Entwicklung im Auslande überflügelt uns bereits in einigen Beziehungen und fordert schlechterdings eine erhebliche Erhöhung des Bruchteils, den diese Ausgaben in unseren Reichs- und Staatsetats ausmachen, wenn wir nicht aus einer wohlervorbenen Vorkriegsstellung in der internationalen wissenschaftlichen Welt schließlich auf eine tiefere Stufe gedrückt werden sollen. [...] Die Mittel aber entscheiden darüber, ob unsere Wissenschaft ihrer Aufgabe genügen kann, den Boden für eine reichere wirtschaftliche und kulturelle Zeit zu bereiten.“

Mit diesem kulturpolitischen Szenario einer Bedrohung ihrer Vormachtstellung bat die Notgemeinschaft darum, im Etatjahr 1927 ein „Extraordinarium“ von 3 Millionen Mark für die „Forschungen auf dem Gebiete der Volksgesundheit, des Volkswohles und der nationalen Wirtschaft“ zu bewilligen. Zur Erläuterung ihrer Forschungspläne stellte die Notgemeinschaft am 12. Mai 1926 die neuen Denkschriften vor. In der Forstwirtschaft sollten mit agrarkulturchemischen Methoden die Saatgutveredlung, der Holzartenwechsel und die Holzartenzüchtung untersucht werden. Dahinter stand das langfristige wirtschaftliche Ziel, das „Wachstum der Nutzpflanzen erheblich zu steigern“ durch die Auswahl bodenspezifisch geeigneten Saatguts bei der Neuaufforstung.<sup>623</sup> Man hatte sich insbesondere darauf verständigt, die „Bodensäure, ihre schädlichen Wirkungen und ihre Beseitigung“ als eine Gemeinschaftsarbeit zu untersuchen. Die Bodensäure und ihr Abbauverhalten galten als Ursache für mangelnde Erfolge bei der Düngung. Eine „beschleunigte Aufklärung dieser Verhältnisse“ würde nicht nur die Land- und Forstwirtschaft weiterbringen, sondern käme „der gesamten Volkswirtschaft zugute“<sup>624</sup> Eine „große Gemeinschaftsarbeit“ sollte außerdem in der forstwirtschaftlich relevanten Schädlingsbekämpfung aufgenommen werden. Zum Bereich der Agrarindustrie zählten ebenso neue Forschungspläne in der Tiermedizin zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche sowie in der Nutztierassenzüchtung. Der Nutzen in diesen Wissensfeldern gehörte freilich schon immer zum reichen Erfahrungsbestand des Landwirts: „Durch die Auswahl der entsprechenden Rassen und durch die Heranzüchtung günstiger

---

622 „3. Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, in: Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen 6 (1926), Heft 3/4 (April), S. 52.

623 Fünfter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Berlin 1926, S. 218.

624 Ebd., S. 217f.

Eigenschaften hat sich die landwirtschaftliche Produktion um viele Prozente steigern lassen.“<sup>625</sup>

In den Beratungen mit Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft über mögliche neue „Gemeinschaftsarbeiten“ achtete Friedrich Schmidt-Ott sorgsam darauf, nur solche Forschungsprobleme in die Förderung der Notgemeinschaft aufzunehmen, die zwar im Bereich möglicher Anwendungen lagen, aber selbst noch nicht als technologische Entwicklungsarbeiten gelten konnten. In seinem Vorwort zur Sammlung der Denkschriften vom 12. März 1926 erläuterte Friedrich Schmidt-Ott:

„Es kommt nicht darauf an, spezielle Interessen, wie sie die Vertreter der im praktischen Leben stehenden Berufsstände hegen mögen, zu fördern, sondern wissenschaftlich grundlegende Fragen zu lösen, die für jeden erfolgreichen Fortschritt, sei es auf wirtschaftlichem Gebiete, sei es im Bereich der Volksgesundheit oder des Volkswohls, Voraussetzung sind.“<sup>626</sup>

Die Notgemeinschaft wurde *nicht* ein Anwalt des Ideals der zweckfreien Forschung, schloss jedoch zugleich die eigentliche Zweckforschung aus dem Kreis ihrer Aufgaben aus.<sup>627</sup> Heinrich Koenen betonte die Wissenschaftsorientierung der „Gemeinschaftsarbeiten“ vier Jahre später mit der dilemmatischen Formulierung:

„Gewiss werden die Arbeiten der Notgemeinschaft sich immer nach rein wissenschaftlichen Zielen richten müssen, und sie werden umso erfolgreicher sein, je mehr sie davon absehen, den unmittelbaren Nutzen zu fördern.“<sup>628</sup>

Mit der Ausweitung der „Große[n] Aufgaben auf dem Gebiet der Volksgesundheit, der Volkswirtschaft und des nationalen Volkswohls“ und der Betonung der Nachwuchsförderung steigerte die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Rechnungsjahr 1926 die Zahl ihrer Forschungsstipendiaten auf etwa 400 laufende Stipendien.<sup>629</sup> Die Notgemeinschaft hatte 1926 nach sechs Jahren ihrer Tätigkeit „einen besseren Überblick über die Lage der deutschen Wissenschaft und über ihre

---

625 Ebd., S. 219.

626 Friedrich Schmidt-Ott, Vorwort zur Sammlung von fachbezogenen Denkschriften, 12. März 1926, S. 26.

627 Der kognitive und soziale Typ wissenschaftlichen Wissens, den Donald E. Stokes „use-inspired basic research“ genannt hat, und der m. E. den „Gemeinschaftsarbeiten“ zugrundelag, hatte in den 1920er Jahren keinen eigenen forschungspolitischen Ausdruck, vgl. Anm. 572.

628 Koenen, Heinrich: Aus dem Grenzgebiet von Technik und Forschung, in: Bericht über die Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1930 in Berlin, hrsg. v. Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, (= Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Band 16), Berlin: Karl Siegismund Verlag 1931, 62-73, S. 63.

629 Etats-Anmeldung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft für 1928. Anlage zu dem Schreiben (...) Notgemeinschaft an Reichsministerium des Innern, 1. Mai 1927, BAK R 73 Nr. 292.

Entwicklungsnotwendigkeiten“ gewonnen.<sup>630</sup> Ab der ersten Bewilligung eines „Sonderfonds“ im Juni 1925 expandierten die „Gemeinschaftsarbeiten“ in Zahl, Themenstellung und Finanzierung. Friedrich Schmidt-Ott hatte begonnen, die Forderung nach einer Erhöhung des Budgets für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zu verbinden mit den Überlegungen, welchen Beitrag die Wissenschaft für die wirtschaftliche Produktivität im Deutschen Reich leisten könnte. Die dabei eingerichteten „Gemeinschaftsarbeiten“ führten zu einem Umbau der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Denn mit der Einsetzung spezieller Kommissionen zusätzlich zu den bereits vorhandenen Fachausschüssen schuf die Notgemeinschaft neue Instanzen, die nicht dem satzungsgemäßen Wahlverfahren unterlagen. Bei der Suche nach Forschungsproblemen folgte die Notgemeinschaft nicht mehr dem Bottom-up-Verfahren. Stattdessen sollte das Kontaktnetz gleichsam in umgekehrter Richtung benutzt werden, um Forschungsanregungen zu geben. Die Aufforderung an Forscher, anwendungsorientierte Probleme zu benennen und ein Arbeitsprogramm zu beschreiben, hielt die Forscher dazu an, ihre Agenda auf ein utilitaristisches Ziel hin zu formulieren. Der „Forschungsplan“ legte natur- und technikwissenschaftliche Problemstellungen dar, die als „Große Forschungsaufgaben im Bereich der Volksgesundheit, der Volkswirtschaft und des allgemeinen Volkswohls“ zu neuen Prioritäten in der Forschungsförderung der Notgemeinschaft wurden. Der „Forschungsplan“ Friedrich Schmidt-Otts war ein Schritt auf dem Weg, eine forschungspolitisch neue Legitimation für die Existenz der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zu schaffen.

Die Sammlung von Forschungsaufgaben war in gewisser Weise eine Variation des Peer-Review-Prozesses, in dem Gutachten zu vorgeschlagenen Projekten angefordert werden. Bei der Anforderung von Projekten selbst erhalten Wissenschaftsorganisatoren bzw. Forschungspolitiker selbst eine Machtchance, bei der thematischen Auswahl von Forschungsprojekten mitzuwirken. Hierin lag auch der Gestaltungsspielraum von Friedrich Schmidt-Ott in der Notgemeinschaft. Der Ausbau der Notgemeinschaft mit ursprünglich nicht vorgesehenen Ausschüssen und deren schwerpunktmäßiger Aufgabenorientierung wurde dadurch in der Tat zu einer „neue[n] Organisation der Forschung“. Die Notgemeinschaft wandelte sich dadurch

---

630 V. Bericht, III. Abschnitt, Gemeinschaftsarbeiten auf dem Gebiet der Nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohls, S. 233.

von der disziplinenorientierten Wissenschaftsförderung zur gesteuerten, interdisziplinären Projektorientierung.

### 2. 3. „Gemeinschaftsarbeiten“ mit der Sowjetunion?

#### 2. 3. 1. Diplomatie und Wissenschaft

Die Russische Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg lud aus Anlass ihres zweihundertjährigen Bestehens ihre europäischen Schwesterakademien für den Herbst 1925 nach Sowjet-Russland zu einem feierlichen „Akademie-Jubiläum“ ein.<sup>631</sup> In wissenschaftlicher Hinsicht war Sowjet-Russland auch nach dem Rapallo-Abkommen kein bevorzugtes Reiseziel für Wissenschaftler geworden. Im Jahr 1924 beantragten und erhielten 3 Gelehrte für russlandbezogene Themen ein Reisestipendium der Notgemeinschaft. Insgesamt hatte die Notgemeinschaft in diesem Jahr 142 Reisen gefördert mit einem Gesamtvolumen von Reichsmark 300.000.-. Die Themen der drei Stipendiaten mit dem Ziel Sowjet-Russland lagen in der Neueren Philologie, der Kunstgeschichte und der Geophysik. Der Slawist Reinhold Trautmann aus Königsberg fuhr zu Arbeiten über die altrussische Annalistik, insbesondere für die Edition und Herausgabe der „Chronik des Nestor“ (ca. 1113 A.D.) nach Russland.<sup>632</sup> Der Osteuropa-Historiker Martin Winkler aus Königsberg reiste für den Abschluss einer Arbeit über den Geschichtsphilosophen Petr Jakovlevich Chaadaev (1794-1856) nach Sowjet-Russland und arbeitete dort auch zur Baukunst.<sup>633</sup> In der Geographie bereiste Richard Pohle aus Braunschweig verschiedene Bibliotheken innerhalb des Deutschen Reichs,

---

631 Einladungsschreiben, o.D., (Eingang: 22. Mai 1925), Russische Akademie der Wissenschaften an Preußische Akademie der Wissenschaften, Archiv der Akademie der Wissenschaften II: VIa 4, Bd. 8, Bl. 130. St. Petersburg ist nach Lenins Tod (21. Januar 1924) in Leningrad umbenannt worden, doch den früheren Ortsnamen bevorzugten die Deutschen, v.a. die Akademiker, da die Petersburger Akademie seit ihrer Gründung 1724 durch Zar Peter den Großen enge Gelehrtenverbindungen mit den deutschen Forschungsstätten unterhalten hatte, vgl. Grau, Conrad / Winter, Eduard: Lomonosov, Schlözer, Pallas : deutsch-russische Wissenschaftsbeziehungen im 18. Jahrhundert, (= Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas ; Bd. 12, Berlin: Akademie-Verlag 1962. Obwohl die Russische Akademie der Wissenschaften bereits 1724 gegründet worden war, fand ihre Jubiläumsfeier erst im September 1925 statt, nachdem die Pläne für eine Feier v.a. wegen Unstimmigkeiten zwischen der Akademie in Leningrad und der Partei- und Regierungszentrale in Moskau zu zeitlichen Verschiebungen führten, siehe Hoetzsch an Schmidt-Ott, 19. März 1924, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Band 1.

632 Schmidt-Ott, Friedrich: Vierter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1925, Band 4), Halle (Saale): Emil Wolff & Söhne 1925, S. 92

633 Ebd., S. 93.

um meteorologisches Material durchzuarbeiten, das dem Abschluss seiner Forschungsreise durch Sibirien im Vorjahr, 1923, galt.<sup>634</sup> Auch im Jahr 1925 beschränkte sich die Förderung von wissenschaftlichen Themen zu Sowjet-Russland durch die Notgemeinschaft auf einzelne Stipendien, etwa für den Bakteriologen Heinrich Zeiss oder den Hirnforscher der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Oskar Vogt, die beide in Moskau arbeiteten.<sup>635</sup> Im Vergleich zu diesem überschaubaren, fachwissenschaftlichen Interesse an Sowjet-Russland, stellte die Einladung der Russen zum Akademiejubiläum in erster Linie ein wissenschaftspolitisches und diplomatisches Ereignis dar. Wenn nämlich der Einladung der Russischen Akademie einige Delegationen aus Europa, insbesondere aus Deutschland, Folge leisteten, so liefere die politische Signalwirkung auf eine Anerkennung des im Westen gesellschaftspolitisch abgelehnten Regimes hinaus. Die deutschen Akademiker standen daher vor einer diplomatischen Entscheidung. Ein Teil der konservativen Gelehrtenschaft, die im Anschluss an Rapallo ihre freundschaftlichen Verbindungen zu Sowjet-Russland betont hatte, zeigte sich der Einladung öffentlich gewogen. Der Historiker und Gelehrtenpolitiker Hans Delbrück rühmte die Stadt St. Petersburg / Leningrad und meinte, sie gelte den deutschen Historikern als die größte und bedeutendste Stadt in Europa, neben Berlin.<sup>636</sup> Auch der überwiegende Teil der deutschkonservativen Gelehrtenschaft befürwortete eine Reise nach Sowjet-Russland, und zwar aus innenpolitischen Gründen. Denn nach dem Abbruch des Ruhrkampfes 1923 hatte für Außenminister Gustav Stresemann eine Westbindung im Vordergrund gestanden, die in den rechtskonservativen Gelehrtenkreisen auf die harsche Kritik traf, Stresemann betreibe mit amerikanischer Kapitalhilfe und den europäischen Sicherheitsverhandlungen eine „Erfüllungspolitik“.<sup>637</sup> Dabei zerbrach der frühere

---

634 Vgl. Pohle, Richard: Sibirien als Wirtschaftsraum. Eine Einführung in das Leben Sibiriens, Bonn: K. Schroeder 1921.

635 Zu Heinrich Zeiss und seine bakteriologischen Studien in Verbindung mit dem Hamburger Kolonialinstitut bereitet Susan G. Solomon derzeit eine Publikation vor; zu Zeiss' Rolle in der Shoah vgl. auch Weindling, Paul Julian: Epidemics and genocide in Eastern Europe 1890-1945, New York: Oxford University Press 2000. Oskar Vogt erhielt nach seinen Untersuchungen am Gehirn von Vladimir I. Lenin 1925 die Möglichkeit, in Moskau ein eigenes Institut, das Staatsinstitut für Hirnforschung, in Moskau aufzubauen, vgl. Satzinger, Helga: Die Geschichte der genetisch orientierten Hirnforschung von Cécile und Oskar Vogt (1875-1962, 1870-1959) in der Zeit von 1895 bis ca. 1927, Band Bd. 41), Stuttgart: Deutscher Apotheker Verlag 1998.

636 Delbrück, Hans G. L.: Berlin under Empire and Republic, in: The Current History Magazine 23 (1925) Heft 1, S. 27-40, S. 27.

637 Niedhart, Gottfried: Die Außenpolitik der Weimarer Republik, (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Band 53), hrsg. v. Lothar Gall, München: Oldenbourg 1999, S. 22.

Konsens zwischen der rechtskonservativen Gelehrtenschaft und der Diplomatie über die Frage, wie das 'Versailler System' abzuschütteln sei. Im Jahr 1925, als sich eine Aussöhnung mit den Westmächten und überdies ein Beitritt des Deutschen Reichs zum Völkerbund in den bevorstehenden Verhandlungen von Locarno abzeichnete, verweigerten die konservativen Gelehrten dieser „Ouvertüre der Verständigungspolitik“ ihre Gefolgschaft.<sup>638</sup> Weite Teile der konservativen Gelehrtenschaft im Deutschen Reich begrüßten aus diesem Grund die Möglichkeit, mit einer demonstrativen Geste, nämlich einer repräsentativen deutschen Gelehrtendelegation, Anfang September 1925 nach Leningrad zum sowjetischen Akademiejubiläum zu fahren. Nur drei Wochen vor dem Beginn der Verhandlungen zwischen den westlichen, europäischen Siegerstaaten und dem Deutschen Reich auf dem neutralen Boden von Locarno würde diese Gelehrtenreise in den Osten auf eindeutige Weise die deutsch-sowjetische Sonderverbindung betonen.

Friedrich Schmidt-Ott hatte durch die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin ebenfalls im Frühjahr 1925 eine Einladung zum Akademiejubiläum erhalten, da er seit 1914 der Berliner Akademie als Ehrenmitglied angehörte. Friedrich Schmidt-Ott begrüßte an der Einladung der Sowjetunion vor allem die Tatsache, dass zum ersten Mal seit 1918 eine große, internationale und offizielle Ehrung der gesamten deutschen Gelehrtenschaft bevorstand. Entscheidend war dabei für Friedrich Schmidt-Ott, dass das Ausland den ersten Schritt getan hatte. Denn bei der „Wiederherstellung der so vielfach gelockerten oder zerrissenen internationalen wissenschaftlichen Bande“ blieb es „grundlegend“, dass „die Notgemeinschaft zur Wahrung ihrer Selbständigkeit nirgends ihrerseits bittend an das Ausland herangetreten ist oder herantreten wird.“<sup>639</sup>

---

638 Mit den Worten von Brigitte Schroeder-Gudehus: „vis-à-vis de la République et de sa politique extérieure, l'élite académique faisait la grève.“, Schroeder-Gudehus, Brigitte: Les professeurs allemands et la politique du rapprochement, in: Annales d'études internationales 1 (1970) S. 23-44, S. 23. Das Zitat von Zimmermann, Ludwig: Die Locarnoerträge als Versuch einer Lösung der Sicherheitsfrage, in: Studien zur Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. v. , (= Erlanger Forschungen. Reihe A: Geisteswissenschaften, Band 6), Erlangen: Universitätsbund Erlangen e.V. 1956, S. 48-68, S. 68.

639 Schmidt-Ott, Friedrich: Vierter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1925, Band 4), Halle (Saale): Emil Wolff & Söhne 1925, S. 105. Ebenso hatte die Notgemeinschaft schon 1923 und 1922 jede eigenorganisierte Werbung für die deutsche Wissenschaft im Ausland abgelehnt: „(Die Notgemeinschaft) hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass die Hilfe des Auslandes für die deutsche Wissenschaft aus der Erkenntnis ihrer Weltbedeutung herauswachsen müsse.“, Schmidt-Ott, Friedrich: Dritter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft

Diese anspruchsvolle Zurückhaltung stimmte auch mit den Bedingungen überein, die der Verband Deutscher Hochschulen 1920 für die Anknüpfung internationaler Wissenschaftsbeziehungen aufgestellt hatte.<sup>640</sup> Friedrich Schmidt-Ott, in seiner Doppel-Funktion als Präsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wie auch der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, verkörperte 1925 eine fast ideale Rolle, die Wissenschaftsorganisationen Deutschlands zu repräsentieren.

Nur wenige Kritiker innerhalb des konservativen Lagers der deutschen Gelehrtenschaft warnten vor einer Teilnahme an einer Feier in Sowjet-Russland. Der Münchener Hygieniker Max v. Gruber, Fachausschussmitglied für Medizin in der Notgemeinschaft und Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, war ebenfalls nach Leningrad eingeladen, gab aber gegenüber Max Planck, dem Sekretär der Preußischen Akademie der Wissenschaften, zu Bedenken:

„Solange die Bolschewistenherrschaft dauert, bringt uns eine freundliche Haltung gegenüber Russland weder politisch noch wirtschaftlich nennenswerte Vorteile. Den russischen Gelehrten nützen wir nicht, wenn wir den Besuch machen, dagegen stärken wir das Ansehen der Bolschewisten, wenn wir Zeugen eines wahrscheinlich möglich blendenden Aufmachung sind und stellen uns der Entente gegenüber bloß, wenn diese ihre Leute nicht nach Leningrad gehen lässt.“<sup>641</sup>

Andere Wissenschaftler, wie Oskar Vogt von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, stellten die kulturdiplomatische Symbolwirkung weniger in den Vordergrund, und rechneten mehr auf die wissenschaftspolitischen Möglichkeiten, spezifische Forschungsziele in Russland zu verwirklichen, wenn sich die Deutschen zu einer offiziellen Teilnahme entschlossen. Dieses fachwissenschaftliche Interesse verfolgte auch Otto Hoetzsch, der im Namen der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas zum Akademie-jubiläum nach Leningrad eingeladen worden war, die Einladung jedoch aus Termingründen nicht wahrnehmen konnte. Otto Hoetzsch wäre an einer eigenen Teilnahme umso mehr gelegen, als Friedrich Schmidt-Ott Anfang des Jahres 1925 angedeutet hatte, dass er sich von seiner Funktion als Präsident der Deutschen

---

umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924. Trans. . Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 1924. 71., S. 57.

640 Vgl. Franke, Otto: Erinnerungen aus zwei Welten. Randglossen zur eigenen Lebensgeschichte, Berlin: Walter de Gruyter 1954, S. 166.

641 Gruber an Planck, 23. Mai 1925, Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, II-XIII, 12.

Gesellschaft zum Studium Osteuropas eigentlich zurückziehen wolle.<sup>642</sup> Erst auf Zureden von Otto Hoetzsch, Hans Jonas und Karl Siegismund entschied Friedrich Schmidt-Ott, der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas doch weiterhin als Präsident vorzustehen.<sup>643</sup> Kurz darauf bot das Auswärtige Amt eine Finanzierung für das seit 1913 verfolgte Projekt von Otto Hoetzsch an, eine Zeitschrift der Osteuropakunde als Organ der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas zu gründen.<sup>644</sup> Somit war eines der wichtigsten wissenschaftspolitischen Ziele der Studiengesellschaft erreicht worden, und zugleich bezeugte die Deutsche Regierung ihr Interesse an den politikwissenschaftlichen Arbeiten der Osteuropa-Studiengesellschaft.

Das Außenministerium hatte gegen die Einladung der Sowjetunion an die deutschen Gelehrten und eine Teilnahme der Gelehrtenschaft an dem Akademiejubiläum in Leningrad nichts einzuwenden. Obgleich die Reise der deutschen Gelehrten in den Osten eine innenpolitische Spitze gegen die Verständigungspolitik Gustav Stresemanns mit den westlichen Siegermächten enthielte, so lag den Diplomaten des deutschen Außenministeriums viel daran, den Machthabern in Moskau ihr Misstrauen zu nehmen, dass sich das Deutsche Reich mit dem angestrebten Eintritt in den Völkerbund in Locarno auch in eine feindliche Phalanx der Westmächte gegen Sowjet-Russland einreihen könnte.<sup>645</sup> Was die deutsche Gelehrtenschaft mit ihrer Reise nach Leningrad im Herbst 1925 überwiegend als einen innenpolitischen Protest gegen die sog. „Erfüllungspolitik“ Stresemanns formulierte, konnte daher dem außenpolitischen Kalkül der deutschen Diplomatie nicht schaden, nämlich *zugleich* nach Westen *und* nach Osten politische Signale der Verständigung zu senden, unter anderem mithilfe der auswärtigen Kulturpolitik bzw. den deutsch-sowjetischen Gelehrtenverbindungen.<sup>646</sup> Anhand der politikwissenschaftlichen und

---

642 Tageskalender, 31. Januar 1925. Schmidt-Ott an Hoetzsch, 3. Februar 1925, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1, Band 1.

643 Tageskalender, 7. Februar 1925, 9. Februar 1925, 13. Februar 1925.

644 Schmidt-Ott to Hoetzsch, Dezember 14, 1925, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Band 1.

645 Aufzeichnung Gustav Stresemann, 28. September 1925, in: Linke, Horst Günther (Hrsg.): Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945. Vol. 8, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1998, S. 139f.

646 Schroeder-Gudehus, Brigitte: Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik 1919-1933. Vom Boykott und Gegen-Boykott zu ihrer Wiederaufnahme, in: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens, hrsg. v. Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1990, S. 858-885.

wirtschaftsstatistischen Analysen über Sowjet-Russland hatte sich 1925 auch die Erwartung der Russland-Abteilung im Auswärtigen Amt gedämpft, das kommunistische Regime in Moskau würde sich den weltwirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen und eine "evolutionäre Entwicklung" durchlaufen.<sup>647</sup> Mit der gesellschaftspolitisch konträren Macht im Osten würde man stattdessen auf längere Zeit hin rechnen müssen. Die Deutsche Regierung ließ daher die Gelehrtendelegation zum Akademie-Jubiläum reisen, um die kooperativen, freundschaftlichen Beziehungen, wie sie in Rapallo festgelegt worden waren, nicht in Misskredit geraten zu lassen. Beinahe wäre allerdings die Teilnahme der deutschen Gelehrtendelegation an den Feiern in Leningrad doch noch abgesagt worden, als ein Prozess um antibolschewistische Meinungsäußerungen zweier rechtsradikaler, deutscher Studenten in Moskau im Sommer 1925 zum Todesurteil gegen die beiden Deutschen führte (sog. Kindermann-Wolscht-Studentenprozess).<sup>648</sup> Aus Solidarität mit den verurteilten deutschen Studenten kündigten die deutschen Universitätsvertreter an, ihre Teilnahme am Leningrader Akademie-Jubiläum abzusagen.<sup>649</sup> Die in die Krise geratenen deutsch-sowjetischen Beziehungen räumte das Auswärtige Amt aus, indem es bei den russischen Behörden eine Aussetzung der Urteilsvollstreckung gegen die Studenten erlangte.<sup>650</sup> Auf dem Flug von Berlin nach Moskau am 3. September 1925 gingen Friedrich Schmidt-Ott mit dem Pathologen Max H. Kuczynski vom Berliner Pathologisch-Anatomischen Institut im Gespräch darin überein, dass „eine wissenschaftliche Annäherung [...] der gegenseitigen Verständigung zwischen beiden Ländern dienlich sein könne.“<sup>651</sup>

### **2. 3. 2. Ein deutsch-sowjetisches Wissenschaftsabkommen?**

Eine deutsche Delegation von 35 Gelehrten, die stärkste nationale Vertretung unter den insgesamt 800 Gästen aus Sowjet-Russland und anderen ausländischen Akademien, zog am 5. September 1925 zum Empfang in die Säle der Russischen

---

647 Niedhart, Gottfried: Die Außenpolitik der Weimarer Republik, (= Enzyklopädie deutscher Geschichte, Band 53), hrsg. v. Lothar Gall, München: Oldenbourg 1999, S. 22 und 90.

648 Cecil, Lamar: The Kindermann Wolscht incident: An impasse in Russo-German relations 1924-26, in: Journal of Central European Affairs 21 (1961) Heft 2, S. 188-199

649 Planck an Holl, 15. Juli 1925, Archiv der Akademie der Wissenschaften, II-XII, 24.

650 Soering an Lüders, 26. August 1925, Archiv der Akademie der Wissenschaften, II-XII, 24.

651 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 171.

Akademie der Wissenschaften in Leningrad ein.<sup>652</sup> Unter den hochrangigen Wissenschaftlern aus dem Deutschen Reich befanden sich die Sekretäre der Preußischen Akademie der Wissenschaften beider Klassen, Max Planck und Heinrich Lüders, die Rektoren der Universitäten Berlin, Freiburg, Göttingen, Halle, Jena, Leipzig und Münster, die Slawisten der Universitäten Bonn, Hamburg und Königsberg sowie andere Gelehrte mit Verbindungen zur russischen Wissenschaft, die u.a. bereits den Internationalen Limnologen-Kongress vom 21. bis 23. August in Petersburg besucht hatten.<sup>653</sup> Friedrich Schmidt-Ott zog Seite an Seite mit Max Planck und Heinrich Lüders ein. Die Feierlichkeiten sollten laut Programm insgesamt 8 Tage dauern, wobei man die Festgesellschaft zunächst vom 6. bis 10. September 1925 in Leningrad zu den alten Wissenschaftsanstalten der zaristischen Akademie der Wissenschaften führen wollte, um dann anschließend in Moskau vom 11. bis 14. September 1925 die neu errichteten Institute des sowjetischen Wissenschaftssystems vorzustellen. Bei dieser Gelegenheit würde man auch von der zweihundertjährigen „Akademie der Wissenschaften von Russland 1725-1925“ Abschied nehmen, und die gesamten Wissenschaftsanstalten der Sowjetunion vereinigen unter dem Dach der neu benannten „Akademie der Wissenschaften der UdSSR.“<sup>654</sup> Als das Sowjetische Staatsoberhaupt Mikhail Ivanovich Kalinin in einer Ansprache am ersten Tag des Akademie-Jubiläums die Errungenschaften der Revolution pries, bemerkte Oskar Hecker, Geophysiker und Direktor der Reichsanstalt für Erdbebenforschung in Jena, dass durch eine „etwas auffällig wirkende Claque“ die Menge „vielfach zu starkem Beifall“ angeregt worden sei. Oskar Hecker wies in einem Bericht an das Reichsinnenministerium auch darauf hin, dass die Besucher überall freizügig hingehen konnten und er eine „Beobachtung derselben durch Organe der Regierung“ nicht wahrgenommen habe.<sup>655</sup> Friedrich Schmidt-Ott allerdings wohnte nur an den beiden ersten Tagen dem Festprogramm bei, an der Feierlichen Sitzung der Akademie im Großen Saal der Philharmonie in

---

652 Ludloff, Rudolf: Der Aufenthalt deutscher Hochschullehrer in Moskau und Leningrad 1925 anlässlich des 200jährigen Bestehens der Russischen Akademie der Wissenschaften und ihrer Umwandlung in die Akademie der Wissenschaften der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena 6 (1957) Heft 6, S. 709-721.

653 Deutsches Generalkonsulat Petersburg, 31. August 1925, Abschrift des Auswärtigen Amts, 24. September 1925, Mitteilung an das Reichsministerium des Innern betreffend „Internationaler Limnologen-Kongress in Petersburg“ vom 24. Oktober 1925, S. 2-3, BAK R 73 Erster Teil Nr. 291.

654 „Programm der 200jährigen Jubiläumsfeier der Akademie der Wissenschaften von Russland.“, (Leningrad), 10. Juli 1925, GStA PK Dahlem I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1, Band 1, Bl. 141.

655 S. 4.

Leningrad, an dem Bankett der Akademie am selben Abend sowie am Besuch der Gala-Vorstellung im Opern- und Ballet-Theater am folgenden Abend. Anstatt das Besuchsprogramm zu den Leningrader Anstalten der Akademie zu absolvieren, besprach Friedrich Schmidt-Ott in der „Kaiserlichen Bibliothek“ einige Geschäftssachen zum Bücher- und Schriftentausch der Notgemeinschaft und besichtigte selbständig die Sammlungen der Eremitage.<sup>656</sup> Schon nach seiner Ankunft in Moskau hatte Friedrich Schmidt-Ott am 4. September 1925 mit Olga Kamenev, der Leiterin der Allgemeine Union-Gesellschaft der Kulturellen Beziehungen zum Ausland (VOKS), vereinbart, dass die fehlende russische wissenschaftliche Literatur aus den Kriegsjahren in deutschen Bibliotheken beschafft werden sollte und russische Gelehrte an der neuen Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas mit Beiträgen beteiligt werden könnten.<sup>657</sup> Am Bankett-Abend der Akademie am 6. September 1925 kam Friedrich Schmidt-Ott dann mit dem Sowjetischen Staatsoberhaupt Mikhail Ivanovich Kalinin und dem Volksbildungskommissar Anatoly Vasiljevic Lunacharsky ins Gespräch über „die Bedeutung der Akademie im Dienste des Volkes“. Wie Friedrich Schmidt-Ott einige Tage später dem Deutschen Botschafter Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau mitteilte, konnte er

„dabei nicht unterlassen [...], darauf hinzuweisen, dass die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft [es] sich zum Ziel gesetzt habe, grundlegende wissenschaftliche Aufgaben auf dem Gebiete der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und der Volkswohlfahrt durch freiwillige Zusammenarbeit deutscher Gelehrter verschiedener Art und verschiedenen Faches zu fördern. Da diese Arbeiten den Absichten, die die russische Akademie und Regierung hegen, vollkommen zu entsprechen schienen, so wurde eine nähere Erörterung der Akademie für den folgenden Tag vereinbart.“<sup>658</sup>

Friedrich Schmidt-Ott traf sich am 7. September 1925 zu der vereinbarten Besprechung mit dem Sekretär der Russischen Akademie, Sergej v. Ol'denburg, Volksbildungskommissar Anatoly V. Lunacharsky und dem früheren, langjährigen Sekretär Vladimir I. Lenins und nunmehrigen Chef des Vollzugausschusses des Rates der Volkskommissare, Nikolay P. Gorbunov. Von deutscher Seite nahmen die

---

656 Tageskalender, 7. September 1925. „Beziehungen der Notgemeinschaft zu Russland.“, o.D. (vermutl. Oktober 1925), GStA PK Dahlem I. HA. Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag 1, Band 1, Bl. 168.

657 Friedrich Schmidt-Ott an Reichsministerium des Innern, 18. September 1925, BAK R 73 Erster Teil Nr. 291.

658 Friedrich Schmidt-Ott: „Eine Verständigung zwischen der russischen und deutschen Wissenschaft“, Anlage zu Schmidt-Ott an v. Oldenburg und Brockdorff-Rantzau, 18. September 1925, GStA PK Dahlem, I. HA. Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. D 6.

Professoren Max Planck, Heinrich Lüders und Eduard Meyer teil.<sup>659</sup> Friedrich Schmidt-Ott erläuterte kurz die Geschichte der Notgemeinschaft und die seit dem Frühjahr begonnene, neue forschungspolitische Initiative, mit medizinischen, natur- und technikwissenschaftlichen Problemstellungen „Große Forschungsaufgaben im Bereich der Volksgesundheit, der Volkswirtschaft und des allgemeinen Volkswohls“ zu fördern. Daraufhin zeigten sowohl die sowjetischen Staats- und Wissenschaftsvertreter, wie auch die deutschen Akademiemitglieder „auf beiden Seiten die Bereitwilligkeit“, deutsch-sowjetische Kooperationen in Betracht zu ziehen.<sup>660</sup> Im Einzelnen dachten sie dabei an die Möglichkeit,

„geeignete Fachgelehrte der anderen Nation, wo es angezeigt erscheine, an den in Russland wie in Deutschland geplanten Arbeiten zu beteiligen und damit der Lösung vorliegender besonders wichtiger Volksaufgaben zu dienen.“<sup>661</sup>

Ebenso könnte man sich – nach Rücksprache mit den vorgesetzten Behörden – einen Wissenschaftsaustausch „von Gelehrten des einen Landes an Institute des anderen“ gut vorstellen, auch die „Beteiligung an Expeditionen“ oder die „Heranziehung besonders geeigneter Kräfte für die eine oder andere Aufgabe“.<sup>662</sup> Friedrich Schmidt-Ott machte in diesem Zusammenhang auf seine forschungspolitische Präferenz für grundlegende, theoretische Arbeiten in anwendungsorientierten Wissensgebieten aufmerksam, worauf sich die Gesprächsteilnehmer darin einig fanden,

„dass ein Unterschied zwischen reiner und angewandter Wissenschaft nicht zu machen sei, da gerade große praktische Aufgaben vielfach nur durch die Klärung auf rein wissenschaftlicher Grundlage der Lösung zugeführt werden können.“<sup>663</sup>

Abschließend verblieben die Gesprächsteilnehmer dabei, die besprochene „Annäherung zwischen russischer und deutscher Wissenschaft“ nicht auf dem Wege eines Vertragsschlusses weiterzuführen, sondern „geeignete Aufgaben und Vorschläge“ bis zum Ende des Jahres sowohl im Deutschen Reich als auch in Sowjet-Russland auszuarbeiten, und sie zwischen dem Sekretär der Russischen Akademie, Sergej v. Oldenburg, und dem Präsidenten der Notgemeinschaft, Friedrich Schmidt-

---

659 Tageskalender, 7. September 1925.

660 Friedrich Schmidt-Ott: „Eine Verständigung zwischen der russischen und deutschen Wissenschaft“, Anlage zu Schmidt-Ott an v. Oldenburg und Brockdorff-Rantzau, 18. September 1925, GStA PK Dahlem, I. HA. Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. D 6.

661 Ebd.

662 Ebd.

663 Ebd.

Ott, auszutauschen. Beide Seiten gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, „dass die geplante Zusammenarbeit den Interessen und der Verständigung beider Länder nützlich sein werde.“<sup>664</sup>

Friedrich Schmidt-Ott hatte diese neue „Nähere Beziehung zwischen Russischer und Deutscher Wissenschaft“ vereinbart, ohne diplomatische Konsultation mit dem Auswärtigen Amt in Berlin oder eine Rücksprache mit dem Deutschen Botschafter in Moskau zu halten.<sup>665</sup> Bis dato hatten die Weimarer Regierungen des Deutschen Reichs kein Kulturabkommen mit der Sowjetunion geschlossen. In einer Mitteilung an den Gesandten Ulrich Graf v. Brockdorff-Rantzau in Moskau am 18. September 1925 präsentierte Friedrich Schmidt-Ott die Unterredung in Leningrad als „Eine Verständigung zwischen der russischen und deutschen Wissenschaft“. In dieser formellen Fassung näherte sich Friedrich Schmidt-Ott dem Vertragsformular eines „accord intellectuel international“. Dieses diplomatische Instrument war von der französischen Diplomatie 1922 geschaffen und genutzt worden, um innerhalb Europas für Frankreich ein Netzwerk an bilateralen Kulturverträgen aufzubauen.<sup>666</sup> Das von Friedrich Schmidt-Ott im Entwurf angedachte Wissenschaftsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion war freilich in Leningrad weder schriftlich ausgeführt, noch paraphiert worden.<sup>667</sup> Doch kann die Unterredung Friedrich Schmidt-Otts, im Beisein der Berliner Akademiemitglieder, als ein Ausdruck für den kulturpolitischen Gestaltungsfreiraum gelten, den das Auswärtige Amt den Wissenschaftsgesellschaften und Mittlerorganisationen beließ.<sup>668</sup>

---

664 Ebd.

665 Tageskalender, 7. September 1925.

666 Düwell, Kurt: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918-1932. Grundlinien und Dokumente, Köln: Böhlau 1976, p. 224.

667 Friedrich Schmidt-Ott hat am 17. September 1925 in Berlin „Notizen und Briefe über Rußland“ niedergeschrieben, und dabei „Eine Verständigung zwischen der russischen und deutschen Wissenschaft“ verfasst, vgl. „Tageskalender, 17. September 1925.

668 Edgar Lersch setzt diesen wissenschaftspolitischen Gestaltungsfreiraum sehr weit an und urteilt, dass die Osteuropagesellschaft und die Notgemeinschaft in der Personalunion von Friedrich Schmidt-Ott „die Initiative weitgehend in der Hand gehabt (...) haben, auf die das Amt dann reagierte.“, vgl. Lersch, Edgar: Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1918-1932, in: Deutsche Auswärtige Kulturpolitik seit 1871, hrsg. v. Kurt Düwell und Werner Link, (= Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik, Band 1), Köln etc.: Böhlau 1981, S. 101-125, S. 114. Ohne den kulturdiplomatischen Spielraum völlig in Abrede zu stellen, spricht doch gegen Lersch's Ansicht die Tatsache, dass sich Friedrich Schmidt-Ott mit Vertretern aller Teile der deutschen Delegation (Preußische Akademie der Wissenschaften, Hochschulverband, Slawisten der Universitäten) am 31. August 1925 vor ihrer Abfahrt nach Leningrad im Auswärtigen Amt zu einer „Besprechung“ mit dem neuen Leiter der Russland-Abteilung, Ministerialdirektor Herbert v. Dirksen, einfanden.

### 2. 3. 3. Pläne und Projekte für deutsch-sowjetische „Gemeinschaftsarbeiten“

In Berlin verständigte Friedrich Schmidt-Ott Mitte September 1925 das Reichsinnenministerium, das Auswärtige Amt sowie die Botschaft in Moskau von den in Leningrad getroffenen Absprachen.<sup>669</sup> Für eine wissenschaftliche Zusammenarbeit der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. beurteilte Friedrich Schmidt-Ott den Vorschlag von Anatoly V. Lunacharsky am 7. September 1925, gemeinsame Expeditionen durchzuführen, am günstigsten. Diese Option hielt Friedrich Schmidt-Ott besonders interessant für die deutsche Seite, da

„die von der Sowjetregierung in Angriff genommene umfangreiche wissenschaftliche Erschließung der dazu gehörigen asiatischen Republiken die verschiedensten Wissenschaftszweige in neue Gebiete führt.“<sup>670</sup>

Gemeinsame, deutsch-sowjetische Expeditionen mit einem medizinischen Schwerpunkt könnten in gleicher Weise in Betracht gezogen werden, wobei hier für Friedrich Schmidt-Ott die Seuchenforschung („Volkskrankheiten“) im Vordergrund zu stehen schien.<sup>671</sup> In Moskau hatte Friedrich Schmidt-Ott im Pasteur-Institut mit Heinrich Zeiss von der Bakteriologischen Abteilung gesprochen, der ihm von einer geplanten Expedition zu den Jakuten, der „Schlafkrankheit“ von Kamelen und serologischen Testserien mit dem Impfstoff „Germanin“ (Bayer 205) der I.G. Farben berichtete. Der Limnologe August Thienemann, der die Limnologie in Deutschland begründet hatte, berichtete in der „Deutschen Allgemeine Zeitung“ von seiner Forschungsreise, die er im Anschluss an das Akademie-Jubiläum von Leningrad zu den Gewässern im Wolgadelta unternommen hatte, wo er sehr gute Eindrücke von der Fischereiiindustrie in der Sowjetunion gewonnen habe.<sup>672</sup>

Das Interesse der sowjetischen Seite galt in erster Linie dem medizinischen Forschungsstand und den Praktiken der Gesundheitsvorsorge und Sozialhygiene im

---

669 Friedrich Schmidt-Ott an Reichsministerium des Innern, 18. September 1925, BAK R 73 Erster Teil Nr. 291, sowie Anmerkungen 658 und 667.

670 Ebd.

671 Schmidt-Ott an Donnevert, o. Tag. Dezember 1925, BA Koblenz R 73 Nr. 215.

672 August Thienemann: Der Binnengewässer-Kongress in Rußland. Deutschland am stärksten vertreten, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 25. September 1925. Zu A. Thienemann vgl. Schneller, Gerhard: Das Werk August Thienemanns. Die theoretische Begründung und Entwicklung der ökologischen Limnologie und allgemeinen Ökologie zur eigenständigen Wissenschaft, (= Europäische Hochschulschriften. Reihe XLII: Ökologie, Umwelt und Landespflege, Frankfurt am Main: Peter Lang 1993

Deutschen Reich. Der Sowjetische Gesundheitskommissar Nikolaj Aleksandrovich Semashko (1874-1949) äußerte sich bei einer Veranstaltung des Vereins sozialistischer Ärzte in Deutschland Anfang 1925 wohlwollend:

„Deutschland ist das Geburtsland der sozialen Hygiene, aber wir sind die besten Schüler der Welt bei der Umsetzung der Grundsätze der sozialen Hygiene in die Tat. Und das ist uns nur deshalb gelungen, weil wir unter den Bedingungen des sowjetischen Regimes arbeiten.“<sup>673</sup>

Nikolaj A. Semashko unterließ keine Anstrengung, um die Vorzüge des neuen sozialistischen Gesundheitssystems in der Sowjetunion im Deutschen Reich publik zu machen. Neben einer Artikelserie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ begann er, gemeinsam mit dem Berliner Internisten Friedrich Kraus im Oktober 1925 die erste Ausgabe der „Deutsch-Russischen Medizinischen Zeitschrift“ herauszugeben.<sup>674</sup> Die Redaktion verantworteten Fachgutachter der Medizin in der Notgemeinschaft, nämlich der Freiburger Pathologe Ludwig Aschoff, der Hamburger Internist, Direktor des Krankenhauses Hamburg-Eppendorf und Tuberkulose-Spezialist, Ludolf Brauer, der Berliner Pathologe Otto Lubarsch sowie der Chemiker und Pharmazeut, Hermann Thoms. Die Zeitschrift spezialisierte sich auf die Infektionskrankheiten mit hoher Sterblichkeit, verstand sich als ein Forum für den deutsch-sowjetischen Austausch über Hygienemaßnahmen und wollte die Verbindungen der Industrie sowie die Zusammenarbeit der Behörden fördern.<sup>675</sup> Die Veröffentlichungen waren allerdings in der Regel Parallelpublikationen, die ohne inhaltliche Abstimmung zwischen den deutschen und sowjetischen Autoren von der

---

673 Zitiert nach Schneck, Peter: Publikationen deutscher und sowjetischer Ärzte in der Zeitschrift "Das neue Rußland" (1923-1932), in: Die Deutsch-Sowjetischen Beziehungen im Gesundheitswesen. Beiträge zur wissenschaftlichen Konferenz "Der Rote Oktober, die Vorzüge des sozialistischen Gesundheitsschutzes und die Anforderungen an das Gesundheitswesen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin, 20. November 1987, hrsg. v. Bernhard Meyer und Horst Spaar, Berlin (Ost): Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR 1987, S. 49-57, S. 115.

674 Deutsch-Russische Medizinische Zeitschrift, erschienen: 1 (1925) - 4 (1928), vgl. Richter, Thomas: Die Deutsch-Russische Medizinische Zeitschrift in ihrer Bedeutung für die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit auf medizinischem Gebiet 1925 bis 1928, Dissertationsschrift Diss. A., Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1987. Ab 1929 wurde die Zeitschrift umgetitelt in "Jahrbuch der medizinischen Wissenschaft" und erschien redaktionell getrennt im Deutschen Reich und in der Sowjetunion.

675 Richter, Thomas: Die Deutsch-Russische Medizinische Zeitschrift in ihrer Bedeutung für die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit auf medizinischem Gebiet 1925 bis 1928, Dissertationsschrift Diss. A., Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1987, S. 52. Böttcher, Christine: Das Bild der sowjetischen Medizin in der ärztlichen Publizistik und Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik, (= Neuere Medizin- und Wissenschaftsgeschichte. Quellen und Studien, Band 4), hrsg. v. Wolfgang U. Eckart, Pfaffenweiler: Centaurus 1998, S. 81-85.

Redaktion in die Zeitschrift aufgenommen wurden. Mit dem Rückgang der Abonnentenzahlen musste die Zeitschrift im Dezember 1928 wieder eingestellt werden.

Das Delegationsmitglied Oskar Hecker überreichte dem Reichsinnenministerium bei seiner Rückkehr von Leningrad nach Berlin eine Liste, die 21 neue wissenschaftliche Institute in Leningrad und 29 neue wissenschaftliche Institute in Moskau aufführte, welche nach der Revolution zwischen 1918 und 1922 errichtet worden waren. Hecker beobachtete für sein Fachgebiet der Geophysik, dass in der Sowjetunion „fleißig und erfolgreich“ gearbeitet würde und meinte:

„Es würde eine große Selbsttäuschung sein, wenn man annehmen wollte, dass diese vielen Neugründungen nicht recht ernst zu nehmen seien. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse so, dass Deutschland in einigen Zweigen der Wissenschaft überholt ist. Das ist z.B. bei der Geophysik der Fall; dieser werden in Rußland große Mittel zur Verfügung gestellt, und da eine Reihe tüchtiger Gelehrter die geophysikalischen Probleme bearbeitet, so ist in den letzten Jahren Bedeutendes geleistet worden.“<sup>676</sup>

Oskar Hecker betonte, wie sehr die russische Regierung sich die Förderung der Wissenschaften zur Aufgabe gemacht habe, sowohl durch die Vergrößerung von bestehenden Instituten, als auch durch die Finanzierung von großen Expeditionen.<sup>677</sup>

Die Sowjetische Regierung entsandte den Chef des Vollzugsausschusses des Rates der Volkskommissare, Nikolay P. Gorbunov, für den 1. Oktober 1925 nach Berlin, um dort gemeinsam mit Friedrich Schmidt-Ott in der Notgemeinschaft und dem Hirnforscher Oskar Vogt die ersten Projektideen auszutauschen. Dabei teilte Nikolay Gorbunov mit, dass seine Regierung beabsichtigte, die Zahl der Akademiker so zu vergrößern, dass die Sowjetische Akademie der Wissenschaften eine „wirkliche Vertretung der russischen Wissenschaft“ werden könne.<sup>678</sup> Die Zuwahl in die Klassen sollte dabei nicht mehr auf Vorschlag der Akademiker, sondern durch Sowjetische Fachkongresse erfolgen. Erst eine solche „erweiterte Akademie“ würde dann das Zusammenarbeiten mit dem Auslande offiziell regeln können. Nikolay P. Gorbunov deutete damit an, dass an eine Kooperation zwischen der Russischen Akademie bzw. ihrem langjährigen Sekretär

---

676 Oskar Hecker: Bericht über meine Teilnahme an der 200 Jahrfeier der Akademie der Wissenschaften von Rußland, 20. Oktober 1925. Abschrift des Reichsministeriums des Innern vom 30. Oktober 1925, BAK R 73 Erster Teil Nr. 291, S. 9.

677 Ebd., S. 10.

678 „Unterhaltung zwischen Excellenz Schmidt-Ott und Herrn Gorbunov, Direktor der Verwaltung des Rats der Minister der Vereinigten Sowjet-Republiken, in Gegenwart von Oskar Vogt am 1. Oktober 1925 in Berlin, Schloss.“, Archiv der Akademie der Wissenschaften, II-XII, 24.

Sergej F. Ol'denburg und der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, wie noch zwei Wochen vorher in Leningrad besprochen, nicht so einfach zu denken war. Denn die Moskauer Regierung würde zuerst die vollständige Sowjetisierung der Russischen Akademie durchführen und dann neue wissenschaftspolitische Kooperationen aufbauen. Nikolay P. Gorbunov erkundigte sich, ob „Excellenz Schmidt“ schon „konkrete Vorschläge für eine gemeinsame Arbeit machen“ wolle. Friedrich Schmidt-Ott entgegnete darauf, dass er – mit Ausnahme von einigen „ganz diskrete(n) Vorbesprechungen“ – die besprochenen deutsch-sowjetischen Kooperationsmöglichkeiten noch nicht im Deutschen Reich zur Diskussion gestellt habe. Seine Zurückhaltung aber ging auch darauf zurück, dass der Austausch von wissenschaftlichen Projektvorschlägen nicht zwischen ihm und dem Ingenieur aus dem Moskauer Kreml, Nikolay P. Gorbunov, sondern mit dem Leningrader Akademiesekretär Sergej F. Ol'denburg ausgemacht worden war. Nikolay P. Gorbunov eröffnete Friedrich Schmidt-Ott schließlich, dass nicht von Seiten der Akademie, sondern auf Initiative der Regierung in Moskau eine „Regierungskommission zur Erforschung von Zentralasien“ gebildet worden sei, die bereits an verschiedenen Stellen in der Mongolei arbeite und die für das nächste Jahr eine Expedition in die Autonome Republik Tuvinskaja plane. Moskau habe für diese Expedition bereits eine größere Summe bewilligt und wolle die Expeditionsvorbereitungsgruppe in eine „Kommission der Russischen Akademie“ umwandeln, für die neben ausgewählten Regierungsmitgliedern auch ausländische Akademiemitglieder wahlberechtigt sein sollten. Nikolay Gorbunov lud bei dieser Gelegenheit die deutsche Wissenschaft zu einer Teilnahme an der „Kommission zur Erforschung von Zentralasien“ ein. Oskar Vogt warf ein, dass einer seiner Mitarbeiter an dieser Expedition teilnehmen könnte, um die ihn interessierenden Gruppen von Insekten systematisch zu sammeln. Oskar Vogt schlug außerdem vor, dass die Tuvinskaja „auch speziell für Sprachstudien äußerst interessant“ sein könnte und eventuell Heinrich Lüders von der Preußischen Akademie einen jüngeren Mitarbeiter an dieser Expedition teilnehmen lassen könnte. Gegen Ende des Gesprächs entwickelte Nikolay P. Gorbunov dann noch einen weiteren Plan, nämlich durch Luftschiffe wie den „Zeppelin“ die nördlichsten Teile Sibiriens zu erkunden, um dadurch auch deutschen Gelehrten einen Aufenthalt für wissenschaftliche Studien in einem sonst selten oder nur für ganz kurze Zeit

zugänglichen Gebiet zu ermöglichen. Während er sich schließlich von Friedrich Schmidt-Ott verabschiedete, forderte Nikolay P. Gorbunov ihn auf, „weitere Vorschläge bezüglich gemeinsamer Arbeit zu machen“.<sup>679</sup>

In den folgenden Tagen ermunterte Friedrich Schmidt-Ott gezielt verschiedene Gelehrte im wissenschaftspolitischen Netzwerk der Notgemeinschaft, sich über mögliche Auslandsunternehmungen in der Sowjetunion Gedanken zu machen. Dabei hielt Friedrich Schmidt-Ott an den Hinweisen von Nikolay P. Gorbunov am 1. Oktober 1925 fest, der die naturwissenschaftlichen und praxisorientierten Arbeitsinteressen der Akademie erläutert hatte. Friedrich Schmidt-Ott notierte, dass die russischen Wissenschaft

„an botanischen und zoologischen, an geologischen und geophysikalischen Problemen [...] in gleicher Weise interessiert [ist], vor allem aber an den für die Volkentwicklung und Wirtschaft wichtigsten Gebieten der angewandten Wissenschaften nimmt sie das größte Interesse.“<sup>680</sup>

Gegenüber dem Zoologen Karl Escherich in München machte er Mitte Oktober 1925 deutlich, dass der Notgemeinschaft an einer „Ausgestaltung der angewandten Entomologie“ liege.<sup>681</sup> Friedrich Schmidt-Ott deutete die fachspezifischen Bedürfnisse der vergleichenden Entomologie an, als er die neu geknüpften, deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen und ihre Möglichkeiten für eine „wissenschaftliche Zusammenarbeit“ darstellte, die es deutschen Entomologen nun erlaubten, in das „gewaltige Reich“ zu reisen. Friedrich Schmidt-Ott legte dem Zoologen nahe, dass die „Erschließung Zentralasiens, bei der wir zur Mitarbeit eingeladen sind, [...] im Vordergrund der russischen Interessen“ stünde, womit er Karl Escherich diplomatisch aufforderte, dessen ursprünglichen Plan, im russischen Kaukasus über den Kiefernspanner zu forschen, erneut zu überdenken.<sup>682</sup> Friedrich Schmidt-Ott erkannte in dem Angebot von Nikolay P. Gorbunov den Vorteil, dass deutsche Wissenschaftler, die seit Kriegsbeginn in ihren Forschungsunternehmungen vorwiegend auf das Inland begrenzt gewesen waren, nun offiziell in größerem Maßstab Auslandsunternehmungen durchführen könnten. Diese Erwartung drückte Friedrich

---

679 Ebd.

680 Friedrich Schmidt-Ott: „Eine kurze Notiz über meine Reise nach Rußland“, 2. Oktober 1925, GStA PK Dahlem I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag 1, Band 1.

681 Schmidt-Ott an Escherich, 15. Oktober 1925, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott D 7.

682 Schmidt-Ott an Mühlens, 15. September 1925, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. D 7.

Schmidt-Ott gegenüber dem deutschfreundlichen, amerikanischen Biochemiker John A. Mandel aus:

„Ich hoffe, dass wir durch Teilnahme an Expeditionen in Russland einen Teil des uns fehlenden kolonialen und archäologischen Hinterlandes ersetzen können. Freilich setzt dieses auch größte Schonung nationaler Empfindungen voraus.“<sup>683</sup>

Am 19. Oktober 1925 lud Friedrich Schmidt-Ott zur „Fortführung der russischen Anregungen“ einige der Teilnehmer aus der deutschen Gelehrtendelegation für das Akademiejubiläum in Leningrad zu einer Besprechung ein, darunter den Theologen Karl Holl, den Indologen Heinrich Lüders, den Althistoriker Eduard Meyer, den Physiker Max Planck, den Theologen Reinhold Seeberg, den Meteorologen Heinrich v. Ficker, Otto Hoetzsch, Oskar Vogt sowie den Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, Hans Jonas.<sup>684</sup> Die Besprechung diente den „zur Anbahnung einer wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu ergreifenden Maßnahmen“.<sup>685</sup> Als mögliche Unternehmungen bzw. „Gemeinschaftsarbeiten“ schlug Friedrich Schmidt-Ott aus den inzwischen gesammelten Vorschlägen vor:

1. Die Beteiligung deutscher Gelehrter an russischen Regierungs-Expeditionen. Eine solche Expedition sei nach der Tuvinskaja (Mongolei) in Planung und böte sowohl entomologisches als auch linguistisch reiches Material.
2. Die Mitarbeit an dem großzügig ausgestatteten Vasiloff'schen Institut für Kulturpflanzen in Leningrad, das auch auf die Zoologie ausgedehnt werden sollte.
3. Die Malaria-Forschung und die Bekämpfung der Kamelseuche, die für die deutschstämmigen Bewohner der deutschen Wolgarepublik von hoher wirtschaftlicher Bedeutung sei.
4. Die zukünftige Erforschung Nord-Sibiriens mithilfe eines Zeppelins.

Friedrich Schmidt-Ott diskutierte mit den Anwesenden, ob auf deutscher Seite das Kartell der Deutschen Akademien zum Träger der Aktion zu machen sei. Da aber dann die Österreichische Akademie in Wien dazu stieße, bestünde die Gefahr, dass eine zu große Kommission zu langsam arbeitete. Deshalb kamen die Anwesenden dahin

---

683 Schmidt-Ott Antwortbrief auf Mandel vom 15. Dezember 1925, D7.

684 Tageskalender, 19. Oktober 1925.

685 Niederschrift über die Besprechung der Teilnehmer an der Rußlandfahrt am 19. Oktober 1925 im Automobilklub, Archiv der Akademie der Wissenschaften, II-XII, 24, Bl. 252-254.

überein, dass es zweckmäßig sei, den Plan der Zusammenarbeit mit Russland nur „seitens der Notgemeinschaft [...] durch eine besondere Kommission“ zu fördern.<sup>686</sup>

Eine erste deutsch-sowjetische medizinische Expedition der Notgemeinschaft wurde bereits 1926 als Vorexpedition ausgerüstet. Sie hatte die Untersuchung der Meta- und Viszeral-Lues an noch unbehandelten Patienten in der Burjato-Mongolischen Republik zum Gegenstand und stand unter Leitung des Heidelberger Psychiaters Karl Wilmanns und des Pathologen Alfred Stühmer aus Münster.<sup>687</sup> Bis zum Ende der Weimarer Republik reisten deutsche Forscher aus verschiedenen Disziplinen zum Teil für umfangreiche Forschungsarbeiten mit Unterstützung der Notgemeinschaft in die Sowjetunion, unter anderem der Pathologe Ludwig Aschoff, der Bakteriologe Heinrich Zeiss, der Hirnforscher Oskar Vogt, der Russlandhistoriker- und Sowjetexperte Otto Hoetzsch, der Meteorologe Heinrich von Ficker und der Limnologe August Thienemann. Die Forschungsreisen und „Gemeinschaftsarbeiten“ der Notgemeinschaft mit Bezug auf Sowjet-Russland kamen zustande, indem die russlandspezifischen Interessen von Gelehrten aus der außeruniversitären Forschung wie der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, der wissenschaftlich-geographischen Gruppe innerhalb des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins sowie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als Projekte der Notgemeinschaft organisiert wurden. Voraussetzung für das Zustandekommen der Projekte in einem politisch prekären Verhältnis war der persönliche Konsens zwischen der Notgemeinschaft, der Ministerialbürokratie und der Reichstagsvertretung über die politische Bedeutsamkeit der geförderten Projekte. Carl Matschoss gründete noch im Oktober 1925 eine eigene deutsch-russische Gesellschaft „Kultur und Technik“ im Verein Deutscher Ingenieure.<sup>688</sup>

---

686 Ebd.

687 Zur älteren Forschung aus der DDR-Medizingeschichte siehe zusammenfassend und mit weiteren Literaturhinweisen Tutzke, Dietrich: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Medizin während der Weimarer Republik, in: Die Deutsch-Sowjetischen Beziehungen im Gesundheitswesen. Beiträge zur wissenschaftlichen Konferenz "Der Rote Oktober, die Vorzüge des sozialistischen Gesundheitsschutzes und die Anforderungen an das Gesundheitswesen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin, 20. November 1987, hrsg. v. Bernhard Meyer und Horst Spaar, Berlin (Ost): Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR 1987, S. 32-39. Die neueren Arbeiten sind von Solomon, Susan Gross: The Soviet-German syphilis expedition to Buriat Mongolia, 1928: scientific research on national minorities, in: Slavic Review 52 (1993) Heft 2, S. 204-232. Solomon, Susan Gross: The Soviet-German syphilis expedition, 1928. The hidden face of joint scientific ventures, in: Big culture. Intellectual cooperation in large-scale cultural and technical systems, hrsg. v. Giuliana Gemelli, Bologna: Clueb 1994, S. 183-201.

688 LeBlanc, in: Forschungen und Fortschritte 2 (1926), Nr. 14, S. 116.



### 3. Die Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft 1927-1929

#### 3. 1. Leitlinien der Forschungsförderung

##### 3. 1. 1. Expeditionen

Nach den positiven Erfahrungen, die die Notgemeinschaft mit den ersten gelingenden großen Expeditionen deutscher Forschergruppen gemacht hatte, hielt die Forschungsförderung der Notgemeinschaft während der Jahre der Stabilisierung der Weimarer Republik gerne an solchen Expeditionsunternehmungen fest. Mit Stolz erwartete die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Frühsommer 1927 die Rückkehr des Schiffes „Meteor“ von der Deutschen Atlantischen Expedition, der ersten großen Forschungsaufgabe, die sich die Wissenschaftsorganisation 1924 auf die Fahnen geschrieben hatte. Friedrich Schmidt-Ott jubelte, dass die Deutsche Atlantische Expedition „wissenschaftlich und politisch ein voller Erfolg“ geworden sei, weil das Forschungsschiff „zum ersten Male nach dem Kriege innige Berührung mit deutschen Landsleuten im Auslande geschaffen und auf Seiten unserer früheren Gegner anerkannteste Würdigung gefunden“ habe.<sup>689</sup> Wissenschaftlich habe „Meteor“ ein „ungeheures Material zu Tage gefördert“, dessen Aufbereitung noch einige Zeit in Anspruch nehmen würde. In jedem Falle aber seien für die „Erforschung des Ozeans neue Grundlagen gewonnen“ worden. Der empirische Ertrag wie auch der kulturpolitische Erfolg der „Meteor“-Expedition fielen so positiv aus, dass sich Friedrich Schmidt-Ott im Mai 1927 nach einer langen Bahnreise über die Schweiz, Italien und Spanien nach Teneriffa auf den Kanarischen Inseln einschiffte, um den „Meteor“ dort persönlich willkommen zu heißen und die Besatzung mit einer eigens geprägten „Meteormedaille“ auszuzeichnen. Nachdem das Forschungsschiff am 2. Juni 1927 in die Reede von Wilhelmshaven eingelaufen war, versammelten sich drei Wochen später in Berlin auf Einladung der Notgemeinschaft und der Gesellschaft für Erdkunde die „Meteor“-Expeditionsteilnehmer, die Kommissionsmitglieder und zahlreiche Ehrengäste zu einer Festsitzung im Plenarsitzungsaal des ehemaligen Preußischen Herrenhauses. Der Botaniker Ludwig Diels erinnerte in einer kurzen Ansprache daran, wie die Besatzung des „Meteor“ auf dem umgebauten Kanonenboot über mehrere Jahre hinweg für ein gemeinsames Ziel gearbeitet hatte. „Ihre Leistung“, betonte er

---

689 Redemanuskript, 24. Juni 1927, GStA PK I. HA Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. C 46 II.

mit Blick auf die wissenschaftlich-militärische Zusammenarbeit, „hebt in jedem einzelnen von uns die Zuversicht auf sich selber, sie stärkt das Vertrauen auf die unzerstörbaren Kräfte unseres Volkes. Etwas, das wertvoller wäre, kann uns heute niemand geben.“<sup>690</sup> Dieser Triumph gemeinschaftlicher Arbeit schien symbolisch zu bestätigen, dass das korporative Zusammenstehen eine Antwort auf divergierende Spannungen im Wissenschaftssystem des Deutschen Reichs sein konnte. Der korporative Gedanke könnte wohl auch über die Enttäuschung hinweggeholfen haben, dass das Projekt „Gold im Meerwasser“ von Fritz Haber auf dem „Meteor“ fehlgeschlagen war. Die Sondierungen des Chemikers Kurt Quasebarth waren keineswegs zu den erhofften Ergebnissen gelangt; in den insgesamt 5000 gezogenen Wasserproben hatten sich viel geringere Goldgehalte nachweisen lassen als erwartet.<sup>691</sup> Die marginalen Goldvorkommen aber hätten ein katalytisches Verfahren mit technologischen Kosten erzwungen, dessen Aufwand in keinem rentablen Verhältnis zum erwarteten Gewinn stand. Fritz Haber resignierte.<sup>692</sup> Das alchemistische Projekt des 20. Jahrhunderts, Deutschland mithilfe der elektrophysikalischen Chemie aus dem Klammergriff der Reparationen zu befreien, war gescheitert.<sup>693</sup>

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft feierte daher umso mehr den kulturpolitischen Erfolg der „Meteor“-Expedition, sowohl als inneren Ansporn wie auch mit Blick auf die gestärkten Verbindungen zum befreundeten Ausland. Wiederum nahm die Notgemeinschaft für das Jahr 1928 eine große Expedition in Aussicht, die über die Landesgrenzen hinaus führen sollte: die „Pamir“-Expedition, die das Gletschergebiet des zentralasiatischen Sowjet-Russland erkunden würde. Die beflügelnde Erfahrung, die die Notgemeinschaft mit der „Meteor“-Fahrt gemacht hatte, und die man sich von der „Pamir“-Expedition ebenfalls erhoffte, hielt die Notgemeinschaft in den kommenden Jahren dazu an, jeweils eine größere, publikumswirksame Wissenschaftsexpedition ins Ausland zu einer forschungspolitischen Priorität ihrer Förderung zu machen: 1928 die „Pamir“-

---

690 Ludwig Diels: Begrüßung der Deutschen Atlantischen Expedition, in: Die Deutsche Atlantische Expedition auf dem Vermessungs- und Forschungsschiff "Meteor" 1925-1927. Gesammelte Expeditionsberichte, mitgeteilt durch die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, o. O. o. J., S. 343-344, hier S. 344.

691 Stoltzenberg, Dietrich: Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude. Eine Biographie, Weinheim: VCH 1994, S. 487-499, zum "Meteor" S. 497.

692 Szöllösi-Janze, Margit: Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie, München: C.H.Beck 1998

693 Haber, Fritz: Gold im Meerwasser, in: Zeitschrift für Angewandte Chemie 40 (1927) Heft , S. 303ff.

Expedition, 1929/1930 die „Grönland-Expedition Alfred Wegener“ sowie 1931/32 der Arktis-Flug des „Graf Zeppelin“ im Internationalen Polarjahr.

### **3. 1. 2. Infrastruktur der wissenschaftlichen Kommunikation**

Die früheren Förderschwerpunkte der Notgemeinschaft, vor allem die Literaturbeschaffung, wurden auch im Jahr 1928 nicht zurückgefahren. Aus vielen Instituten, z.B. den Institutsbibliotheken der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, kamen ständig Anschaffungsgesuche für weitere Ergänzungen, v.a. amerikanischer Zeitschriften nach 1914.<sup>694</sup> Anträge auf Druckunterstützungen nahm der Verlagsausschuss der Notgemeinschaft im Jahr 1927/28 in einer Höhe von 898 Gesuchen entgegen. Diese hohe Zahl von Druckunterstützungsgesuchen führte Friedrich Schmidt-Ott darauf zurück, dass das Verlagsgewerbe auch in der wiederbelebten Konjunktur der ‚Goldenen zwanziger Jahre‘ angespannt blieb. Verleger wie Leser mussten ein hohes Zins- und Preisniveau in Kauf nehmen: „Kapitalnot im Verlagsgeschäft, Geldnot bei den Bücherabnehmern“ beschrieb Friedrich Schmidt-Ott die beengte Lage.<sup>695</sup> Verschärfend auf die Fördermöglichkeiten der Notgemeinschaft wirkte dabei auch das Versiegen der Auslandsspenden von Seiten der Germanistic Society aus New York, mit deren Hilfe der Bezug von 64 Zeitschriften des Auslands gestützt worden war. Die Notgemeinschaft konnte immerhin weiter dabei helfen, den Einkauf von Auslandsliteratur um 25% der buchhandelsüblichen Preise zu ermäßigen.

### **3. 1. 3. Kulturwissenschaften und Auslandskulturpolitik: Archäologie**

Auch die Koordination landeskundlicher Arbeiten verfolgte die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft weiterhin mit besonderer Aufmerksamkeit. Die „Saarforschung“ im Inland bildete dabei einen Schwerpunkt.<sup>696</sup> Ebenso konzentrierte sich die Notgemeinschaft verstärkt auf die archäologischen Grabungen. Dabei standen archäologische Erforschungen des eigenen Landes im Vordergrund, insbesondere das römische Trier sowie andere germanische und prähistorische Stätten. Mit der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts einigte sich die Notgemeinschaft darauf, dass

---

694 MGP Archiv I.Abt. Rep. 1 A Nr. 921.

695 Etats-Anmeldung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft für 1928. Anlage zu dem Schreiben (...) Notgemeinschaft an Reichsministerium des Innern, 1. Mai 1927, BAK R 73 Nr. 292.

696 Zur Geschichte der „Saarforschungsgemeinschaft“ bereitet Wolfgang Freund, Metz, Frankreich, eine Dissertation vor.

die Notgemeinschaft im Ausland nur solche Unternehmen unterstützen würde, in denen „die Aufsuchung großer Zusammenhänge maßgebend“ sei und eine „Mustergültigkeit der Durchführung“ erwartet werden könnte.<sup>697</sup> Grundsätzlich sollten Grabungen aus den Vorkriegsjahren und ihr Abschluss einen Vorrang vor der Förderung neuer Projekte genießen. Wegen der „guten russischen Beziehungen“ allerdings seien auch neue Grabungen in Sowjet-Russland oder in der Türkei denkbar. Der Vorschlag für ein solches Unternehmen in Betreff „archäologischer Grabungen in Georgien“ kam von David Kandelaki, dem designierten Rektor des neuen Georgischen Polytechnischen Instituts in Tiflis. Kandelaki unterbreitete eine Expeditionsdenkschrift in deutscher Sprache mit Ortskarte, Wegeverbindungen und einem Forschungsaufsatz des antikommunistischen Historikers Iwane Dschawachischwili, der 1901/02 bei Harnack in Berlin studiert hatte, sowie des Kirchen- und Kunsthistorikers Giorgi Tschubinaschwili.<sup>698</sup> Die Fachausschussmitglieder der Altertumswissenschaften Eduard Meyer, Theodor Wiegand, Eduard Schwartz, Hans Lietzmann sowie der Generalsekretär des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches Gerhart Rodenwaldt vereinbarten mit Friedrich Schmidt-Ott und Georg Schreiber, dem Orientalisten Adolf Rücker, dem Kirchenhistoriker Franz Joseph Döllger, Max Donnevert vom Reichsinnenministerium, Hermann Terdenge vom Auswärtigen Amt, Schweinitz und Wildhagen von der Notgemeinschaft, dass sich die archäologische Förderung der Notgemeinschaft auf fünf Grabungsstätten verteilen sollte, die jeweils ein deutscher Spezialist leitete:

Arinna, Kappadokien, Grabungsleitung: Altorientalist Emil Orgetorix Forrer

Sichem, Palästina, Grabungsleitung: Theodor Wiegand, Gabriel Welter, Ernst Sellin

Boghazkiöi, Anatolien, Grabungsleitung: evtl. der Bauhistoriker Oscar Reuther

Uruk-Warka, Irak, Grabungsleitung: Kustos der Vorderasiatischen Abteilung der Staatlichen Museen zu Berlin Walter Andrae

Seleukia-Ktesiphon, Irak: Oscar Reuter, Julius Jordan oder Theodor Dombart

Als Eduard Meyer auf die „Nachwuchslücke“ in der Assyriologie aufmerksam machte, plädierte Friedrich Schmidt-Ott dafür, „analog zu den wissenschaftlichen

---

697 Vertrauliche Aufzeichnung über die Besprechung auf Einladung der Notgemeinschaft am 10. Februar 1927, Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, R 65817.

698 Volkskommissariat für Aufklärung der S. S. R. Georgien, Tiflis, an Vorsitzenden der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft, Berlin, 4. Juni 1929, BAK 73 Nr. 11589a.

Beamtenstellen der Akademien etatmäßige Stellen für diese Forscher“ zu schaffen und dafür „Adjunktenstellen“ am archäologischen Institut in Rom und Athen einzurichten. Georg Schreiber unterstützte den Vorschlag und meinte darüberhinaus, dass die wissenschaftliche Betätigung im nahen Orient am besten gefördert werden könne, wenn man in den Konsulaten des Auswärtigen Amts Stützpunkte einrichtete, die durch „wissenschaftliche Attachés“ zu archäologisch-wissenschaftlichen Zentralstellen ausgebaut werden könnten. Nach seiner Beobachtung schien die italienische Kulturpolitik unter Benito Mussolini auf diesem Wege im Ausland sogar eine „italienische Hegemonie für die frühchristliche Wissenschaft anzustreben“. Georg Schreiber befürwortete daher eine forschungspolitische Schwerpunktsetzung des Deutschen Reichs zur „christlichen Archäologie in Vorderasien“ und empfahl, in der Türkei und im Iran entsprechende wissenschaftliche Attachépositionen zu begründen. Ein System von „Zentralstellen“ und Kulturattachés an den deutschen Botschaften, z.B. in Beirut für Syrien und Palästina, könne auf lange Sicht dabei helfen, „eine zielbewusste deutsche Kulturpolitik zu treiben, um dadurch geistige Eroberungen zu machen.“ Diese kulturpropagandistischen Intentionen würden auch durch Filme von deutschen Ausgrabungen im Orient oder in Trier gefördert werden können. Friedrich Schmidt-Ott griff diese Vorschläge für die Notgemeinschaft auf, milderte allerdings die kulturpropagandistischen Intentionen ab und stellte als besondere Aufgabe der Notgemeinschaft die Nachwuchsförderung heraus, denn

„[die] deutsche archäologische Forschung, die bisher in Methoden und wissenschaftlichen Erfolgen führend war, würde zurücksinken müssen, wenn ihr der Weg zu neuen Forschungen durch Versagen ausreichender Mittel abgeschnitten würde.“<sup>699</sup>

### **3. 1. 4. Naturwissenschaften und Apparate**

Im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften wurden seit Mitte der 1920er Jahre vor allem im physikalischen, chemischen und medizinischen Forschungsbetrieb immer mehr Präzisionsinstrumente, Materialien und Versuchstiere nachgefragt. Die Physiker Max Born und James Franck skizzierten in der Vossischen Zeitung vom 2. Dezember 1928, zeitgleich zur öffentlichen Kundgebung der Notgemeinschaft in Dresden, die neue Instrumentenabhängigkeit des wissenschaftlichen Fortschritts:

---

699 Etats-Anmeldung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft für 1928. Anlage zu dem Schreiben (...) Notgemeinschaft an Reichsministerium des Innern, 1. Mai 1927, BAK R 73 Nr. 292.

„Jeder Fortschritt beruht zuerst immer auf einem guten Gedanken. Aber wenn, wie in der Physik, zahllose Gehirne in allen Ländern über die Probleme grübeln, so sind die guten Gedanken, die sich durch e i n f a c h e Experimente verwirklichen lassen, bald erschöpft, und dann lauten die guten Gedanken etwa so: Nimm recht hohe Temperaturen - oder extreme elektrische Spannungen - oder gewaltige Magnetfelder - oder ganz harte Röntgenstrahlen - oder ein sehr starkes Radiumpräparat - oder ein riesiges Fernrohr usw., so wirst du die oder jene neue Erscheinung erwarten dürfen. Mit anderen Worten: Wer Entdeckungen machen will, muss sich neue Gebiete erobern. Diese sind aber nur dem zugänglich, der über die nötige Ausrüstung verfügt. Somit ist meistens die Möglichkeit von großen Fortschritten verknüpft mit der Frage technischer Leistungsfähigkeit und damit mit der leidigen Geldfrage. Einige Beispiele mögen zeigen, dass in gewissen Gebieten unseres Faches die deutsche Forschung es schwer hat, mit dem Auslande zu wetteifern, da die Betriebsmittel nicht groß genug sind.“<sup>700</sup>

Die Anforderungen nach Geräten und Versuchsmaterialien jedoch behandelte die Notgemeinschaft restriktiv. Vor allem die Preissteigerung für Apparate und Rohstoffe zwang sie, „auch sachlich berechtigte Anträge in immer steigendem Prozentsatz aus Mangel an Mitteln abzulehnen“.<sup>701</sup> An dieser Unterfinanzierung sollte sich zwischen 1927 und 1929 auch nichts ändern, weil das Budget der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft stagnierte und 1929 sogar wieder zu sinken begann.

### **3. 1. 5. Verwendungsplan für das Budget**

Obwohl das Budget der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft haushaltsrechtlich zweigeteilt war und sich erstens aus 5 Millionen Reichsmark regulärem Etat und zweitens aus 3 Millionen Reichsmark Sonderfond zusammensetzte, flossen diese Gelder nicht getrennt. Das Reich verrechnete den Sonderfond in einer monatlichen Rate von 250.000.- Reichsmark gemeinsam mit dem monatlichen regulären Budget für die „Laufenden Aufgaben“, und wies die Reichshauptkasse an, jeden Monat Reichsmark 414.166.- an das „Zuschusskonto der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ zu überweisen, ein Konto, das bei der Direktion der Bank „Disconto-Gesellschaft“ in Berlin, Unter den Linden 35, geführt wurde.<sup>702</sup> Über die

---

700 Deutsche Forschung, Heft 7, S. 119.

701 Etats-Anmeldung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft für 1928. Anlage zu dem Schreiben (...) Notgemeinschaft an Reichsministerium des Innern, 1. Mai 1927, BAK R 73 Nr. 292.

702 Vgl. die monatlichen Anweisungen an die Reichshauptkasse für das „Zuschusskonto der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft St.P 780“, Abschriften, BAK R 73 Nr. 292. Die Verrechnungsstelle war „Kapitel V E 17 Titel 1 der Einmaligen Ausgaben“ im ordentlichen Haushalt für 1927. Der Sonderfonds hatte die Verrechnungsstelle „V E 18 Titel 1a“ im Haushaltsjahr 1928.

geplante Verwendung des Jahresbudgets machte Friedrich Schmidt-Ott gegenüber dem Reich nur sehr knappe Angaben. Bei der Beantragung des Reichszuschuss für das Haushaltsjahr 1928 im Reichsinnenministerium beschränkte sich Friedrich Schmidt-Ott auf einen formalen Überblick.<sup>703</sup> Als einzelne Posten veranschlagte er:

Ausgabenposten	Reichsmark
Bibliotheken (zentralisierte Beschaffung der Auslandsliteratur)	1.300.000.-
Verlagsunternehmungen	1.300.000.-
Apparate, Materialien, Versuchstiere	1.000.000.-
Reiseunterstützungen	600.000.-
Forschungsstipendien einschl. Der Unterstützungen für die Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen	650.000.-
Verwaltung	150.000.-
<b>Summe:</b>	<b>5.000.000.-</b>

Tabelle 4: „Etats-Anmeldung für 1928“, Quelle: BAK R 73 Nr. 292

Diese Posten galten nur für das reguläre Budget in den „Laufenden Aufgaben“, d.h. dem Reichszuschuss über 5 Millionen Reichsmark. Dagegen machte Friedrich Schmidt-Ott über die Verwendung des ebenfalls erneut beantragten Sonderfonds für die „Großen Aufgaben auf dem Gebiete der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohls“ in der Höhe von Reichsmark 3.000.000.- keinerlei detaillierte Angaben. Eine denkbare Aufschlüsselung nach Fächergruppen oder nach den geplanten Projekten fand in der Etat-Aufstellung für den Sonderfond 1928 nicht statt. Hierauf konzentrierte sich später auch die Kritik an der Forschungspolitik der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.<sup>704</sup> Erst unter Druck machte Friedrich Schmidt-Ott Zugeständnisse. Das Reichsinnenministerium unterstrich seine Forderung nach größerer Transparenz mit niedrigeren Mittelzuweisungen ab August 1929. Noch für das Rechnungsjahr 1929 musste die Notgemeinschaft mit einer Kürzung ihres Budgets von 8.000.000 Reichsmark auf 7.250.000 Reichsmark rechnen.<sup>705</sup> Erhielt die Notgemeinschaft noch im Juni 1929 Reichsmark 525.000.-, so verringerte der Reichsinnenminister den Zuschuss im August 1929 auf Reichsmark 467.965.-.<sup>706</sup> Um sich gegen die Kürzungen mit wissenschaftspolitischen Argumenten zu wehren, veränderte die Notgemeinschaft ihre Präsentation der Geldverwendung für das

703 Der Etat-Anschlag für das Rechnungsjahr 1928 wurde vom Reichsinnenministerium am 23. April 1927 angefordert und sollte am 1. Mai 1927 vorliegen, vgl. Pellengahr an Schmidt-Ott, 23. April 1927, BAK R 73 Erster Teil Nr. 292.

704 Vgl. Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. S. 108-137.

705 Tageskalender, 30. November 1928.

706 Reichsminister des Innern an Reichshauptkasse, 26. Juni 1929, Abschrift an die Notgemeinschaft, 26. Juni 1929. Reichsminister des Innern an Reichshauptkasse, 15. August 1929, Abschrift an die Notgemeinschaft, 15. August 1929, BAK R 73 Nr.292.

laufende Rechnungsjahr 1929/30. Erstens präsentierte sie die einzelnen Posten nicht mehr nach ihren jeweiligen Fördersummen, sondern nach den prozentualen Anteilen am Gesamtförderaufkommen. Zweitens berücksichtigte ihre Aufstellung nun erstmals den Sonderfond (unter der Bezeichnung „Gemeinschaftsarbeiten“).

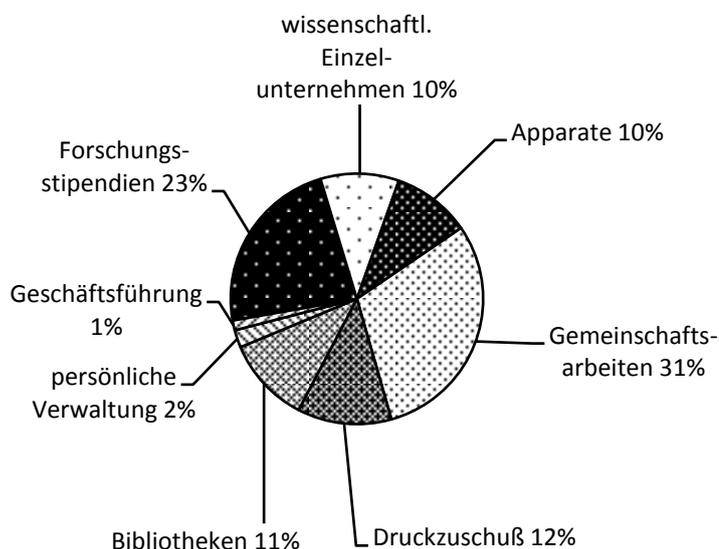


Diagramm 1: Etatverwendung 1929. Quelle: „Aufzeichnung über die Notgemeinschaft“, Anlage, Griewank an Donnevert, 18. September 1929, BAK R 73 Nr. 292.

An dieser Darstellung wird deutlich, dass die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft drei Jahre nach dem Anlaufen ihrer „Gemeinschaftsarbeiten“ insgesamt 74% ihrer Mittel der eigentlichen Forschungsförderung (Stipendien, Einzelunternehmen, Apparate, „Gemeinschaftsarbeiten“) zuführte und nur mehr 23% für die Unterstützung der wissenschaftlichen Infrastruktur (Bibliotheken, Verlagszuschüsse) aufwandte. Im Vergleich zur Fördertätigkeit der Notgemeinschaft vor dem Beginn der „Gemeinschaftsarbeiten“ im Jahr 1925 wird klar, dass die Notgemeinschaft mit ihnen ihre neue Hauptaufgabe gefunden hatte. Die Wissenschaftshilfe lag nun nicht länger nahezu ausschließlich bei der Subvention der Infrastruktur, sondern in der Forschungsförderung selbst. Die Aufgaben und Leistungen der „Gemeinschaftsarbeiten“ garantierten der Notgemeinschaft jedoch auch im Jahr 1928 noch nicht ihren Fortbestand als Forschungsförderungsorganisation.

August W. Fehling bestätigte gegenüber dem Mitarbeiter der Rockefeller Foundation Alan Gregg am 6. November 1928: „[...] the absolute permanence of the Notgemeinschaft is not certain.“<sup>707</sup>

Angesichts der geringen Mittel, die die Notgemeinschaft überhaupt zu verteilen bekam, musste jeder Vergleich ihres Budgets mit denen anderer Wissenschaftsnationen ungünstig ausfallen. Der Heidelberger Historiker Willy Andreas kommentierte:

„Eine Summe von acht Millionen Mark jährlich ist selbst von unserer wirtschaftlichen Gesamtlage her gesehen nicht sehr erheblich, wenn man die übertriebenen Aufwendungen für Sport, für verfehlte Ausstellungen, für unzeitgemäße Repräsentation und die Ausgaben für die Hypertrophie des Ämterwesens damit vergleicht. Unseren geldkräftigen Schichten kann man auch nicht genug vor Augen halten, wie viel in den Vereinigten Staaten, an denen man so oft fälschlich nur die materielle Seite sieht, in Privatkreisen für wissenschaftliche und geistige Zwecke verausgabt wird.“<sup>708</sup>

In dasselbe Horn stieß der Geograph Albrecht Penck, der im Sommer 1928 als Gastprofessor und Vertreter des Chairman am Department of Geography an der University of California in Berkeley in den Vereinigten Staaten lehrte. Sein Einblick in die Finanzquellen der University of California ließ ihn mit Blick auf seine deutschen Erfahrungen zu dem Eingeständnis kommen: „Man arbeitet hier mit so ungeheuren Mitteln, dass wir dagegen nicht aufkommen können.“<sup>709</sup> Die dramatische Unterfinanzierung der deutschen Forschung in den späten zwanziger Jahren lässt sich anhand der Bewilligungsquote der Notgemeinschaft näherungsweise beschreiben. Im Jahr 1927/28 bearbeitete die Geschäftsstelle der Notgemeinschaft 831 Anträge auf Forschungsstipendien.<sup>710</sup> Wenn man in dieser Zeit davon ausgeht, dass die Notgemeinschaft konstant etwa 200 bis 300 Forschungsstipendiaten mit einer Laufzeit von 2 bis 3 Jahren förderte, dann sind die Neuzugänge pro Jahr auf etwa 75 bis 150 Stipendiaten zu schätzen. Daraus ergibt sich eine hypothetische, sehr niedrige Bewilligungsquote zwischen ca. 9% und 18%. Sehr viele Ablehnungen, deren genaue Zahl, wie gesagt, statistisch nicht erhalten ist, betrafen Reiseanträge. Im gleichen

---

707 Alan Gregg Diary, November 6, 1928, RAC RF LSRM RG I.1 Series 717 Box 16 Folder 152.

708 Willy Andreas: „Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft (sic!). Rückblick und Ausblick“, in: Neue Badische Landes-Zeitung, 31. Oktober 1928.

709 Penck an Schmidt-Ott, 31. Juli 1928, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 15 Teil II (M), Blatt 329f.

710 Umfang des Geschäftsverkehrs der Notgemeinschaft (...) vom 1. Oktober 1927 bis 30. September 1928, BAK R 73 Nr. 292.

Zeitraum, 1927/28, wurden 502 Anträge auf Reisebeihilfen gestellt. Die meisten baten um Zuschüsse für Inlandsreisen, die jedoch bei der Notgemeinschaft aufgrund der knappen Mittel abgelehnt und den Forschern wegen der Geringfügigkeit der anfallenden Transportkosten selber zugemutet wurden.<sup>711</sup>

### 3. 1. 6. Verjüngung der Fachausschüsse

Die Mitgliederversammlung bat die Leitung der Notgemeinschaft in einer „kurzen Diskussion wegen neuem demokratischen Verfahren“ am 12. November 1927, sie möge in den Fachausschüssen jüngere Wissenschaftler als Gutachter nachrücken lassen.<sup>712</sup> Insbesondere wurden in einigen Fächern Differenzierungen angeregt, um durch die Bildung von Unterausschüssen im Peer-Review der Notgemeinschaft den Spezialdisziplinen eine Stimme einzuräumen. Im Einzelnen wurden dafür folgende Vorschläge gemacht und Kandidaten nominiert:<sup>713</sup>

- Mathematik: Constantin Carathéodory (geb. 1873) aus München sowie Erich Hecke (geb. 1887) aus Hamburg sollten den amtierenden Adolf Krazer (geb. 1858) aus Karlsruhe ersetzen.
- Angewandte Mathematik: Erich Trefftz (geb. 1888) aus Dresden sollte an die Stelle von Carl Runge (geb. 1856) aus Göttingen treten.
- Maschinenbau: Carl Kutzbach (geb. 1875) sollte die Maschinenelemente betreuen und Enno Heidebroek (geb. 1876) aus Darmstadt ablösen
- Medizin: Die Physiologische Gesellschaft schlug einen neuen Fachausschuss für das Gebiet der physiologischen Chemie vor mit Carlos Knoop (geb. 1875) aus Freiburg als Gutachter. Im Fachausschuss für Hygiene und Pharmakologie sollte die Stelle von Max v. Gruber (geb. 1853), München, Hermann Straub (geb. 1882) aus Greifswald übernehmen. Im Fachausschuss für Geburtshilfe und Gynäkologie sollte der Vertreter Walter Stöckel (geb. 1871), Berlin, durch einen jüngeren Gutachter, Hofmeier aus Untergrainau, abgelöst werden.
- Geographie: Erich v. Drygalski (geb. 1865) aus München sollte den Vorsitzenden Alfred Philippson (geb. 1864) aus Bonn ablösen.
- Staatswissenschaften: Für den Fachbereich Gewerbe und gewerbliche Sozialpolitik sollte auf den verstorbenen Ludwig Pohle (1869-1926) aus Leipzig Gerhard Kessler (geb. 1883) nachrücken.

---

711 Stille an Buri, 28. Mai 1929, BAK R 73 Nr. 10559.

712 Tageskalender, 12. November 1927. Rundschreiben Schmidt-Ott, 21. November 1927, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 920 Bl. 168-171.

713 MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 920, Bl. 170f.

- Kunstwissenschaften: Im Fachausschuss Musikgeschichte hätte Hermann Abert (1871-13.8.1927) in Berlin den Vorsitz übernehmen sollen.
- Hochbau und Architektur: Adolf Bestelmeyer (1875-1957) empfahl, die jüngeren Gutachter Paul Bonatz (geb. 1877) aus Stuttgart sowie Emil G. Rüster (geb. 1883) aus Berlin einzusetzen.
- Chemie: Richard Willstätter (1872-1942) sollte sich um biochemische, Adolf Windaus (geb. 1876) um rein organische Sachen mehr präparativer und systematischer Art kümmern.<sup>714</sup> Willstätter leitete auch die Koordinierung der „Gemeinschaftsarbeiten“ in der Chemie.<sup>715</sup>

Nimmt man als Vergleichsbasis zum Stichjahr 1928 einmal alle 67 Direktoren und Abteilungsleiter der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, deren durchschnittliches Geburtsjahr rechnerisch um 1879,4 lag, so findet man mit einem mittleren Alter von etwas jünger als 50 Jahren keine auffällige Abweichung zwischen dem Altersdurchschnitt der Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und den vorgeschlagenen Fachgutachtern in der Notgemeinschaft.<sup>716</sup>

---

714 Rundschreiben an den Hauptausschuss (1928), MGP Archiv I.Abt. Rep. 1 A Nr. 921 Bl. 67. Es ist aus den Verwaltungsakten nicht nachzuvollziehen, wie die Nominierung der Gutachter zustande kam.

715 Tageskalender, 17. Januar 1928. Stock, Alfred: Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und die Chemie, in: Zeitschrift für angewandte Chemie 41 (1928) Heft 46, S. 1233f.

716 Berechnung aus den Namensangaben der Liste aller Kaiser-Wilhelm-Institute zum Jahr 1928, BAK R 73 Nr. 3. Direktoren und Abteilungsleiter der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Jahr 1928: 1. Chemie: Otto Hahn (1879-1968), Lise Meitner (1878-?), Kurt Heß (1888-1961); 2. Physikalische Chemie und Elektrochemie: Fritz Haber (1868-1934), Herbert Freundlich (1880-?), Rudolf Ladenburg (1882-1952), Michael Polanyi (1891-1976); 3. Physik: Albert Einstein (1879-1955), Max von Laue (1879-1960); 4. Kohlenforschung: Franz Josef Emil Fischer (1877-1947), Walter Fuchs (1891-1957), Rudolf Lieske (?), Hans Tropsch (1889-1935); 5. Kohlenforschung (Schlesien), Breslau: Fritz Hofmann (1866-1956); 6. Eisenforschung: Friedrich Körber (1887-1944), Peter Bardenheuer (1888-?), Walter Luyken (1890-?), Anton Pomp (1888-1953), Franz Wever (1892-?); 7. Metallforschung: Wichard von Moellendorf (1881-1937), Oswald Bauer (1876-1936); 8. Faserstoff-Chemie: Reginald Oliver Herzog (1878-1935); 9. Lederforschung: Max Bergmann (1886-1944); 10. Silikatforschung: Wilhelm Eitel (1891-1936), Franz Weidert (1878-?, Karl Gottfried (1892-?); 11. Strömungsforschung: Ludwig Prandtl (1875-1953), Albert Betz (1885-?); 12. Wasserbau und Wasserkraft, München: Otto Kirschmer (1898-1967), 13. Observatorium Sonnblick: Hofrat Exner (1876-1930); 14. Biologie: Carl Correns (1864-1933), Richard Goldschmidt (1878-1958), Max Hartmann (1876-1962), Otto Warburg (1883-1970), Otto Mangold (1891-?), Otto Meyerhof (1884-1951); 15. Biochemie: Carl Neuberg (1877-1956), (Martin Ficker); 16. Forschungsstelle Abderhalden, Halle: Emil Abderhalden (1877-1950); 17. Forschungsstelle Mikrobiologie, Sao Paolo/Brasilien: Martin Ficker (1868-1950); 18. Anthropologie, menschliche Erblehre, Eugenik: Eugen Fischer (1874-1967), Hermann Muckermann (1877-1962), Otmar von Verschuer (1896-?); 18. Hirnforschung: Oskar Vogt (1870-1959), Cécile Vogt (1875-?), Max Bielschowsky (1869-1940, Maximilian Rose (?); 19. Psychiatrie: Franz Jahnel (1885-?), Johannes Lange (1891-1938), Felix Plaut (1877-1940), Ernst Rüdin (1874-?), Walter Spielmeyer (1879-1935); 20. Arbeitsphysiologie: Edgar Atzler (1887-1938), Max Rubner (1854-1932); 21. Hydrobiologische Anstalt: August Thienemann (1882-1960); 22. Biologische Station Lunz: Franz Ruttner (1882-?); 23. Entomologisches Museum: Walter Horn (); 24. Vogelwarte Rossitten: Johannes Thienemann (1863-1938); 25. Züchtungsforschung: Erwin Baur (1875-1933); 26. Deutsche Geschichte: Paul Kehr (1860-1944); 27. Öffentliches Recht und Völkerrecht: Viktor Bruns (1882-1975), Rudolf Smend (1882-1975), Heinrich Triepel (1868-1946), Ludwig Kaas (1881-1952), Friedrich Glum

Die Hauptausschusssitzung am 14. Juli 1928 besprach erneut die „Frage der Neuwahlen“ und beschloss, unter Vorsitz von Fritz Haber und Walter van Dyck eine Wahlkommission einzusetzen mit dem Mediziner Friedrich von Müller, dem Metallforscher Rudolf Schenk, dem Münchener Germanisten Hans Heinrich Borchardt, dem Rechtswissenschaftler Ernst Heymann und dem Historiker Karl Brandi.<sup>717</sup> Die Wahlkommission traf sich am 28. Oktober 1928 in Jena ohne Friedrich Schmidt-Ott, um die Neuwahl zu den Fachausschüssen vorzubereiten.<sup>718</sup> In dem bestehenden System des Peer-Review der Notgemeinschaft wurde das Problem vor allem darin gesehen, dass die Fachausschüsse der Notgemeinschaft nicht angemessen diejenigen wissenschaftlichen Spezialisierungen repräsentierten, die im Forschungsbetrieb tatsächlich anzutreffen waren, besonders in der Medizin. Oft seien die Fachgutachter, so wurde beklagt, zu sehr einer Schulrichtung verpflichtet und entschieden daher einseitig über Anträge. Die Wahlkommission beschloss daher, die Fachausschüsse insgesamt personell aufzustocken, was vor allem durch eine Differenzierung der Medizin zum Ausdruck kam. In jeder Begutachtung sollten mindestens zwei Gutachter tätig werden, ganz in der Weise, wie das bislang in der Praxis von Friedrich Schmidt-Ott gehandhabt worden war; er hatte jeweils einen Fachreferenten und den Vorsitzenden des Fachausschusses um ein schriftliches Votum gebeten. In diese Vorbereitungen zur Neuwahl platzte kurz vor der Hauptausschusssitzung am 30. November 1928 in Dresden die massive Kritik von Hochschuldirigent Werner Richter und Kultusminister Carl H. Becker vom Preußischen Kultusministerium, die sich in einem Gespräch mit dem Bankier Salomonsohn am 29. November 1928 über die „Autokratie von Exzellenz Schmidt-Ott“ beschwerten, der mit einer „Clique von alten Herren“ in einem „Durchschnittsalter von 68 ½ Jahren“ mit der Notgemeinschaft verhindere, dass jüngere Gelehrte als Wissenschaftspolitiker und Gutachter forschungspolitischen Einfluss gewinnen könnten.<sup>719</sup> Diese Kritik von Kultusminister Carl H. Becker entsprang in erster Linie seinen Bedenken darüber, dass die Notgemeinschaft nach der Inflation

---

(1891-?); 28. Ausländisches und Internationales Privatrecht: Ernst Rabel (1874-1955), Ernst Heymann (1870-1946), Heinrich Titze (1872-1945), Martin Wolff (1872-1953); 29. Bibliotheca Hertziana: Ernst Steinmann (1866-1934).

717 Tageskalender, 14. Juli 1928.

718 Besprechung der Wahlkommission, 28. Oktober 1928, Jena, BayHStA MK 11758.

719 Aktennotiz Salomonsohn, 29. November 1928, zitiert nach Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 109f., hier S. 110.

zu einer forschungspolitisch mächtigen Organisation geworden war und „dem Reich damit die Führung auf dem Gebiete der Wissenschaftspolitik entglitt“.<sup>720</sup> Für Carl H. Becker sprachen staatspolitische Gründe dagegen, auf die Dauer „einer doch im Grund privaten Stelle“ einen Fonds von acht Millionen Reichsmark zu überlassen, ohne über die Verwendung der Gelder auch aus staatlicher Sicht mitentscheiden zu können.<sup>721</sup> In der Tat hatten die im November 1927 begonnenen Diskussionen über die Neuwahlen zu den Fachausschüssen nicht die staatliche Teilhabe an den Gremienentscheidungen in der Notgemeinschaft neu überdacht.<sup>722</sup>

Am 1. Dezember 1928 beschloss die Mitgliederversammlung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, ihre Fachgutachter in den Ausschüssen neu zu wählen und deren Amtszeit auf vier Jahr zu strecken.<sup>723</sup> In der allgemeinen Wahl der Fachausschüsse wurden folgende Gutachter als Vorsitzende der Fachausschüsse gewählt:<sup>724</sup>

1. Theologie: Adolf Deißmann (evang.), Berlin,; Albert Ehrhard (kath.), Bonn
2. Rechtswissenschaft: Ernst Rabel (1874-1955), Berlin
3. Staatswissenschaft: Max Sering (1857-1939), Berlin
4. Medizin: Ludolf v. Krehl (1861-1937), Heidelberg
5. Philosophie: Heinrich Maier (1867-1933), Berlin
6. Alte und orientalische Philologie: Eduard Meyer (1855-1930), Berlin
7. Neuere Philologie: Edward Schröder (1858-1942), Göttingen

---

720 Becker, Carl Heinrich: Probleme der Wissenschaftspflege, in: Recht und Staat im neuen Deutschland, hrsg. v. Bernhard Harms, Band 1), Berlin 1929, S. 437-462, S. 459.

721 Ebd., S. 458.

722 Kurt Zierold hat 1968 die Kritik von Werner Richter und Carl Heinrich Becker vom 29. November 1928 für das auslösende Moment gehalten, dass die Notgemeinschaft gegen den Widerstand von Friedrich Schmidt-Ott, wie Zierold meinte, Neuwahlen anberaumen musste, vgl. Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 108-137. Wie man aber anhand der Akten und des Kontexts ersehen kann, ist die von Zierold dramatisierte Geschichte einer ‚Krise‘ der Notgemeinschaft im November 1928 und ihrer erzwungenen Erneuerung 1929 offensichtlich eine Fehlinterpretation. Aus den Protokollen der Hauptausschuss- und Mitgliederversammlung sowie der Wahlkommission in den Monaten von November 1927 bis November 1928 geht der selbstgesteuerte Reformprozess der Notgemeinschaft klar hervor, der nach ausgiebigen organisatorischen Diskussionen im Verlauf des Jahres 1928 zu den Neuwahlen der Fachausschüsse im Januar 1929 führte. Meines Erachtens schreibt Zierold seinem früheren Vorgesetzten Carl H. Becker und Kollegen Werner Richter einen Einfluss zu, den diese auf die Entwicklung der Notgemeinschaft nicht hatten.

723 Wahlordnung, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 922 Bl. 137-141.

724 „Bisherige Zusammensetzung der aus der allgemeinen Wahl hervorgegangenen Fachausschüsse der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, Januar 1929, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 923 Bl. 6.

8. Geschichte: Albert Brackmann (1871-1952), Berlin
9. Kunstwissenschaften: Theodor Wiegand (1864-1936), Berlin
10. Völkerkunde: Carl Meinhof (1857-1944), Hamburg
11. Biologie: Karl Ritter v. Goebel (1855-1932), München
12. Geologie/Mineralogie: Gottlob Linck (1858-1947), Jena; Geographie: Erich v. Drygalski (1865-1949), München
13. Chemie: Alfred Stock (1876-1946), Karlsruhe
14. Physik: Max von Laue (1879-1960), Berlin
15. Mathematik: Ludwig Bieberbach (1886-?), Berlin
16. Bauingenieurwesen: Heinrich Spangenberg (1879-1936), München
17. Hochbau/Architektur: (noch nicht besetzt)
18. Bergbau und Hüttenwesen: August Schwemann (1862-1945), Aachen
19. Maschinenbau: Carl Kutzbach (1875-1942), Dresden
20. Elektrotechnik: Johannes Görges (1859-1946), Dresden
21. Land- und Forstwirtschaft: Friedrich Falke (1871-1948), Leipzig

In dieser Zusammensetzung der Fachausschussvorsitzenden ergaben sich nur wenige Veränderungen zur erstmaligen Aufstellung aus dem Jahr 1921/22: in den Rechtswissenschaften hatte Ernst Rabel den Rechtshistoriker Josef Partsch (1851-1925) abgelöst. Werner Sombart (1863-1941) war in den Staatswissenschaften bereits 1922 durch Max Sering ersetzt worden, der in dieser Position 1928 bestätigt wurde. Der Hochbau erfuhr die stärkste Veränderung, insofern mit Emil G. Rüster (geb. 1883) 1929 ein neuer Gutachter und Vorsitzender nach Adolf Bestelmeyer eingeführt wurde.<sup>725</sup>

### **3.2. Die Erweiterung der „Gemeinschaftsarbeiten“**

#### **3. 2. 1. Neue „Gemeinschaftsarbeiten“ und neue „Sonderkommissionen“**

Neben den erstmals 1925 bestimmten Prioritäten in der Metallforschung, der angewandten Geophysik, den Wärmekraftmaschinen, der Elektrotechnik und der Hydrographischen bzw. Aerodynamischen Strömungsforschung kamen 1927 drei neue Problemfelder auf die Agenda der Notgemeinschaft: die Theoretische und Praktische Medizin, die Schädlingsbekämpfung bzw. Angewandte Entomologie sowie die Pflanzenernährung. Neben diesen drei neuen „Gemeinschaftsarbeiten“ ließ die

---

<sup>725</sup> Schmidt-Ott, Friedrich: Neunter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft) umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930, Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1930, S. 213.

Notgemeinschaft jedoch noch weitere größere Projekte anlaufen, vor allem Expeditionen und Ausgrabungen im Ausland. Diese Projekte wurden meist in der Öffentlichkeit kulturpolitisch gerechtfertigt, manchmal auch als „Gemeinschaftsarbeiten“ bezeichnet, fielen aber nicht unter die rhetorische Formel der „Großen Aufgaben auf dem Gebiete der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des allgemeinen Volkswohl“. Die Finanzierung dieser Bereiche wurde allerdings nicht en détail getrennt, und so standen einige „Gemeinschaftsarbeiten“ stärker im öffentlichen Vordergrund, v.a. die Expeditionen, als andere. Am 5. März 1927 stimmte der Reichstag über das Budget der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ab und votierte einstimmig für einen Zuschuss von 8 Millionen Reichsmark (regulärer Etat und Sonderfond). Damit war das besondere Budget für „Gemeinschaftsarbeiten“, der Sonderfonds für „Große Aufgaben auf dem Gebiete der Volksgesundheit, der Volkswirtschaft und des allgemeinen Volkswohls“ unmittelbar nach dem Auslaufen der ersten Tranche von 1925 erneut für 1927 bewilligt worden.<sup>726</sup> Die Vorbereitung für weitere „Gemeinschaftsarbeiten“ veranlasste Friedrich Schmidt-Ott, schon für das Rechnungsjahr 1928 an eine dritte Tranche von weiteren 3 Millionen Sonderfond zu denken.

In den Sommermonaten 1927 stellte Friedrich Schmidt-Ott weitere Sonderkommissionen zur Vorbereitung von „Gemeinschaftsarbeiten“ zusammen. Neben wissenschaftlichen Problemen in anwendungsorientierten Wissensfeldern traten auch neue Großprojekte ohne einen industriellen Produktbezug bzw. wurden frühere Arbeiten fortgesetzt:

- Angewandte Geophysik: Die Erkennung von Bodenschätzen, u.a. durch den Pendelschwereapparat, die Methoden zum Finden von Erdöllagern und die Abmessung der mitteldeutschen Braunkohlelager wurden der Notgemeinschaft als mögliche große Aufgaben vorgelegt.
- Luftfahrt, Meteorologie: Die Konstruktion eines Motors und der Bau eines Höhenflugzeugs bei der Firma Junkers, Dessau, zur Erforschung der Atmosphäre in großen Höhen.
- Alfred-Wegener-Expedition: Die Messung der Eisdicke von Grönland sowie die Klimaforschung.
- Sonnenfinsternis-Expedition 1929: Die Überprüfung der Einsteinschen Relativitätstheorie und die Spektralanalyse der Sonnenkorona.

---

726 Etats-Anmeldung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft für 1928. Anlage zu dem Schreiben (...) Notgemeinschaft an Reichsministerium des Innern, 1. Mai 1927, BAK R 73 Nr. 292.

- Deutsch-Russische Expedition zur Erforschung der Syphilis
- Pamir-Expedition: Glaziologie in Zentralasien.
- "Meteor"-Expedition: Auswertung der Daten.
- Archäologie: Ausgrabungen im Trierer Tempelbezirk; Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der nord- und ostdeutschen Wehranlagen vom Stromgebiet der Elbe bis zur Weichsel und Memel; Grabungen der Archäologen in Kleinasien, Ägypten und Griechenland; Uruk-Warka-Ausgrabung.

Die Erweiterung der „Gemeinschaftsarbeiten“, dem maßgeblichen Förderbereich in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (vgl. Tabelle „Etats-Anmeldung für 1928“ auf S. 246), fand ihren Niederschlag auch in einer 1928 beginnenden, neuen Publikationsreihe mit dem Titel „Deutsche Forschung“.<sup>727</sup> Zwanzig Hefte mit dem Untertitel „Aus der Arbeit der Notgemeinschaft / Deutsche Forschungsgemeinschaft“ deckten den Zeitraum von 1925 bis 1934 ab und wurden von der Notgemeinschaft vor allem an die Abgeordneten des Reichstages versendet.

Ein großes Wissenschaftsunternehmen, das die Notgemeinschaft ebenfalls als „Gemeinschaftsarbeit“ zu fördern begann, ohne dass es einen Produktbezug aufwies, war das sogenannte „Zonenunternehmen“ in der Astronomie. Bemerkenswert an dieser „Gemeinschaftsarbeit“ war, dass die Förderung des Unternehmens nicht über das Präsidium der Notgemeinschaft bzw. Friedrich Schmidt-Ott betreut wurde, sondern durch den Apparate-Ausschuss unter seinem Geschäftsführer Karl Stuchtey.

### **3. 2. 2. Das „Zonenunternehmen“ in der Astronomie als Gemeinschaftsarbeit**

Im August 1926 beschloss die Versammlung der Internationalen Astronomischen Gesellschaft in Kopenhagen, das „Zonenunternehmen“ von Arthur v. Auwers (1838-1915) und Friedrich W. Argelander (1799-1875) aus dem 19. Jahrhundert aufzugreifen und mit modernen, photogrammetischen Methoden fortzusetzen. Die Astronomische Gesellschaft setzte eine Kommission ein unter Vorsitz von Richard Schorr (1867-1951) von der Sternwarte Bergedorf bei Hamburg, um das Forschungsprogramm aufzustellen. Dieses sah vor, bis zum Jahr 1940 einen Katalog der Fixsterne anzufertigen, um die Himmelskörper im Meridianbereich vom Äquator bis zum Pol zu

---

<sup>727</sup> Diese „Schriftenreihe“ sollte „besonders dem Fortgange der Gemeinschaftsforschungen dienen“, vgl. Siebenter Bericht der Notgemeinschaft, S. 87.

erfassen.<sup>728</sup> Das „Zonenunternehmen“ war als „Gemeinschaftsarbeit“ angelegt: an die Zentrale des Astronomischen Recheninstituts in Berlin-Dahlem schlossen sich die Universitätssternwarte Berlin-Babelsberg, die Universitätssternwarte Bonn, die Universitätssternwarte Breslau, die Sternwarte in Bergedorf bei Hamburg, das Observatorium in Heidelberg, die Sternwarte in Leipzig und - als einzige ausländische Station – die Zentralsternwarte Pulkowo in Russland an, die sich traditionell auf die Positionsastonomie konzentriert hatte. Obwohl die Denkschrift über das Forschungsprogramm Ende Januar 1927 noch bei Elis Strömngren lag, dem Direktor der Sternwarte in Kopenhagen und Vorsitzenden der Astronomischen Gesellschaft, wandte sich Astronom Paul Guthnick, Direktor der Berliner Sternwarte, an Friedrich Schmidt-Ott, um ihn dazu zu bewegen, den Hauptausschuss der Notgemeinschaft kurzfristig zu einer vorläufigen Bewilligung für die Vorarbeiten zu veranlassen.<sup>729</sup> Paul Guthnick veranschlagte für neun Monate vom 1. April 1927 bis zum 1. Januar 1928 einen Betrag von Reichsmark 65.000.-. Bei dieser hohen Summe aber ließ sich Friedrich Schmidt-Ott nicht auf eine Vorausbewilligung ein und bestand auf der Einhaltung des üblichen Antrags- und Begutachtungsverfahrens.

Die Astronomische Gesellschaft hatte vereinbart, dass sie durch ihren Vorstand zunächst die Preußische Regierung um eine finanzielle Beteiligung bitten würde. Elis Strömngren richtete daher am 2. Februar 1927 ein Gesuch zur Unterstützung des „Zonenunternehmens“ an das Preußische Kultusministerium.<sup>730</sup> Der Direktor des Astronomischen Recheninstituts in Berlin-Dahlem August Kopff erläuterte telefonisch am 11. Februar 1927 gegenüber der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft das Forschungsprogramm des „Zonenunternehmens“: Eine erste Phase von 1928 bis 1932 sah vor, die Fixsterne zu beobachten und zu photographieren. In einer zweiten Phase von 1932 bis 1935 sollten die photographischen Platten vermessen und ein Katalog der Fixsterne zusammengestellt werden. In der dritten Phase von 1935 bis 1940 sollten die Ergebnisse der Plattenvermessungen zu Positionsbestimmungen umgerechnet werden. Die Kosten des gesamten „Zonenunternehmens“ wurden auf Reichsmark

---

728 Denkschrift über die Wiederholung des Zonen-Unternehmens der Astronomischen Gesellschaft, Manuskript, BAK R 73 Nr. 16728.

729 Guthnick an Schmidt-Ott, 27. Januar 1927, BAK R 73 Nr. 16728. Die Hauptausschusssitzung, in der Guthnick einen positiven Bescheid für die Finanzierung der vorbereitenden Arbeiten erlangen wollte, fand bereits am 29. Januar 1927 in Karlsruhe statt, vgl. Tageskalender, 29. Januar 1927.

730 Strömngren an Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 2. Februar 1927, BAK R 73 Nr. 16728.

750.000.- berechnet, von denen die Notgemeinschaft insgesamt bis zum Jahr 1932 Reichsmark 571.000.- übernahm.<sup>731</sup> Die Vorbereitungen bis zum Beginn der ersten Phase am 1. Januar 1928 veranschlagte man auf Reichsmark 65.000.-, wie Paul Guthnick bereits am 27. Januar 1927 erläutert hatte. Das Preußische Kultusministerium zeigte sein Interesse an der Förderung des „Zonenunternehmens“, sah sich jedoch wegen der ablehnenden Haltung des Preußischen Finanzministeriums außerstande, die Vorbereitungsarbeiten schon ab 1. April 1927 zu finanzieren.<sup>732</sup> Am 26. Juni 1927 empfahl das Kultusministerium der Astronomischen Gesellschaft, die Anschubfinanzierung für die vorbereitenden Arbeiten bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zu beantragen. Der Apparat-Ausschuss der Notgemeinschaft sagte grundsätzlich seine Förderung zu, aber nur unter der Auflage, dass für die 1927 beginnenden Arbeiten eine erneute Kostenaufstellung vorgelegt würde.<sup>733</sup> Diese Kostenaufstellung sollte die Beihilfen für das Personal des „Zonenunternehmens“ als „Forschungsstipendien“ mit besonderen, wissenschaftlichen Aufgaben aufführen, wobei die Höhe der Forschungsstipendien maximal bis Reichsmark 200.- monatlich angesetzt werden durfte, weil eine „Anlehnung an die Höhe der Assistentengehälter ausgeschlossen“ bleiben musste. Am 27. Juni 1927 übermittelte das Preußische Kultusministerium die Denkschrift und den Zuschussantrag von Elis Strömgren vom 2. Februar 1927 an die Notgemeinschaft und bat sie, einen Vorschuss für die vorbereitenden Arbeiten des „Zonenunternehmens“ bis zum eigentlichen Beginn des Unternehmens im Jahr 1928 bereitzustellen. Kultusminister Carl H. Becker betonte, dass das „Zonenunternehmen“ der Astronomischen Gesellschaft „in hervorragendem Masse geeignet sein dürfte, das Ansehen der deutschen Wissenschaft im Auslande zu heben und den kulturellen Einfluss Deutschlands zur Geltung zu bringen.“ Carl H. Becker sicherte darüber hinaus der Notgemeinschaft zu, ihr Budget würde durch Gelder des Preußischen Kultusministeriums Ministeriums im Rechnungsjahr 1928 eine entsprechende Kompensation erhalten.<sup>734</sup>

---

731 Bauschinger, Julius v.: Das große Zonenunternehmen der Astronomischen Gesellschaft: Neubeobachtung aller Sterne des nördlichen Himmels bis zur 9. Größe, in: *Astronomie und Astrophysik*, hrsg. v. Friedrich Schmidt-Ott, (= *Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft*, Band 12), Berlin: Karl Siegismund Verlag 1930, S. 7-15, S. 15.

732 Aktennotiz Richter, 1. April 1927, BAK R 73 Nr. 16728.

733 Aktennotiz Stuchtey zur Besprechung am 27. Juni 1927, 30. September 1927, BAK R 73 Nr. 16728.

734 Becker an Schmidt-Ott, 27. Juni 1927, BAK R 73 Nr. 16728.

Die Notgemeinschaft ging auf die Bitte um eine Anschubfinanzierung ein, und bewilligte das „Zonenunternehmen“ am 3. Februar 1928 als ein neues Projekt ihrer Fördertätigkeit.<sup>735</sup> Bis zum 1. April 1928 verwandte die Notgemeinschaft auf das „Zonenunternehmen“ insgesamt Reichsmark 58.300.-.<sup>736</sup> Für den Rest des Jahres 1928 versprach die Notgemeinschaft, weitere Reichsmark 20.000.- zur Verfügung zu stellen.<sup>737</sup> Als Kompensation veranlasste das Kultusministerium einen außerordentlichen Zuschuss von Reichsmark 45.000.- an die Notgemeinschaft im Rechnungsjahr 1928.<sup>738</sup> Weitere drei Raten aus der Kasse des Preußischen Haushalts sollten in gleicher Höhe für 1929, 1930 und 1931 folgen, weil die Preußischen Sternwarten an dem Unternehmen maßgeblich beteiligt seien. Das Preußische Kultusministerium drängte die Notgemeinschaft außerdem, im Jahr 1929 den überschießenden Betrag von Reichsmark 8.000.-, den das „Zonenunternehmen“ an Mehrkosten verursachte (Reichsmark 53.000.- statt 45.000.-) zu übernehmen.<sup>739</sup> Mit Widerstreben gab Friedrich Schmidt-Ott dieser Forderung nach und ordnete den Betrag zugunsten von Paul Guthnick, Arnold Kohlschütter, August Kopff und Erich Schoenberg an, obwohl diese Mehrkostenzahlungen im Grunde gegen das Reglement der Notgemeinschaft verstießen.<sup>740</sup> Die Notgemeinschaft finanzierte auch die weiteren Forschungen an den deutschen Instituten bis 1934. Aus den Bewilligungsunterlagen ist allerdings nicht zu rekonstruieren, in welcher Höhe das Preußische Kultusministerium, wie zugesagt, die Notgemeinschaft refinanzierte. Somit ist auch der Gesamtaufwand, den die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft für das „Zonenunternehmen“ real leistete, nicht in Zahlen zu bestimmen.

Obwohl das „Zonenunternehmen“ als „Gemeinschaftsarbeit“ betrachtet wurde, fügte man es nicht in den offiziellen Forschungsplan der „Großen Aufgaben auf dem Gebiete der Volksgesundheit, der nationalen Wirtschaft und des allgemeinen Volkswohls“ ein. Die Bewilligung und die Begutachtung liefen über den Apparate-Ausschuss der

---

735 Bewilligung, 3. Februar 1928, BAK R 73 Nr. 16728.

736 Sitzung am 30. September 1927, BAK R 73 Nr. 16728. Vgl. auch Tageskalender, 30. September 1927. Der Großteil der Summe von der Notgemeinschaft (Reichsmark 57.700.-) wurde ausbezahlt an P. Guthnick in Berlin-Babelsberg, Kohlschütter in Bonn, Schönberg in Breslau, A. Kopff in Dahlem und an Schorr in Hamburg bis zum 1. April 1928, Schmidt-Ott an Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 3. Februar 1928, BAK R 73 Nr. 16728.

737 Schmidt-Ott an Kohlschütter, 7. Juni 1928, BAK R 73 Nr. 16728.

738 Rottenburg an Schmidt-Ott, 5. Januar 1928, BAK R 73 Nr. 16728.

739 Richter an Schmidt-Ott, 18. März 1929, BAK R 73 Nr. 16728.

740 Richter an Schmidt-Ott, 11. Mai 1929; Schmidt-Ott an Preußisches Kultusministerium, 4. Juni 1929.

Notgemeinschaft. Trotz seiner internationalen Anschlussmöglichkeiten blieb das „Zonenunternehmen“ als „Gemeinschaftsarbeit“ ganz unter der Regie der deutschen Institute. Eine ausländische Beteiligung, die über die russische Sternwarte hinausgeführt hätte, wurde nicht in Erwägung gezogen.<sup>741</sup>

### 3. 2. 3. Überblick über die „Gemeinschaftsarbeiten“ und ihre weitere Ausrichtung

In der Forschungspolitik der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft setzte sich 1928 der forschungspolitische Trend fort, die „Gemeinschaftsarbeiten“ weiter auszubauen, und zwar sowohl in anwendungsorientierten Wissensfeldern als auch in Gebieten ohne Produktbezug. Oft wurden für den letzteren Fall die kulturpolitischen Vorzüge herausgestellt, so etwa in dem eben beschriebenen „Zonenunternehmen“ in der Astronomie, oder auch in dem landeskundlichen und sprachgeschichtlichen Projekt des „Atlas[ses] der deutschen Volkskunde“. Für den Bereich der „Volksgesundheit“ nahm die Notgemeinschaft die Förderung einer „Gemeinschaftsarbeit“ in der Strahlenforschung (medizinischer Einsatz der Röntgenstrahlen, Röntgenbestrahlung im Tierversuch in der Genetik, Höhenstrahlungsmessungen) auf.<sup>742</sup>

Überblickt man alle „Gemeinschaftsarbeiten“ und versucht man, sie in ihrer Themenvielfalt von 1927/28 zu ordnen, so lassen sich vier verschiedene Untersuchungsgegenstände und dementsprechend vier verschiedene Ausrichtungen der „Gemeinschaftsarbeiten“ ausmachen:

Technik = anwendungsorientierte Gemeinschaftsarbeit

Menschlicher Körper = medizinische Gemeinschaftsarbeit

Natürliche Ressourcen = grundlagenorientierte Gemeinschaftsarbeit

Kosmos & Kulturgeschichte = verständnisorientierte Gemeinschaftsarbeit mit kulturpolitischer Wirkung

Die Gemeinschaftsarbeiten mit kulturpolitischer Wirkung sind hier in erster Linie solche Forschungen, die weder bezogen sind auf ein wissenschaftstechnologisches Produkt, noch auf eine medizinische Erkenntnis. Als verständnisorientierte Forschung

---

741 BAK R 73 Nr. 16728. Es wäre denkbar, eine Kooperation amerikanischer Sternwarten in Betracht zu ziehen, deren technische Ausstattung in den 1920er Jahren auch von den Astronomen des „Zonenunternehmens“ bewundert und gewürdigt wurde, vgl. Bauschinger, Julius v.: Zur Einführung, in: *Astronomie und Astrophysik*, hrsg. v. Friedrich Schmidt-Ott, (= *Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft*, Band 12), Berlin: Karl Siegmund Verlag 1930, S. 5-6.

742 Vgl. Siebenter Bericht der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, 1928, S. 72.

lässt sie sich nicht kommerziell verkaufen.<sup>743</sup> Die Notgemeinschaft hob in ihrer forschungspolitischen Rhetorik bei diesen verständnisorientierten Forschungsunternehmen besonders deren kulturpolitische Wirkung hervor.

---

743 Der Forschungspolitiker Vannevar Bush hat für das, was hier verständnisorientierte Forschung bezeichnet wird, den Ausdruck „uncommitted research“ vorgeschlagen, um die Wahlfreiheit des Themas zu betonen. Der Wissenschaftsforscher Donald E. Stokes bezeichnet diese Art der verständnisorientierten Forschung auch „curiosity-driven research“ und hebt dadurch die Motivation hervor. Der Wissenssoziologe Norbert Elias hat für diesen Bereich den Ausdruck „autonome Forschung“ vorgeschlagen und legte damit Wert auf einen gegenstandsadäquaten und theoriegeleiteten, i.e. domänengesteuerten Forschungsverlauf.

anwendungsorientierte Gemeinschaftsarbeiten	medizinische Gemeinschaftsarbeiten	grundlagenorientierte Gemeinschaftsarbeiten	verständnisorientierte Gemeinschaftsarbeiten
in der Technik, d.h. Forschungen zur Verbesserung oder Herstellung wissenschafts-technologischer Produkte	d.h. Forschungen bezogen auf den menschlichen Körper	über natürliche Ressourcen, d.h. Forschungen, die auf ein empirisch-theoretisches Verständnis natürlicher Ressourcen abzielen und ihre Nutzungsmöglichkeiten oder Produktchancen ermitteln. „use-inspired basic research“	d.h. Forschungen ohne Produktbezug oder medizinischem Bezug, meist über die außermenschliche Natur bzw. den Kosmos oder die Kulturgeschichte. „curiosity-driven research“ „uncommitted research“
Arbeitsvorgang in der Wärmekraftmaschine 1926 Elektrotechnik 1926 Versuchsflugzeug für Höhenforschung 1928 Strahlenkunde 1928	Theoretische und praktische Medizin 1928 Eiweißkonstitution und Eiweißstoffwechsel 1928 Arbeitsphysiologie Sportphysiologie Gewerbephyiologie und Gewerbehygiene Serologische Forschung Durchdringende Strahlung Ruhrschutimpfung Fragen der Erbschädigung durch Röntgenstrahlung Vergleichende Völkerpathologie 1927	Metallforschung 1926 Angewandte Geophysik 1926 Strömungsforschung 1926 Wissenschaftliche Grundfragen des Bergbaus Landwirtschaftliche Forschung Forstwirtschaftliche Forschung Ernährungsphysiologie der Pflanzen 1928 Bekämpfung von pflanzlichen und tierischen Schädlingen / Angewandte Entomologie 1928 Limnologie, insb. Bodenseeforschung	Deutsche Atlantische Expedition auf dem "Meteor" 1925 Ausbreitung des Schalls in der freien Atmosphäre 1926 Astronomische Forschungen im „Zonenunternehmen“ 1927 Biologische Expeditionen Ausgrabungen in Uruk (Warka)

Tabelle 5: Überblick der „Gemeinschaftsarbeiten“ 1927/28. Quelle: Hefte „Deutsche Forschung“, alle Jahrgänge.

Insgesamt verstärkte die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit der Erweiterung der „Gemeinschaftsarbeiten“ ihr Engagement für die anwendungsorientierten Wissensfelder. Doch Friedrich Schmidt-Ott dämpfte zugleich die damit verbundenen Erwartungen auf schnelle Ergebnisse und warnte:

„Volle Ergebnisse können allerdings erst nach jahrelanger systematischer Arbeit erwartet werden, da es sich durchweg um Untersuchungen handelt, die in großem Rahmen durchgeführt werden müssen und die gerade wegen ihres Ausmaßes, das die Kräfte des einzelnen Gelehrten oder Institute weit überschreitet, bisher vernachlässigt wurden.“<sup>744</sup>

744 Etats-Anmeldung der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft für 1928. Anlage zu dem Schreiben (...) Notgemeinschaft an Reichsministerium des Innern, 1. Mai 1927, BAK R 73 Nr. 292.

Der erhebliche Zeitabstand zwischen der Grundlagenforschung und einem möglichen wissenschaftstechnologischen Produkt lag u.a. daran, dass ein großer Teil der grundlagenorientierten Forschung über „natürliche Ressourcen“ zunächst wissenschaftliche Messtechniken erarbeitete oder sie verbesserte. Friedrich Schmidt-Ott deutete mit seiner Warnung allerdings auch an, dass - aus seiner Sicht - die Wissenschaftsförderung des Weimarer Staats bisher nicht alle notwendigen Maßnahmen ergriffen hätte, um die vielversprechenden wissenschaftlichen Forschungsfelder im deutschen Wissenschaftssystem ausreichend zu unterstützen. Zugleich implizierte Friedrich Schmidt-Ott, dass die wissenschaftspolitische Kompetenz, aussichtsreiche Wissensfelder zu identifizieren und geeignete Kräfte auszuwählen, bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft läge. Dieser Anspruch forderte allerdings den Widerspruch der Wissenschaftspolitiker im Reich und in Preußen heraus. Zwar blieb das Verhältnis zum Reichsinnenministerium, der vorgesetzten Behörde der Notgemeinschaft, während der Regierungszeiten von konservativen bzw. rechtsgerichteten Politiker durchweg kooperativ. Zum Beispiel bat das Reichsinnenministerium im Mai 1927, Friedrich Schmidt-Ott möge im „Reichsausschuss für Geschichtswissenschaft“ mitwirken, um eine Internationale Bibliographie der Geschichtswissenschaft zu organisieren.<sup>745</sup> Doch nach der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928, die der Sozialdemokratie im Reichstag zu einer Stellung als stärkste Fraktion verhalf und zur letzten Weimarer Koalition mit dem Zentrum und den Liberalen (DDP) führte, nahm der Druck sozialdemokratischer Regierungsvertreter auf die Notgemeinschaft zu. Anlässlich einer Aussprache über das Forschungsstipendium, das die Notgemeinschaft dem an der Universität Greifswald offen anti-republikanisch auftretenden Mathematiker Theodor Vahlen bewilligt hatte, forderte der Preußische Ministerpräsident und Sozialdemokrat Otto Braun von Friedrich Schmidt-Ott, dass die Notgemeinschaft „mehr privates Kapital“ für ihre Wissenschaftsförderung requirieren müsse, wenn sie als dauerhafte Einrichtung erhalten bleiben wolle.<sup>746</sup> Auf der Sitzung des Hauptausschusses der Notgemeinschaft am 30. November 1928 wurde bekannt, dass der neue sozialdemokratische

---

745 Reichsminister des Innern an Präsident der Notgemeinschaft, 23. Juni 1927, BAK R 73 Nr. 292. Das Treffen war für den 1. August 1927 anberaumt, musste jedoch verschoben werden, vgl. Reichsminister des Innern an Präsident der Notgemeinschaft, 26. Juli 1927, BAK R 73 Nr. 292.

746 Tageskalender, 15. November 1928.

Reichsinnenminister Carl Severing den Zuschuss für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft kürzen werde.<sup>747</sup> Der Preußische Kultusminister Carl H. Becker und der Abteilungsleiter für die Hochschulen, Werner Richter, verlangten in einem Gespräch von Friedrich Schmidt-Ott genauen Aufschluss über die forschungspolitischen Hintergründe der Notgemeinschaft und ihren „Geschäftsgang“.<sup>748</sup> Friedrich Schmidt-Ott bot daraufhin an, ihnen als Vertreter der Länder eine gesonderte „Kontrolle“ einzuräumen und lud beide Ministerialvertreter zur weiteren Sitzung des Hauptausschusses ein. Aber Carl H. Becker und Werner Richter erhielten dadurch keinen Einfluss auf die maßgeblichen Weichenstellungen für „Gemeinschaftsarbeiten“, die lange zuvor im forschungspolitischen Netzwerk vorbereitet wurden.

### 3. 2. 4. Die „Gemeinschaftsarbeiten“ und die Wirtschaft

Heinrich Koenen versuchte, für den Geschäftsgang der Notgemeinschaft um Verständnis zu werben, als die Notgemeinschaft am 1. Dezember 1928 ihre Mitgliederversammlung in der Aula der Technischen Hochschule in Dresden abhielt. Heinrich Koenen machte deutlich, dass die Koordination von „Gemeinschaftsarbeiten“ notwendig sei, weil sich unter einer wachsenden Zahl von Projektanträgen viele verwandte Themen wiederfänden.<sup>749</sup> Um eine unnötige Förderung von „Doppelarbeit“ zu vermeiden, fasse die Geschäftsstelle der Notgemeinschaft solche Projekte zusammen. Heinrich Koenen präsentierte damit die „Gemeinschaftsarbeiten“ nicht in erster Linie als Aufgaben im Rahmen eines großen „Forschungsplans“, wie ihn Friedrich Schmidt-Ott drei Jahre zuvor skizziert hatte, sondern als eine rationalisierende Maßnahme der Geschäftsstelle. Eindringlich betonte Heinrich Koenen, dass die Arbeitsteilung in größeren wissenschaftlichen Unternehmungen unabwendbar und damit die „Kategorie der wissenschaftlichen Mitarbeiter an einer größeren Forschungsarbeit [...] vollkommen unentbehrlich“ geworden sei:

„Die Zeiten sind vorbei, in denen Direktoren naturwissenschaftlicher und medizinischer Institute mit Pfeife und Schlafrock ein friedliches Emeritendasein in Bibliothek und Privatlaboratorium führen konnten.“<sup>750</sup>

---

747 Tageskalender, 30. November 1928.

748 Tageskalender, 30. November 1928.

749 Deutsche Forschung, Heft 7, S. 31.

750 Deutsche Forschung, Heft 7, S. 40.

Heinrich Koenen verglich dabei die Organisation der wissenschaftlichen Forschungsarbeit in akademischen Instituten mit den „von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten regierten wissenschaftlichen Instituten der Industrie“ und forderte die Universitäten dazu auf, mit der dynamischen Entwicklung in den Firmenlaboratorien mitzuhalten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Damit nahm Heinrich Koenen eine neue forschungspolitische Position ein. Denn eine Ausrichtung der Forschungsorganisation an kommerziellen Interessen war im Präsidium der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft bisher ausdrücklich zurückgewiesen worden. Friedrich Schmidt-Ott, Fritz Haber und Walter van Dyck hatten sich seit der Gründung der Notgemeinschaft bemüht, den Bereich der akademischen Forschung von ökonomischen Zwängen bzw. wirtschaftlichen Anreizen freizuhalten. Den Schwerpunkt der öffentlichen Kundgebungen der Notgemeinschaft bildeten daher auch naturwissenschaftlich-theoretische bzw. kulturgeschichtliche Forschungsthemen. Über die Erfolge in der Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft berichteten im Dresdener Lichtspielhaus „Capitol“ am 2. Dezember 1928 Max Planck mit einer Vorlesung über „Vorgänge in der neuen Physik“, Hübner über den geplanten „Atlas der Deutschen Volkskunde“ und August Schmauss, Direktor des Münchener Meteorologischen Instituts, über neuere Klimatheorien unter dem Titel „Über Weltall und Wetter“.<sup>751</sup> Heinrich Konens forschungspolitisches Votum für eine engere Anbindung der Forschung an die Industrie konnte daher als ein Signal verstanden werden gegenüber der Industrie und dem Stifterverband, der sich ja schon bei der Einrichtung der „Gemeinschaftsarbeiten“ 1925 und nun bei ihrer Ausdehnung auf weitere anwendungsorientierte Förderbereiche sehr interessiert zeigte. Ausdrücklich regte der Stifterverband in seiner Hauptversammlung am 20. November 1928 gegenüber Friedrich Schmidt-Ott weitere „Spezialaufgaben wie [das] Höhenflugzeug“ als Themenstellungen bei der Notgemeinschaft an.<sup>752</sup> Um die Forschung auf ähnlich anwendungsorientierte Themenstellungen hinzuweisen, fügte der Stifterverband eine Liste mit seinen Empfehlungen für wirtschaftsrelevante Untersuchungsgegenständen zusammen.<sup>753</sup> Friedrich Schmidt-Ott versandte diese Themenanregungen an alle

---

751 Einladungskarte, Archiv der Görres-Gesellschaft Nr. 228. Tageskalender, 2. Dezember 1928.

752 Tageskalender, 20. November 1928.

753 "Größere Forschungsunternehmungen der Notgemeinschaft, an denen die Wirtschaft unmittelbares Interesse hat.", Liste als Anlage zum Protokoll der Hauptversammlung des

Gutachter der Notgemeinschaft. Die Liste ging auf die zehn begonnenen „Gemeinschaftsarbeiten“ der Notgemeinschaft ein und stellte an diesen „Gemeinschaftsarbeiten“ jeweils spezifisch technische Teilaspekte heraus, die für die industrielle Produktion relevant waren, z.B. in der „Gemeinschaftsarbeit“ zur Metallforschung:

- „Erforschung der physikalischen Eigenschaften bei tiefen Temperaturen: Helium-Verflüssigung (Supraleitung)“
- „Metalle und Legierungen, Korrosionsforschung“
- „Plastizität von Metallen für Walz- und Verarbeitungsvorgänge“
- „Chemische Metallurgie: Überführung von Erzen in Metalle; Untersuchung der chemischen Gleichgewichte, Bestimmung thermischer Konstanten“

Für den grundlagenorientierten Bereich der „Gemeinschaftsarbeiten“, etwa die Angewandte Geophysik, formulierte die Liste des Stiferverbandes vor allem ein verfahrensmethodisches Interesse. Die „Erforschung der oberen Erdoberfläche“ sollte demnach v.a. innovative Messtechnik ausprobieren:

„Ermittlung von Öl-, Kohlen- und Erzlagerbeständen durch neue Messmethoden (Gravimetrie, Magnetismus, Elektrik, Seismik)“

Für den anwendungsorientierten Arbeitsbereich der „Gemeinschaftsarbeiten“ zum „Arbeitsvorgang in der Wärmekraftmaschine“ wies die Liste auf folgende industrielle Technikinteressen hin:

- „Entwicklung einer Höchstdruckdampfmaschine“
- „Erprobung anderer Druckmittel anstelle von Wasserdampf (Quecksilber, Organische Verbindungen)“
- „Klären der Vorgänge in einer Verbrennungsmaschine, Erforschung der Gasmaschine und Dieselmachine“
- „Kessel-Belastungs-Untersuchungen“
- „Lagerreibung und Schmierung“

In ähnlicher Weise ging die Liste auf weitere „Gemeinschaftsarbeiten“ der Notgemeinschaft ein, so in der Elektrotechnik, im Schiffbau, in der Ernährungsphysiologie der Pflanzen, in der Angewandten Entomologie, in der Uhrentechnik und Zeitmesskunde, in den Untersuchungen zur Turbulenz in der freien Luft (Strömungsforschung) sowie bei dem Projekt des Höhenflugzeuges. Friedrich

Schmidt-Ott stellte in dem Rundschreiben an die Gutachter ausdrücklich fest, dass die Notgemeinschaft auf keinen Fall technologische Entwicklungsarbeiten finanzieren würde:

„Die Notgemeinschaft kann nur für die wissenschaftlichen Forschungen eintreten, während die Ausnutzung und Auswertung der praktisch-technischen Ergebnisse von anderer Seite finanziert werden müsste.“<sup>754</sup>

### **3.3. Industrie und Wissenschaft? Das „Höhenflugzeug“**

Der Nationale Forschungsrat, wie ihn Friedrich Schmidt-Ott im Herbst 1924 projektiert hatte, sollte anwendungsorientierte Forschungsprojekte auswählen und fördern. Die „Gemeinschaftsarbeiten“, die mit dieser anwendungsorientierten Intention entstanden, gingen zwar auf Tuchfühlung mit industriellen Themen. Doch die Forschungspolitik der Notgemeinschaft versuchte, die Fragestellung aller Projekte vor einer produktorientierten Vereinnahmung abzuschirmen. Auf charakteristische Weise kann man diese wissenschaftsorientierte Haltung der Notgemeinschaft am Fallbeispiel des „Höhenflugzeuges“ zeigen. In diesem Projekt finanzierte die Notgemeinschaft Wissenschaftler, deren theoretische Forschungsarbeiten unmittelbar mit technologischen Entwicklungsinteressen zusammenhingen. Wie kam es dazu?

#### **3. 3. 1. Die „Gesellschaft für Höhenflugforschung e.V.“**

Das Interesse an einem „Höhenflugzeug“ formulierte zunächst die am 11. Januar 1926 im Automobil-Club gegründete „Gesellschaft für Höhenflugforschung e.V.“, Berlin, unter Vorsitz von F. C. Klose, Kommerzienrat Franz Brandt und Major a.D. Kurt von Specht.<sup>755</sup> Die Mitglieder des Vereins gründeten zeitgleich mit amerikanischer Beteiligung die Aktien-Gesellschaft „Transocean Aero Company“. Nach der ersten Vorstandssitzung am 19. Januar 1926, gemeinsam mit den Mitgliedern eines „wissenschaftlichen Ausschusses“, richtete die Gesellschaft an Friedrich Schmidt-Ott in dessen Eigenschaft als Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft folgende Aufforderung:

---

754 Schmidt-Ott, Rundschreiben, 1. Februar 1929, BAK R 73 Nr. 190.

755 GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 8. Über die Biographie der Gründungsmitglieder der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ konnte mithilfe der üblichen biographischen Hilfsmittel kein Aufschluss gewonnen werden.

„Es ist unsere Absicht, hervorragende deutsche Wissenschaftler auf dem Gebiete der Höhenflugforschung zu vereinen und mit deren Hilfe ein Höhenflugzeug zu entwerfen, welches nach seiner Ausprobierung in eine deutsch-amerikanische Bau- und Verkehrsgesellschaft als Sacheinlage später eingebracht werden soll. Es haben sich bereits eine große Anzahl von wissenschaftlichen Förderern und Mitarbeitern unseren Bestrebungen angeschlossen, und nennen [sic!] wir Ew. Excellenz einige Namen:

Dr. Hugo von Abercron, Berlin, Vorsitzender der Abteilung für Ballonfahrten im D.L.V.

Dr. Paul Borck, Berlin, Experte für Luftschrauben

Dr. Draeger, Lübeck, Inhaber der Draegerwerke, Sachverständiger für den Bau von pneumatischen Kammern etc.

Excellenz Adolf von Harnack, Wirkl. Geh. Rat und Präsident der Kaiser-Wilhelm Gesellschaft

Dr. August Karolus, Leipzig, Physiker, Erfinder der drahtlosen Bildübertragung

Dr. Max Oertz, Hamburg, Konstrukteur für Flugboote und Schwimmer

Dr. Schröter, Berlin, Mitglied der Telefunkengesellschaft

Prof. Dr. Walter Mathesius, Nikolassee, Geh.Reg.Rat, vorm. Rektor der Technischen Hochschule, Charlottenburg

Dr. Hans Windhoff, Berlin, Sachverständiger für Kühlerkonstruktionen

Dr. Wolf, Berlin, Chemiker und Experte für Brennstoffe

u. a. m.

Vorerst gilt es, aus den uns zur Verfügung gestellten Vorschlägen die geeignetste Konstruktion durchzuarbeiten und ein Modell in der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen unter Leitung des Herrn Prof. Prandtl auszuprobieren. Über die Resultate werden wir die Mitglieder unserer Gesellschaft fortlaufend unterrichten. [...] Ew. Excellenz würden uns durch einen freundlichen Bescheid, ob Ew. Excellenz unserer Gesellschaft beitreten, und in welcher Höhe wir auf die Mithilfe Ew. Excellenz rechnen können, sehr verbunden.“<sup>756</sup>

Die Einladung zur Mitgliedschaft in der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ sollte vertraulich behandelt werden, da zugleich in Paris die Verbotsbestimmungen des Versailler Vertrages gegen den Flugzeugbau im Deutschen Reich neu verhandelt wurden.<sup>757</sup> Dieselbe Einladung wie Friedrich Schmidt-Ott erhielt der Direktor des

---

756 v. Specht / Schließmann, Gesellschaft für Höhenflugforschung e.V. Berlin, an Schmidt-Ott, 29. Januar 1926, Anlagen: D "Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung des Wissenschaftlichen Ausschusses der Gesellschaft für Höhenflugforschung e. V. am Dienstag, den 19. Januar 1926, 6 Uhr nachmittags"; C "Mitteilungen der Gesellschaft für Höhenflugforschung E.V. Berlin über den Ausbau eines transatlantischen Flugzeugverkehrs", GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 8.

757 Vgl. Budraß, Lutz: Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland, 1918-1945, Düsseldorf 1998.

Preußischen Aeronautischen Observatoriums in Lindenberg, Hugo Hergesell, ebenfalls mit der Aufforderung, der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ beizutreten. Hergesell zögerte jedoch, da er die beteiligten Personen nicht kannte und er auch „keine von den führenden Fluggesellschaften weder im Vorstand noch in den Kommissionen“ vertreten sah.<sup>758</sup> Friedrich Schmidt-Ott entschied sich darauf, zwar ein Auge auf die Entwicklung der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ zu halten, ihr vorerst aber nicht beizutreten.<sup>759</sup>

### 3. 3. 2. Transatlantikflüge und technische Voraussetzungen

Die Reichsministerien tauschten im Mai 1926 die ersten Informationen über die neu gegründete „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ aus. Das Auswärtige Amt informierte die Wirtschafts-, Finanz- und Innenressorts sowie die Junkers-Werke, dass die neugegründete Gesellschaft

„nicht als ein wissenschaftliches, sondern als ein Erwerbsunternehmen zum Nutzen der Mitglieder anzusehen [ist], für das lediglich als Vorstufe die Rechtsform des eingetragenen Vereins gewählt wurde.“<sup>760</sup>

Ihre Ziele setzte die Gesellschaft im Frühsommer 1926 einer breiteren Öffentlichkeit auseinander. Bei einer Flugschau in Mannheim brachte sie die Sprache auf mögliche „Luftwege in die Stratosphäre“ und diskutierte in diesem Zusammenhang die „Entwicklungsmöglichkeiten des transatlantischen Postverkehrs“, der im Höhenflug nur noch „16 Stunden von Hamburg nach Newyork [sic]“ benötigen würde.<sup>761</sup> In der Tat hatte die Meteorologie seit 1902 eine charakteristische Schichtung der erdnahen Atmosphäre aufzeigen können.<sup>762</sup> Auf der Erdoberfläche bestimmt eine turbulente Luftschicht das wechselhafte Wettergeschehen. Darüber hatte man eine wettermäßig fast störungsfreie Luftschicht entdeckt, die Stratosphäre, in einer Höhe oberhalb von 9 oder 12 Kilometern. Dies schien zu bedeuten, erstens, dass ein Flugverkehr in solchen Höhen nicht mehr von den Unbilden des erdnahen Wettergeschehens abhängig war,

758 Hergesell an Schmidt-Ott, 6. Februar 1926, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 8.

759 Schmidt-Ott an Gesellschaft für Höhenflugforschung, 20. Februar 1926, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 8.

760 Junkers Archiv, Ordner 306 Teil 12: Nr. 6, Vertraulich. Auswärtiges Amt an Finanzministerium, Innenministerium, Wirtschaftsministerium, Reichsverkehrsministerium, 18. Mai 1926, in vertraulicher Mitteilung an Junkers von Werner Wagener, 28. Mai 1926.

761 „Mannheimer Flugwoche“, in: Neue Mannheimer Zeitung, Dienstag, den 1. Juni 1926, (Mittag-Ausgabe), Nr. 247, S. 5.

762 Labitzke, Karin: Die Stratosphäre. Phänomene, Geschichte, Relevanz, Berlin: Springer 1999, S. 10-16.

und zweitens, dass ein Flugzeug in der Stratosphäre auch schneller vorankommen müsste, als in der dichteren Luftschicht darunter. Charles Lindbergh sollte für seinen Direktflug von Long Island, New York, nach Le Bourget bei Paris am 21./22. Mai 1927 insgesamt 33 ½ Stunden benötigen. Die „Spirit of St. Louis“ hatte dabei vor allem gegen Schneestürme anzukämpfen, denen Lindbergh weder mit einem Aufstieg auf 3200 Meter Flughöhe, noch mit einem Tiefflug wenige Meter über der Wasseroberfläche des Atlantiks entgehen konnte.<sup>763</sup> In der umgekehrten Richtung, von Ost nach West, musste es jeder transatlantische Flug gegen die Hauptwindrichtung aufnehmen. Daher rechnete man bei dieser Flugrichtung sogar mit einer 40 bis 42-stündigen Passage, was sich auch beim ersten Ost-West-Direktflug des Flugzeuges „Bremen“ von den „Junkers“-Werken in Dessau zum Leuchtturm von „Greenly Island“ auf Labrador in Kanada am 12./13. April 1928 bestätigte.<sup>764</sup> Noch länger dauerte der erste Passagierflug von Europa nach Amerika mit dem Luftschiff. Am 15. Oktober 1928 erreichte der LZ 127 „Graf Zeppelin“ nach 112 Stunden Flugzeit von Friedrichshafen am Bodensee den Ankermasten Lakehurst bei New York.<sup>765</sup> Die von der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ vollmundig schon 1926, also zwei Jahre vor den ersten tatsächlichen Transatlantikflügen, proklamierte Luftpostverbindung in nur 16 Stunden durch die weit höher gelegene Stratosphäre versprach daher ein sagenhafter Vorteil zu werden. Wenn sich diese Möglichkeit technologisch verwirklichen ließe, würden Deutschland und Amerika die erste interkontinentale Schnellverkehrsfluglinie aufbauen und ihre Handelsbeziehungen erheblich ausweiten können.

Seit 1918 verfolgten mehrere Flugzeugbauer den Plan, eine Maschine zu konstruieren, die die Stratosphäre erreichen und dort über mehrere Stunden hinweg würde fliegen können.<sup>766</sup> Das damit verbundene technologische Problem bildete ein Dilemma: einerseits müsste der benötigte Flugzeugmotor möglichst leicht gebaut werden, damit der Kraftstoffverbrauch niedrig blieb und eine Flugdauer mit transatlantischer Reichweite erlaubte. Auf der anderen Seite müsste der benötigte Flugzeugmotor sehr

---

763 Nicolaou, Stéphane: Lindbergh et la traversée de l'Atlantique Nord, in: Pégase 105 (2002) Heft , S. 4-31, S. 25.

764 Redemann, Hans: Die bahnbrechenden Konstruktionen im Flugzeugbau, Stuttgart: Motorenbuch Verlag 1989.

765 Vgl. Orlovius, Heinz (Hrsg.): Luftverkehr über dem Ozean. Mit einem Geleitwort von Staatssekretär Erhard Milch. Vol. 2, Berlin: E.S.Mittler&Sohn 1934.

766 Junkers Archiv, Ordner 306 Teil 12: Nr. 1 Denkschrift, Dessau, „Schnellverkehr in großer Höhe“ 28. April 1921.

leistungsstark sein und daher groß und verbrauchsintensiv ausfallen, um die nötige Schubkraft entwickeln und die Stratosphäre überhaupt erreichen zu können. Die Flugmotoren der herkömmlichen Bauart verloren ab einer Höhe von etwa 2000 Metern an Schubkraft, da der geringer werdende Luftdruck die Motorleistung senkte.<sup>767</sup> Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatten verschiedene Flugmotorenbauer deswegen die Vorverdichtung durch ein Gebläse ausprobiert.<sup>768</sup> Diese Technologie, die bei einem Abfall der normalen Luftversorgung für die Maschine (Druckabfall, Unterversorgung) eine geeignete Zufuhr und kontrollierte Kompression der Luft garantierte, musste für extreme Höhen aber erst entwickelt werden. Für die Konstruktion und Optimierung eines starken Flugmotors für Höhenflüge auf der Basis einer Verbrennungs- und Kolbenmaschine war dieses thermodynamisch-ingenieurstechnische Problem als erstes zu lösen.

Den Bau neuer, großer Flugzeuge in Deutschland hatten die Pariser Rüstungsbeschränkungen begrenzt. Auch zivile Flieger wie das Lincke-Hoffmann-Flugzeug oder die Rohrbach-Flugzeuge waren bis Ende Mai 1926 von dieser Kontrolle erfasst gewesen. Nach der Freigabe des Luftfahrzeugbaus drängte nun die „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ danach, einen „hochüberdimensionierten Motor“ zu bauen, den man aus einer Dampfturbine heraus zu einem Aggregat mit 50 bis 100 Atmosphären Druckleistung zu entwickeln gedachte. Für die Entwicklungsarbeiten hatte die „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ eine „Technische Kommission“ bestellt, deren Mitglieder aus Luftfahrttechnikern und Flugzeugführern (Piloten) bestanden.<sup>769</sup>

Dr. Paul Borck, Berlin

M. Bauer, Oberingenieur, Friedrichshagen

W. F. Ellyson, St. Pölten bei Wien

Hans Friedrich, Flugzeugführer, Halensee

Dipl.-Ing. Asmus Hansen, Flugzeugführer, Staaken

---

767 Bruns, Hans: Die Leistungsabnahme des Flugmotors beim Höhenflug, Dissertationsschrift, Technische Hochschule, Braunschweig 1919

768 Braun, Hans-Joachim: Flugzeugtechnik 1914 bis 1935: Militärische und zivile Wechselwirkungen, in: Technikgeschichte 59 (1992) Heft 4, S. 341-52, S. 345.

769 Gesellschaft für Höhenflugforschung an Schmidt-Ott, 9. Juni 1926, mit Denkschrift und Listen der aktuellen Mitglieder in Vorstand, Ehreणाusschuss, Wissenschaftliche Kommission, Technische Kommission, Finanz-Ausschuss und Juristische Beratung, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 8.

Dr. Ing. h.c. Heylandt, Berlin

Erwin Kleyer, Frankfurt/Main

Ing. S. Lindequist, Berlin

Dr. F. Loewe, Flugzeugführer, Berlin

Dipl.-Ing. Hans Windhoff, Zehlendorf

Der Flugzeugführer und Ingenieur Asmus Hansen übernahm die Aufgabe, die technischen Anforderungen an einen Flugmotor für die Stratosphäre zu beschreiben.

### 3. 3. 3. Asmus Hansen und die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft

Asmus Hansen, geb. 1894, hatte Thermodynamik und den Bau von Wärmekraftmaschinen studiert und konnte 1922/23 ein Patent auf die Optimierung von Krupp-Dieselmotoren anmelden.<sup>770</sup> Nach dem Ende der Inflation hörte er 1924 in Berlin bei Max Planck und Max von Laue physikalische Vorlesungen sowie mathematische Vorlesungen bei Richard Mises, bis er dann die Leitung des regelmäßigen Höhengaufstiegsdiensts an der meteorologischen Flugstelle in Staaken/Tempelhof übernahm, der Wissenschaftlichen Flugstelle des Preußischen Aeronautischen Observatorium von Lindenberg. Als Flugzeugführer (Pilot) von Wetterflugzeugen stieg Asmus Hansen regelmäßig auf zu Beobachtungsflügen in Höhen von 3100 bis 5800 Metern.<sup>771</sup> Das Flugfeld von Staaken war seit 1922 nicht nur die Stätte des Berliner Wetterflugdienstes, sondern gehörte auch zu den geheimen Erprobungsstätten des Waffenprüfungsamts für neue Flugzeugtechniken.<sup>772</sup> Piloten und Konstrukteure hatten dort viele Gelegenheiten, sich informell über technische Fragen auszutauschen. Asmus Hansen, Mitglied der „Technischen Kommission“ der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“, begann jedenfalls im Sommer 1926 im Einverständnis mit Hugo Hergesell eine Dissertation zur Theorie des Höhengflugmotors. Das Promotionsvorhaben wurde dann 1931, nach dem erfolgreichen Jungfernflug des fertig gebauten Höhengflugzeuges am 2. Oktober 1931, an der Technischen Hochschule in Dresden erfolgreich abgelegt und insbesondere auch von Adolf Nägel

---

770 Biographische Informationen laut Personalbogen Asmus Hansen, BAK R 73 Nr. 11719.

771 Nitsche, H. / Jaeger, A.: Geschichte der Aerologie in Deutschland. Trans. . o. O., 2002., Tabelle 2, S. 4.

772 Regel, Christoph: Organisation und Verantwortlichkeiten für Entwicklung und Erprobung 1920-1945, in: Flugerprobungsstellen bis 1945. Johannisthal, Lipezk, Rechlin, Travemünde, Tarnowitz, Peenemünde-West, hrsg. v. Heinrich Beauvais, Karl Kössler und Max Mayer, Bonn: Bernard&Graefe 1998, S. 50-54.

befürwortet.<sup>773</sup> Bereits die Dissertation von Asmus Hansen über die Anforderungen an einen Flugmotor für große Höhen und seine theoretische Konzeption eines Höhenflugmotors sind von 1926 an durch den Apparate-Ausschuss der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gefördert worden.<sup>774</sup>

Hugo Hergesell formulierte im Sommer 1926 die forschungspolitische Position, die die Notgemeinschaft gegenüber der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ und ihrem Projekt eines Höhenflugzeugs einnahm. Seine Stellungnahme wurde herausgefordert, als die „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ die Zurückhaltung der Gelehrten gegenüber den Mitgliedschaftsanfragen übergang und kurzerhand Hugo Hergesell, ungefragt, zu einem Mitglied im „Ehrenausschuss“ erklärt hatte. Gegenüber Friedrich Schmidt-Ott, der sich am 16. Juni 1926 während einer Sitzung der Strömungskommission bei Hugo Hergesell erstaunt über dessen Ehrenmitgliedschaft in der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ erkundigte, versicherte Hugo Hergesell seine „Befremdung“ über den vereinnahmenden Schritt der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“.<sup>775</sup> Zugleich machte Hugo Hergesell der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ deutlich, dass er grundsätzlich schon ein Höhenflugzeug befürworte, aber einen Flugzeugbau mit dem Ziel eines baldigen Fernflugverkehrs zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht halte. Hugo Hergesell begründete seine Zweifel mit dem Hinweis, dass trotz der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Meteorologie der hohen Atmosphäre entscheidende Fragen nicht geklärt wären. Zwar seien, zum Beispiel, die aerologischen Beobachtungen von Reinhard Süring über die geringen Windgeschwindigkeiten in der Stratosphäre richtig. Doch seien diese Ergebnisse in einem Messverfahren mit Registrierballons gewonnen worden, die aufgrund der nötigen Sichtbedingungen nur in Schönwetterlagen hatten durchgeführt werden können.<sup>776</sup> Seine eigene Messung in der Stratosphäre anhand einer anderen Methode, nämlich aufgrund von Schalluntersuchungen, lege dagegen sehr große Windgeschwindigkeiten in diesen Höhen nahe. Als Meteorologe machte Hugo

---

773 Hansen, Asmus: Entwicklungsmöglichkeiten des Höhenflugmotors: Arbeitsverfahren und Leistungen von Gas- und Ölmotoren mit Vorverdichtung und Verwertung der Abgasenergie in Höhen von 0 bis 30 km, Dissertationsschrift Dr. Ing., Technische Hochschule, Dresden 1931.

774 Personalbogen Asmus Hansen, BAK R 73 Nr. 16401.

775 Tageskalender, 16. Juni 1926. Gesellschaft für Höhenflugforschung an Schmidt-Ott, 9. Juni 1926; Hergesell an Schmidt-Ott, 17. Juni 1926, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 8.

776 Vgl. Höhler, Sabine: Luftfahrtforschung und Luftfahrtmythos. Wissenschaftliche Ballonfahrt in Deutschland 1880-1910, Frankfurt/New York, Campus 2001.

Hergesell angesichts dieser offenen Fragen keinen Hehl aus seinem Wunsch, dass er „vom rein wissenschaftlichen Standpunkt aus die Erforschung der Stratosphäre durch ein Flugzeug für dringend geboten“ hielt. Er stimmte daher dem Bau eines Flugzeuges zu, das „nur die wissenschaftliche Erforschung der großen Höhen betreiben soll, aber keine weitreichenden Flüge zu unternehmen hat,“ und stellte sich vor, dass ein solches Höhenflugzeug für „eine oder mehrere wissenschaftliche Flugstellen“ eingesetzt werden könnte. Für Hugo Hergesell zeichnete sich also die Chance ab, in Gestalt eines Höhenflugzeuges dasjenige Forschungsinstrument in die Hand zu bekommen, welches dazu in der Lage war, den Meteorologen in die Stratosphäre unmittelbar hinaufzutragen, um sie mit Messgeräten dort direkt zu untersuchen. Für Hugo Hergesell stand deshalb auch fest:

„Erst wenn diese (meteorologischen) Untersuchungen vollendet sind, wird eine Gesellschaft für Höhenflugforschung darangehen können, Verkehrspläne zu entwickeln, wenn dieses nach dem Resultat der wissenschaftlichen Aufstiege überhaupt möglich ist.“<sup>777</sup>

Mit dieser Distanzierung von dem Industrieprojekt zog sich die Wissenschaft im Juni 1926 aus der „Gesellschaft für Höhenflugforschung e.V.“ zurück.<sup>778</sup> Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft behandelte das Vorhaben der „Gesellschaft für Höhenflugforschung“ allerdings nicht nur deshalb zurückhaltend, weil Friedrich Schmidt-Ott den – offenkundigen – Verdacht hegen musste, dass die Gesellschaft ihre kommerziellen Interessen nur hinter einem Anschein wissenschaftlicher Betätigung verbarg. Schwerwiegender war für Friedrich Schmidt-Ott, dass sich die Idee für ein Stratosphärenflugzeug mit dem geplanten Bau eines neuen Luftschiffes der „Zeppelin“-Werft überkreuzte. Es war Friedrich Schmidt-Ott klar, dass sich die Flugzeugindustrie generell und „besonders Junkers in einem, dem Luftschiffbau feindlichen Sinne“ betätigte.<sup>779</sup> Am 24. Juni 1926 unterschrieb Friedrich Schmidt-Ott einen Aufruf des im August 1925 gegründeten „Reichsausschusses für die Zeppelin-Eckener-Spende des deutschen Volkes“, der zu einer „Reichssammelwoche“ für den 11. bis 18. Juli 1926 einlud, um die Finanzierung eines neuen Zeppelins in

---

777 Hergesell an Gesellschaft für Höhenflugforschung, 17. Juni 1926, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 8. Die präzisierende Einfügung in Klammern von mir (J. Kirchhoff).

778 Junkers Archiv Ordner 306 Teil 12: Nr. 7, Aktennotiz, Vertrauliches Gespräch mit Abercron über Berson, Tschudi und Sühning, 14. Juni 1926.

779 Schmidt-Ott an Eckener, 9. November 1925, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 7.

Friedrichshafen sicherzustellen.<sup>780</sup> Friedrich Schmidt-Ott hielt damit seine Verbundenheit zu den Luftschiffen aufrecht, die ihn bereits während des Wilhelminischen Kaiserreichs beruflich beschäftigt und fasziniert hatten. Diese Loyalität schloss allerdings nicht aus, das Projekt eines Forschungsflugzeuges für die Stratosphäre in der Notgemeinschaft weiter zu verfolgen.

In der Notgemeinschaft versammelte Friedrich Schmidt-Ott am 16. Juli 1927 den Maschinenbauer und Leiter der Forschung in den Hugo-Junkers-Werken, Otto Mader, den Strömungsforscher und Direktor der Aerodynamischen Versuchsanstalt in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Ludwig Prandtl, aus dem Fachausschuss für Maschinenbau der Notgemeinschaft den Fachvertreter für die Theoretische und Angewandte Strömungstechnik, Hermann Föttinger, den Tragflügel spezialisten und Schüler Prandtls, Albert Betz, und die Fachgutachter der Notgemeinschaft für Angewandte Mathematik, Erich Trefftz, und Maschinenbau, Carl Kutzbach. Die Konferenz beschloss, „das Höhenflugproblem auf Grund der Hansen’schen Vorschläge in Angriff zu nehmen“.<sup>781</sup> Asmus Hansen regte an, die Konstruktionskosten auf mehrere Schultern zu verteilen: Das Reichswehrministerium, dessen geheime Flugerprobungen für Asmus Hansen bekannt waren, sollte an dem Bau des Flugzeuges selbst interessiert werden. An die Marine könnte man die Konstruktion des Verdichtungsgebläses delegieren. Die Luftdruckkammer würde die Notgemeinschaft selbst übernehmen können.<sup>782</sup> Ein Jahr später, 1928, waren die theoretischen Überlegungen von Asmus Hansen in seiner Dissertation soweit gediehen, dass die Konstruktion eines Höhenflugzeuges und seines Motors begonnen werden konnte. Die „rechnerische und konstruktive Festlegung“ des Höhenflugzeuges sandte Asmus Hansen mit genauen Plänen im Juni 1928 an die Notgemeinschaft.<sup>783</sup>

### **3. 3. 4. Bau und Finanzierung des „Höhenflugzeuges“ bei den Junkers-Werken**

Asmus Hansen beantragte bei der Notgemeinschaft eine Fortsetzung des Stipendiums, um nach seinen Plänen einen Prototyp des Motors und des Höhenflugzeuges in der Flugzeugwerft von Hugo Junkers bei Dessau zu bauen. Das Versuchs-

---

780 Flugblattaufwurf, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 9, Bl. 14.

781 Junkers Archiv Ordner 306 Teil 12: Nr. 11, Nägel an Junkers, 21. Juli 1927.

782 Tageskalender, 16. Juli 1927.

783 Hansen an Stuchtey, 8. Juni 1928 bzw. 23. Juni 1928, BAK R 73 Nr. 16401.

Forschungsflugzeug der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft sollte für einen Aufstieg in 16 Kilometer Gipfelhöhe konstruiert werden. An dem Bau des Flugzeuges in den „Junkers-Werken“ in Dessau arbeitete Asmus Hansen zusammen mit einem Flugzeugbauingenieur. Für die Dauer des Flugzeugbaus stellte der Direktor des Preußischen Observatoriums Hugo Hergesell den Flugzeugführer Asmus Hansen von den meteorologischen Höhengängen in Staaken/Tempelhof frei. Der Apparate-Ausschuss der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft unterstützte das Konstruktionsvorhaben des Höhenflugzeuges in der Flugzeugwerft mit großem Wohlwollen.<sup>784</sup> Doch Friedrich Schmidt-Ott bemühte sich, die Entwicklungskosten für die technische Umsetzung der Pläne von Asmus Hansen von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft abzuwälzen und begann, das Reichsverkehrsministerium für die Finanzierung des Höhenflugzeuges ab Juli 1928 zu interessieren. Regierungsrat Adolf Bäumker, Referent für technische Neuentwicklungen der Verkehrsluftfahrt und der Luftfahrtforschung im Reichsverkehrsministerium, lehnte jedoch am 9. Juni 1928 in einer gemeinsamen Sitzung mit den Ingenieuren Asmus Hansen und Dr. Schrenk sowie Hugo Hergesell die staatliche Projektbeteiligung ab und empfahl, das „Höhenflugzeug soll[e] Junkers bauen“.<sup>785</sup> Die Gespräche mit dem Reichsverkehrsministerium über das Höhenflugzeug führten in dieser Hinsicht zwar nicht zu einer Einigung, begründeten aber eine Zusammenarbeit der Notgemeinschaft mit dem Ministerium in den Fragen der Luftfahrtforschung. Diese Kooperation sollte sich 1931 ausweiten zur Gründung eines „Deutschen Forschungsrates für Luftfahrt“. Reichsverkehrsminister Theodor von Guérard lud Friedrich Schmidt-Ott zu repräsentativen Anlässen wie der Eröffnung der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung in Berlin am Sonntag, den 7. Oktober 1928 in das Hotel „Esplanade“ ein, wo Friedrich Schmidt-Ott allerdings absagen musste, weil er Anfang Oktober 1928 eine Reise in die Türkei zu den kleinasiatischen Ausgrabungsstätten von Smyrna und Pergamon unternahm.<sup>786</sup> In der Frage des Höhenflugzeuges versuchte Friedrich Schmidt-Ott noch im August 1928, nachdem die Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium zu keinem Ergebnis geführt hatten, den seit Anfang des Jahres amtierenden Reichswehrminister Wilhelm Groener

---

784 Karl Stuchtey, Geschäftsführer des Apparate-Ausschusses, erteilte die Bewilligung für die Fortsetzung des Stipendiums schon vor dem offiziellen Einlaufen eines Antrages.

785 Tageskalender, 9. Juni 1928.

786 GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott D 15 Teil II Blatt 346.

zu interessieren. Auch hier trug sich Friedrich Schmidt-Ott mit der Hoffnung, dass die Deutsche Reichswehr bereit sein würde, die Entwicklungskosten von ca. 500.000.- Reichsmark für das Flugzeug zu tragen.<sup>787</sup> Friedrich Schmidt-Ott machte Wilhelm Groener mit den Plänen der Notgemeinschaft für ein Höhenflugzeug bekannt und erwähnte die Zusammenarbeit mit dem Reichsverkehrsministerium. Er beteuerte, dass der Notgemeinschaft „auch an der baldigen Ausnutzung dieses Ergebnisses deutscher Forscherarbeit liegen“ müsse. Friedrich Schmidt-Ott ging „mit Sicherheit“ davon aus, dass die „Durchführung des Planes auch für die Heeresverwaltung von erheblicher Wichtigkeit“ sei, und sprach eine Empfehlung für Asmus Hansen aus, damit dieser seine Pläne gegenüber dem Reichswehrministerium selbst vortrage.<sup>788</sup>

Doch der spätere zivile oder militärische Nutzen des Höhenflugzeug-Prototyps schien nicht überzeugen zu können.<sup>789</sup> Auch das Reichswehrministerium erklärte sich nicht zu einer Übernahme der Kosten bereit, sodass Asmus Hansen 1929 beim Apparat-Ausschuss der Notgemeinschaft die Fortsetzung der Konstruktionsarbeiten beantragte und auch bewilligt bekam.<sup>790</sup> Friedrich Schmidt-Ott bekräftigte daher erneut, dass das Höhenflugzeug als Projekt zu begreifen sei, das zuallererst den Aufstieg in die Stratosphäre ermöglichen und der meteorologische Forschung dienen würde. Immerhin schloss er nicht aus, wie er am Rande andeutete, dass das Höhenflugzeug „vielleicht auf künftigen Schnellverkehr vorarbeiten“ würde.<sup>791</sup>

### 3. 3. 5. Das Höhenflugzeug JU 49 – eine Sackgasse?

Wie ist die Forschungspolitik der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in dem Fallbeispiel des „Höhenflugzeugs“ von der Planungsphase im Sommer 1926 bis zur Fertigstellung 1929 zu bewerten? Bemerkenswert scheint, dass am Beginn des Projekts zunächst die Geschäftsidee einer transatlantischen Aktiengesellschaft stand, die „Transocean Aero Company“, die mit visionärer Voraussicht die Transportmöglichkeiten des interkontinentalen Flugreiseverkehrs verbessern und kommerziell nutzen wollte. Dafür mussten allerdings erst die innovativen,

---

787 Junkers Archiv Ordner 306 Teil 12: Nr. 16, Aktennotiz. Betr. Höhenflug Hansen. Dessau, 10. Januar 1928.

788 Schmidt-Ott an Groener, 31. August 1928, GStA PK Rep. 92 Schmidt-Ott D 15, Blatt 156f.

789 Braun, Hans-Joachim: Flugzeugtechnik 1914 bis 1935: Militärische und zivile Wechselwirkungen, in: Technikgeschichte 59 (1992) Heft 4, S. 341-52.

790 Bericht und Verlängerungsantrag Hansen an Stuchtey, 6. April 1929, BAK R 73 Nr. 16401.

791 Deutsche Forschung, Heft 14: Strömungsforschung in der Atmosphäre (1930), S. 5.

wissenschaftstechnologischen Kenntnisse beschafft werden, insbesondere im Flugmotorenbau. Die Industrie gründete dazu im Deutschen Reich einen wissenschaftlichen Verein, die „Gesellschaft für Höhenflugforschung e.V.“, um erfahrene Motoreningenieure, Flugtechniker und Piloten zur Mitarbeit zu versammeln, und bahnte durch diesen wissenschaftlichen Verein die Kooperation mit der öffentlich finanzierten Forschung an. Das Interesse der angesprochenen Wissenschaftsorganisation, der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, lag freilich nicht auf derselben Linie wie das der Industrie. Die Forschungspolitik der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft bemühte sich, das ingenieurtechnische Anliegen der „Transocean Aero Co.“ in ganz anderem Sinne, nämlich für die meteorologische Disziplin der Atmosphärenforschung (Aerologie) fruchtbar zu machen. Die meteorologischen Wissenschaften waren mithilfe von Registrierballonen, Flugzeugaufstiegen und Sprengungsmessungen in der Lage, sowohl die Troposphäre als auch die Stratosphäre untersuchen zu können. Doch reichten ihre bemannten, direkten Messmöglichkeiten nicht über eine Höhe von 5 bis 7 Kilometern hinaus, blieben also noch innerhalb der wetterwirksamen Schicht. Ein messtechnisches Hauptinteresse der meteorologischen Forschung war es daher, geeignetere Verfahren zu finden, um die vorhandene indirekte Messtechnik in der Stratosphäre durch neue, direkte Methoden zu verbessern. Ein Höhenflugzeug für den Aufstieg bis in die Stratosphäre selbst, auf mindestens 9 Kilometer und höher, würde solche messtechnischen Möglichkeiten schaffen. Die Forschungspolitik der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft förderte in dieser Situation den innovativen wissenschaftlichen Kerngedanken, d.h. die thermodynamische Aufgabe, die Anforderungen an einen leistungsfähigen Flugmotor für solch extreme Höhen zu berechnen. Nachdem der Flugzeugbau im Deutschen Reich 1926 wieder erlaubt worden war, verfolgte die deutsche „Hugo Junkers“-Flugwerft in Dessau, das inzwischen durch den Ingenieur Asmus Hansen berechnete Flugzeug 1928 auch tatsächlich zu bauen. In dieser Phase bemühte sich die Notgemeinschaft, die Kosten für die technologische Entwicklung der Maschine auf andere, staatliche Träger abzuwälzen. Diese Kostenverteilung gelang nicht, u.a. wohl auch deswegen nicht, weil eine militärische oder zivile Flugzeugverwendung in der Stratosphäre im Jahr 1928 noch kaum vorstellbar oder machbar schien. Man hatte schließlich 1927/1928 den

transatlantischen Direktflugverkehr überhaupt erst begonnen, und zwar in abenteuerlichen Passagen mit größten Schwierigkeiten, und nur auf konventionellen Flughöhen.<sup>792</sup> Die Forschungspolitik der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hielt jedoch daran fest, mit dem „Höhenflugzeug“ einen Flugapparat für wissenschaftliche Zwecke zu bauen, wandte dafür von 1928 bis 1932 insgesamt Reichsmark 39.825.- auf mit der vagen Aussicht, dass die Motorentechologie später in den zivilen oder militärischen Flugzeugbau diffundieren könnte.<sup>793</sup>

An dieser Stelle sind zwei Punkte kritisch zu überlegen: Erstens die Frage, ob in Asmus Hansens Konzeption und Konstruktion des Höhenflugmotors zwischen 1926 und 1931 die von ihm favorisierte, hochverdichtende Verbrennungsmaschine auf der Basis eines Kolbenmotors die konkurrenzfähige Technologie darstellte. Prototypische Raketenantriebe, wie sie seit 1926 in den Vereinigten Staaten und im Deutschen Reich entwickelt wurden, und insbesondere die Entwicklung von neuen Strahltriebwerken ließen in diesen Jahren das Düsenzeitalter beginnen. Asmus Hansens Höhenflugmotor, ein 12-Zylinder mit zusätzlicher Verdichtung (Luftladung), den er bei Junkers mit der Typenbezeichnung „L-88“ baute, übertraf zwar mit 800 PS die Leistung der gleichzeitig gebauten Langstreckenflugmotoren um mehr als das Doppelte.<sup>794</sup> Doch die ungleich leistungsstärkeren Düsentriebwerke, die ab 1940 in Serie gingen, sollten den Wettlauf in die höhere Atmosphäre und weiter in den Weltraum technologisch entscheiden.<sup>795</sup> Ließe man dieses Argument gelten, dann wäre mit dem Höhenflugmotor ein hoher Entwicklungsaufwand für eine nicht-innovationsfähige Technologie auf die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft abgewälzt worden. Zweitens ist kritisch zu bemerken: Die „Gemeinschaftsarbeiten“ waren als organisatorisches Modell gedacht gewesen für eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie über abgesprochene Teilfragen, und zwar an verschiedenen Wissenschaftsstätten im Deutschen Reich. Im Falle des „Höhenflugzeuges“ scheint es – trotz der kognitiven Herausforderung, die das Problem des Stratosphärenflugs stellte –

---

792 Vgl. Orlovius, Heinz (Hrsg.): Luftverkehr über dem Ozean. Mit einem Geleitwort von Staatssekretär Erhard Milch. Vol. 2, Berlin: E.S.Mittler&Sohn 1934.

793 Bewilligungen an Asmus Hansen 1928-1932, Entwicklung des aerologischen Höhenflugzeugs, BAK R 73 Nr. 11719.

794 Zuerl, Walter (Hrsg.): Junkers Flugzeuge und -Motoren. Vol. 5, Steinebach am Wörthsee: Luftfahrt Verlag 1964.

795 Neufeld, Michael J.: Die Rakete und das Reich. Wernher von Braun, Peenemünde und der Beginn des Raketenzeitalters, Berlin 1999.

keinen Versuch gegeben zu haben, eine kooperative bzw. korporative Lösung zu finden. Stattdessen ist die große Aufgabe im Wesentlichen nur *einem* Ingenieur in *einer* Flugbaufirma übertragen worden.

Die technischen Hilfsmittel für die Strömungsforschung in der Stratosphäre entwickelten sich ab den 1930er Jahren in eine neue Richtung. Mit der Konstruktion von funkübertragenden Messsonden entstand eine andere Möglichkeit, in den großen Höhen der Atmosphäre direkte Messungen vorzunehmen. Auch stellte sich heraus, dass die Messungen von Windgeschwindigkeiten in der Atmosphäre aus einem fliegenden Flugzeug heraus nur Daten von „roh orientierende[m] Charakter“ lieferten.<sup>796</sup> Aus diesen Gründen erschien die Höhenflugforschung mittels eines Flugzeuges schon kurz nach dem Jungfernflug weniger interessant zu werden für das Gebiet der Physik der Atmosphäre, und erhielt mehr Relevanz für den Bereich der Medizin (Luftfahrtmedizin).<sup>797</sup>

### **3.4. Deutsch-Sowjetische „Gemeinschaftsarbeiten“**

#### **3. 4. 1. Forschungsrat und internationale Zusammenarbeit**

Im Vergleich zu anderen europäischen als auch außereuropäischen Industrienationen hat das politische und wissenschaftspolitische System im Deutschen Reich die Forschungspolitik bis 1936 nicht effektiv zentralisiert. Benito Mussolini veranlasste im faschistischen Italien, den dort bereits 1923 geschaffenen Nationalen Forschungsrates per königliches Gesetzesdekret vom 31. März 1927 neu zu ordnen.<sup>798</sup> Der Elektroingenieur und Diplomat Guglielmo Marconi wurde am 1. Januar 1928 beauftragt, mit dem italienischen Forschungsrat Empfehlungen für neue Laboratorien zu beraten, die internationale Präsenz italienischer Forscher auf Kongressen zu steigern sowie eine italienische technisch-wissenschaftliche Bibliographie zu organisieren. Der am 3. Februar 1929 neu berufene italienische Forschungsrat hatte insgesamt 29 Mitglieder in zwölf verschiedenen Komitees, die nur aus Natur- und

---

796 Duckert, Paul: Neue Hilfsmittel und Methoden zur Strömungsforschung in großen Höhen der freien Atmosphäre, in: Strömungsforschung in der freien Atmosphäre. II. Mitteilung, hrsg. v. Friedrich Schmidt-Ott, (= Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Band 21), Berlin: Karl Siegismund 1934, S. 19-29, S. 20.

797 Hansen, Asmus: Höhenflug des Forschungsflugzeugs Ju 49 am 21. 11. 1934, (= Deutsche Luftfahrtforschung Forschungen Bericht 1935.

798 Notiz Stuchtey an Griewank, 6. September 1928, BAK R 73 Nr. 292.

Technikwissenschaftlern gebildet worden waren, und zwar in den Fächern Astronomie, Biologie, Chemie, Physik, Geodäsie/Geophysik, Geographie, Geologie, Mathematik, Medizin, Funkentelegraphie, Ingenieurwissenschaften und Landwirtschaft. Zum Jahresende 1926 bot die internationale wissenschaftspolitische Organisation des „Conseil de Recherche Internationale“ in Brüssel sowohl dem Italienischen Forschungsrat als auch einer Delegation der deutschen Wissenschaft den Beitritt an.<sup>799</sup> Damit war das offizielle Signal für ein Ende des Boykotts gegen die deutsche Wissenschaft gesetzt. Mit diesem Schritt entspannte sich die internationale wissenschaftspolitische Lage der Nachkriegsjahre: „The animosity toward Germany seems to be dying out.“ wurde August W. Fehling bereits Anfang 1926 aus den Vereinigten Staaten angedeutet.<sup>800</sup> Wie reagierte die Wissenschaftspolitik des Deutschen Reichs ab 1927 auf diese Öffnung? Sollte die amerikanische Vision von George Ellery Hale Realität werden, großen Forschungsherausforderungen durch eine wissenschaftliche Zusammenarbeit auf internationaler Ebene zu begegnen? Erweiterten sich die „Gemeinschaftsarbeiten“ der Notgemeinschaft in großen Forschungsaufgaben nun über die eigenen nationalen Grenzen hinaus zu echten Kooperationen? Bezeichnend für die politische und wissenschaftsorganisatorische Entwicklung im Deutschen Reich ist das Angebot des „Conseil International de Recherche“ vom 7. Mai 1926, der internationalen Gelehrtenvereinigung 1927 beizutreten, von den deutschen Gelehrten ausgeschlagen worden. Der Deutsche Hochschulverband mit den Rektoren von dreizehn Universitäten wandte sich mit einer Erklärung vom 22. Juli 1926 an das Auswärtige Amt, dass sich die deutsche Wissenschaft zwar nicht der wissenschaftlichen Zusammenarbeit verschließe, aber keinesfalls den „Kampforganisationen“ des Völkerbundes, wie es der Conseil International de Recherche“ sei, beitreten wollte.<sup>801</sup> Das Auswärtige Amt hielt diese Einstellung unumwunden für schädlich, besonders im Hinblick auf den westeuropäischen Verständigungsprozess, aber auch deshalb, weil der „Conseil

---

799 Reichsminister des Innern (im Auftrag: Donnevert) an Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, 11. Dezember 1926, Abschrift der „Statuten des International Research Council“. Umlauf der „Statuten“ in der Notgemeinschaft vom 30. Dezember 1926 bis 16. Februar 1927, BAK R 73 Erster Teil Nr. 291.

800 Anderson an Fehling, 14. Februar 1926, BAK R 73 N 1106 (Fehling) Nr. 1.

801 Schroeder-Gudehus, Brigitte: *Les scientifiques et la paix. La communauté scientifique internationale au cours des années 20*, Montréal: Les presses de l'Université de Montréal 1978, S. 270.

International de Recherche“ faktisch niemals ein offizielles Gremium des Völkerbundes gewesen war.<sup>802</sup> Andererseits rechnete die Kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amts damit, dass die eingegangenen Sonderverbindungen der deutschen Wissenschaft zu Sowjet-Russland sich auch politisch auszahlten. Als Sprecher des parlamentarischen Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten bestätigte der Russland-Experte Otto Hoetzsch gegenüber Friedrich Schmidt-Ott, die enger zu knüpfenden Wissenschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion seien „auch für die politischen Beziehungen jetzt trotz der großen Schwierigkeiten außerordentlich günstig“.<sup>803</sup> Die Notgemeinschaft verfolgte daher ihre internationalen forschungspolitischen Prioritäten weiterhin in Sowjet-Russland.

### **3. 4. 2. Die „Russische Naturforscherwoche“ in Berlin**

Die erste gemeinsame, von Friedrich Schmidt-Ott offiziell begleitete deutsch-sowjetische Veranstaltung im Deutschen Reich wurde die "Russische Naturforscherwoche" in Berlin vom 19. bis 25. Juni 1927.<sup>804</sup> Die Vortragsreihe war von deutscher Seite aus gemeint als eine Gegeneinladung der Deutschen Regierung an die sowjetischen Forscher für die Feier der Akademie in Petersburg/Leningrad im Jahr 1925.<sup>805</sup> Diese Vortragswoche der russischen Gelehrten sollte die wissenschaftlich-kulturellen Beziehungen im Sinne des Rapallo-Abkommens von 1922 und des Berliner Vertrages vom 24. April 1926 zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion vertiefen. Auf der Vortragswoche an der Berliner Universität 1927 sprachen 18 sowjetische Gelehrte der Sowjetischen Akademie über den Stand und die Entwicklung der Wissenschaften in Sowjet-Russland.<sup>806</sup> Als unmittelbarer Gastgeber der Vortragsreihe in Berlin trat die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas auf. Die akademische Leitung lag auf deutscher Seite bei dem Hirnforscher Oskar Vogt von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Obgleich die Veranstaltung also nicht in einer Hand lag,

---

802 Terdenge an Jonas, 15. Juni 1928, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag 1 Band 2, Bl. 66-67.

803 Hoetzsch an Schmidt-Ott, 29. Juni 1927, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag 1 Band 2.

804 Tageskalender, 19.-24. Juni 1927. Vogt, Oskar (Hrsg.): Die Naturwissenschaften in der Sowjetunion. Vorträge ihrer Vertreter während der 'Russischen Forscherwoche' in Berlin 1927. Herausgegeben im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, Berlin, Königsberg: Ost-Europa-Verlag 1929.

805 Russische Forscherwoche in Berlin 1926-1927, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. 47. Notiz, 9. Juni 1927, GStA PK Dahlem I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1, Band 1.

806 Vgl. Artikel von Semashko, Frankfurter Zeitung, 24. Juni 1927.

sondern auf mehrere Akteure verteilt war, so hatte Friedrich Schmidt-Ott doch im Vorfeld entscheidend zum Zustandekommen der sowjetischen Forscherwoche in Berlin beigetragen.<sup>807</sup> Im Vordergrund stand dabei sein Bemühen, einer Vereinnahmung durch sowjet-kommunistische Agenten wie Olga Kamenew zu entgehen. Heinrich Zeiss hatte der Notgemeinschaft empfohlen, die einzuladenden russischen Gelehrten namentlich zu bestimmen, damit die Sowjetregierung keine „roten Professoren“ nach Berlin entsenden könnte.<sup>808</sup> Die Ambivalenz der deutschen Wissenschaftspolitik gegenüber den Machthabern des kommunistischen Regime, die Vorsicht von Friedrich Schmidt-Ott zwischen ideologischer Distanzierung und kulturpolitischer Annäherung, äußerte sich auch darin, dass die Ausrichtung der Vortragswoche von einer Fachgesellschaft wie der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas übernommen wurde, also einer sozial- und kulturwissenschaftlich orientierten Gelehrtenvereinigung, die seltener in die Lage kam, naturwissenschaftliche und medizinische Vorträge abzuhalten. Die Deutsche Regierung konnte sich als Veranstalter zurückhalten, weil das Auswärtige Amt auch nach dem Berliner Vertrag kein Kulturabkommen mit der Sowjetunion geschlossen hatte. Somit setzten die wissenschaftlichen Gesellschaften im Deutschen Reich ihre seit den frühen 1920er Jahren angenommene Rolle als Mittlerorganisationen in der auswärtigen Kulturpolitik fort. In seiner Eröffnungsrede der „Forscherwoche“ bekräftigte Friedrich Schmidt-Ott am 19. Juni 1927 vorsichtig, dass die beiden Staaten „wie Verwandte aufeinander angewiesen“ seien.<sup>809</sup>

Seine Doppelfunktion als Präsident der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas wie der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nutzte Friedrich Schmidt-Ott, um die wissenschaftspolitischen Verbindungen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zu Sowjet-Russland zu festigen. Friedrich Schmidt-Ott arrangierte Oskar Vogts akademische Leitung der Russischen Naturforscherwoche nicht nur aus fachlichen Gründen, sondern auch deshalb, weil der Hirnforscher beabsichtigte, mithilfe der Notgemeinschaft in Moskau ein deutsch-russisches Institut

---

807 Vogt an Schmidt-Ott, 9. September 1926, GStA PK Dahlem I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1, Band 1.

808 Protokoll der Vorbesprechung über die Veranstaltung einer russischen Forscherwoche in Berlin im Jahre 1927, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1, Band 1. Bl. 29-35.

809 Tageskalender, 19. Juni 1927.

zu begründen: die „Rassenpathologische Forschungsstelle in Moskau“.<sup>810</sup> Nach dem Abschluss seiner Untersuchungen an den Hirnlamina des verstorbenen Revolutionsführers Vladimir I. Lenin in Moskau bemühte sich Oskar Vogt um eine Institutionalisierung der Hirnforschung in Russland, wo ihm zunächst größeres Entgegenkommen für seine Forschungsinteressen zur Variabilität der Hirnarchitektonik gezeigt wurde als von Seiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Deutschen Reich.<sup>811</sup> Friedrich Schmidt-Ott steuerte die Notgemeinschaft im Hinblick auf die „angestrebte Arbeitsgemeinschaft zwischen der russischen und der deutschen Wissenschaft“ allerdings nicht langfristig auf die Gründung von deutsch-sowjetischen Instituten generell zu, obgleich in Sowjet-Russland kein deutsches Hochschulland mehr dagegen hätte Einspruch erheben können. Stattdessen setzte die Notgemeinschaft vor allem auf die Durchführung von Expeditionen.<sup>812</sup> Dafür standen „im Benehmen mit der Russischen Akademie der Wissenschaften“ folgende Unternehmen in Sowjet-Russland in Aussicht:

- Die Expedition des Marburger Geologen Weigel nach Ostasien zur Erforschung der hohen Gebirgszüge an der Westküste des Ochotkischen Meeres. Diese Expedition war „zwischen Professor Weigel und Professor Fersman genau besprochen“ worden.
- Die Expedition des Münchener Geologen Erich Kaiser nach Südafrika zur Erforschung der Wüste Karakum.
- Eine Expedition in den Pamir, als Anschlussexpedition an die deutsche „Pamir“-Expedition im Jahre 1913.
- Die Expedition in die Burjaten-Mongolei zur Erforschung der Syphilis des Heidelberger Mediziners Karl Wilmanns.<sup>813</sup>

---

810 Tageskalender, 2. August 1927, 5. August 1927. Die historische und medizingeschichtliche Forschung zur sog. „Rassenpathologie“ sowie zum Moskauer Institut für Rassenforschung, an dem die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft finanziell beteiligt war, ist vor allem durch Paul Weindling aufgearbeitet worden, vgl. Weindling, Paul: German-Soviet Medical Co-operation and the Institute for Racial Research, 1927-1935, in: German History 10 (1992) Heft 2, S. 177-206.

811 Kirsche, Walter: Oskar Vogt 1870-1959. Leben und Werk und dessen Beziehung zur Hirnforschung der Gegenwart. Ein Beitrag zur 25. Wiederkehr seines Todestages, (= Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR: Mathematik, Naturwissenschaften, Technik, Band 13 (1985)), Berlin: Akademie-Verlag 1986, S. 13.

812 Notiz, ohne Datum (vor Mai 1927?), GStA PK Dahlem I. Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Band 2, Bl. 152-153.

813 Vgl. Solomon, Susan Gross: The Soviet-German syphilis expedition to Buriat Mongolia, 1928: scientific research on national minorities, in: Slavic Review 52 (1993) Heft 2, S. 204-232. Solomon, Susan Gross: The Soviet-German syphilis expedition, 1928. The hidden face of joint scientific ventures, in: Big culture. Intellectual cooperation in large-scale cultural and technical systems, hrsg. v. Giuliana Gemelli, Bologna: Clueb 1994, S. 183-201.

In der Tat sollten naturwissenschaftliche Expeditionen und Reisen von deutschen Gelehrten nach Sowjet-Russland den größten Teil an den deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft einnehmen, sowohl in finanzieller Hinsicht, als auch in Bezug auf die forschungspolitische Aufmerksamkeit, die man ihnen widmete. Das erste derartige Forschungsunternehmen der Notgemeinschaft fand 1928 mit der Expedition in das „Pamir“-Hochgebirge der Sowjet-Republik Tadschikistan statt (Nr. 3 aus der eben zitierten Liste).

### **3. 4. 3. Die Expedition in den Pamir**

In der „Pamir“-Expedition 1928 liefen mehrere Fäden zusammen, die im Folgenden der Reihe nach geschildert werden, um die Vielschichtigkeit der forschungspolitischen Interessen detailliert aufzuzeigen. Zum ersten sind die wissenschaftshistorische Entwicklung der Geographie und ihre Spezialisierung in der Gletscherkunde, der Glaziologie, zu berücksichtigen. Zum zweiten ist die Geschichte des Alpenvereins und seiner wissenschaftlichen Betätigung nicht wegzudenken. Drittens haben russische wie auch deutsche Geographen vor 1914 im Hochgebirge des „Pamir“ jeweils mehrere Expeditionen unternommen, die auf die spezifische Aufgabenstellung der Expedition von 1928 hinführten. Viertens spielte die maschinelle Automatisierung im Vermessungs- und Landkartenwesen eine wichtige Rolle für das Programm und den spezifischen Ablauf der „Pamir“-Expedition. Und schließlich erlaubte es, fünftens, erst die deutsch-sowjetische diplomatische Annäherung sowie die wissenschaftspolitische Bereitschaft der Notgemeinschaft, mit den Russen „Gemeinschaftsarbeiten“ zu veranstalten, ein Unternehmen dieser Größe in der Sowjet-Republik durchzuführen.

### **Geographie**

Die Klassische Geographie kannte seit der Antike die Tradition der Forscherreise mit einem generalistischen Interesse an der Erdbeschreibung.<sup>814</sup> Nach dem Tod 1859 ihrer berühmtesten Vertreter, Alexander von Humboldt und Carl Ritter, wandelte sich die Arbeitsweise der Geographen: „an Stelle des Finders tritt der Untersucher, an die Stelle des Schürfers der Abteufer, an die Stelle des Auges das Instrument und an die

---

814 James, Preston E. / Martin, Geoffrey J.: All Possible Worlds. A History of Geographical Ideas. Second Edition. Maps and Illustrations by Eileen W. James, New York: John Wiley & Sons 1981

Stelle des Erzählers der Vermesser und Statistiker.“<sup>815</sup> Die Expeditionen wurden kaum mehr allein, sondern arbeitsteilig durchgeführt, die geographischen Fragestellungen konzentrierten sich stärker auf standortfeste Feldstudien und das Forschungsprogramm von Expeditionen differenzierte sich in mehr und mehr Spezialinteressen.<sup>816</sup> Diese Spezialisierung geographischer Forschungsinteressen führte zu einer Ausdifferenzierung geographischer Objektbereiche in Flachland, Hochgebirge, Süßwasserseen, Ozeane sowie urbane Siedlungs- und Wirtschaftsräume. Im Zuge der Professionalisierung der Geographie zum akademischen Forschungsberuf etablierte sich das Fach zwischen 1871 und 1914 an den Universitäten.<sup>817</sup>

### **Glaziologie und die Methode der Photogrammetrie**

Ab 1880 spielte der Deutsche und Österreichische Alpenverein eine bedeutsame Rolle in der Ausdifferenzierung der Geographie, und zwar für die kognitive Etablierung der Gletscherkunde (Glaziologie). 1896 bildete sich um den Mathematiker Sebastian Finsterwalder (1862-1951) von der Technischen Universität München eine Schule in der darstellenden Geometrie, die im österreichischen Ortlergebirge geologische Formationen und Gletscher beschrieb.<sup>818</sup> Die wissenschaftliche Arbeit des Alpenvereins erstreckte sich dabei in der Kartographie auf die Entwicklung der Vermessungsverfahren für Berge und Gletscher.<sup>819</sup> Man erfand u.a. Messinstrumente zur Dauermessung der jahreszeitlichen Schmelzwassermengen von abtauendem Gletschereis. Sebastian Finsterwalder entwickelte außerdem ein photogestütztes Vermessungsverfahren, mit dessen Hilfe u.a. das Eisvolumen von Gletschern annähernd bestimmt werden konnte. Zur Verbesserung der Kartographie führte Sebastian Finsterwalder in den österreichischen und deutschen Alpen den Gebrauch

---

815 Rickmers spricht. Plan, Weg und Ergebnis der Alai-Pamir-Expedition, Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 106, Freitag, 19. April 1929, Beilage „Alpine Zeitung“, Seite 17.

816 Metzger, Stephan: Sven Hedin, der letzte Forschungsreisende (1865-1952). Ein Pionier im Übergang zum Jahrhundert der Spezialforschung. Ausstellung der Bibliothek des Deutschen Museums "Nordische Entdecker". Trans. . München: Deutsches Museum, 1997.

817 Schelhaas, Bruno / Hönsch, Ingrid: History of German Geography: Worldwide Reputation and Strategies of Nationalisation and Institutionalisation, in: Geography: Discipline, Profession and Subject since 1870. An international survey, hrsg. v. Gary S. Dunbar, (= The GeoJournal Library, Band 62): Kluwer 2001, S. 10-43

818 Aschenbrenner, Jörg: Orthophoto und Monoplotting in der Gletscherkartographie. Die Herstellung von Kartengrundlagen für die Hochgebirgsforschung am Beispiel des Stubacher Sonnblickkees, Hohe Tauern, Dissertationsschrift , Universität Salzburg, Salzburg 1992.

819 Klebelsberg, Raimund von: Die wissenschaftliche Tätigkeit des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins, besonders 1920-1935, Stuttgart: Verlag des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins 1936.

eines Phototheodolithen bzw. die Photogrammetrie ein. Durch Sebastian Finsterwalder etablierte sich die Methode der Photogrammetrie in der Glaziologie des europäischen hochalpinen Raumes.<sup>820</sup>

### **Die Alpenvereins-Expedition in den Pamir 1913**

Schon kurz nach ihrer Entstehung als kognitiv eigenständiges Wissensfeld internationalisierte sich die Glaziologie. Besonders die 1874 formulierte Glazialtheorie und das preisgekrönte Standardwerk von Albrecht Penck von 1882 über „Die Vergletscherung der Deutschen Alpen“ regte in den darauffolgenden Dekaden zahlreiche komparative Arbeiten an, vor allem zur Erforschung von Gletschern außerhalb der europäischen Alpen in Südamerika, Afrika und Asien.<sup>821</sup> Solche Erfahrungen in der außeralpinen Glaziologie sammelten 1913 der Innsbrucker Geograph Raimund v. Klebelsberg und der Wiener Meteorologe und Leiter des Preußischen Meteorologischen Instituts in Berlin, Heinrich von Ficker, als sie in Westturkestan und in Ostbuchara in der Gebirgskette „Peter I.“ topographische, geologische und klimatische Fragen untersuchten. Deren Expedition von 1913 wurde als wissenschaftliche Unternehmung des „Deutschen und Österreichischen Alpenvereins“ finanziert und stand unter der Leitung von Willi Rickmer Rickmers aus München. Der Sohn des Reederei-Besitzers Wilhelm Claas Rickmers hatte eine naturwissenschaftliche Universitätsbildung erhalten, war passionierter Bergsportler und hatte bereits 1903 mit seiner Frau eine erste Forschungsreise in das Pamir-Gebiet unternommen.<sup>822</sup> Die Forschungsexpedition, die Rickmers 1913 mit der Unterstützung des Alpenvereins organisierte, dauerte sieben Monate, erfolgte überwiegend zu Fuß oder zu Pferd und war bescheiden ausgerüstet gewesen. Die Ergebnisse der Expedition von 1913 mit Höhen- und Längenmessungen, photographischen Aufnahmen geologischer Formationen sowie Kartenzeichnungen erschienen nach dem Ende des

---

820 Finsterwalder, Sebastian: Über Gletscherschwankungen im Amadello- und Ortlergebiet, (= Berichte über die wissenschaftlichen Unternehmungen des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins, Band 1), Wien 1896

821 Penck, Albrecht: Die Vergletscherung der Deutschen Alpen. Ihre Ursachen, periodische Wiederkehr und ihr Einfluss auf die Bodengestaltung. Gekrönte Preisschrift, Leipzig: Johann Ambrosius Barth 1882.

822 Willi Rickmer Rickmers war einer der Pioniere des alpinen Skilaufs. Er entwickelte Unterrichtstechniken, schrieb eine Skischule, übertrug zahlreiche Bergbesteigungsberichte aus dem Englischen ins Deutsche und schuf die Grundlage für die Münchener Alpenvereinsbücherei, in dessen Archiv der Nachlass Rickmers aufbewahrt wird.

Ersten Weltkrieges mithilfe von Druckkostenbeihilfen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.<sup>823</sup>

### **Die Konzeption der Pamir-Expedition 1926-1927**

#### **Das Pamir Hochland**

Die Hochgebirgskette des Pamir in Zentralasien ist ein Hochland mit einem Talsohlenniveau von ungefähr 2500 bis 3500 Metern, oberhalb derer die Gipfel eine Höhe von etwa 5000 bis über 7000 Meter erreichen.<sup>824</sup> Am südlichen Rand des Machtbereichs der ehemaligen Sowjetunion gelegen, formt der Pamir einen Riegel, an dem entlang die Grenze des heutigen Tadschikistan zu Afghanistan und China verläuft. Der Pamir wurde in der Sprache der dort lebenden Kirgisen das „Dach der Welt“ genannt.<sup>825</sup> Die antike Seidenstraße zwischen dem „Reich der Mitte“ Chinas und der römischen Welt im Westen führte im Pamir durch das Alai-Hochtal, wo die Karawanen auf knapp 4000 Metern den höchstgelegenen Scheitelpunkt ihres Handelsweges bewältigen mussten.

#### **Das russische Interesse am Pamir**

Im späten 19. Jahrhundert blieb das zentralasiatische Gebirge für das expandierende russische Zarenreich von hoher geostrategischer Relevanz, da es nach Süden an das unter britischer Herrschaft stehende Indien grenzte. Zwar war der Grenzverlauf im Hochgebirge zwischen Russland und Großbritannien 1895 vorläufig geregelt worden, doch standen sich am Pamir, wie Wilhelm Filchner während seiner Durchreise schon im Jahr 1900 beobachtete, „Rußland und England feindlich gegenüber, ersteres fest gewillt vorzudringen, letzteres, nicht zu weichen.“<sup>826</sup> Auch nach 1917 bildete der Pamir

---

823 Klebelsberg, Raimund von: Beiträge zur Geologie Westturkestans. Ergebnisse der Expedition 1913, Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 1922. Deimler, W. / von Gruber, O.: Kammkarte 1:250000 von Karategin (Buchara), in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 1925). Deimler, W. / von Gruber, O.: Karte des Borolmas- und Kisilsu-Gletschers im Gebirge Peter d. Gr. Maßstab 1:50000, in: Zeitschrift für Gletscherkunde 14 (1926).

824 Pamir Kammkarte, ca. 1982. Staatsbibliothek München Mapp. XIX,79 ap.

825 Filchner, Wilhelm: Ein Ritt über den Pamir, Berlin: Königliche Hofbuchhandlung Ernst Siegfried Mittler und Sohn 1903, Anmerkung auf S. 59. Der Ausdruck „Dach der Welt“ ist nach der Okkupation von Tibet durch die Chinesen in 1950er Jahren durch Beobachter aus dem Westen von der Region des Pamir auf den Himalaya übertragen worden.

826 Filchner, Wilhelm: Ein Ritt über den Pamir, Berlin: Königliche Hofbuchhandlung Ernst Siegfried Mittler und Sohn 1903, Anmerkung auf S. 77.

die Grenze zwischen dem bolschewistischen Sowjet-Russland und der Monarchie von Britisch-Indien.

Das 1812 gebildete russische militärische Topographenkörps hatte bis zur Oktoberrevolution 1917 auch Teile Turkestans vermessen; doch die russischen Geographen des Generalstabs waren nur in einzelne Hochtäler des Pamir vorgedrungen und hatten vor allem passierbare Talwege und öfter begangene Pässe rekognosziert.<sup>827</sup> In mehreren Forschungsexpeditionen wurden weitere Teile des Pamirgebirges durch einzelne russische Wissenschaftler beschrieben, wie die folgende Tabelle im Überblick zeigt.

---

827 „Pamir Karte“, ca. 1900, Bayerische Staatsbibliothek München Mapp. XIX,79 d-5. Einen knappen Überblick zur Geschichte der russischen bzw. sowjetischen Landeskartographie mit weiteren Hinweisen bietet Böhme, Rolf: National Mapping Organisation. Commonwealth of Independent States (CIS), in: Inventory of World Topographic Mapping. Volume 3: Eastern Europe, Asia, Oceania and Antarctica, hrsg. v. Rolf Böhme und Roger Anson, English Language Editor, London: Elsevier 1993, S. 17-22

Jahr	Expeditionsziel	Leitende russische Geographen
1871	Hochtal des Alai	A. Fedtschenko
1876	Tal des Muksu, Trans-Alai-Kamm	L. F. Konstenko
1878	„Peter I.“-Kette	F. V. Oschanin
1880	Serawaschan-Gletscher	J. V. Muschketov
1903/4	Tal des Muksu	Nikolai L. Korschenewski
1909	Fedtschenko-Gletscher im Tal des Muksu	N I. Kosinenko
1910	„Akademie“-Kette und Fedtschenko-Gletscher	Nikolai L. Korschenewski.

Tabelle 6: Expeditionen in den Pamir von russischen Gelehrten, 1871-1914.

Quelle: Satulewski, D. M.: Auf den Gletschern und Gipfeln Mittelasiens, Leipzig: V.E.B. Bibliographisches Institut 1964.

Die russischen Forscher hatten sich im Pamir vor allem auf landeskundliche und geographische Beschreibungen in den Tälern konzentriert. Gletscherbeschreibungen hatten nur etwa die Hälfte aller Expeditionen durchgeführt. Selten hatten russische Expeditionen die Gipfel selbst erklommen. Den Massivformationen in großer Höhe oder den hochgelegenen Gletschern haben sie kaum nähere Aufmerksamkeit gewidmet. Erst der Geograph Nikolai Leonol'dovich Korzhenevskii machte in mehreren Expeditionen, die ihn zum Experten des Pamir werden ließen, die Gletscher in den Hochtälern des Pamir zu einem systematischen Untersuchungsgegenstand. Im Sommer 1924 hatte Nikolai L. Korzhenevskii letztthin eine Forschungsreise durch das Tal des Muksu-Fluß unternommen, um die glaziologischen Veränderungen im Turkestangebiet seit dem letzten Besuch russischer Naturforscher im Mai 1914 zu untersuchen. In dieser Region, von den Höhen Altin-Masar im Norden zum Dorf Oroschor und dem Fluss Bartang im Süden, so berichtete Nikolai F. Korzhenevskii auf Deutsch in der angesehenen Berliner „Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde“, befinde sich ein hervorragendes Untersuchungsgebiet für Glaziologen: „Diese unerforschte, beinahe meridionale Erhebung ist der Ausgangspunkt einer ganzen Reihe von Gletschern erster Klasse.“<sup>828</sup> Seine Expedition von 1924 machte es sich zur Hauptaufgabe, den „Fedtschenko“-Gletscher und den „Muschketow“-Gletscher im Talsystem desselben Flusses zu betrachten. Der mächtige „Fedtschenko“-Gletscher war von Wasilij Oschanin auf seiner Erkundung der Gebirgskette „Peter I.“ 1878 entdeckt worden. Damals schätzte man ihn an seinem Endstück auf eine Länge von 30 Kilometern, bis ein russischer Offizier, N. I. Kosinenko, ihn im Jahr 1909 auf eine Länge von 42 km vermaß,

828 Korzenewsky, Nik: Einige Ergebnisse der Besichtigung des Fedtschenko- und Muschketow-(Karasel) Gletschers im Pamir im Sommer 1924, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin 1925) Heft 5/6, S. 170-175, S. 170.

ohne allerdings bis an das Kopfstück des Gletschers herankommen zu können. Die Rekognoszierung des „Fedtschenko“ war keine leichte Aufgabe, denn „hohe Hügel von Moränenmaterial wechseln mit tiefen mit smaragdfarbigem Wasser gefüllten steilrandigen Spalten.“<sup>829</sup> Die technischen Schwierigkeiten für die Begehung eines Gletschers (Eistechnik) dürften die Pamir-Forscher so überfordert haben, dass es auch Nikolai L. Korzhenevskii im Sommer 1924 nicht schaffte, den Gletscher in seiner gesamten Länge abzuschreiten. Walter Steiner hat vermutet, dass Korzhenevskii deshalb im Juni 1926 bei der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften angeregt haben könnte, mit deutschen, hochalpin erfahrenen Geographen das Pamir-Gebiet und insbesondere den „Fedtschenko“ zu untersuchen, der damals als der längste, außerhalb der Polargebiete anzutreffende Talgletscher galt.<sup>830</sup>

### **Das Interesse der Deutschen**

Die hochalpinen Gegebenheiten des Pamir hatten Forscher aus dem Deutschen Reich immer wieder interessiert und zu Expeditionen veranlasst. Neben Willi Rickmer Rickmers, Raimund v. Klebelsberg und Heinrich v. Ficker waren im Jahr 1900 die Forschungsreisenden Wilhelm Filchner aus München sowie in den Jahren 1911/12 der Ethnologe Arved Schultz aus Gießen in Verbindung mit dem Kolonialinstitut in Hamburg in den Pamir gereist. Der Pamir bot auch nach der Expedition von 1913 vor allem für das geographische Spezialgebiet der Glaziologie sowie für allgemeinere Fragen der Geotektonik ein lohnendes Arbeitsgebiet. Die beschriebenen russischen Einzelunternehmungen lieferten zwar von Mal zu Mal mehr kartographische Informationen, doch konnten sie keine genaueren Angaben machen über das gesamte Ausmaß der Vergletscherung im Pamir. Diese Frage stand im Vordergrund der Interessen von Raimund v. Klebelsberg und Heinrich v. Ficker, die in den Hochtälern des zentralasiatischen Pamir weit größere Gletscherbildungen im Vergleich zu den heimischen, europäischen Alpen kennengelernt hatten. Im Pamir fanden sich nicht nur Moränen von abgeschmolzenen, sondern auch vorhandene Reste von pleistozänen Gletschern. Um die komparative Glaziologie, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg ihren Anfang genommen hatte, fortzusetzen, war es notwendig, Expeditionen zu solchen außeralpinen Gletschern wiederaufzunehmen. Als letzter eiszeitlicher

---

829 Ebd., S. 173.

830 Steiner, Walter: Auf den Gletschern des Pamir. Ein geologisches Abenteuer, Leipzig 1982.

Modellgletscher machte der „Fedtschenko“ die pleistozäne Hochgebirgsvereisung unmittelbar greifbar. Der Zugang in den Pamir aber war seit 1914 und auch nach 1918 für die deutschen Forscher praktisch gesperrt, den der See- und Landweg vom Süden über Britisch-Indien blieb den Deutschen wegen der Beteiligung Großbritanniens am Boykott der deutschen Wissenschaft verschlossen. Ebenso undenkbar war die lange Anreise über Land durch ein Russland, das in den politisch unruhigen Zeiten des Bürgerkriegs und der Bolschewistenherrschaft ohne offiziellen Schutz zu unsicher erschien.

### **Der Plan der Expedition von Heinrich v. Ficker 1926 und die wirtschaftspolitischen Interessen der Sowjetunion 1927**

Am 28. Juni 1926 besprach Friedrich Schmidt-Ott die „Beziehungen zu Russland“ der Notgemeinschaft mit den Sekretären der Preußischen Akademie der Wissenschaften Heinrich Lüders, Eduard Meyer und Max Planck, dem Sekretär von der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Sergej von Oldenburg, dem Sowjet-Experten Otto Hoetzsch, dem Hirnforscher Oskar Vogt von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, dem Pathologen Ludwig Aschoff, sowie mit Grabe, LeBlanc, Stille, Jost und Heilbron von der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin.<sup>831</sup> Dabei kam man überein, den Meteorologen Heinrich von Ficker zu beauftragen, die Idee für eine Expedition in den Pamir genauer auszuarbeiten.<sup>832</sup> Ficker stellte darauf im November 1926 einen Expeditionsplan zusammen, wobei er für die Definition der Forschungsaufgabe und den Entwurf des Expeditionsplanes keine sowjetischen Gelehrten hinzuzog. Die neuen Forschungsbeiträge von Nikolai L. Korzhenevskii, die der Pamir-Experte, wie oben beschrieben, im Jahr zuvor im führenden deutschen Fachorgan der Geographie publiziert hatte, fanden in Fickers Überlegungen nicht einmal Erwähnung. In organisatorischen Fragen wandte sich Heinrich von Ficker an Willi Rickmer Rickmers, um gemeinsam ein „maximales Programm“ zu formulieren für eine Expedition von fünf Monaten. Heinrich v. Ficker schlug Willi Rickmer Rickmers als Leiter der Expedition wegen dessen einschlägiger Erfahrung vor, denn Rickmers war bereits dreizehn Mal im zentralasiatischen Gebirge auf Reisen bzw. Expeditionen unterwegs gewesen war und

---

831 Tageskalender, 28. Juni 1926.

832 Heinrich von Ficker: Entwurf an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Plan für die gemeinsam von Russen und Deutschen durchzuführende Expedition in die Pamirgebiete, Berlin, 4. November 1926, Nachlass Rickmers N. 37, S. 1.

hatte 1913 die wissenschaftliche Pamir-Expedition des Alpenvereins geleitet.<sup>833</sup> In den Mittelpunkt der zu planenden deutsch-russischen Expedition stellte Heinrich v. Ficker die glazialgeologischen Forschungsprobleme aus der Expedition von 1913. Aufgabe der neuen Pamir-Expedition sollte sein, eine „Kammverlaufskarte des ganzen Gebietes sowie Detailkarten einiger großer Gletscher“ anzufertigen, insbesondere des „Fedtschenko“-Gletschers, des „Aral“-Gletschers, des „Tanimas“-Gletschers sowie weitere Gletscher im Jasgulem-Tal sowie im Wantsch-Tal. Das Hauptarbeitsgebiet sollte im Sel-Tau liegen, zwischen der Muksu-Schlucht im Norden und dem Durchbruch des Murghab im Süden. Dieses Gebiet würde die Expedition umkreisen, sodass Willi Rickmer Rickmers die Expedition in Nachhinein nicht „Pamir“-Expedition, sondern „Seltau-Expedition“ benannte.<sup>834</sup> Auf dem Weg dorthin würde die Expedition auch an die Trans-Alai-Kette herankommen, sodass die geologischen Arbeiten dort fortgesetzt werden konnten, wo sie Raimund v. Klebelsberg und Heinrich v. Ficker 1913 hatten zu Ende kommen lassen. In der Trans-Alai-Kette lag auch der Pik Kaufmann, der höchste Berg im Pamir, der noch nicht bestiegen war. Heinrich v. Ficker zielte mit dem neuen Expeditionsplan auf ein Gesamtuntersuchungsgebiet in der Größe von etwa 100 Kilometer auf 100 Kilometer.

Als Vermessungsmethode sah Heinrich v. Ficker die Photogrammetrie vor. Diese Methode bestand darin, von exponierten Stellen aus stereophotogrammetrische Aufnahmen durchzuführen und so allmählich das Gebiet mit der Kamera zu durchmustern. Nach ihrer Entwicklung sollten die Photoplatten maschinell durch ein Auswerte-Gerät, einem „Stereo-Autographen“ der Firma Carl Zeiss vermessen und ausgedruckt werden, dergestalt dass die ursprünglichen Aufnahmedaten nicht von Hand in eine gemalte Karte am Messtisch eingetragen werden mussten, sondern durch das Auswerte-Gerät automatisch abgelesen und mechanisch auf eine maschinengefertigte Landkarte übertragen wurden.<sup>835</sup> Die terrestrische

---

833 Rickmers, Willi Rickmer: Querschnitt durch mich, München: Gesellschaft alpiner Bücherfreunde 1930.

834 Rickmers spricht. Plan, Weg und Ergebnis der Alai-Pamir-Expedition, Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 106, Freitag, 19. April 1929, Beilage „Alpine Zeitung“, Seite 17.

835 Blachut, Teodor J. / Burkhardt, Rudolf: Historical Development of Photogrammetric Methods and Instruments, hrsg. v. International Society for Photogrammetry and Remote Sensing, Falls Church, Virginia: American Society for Photogrammetry and Remote Sensing 1989. Finsterwalder, Richard: Die topographischen Ergebnisse der deutsch-russischen Alai-Pamir-Expedition 1928, in: Verhandlungen und Wissenschaftliche Abhandlungen des 24. Deutschen Geographentages zu Danzig 26. bis 28. Mai 1931, hrsg. v. Albrecht Haushofer, Breslau: Ferdinand Hirt 1931, S. , S. 232.

Photogrammetrie war neben der Luftaufnahme aus dem Flugzeug eine der neuen Vermessungsmethoden, die aus heutiger Sicht zur Vorgeschichte des *remote sensing* gehören. Der Pamir aber war 1927/28 mit seinen extremen Gipfelhöhen zwischen 5000 und 7000 Metern für die Flugzeugtechnik der damaligen Zeit nicht zu überfliegen (siehe den Abschnitt über flugtechnische Aspekte des Höhenflugzeugs, S. 268ff.). Daher blieb nur die Aufnahme zu Fuß und per Phototheodolit.

Das Pamirgebiet eignete sich für die photogrammetrische Aufnahme, da die Triangulation dort aufgrund der hochgelegenen Sichtpunkte günstiger als im Flachland durchführbar war und die stabilen, schönen Witterungsverhältnisse keine Verzögerungen der Aufnahmearbeiten durch schlechtes Wetter erwarten ließen.<sup>836</sup>

Photogrammetrie in der hochalpinen Umgebung war durch Sebastian Finsterwalder als eine innovative Messmethode eingeführt und erprobt worden. Dessen Sohn Richard Finsterwalder, ausgebildet als Geodät und Glaziologe, verbesserte dieses kartographische Aufnahmeverfahren seines Vaters im Hochgebirge, indem er sich auf weiträumige, zusammenhängende Reliefdarstellungen spezialisierte. Richard Finsterwalder gelang es dadurch, die Volumina von Gletschereis aufgrund einer optischen Methode zu ermitteln.<sup>837</sup> Heinrich v. Ficker plante in der Konzeption der „Pamir“-Expedition Richard Finsterwalder als stellvertretenden Leiter der Expedition zu photogrammetrischen Aufnahmen mitzunehmen. Als Aufgabe würde R. Finsterwalder eine dichte Serie von Photogrammetrieaufnahmen anfertigen, die zur topographischen Vermessung des Gebietes dienen sollten. Außerdem sollten im Aufnahmegebiet an den Gletschern und Eismassen feste Marken angebracht werden, damit spätere Nachmessungen im Untersuchungsgebiet die glaziologischen Veränderungen (Abschmelzen, Wanderung der Gletscher) nachvollziehbar machten. Das Expeditionsziel in Heinrich v. Fickers Konzeption verfolgte also im Kern keine Fragestellung, sondern schickte sich in erster Linie an, Daten zu sammeln, um die „Grundlagen zu einer monographischen Beschreibung liefern“ zu können.<sup>838</sup> Heinrich

---

836 Heinrich von Ficker: Entwurf an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Plan für die gemeinsam von Russen und Deutschen durchzuführende Expedition in die Pamirgebiete, Berlin, 4. November 1926, Nachlass Rickmers N. 37, S. 2.

837 Hoinkes, Herfried: Richard Finsterwalder und die internationale Glaziologie, in: Allgemeine Vermessungs-Nachrichten 71 (1964) Heft 12, S. 438-441.

838 Ficker, Heinrich von: Entwurf an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Plan für die gemeinsam von Russen und Deutschen durchzuführende Expedition in die Pamirgebiete. Trans. . Berlin: Preußisches Meteorologisches Institut, 1926., S. 5.

v. Ficker rechnete darauf, dass Teile der Expedition zu einem späteren Zeitpunkt wiederholt werden könnten. Daneben berücksichtigte sein Arbeitsplan auch die Tätigkeit von Sprachforschern. Linguistische Untersuchungen sollten insbesondere bei den Tadschiken (Galtschas) im Hochgebirge durchgeführt werden und machten daher einen Besuch des Jagnob-Tales im Serafschau ratsam. Der kulturwissenschaftliche Untersuchungszweig der Expedition stand in keiner engeren wissenschaftlichen Verbindung mit der Gletscherkunde. Die Linguistik vermutete unter den Sprachen der kirgisischen Stämme alt-iranische Dialekte, die durch das Neupersische bzw. das Russische verdrängt würden. Da die Dörfer in den bewohnbaren Tälern lagen, würden die Linguisten meist getrennt von den Vermessungsgruppen laufen, die auf die Gebirgskämme und Gletscher stiegen.<sup>839</sup>

Der Entwurf von Heinrich v. Ficker zu einer „gemeinsamen, deutsch-russischen Pamir-Expedition“ sah keine Arbeitsteilung zwischen russischen und deutschen Forschern vor. Von der russischen Seite erwartete Ficker nur logistische Beiträge und „Naturalleistungen“: kostenloser Transport der Expedition auf sowjetischem Territorium von Leningrad an der Ostsee bis in das Expeditionsgebiet; Bereitstellung der Ausrüstung wie Reitsättel, Packsättel und Militärzelte; Verfügbarkeit von russischen Pferden für den Tross der Expedition. An wissenschaftlichen Teilnehmern sah Ficker in seinem Entwurf sechs Personen vor, nämlich drei russische Forscher, darunter einen Geologen, einen Sprachforscher oder einen Ethnologen, sowie einen Arzt. Die drei deutschen Forscher sollten einen Geologen, einen Geodäten und einen Sprachforscher umfassen. Die russischen Teilnehmer würden vor allem für die Orientierung, die Verständigung und das Fortkommen der deutschen Expeditionsteilnehmer in den Hochtälern zuständig sein. Heinrich v. Ficker ging nämlich davon aus, dass sich unter den russischen Topographen gar nicht genügend jüngere Gelehrte mit einer „alpinistisch-sportlichen Schulung“ befänden, die man für den Aufstieg in die Hochgebirgsregionen des Pamir benötigte. Diese Annahme traf insofern die Realität, als es in Sowjet-Russland bis 1927/28 tatsächlich keine alpinistische Bewegung gegeben hatte, und das Bergsteigen mit Eistechnik praktisch

---

839 Heinrich von Ficker: Entwurf an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Plan für die gemeinsam von Russen und Deutschen durchzuführende Expedition in die Pamirgebiete, Berlin, 4. November 1926, Nachlass Rickmers N. 37.

unbekannt geblieben war.<sup>840</sup> Die russische Gruppe sollte um zwei Studierende aus Sowjet-Russland ergänzt werden, die eine kräftige Konstitution und die Kenntnis der Eingeborensprachen Tadschikisch und Kirgisisch mitbringen müssten. Ficker schlug vor, zwei „eingeborene Studenten“ der Universität Taschkent auf die Expedition mitzunehmen. Als bergsteigerische Begleiter der deutschen Gelehrtengruppe wollte Ficker eine dreiköpfige, in der Eistechnik erfahrene alpinistische Gruppe von wissenschaftlich vorgebildeten, jungen Mitgliedern des Deutschen und Österreichischen Alpenverein gewinnen. Diese würden das umfangreiche Programm der geplanten photogrammetrischen Aufnahmen auf Bergspitzen durch eine alpinistisch routinierte Besteigung der Hochgebirgsgipfel erst ermöglichen. Unter den Alpinisten sollten nach Möglichkeit mehrere Ärzte sein, damit die Expeditionsmitglieder bei Höhenerkrankungen oder Verletzungen behandelt werden konnten. Der alpinistische Teil der Expedition nahm noch im Sommer 1926 ein stärkeres Gewicht ein, da Heinrich v. Ficker ankündigte, weitere Gipfel zu besteigen, u.a. den „Mustagh-ata“ („Vater der Eisberge“) im Ost-Pamir, der auf chinesischem Territorium lag, sowie den „Kungor“.<sup>841</sup> Ficker betonte, dass solche „hochtouristischen“ Aufgaben für den „äußeren Erfolg“ der Expedition wesentlich seien.<sup>842</sup> Für die gesamte Expedition veranschlagte Heinrich v. Ficker einen Tross von 40 Pferden und 20 Mann Begleitpersonal sowie weitere 20 Mann als Träger für die An- und Abreise. Die Ausrüstung für die Expedition sollte innerhalb des Deutschen Reichs beschafft werden, wobei Heinrich v. Ficker anregte, auf die Erfahrungen der „Everest“-Expedition von Captain Farrar aus London zurückzugreifen. Alle wissenschaftlichen Instrumente sollten von deutschen Instituten gestellt werden, u.a. Photogrammeter, Siedethermometer, Aneroide, und eine ausreichende Zahl an Photoplaten. Ein weiterer Photographenapparat mit Platten sollte für 2.000.- Reichsmark beschafft werden. Die Gesamtkosten der Expedition berechnete Heinrich v. Ficker im November 1926 auf 80.000.- Reichsmark.<sup>843</sup> Der Deutsche und Österreichische Alpenverein sollte davon 30.000.- Reichsmark für die drei Bergsteiger übernehmen und drei erfahrene

---

840 Steiner, Walter: Auf den Gletschern des Pamir. Ein geologisches Abenteuer, Leipzig 1982

841 Filchner, Wilhelm: Ein Ritt über den Pamir, Berlin: Königliche Hofbuchhandlung Ernst Siegfried Mittler und Sohn 1903, Anmerkung auf S. 82.

842 Ficker, Heinrich von: Entwurf an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Plan für die gemeinsam von Russen und Deutschen durchzuführende Expedition in die Pamirgebiete. Trans. . Berlin: Preußisches Meteorologisches Institut, 1926., S. 6.

843 Ebd., S. 7.

Hochtouristen benennen. Im Namen des Deutschen und Österreichischen Alpenverein verhandelte Exzellenz Dr. Reinhold v. Sydow als Erster Vorsitzender des Alpenvereins mit Friedrich Schmidt-Ott, v.a. über die geeigneten Bergsteiger unter den deutschen Teilnehmern der Expedition.<sup>844</sup> Auf die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und die russische Seite, die sowjetische Akademie der Wissenschaften, würden jeweils 25.000.- Reichsmark entfallen. Von dieser Rate sollte Sowjet-Russland einen Anteil in Höhe von 10.000.- Reichsmark in Naturalia leisten, vor allem Pferde und Nahrungsmittel. Die Bedeutung einer deutsch-russischen „Gemeinschaftsarbeit“ zur Glaziologie des Pamir sah Heinrich v. Ficker darin, dass die russischen Wissenschaftler eine Gelegenheit erhielten, von den Deutschen diesen „Spezialzweig geographischer Forschung kennen zu lernen.“<sup>845</sup> Darüberhinaus hielt Ficker im Entwurf des Expeditionsplans fest, dass vor allem die Begehung unbekannter Gletscherpässe für die russische Seite einen „militärischen Wert“ haben werde.<sup>846</sup>

Diese Einschätzung von deutscher Seite, welche geostrategischen Interessen die Russen an einer Expedition in den Pamir haben dürften, verkannte völlig die Dynamik, mit der die Sowjetunion ihre wirtschaftspolitischen Intentionen mittlerweile auch in der Forschungspolitik verfolgte. Der Führung in Moskau gelang es 1927, im Laufe ihrer Vorbereitungen für den Beginn des ersten Fünf-Jahres-Planes im Jahr 1928, eine zentrale Forschungsplanung gegenüber der Akademie in Leningrad durchzusetzen.<sup>847</sup> Die „Kommission zur Erforschung der natürlichen Produktivkräfte Rußlands“ (KEPS) der Akademie unter Leitung von Aleksandr Fersman erhielt den Auftrag, zahlreiche Expeditionen in die weiträumigen Territorien des Sowjetreichs auszusenden, um die geophysikalischen Ressourcen zu kartieren. Neues wirtschaftspolitisches Ziel war es, eine gestaffelte Industrialisierung bis in die rückständigen Gebiete Zentralasien – auch in das Pamir – hineinzutragen, und bei besonderen regionalen Ressourcenvorkommen

---

844 Tageskalender, 14. April 1927.

845 Ficker, Heinrich von: Entwurf an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Plan für die gemeinsam von Russen und Deutschen durchzuführende Expedition in die Pamirgebiete. Trans. . Berlin: Preußisches Meteorologisches Institut, 1926., S. 2.

846 Ficker, Heinrich von: Entwurf an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Plan für die gemeinsam von Russen und Deutschen durchzuführende Expedition in die Pamirgebiete. Trans. . Berlin: Preußisches Meteorologisches Institut, 1926., S. 4.

847 Josephson, Paul R.: Science Policy in the Soviet Union, 1917-1927, in: *Minerva* 26 (1988) Heft 3, S. 342-369, S. 342.

lokal spezialisierte Zentren der Industrieproduktion zu errichten.<sup>848</sup> Der Geochemiker Aleksandr Fersman hatte sich auf die Lagerstättensuche spezialisiert, bereits 1925 umfangreiche Erkundungen in Zentralasien durchgeführt und durch neue geochemische Methoden umfangreiche Schwefellager sowie Diamantminen entdeckt.<sup>849</sup> 1927 wurde Aleksandr Fersman zum Direktor des Instituts für Luftbild-Kartierung in der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften ernannt.<sup>850</sup> Er nahm als sowjetischer Vertreter an der Russischen Naturforscherwoche in Berlin teil, wo er in seinem Vortrag über das russische Wissenschaftssystem und dessen Reorganisation die Kontinuität aus der Zarenzeit betonte. Ohne auf den geplanten Fünf-Jahres-Plan einzugehen, stellte er doch dessen forschungspolitisches Ziel, nämlich ein engeres Ineinandergreifen von Wissenschaft und Industrie, in den Vordergrund:

“Das neue Schema der Organisation der Wissenschaft, das sich seit den letzten zwanzig Jahren ausbaut, hat natürlich noch viele Mängel aufzuweisen. Sie leidet darunter, dass sie von der Hochschule abgetrennt und vom Leben, von der Industrie und Wirtschaft losgerissen ist.”<sup>851</sup>

Es ist zu vermuten, dass die sowjetischen Gelehrten an der Vermessungstechnologie von Richard Finsterwalders Photogrammetrie interessiert waren. Die hochalpine Photogrammetrie und das automatisierte Kartierungsverfahren, das die deutschen Geodäten unter Richard Finsterwalder während der „Pamir“-Expedition durchzuführen versprochen, würde der sowjetischen Rohstoffsuche einen willkommenen Wissenschafts- und Techniktransfer aus dem Westen bescheren.<sup>852</sup> Die technische Beherrschung der maschinellen Kartographie würde dem Sowjetreich bei dem Vorhaben, die Ressourcen des Landes zu kennzeichnen und rascher in eine Industrialisierung einzubinden, ohne Zweifel von Vorteil sein. Über diese Möglichkeit sind sich offenbar weder die deutschen Glaziologen aus dem Alpenverein, noch die

---

848 Die “Commission for the Study of the Natural Productive Forces” (KEPS) war seit dem 8. Parteikongress im März 1919 das Zentrum für fast alle “expeditionary assignments undertaken by the Academy” (vgl. Vucinich, Alexander: *Empire of knowledge. The Academy of Sciences of the USSR (1917-1970)*, Berkeley: University of California Press 1984, S. 106).

849 Gerasimovskij, Vassili I. / Scerbina, Vladimir V.: A. E. Fersmans Rolle in der Entwicklung der Wissenschaft über die nutzbaren Bodenschätze, in: *Geologie (Ost-Berlin)* 20 (1971) Heft 6/7, S. 715-719, S. 716.

850 Krüger, Peter: Aleksandr Evgen'evic Fersman (1883-1945), in: *Biographien bedeutender Geowissenschaftler der Sowjetunion*, hrsg. v. M. Guntau, (= Schriftenreihe für geologische Wissenschaften, Band 14), Berlin (Ost): Akademie-Verlag 1979, S. 145-151, S. 146.

851 Fersman, Aleksandr E.: Die Russische Forscherwoche in Berlin, in: *Osteuropa. Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens* 2 (1927) Heft 8-9, S. 462-465.

852 Sutton, Antony C.: *Western Technology and Soviet Economic Development 1917 to 1930*, Stanford, Calif.: Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford University 1968.

Wissenschaftspolitiker in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Klaren gewesen. Aleksandr Fersman vom "Expeditionsausschuss der Akademie" als auch Dimitri I. Stscherbakow, der nominierte geologische Leiter der sowjetischen Wissenschaftlergruppe in der „Pamir“-Expedition, waren beide durch die Alpenvereins-Expedition des Jahres 1913 mit Heinrich v. Ficker und Willi Rickmer Rickmers gut bekannt. Sie sprachen ein „formvollendetes Deutsch“.<sup>853</sup> Beide hatten ihre Kontakte mit der deutschen Wissenschaft auch nach 1920 weiter gepflegt, zuletzt ebenfalls auf der „Russischen Naturforscherwoche“ in Berlin im Juni 1927.<sup>854</sup> Keiner von beiden aber hat offenbar den deutschen Kollegen reinen Wein eingeschenkt über die Absichten des sowjetischen Fünf-Jahres-Plans und über die Ziele der sowjetischen Forschungspolitik, die weniger an einer Einweihung in die deutsche Schule der Glaziologie interessiert war, sondern an einer rohstofforientierten Kartierung des Gebirges, einer Suche nach geochemisch vielversprechenden Lagerstätten und der Erprobung moderner und effizienter Erkundungsverfahren des *remote sensing*. Die deutschen Geodäten allerdings konzentrierten sich während der Expedition selbst nur auf die topographische Aufnahme, nicht aber auf eine Auswertung der Daten in einer Landkarte. Diese Arbeit sollte maschinell erst nach der Rückkehr aus der Sowjetunion bei der Firma Carl Zeiss in Jena erfolgen, und freilich ohne dass dabei an eine Beteiligung der Russen gedacht war.

Nachdem Willi Rickmer Rickmers vor der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften in Leningrad den Ficker'schen Expeditionsplan vorgetragen hatte, begann die sowjetische Seite im Verlaufe des Jahres 1927 mit der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zu verhandeln.<sup>855</sup> Durch das besondere Bemühen des Sowjetischen Botschafters in Berlin, Nikolai Krestinski, dem es sogar gelang, Friedrich Schmidt-Ott am 7. November 1927 zu einem Festabend zum zehnjährigen Jubiläum der bolschewistischen Oktober-Revolution in Russland in die Sowjetische Botschaft in Berlin zu laden, kam man darin überein, die „Pamir“-Expedition personell erheblich zu

---

853 Presseauschnitt Vossische Zeitung, Abendausgabe, 28. Juni 1927, enthalten in: GStA PK I. HA rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag 1 Band 2, Blatt 145.

854 Fersman und Stscherbakow hatten auf der „Russischen Forscherwoche“ in Berlin 1927 über geochemische Probleme der Migration von Elementen im Gestein vorgetragen, vgl. Vogt, Oskar (Hrsg.): Die Naturwissenschaften in der Sowjetunion. Vorträge ihrer Vertreter während der 'Russischen Forscherwoche' in Berlin 1927. Herausgegeben im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, Berlin, Königsberg: Ost-Europa-Verlag 1929.

855 Tageskalender, 3. Februar 1927, 28. März 1927, 30. März 1927, 7. April 1927, 27. Juni 1927, 7. Juli 1927, 22. Oktober 1927, 7. Dezember 1927.

verstärken.<sup>856</sup> Insgesamt sollten nicht sechs, sondern 22 Wissenschaftler im Pamir tätig werden, jeweils elf Deutsche und elf Russen, und damit mehr als das Dreifache der Stärke, die Heinrich v. Ficker in seinem Expeditionsplan vorgesehen hatte. Die Russen wollten als wissenschaftliche Teilnehmer einige ihrer Topographen als Kartenzeichner, einige Geologen, einen Astronomen und mehrere Meteorologen mit entsenden. Der Begleittross der Expedition sollte damit auf insgesamt 65 Mann mit 160 Pferden und zusätzlich 60 Kamele anschwellen. Die zahlreiche Beteiligung der sowjetischen Wissenschaftler an der Expedition deutete Willi Rickmer Rickmers nachträglich dahingehend, dass die Russen ihr Pamir-Territorium nicht als ein „Objekt der Fremdlandforscher“ den Deutschen hatten überlassen wollen.<sup>857</sup> Was Willi Rickmer Rickmers in dieser Formulierung mit hegemonialen Begriffen implizierte, nämlich dass die Rolle der deutschen Wissenschaft in der „Pamir“-Expedition die eines Besatzers von Ersatz-Kolonien im osteuropäischen Ausland gleichkomme, dürfte von der sowjetischen Seite kaum als Bedrohung wahrgenommen worden sein. Offiziell fungierte nun der Ingenieur Nikolaj Petrowitsch Gorbunov, Chef des Vollzugausschusses des Rates der Volkskommissare in Moskau, als russischer Expeditionsleiter. Mit Nikolai Gorbunov hatte Friedrich Schmidt-Ott in seiner Eigenschaft als Repräsentant der Notgemeinschaft bereits kurz nach dem Petersburger Akademiejubiläum im Oktober 1925 verhandelt. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft kam mit der „Pamir“-Expedition offiziell auf die Einladung zurück, die Nikolai P. Gorbunov damals im Namen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR für gemeinsame Expeditionen ausgesprochen hatte. Gorbunov legte als ausgebildeter Biologe großen Wert darauf, an der Expedition persönlich teilzunehmen und kündigte

---

856 Tageskalender, 7. November 1927. Friedrich Glum hat die deutsch-sowjetische Kontaktpflege von Friedrich Schmidt-Ott in seinen Memoiren kritisch kommentiert: „Und dann noch etwas anderes, was ich nicht verstanden habe. In seinem Eifer, überall dabeizusein und seinen Einfluss auszudehnen, hat er (F. Schmidt-Ott, J.K) sich sehr früh mit den Russen, deren Kultusminister damals Lunatscharskij war, eingelassen und verkehrte daher auch auf der russischen Botschaft. Harnack und ich hielten uns dagegen zurück. Ich habe die russische Botschaft nie betreten und mit Verachtung auf die Berliner Ministerialbürokratie herabgesehen, die, ohne dienstlichen Anlass, des Kaviars wegen sich zu den dortigen Empfängen drängte, ohne auch nur einen Augenblick darüber nachzudenken, welche Ströme von Blut diese neuen Gewalthaber Rußlands vergossen hatten.“, Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 254-255.

857 Rickmers spricht. Plan, Weg und Ergebnis der Alai-Pamir-Expedition, Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 106, Freitag, 19. April 1929, Beilage „Alpine Zeitung“, Seite 17.

seinerseits planktologische und entomologische Studien in den Eiswassergefilden des Pamir an.<sup>858</sup>

### **Verlauf und Ergebnisse der Expedition 1928**

Die Expedition startete am 10. Mai 1928 von Berlin und reiste über Stettin und die Ostsee nach Leningrad, wo sich der russische Teil anschloss, um nach Moskau zu kommen. In der Filmstadt Meschrabpomruß bei Moskau wurden am 21. Mai 1928 mit den deutschen Expeditionsteilnehmern einige Filmszenen abgedreht, in denen Nikolai Gorbunov eine Konferenz mit den deutschen Teilnehmern der Alai-Expedition inszenierte.<sup>859</sup> Auf der Weiterfahrt begleitete dann das russische Filmteam aus Moskau für einige Wochen den Tross der „Pamir“-Expedition auf ihrem Weg durch die Täler des Sel-Tau.<sup>860</sup> Dort sollte sich die Expedition wie ein „wanderndes Forschungsinstitut“ (Willi Rickmer Rickmers) verhalten.<sup>861</sup> Zahlreiche kleine Exkursionen bogen für zwei bis vier Tage vom Haupttross ab, in der Regel Einzel- und Zweierwanderungen von Geologen und Alpinisten. Der Geologe Ludwig Nöth aus Hamburg, der Zoologe William Frederik Reinig aus Berlin sowie der Iranist Wolfgang Lentz aus Berlin führten auf diese Weise ihre Erhebungen zu Klimadaten, Eigenschaften der Böden, Pflanzenvorkommen und Tierwelt durch. Meteorologische Stationen wurden aufgebaut und für deren Bedienung Hilfskräfte eingewiesen. In größeren Höhen ließ man Pilotballone für aerologische Untersuchungen aufsteigen. Der Geodät und Topograph Richard Finsterwalder nahm mit seinem Gehilfen Hans Biersack die photogrammetrischen Vermessungen der Gebirgskämme auf. In einer unerhörten Kraftanstrengung stiegen Richard Finsterwalder und Hans Biersack mit Apparaten und wenigen Trägern auf über fünfzig verschiedene Gipfel, alle in einer Höhe zwischen 5000 und 5500 Metern

---

858 Gorbunov, 14. Mai 1928, GStA PK Dahlem I. HA Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 15.

859 Rickmers, Willy Rickmer: Organisation und Verlauf der Expedition, in: Die Alai-(Pamir-)Expedition 1928. Vorläufige Berichte der deutschen Teilnehmer, hrsg. v. , (= Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft), Band 10), Berlin: Karl Siegmund 1929, S. 19-60, hier S. 28. Der Originalfilm „U Podnoschija Smerti“ („Am Fuße des Todes“ in der Regie von Wladimir Schnaiderow unter der Kameraführung von Ilya Toltschan aus dem Jahr 1928 wird im Sowjetischen Archiv in Krasnogorsk aufbewahrt, vgl. Willi an Strasser, 12. November 1991, Rickmers Archiv Nr. 3. Ein Transkript der Filmeinstellungen, angefertigt vom Österreichischen Rundfunk, macht offensichtlich, wie der Filmschnitt die Rolle der russischen Teilnehmer als Leiter der Expedition stilisierte.

860 Rickmers, Willi Rickmer: Querschnitt durch mich, München: Gesellschaft alpiner Bücherfreunde 1930.

861 Rickmers spricht. Plan, Weg und Ergebnis der Alai-Pamir-Expedition, Münchner Neueste Nachrichten, Nr. 106, Freitag, 19. April 1929, Beilage „Alpine Zeitung“, Seite 17.

gelegen.<sup>862</sup> Bei den schwierigen Aufstiegen halfen mit ihrer Eistechnik die vier Bergsteiger aus dem Deutschen und Österreichischen Alpenverein, Dr. Philipp Borchers, Dr. Eugen Allwein, Erwin Schneider und Karl Wien, die sich scherzhaft die Bezeichnung "Dienstmann Nr. 1-4" gegeben hatten, da sie den „Wissenschaftlern wertvolle Aufklärungsdienste“ zu leisten hatten.<sup>863</sup> Willy Rickmer Rickmers war als organisatorischer Leiter der „Pamir“-Expedition zugleich Bergsteiger, Chefeinkäufer, Repräsentant des deutschen Tross innerhalb der Expedition und kultureller Botschafter des Deutschen Reichs in der Sowjetunion, also sozusagen „Mädchen für alles“.<sup>864</sup> Für Rickmers bestand die Forschungsreise in der Aufgabe, die Spezialwissenschaftler „an ihren Arbeitsplatz“ zu bringen, und so kümmerte er sich um die Ausrüstung, insbesondere das Zeug für die Gletscherwanderungen wie Hochgebirgsseile, Eispickel, Steigeisen, den Haushalt und die Küchenausrüstung mit Brennstoffen wie Petroleum und chemischen Brennstoffe, die mitgetragen werden mussten, weil es in den Pamir-Hochtälern kein Holz gab, den zeitplangemäßen Transport mit Pferden und Kamelen und schließlich die Orientierung im Gelände.<sup>865</sup>

Im Ergebnis führte die „Pamir“-Expedition mit ihren deutschen Vermessungsarbeiten zu einer geotektonischen Synthese, die den Faltungsaufbau im Pamir beschrieb. Diese Erkenntnis machte die sowjetische Forschung zu einer Grundlage für ihre gezielte geologische Rohstoffsuche.<sup>866</sup> Die sowjetischen Geologen zogen ab 1928 jedes Jahr in den Pamir, um mit Mineralogen, Topographen, Geographen, Meteorologen, Zoologen und Botanikern die Kartierung Zentralasiens fortzusetzen. Einige Berichtigungen konnten bereits anhand der deutschen Vermessungen an den bisherigen Karten russischer Provenienz vorgenommen werden. So galt der Pik Garmo, den das

---

862 Finsterwalder, Richard: Die topographischen Ergebnisse der deutsch-russischen Alai-Pamir-Expedition 1928, in: Verhandlungen und Wissenschaftliche Abhandlungen des 24. Deutschen Geographentages zu Danzig 26. bis 28. Mai 1931, hrsg. v. Albrecht Haushofer, Breslau: Ferdinand Hirt 1931.

863 Schöner, Hellmut: Sowjetische Expeditionen im Pamir und Tienschan 1928-1947, in: Jahrbuch des Deutschen Alpenvereins (Alpenvereinszeitschrift) 77 (1952), S. 26-36, hier S. 26. Zeitschrift der Gesellschaft zu Erdkunde zu Berlin Nr. 5/6 (1929), Sonderdruck DAV Bib 4° B 491.

864 Rickmers, Willy Rickmer: Organisation und Verlauf der Expedition, in: Die Alai-(Pamir-)Expedition 1928. Vorläufige Berichte der deutschen Teilnehmer, hrsg. v. , (= Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft), Band 10), Berlin: Karl Siegmund 1929, S. 19-60, S. 34.

865 Funkstunde, S. 6.

866 Steiner, Walter: Der Beitrag deutscher Geowissenschaftler bei der Erforschung des Pamir (UdSSR/Tadschikische SSR), in: Zeitschrift für geologische Wissenschaften 4 (1976) Heft 2, S. 277-294.

bolschewistische Regime der Sowjetunion schon zu „Pik Lenin“ umgetauft hatte, bislang als der höchste Gipfel Russlands. Die Expedition konnte anhand ihrer Messergebnisse nachweisen, dass in Wahrheit der Pik Kaufmann mit 7130 Metern noch höher ist. Eine Erstbesteigung des Pik Kaufmann gelang am 25. September 1928 den deutschen Alpinbergsteigern und „Dienstmännern“ Eugen Allwein, Erwin Schneider und Karl Wien. Aus Anlass dieser Korrektur beschloss die sowjetische Seite, den Pik Kaufmann sogleich umzutaufen in „Pik Kommunismus“. Aufsehererregend für die Glaziologie waren die Ergebnisse aus der Vermessung des eiszeitlichen „Fedtschenko“-Gletscher. Der deutschen Vermessungsgruppe gelang es, bis zum Ansatzpunkt des Gletschers aufzusteigen, wobei sich herausstellte, dass die gesamte Länge des „Fedtschenko“ nicht, wie bisher angenommen, ca. 30 oder 42 Kilometer betrug, sondern insgesamt ca. 70 Kilometer durchmaß. Den zweitgrößten Gletscher, den „Muskulak“-Gletscher, aus dem der „Tanimas“-Fluss in der Mitte des Sel-Tau entspringt, vermaß die Expedition auf eine Länge von ca. 40 Kilometern. Auf Veranlassung der russischen Teilnehmer wurde dieser Gletscher von der sowjet-russischen Regierung auf „Notgemeinschaftsgletscher“ umgetauft. Der dem „Notgemeinschaftsgletscher“ benachbarte Dreispitz in einer Höhe von 6850 Metern taufte die sowjetische Seite schließlich noch auf „Pik Schmidt-Ott“, was die Russen allerdings Jahre später wieder zurücknahmen, um diesen Pamirgipfel letztendlich „Pik der Revolution“ zu nennen. Schließlich konnte auch der sagenhafte, bislang unbekannte Passübergang „Kaschal-ajak“, den bislang nur die einheimischen Kirgisen benutzten, aufgefunden gemacht und rekonstruiert werden. Über seine empirischen Arbeiten zur Photogrammetrie im Pamir habilitierte Richard Finsterwalder 1930 an der Technischen Universität München.<sup>867</sup>

Hatten diese Ergebnisse der „Pamir“-Expedition grundlegend neue, größere Zusammenhänge zur Geographie ans Tageslicht gebracht? Innerhalb der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft waren die Meinungen darüber zwiespalten. Der neu gewählte Vorsitzende des Fachgutachterausschusses der Geographie, Erich von Drygalski, kritisierte im Juni 1928 das Forschungsprogramm der „Pamir“-Expedition, die zu diesem Zeitpunkt in Sowjet-Russland arbeitete, mit scharfen Worten. Sie sei „rein alpinistisch“ angelegt und habe mit der Kammverlaufskarte, der

---

867 Finsterwalder, Richard: Geodätische, topographische und glaziologische Ergebnisse. In zwei Bänden, Berlin 1932.

Gletscherkartierung und der ethnolinguistischen Dokumentation die wissenschaftlichen Ziele im Wesentlichen viel „zu eng gesetzt“.<sup>868</sup> Besorgt bat Friedrich Schmidt-Ott, der im Juni zum Sommerurlaub in Tirol weilte, seinen Vertreter in der Notgemeinschaft in Berlin, Eberhard v. Schweinitz, um eine weitere Darlegung dieser Kritik, da aus seiner Sicht wegen der deutsch-sowjetischen Verbindung das „Pamir“-Unternehmen in den nächsten Jahren fortgesetzt werden sollte.<sup>869</sup> Drygalskis Votum aber war ausschlaggebend dafür, ob eine Fortführung der „Pamir“-Expedition durch die Notgemeinschaft finanziell genehmigt werden könnte. Eberhard v. Schweinitz beschwichtigte Friedrich Schmidt-Ott und entgegnete, dass Erich v. Drygalski die „Pamir“-Expedition doch „zu unterschätzen scheine“. Er berichtete von der Reaktion des russischen Geologen Aleksandr Fersman, der sich von dem letzten Forschungsbericht aus der Hand von Willi Rickmer Rickmers über die Fortschritte der Expedition „sichtlich erbaut“ gezeigt habe.<sup>870</sup> Angesichts des einschlägigen Interesses der sowjetischen Seite an den messtechnischen Kompetenzen der deutschen Geodäten überrascht die zustimmende Haltung Aleksandr Fersmans freilich nicht. Doch hätte sein externes, positives Votum die Ablehnung Drygalskis wohl auch nicht entkräften können. Denn eine interne Entscheidung mit einer wissenschaftlichen Begutachtung der „Pamir“-Expedition innerhalb der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wurde nicht mehr angestrengt, als sich im Jahr 1929 im Deutschen Reich die öffentliche, parlamentarische Kritik an der Fördertätigkeit der Notgemeinschaft artikulierte und sie deren glaziologische Arbeiten in der Sowjetunion polemisch aufs Korn nahm. Anlass dazu gab die deutsche Fassung des sowjetischen Kinofilms über die „Pamir“-Expedition, der im Sommer 1929 in den deutschen Filmtheatern gezeigt wurde. Der Völkerpsychologe aus Heidelberg und zugleich Reichstagsabgeordneter Willy Hellpach zitierte im Parlament während einer Haushaltsdebatte am 10. Juni 1929 den kritischen Kommentar eines Kinobesuchers, der zu seiner Begleiterin kopfschüttelnd gesagt haben soll: „Ist das nun wirklich unsere wichtigste Aufgabe, die

---

868 Schmidt-Ott an Schweinitz, 22. Juni 1928, GStA PK Rep. 29 D 15. Teil II Blatt 384f.

869 Ein in Russisch verfasstes Schreiben vom 31. März 1928 von Nikolai Gorbunov aus dem Kreml, Moskau, an Friedrich Schmidt-Ott bezeichnet die Expeditionen der Notgemeinschaft nach Burjat-Mongolien sowie die „Pamir“-Expedition sinngemäß als „einen Schritt in einer langen Kette gemeinsamer Veranstaltungen zur deutsch-sowjetischen Kultur“, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag 1 Band 2, Blatt 78-79. (Mit freundlichem Dank an die Archivare im Geheimen Staatsarchiv für die sinngemäße Übersetzung des russischen Textes, 14. April 2000, J. Kirchoff.)

870 Schweinitz an Schmidt-Ott, 25. Juni 1928, GStA PK Rep. 29 D 15 Teil II Blatt 389.

weißen Flecke in Sowjetrußland mit zu erforschen?“<sup>871</sup> Aus der Sicht der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hatte die „Pamir“-Expedition von 1928 unmittelbar angeknüpft an die triumphale Rückkehr des „Meteor“. Ähnlich wie bei der 1927 zum Abschluss gekommenen Vermessung des Atlantiks war nun im russischen Hochgebirge wiederum ein riesiges Areal von 15.000 km<sup>2</sup> vermessen und kartiert worden, ein wahres „Wunderwerk der deutschen Vermessungswissenschaft“.<sup>872</sup>

Für die deutschen Gletscherkundler Heinrich v. Ficker, Raimund v. Klebelsberg, Richard Finsterwalder und Willi Rickmer Rickmers hatte die Expedition in den zentralasiatischen Pamir vor allem eine lang ersehnte Hoffnung erfüllt. Für sie war nämlich die „Pamir“-Expedition von 1928 einfach eine „unmittelbare Fortsetzung der Alpenvereinsfahrt des Jahres 1913“ gewesen.<sup>873</sup> Trocken kommentierte Willi Rickmer Rickmers in seiner Autobiographie aus dem Jahr 1930, zwei Jahre nach dem Abschluss der Expedition: „Die Zeit vom Ende des Jahres 1913 bis zur Deutsch-Russischen Alai-Pamir-Fahrt 1928, rund fünfzehn Jahre, nenne ich die Große [sic!] Lücke.“ Dieses „gähnende Loch“, aufgerissen durch den Weltkrieg von 1914 bis 1918 und die Inflation bis 1924, habe für die Geographen etwas länger gedauert, da „die geistigen Berufe, wie sie so schön heißen, [...] den festen Boden“ erst zuletzt gefunden hätten:

„Infolge ihres starken Kapitalbedarfs kamen die Forschungsreisenden unter den Geistlern zuletzt an die Reihe. Und bis zu allerletzt mussten die Unglücksraben warten, deren Arbeitsfeld in Russisch-Asien lag.“<sup>874</sup>

Heinrich von Ficker bestand darauf, dass die „Pamir“-Expedition als ein Forschungsprojekt der Notgemeinschaft innerhalb ihrer Reihe „großer Gemeinschaftsunternehmen“ zu begreifen sei. Sie habe den Auftrag gehabt, eine „Zusammenarbeit deutscher Forscher mit Gelehrten der Sowjetunion“ herbeizuführen.<sup>875</sup> Wie sich aber anhand der detaillierten Analyse der „Pamir“-Expedition zeigen lässt, hat sich eine wissenschaftliche Kooperation zwischen den

---

871 Willy Hellpach, Verhandlungen des Reichstags, IV. Wahlperiode 1928, Stenographische Berichte, Band 425, 82. Sitzung, 10. Juni 1929, Sp. 2246A (Zweite Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1929).

872 Willi Rickmers, Funkstunde, S. 13.

873 Zeitschrift des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins 1929, S. 59.

874 Willi Rickmer Rickmers: Querschnitt durch mich, München: Gesellschaft alpiner Bücherfreunde 1930, S. 480f.

875 Ficker, Heinrich von: Vorgeschichte, Aufgaben und Zusammensetzung der Expedition, in: Die Alai-(Pamir-)Expedition 1928. Vorläufige Berichte der deutschen Teilnehmer, hrsg. v. , (= Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft), Band 10), Berlin: Karl Siegmund 1929, S. 5-18, S. 5.

deutschen und den sowjetischen Geologen während der Expedition nicht eingespielt. Die russischen und deutschen Gruppen bildeten keine gemeinsamen Teams, sondern trennten die zu bearbeitenden Felder auf ihre beiden Nationen auf und erledigten die einzelnen Aufgaben in eigener Regie in kleinen Gruppen von zwei bis drei Männern.<sup>876</sup> Über zentrale Erkenntnisinteressen und die Fragestellungen der Expedition gab es keine Übereinstimmung. Aus forschungspolitischer Sicht suggerierte die formelhafte Verwendung der forschungspolitischen Vokabel „Gemeinschaftsarbeit“ im Falle der „Pamir“-Expedition eine wissenschaftliche Kooperation, die tatsächlich nur als organisatorisches Nebeneinander bestand. Aufgrund dieser Divergenz zwischen der forschungspolitischen Rhetorik und der wissenschaftsorganisatorischen Realität in der sogenannten „Gemeinschaftsarbeit“ der „Pamir“-Expedition kann man sich fragen, ob die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nicht auf anderen Wissensfeldern eine Kooperation mit sowjetischen Forschern hätte suchen und finden können? Dabei wäre z.B. das Forschungsfeld der Strömungsforschung zu betrachten. Die Sowjetische Akademie der Wissenschaften ließ 1928 einen Windkanal bauen nach dem Vorbild des Göttinger Windkanals von Ludwig Prandtl, allerdings mit erheblich größeren Ausmaßen.<sup>877</sup> Friedrich Schmidt-Ott erfuhr von dem geplanten Großprojekt mit einem Volumen von 2,5 Millionen Rubel und einer Personalausstattung von 273 wissenschaftlichen „Beamten“ am 21. April 1926.<sup>878</sup> Die bereits etablierte, allerdings geheime deutsch-sowjetische militärische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Luftfahrttechnik hätte hier vielleicht Anschlussmöglichkeiten geboten. In ähnlicher Weise boten die botanischen Sammlungen und Erfolge in der Züchtungsforschung am Vaviloff-Institut in Leningrad eine für die Entwicklung der Genetik interessante Chance.<sup>879</sup> Besonders Oskar Vogt hatte hier gegenüber Friedrich Schmidt-Ott schon am

---

876 Rickmers, Willy Rickmer: Organisation und Verlauf der Expedition, in: Die Alai-(Pamir-)Expedition 1928. Vorläufige Berichte der deutschen Teilnehmer, hrsg. v. , (= Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft), Band 10), Berlin: Karl Siegmund 1929, S. 19-60.

877 Nötzold, Jürgen: Die deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen, in: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens, hrsg. v. Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1990, S. 778-800

878 Tageskalender, 21. April 1926.

879 Alimov, A. F. / V. N. Tanasijtshuk / Stepanjants, S. D.: The Collections of the Zoological Institute of the Russian Academy of Sciences as Basis for Studies on Species Diversity, in: Zoological Journal 78 (1999) Heft 9, S. Original in Russisch, englische Übersetzung: <http://www.zin.ru/collections/collect1.htm> [5.9.2007]

1. Oktober 1925 auf die Kooperationsmöglichkeiten hingewiesen.<sup>880</sup> Es hatte also zwei dynamische und problemspezifisch aufteilbare Wissensfelder gegeben, die in sachlicher und personeller Reichweite zur Notgemeinschaft und zwei ihrer prominenten Experten aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft standen. Die internationale Forschungspolitik der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft aber schien sich nicht auf echte Kooperationsaufgaben einzustellen, sondern favorisierte Möglichkeiten, deutsche Gelehrtenarbeit als geschlossene, nationale Gruppenleistung im Ausland präsentieren zu können. Friedrich Schmidt-Ott deutete gegenüber dem norwegischen Polarforscher Fritjof Nansen an, dass sich die deutsche Forschung dadurch gleichsam symbolische Kolonien verschaffe. Fritjof Nansen, Professor für Zoologie und Meereskunde in Kristiania (Oslo), hatte nach dem Ersten Weltkrieg von 1921 bis 1923 im Auftrag des Völkerbundes als Hochkommissar die Heimführung sowjetischer Kriegsgefangener begleitet und Hilfsaktionen für die hungernde russische Bevölkerung organisiert, er kannte Sowjet-Russland hervorragend und hatte 1922 für seine Bemühungen den Friedensnobelpreis erhalten. Als Fritjof Nansen im Frühjahr 1928 die Geschäftsräume der Notgemeinschaft aufsuchte, um sich von Friedrich Schmidt-Ott die wissenschaftlichen Unternehmungen der deutschen Glaziologen im Pamir erläutern zu lassen, schickte ihm Friedrich Schmidt-Ott nach dem Abschied zur Lektüre eine Ausgabe des zeitgenössischen Romans von Hans Grimm „Volk ohne Raum“ nach, in der Absicht, Verständnis für die ausgreifenden Motive der Deutschen zu wecken.<sup>881</sup>

Noch vor dem Beginn der eigentlichen deutsch-sowjetischen Expeditionsarbeiten im Pamir verhandelte Friedrich Schmidt-Ott im Frühjahr 1928 neue Vorschläge für weitere deutsch-sowjetische Unternehmungen. Mit Nikolai Gorbunov vereinbarte er eine Teilnahme russischer Archäologen an Grabungen in spätantiken Fundstätten in Deutschland.<sup>882</sup> Während die „Pamir“-Expedition in den Sommermonaten 1928 unterwegs war, machte das Reichsinnenministerium die Notgemeinschaft darauf aufmerksam, dass der sowjetische „Rat der Volkskommissare“ eine neue Kommission gebildet habe, um die russische Polarforschung in der Arktis mithilfe von Zeppelin zu

---

880 Tageskalender, 1. Oktober 1925.

881 Schmidt-Ott an Nansen, 17. März 1928, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 15 Teil II Blatt 313.

882 Schmidt-Ott an Gorbunov, 14. Mai 1928, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott D 15.

intensivieren.<sup>883</sup> Ein sowjetischer Fünf-Jahres-Plan für die Polarforschung sah vor, auf Franz-Josephs-Land, Nowaja Semlja und Swernaja Semlja jeweils geophysikalische Observatorien aufzubauen, Radio-Stationen zu installieren, eine schwimmende Ausrüstung zu hinterlegen und Ankermasten sowie Tankbasen für Zeppeline zu errichten.<sup>884</sup> In der sowjetischen Kommission war neben der Akademie der Wissenschaften auch Olga Kamenew vertreten, sowie die sowjetischen Vertreter der internationalen „Aeroarctic Society“, d.h. der „Internationalen Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff“. Die Aerologie der Polarzonen würde also auf weitere Sicht den „Zeppelin“ als Transportmittel und Instrumentenplattform für die Klimamesstechnik benutzen.

1928 veranstaltete die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas unter Friedrich Schmidt-Ott eine weitere deutsch-russische Wissenschaftswoche im Bereich der Gesellschaftswissenschaften. Unter der akademischen Leitung von Otto Hoetzsch fand vom 7. bis 13. Juli 1928 in Berlin die „Sowjetische Historikerwoche“ statt. Im nächsten Jahr, 1929, schloss sich eine Wanderausstellung über Ikonen unter dem Titel „Denkmäler altrussischer Malerei. Russische Ikonen vom 12. bis 18. Jahrhundert“ vom 18. Februar bis 10. März 1929 in Berlin an, in Zusammenarbeit mit dem VOKS-Büro von Olga Kamenew.<sup>885</sup>

---

883 Reichsminister des Innern an Notgemeinschaft, 3. September 1928, BAK R 73 Nr. 292.

884 Artikel aus Tageszeitung „Istwestija“ vom 17. August 1928, Übertragung ins Deutsche durch die Deutsche Botschaft Moskau, 18. August 1928, BAK R 73 Nr. 292.

885 Katalogheft „Denkmäler altrussischer Malerei. Russische Ikonen vom 12. bis 18. Jahrhundert“ und Einladungskarte zum Dinner in die „Deutsche Gesellschaft 1914“, 18. Februar 1929, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag 1 Band 3.

## **4. Erneute Not. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Krise der Republik, 1930-1932**

### **4. 1. Krisenjahre und die Reaktion der Wissenschaftspolitik**

#### **4. 1. 1. Wirtschaftskrise**

Die weltwirtschaftliche Rezession nach den Panikverkäufen an der Wall Street vom 23. bis 29. Oktober 1929 setzte durch den Abruf kurzfristiger amerikanischer Kredite den deutschen Reichshaushalt unter Druck, der auf die Kapitalzufuhr aus Übersee angewiesen war. Die Finanzierungslücke im Reichshaushalt stieg auf 500 Millionen Reichsmark, eine „Bankrottwirtschaft“<sup>886</sup> des Staats, die zu erheblichen Kürzungen der Staatsausgaben zwang. Die regierende Große Koalition legte daher in Absprache mit der Industrie, die nach Steuersenkungen verlangte, ein drastisches Sparprogramm auf. Die Einschnitte, die Reichsfinanzminister Paul Moldenhauer vorsah, betrafen alle Bereiche, auch die Wissenschaftsförderung im Deutschen Reich.

Das Bankhaus Warburg, Hamburg, erbat sich von Friedrich Schmidt-Ott Ende April 1930 eine Denkschrift über die Entwicklung der Wissenschaftsfinanzierung im Deutschen Reich. Friedrich Schmidt-Ott beauftragte damit August W. Fehling, der die Wissenschaftsinvestitionen des Reichs, d.h. die einmaligen Ausgaben für Forschung und Lehre an 23 Universitäten des Deutschen Reichs im Reichshaushalt zusammenstellte, und zwar in einem Vierjahreszyklus von 1911 bis 1914 sowie von 1927 bis 1930. August W. Fehling machte dabei deutlich, dass die ausgeworfenen Summen nach 1928 schrumpften.<sup>887</sup> In diesen Rückgang der universitären Wissenschaftsfinanzierung seit der Vorkriegszeit dürfe „rein ziffernmäßig“ der Etat der Notgemeinschaft nicht in voller Höhe einberechnet werden, denn die Gelder der Notgemeinschaft seien in den 1920er Jahren vor allem dort verwendet worden, wo „vor dem Kriege die weit günstigeren Vermögensverhältnisse des Mittelstandes ein öffentliches Eingreifen nicht erforderlich machten“. Fehling betonte, dass eine wesentliche Aufgabe der Notgemeinschaft darin läge, „durch die Verleihung von Stipendien der deutschen Wissenschaft den lebensnotwendigen Nachwuchs zu

---

886 Pistorius, Th. von: Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen, in: Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften 88 (1930) Heft 3, S. 545-.

887 Zur Lage der Wissenschaft in Deutschland (1930). Denkschrift für Erich Warburg, BAK N 1106 (August W. Fehling) Nr. 68, S. 6.

erhalten“.<sup>888</sup> Einen realen „Mehraufwand“ für die Forschung habe die Notgemeinschaft aber nur in den Naturwissenschaften und in der Medizin leisten können, d.h. in solchen Wissensfeldern, wo der „Gebrauch einer verfeinerten und kostspieligeren Apparatur“ für den Forschungsfortschritt unabdingbar geworden sei.<sup>889</sup> Diesen realen Beitrag der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft für die Forschung im Deutschen Reich schätzte August W. Fehling auf eine jährliche Höhe von ca. 2,5 Millionen Reichsmark. Friedrich Schmidt-Ott erklärte sich zwar mit allen Einzelheiten der Denkschrift einverstanden, lenkte jedoch die Aufmerksamkeit von der staatlichen Forschungsfinanzierung auf die großzügigen, bürgerlichen Stiftungen der Vorkriegszeit und erinnerte an die Errichtung der Frankfurter Universität und die Kaiser-Wilhelm Gesellschaft. Die Argumentation in einer Denkschrift für das Bankhaus Warburg dürfe nicht so sehr eine „Darlegung der Lage“ geben, sondern sollte eher „auf die Unmöglichkeit [eingehen], hier in Deutschland eine entsprechende Summe von Privater [sic] Seite aufzubringen“.<sup>890</sup> Hierbei blendete Friedrich Schmidt-Ott die Industrieforschung aus, deren Forschungs- und Entwicklungsausgaben ja ebenfalls in privater Hand lagen. August W. Fehling wies zwar darauf hin, dass der Stifterverband der Wissenschaft auch Geld für jüngere Forscher sammle. Doch die Denkschrift für das Bankhaus Warburg hielt letztlich an Friedrich Schmidt-Otts Diagnose fest, dass die Unterfinanzierung des deutschen Wissenschaftssystems in der Weimarer Republik in der Hauptsache dem privaten Mäzenatentum anzulasten sei, das die Wissenschaften finanziell nicht ausreichend unterstütze.

#### **4. 1. 2. „forschung tut not“**

Der Verband Deutscher Ingenieure sah die Finanzierung des deutschen Wissenschaftssystems im Deutschen Reich in der Wirtschaftskrise in der Verantwortung des Staats und begann im Sommer 1930, alle deutschen Wissenschafts- und Hochschulverbände für eine gemeinsame Pressekampagne zu gewinnen. Der Vorsitzende des Verbands Deutscher Ingenieure, Conrad Matschoss, machte dabei gegenüber dem akademischen Bildungsbürgertum geltend, dass die

---

888 Ebd., S. 21.

889 Ebd., S. 5.

890 Fehling an Warburg, 11. Juni 1930, BAK N 1106 Nr. 68. Ein zweites Exemplar der Denkschrift erbat Erich Warburg am 28. Juli, um es seinem Onkel, dem Bankier Felix Warburg, geben zu können.

Wissenschaft – besonders wegen der Wirtschaftskrise – „nun einmal in der Sprache reden“ müsste, „die die Geldgeber am besten verstehen.“<sup>891</sup> Er schlug vor, ein „möglichst dünnes Heft“ herauszugeben, das „vielleicht mit der propagandistisch wirkenden Überschrift ‚Forschung tut not‘“ betitelt werden sollte. In diesem Heft sollten „kurze Tatsachen“ vorgestellt werden, aus denen hervorginge, „dass Geld, für Forschung angewandt, die denkbar beste Kapitalanlage ist.“ Georg Schreiber schloss sich diesem Aufruf für eine erneute Pressekampagne zur „Not der Wissenschaft“ an, und forderte am 31. Oktober 1930 ein Memorandum über die Frage: „Was haben wir für die Formung unserer öffentlichen Meinung erreicht?“<sup>892</sup> Das Ziel der neuen Informationsbroschüre „forschung tut not“ [sic!] sollte es sein, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein zu stiften von dem Zusammenhang zwischen Wissenschaft, technischer Industrie und wirtschaftlicher Prosperität. Die Notgemeinschaft trat damit erneut an die breitere Öffentlichkeit, um die Zustimmung für eine Wissenschaftsförderung mit längerem Atem zu gewinnen.<sup>893</sup> Eine solche Kampagne mit Broschüren werde sich nämlich „für die planmäßige Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ einsetzen müssen, wie Conrad Matschoss bekräftigte.<sup>894</sup> Das erste Heft aus der Reihe „forschung tut not“ erschien im Oktober 1930 und erreichte drei Auflagen mit insgesamt 30.000 Exemplaren.<sup>895</sup> Es argumentierte gegen die geplanten Haushaltskürzungen der neuen Regierung von Reichskanzler Heinrich Brüning und forderte eine Steigerung der Ausgaben für Naturwissenschaft, Technik und Landwirtschaft. Die Broschüre präsentierte den Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Technik wiederum linear, wie bereits in der Inflationskrise sieben Jahre zuvor: wissenschaftliche Forschungen würden regelmäßig neue Produktionstechnologien schaffen und dadurch die Arbeitsplätze vermehren. Deswegen folge für die Politik, dass sie die wissenschaftlich-technische Forschung besonders fördern müsse. Eine Reihe von ausgewählten Beispielen in der Broschüre diene dazu, den Zusammenhang zwischen Wissenschaft,

---

891 Matschoss an Schwoerer, 10. Juni 1930, BAK R 73 Nr. 196.

892 16, S. 33

893 BAK R 73 Nr. 195-201 und R 2 / 12020, 12021, 12449.

894 Schreiben Matschoss an Dammann (Ministerialdirektor Reichsministerium des Innern), 8. November 1930, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde R 1501 Nr. 26769.

895 Schreiben Matschoss an Donnevert, 18. Mai 1931, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Reichsministerium des Innern, R 1501 Nr. 26769.

Technik und Wirtschaft zu erhärten.<sup>896</sup> Aus der Entdeckung der Röntgenstrahlen seien die Elektronenröhren hervorgegangen, die zum Radio geführt hatten. Die Entdeckung von Ammoniak und Methyläther durch Linde hatten zu den „Kältemaschinen“, d.h. den Kühlschränken geführt. Die Kunstseide, ebenfalls ein wissenschaftliches Produkt, habe die Textilindustrie erweitert. Margarine sei bereits zwischen 1860 und 1875 im Laboratorium hergestellt worden. Neue Gerbverfahren hätten die Anwendungsmöglichkeiten von Leder erweitert. Die chemischen Stoffe Kali und Stickstoff hätten in der Landwirtschaft zum Kunstdünger geführt und ihr Ertragssteigerungen von unerhörtem Ausmaß beschert. In der Stahlerzeugung sowie im Bergbau sei mit der wissenschaftlichen Erforschung der Schlagwetterentzündungen und der Konstruktion von Grubenlampen, die den Kohlenstaub absorbierten, die Arbeit wesentlich sicherer geworden. Alle diese aufgeführten Beispiele dienten dazu, die Wissenschaftsförderung aus staatlichen Mitteln zu legitimieren. Das erste Heft „forschung tut not“ zitierte den SPD-Abgeordneten und früheren Reichsminister des Innern, Carl Severing, mit den Worten aus einer Reichstagsrede:

„Die Wirtschaft muss befruchtet werden durch Forschung und Wissenschaft. Es ist die beste Kapitalanlage, wenn wir alle Einrichtungen, die diesem Zwecke dienen, mit den Mitteln des Reichs unterstützen.“

Conrad Matschoss schlug in seinem Appell für eine Ausweitung der Wissenschaftsförderung zusätzlich revisionistische Töne an:

„Weil wir heute in einer wirtschaftlich so schwierigen Lage sind, weil wir das Volk ohne Raum sind, müssen wir uns große neue Arbeitsprovinzen erobern, und der Weg zu diesen führt nur über die wissenschaftliche Forschung. Es handelt sich hier, das zeigt die Geschichte, um eminent werbendes Kapital.“<sup>897</sup>

Das zweite Heft der Informationsbroschüre „forschung tut not“ griff im Mai 1931 die Anregungen von Schulen und Lehrern auf und bezog die Geisteswissenschaften mit ein.<sup>898</sup> Die neue Broschüre enthielt weitere Beispiele zur technisch-wissenschaftlichen

---

896 Die wissenschaftssoziologische und historische Forschung geht bisher davon aus, dass sich das „linear model“ erst durch die Argumentation von Vannevar Bush in seinem Report „Science. The Endless Frontier“ von 1945/46 zur Überführung der amerikanischen Kriegsforschungspotentiale in zivile bzw. militärstrategische Nutzungen etabliert habe, vgl. Smith, John K.: Thinking about technological change: Linear and evolutionary models, in: Learning and technological change, hrsg. v. Ross Thomson, London: Macmillan; New York: St. Martin's Press 1993, S. 65-79.

897 Carl Matschoss, Frankfurter Zeitung Nr. 396, 1930.

898 Als Herausgeber nennt der Umschlag von Heft 2 aus dem Jahr 1931 den Verband der Deutschen Hochschulen, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, den Verein

Forschung, zur Untersuchung der Glühlampe, zur Atmosphärenforschung für den transatlantischen Luftverkehr, schließlich zur Geophysik, zum Gartenbau, zur Kartoffelforschung (Entomologie), zur Papierbeschaffenheit, zur volkswirtschaftlichen Theorie von Ersparnissen und zur Erblichkeitsforschung in der Medizin. Die Notgemeinschaft schloss sich auch in dieser zweiten Pressekampagne mit dem Verein Deutscher Ingenieure zusammen in dem Vorhaben, „die gesamte deutsche Öffentlichkeit von dem wirtschaftlichen Wert der Forschung durch Tatsachen zu überzeugen.“ Im Januar 1931 gründeten die Notgemeinschaft (jetzt unter der Bezeichnung: Deutsche Forschungsgemeinschaft), die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Verband der deutschen Hochschulen und der Verband Deutscher Ingenieure eine Finanzgemeinschaft, die weitere Broschüren mit dem Titel „forschung tut not“ produzieren und dadurch die „Schaffung einer öffentlichen Meinung für die Förderung der Forschung“ ermöglichen sollte.<sup>899</sup>

Mit dieser neuen Betonung des linearen Modells der Technikgenese zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wendete sich die Notgemeinschaft in ihrer Öffentlichkeitsarbeit von ihrer früheren Betonung der auswärtigen Kulturpolitik ab. Andere Kulturbereiche als die Wissenschaft übernahmen allmählich die Rolle, ein Stellvertreter des ‚deutschen Geistes in der Welt‘ zu sein. Die künstlerische und architektonische Bewegung der Neuen Sachlichkeit, zum Beispiel, errang mit Mies van der Rohe auf der Weltausstellung in Barcelona 1929/30 weltweites Renommee, als der Deutsche Pavillon als „[...] the most famous foreign pavilion“ gerühmt wurde.<sup>900</sup> Auch auf dem diplomatischen Parkett hatte das Deutsche Reich wieder internationale Anerkennung erlangt. Die Wissenschaft des Deutschen Reichs als Moment der Außen- und internationalen Selbstdarstellung verlor daher ihre Funktion als „Macht-Ersatz“.<sup>901</sup> Stattdessen wurde nun die Wissenschaft als ein bestimmender Faktor für die volkswirtschaftliche Produktivität in das nationale politische Bewusstsein gerückt. Diese Öffentlichkeitsarbeit blieb nicht auf die Printmedien beschränkt. Der Rundfunk

---

Deutscher Chemiker, den Verein Deutscher Eisenhüttenleute sowie den Verein Deutscher Ingenieure.

899 Geschäftsordnung vom 31. Januar 1931, BAK R 73 Nr. 196.

900 Timothy Palmer: "Barcelona 1929-1930. Exposición internacional de Barcelona", in: Historical Dictionary of World's Fairs and Expositions 1851-1988, hg. v. John E. Findling / Kimberly D. Pelle, New York etc. 1990, S. 252-254, hier S. 254.

901 Ernst Horneffer: Die Stellung der Wissenschaft in Geschichte und Gegenwart, in: Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele. Hg. v. Ludolph Brauer / Albrecht Mendelssohn Bartholdy / Adolf Meyer / Johannes Lemcke, Band 2, Hamburg 1930, S. 1-14.

begann ebenfalls in Ansprachen zum Neujahrsabend 1930 und 1931, das Thema Wissenschaft und Wirtschaft zu popularisieren.<sup>902</sup> Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hielt allerdings trotz dieser mehrgleisigen Werbung zugunsten einer staatlichen Wissenschaftsförderung aus „Nützlichkeits erwägungen“ an ihrem früheren Primat der reinen Wissenschaft fest. Ein Mitarbeiter der Geschäftsstelle, Max Horst, warnte 1932 in einem Beitrag unter dem Titel „Gedanken zur Etatkrise“ vor einer argumentativen Einbahnstraße, den auch die Broschüre „forschung tut not“ eingeschlagen hatte:

„Vielfach haben sich die Wissenschaftsträger verleiten lassen, der Laienwelt gegenüber zu sehr den realen Wirtschaftswert ihrer Forschung und Entdeckungsarbeiten herauszustellen. Sie verfallen in den misstönigen Abgesang der Praxis. Zum andern gilt diese berechnete Kritik ebenso für die öffentliche Meinung, wenn sie von der Wissenschaft verlangt, sich in erster Linie lebensnotwendigen Bedürfnissen des Alltags unterzuordnen. So bedeutsam es ist, wenn wissenschaftliche Forschung fruchtbare Probleme und Anregungen aus dem frisch pulsierenden Leben erhält, so unwidersprochen es ist, dass ihr gerade in Zeiten vaterländischer Not und nationalen Unglücks Aufgaben erwachsen, die im Interesse der *salus populi* eine dringende Lösung erheischen, so muss doch immer wieder klar herausgestellt werden, dass die Wertschätzung der Wissenschaft nicht nach ihrem unmittelbaren Nutzen oder den augenblicklichen Erfolgen eingestuft werden darf.“<sup>903</sup>

Es stellte sich allerdings angesichts des zunehmenden Verfalls der demokratischen, parlamentarisch geregelten Willensbildungsprozesse ab 1930 die Frage, ob die *Öffentlichkeitsarbeit* der Wissenschaftsverbände in der politischen Krise noch wirksam werden konnte.

---

902 Vossische Zeitung Nr. 92 vom 24. Februar 1932, Morgenausgabe, Erste Beilage, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 925 Bl. 235. Das Deutsche Rundfunkarchiv, Frankfurt a. M., hält in seinen Beständen zahlreiche gesendete Originalaufnahmen aus der Zeit zwischen 1930 und 1933 von Gelehrten zu unterschiedlichen Gelegenheiten wie Weihnachtsansprachen oder offiziellen wissenschaftlichen Anlässen, z.B. der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte mit den Begrüßungsansprachen in Königsberg 1930 (24'), eine Sylvesteransprache im Funk von Theodor Wiegand über „Akademische Freiheit“ von 1931 (20'), sowie einen Vortrag Hugo Eckeners über die auslandspolitische Wirkung der Luftschiffahrten auf der Jahrestagung des Deutschen Auslandsinstituts Stuttgart 1932 (24').

903 Horst, Max: Die Volksnähe der Wissenschaft. Gedanken zur Etatkrise der Forschung, in: Volkstum und Kulturpolitik. Eine Sammlung von Aufsätzen gewidmet Georg Schreiber zum Fünfzigsten Geburtstage, hrsg. v. Heinrich Konen und J. P. Steffes, Köln: Gilde Verlag GmbH 1932, S. S. 266ff., S. 271.

#### 4. 1. 3. Politische Krise, autoritärer Staat und Budgetkürzungen

Die wirtschaftliche Krise verschärfte die politische Krise. Das öffentliche Leben verfiel zunehmend in Gewalttätigkeiten, sogar im akademischen Leben. Am 1. Mai 1931 zogen kommunistische Studenten an der Berliner Universität eine rote Fahne auf und begrüßten die defilierenden Arbeiter. Die jüdische Telegraphenagentur in Berlin meldete am 4. Mai 1931, dass einige nationalistische Studenten am 2. Mai 1931 die Eingänge der Berliner Universität besetzt hatten, um jeden Studenten und jede Studentin, die nur irgendwie ein jüdisches Aussehen hatten, zu überfallen und krankenhausaufnehmlich zu prügeln.<sup>904</sup> Die politische Krise und die wirtschaftliche Depression veranlasste das erste Präsidialkabinett unter Heinrich Brüning, eine außerordentlich restriktive Wirtschaftspolitik durchzusetzen, die „Finanzsanierung“ zur politischen Priorität zu machen und den Reichstag in Haushaltsfragen faktisch zu entmachten.<sup>905</sup> Mit der ersten Notverordnung „Zur Sicherung der Wirtschafts- und Finanzlage“ vom 1. Dezember 1930, ihrer Ergänzung durch eine zweite am 5. Juni 1931 und dem Oktroi eines kompletten Reichshaushaltes ohne jede Beteiligung des Reichstages am 29. März bzw. 30. Juni 1932 triftete der Staat auch in seiner deflationären Ausgaben- und Finanzpolitik in ein autoritäres Regime. Dadurch entzog der Staat den Wissenschaftspolitikern ihre bisher gehandhabten Möglichkeiten, Einfluss auf den Kultur- und Wissenschaftsetat im Reich zu nehmen. Friedrich Schmidt-Ott und die Mitglieder des Hauptausschusses der Notgemeinschaft drangen mit ihren wissenschaftspolitischen Anliegen in der zerrüttenden Weimarer Demokratie auf den drei bislang beschrittenen Wegen nicht mehr durch: Weder war eine allgemeine Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Wissenschaftsförderung zielführend, noch das Abhalten forschungspolitischer Informationsvorträge für die Reichstagsabgeordneten auf Bierabenden und Mitgliederversammlungen der Notgemeinschaft oder die gezielte Eingabe vor dem Reichshaushaltsausschuss. Erfolgreiche wissenschaftspolitische Einflussnahme wurde stattdessen mehr und mehr abhängig von einem unmittelbaren Zugang zum Reichskanzler oder zum Kabinett und zweitens vom Gehör bei den

---

904 Marburg, Fritz: Der Antisemitismus in der Deutschen Republik, Wien: Josef Brenner 1931. Die Intervention einer Abordnung jüdischer Studenten beim Rektor der Universität war ohne Erfolg geblieben. Die brutalen Übergriffe hatten bis 2 Uhr nachmittags andauert, aber Polizei war nicht angefordert worden.

905 Longerich, Peter: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover: Fackelträger 1995, S. 278 und S. 299.

wirtschaftspolitischen Beratern, die Notverordnungen konzipierten. Die Wissenschaftspolitik im Deutschen Reich begann daher in der politischen Systemtrift der frühen dreißiger Jahre ihre Forderungen jeweils über einflussreiche Industrieführer an Heinrich Brüning oder die Kabinettsmitglieder heranzutragen. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sollte diesen Weg aufgrund ihrer engeren Verbindungen mit den wissenschaftstechnologischen Branchen der Industrie als Erste einschlagen.<sup>906</sup> Die Notgemeinschaft schloss sich diesem Vorgehen zum Teil an.<sup>907</sup> Doch hielt Friedrich Schmidt-Ott auch an seiner Praxis fest, für die Sache der Notgemeinschaft nach Möglichkeit in den Lobbys der mächtigen, gesinnungsverwandten Politiker zu sprechen. Am Reichsgründungstag, dem 18. Januar, aus dessen Anlass er 1930 zum Frühstück in das Reichspräsidentenpalais eingeladen war, stellte Friedrich Schmidt-Ott gegenüber dem greisen Paul von Hindenburg einige der laufenden Forschungsprojekte der Notgemeinschaft vor, u.a. das Höhenflugzeug in der Flugwerft von Hugo Junkers, die Expedition Alfred Wegeners nach Grönland sowie die volkskundlichen Arbeiten über das Saarland.<sup>908</sup> Friedrich Schmidt-Otts Bemühungen sollten honoriert werden, als der Reichspräsident im Herbst des Jahres, am 31. Oktober 1930 während der Jubiläumsversammlung der Notgemeinschaft auf ein offen applaudierendes Huldigungstelegramm des Notgemeinschaftspräsidenten umgehend mit seinem Antworttelegramm verlauten ließ:

„[...] In dankbarem Erinnern an die wertvolle Förderung, welche die Tätigkeit der Notgemeinschaft in den hinter uns liegenden schweren Jahren der deutschen Wissenschaft gebracht hat, wünsche ich Ihnen von Herzen weiteren Erfolg und segensreiche Arbeit. Mit freundlichen Grüßen, von Hindenburg, Reichspräsident.“<sup>909</sup>

Doch selbst diese hohe Protektion konnte nicht verhindern, dass die Notgemeinschaft am Ende unter die Kürzungs- und Einsparungsbestimmungen der Regierung Brüning fiel. Reichsinnenminister Carl Severing gab Friedrich Schmidt-Ott am 4. Oktober 1929

---

906 Gerhard, Dietrich: Adolf von Harnacks letzte Monate als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: Gesammelte Aufsätze, hrsg. v. , (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Band 54), Göttingen 1977, S. 245-267.

907 Tageskalender, 15. März 1930. Friedrich Schmidt-Ott sprach mit Adolf von Harnack über die „Erklärung Mendelssohn, Bohlen, Duisberg“.

908 Tageskalender, 18. Januar 1930.

909 Schmidt-Ott, Friedrich: Mitgliederversammlung in Krolls Festsälen in Berlin am 31. Oktober 1930, in: Bericht über die Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1930 in Berlin, hrsg. v. Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, (= Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Band 16), Berlin: Karl Siegismund Verlag 1931, S. , S. 10.

zwar noch zu verstehen, dass er alles versuchen wolle, Streichungen zu verhindern. Wegen eines „schweren Defizits 1928 und 1929“ könne er aber für das noch laufende Budget wohl nur 7 Millionen Reichsmark erteilen; doch wolle er für das Rechnungsjahr 1930 „eher 9 Millionen“ anstreben.<sup>910</sup> Aber die unsicher werdenden Aussichten aufgrund der sich zum Jahresende 1929 hin ausweitenden Weltwirtschaftskrise kündigten eine andere, restriktive Entwicklung der Etatlage an. Daher sandte Friedrich Schmidt-Ott im Januar 1930 eine Grundsatzeingabe an Reichsfinanzminister Paul Moldenhauer, die Denkschrift „Wissenschaftsförderung durch das Reich“.<sup>911</sup> In ihr legte Friedrich Schmidt-Ott erneut den Gedanken auseinander, dass die Wissenschaft in ihrem Wert nicht einfach nach dem Nutzen bestimmt werde, den sie für die Technik und die Industrie entfaltete. Stattdessen erinnerte er daran, dass man schon zehn Jahre früher „die deutsche Wissenschaft als einen unveräußerlichen Besitz und Machtfaktor auch gegenüber allen materiellen und sozialen Anforderungen“ betrachtet und gefördert habe.<sup>912</sup> Um den Anspruch auf eine verstärkte Förderung der Notgemeinschaft zu bekräftigen, begann Friedrich Schmidt-Ott ab Januar 1930 den Namen „Forschungsgemeinschaft“ und „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ zu benutzen.<sup>913</sup> Doch Reichsfinanzminister Paul Moldenhauer stellte persönlich am 1. Februar 1930 gegenüber Friedrich Schmidt-Ott die Finanzierungslücken im Reichshaushalt heraus, machte den Sparwillen der Regierung deutlich und kündigte an, den Etat der Notgemeinschaft prüfen zu müssen. Friedrich Schmidt-Ott bestand vergeblich darauf, dass die Wissenschaftsförderung auch bei miserabler Wirtschaftslage trotzdem gesteigert werden müsste.<sup>914</sup> Doch die Regierungen der Präsidialkabinette drückten die Wissenschaftsausgaben für die Notgemeinschaft 1931,

---

910 Tageskalender, 4. Oktober 1929.

911 Wissenschaftsförderung durch das Reich. Eingabe des Präsidenten der Notgemeinschaft an den Reichsfinanzminister, Januar 1930, Bundesarchiv Berlin R 2 Nr. 12362.

912 Schmidt-Ott an Köhler, 29. Januar 1930, BAK R 73 Nr. 1.

913 Der Name „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ wurde von Heinrich Konen mit Unterstützung von „anderen Befürwortern“ auf der Sitzung des Hauptausschusses der Notgemeinschaft am 16. November 1929 in Hamburg als neuer Name vorgeschlagen, um den erwünschten „Dauerzustand“ der Wissenschaftsorganisation schon in ihrer Bezeichnung anzumelden, vgl. Tageskalender, 16. November 1929. Der Hauptausschuss hat diesen neuen Namen der Notgemeinschaft jedoch am 16. November 1929 zunächst „zurückgestellt“ wegen den Bedenken, die das Preußische Kultusministerium anmeldete. Der Name „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ wurde von Friedrich Schmidt-Ott erstmals verwendet in Schmidt-Ott an Hummel, 7. Februar 1930, BAK R 73 Nr. 16719.

914 Tageskalender, 1. Februar 1930.

1932 und 1933 von Jahr zu Jahr von 7 Millionen auf 5,1 Millionen und schließlich 4,4 Millionen Reichsmark herunter.<sup>915</sup>

In der wirtschaftlich und politisch eintrübenden Situation suchte Friedrich Schmidt-Ott vom 11. bis 18. Februar 1930 auf Schloss Elmau im Karwendelgebirge für eine Winterwoche etwas Erholung und innere Einkehr. Um sich seinen inneren Gründen gewiss zu werden, warum und wie er den politischen Einsatz für die Wissenschaftsförderung im Deutschen Reich auch unter widrigen Umständen weiterführen sollte, suchte Friedrich Schmidt-Ott geistige Anregung, u.a. in der Lektüre von anthroposophischen und christlichen Traktaten sowie bei Lao-Tse. Seine über mehrere Tage hinweg gesuchte und schließlich persönlich gefundene „Antwort“ formulierte er in die Sentenz: „Wasser passt sich an.“<sup>916</sup> Sein Stehvermögen begründete er im Glauben. Die christliche Botschaft war nicht als Wahrheit verfügbar, sondern konnte nur im fortgesetzten Bemühen um die Bedeutung des Heilsgeschehens in der eigenen Lebensexistenz erfasst werden: „Zu Verstehen, auch Christi Worte, nur was man aus Erfahrung kennt.“<sup>917</sup> Diese geistlich begründete Überzeugung stärkte Friedrich Schmidt-Ott darin, weltzugewandt zu denken und dezidiert zu handeln. Er würde von sich auch weiterhin großen Einsatz fordern, wie er lakonisch und nicht ohne schwarzen Humor festhielt: „Sich umbringen lieber für andere.“<sup>918</sup>

In der angespannten Lage hielt Friedrich Schmidt-Ott enge politische Verbindungen mit der Bayerischen Regierung.<sup>919</sup> Über den Bayerischen Gesandten Konrad v. Preger in Berlin erfuhr Friedrich Schmidt-Ott, dass die Notgemeinschaft im nächsten Etat „Aussicht auf 8 Millionen“ habe.<sup>920</sup> Die mögliche Aufteilung dieses Etats besprach Friedrich Schmidt-Ott am 21. Februar 1930 nachmittags im engeren Kreis des Präsidiums und der Geschäftsstelle, d.h. mit Fritz Haber und Viktor Schwoerer, sowie mit den Referenten für die Förderungen in den Natur- und den Geisteswissenschaften, Karl Stuchtey und Karl Griewank.<sup>921</sup> Die Aussichten für die Notgemeinschaft, ein

---

915 Vgl. Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 38.

916 Tageskalender, 17. Februar 1930.

917 Ebd.

918 Ebd.

919 Essen im Palais Preysing mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Martin Held, Minister Goldenberger, Friedrich von Müller, Walter von Dyck und Viktor Schwoerer, Tageskalender, 8. Februar 1930.

920 Tageskalender, 19. Februar 1930.

921 Tageskalender, 21. Februar 1930.

Budget von 8 Millionen Reichsmark tatsächlich zu erhalten, schienen sich zu mehren, als nach dem Sturz der Regierung Hermann Müller einer der Befürworter der Notgemeinschaft der ersten Stunde, der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth, in das Innenressort des neuen Kabinetts von Heinrich Brüning am 30. März 1930 berufen wurde. Gleich nach Joseph Wirths Amtseinführung, am 10. April 1930, bekam Friedrich Schmidt-Ott seinen Termin.<sup>922</sup> Auch auf der „Länderbesprechung“ der Notgemeinschaft, die in den folgenden Tagen im Bayerischen Kultusministerium abgehalten wurde, stärkte Bayerns Ministerpräsident Martin Held dem Präsidenten der Notgemeinschaft den Rücken für die weitere Wissenschaftsförderung im Reich: die Notgemeinschaft verteile „taktvolle Hilfen“ und benötige dafür nur eine „winzige Bürokratie“.<sup>923</sup> Bayern arbeitete mit den anderen Ländern eine Denkschrift aus, um für die „Gemeinschaftsarbeiten“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft einen ständigen Titel im Reichshaushalt einzurichten, d.h. um den „Sonderfonds“ in ein „Ordinarium“ des Reichshaushalts übergehen zu lassen. Solchermaßen unterstützt ging Friedrich Schmidt-Ott am 21. Mai 1930 in die Sitzung des Budgetausschusses des Reichstages, um den Etat der Notgemeinschaft für das Rechnungsjahr 1931 zu verhandeln.<sup>924</sup> Friedrich Schmidt-Ott stellte neue „Gemeinschaftsarbeiten“ über „Vitamine“ und die „Volkskunde“ heraus und forderte „mehr Mittel, um (die) Gemeinschaftsaufgaben durchzuführen“. Dieser Auftritt im Budgetausschuss des Reichstages sollte jedoch der letzte für die Notgemeinschaft gewesen sein. Im Herbst erfasste der Sparwille der Regierung Brüning auch den Etatansatz der Notgemeinschaft. Der Notgemeinschaft sollte nun nur noch ein Budget in der Höhe von 7 ½ Millionen Reichsmark bereitgestellt werden. Georg Schreiber versuchte, in Telefongesprächen mit Heinrich Brüning und den Kabinettsmitgliedern der Zentrumspartei, Innenminister Joseph Wirth sowie Arbeitsminister Adam Stegerwald, die drohende Kürzung per Kabinettsentscheid abzuwenden, blieb aber ohne Erfolg.<sup>925</sup> Der allmähliche wissenschaftspolitische Machtverlust, den die Notgemeinschaft mit Beginn der 1930er Jahre hinnehmen musste, rührte auch daher, dass drei ihrer einflussreichsten Fürsprecher im Sommer 1930 verschieden. Der Althistoriker Eduard Meyer, der als Mitglied der Preußischen

---

922 Tageskalender, 10. April 1930.

923 Tageskalender, 12. April 1930.

924 Tageskalender, 21. Mai 1930.

925 Schreiber an Finke, 23. September 1930, AGG Nr. 2.

Akademie der Wissenschaften wiederholt für die Notgemeinschaft gesprochen hatte, war am 31. August 1930 verstorben.<sup>926</sup> Adolf von Harnack, ein „durch vierzig Jahre bewährter Freund, Berater und Helfer“, wie Friedrich Schmidt-Ott ihm am Grabe nachrief, war am 11. Juni 1930 verschieden.<sup>927</sup> Und am schwersten in finanztechnischer Perspektive wog wohl der Verlust von Arthur Salomonsohn am 15. Juni 1930. Der Bankier und Direktor der Disconto-Gesellschaft war „Schatzmeister des Stifterverbandes und der Notgemeinschaft“ gewesen und hatte Friedrich Schmidt-Ott durch viele Jahre als inoffizieller Finanzratgeber gedient.<sup>928</sup> Ohne Eduard Meyer, Adolf v. Harnack und Arthur Salomonsohn begann das wissenschaftspolitische Netzwerk, das die Notgemeinschaft auch in politischer Hinsicht in der Weimarer Republik getragen hatte, Risse zu bekommen.

Die Kürzungen ihres Budgets musste die Notgemeinschaft vor allem an ihre Einzelförderung weitergeben. Dabei traf es im Jahr 1930 zunächst die Auslandsreisen. So lehnte zum Beispiel der Hauptausschuss am 12. April eine Forschungsreise nach Argentinien ab und Friedrich Schmidt-Ott musste dem Afrikaforscher Leo Frobenius abschlägige Antworten auf seine Anträge erteilen.<sup>929</sup> Ein Jahr später wurden die Einschnitte empfindlicher, denn der Etat sank auf 5,1 Millionen Reichsmark. In der Hauptausschuss-Sitzung am 29. Oktober 1931 gab Friedrich Schmidt-Ott bekannt, dass die Förderung der Einzel-Experimentalforschung um 50% im Verhältnis zum Vorjahr 1930 gekürzt werden musste.<sup>930</sup> Der Hauptausschuss beschloss, den Verwaltungsaufwand der Notgemeinschaft zu senken und sagte deshalb die Mitgliederversammlung für das Jahr 1932 ab, um die dafür sonst entstehenden Kosten in Höhe von 10.000.- bis 13.000.- Reichsmark einzusparen. Schließlich kam man darin

---

926 Schmidt-Ott, Friedrich: Mitgliederversammlung in Krolls Festsälen in Berlin am 31. Oktober 1930, in: Bericht über die Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1930 in Berlin, hrsg. v. Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, (= Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Band 16), Berlin: Karl Siegismund Verlag 1931, S. , S. 17.

927 Tonaufnahme Friedrich Schmidt-Ott, 11. Juni 1930, Deutsches Rundfunkarchiv Nr. 2 945 621, Take 2.

928 Sitzung des gemeinsamen Verteilungsausschusses des Stifterverbandes und der Notgemeinschaft, 17. März 1924, BAK R 73 Nr. 190. Friedrich Schmidt-Ott, Manuskript, ca. 1947, BAK R 73 Nr. 30, S. 58f.

929 Tageskalender, 12. April 1930. Leo Frobenius riet Friedrich Schmidt-Ott am 27. März 1930, sich „wegen Ausstellungseröffnung und Hilfen an Preußisches Kultusministerium und Professor Thilenius zu wenden.“ (Tageskalender, 27. März 1930.) Am 30. Mai 1930 fragte Frobenius bei der Notgemeinschaft um ein „Forschungsstipendium für Jemen“ (Tageskalender, 30. Mai 1930).

930 Niederschrift Friedrich Schmidt-Ott, November 1931, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 925 Bl. 222-228.

überein, in der Öffentlichkeit weiter für ein Verständnis der Wissenschaftsförderung zu werben und die von Conrad Matschoss initiierte Presseaktion „forschung tut not“ aufrechtzuerhalten. Die Broschüren sollten um geisteswissenschaftliche Inhalte erweitert werden und allgemeinverständlichere Formulierungen verwenden. Für Friedrich Schmidt-Ott schien sich in dieser „Not der Zeit“ vieles von dem zu bestätigen, was eine Predigt Friedrich Rittelmeyers als Stütze in der modernen, als zerrissen erlebten Welt empfahl: „Nur durch viele Kreise Hilfe.“<sup>931</sup>

In der Zeit der Budgetkürzungen konnte die Notgemeinschaft / Deutsche Forschungsgemeinschaft trotz der autoritären Verfassung der Präsidialkabinette ihren Status als „Selbstverwaltungsorgan der deutschen wissenschaftlichen Körperschaften“ bewahren. Sie rief in Erinnerung, dass sie „in den letzten Jahren als dauerndes Organ zentraler wissenschaftlicher Fürsorge mit Hilfe des Reiches anerkannt worden“ war.<sup>932</sup> Doch schon Carl H. Becker hatte sich als Kultusminister in den vorhergehenden, ‚goldenen‘ Jahren der Weimarer Republik dafür ausgesprochen gehabt, dass sich der Staat die wissenschaftspolitischen Zügel von der Notgemeinschaft nicht aus der Hand nehmen lassen sollte. Friedrich Glum von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nahm eine ähnliche Haltung ein, setzte jedoch am Kern des Selbstverständnisses der Notgemeinschaft an. Ähnlich wie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gehöre die Notgemeinschaft zu den privaten Verbänden der Selbstverwaltung, die im Weimarer Staat, wie Friedrich Glum 1930 diagnostizierte, „öffentliche Aufgaben neben dem Staat oder an Stelle des Staates zu erfüllen übernommen“ hatten.<sup>933</sup> Dem Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft schien es – mit einem sympathisierenden Blick auf das faschistische Italien – durchaus wünschenswert, dass auch ein deutsches autoritäres Staatsregime wirksame Wege fände, um die Wissenschaftsorganisationen „zur Integration der politischen Einheit des Volkes zu verwenden“. Dann könne das Deutsche Reich „ein wirklich starker Staat“ werden.<sup>934</sup> Einen Schritt in diese Richtung

---

931 Tageskalender, 24. März 1930. Der öffentliche Vortrag Friedrich Rittelmeyers am 24. März 1930 fand in der Hochschule für Musik in Berlin statt und thematisierte die Behauptung, dass die moderne Lebenswelt den geistigen Zusammenhalt von Außen und Innen zerstöre: „Leben ohne Sinn bringt Irrsinn, Anregung ohne Freude Trübsal, Arbeiten ohne Ziel Schwachsinn.“ Als Ausweg beschrieb Rittelmeyer die „Christen Gemeinschaft“.

932 Griewank, in: Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundung e. V. Nr. 24 vom 5. Dezember 1932, S. 3.

933 Glum, Friedrich: Das geheime Deutschland. Die Aristokratie der demokratischen Gesinnung, Berlin: Stilke 1930, S. 129f.

934 Ebd.

unternahm der deutsche Staat der frühen 1930er Jahre, indem er seinen Wissenschaftsorganisationen abverlangte, ihre Förderung noch stärker der Wirtschaft und ihren Produkten unterzuordnen.

#### **4. 2. Jubiläen. Zur Selbstdeutung der Notgemeinschaft am Beginn der Krisenjahre**

In der wiederum wirtschaftlich und politisch angeschlagenen Zeit feierte die Notgemeinschaft 1930 zwei Jubiläen. Erstens beging sie am 5. Juni im Berliner Hotel „Adlon“ den 70. Geburtstag ihres Gründungspräsidenten Friedrich Schmidt-Ott. Zweitens würdigte die Notgemeinschaft gegen Ende 1930 des Jahres ihr zehnjähriges Bestehen mit einer Erinnerungsmedaille, die Friedrich Schmidt-Ott allen Mitgliedern seines forschungspolitischen Kontaktnetzes im Deutschen Reich zukommen ließ. Aus den Festreden, Beiträgen und Kommentaren zu diesen Jubiläen lässt sich entnehmen, wie die Notgemeinschaft gesehen wurde und wie sie sich selbst deutete. Ihre Tätigkeit im deutschen Wissenschaftssystem ließ sich nun auch aus einer längeren zeitlichen Perspektive betrachten.

##### **4. 2. 1. Festlichkeiten zum 70. Geburtstag von Friedrich Schmidt-Ott**

Der eigentliche Geburtstag von Friedrich Schmidt-Ott am 4. Juni 1930 blieb der Familie vorbehalten, u.a. für einen gemeinsamen Spaziergang im kaiserlichen „Wildpark“ bei Potsdam. Bei der Rückkehr am Abend kündete die „Überfülle von Blumen“ im Schmidt-Ott'schen Hause in Steglitz von der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit, die der Jubilar genoss.<sup>935</sup> Am folgenden Tag, während eines Festakts im Hotel „Adlon“ mit einem Festessen für 172 geladene Gäste, sollte Friedrich Schmidt-Ott dann offiziell „mit Ehren überhäuft“ werden.<sup>936</sup>

Walter von Dyck übergab im Namen der Vertreter aller Wissenschaftsverbände eine Festschrift mit wissenschaftsgeschichtlichen Beiträgen, die auf fünf Jahrzehnte zurückblickten, in denen Friedrich Schmidt(-Ott) für die Wissenschaft gewirkt hatte, vom Beginn seiner Referentenzeit im Preußischen Kultusministerium 1888 bis zur

---

935 Tageskalender, 4. Juni 1930.

936 Tageskalender, Eintrag vom 5. Juni 1930. Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 138.

Präsidentschaft in der Notgemeinschaft.<sup>937</sup> Nach dieser akademischen Würdigung zeichnete Reichsinnenminister Joseph Wirth den Jubilar mit einem staatlichen Ehrenzeichen aus: Friedrich Schmidt-Ott erhielt den höchsten zivilen Verdienstorden der Weimarer Republik, das „Adlerschild“ des Deutschen Reiches.<sup>938</sup> Der demokratische Staat ehrte mit dieser bronzenen Gussplakette verdiente Persönlichkeiten aus Kunst, Wirtschaft und Wissenschaft für ihre Meriten in der Republik. 1930 wurden neben Friedrich Schmidt-Ott auch der Gründer des Deutschen Museums Oskar von Miller, der Staatssekretär Theodor Lewald für sein mutiges Einschreiten gegen den Putschversuch von Kapp und Lüttwitz im Jahre 1920 und der Kunsthistoriker Georg Dehio geehrt.<sup>939</sup> Das „Adlerschild“ reihte Friedrich Schmidt-Ott und sein Aufbauwerk ein in die anerkannten Leistungen bürgerlicher Prominenter aus dem liberalen und konservativen Spektrum. Diese Honneurs des Reichsinnenministers ließen auch fürs Weitere jede Kritik des Preußischen Kultusministeriums an der Notgemeinschaft, ihrer Aufgabe oder ihrer inneren Führung verstummen.

Zur Würdigung von Friedrich Schmidt-Otts bildungsbürgerlichem Gemeinsinn hatte das Festkomitee eine Geldsumme von 140.000.- Reichsmark gesammelt und zum

---

937 Abb, Gustav (Hrsg.): Aus fünfzig Jahren deutscher Wissenschaft. Die Entwicklung ihrer Fachgebiete in Einzeldarstellungen. Seiner Exzellenz Herrn Friedrich Schmidt-Ott zur Feier seines siebenzigsten Geburtstag, Berlin 1930.

938 Die Weimarer Verfassung hatte 1919 die Verleihung von Staatsorden abgeschafft, um die kaiserzeitliche Titeljagd zu beseitigen. Das „Adlerschild“, eine Plakette aus Bronzeguss auf einem Tischständer mit Zweckinschrift, konnte nicht ans Revers gesteckt und daher nicht bei öffentlichen Anlässen getragen werden. Diese Form der öffentlichen Auszeichnung des republikanischen Staates wurde erstmals 1922 durch den Reichspräsidenten Friedrich Ebert ohne äußeren Pomp, nur per Handschreiben vergeben. Für das Ehrenzeichen kamen grundsätzlich Persönlichkeiten in Betracht, die im Verleihungsjahr ihren 70., 75. oder 80. Geburtstag feierten. Das Vorschlagsrecht lag beim Reichsinnenministerium. Der Schriftsteller Gerhart Hauptmann war 1922 der erste Preisträger gewesen, ihm waren 1923 Paul Wagner, 1926 Emil Warburg und Adolf von Harnack, 1927 Max Liebermann, 1928 Max Planck, Hans Delbrück und Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff gefolgt. 1929 hatten das „Adlerschild“ Wilhelm Kahl und Lujo Brentano erhalten. Nach Friedrich Schmidt-Ott, Theodor Lewald und Oskar von Miller erging bis zum Ende der Weimarer Republik das „Adlerschild“ an Robert Bosch, Walter Simons und Carl Duisberg im Jahr 1931 sowie an Max Sering und Ernst Brandes im Jahr 1932. Noch bis in den Sommer 1944 wurde das „Adlerschild“ durch das Regime des Nationalsozialismus achtunddreißig weitere Male verliehen, u.a. an zehn Gelehrte, die in der Notgemeinschaft der Weimarer Republik als Ausschussmitglieder tätig gewesen waren, z.B. Eduard Schwartz (August 1933), Friedrich von Müller (September 1933), Wilhelm Dörpfeld (Dezember 1933), Hugo Hergesell (1934), Ludwig Aschoff (1936), Ludolf von Krehl (1936), August Bier (1936), Paul F. Kehr (1940), Albert Brackmann (1941) und Ernst Rüdin (1944), vgl. Steguweit, Wolfgang: Der "Adlerschild des Deutschen Reiches", in: Berlinische Monatsschrift 9 (2000) Heft 6, S. 182-187S. 186f.

939 Theodor Lewalds Tätigkeit als Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern 1919/21 und sein umfangreiches kulturpolitisches Engagement während der Weimarer Republik sind dokumentiert in Bundesarchiv Berlin N 2176 (Theodor Lewald), die Vorgänge während des Kapp-Putsch 1920 *ibid.* Nr. 78.

Anfangskapital einer Stiftung ausgesetzt, die dem Jubilar zu Ehren auf den Namen „Schmidt-Ott-Stiftung“ benannt wurde. Angesichts dieser Ehrungen, die den Wissenschaftspolitiker Friedrich Schmidt-Ott an seinem Geburtstag durch Wissenschaft, Staat und Gesellschaft zuteil wurden und ihn erhöhten, lenkte Reinhold Seeberg in seiner Laudatio die Aufmerksamkeit zurück auf die Volksnähe der Wissenschaft: „Der Gelehrte dient wie jeder werktätige Mensch dem Ganzen seines Volkes.“<sup>940</sup> Dann zollte er dem Jubilar hohe Anerkennung für das Organisationsgeschick, mit dem er die Notgemeinschaft leite:

„Es gehörte in der Tat viel dazu, um die erheblichen Mittel flüssig zu machen, um den rechten Stab von Mitarbeitern zu gewinnen, um die mannigfaltigen Interessen und die verschiedenartigen Meinungen zur Einheit zu verbinden und um das immer mehr anschwellende Werk auch technisch richtig zu organisieren.“<sup>941</sup>

Zum Dank für ihre Leistung in der Notgemeinschaft lud Friedrich Schmidt-Ott zwei Tage nach dem großen Festakt, am 7. Juni 1930, alle Mitarbeiter der Notgemeinschaft mit ihren Familienangehörigen ein zu einer Fahrt auf dem Dampfer „Mark Brandenburg“ von Spandau nach Schloss Paretz und zum Wannsee.<sup>942</sup>

#### **4. 2. 2. Die Erinnerungsmedaillen zum zehnten Gründungsjahr der Notgemeinschaft**

Am 31. Oktober 1930 feierte die Notgemeinschaft mit einer Mitgliederversammlung das zehnjährige Jubiläum ihrer Gründung vom 30. Oktober 1920. Neben einem Rückblick von Friedrich Schmidt-Ott auf die Verdienste einzelner Männer, die ihm beim Aufbau und dem Erhalt der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft geholfen hatten, stellte Heinrich Konen in einem Festvortrag über die „Gemeinschaftsarbeiten“ die engen Verbindungen zwischen der Arbeit der Notgemeinschaft und der weiteren Gesellschaft im Deutschen Reich heraus.<sup>943</sup> Die Anregungen zu den Forschungsaufgaben trüge man von den verschiedensten Seiten an die

---

940 Seeberg, Reinhold: Friedrich Schmidt-Ott und die deutsche Wissenschaft, in: Aus fünfzig Jahren deutscher Wissenschaft. Die Entwicklung ihrer Fachgebiete in Einzeldarstellungen, hrsg. v. Gustav Abb, Berlin etc.: de Gruyter, Herder, Oldenbourg, Teubner 1930, S. 1-8, S. 3.

941 Ebd., S. 4.

942 Tageskalender, Eintrag vom 7. Juni 1930. Ein Erinnerungsfoto im Privatnachlass Schmidt-Ott, Berlin-Steglitz, dokumentiert die sechzig mitfahrenden Personen mit ihren Namen.

943 Konen, Heinrich: Aus dem Grenzgebiet von Technik und Forschung, in: Bericht über die Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1930 in Berlin, hrsg. v. Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, (= Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Band 16), Berlin: Karl Siegmund Verlag 1931, S. 62-73.

Notgemeinschaft heran: von den Akademien, von einzelnen Gelehrten, von Institutionen außerhalb der Wissenschaft, und schließlich auch von den Mitgliedern des Hauptausschusses und des Präsidiums der Notgemeinschaft selber. Heinrich Koenen definierte die „Gemeinschaftsarbeiten“ als Einladungen an die Forscher, jede aufwändige Doppelarbeit vermeiden zu können und in freier Bestimmung der Untersuchungsthemen Wissenslücken zu schließen. Koenen führte diese Möglichkeiten besonders an einigen Problemen der Gasbildung und -verteilung in Kohle- und Erzminen aus. Die Arbeitssicherheit von Bergleuten könne durch diese Forschung erheblich verbessert werden. Nachdrücklich schlug Heinrich Koenen einen weiten historischen Bogen, indem er die „Gemeinschaftsarbeiten“, die auf den Nutzen abstellten, retrospektiv einreichte in eine virtuelle Kette großer, utilitaristischer Forschungsunternehmen seit der Frühen Neuzeit, von den Unternehmungen der Royal Society in England bis zu den Akademieprojekten der Aufklärungszeit an den königlichen wissenschaftlichen Gesellschaften in den deutschen Einzelstaaten. In dieser Tradition postulierte Heinrich Koenen eine scheinbar ungebrochene Kontinuität wissenschaftlicher Großunternehmen, die durch Patronage getragen worden waren. Die Notgemeinschaft / Deutsche Forschungsgemeinschaft als Abschlussglied in dieser Reihe präsentierte Koenen als eine volksnahe Gelehrtengemeinschaft, ohne den politischen Regimebruch von 1918 hin zur republikanischen Demokratie zu thematisieren. Freilich hatte dieser Regimebruch die wissenschaftspolitische Entstehung der Notgemeinschaft zuerst veranlasst und ihre Entwicklung in den zurückliegenden Jahren mitbestimmt.

In den Adventswochen 1930 wandte sich Friedrich Schmidt-Ott mit einigen Zeilen an alle „um die Notgemeinschaft besonders verdiente Männer“ und versandte knapp 220 kupferne Medaillen zum „Dank für alle der Notgemeinschaft bisher geleistete Hilfe“.<sup>944</sup> Die Verteilerliste für die Medaillen weist auf das forschungspolitische Beziehungsnetz hin, wie es sich aus der Perspektive von Friedrich Schmidt-Ott gebildet hatte. Er wollte die Dank-Medaille „zugleich als Gemeinschafts- und Erinnerungszeichen“ verstanden

---

944 BAK R 73 Nr. 24. Georg Thilenius, ein Vetter von Friedrich Schmidt-Ott, hatte ihm vorgeschlagen, einen Fackellauf zum Motiv für die Medaille zu wählen. Welches Aussehen sie erhielt, ist bislang ungeklärt. Nach erhaltenen Exemplaren der „Erinnerungs- und Gemeinschaftsmedaille“ für die vorliegende Arbeit wurde nicht gesucht.

wissen, auch wenn mancher unter den Angesprochenen dadurch seine Verbindung mit der Notgemeinschaft ganz „unverdientermaßen“ herausgekehrt sah.<sup>945</sup>

Das forschungspolitische Kontaktnetz, das sich anhand der Medaillenvergabe von Friedrich Schmidt-Ott als sein wissenschaftspolitisches Netzwerk in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft begreifen lässt, kann in folgende Gruppen aufgeteilt werden: die Notgemeinschaft (nach Gremienzugehörigkeiten differenziert), die Wirtschaft und den Staat.<sup>946</sup>

<b>Gruppe</b>	<b>Medaillen</b>
Notgemeinschaft: Präsidium	4
Notgemeinschaft: Hauptausschuss	14
Notgemeinschaft: Hauptausschuss (ehem.)	12
Notgemeinschaft: Mitarbeiter Geschäftsstelle	8
Wirtschaft: Stifterverband	3
Wirtschaft: Apparate-Ausschuss Notgemeinschaft	4
Staat	52
Notgemeinschaft: Wissenschaftliche Fachgutachter	123
Ausland (Österreich)	2
<b>Gesamt:</b>	<b>222</b>

Tabelle 7: Gruppen der Medaillenempfänger im Dezember 1930. Quelle: BAK R 72 Nr. 24

Die Auszeichnungen erhielten zu 55% die Wissenschaftler, die als Gutachter in den Fachausschüssen und in der universitären Selbstverwaltung tätig waren. Zu 23% wurden die Medaillen an Regierungsvertreter, Politiker und Verwaltungsbeamte verliehen, u.a. an Minister des Reichsinnenministeriums, der Reichsfinanzministeriums, des Auswärtigen Amtes sowie der Beamten mehrerer Staatsministerien für Kultus und

945 In der Regel waren die Dankschreiben der Beehrten an Friedrich Schmidt-Ott mit einer konventionellen Formel der Bescheidenheit abgefasst; die meisten Empfänger äußerten, sie nähmen die Erinnerungsmedaille „unverdientermaßen“ entgegen. Einige Adressaten allerdings bezweifelten aufrichtig, ob ihre „Verdienste um die Notgemeinschaft wirklich groß genug sind, um die Verleihung der Medaille zu rechtfertigen“ (Goerens an Schmidt-Ott, o.D. BAK R 73, Nr. 24) oder waren sich ernsthaft „keiner nennenswerten Verdienste bewusst“ (Durig an Schmidt-Ott, 9. Januar 1933, BAK R 73 Nr. 24). Der Rektor der Technischen Hochschule Danzig bat darum, die Medaille als eine unpersönliche Auszeichnung und Amtskennzeichen an den jeweils amtierenden Rektor weiterzureichen (Lienau an Schmidt-Ott, o.D. BAK R 73 Nr. 24). Wenn Personen, die mit der Notgemeinschaft gearbeitet hatten, bereits verstorben waren, so sandte Friedrich Schmidt-Ott eine Erinnerungsmedaille zusammen mit einem Tätigkeitsbericht an die Witwen bzw. die Familie, z.B. im Falle von Arthur Salomonsohn, Adolf von Harnack und Edmund Meyer.

946 Das Ausland wird als besondere Gruppe aufgeführt, spielt aber eine zu vernachlässigende Rolle.

Unterricht. Die aktiven und ehemaligen Angehörigen der Leitung der Notgemeinschaft sowie ihrer Geschäftsführung machten 17% der Medailleneempfänger aus. Die forschungspolitische Anerkennung, die Friedrich Schmidt-Ott gegenüber der Gruppe der Industriellen ausdrückte, fiel sehr zurückhaltend aus. Nur 3% der Medaillen erhielten die Vertreter der Wirtschaft, wobei drei von den insgesamt sieben Medaillen an die Industriemitglieder im Apparat-Ausschuss der Notgemeinschaft gingen: Heinrich von Buol, Firma Siemens in Berlin (Messtechnik), Alfred Schmidt, Firma E. Leybolds Nachf. in Köln (Feinmechanik), Rudolf Straubel, Firma Carl Zeiss in Jena, (Feinmechanik und Optik). Weitere vier Erinnerungsmedaillen in der Wirtschaftsgruppe versendete Friedrich Schmidt-Ott an Mitglieder des Stifterverbandes, u.a. an Carl Duisberg von den Chemiewerken der I. G. Farben am Oberrhein, an Paul Goerens, einem Mitglied im Direktorium der Fa. Krupp im Ruhrgebiet, an Carl Friedrich von Siemens, Vorsitzender des Stifterverbandes und Direktor des Siemens-Werke in Berlin, sowie an Dr. Richard Fellingner von der Geschäftsführung des Stifterverbandes.

Einige Gelehrte erklärten in ihrer Antwort bescheiden, dass sie der Notgemeinschaft nur „hin und wieder mal einen Handlangerdienst“ hatten leisten können.<sup>947</sup> In ähnlicher Weise zeigte sich der Vorsitzende des Ingenieurverbandes Conrad Matschoss über das „Gemeinschafts- und Erinnerungszeichen“ der Notgemeinschaft kurz vor Weihnachten „ungemein überrascht und herzlichst erfreut“, und indem er auf die anlaufende Presseinitiative „forschung tut not“ anspielte, erwiderte er aufgeräumt:

„Ich erinnere mich dabei eines Wortes, das vom Fürsten Bismarck herrühren soll, dass Orden und Ehrenzeichen weniger gegeben würden für das, was einer getan hat, sondern für das, was er tun soll.“<sup>948</sup>

Grundsätzlich drückten alle Adressaten ihre ungeteilte Unterstützung für die weitere Arbeit der Notgemeinschaft aus, so z.B. Julius Curtius, der als Reichswirtschaftsminister in den Jahren von 1926 bis 1929 die Notgemeinschaft befürwortet hatte, ihre Rolle in der auswärtigen Kulturpolitik kannte und diese auch 1930, als neuer Minister des Auswärtigen, guthieß:

---

947 Himstedt an Schmidt-Ott, 27. Dezember 1930, BAK R 73 Nr. 24.

948 Matschoss an Schmidt-Ott, 18. Dezember 1930, BAK R 73 Nr. 24.

„Ich benutze gern diese Gelegenheit, um der Notgemeinschaft reichen Erfolg für die Fortsetzung ihrer schönen Bestrebungen im neuen Jahre zu wünschen.“<sup>949</sup>

Begeistert zeigte sich Professor A. Thiel aus Marburg/Lahn, sowohl über das Aussehen als auch über die Aussage der Medaille:

„Ew. Excellenz! [...] Die Medaille verkörpert, so will mir scheinen, gerade in ihrer vornehmen Schlichtheit so recht das Wesen der Notgemeinschaft: keine Aufmachung, nur solider Inhalt!“<sup>950</sup>

Über ihre solidarisierende Funktion hinaus, die sie für den inneren Kreis der Notgemeinschaft haben sollte, stand die „Gemeinschafts- und Erinnerungsmedaille“ der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft auch für die Integration von Wissenschaft und Forschung im Deutschen Reich insgesamt. 1930 verstärkten sich nämlich die Bemühungen aller Wissenschaftsverbände, die akademische Forschung in Deutschland als ein größeres Teilsystem der Gesellschaft wahrnehmbar zu machen. Davon zeugt einerseits der Jubiläumsdoppelband zur Geschichte der „Forschungsinstitute“ in Deutschland.<sup>951</sup> Alle Wissenschaftsverwaltungen sowie einige namhafte Fachvertreter unternahmen es in diesem Werk, die „Organisation der Wissenschaft in Deutschland“ (Werner Richter) insgesamt zu erfassen, das Verhältnis zwischen Staat und Forschung zu definieren (Willy Hellpach) und mit thematischen Überblicksartikeln eine Brücke über die verschiedenen Disziplinen zu spannen. Ausführlich weitete sich dabei auch der Blick über die Grenzen des Deutschen Reichs hinweg v.a. nach den Vereinigten Staaten. Die naturwissenschaftlichen und medizinischen Forschungsinstitute in Amerika, insbesondere die großen Stiftungen des „Rockefeller Institute for Medical Research“ in New York, die „Carnegie Institution of Washington DC“ sowie die „Smithsonian Institution“ in der nordamerikanischen Hauptstadt wurden erstmals ausführlich und in einem Atemzug mit den deutschen Forschungseinrichtungen dargestellt. Zusätzliche Ausblicke auf weitere ausländische Forschungspotentiale galten dem französischen „Institut Pasteur“ in Paris, den Forschungsinstituten auf der Britischen Insel sowie der Organisation der Forschung in Japan und in der Sowjetunion. Ein weiteres Indiz, dass sich die wissenschaftlichen Zweige im Deutschen Reich um 1930 als ein integriertes Ganzes wahrnehmen wollten,

---

949 Curtius an Schmidt-Ott, 29. Dezember 1930, BAK R 73 Nr. 24.

950 Thiel an Schmidt-Ott, 25. Dezember 1930, BAK R 73 Nr. 24.

951 Brauer, Ludolph, et al. (Hrsg.): Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele. Unter Mitwirkung zahlreicher Gelehrter. 2 Bände, Hamburg 1930.

bietet die repräsentative Darstellung in dem Festalbum „Das Akademische Deutschland“ in drei Bänden, herausgegeben von dem bayerischen Landeshistoriker Michael Doeberl.<sup>952</sup> Neben einer tour d’horizon durch die Universitäten, Technischen Hochschulen, Reichsanstalten und Wissenschaftsgesellschaften stellten auch hier namhafte deutsche Fachexperten ihre neu gewonnenen internationalen Verbindungen heraus, die sie seit 1926, dem offiziellen Ende des Boykotts gegen die deutschen Gelehrten, mit dem Ausland geknüpft hatten.

Im Unterschied dazu machte die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ihre zahlreichen Auslandskontakte nicht zu einem Bestandteil ihrer Selbstdeutung. Keine einzige „Gemeinschafts- und Erinnerungsmedaille“ der Notgemeinschaft sandte Friedrich Schmidt-Ott an eine Wissenschaftsorganisation im Ausland, obwohl die Vereinigten Staaten und Japan beträchtliche finanzielle Hilfen in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg gestiftet hatten und z.T. weiterleisteten, und obwohl die sowjet-russische Wissenschaft ihre diplomatische Hand frühzeitig nach den Deutschen ausgestreckt hatte und gerade Friedrich-Schmidt-Ott so sehr auf die Entwicklung der deutsch-russischen Verbindungen in der Wissenschaftspolitik gesetzt hatte. Trotz ihrer doch beachtlichen internationalen Vernetzung blieb die Notgemeinschaft in ihrer Selbstdeutung 1930 wie gebannt von der Bestimmung, die sie sich bei ihrer Gründung zehn Jahre zuvor gegeben hatte. Ihre Fördertätigkeit sollte helfen, eine eigenständige, kulturpolitische Kraft ‚deutscher Wissenschaft‘ freizusetzen. Das Selbstverständnis der Notgemeinschaft aus ihrem Gründungsjahr 1920, die Einheit der Wissenschaften im Deutschen Reich zu wahren und zu repräsentieren, hatte sich in den ersten zehn Jahren ihres Wirkens bis 1930 allen übrigen Trägern der Wissenschaft in Deutschland mitgeteilt. Einige wissenschaftliche Anstalten im Deutschen Reich begannen sogar, die Anregung der Notgemeinschaft zu „Gemeinschaftsarbeiten“ als organisatorisches Modell aufzugreifen und eigene Gemeinschaften zu gründen, zum Beispiel die „Reichsarbeitsgemeinschaft für Betriebslehre“ oder die „Reichsarbeitsgemeinschaft Pflanzenbau“ in Bonn-Poppelsdorf.<sup>953</sup> Es bleibt weiteren wissenschaftshistorischen Arbeiten vorbehalten, hier mögliche Kontinuitäten oder Diskontinuitäten der Notgemeinschaft zur Wissenschaftsorganisation im Nationalsozialismus zu untersuchen.

---

952 Doeberl, M (Hrsg.): Das akademische Deutschland. 3 + 1 Registerband, Berlin 1930.

953 Tageskalender, 5. Februar 1930 sowie 12. März 1930.

### 4. 3. Die „Gemeinschaftsarbeiten“ in den Krisenjahren

Die Notgemeinschaft weitete trotz der Einschränkungen ihres Budgets die „Gemeinschaftsarbeiten“ aus. Die früher begonnenen Arbeiten erfuhren eine Differenzierung und Aufspaltung, so kündigte z.B. die „Metallforschung“ im März 1930 an, dass sie eine neue „Gemeinschaftsarbeit“ zur „Uhrenforschung“ ausgliedern werde.<sup>954</sup> Die Uhrenfabrikdirektoren Dr. Herbert Kienzle und Helmuth Junghans beteiligten sich an der Themenfindung. Der Mechanikprofessor Maximilian Schuler aus Göttingen berichtete am 15. März 1930 bei einer Besprechung der „Gemeinschaftsarbeit“ Metallforschung im Automobilclub in Berlin über das neue Invarpendel, das theoretisch eine auf „100st Sekunden genau regulierbare Uhr“ ermögliche.<sup>955</sup> Zur weiteren Vorbereitung sammelte Friedrich Schmidt-Ott die Forschungsaufgaben für eine Gemeinschaftsarbeit zur „Uhrenforschung“ und Zeitmesskunde zusammen. Rudolf Schenck betonte, die Uhrmacherfirmen Kienzle und Junghans seien gewichtige Potentiale der Metallforschung in Württemberg. Auch der Dresdener Ingenieur Adolf Nägel begrüßte die neuen Pläne zur „Uhrforschung der Notgemeinschaft“ und empfahl „weitere Aufgaben“ dieser Art.<sup>956</sup>

Das Projekt des „Höhenflugzeuges“, gleichwohl es nicht Teil einer „Gemeinschaftsarbeit“ war, wurde durch die „Kommission zur Erforschung der höchsten Luftschichten durch Höhenflugzeug“ von Karl Stuchtey und dem Direktor des Observatoriums in Lindenberg, Hugo Hergesell, bei der Notgemeinschaft betreut. Am 6. Januar 1930 berichteten der Diplomingenieur Rudolf Nebel und Professor Hermann Oberth in der Notgemeinschaft bei Friedrich Schmidt-Ott von ihrem Projekt einer Rakete, die eine Höhe von 20 km erreichte.<sup>957</sup> Hermann Oberth suchte Schmidt-Ott erneut am 31. Mai 1930 auf und versuchte, ihn für die Förderung des Raketenprojekts von Nebel zu interessieren.<sup>958</sup> Im gleichen Jahr beschloss die Notgemeinschaft, das Höhenflugzeug nach den Plänen des Ingenieurs Asmus Hansen als Versuchsflugzeug bei Junkers zu bauen.<sup>959</sup> Mit diesem Schritt erweiterte die Notgemeinschaft ihre Kommission des „Höhenflugzeuges“ zur „Kommission für Luftfahrtforschung“. An ihr

---

954 Tageskalender, 4. März 1930.

955 Tageskalender, 15. März 1930.

956 Tageskalender, 16. März 1930.

957 Tageskalender, 6. Januar 1930.

958 Tageskalender, 30. Mai 1930.

959 Aus der deutschen Forschung, Heft 14, 1930, S. 5

wurden allerdings die Raketenforscher Hermann Oberth und Rudolf Nebel nicht beteiligt. Ein Jahr später, 1931, schloss sich die Kommission für Luftfahrtforschung zusammen mit dem luftfahrttechnischen Beraterkreis im Reichsverkehrsministerium, dem „Deutschen Forschungsrat für Luftfahrt“.<sup>960</sup> Aus beiden wurde ein neuer „Sonderausschuss für Luftfahrzeugforschung“ bei der Notgemeinschaft gebildet, der zunächst aus Karl Stuchtey vom Apparate-Ausschuss der Notgemeinschaft, Ludwig Prandtl als Vorsitzendem und Adolf Baeumker vom Reichsverkehrsministerium bestand. Die Aufgabe des „Sonderausschusses für Luftfahrzeugforschung“ bestand darin, die Forschungsprogramme der am Luftfahrzeugbau interessierten Einzelforscher und Institute abzugleichen, insbesondere im Hinblick auf die Aerodynamik, den Flugzeugbau und den Flugmotorenbau. Alle mit Reichsmitteln bei der Industrie betriebenen Entwicklungsarbeiten sollten allen Forschern zur Kenntnis gebracht werden. Friedrich Schmidt-Ott von der Notgemeinschaft bewahrte sich für die personelle Ergänzung und gutachterliche Tätigkeit des „Sonderausschuss für Luftfahrzeugforschung“ jeden Vorbehalt, d.h. ohne seine Zustimmung konnte der „Sonderausschuss für Luftfahrzeugforschung“ keine Förderanträge annehmen bzw. begutachten.

Mit dem „Sonderausschuss für Luftfahrzeugforschung“ der Notgemeinschaft von 1931, der den „Deutschen Forschungsrat für Luftfahrt“ des Ministeriums in sich aufnahm und zugleich ablöste, rückte Friedrich Schmidt-Ott einen Schritt näher an das Ziel, in Deutschland einen zentralen Forschungsrat einzurichten, wie er ihn 1924/25 diskutiert hatte. Wie bereits bei den ersten Sonderkommissionen für die Gemeinschaftsarbeiten fällt aus forschungspolitischer Perspektive dabei auf, dass sich auch im „Sonderausschuss für Luftfahrzeugforschung“ die projektorientierte, thematische Spezialisierung durchsetzte. Die Aufgabe des Sonderausschusses sollte es sein, die disparat verteilten, wissenschaftstechnologischen Kapazitäten und Ressourcen, die sich spezifisch auf den Flugzeugbau konzentrierten und flugbautechnische Probleme auf die verschiedenste Art zu lösen versuchten, zusammenzuführen und zu koordinieren. Durch die Besetzung des Ausschusses mit wenigen Vertretern –

---

960 „Verschmelzung des Deutschen Forschungsrates für Luftfahrt mit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“, 11. Mai 1931, vgl. Trischler, Helmut: Dokumente zur Geschichte der Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900-1970, (= Mitteilungen, Band 8), hrsg. v. Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt, Köln: DLR 1992, Dokument Nr. 26.

ausschließlich von Seiten des Staats und der Wissenschaft – , ohne auch Vertreter der Flugzeugwerke aufzunehmen, kommt wiederum die strukturelle Problematik der anwendungsorientierten Wissenschaftsförderung zum Ausdruck, die in der Notgemeinschaft aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Budgetkrise zu einer noch engeren Anlehnung an den Staat führte.

#### **4. 3. 1. Wissenschaft und Industrie: Kraftfahrzeugforschung**

Die Wissenschaftler der Notgemeinschaft aus dem Ausschuss für Strömungsforschung, Karl Stuchtey, Ludwig Prandtl und Hugo Hergesell, und die Ministerialbeamten in der Ressortforschungsabteilung im Reichsverkehrsministerium, die den „Deutschen Forschungsrat für Luftfahrtforschung“ bildeten, wurden, wie bereits beschrieben, 1931 zu einem gemeinsamen Ausschuss zusammengeführt. Diese Fusion der wissenschaftlich-akademischen Begutachtung einerseits mit der ressortspezifischen Entwicklungsförderung durch ein Reichsministerium andererseits sollte 1931 zum forschungspolitischen Modellfall für andere, anwendungsorientierte Wissensfelder werden. Dabei ergriff das Reichsverkehrsministerium gegenüber der Notgemeinschaft die Initiative, als Reichsverkehrsminister Theodor von Guérard im Juni 1931 gegenüber Schmidt-Ott mitteilte, welche Lehrstühle aus seiner Ressortfinanzierung zum Thema Kraftfahrzeug und Straßenbau forschten. Theodor von Guérard erhoffte durch ein

„Zusammenwirken mit der Notgemeinschaft eine noch bessere Einpassung der von mir vorgenommenen geldlichen Förderung obiger Arbeiten in die Finanzierung der allgemeinen deutschen Forschung, die restlose Vermeidung von Doppelarbeit oder Doppelfinanzierung und die Sicherstellung eines rückhaltlosen Erfahrungsaustausches auch auf diesem Gebiet.“<sup>961</sup>

Theodor von Guérard setzte mit etwas Nachdruck hinzu, dass eine solche „engere Abstimmung“ insbesondere auch die Regierung Brüning von der Notgemeinschaft gefordert habe. Friedrich Schmidt-Ott ging auf diesen Vorschlag zur forschungspolitischen Koordination der Kraftfahrzeugforschung ein, bestand allerdings im Dezember 1931 weiterhin darauf, dass die Notgemeinschaft keine Entwicklungsarbeiten finanzieren werde, z.B. zur Materialprüfung, und zum Testen von Serienherstellungsverfahren keine Stipendien bezahlen werde. Stattdessen kämen für eine Förderung durch die Notgemeinschaft nur „ausgewählte Erkenntnisprobleme“ in

---

961 Reichsverkehrsminister v. Guérard an Präsident der Notgemeinschaft, 25. Juni 1931, BAK R 73 Nr. 12356.

Betracht. Eine Entwicklung eines Motors in einer Motorenfabrik mit Geldern der Notgemeinschaft, wie das mit der Konstruktion des Höhenflugmotors „L-88“ gegen den erklärten forschungspolitischen Willen der Notgemeinschaft bei den Hugo Junkers Werken in Dessau geschehen war, sollte im Kraftfahrzeugbau ausgeschlossen bleiben. Hier aber, an den Entwicklungsmöglichkeiten eines Flugmotors, versuchte die Automobilindustrie forschungsstrategisch anzuknüpfen. Ihr Vorschlag lautete nämlich, durch die ingenieurwissenschaftliche Motorenforschung einen Prototypen bauen zu lassen, der als Basis sowohl eines Lastwagenmotors als auch gleichzeitig eines Segelflugmotors verwendet werden könnte. Gegen diese von der Automobilindustrie vorgeschlagene Entwicklungsidee wandte die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt jedoch ein, dass die Kraftfahrzeugmotoren und die Luftfahrtmotoren in Bezug auf die jeweils geforderten Maschinenleistungen, die tolerierbaren Betriebskosten und die nötigen Wartungen im laufenden Betrieb ganz verschiedene Anforderungen stellten, sodass eine gemeinsame Entwicklung eines Basismotors in der Motorentechnologie – für Lastwagen und Segelflugzeug zugleich – technisch nicht realistisch erschien. 1932 kam Reichsverkehrsminister Reinhold Treviranus auf das forschungspolitische Vorhaben im Kraftfahrzeugbau zurück, und schlug Schmidt-Ott die Bildung einer gemeinsamen Kommission für Kraftfahrzeugforschung vor, in die Reinhold Treviranus drei seiner Mitarbeiter, darunter Adolf Baeumker zu entsenden ankündigte.<sup>962</sup> Die Konstituierung eines „Deutschen Forschungsrates für Kraftfahrzeugforschung“ wurde schließlich in der nationalsozialistischen Diktatur vollzogen.<sup>963</sup> Erkennbar wird an dieser Entwicklung, dass der Weimarer Staat bereits ab 1931 begann, einen bestimmenden Einfluss auf die Zusammensetzung der Forschungskommissionen innerhalb der Notgemeinschaft / Deutschen Forschungsgemeinschaft zu nehmen. Friedrich Schmidt-Ott hat demgegenüber v.a. den Primat der Wissenschaft als Förderaufgabe der Wissenschaftsorganisation betont.

Der Konflikt zwischen Industrie und Wissenschaft wird noch an einer weiteren Problematik anschaulich. Zwischen dem theoretischen Verständnis und der technischen Produktentwicklung liegt oft ein zeitlicher Abstand von oft mehreren

---

962 Reichsverkehrsminister Treviranus an Präsident der Notgemeinschaft Schmidt-Ott, 17. Februar 1932, BAK R 73 Nr. 12356.

963 Aktenvermerk über die Besprechung am 16. Oktober 1933, betreffend die Zusammenfassung der Forschungsarbeiten auf dem Gebiete des Kraftfahrwesens, Anlage zum Schreiben Reichsverkehrsminister an Notgemeinschaft, 31. Oktober 1933, BAK R 73/ Nr. 12356.

Jahren. Die zeitliche Spanne reicht von der wissenschaftlichen Entdeckung bis zu den ersten technisch-wirtschaftlichen Umsetzungen des innovativen Wissens und die in dieser Zeit geleistete Forschungs- und Entwicklungsarbeit wirft Kosten auf, von denen oft unklar bleibt, wem sie aufgebürdet werden sollen. Die Agrikulturchemie gehört zu einer der wissenschaftlichen Disziplinen, die vielleicht die historisch meiste Erfahrung mit dem Problem gemacht hat, welche erheblichen Zeitspannen zwischen wissenschaftlichen Fortschritten und praktisch verfügbaren Anwendungen liegen können. Vertreter der agrikulturchemischen Teilzweige angewandte Entomologie (Schädlingsbekämpfung) und Pflanzenphysiologie, die beide innerhalb von „Gemeinschaftsarbeiten“ beteiligt waren, warnten unmissverständlich:

„Schnelle Erfolge in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gärtnerei sind nicht zu erwarten. Es kann zunächst nur Vorarbeit gegeben werden, wobei gehofft werden darf, dass sich die Verwertbarkeit in einiger Zeit von selbst einstellen wird. Die chemische Industrie und die Elektrotechnik bauen sich ja auch auf rein wissenschaftlicher Grundlage auf. In der angewandten Pflanzenphysiologie muss freilich die Umwälzung weit mehr Zeit brauchen; doch darf nicht vergessen werden, dass auch hier die rein wissenschaftliche Forschung Vorbedingung für die Intensivierung der Wirtschaft war.“<sup>964</sup>

Auch Ernst Pringsheim, der über Pflanzenschutzmittel forschte, bat um Verständnis für den langen Zeitabstand zwischen Theorie und Praxis und hoffte, „[...] dass man mit uns Geduld haben und nicht gleich die Lösung aller aufgezeigten Probleme auf Grund von vorläufig noch kleinen technischen Verbesserungen erwarten wird. Schon diejenigen Wege, die klar und deutlich vor uns liegen, werden uns noch viel Zeit und Mühe kosten.“<sup>965</sup> Für den Zeitabstand ist auch das Elektronenmikroskop von Ernst Ruska ein wichtiges Beispiel: 1930/31 erfolgte die theoretische Beschreibung, erst 1937 konnte Siemens den ersten Prototyp bauen. Es würde weitere archivalische Forschung benötigen, um die Frage zu beantworten, wie die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dieses Dilemma des zeitlichen Abstands zwischen wissenschaftlicher Theorie und technischer Umsetzung wahrnahm. Sicher war man in den 1920er Jahren dem Problem bereits in mehreren wissenschaftstechnologischen Disziplinen begegnet, ohne dass es allerdings bereits eine Synthese in der forschungspolitischen Diskussion darüber gegeben hätte. Jedenfalls hat das Problem keinen Eingang in die forschungspolitische Rhetorik gefunden. So findet man z.B. in keiner der

---

964 Benecke, Wilhelm, in: Deutsche Forschung Heft 8, S. 3.

965 Pringsheim, Ernst, in: Deutsche Forschung Heft 8, S. 126.

Präsentationen wissenschaftstechnologischer Produkte in der Öffentlichkeitsreihe „forschung tut not“ eine Zeitangabe, die den Abstand zwischen der theoretischen, wissenschaftlichen Formulierung und der technischen Produktherstellung für die Zeitgenossen greifbarer gemacht hätte.

#### 4. 3. 2. Die „Gemeinschaftsarbeiten“ von 1930 bis zum Ende von Weimar

Seit den ersten „Gemeinschaftsarbeiten“ von 1925 waren alle Arbeiten jedes Jahr fortgeführt worden. Da die „Großen Forschungsaufgaben“ in ihren Fragestellungen als Erkenntnis- und Verständnisprobleme formuliert worden waren, überrascht es nicht, dass die Bilanz aller Arbeiten im Jahr 1930 durchgehend offen blieb: man war den anfangs gesteckten Zielen nähergerückt, ohne dass sich die Aufgaben bereits erledigt hätten. Ein Beispiel, unter vielen, bietet die Physik der höheren Luftschichten in der Atmosphäre, wo die Notgemeinschaft eine „Gemeinschaftsarbeit“ in der Messtechnik förderte, die schallgestützte Verfahren ausprobierte:

„Immer größeren Umfang haben vor allen die Arbeiten der ‚Kommission zur Erforschung der Schallausbreitung in der Atmosphäre‘ angenommen. Mit großen instrumentellen Mitteln und unter Einsatz von großen Horchbeobachtungsnetzen ist dem Problem zu Leibe gegangen worden, und man kann wohl sagen insofern ein erstes Resultat erzielt, als man jetzt die Wege kennt, welche absolut sicher zu einem Ziele führen müssen. Weitere Unterstützung erscheint mit Rücksicht darauf dringend geboten.“<sup>966</sup>

Je höher die Atmosphärenforscher ihre Ballone, Flugzeuge und Sonden entsenden konnten, desto dünner wurde dort die Luft, sodass akustisch gestützte Messverfahren entsprechend weniger griffen. Daher begann nach zwei Jahren die „Gemeinschaftsarbeit“ zur freien Atmosphäre neuartige, elektrisch gestützte Messtechniken zu entwickeln. Jonathan Zenneck berichtete am 6. Februar 1932 im Berliner Harnack-Haus von den „Echomessungen mit elektromagnetischen Wellen an hohen Schichten der Stratosphäre“.<sup>967</sup> Das Präsidium und der Hauptausschuss der Notgemeinschaft kamen aufgrund der forschungsinternen Dynamik in dieser „Gemeinschaftsarbeit“ – wie auch bei den anderen Unternehmungen – nicht in die Situation, darüber zu diskutieren, ob ein Arbeitsbereich auch wieder geschlossen werden könnte.

---

966 Fünfter Bericht der Notgemeinschaft über ihre Tätigkeit (...), Berlin 1926, S. 202.

967 Einladungskarte, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 925.

Als neue Gemeinschaftsarbeit in den Kulturwissenschaften trat 1930 ein Projekt der Archäologie in spätantiken Fundstätten innerhalb des Deutschen Reichs hinzu, die „Nordostdeutsche Burgen Gemeinschaft“. Für die Früh- und Vorgeschichte im „Osten des Deutschen Reichs“ besprachen Carl Schuchhardt und Wilhelm Unverzagt mit Friedrich Schmidt-Ott am 27. Februar 1930 diese archäologische Gemeinschaftsarbeit, die die Gebiete „östlich Elbe und Saale“ untersuchen sollte, die „Lausitzer Kultur Lossand“, die Stätten „bei Cüstrin“ und die „Rheinkastelle“ des 4. Jahrhunderts bei Alzey.<sup>968</sup> Die engere Aufgabenstellung beschrieb Wilhelm Unverzagt gegenüber Friedrich Schmidt-Ott am 30. Mai 1930. Nach seinem Plan, den Wilhelm Unverzagt in Rücksprache mit Carl Schuchhardt angefertigt hatte, sollten vor allem die „Wallburgen“ ausgegraben, verzeichnet und im Druck dokumentiert werden. Für die frühgeschichtliche „Gemeinschaftsarbeit“ bildete die „Lausitzer Kultur“ „nach Osten“ hin eine Grenze im Ausgrabungsplan.<sup>969</sup> Neben diesen Überlegungen in der Notgemeinschaft zur Forschungsförderung der Vorgeschichte diskutierte auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Frühjahr 1931, ein Forschungsinstitut für die deutsche Vorgeschichte einzurichten. Die Anregung dazu von dem Archäologen Walter Andrae musste Max Planck allerdings wegen der knappen Mittel zurückstellen. Die Förderung der „Arbeitsgemeinschaft für die Erforschung der Vor- und Frühgeschichte des deutschen Ostens“ durch die Notgemeinschaft begann unter der Leitung von Carl Schuchhardt und Wilhelm Unverzagt im November 1932.<sup>970</sup> Um die verschiedenen Ausgrabungsprojekte der Notgemeinschaft im In- und Ausland im Überblick zu besprechen, rief Friedrich Schmidt-Ott für den 5. April 1930 zu einer Konferenz der Archäologen die Altertumshistoriker, Experten der Frühgeschichte und Archäologen Eduard Meyer, Theodor Wiegand, Eduard Schwartz, den Direktor der Münchener Glyptothek Paul Wolters, Carl Schuchhardt, Walter Andrae, Wilhelm Unverzagt und Bruno Meissner aus Berlin. Hinzu kamen Hauptausschussmitglieder und Regierungsvertreter wie Heinrich Konen, Albrecht v. Wrochem und Max Donnevert. Die Summe aller vorgeschlagenen Ausgrabungsprojekte hatte ein Kostenvolumen von ca. 200.000.- Reichsmark.<sup>971</sup>

---

968 Tageskalender, 27. Februar 1930.

969 Tageskalender, 31. Mai 1930.

970 BAK R 73 Nr. 16709.

971 Tageskalender, 5. April 1930.

#### 4. 3. 3. „Gemeinschaftsarbeiten“ mit der Sowjetunion und Österreich

In der angespannten Budgetlage erschienen Unternehmungen im Ausland und insbesondere weitere „Gemeinschaftsarbeiten“ mit Sowjet-Russland kaum mehr durchführbar. Heinrich von Ficker präsentierte Friedrich Schmidt-Ott am 30. April 1930 die gezeichnete Karte des Pamir-Gebietes aus der Expedition des Vorjahres.<sup>972</sup> Aber über eine mögliche Erweiterung oder Ergänzung des Kartierungsunternehmens durch eine erneute Expedition in den Pamir wurde dabei nicht mehr gesprochen. Die sowjetische Seite lehnte eine weitere Beteiligung deutscher Wissenschaftler ab, wie Friedrich Schmidt-Ott gegenüber Julius Curtius bekannte, dem Reichsaußenminister a.D. und Nachfolger Friedrich Schmidt-Otts als Präsident der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas:

„Ich darf nicht verschweigen, dass unsere Versuche wegen Beteiligung deutscher Geologen an einer neuen Pamir-Expedition auf russischer Seite kein Entgegenkommen gefunden haben.“<sup>973</sup>

Die deutsch-sowjetischen, wissenschaftspolitischen Kontakte der Notgemeinschaft schwächten sich 1930/31 ab aus mehreren Gründen. Der Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, Hans Jonas, erhielt einen Ruf an die Universität Königsberg und kündigte an, nur mehr bis 1. April 1931 die Geschäfte führen zu können.<sup>974</sup> Tatsächlich legte er seine Geschäfte bereits zum 1. Januar nieder.<sup>975</sup> Otto Hoetzsch arbeitete an einer neuen Aktenpublikation russischer Urkunden aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, über die vertraglich ein Archivabkommen am 26. Juli 1930 mit der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas geschlossen worden war.<sup>976</sup> Aus seiner zeitlichen Überbeanspruchung konnte Otto Hoetzsch den Geschäften der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, die er formell als Vizevorsitzender führte, nicht nachkommen. Deshalb machte Friedrich Schmidt-Ott auf der Präsidiumssitzung der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas am 17. Dezember 1930 Ott deutlich, dass er mit dem Weggang von Hans Jonas und der Unerreichbarkeit von Otto Hoetzsch alleine als Präsident die „Verantwortung nicht

---

972 Tageskalender, 30. April 1930.

973 Schmidt-Ott an Curtius, 20. Juni 1932, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1 Band IV.

974 Tageskalender, 27. September 1930.

975 Entwurf Personalzeugnis, o. D., GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1 Band IV, Bl. 211.

976 Tageskalender, 26. Juli 1930 (Vertragsunterzeichnung für „Russische Kriegsurkunden“ für Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas).

tragen“ könne.<sup>977</sup> Otto Hoetzsch drängte Friedrich Schmidt-Ott, trotz des personellen Engpasses, weiterhin seine Arbeitskraft der Studiengesellschaft zu widmen:

„Ich habe den dringenden Wunsch - Stalin würde sagen: 'als Generallinie' - so eng wie möglich mit Ew. Excellenz[,] der Sie der Gesellschaft heute einfach unentbehrlich sind, zusammenzuarbeiten und [ich] habe mir dafür auch Einzelvorschläge gemacht[,] die ich Ihnen gern baldmöglich vorlegen möchte. [...] es dürfe nur eines 'coup de téléphone' von Ew. Excellenz Seite[,] wann und wo Sie mich wünschen.“<sup>978</sup>

Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas stellte in der Folge für ein halbes Jahr einen neuen Generalsekretär ein, Otto Schiller, den Schriftleiter der Hoetzsch'sen Zeitschrift „Osteuropa“. Bald jedoch ordnete das Auswärtige Amt ihn als landwirtschaftlichen Sachverständiger an die Botschaft nach Moskau ab.<sup>979</sup> Auf der sowjetischen Seite führte die Stalinisierung zur Ablösung aller wissenschaftspolitischen Kontaktpersonen, mit denen Friedrich Schmidt-Ott während der Weimarer Republik zusammengearbeitet hatte. Von Nikolaj Gorbunov erhielt Friedrich Schmidt-Ott am 30. Juni 1930 den letzten Brief, in dem der Ingenieur eine deutsch-sowjetische „Zusammenarbeit“ in der Chemie anbot; der Vorschlag wurde jedoch nicht weiter verfolgt.<sup>980</sup> Ebenfalls im Sommer 1930, und dann ein letztes Mal noch im Herbst, traf Friedrich Schmidt-Ott mit dem Sowjetischen Volksbildungskommissar Anatoly V. Lunacharsky zusammen, während eines gemeinsamen Geschäftsessen im Berliner Lokal „Ewert“ bzw. im „Automobilclub“ mit Otto Hoetzsch, Hans Jonas, dem Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, und mit Max Sering, einem Mitglied der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas und Direktor des Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen.<sup>981</sup> Max Sering provozierte den Sowjetischen Volksbildungskommissar, als er in der Unterredung am 11. Oktober 1930 einen „Protest gegen Erschießungen“ der Kulaken (Großbauern) formulierte.<sup>982</sup> Auf Stalins Befehl waren die landwirtschaftlichen Zwangskollektivierungen mit Härte vorgegangen; bis zum Sommer 1930 wurden 320.000 Bauernhöfe ‚entkulakusiert‘. Otto Hoetzsch und Friedrich Schmidt-Ott stellten

---

977 Tageskalender, 17. Dezember 1930.

978 Hoetzsch an Schmidt-Ott, 18. Januar 1931, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1 Band IV.

979 Hoetzsch an Präsidium der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, 4. Februar 1931, GStA PK Dahlem Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1 Band IV.

980 Tageskalender, 30. Juni 1930.

981 Tageskalender, 16. Juli 1930; 11. Oktober 1930.

982 Tageskalender, 11. Oktober 1930.

sich als Präsidium der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas hinter den „Protest“ von Max Sering.<sup>983</sup> Aber angesichts dieser regimekritischen Äußerung brach der Sowjetische Volksbildungskommissar Anatoly V. Lunacharsky seinen Kontakt mit den langjährigen deutschen Partnern ab. Am 19. September 1930 verabschiedete sich der Sowjetische Botschafter in Berlin, Nikolai Krestinski, von Friedrich Schmidt-Ott mit der unverbindlichen Empfehlung, die „Kultur“ weiterhin zu fördern.<sup>984</sup> Die Stalinisierung der „Sowjetischen Akademie der Wissenschaften“ änderte um 1930 deren Mitgliederhältnisse drastisch. Auch der frühere Sekretär und Ansprechpartner der Notgemeinschaft, Sergej Ol'denburg, musste kommunistischen Parteivertretern weichen.<sup>985</sup> Eines der letzten deutsch-sowjetischen Projekte, die Friedrich Schmidt-Ott in der Notgemeinschaft organisiert hatte, begann dann im Herbst 1930 für eine Dauer von drei Monaten.

#### **„Archaeopolis“. Die Ausgrabungen in Nokalakewi, SSR Georgien, 1930/31**

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft finanzierte von November 1930 bis Februar 1931 ein Ausgrabungsunternehmen in Nokalakewi, Georgien, auf Vermittlung durch das Volksbildungskommissariat der SSR Georgien und dem Transkaukasischen Museum in Tiflis.<sup>986</sup> Die archäologischen Ausgrabungen in Nokalakewi legten eine Zitadelle aus justinianischer Zeit, Stadtbefestigungen, eine Kirche des fünften Jahrhunderts, einen Glockenturm, verschiedene Siedlungen und Friedhöfe frei.<sup>987</sup> Die Initiative war zunächst von der Georgischen Volksrepublik ausgegangen. Bereits in den 1820er Jahren hatte der Schweizer Archäologe Frédéric Dubois de Montpéroux (1798-1849) in Nokalakewi gegraben, da er glaubte, dass es sich bei dieser Stätte entweder um das byzantinische „Archaeopolis“ oder das mythische „Aea“ der Antike handeln würde. Frédéric Dubois de Montpéroux hatte die frühere Einwohnerzahl auf mehrere Tausend Menschen (3.000-10.000) geschätzt und vermutete daher eine reiche

---

983 Tageskalender, 12. Oktober 1930. „Telephonate mit Hoetzsch und Sering (...)“

984 Tageskalender, 19. September 1930.

985 Vgl. Graham, Loren R.: *The Soviet Academy of Sciences and the Communist Party, 1927-1932*, (= *Studies of the Russian Institute*, Columbia University, Princeton, N.J.; Princeton University Press 1967.

986 BAK R 73 Nr. 11589a. (N.B.: Die Berichte Alfons M. Schneiders über seine Ausgrabungen in Georgien 1930/31 wurden durch die DFG am 6. Juli 1943 entnommen und an das Deutsche Archäologische Institut Berlin gegeben.)

987 Vgl. Zakharaia, P.: *Nokalakevi-Archaeopolis, archaeological excavations. Text in Georgian with Russian and English summaries, or Russian with English summaries*, hrsg. v. Sak'art'velos Respublikis Mec'nierebat'a Akademia, T'bilisi 1973-1982.

Ausbeute an Funden wie Münzen, Gold und Schmuck. Eine von Friedrich Schmidt-Ott bei dem Archäologen Joseph Sauer (1872-1949) vom Lehrstuhl für Patrologie, christliche Archäologie und Kunstgeschichte in Freiburg i.Br. in Auftrag gegebene Denkschrift über die „Grabungsmöglichkeiten in Südrussland (Krim und Georgien)“ vom Januar 1930 empfahl, dort „bald etwas Entscheidendes in die Wege [zu] leiten.“<sup>988</sup> Friedrich Schmidt-Ott forderte darauf am 25. Januar 1930 den Byzantinisten Alfons M. Schneider vom Orient-Institut der Görresgesellschaft in Jerusalem auf, die Leitung einer Probegrabung in Nokalakewi nach den Plänen von Joseph Sauer zu übernehmen. Der junge Theologe und kirchengeschichtliche Archäologe Alfons M. Schneider hatte seit 1926 an zahlreichen Grabungen und Bauaufnahmen in Griechenland, in Palästina und in der Türkei teilgenommen. Für eine Grabung nach ‚deutscher‘ Methode, würden sich nach Joseph Sauer Empfehlung „strengwissenschaftliche Resultate nur dann ergeben [...], wenn sie systematisch, energisch und ohne Unterbrechungen [...] durchgeführt werden.“ Dafür setzte er im Grabungsgebiet u.a. voraus:

„[...] Schutz des gesamten Rayons, Schaffung einer Basis für die Arbeiter, Bildung eines Museums für die Ausgrabungen. [...] Unterhalt der Arbeiter mit Ausnahme des Leiters, Gehilfen, Topographen, Architekten, Künstler, niederes technisches Personal, erfahrene qualifizierte Arbeiter für die Ausgrabungen. [...] Summen für periodische Veröffentlichung des Materials und Illustration.“<sup>989</sup>

Die Notgemeinschaft zeigte sich mit diesen Erfordernissen einverstanden, informierte den Georgischen Kommissar für Volksbildung, Constantin Kandelaki, über die Pläne und fragte das Volkskommissariat der SSR Georgien, ob es mit einer „gemeinsamen Arbeit“ einverstanden sei.<sup>990</sup> Die georgischen Volkskommissare erbaten am 1. Juli 1930 mehr Mittel von der Notgemeinschaft, die von Friedrich Schmidt-Ott nach einer Besprechung in der „Kommission für die Ausgrabungen in Nokalakewi“ auch zugesagt wurden.<sup>991</sup> Die Kommissionsmitglieder, der Georgische Philosoph Schalwa Nuzubidse, der Kunsthistoriker Georg Tschubinaschwili, der Fachausschussvorsitzende für Kunstgeschichte bei der Notgemeinschaft, Theodor Wiegand, der christliche Archäologe Joseph Sauer aus Freiburg sowie Hans Jonas, Karl Griewank und Friedrich

---

988 Sauer an Schmidt-Ott, 16. Januar 1930, BAK R 73 Nr. 11589a. Joseph Sauer war 1930 nicht Mitglied in einem der Fachausschüsse der Notgemeinschaft.

989 Joseph Sauer: Über die Ausgrabungen in Nokalakevi, Georgien, o.D., BAK R 73 Nr. 11589a.

990 Schmidt-Ott an Kandelaki, 29. Januar 1930, BAK R 73 Nr. 11589a

991 Besprechung der Kommission für die Ausgrabungen in Nokalakewi am Sonnabend, den 5. Juli 1930, BAK R 73 Nr. 11589a

Schmidt-Ott kamen darin überein, dass der eigentliche Forschungsplan „vor Ort“ zwischen Alfons M. Schneider und dem russischen Ausgrabungsleiter besprochen und festgelegt werden sollte, wofür auch Dolmetscher engagiert würden. Die georgisch-russische Seite müsste ebenfalls einen Deutsch sprechenden, georgischen Assistenten für die Dauer der Ausgrabung einstellen. Der Ausgrabungsbeginn wurde auf den Herbst 1930 festgesetzt, wofür Alfons M. Schneider von der Görres-Gesellschaft eine Beurlaubung ab November erhielt.<sup>992</sup> Wegen der stalinistischen Zwangskollektivierungen in der Landwirtschaft seit 1. Februar 1930 kam es allerdings im Laufe des Sommers zu Unruhen in Georgien, sodass man auf Seiten der Görres-Gesellschaft meinte, „dass die Sache mit Tiflis sich für dieses Jahr zerschlagen“ habe.<sup>993</sup> Doch der Grabungsbeginn konnte Ende November 1930 tatsächlich stattfinden.<sup>994</sup>

Die Stalinisierung in Sowjet-Russland machte sich bemerkbar dadurch, dass während der gesamten Grabungsunternehmung ein Vertreter der Partei der Regierung anwesend war.<sup>995</sup> Für den Ausgrabungsbetrieb hatten die Russen zwar versprochen, die gleichen Summen wie die Notgemeinschaft bereitzustellen. Aber die „Leistungen der Georgier“ machten tatsächlich nur einen geringen Anteil an der Grabung aus. Alfons M. Schneider zählte minutiös auf, dass die Georgier „25 Schaufeln und Pickel“ bereitgestellt und einen jungen Dolmetscher für einen Monat ab dem 23. November und weitere vier Wochen ab dem 28. Dezember aus einem Georgischen Archiv freigestellt hatten; und dass ein „Architekt“ zwar vom 17. bis 21. Dezember 1930 und vom 17. bis 25. Januar 1931 „anwesend“ gewesen sei, aber „fünf Tage davon wegen Regenwetters nichts“ hatte unternehmen können. Ähnlich sei der russische Topograph von der Geographischen Abteilung der Universität Tiflis nur wenige Tage über Neujahr 1930/31 an der Ausgrabung beteiligt gewesen, und von den 41 Aufnahmen, die der russische Photograph zwischen dem 13. und 16. Januar 1931 gemacht habe, seien „nur etwa 10 brauchbar.“ Alfons M. Schneider stellte daher betreten fest: „Diese Leistungen entsprechen selbstverständlich nur zu einem geringen Bruchteil denen der Notgemeinschaft.“<sup>996</sup>

---

992 Finke an Notgemeinschaft, 14. August 1930, BAK R 73 Nr. 11589a.

993 Finke an Schmidt-Ott, 7. August 1930, BAK R 73 Nr. 11589a.

994 Schmidt-Ott an Finke, 12. August 1930, BAK R 73 Nr. 11589a.

995 Alfons M. Schneider: Erster Bericht 9. Dezember 1930, BAK R 73/11589a.

996 Grabung in Nokalakewi, Bericht von A. M. Schneider, 26. März 1931, BAK R 73 Nr. 11589a

Die Grabungsarbeiten waren im Februar 1931 abgeschlossen. Alfons M. Schneider kam zu dem Ergebnis, dass die Stätte sicher nicht vor dem 6. Jahrhundert besiedelt worden sei, und dass es sich daher nicht um eine frühromische Stadt handeln könne, sondern wahrscheinlich um eine – strategisch wichtige – Festung für Byzanz. Der Volksbildungskommissar der Sozialistischen Sowjet-Republik Georgien nahm am 8. Februar 1931 in der russischen „Kommission für Archäologische Grabungen in Nokalakewi“ den Bericht über die Grabungen von Alfons M. Schneider entgegen. Die Russische Kommission billigte die Ergebnisse, betrachtete die Probegrabungen als abgeschlossen und zeigte sich vollkommen befriedigt. Weitere Grabungen wurden „als notwendig erkannt“ und das Archäologische Museum von Georgien in Tiflis sollte über die vorgenommenen Grabungen mit vorläufigen Sondermitteilungen berichten. Der wertvollste Fund in Nokalakewi war ein Münzschatz aus der Zeit des Tiberius, Ende 4. Jahrhunderts. Alfons M. Schneiderklärte Friedrich Schmidt-Ott darüber auf, dass die Georgier wohl die Hoffnung gehabt hatten, noch größere Prunkstücke zu finden. Er versicherte gegenüber Friedrich Schmidt-Ott, dass man nach der abgeschlossenen Probegrabung derartige Schätze auch für künftige Grabungen nach aller Wahrscheinlichkeit ausschließen könne. Dennoch zögerte Friedrich Schmidt-Ott, diese Erkenntnis den Georgiern deutlich zu sagen, um die „georgischen Wissenschaftskreise durch scharfe Hervorhebung dieser Tatsache nicht zu verstimmen“.<sup>997</sup> Friedrich Schmidt-Ott bekräftigte noch bis in den Sommer 1932, dass er „den Bemühungen um die russisch-deutsche wissenschaftliche Zusammenarbeit nach wie vor großes Interesse entgegenbringe.“<sup>998</sup> Aber eine Fortsetzung der Ausgrabungen, wie sie von den Georgiern gewünscht worden war, konnte die Notgemeinschaft wegen den sinkenden Mittelzuweisungen 1931 nicht mehr finanzieren. Noch im Mai 1932 schwebten die Verhandlungen mit dem Transkaukasischen Museum in Tiflis wegen der Publikationen, deren Finanzierung ebenfalls ungeklärt blieb.<sup>999</sup> Alle weiteren großen Pläne in Georgien mussten schließlich im Juni 1931 „ganz zurückgestellt“ werden, und an eine irgendeine Fortsetzung der Grabungen in Nokalakewi zu denken, schien im Herbst 1931 fraglich.<sup>1000</sup> In dieser Zeit nahm auch das persönliche Verhältnis zwischen

---

997 Schmidt-Ott an Auswärtiges Amt, 13. Oktober 1931, BAK R 73 Nr. 11589a

998 Schmidt-Ott an Lewy, 18. Juli 1932, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1 Band IV.

999 Schmidt-Ott an Schneider, 9. Mai 1932, BAK R 73 Nr. 11589a,

1000 Tageskalender, 31. Juni 1931, 7. Oktober 1931.

Otto Hoetzsch und Friedrich Schmidt-Ott offenbar Züge einer Verstimmung an. Mitte Juli 1931 hatte man das 1923 errichtete „Russische Wissenschaftliche Institut“ in Berlin wieder abwickeln müssen.<sup>1001</sup> Am Tag darauf legte Otto Hoetzsch den Vizevorsitz in der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas nieder.<sup>1002</sup> Nach einem weiteren personellen Wechsel in der Geschäftsführung der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas am 1. Juni 1931 von Otto Schiller zu dem jungen Klaus Mehnert, der aber bereits am 2. November 1931 wieder kündigte, war dies wohl ausschlaggebend dafür, dass Friedrich Schmidt-Ott am 13. Januar 1932 in der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas darum bat, die Präsidentschaft niederzulegen.<sup>1003</sup> Seit dem Ausscheiden des Generalsekretärs Hans Jonas im Januar 1931 und dem Rückzug Otto Hoetzschs in die Quellen- und Akteneditionsarbeit vermeinte er, die „Führung verloren“ zu haben.<sup>1004</sup> Hinzu kam allerdings auch, dass die deutsch-sowjetischen Beziehungen auf der diplomatischen Ebene für das Deutsche Reich nicht mehr die Funktion aus der Rapallo-Ära hatten. Die westeuropäische Verständigungspolitik hatte die binneneuropäische Isolierung des Deutschen Reichs aufgehoben und damit war einer der wichtigen Gründe aus den frühen 1920er Jahren für eine engere Verbindung zwischen dem Deutschen Reich und Sowjet-Russland entfallen. Insgesamt sank in der Sowjetunion mit der „Stalinisierung“ auch die russische Bereitschaft, mit nicht-sozialistischen Staaten auf kulturellem Gebiet zusammenzuarbeiten. Schließlich minderten der sinkende Reichszuschuss für die Notgemeinschaft aus dem Deutschen Reichshaushalt in den Jahren 1930 bis 1933 die finanziellen Möglichkeiten, weitere aufwendige Auslandsexpeditionen durchzuführen. Friedrich Schmidt-Ott resümierte gegenüber seinem Nachfolger in der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas ab Februar 1932, dem früheren Reichswirtschafts- und Außenminister Julius Curtius:

„Die gesamte Tätigkeit der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas habe ich während meiner mehr als zehnjährigen Leitung als eine Förderung unserer Beziehungen zu Rußland im Dienste des Auswärtigen Amtes ansehen zu dürfen geglaubt. Ich habe es dabei als ein besonderes Ziel erachtet, das Gewicht der deutschen Wissenschaft im Sinne der Zusammenarbeit mit den russischen

---

1001 Tageskalender, 15. Juli 1931. Zu den Gründen der Abwicklung, die sich bereits im Frühjahr abzeichnete, u.a. wegen der Einstellung der Hauptfinanzierung durch das Auswärtige Amt u.a.m., vgl. Hoetzsch an Schmidt-Ott, 12. März 1931, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1 Band IV.

1002 Tageskalender, 16. Juli 1931.

1003 Tageskalender, 2. November 1931

1004 Tageskalender, 13. Januar 1932.

Gelehrten zur freundlichen Gestaltung unserer Beziehungen zu dem östlichen Nachbar einzusetzen. Die Bedeutung dieses von den maßgebenden Persönlichkeiten auf russischer Seite (Kalinin, Litwinow) ausdrücklich anerkannten Bestrebens ist durch das Ausscheiden mir nahestehender russischer Staatsmänner (Gorbunov, Semashko) [...] ernsthaft gefährdet, wodurch die von Seiten der Sowjet-Union unterstützte "Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands" beträchtlich an Boden gewonnen hat."<sup>1005</sup>

Die deutsch-sowjetische Sonderbeziehung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die in der Rapallo-Ära mit geophysikalischen „Gemeinschaftsarbeiten“ eine forschungspolitische Priorität der Notgemeinschaft in ihren internationalen Wissenschaftsbeziehungen ausgebildet hatte, zerfiel nun. Die politische Rechtsdrift seit Anfang der 1930er Jahre, das Aufkommen der staatlichen Autarkie-Ideologien in Mitteleuropa und die personellen Veränderungen, die mit den politischen Säuberungen in den sowjetischen Wissenschaftsorganisationen einhergingen, führten zum Verlust der wissenschaftspolitischen Mittler-Stellung von Friedrich Schmidt-Ott zu Anfang 1932.

In der internationalen Zusammenarbeit pflegte die Notgemeinschaft ab 1930 mehr und mehr ihre „Wissenschaftshilfe“ für Österreich, die auch aufgrund der politischen Sympathien des Reichstagspräsidenten Paul Löbe für die deutsch-österreichische staatliche Vereinigung in seinem „Deutsch-österreichischen Volksbund“ auf höchster politischer Ebene Aufmerksamkeit und Interesse finden konnte.<sup>1006</sup> Der Gedanke einer offizielleren, wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und Österreich entstand zunächst im Juli 1928 in der Volkskunde, als Adolf Helbok und der Wiener Akademiepräsident Richard v. Wettstein sich bemühten, den „Atlas der deutschen Volkskunde“ auf den gesamten deutschsprachigen Raum auszudehnen. Friedrich Schmidt-Ott empfahl dem Akademiepräsidenten, zunächst den Konsens mit den österreichischen Länderregierungen, den Kultusministerien, den Kommunalbehörden und den Kirchenoberhäuptern zu suchen.<sup>1007</sup> Die Gründung der „Österreichisch-Deutschen Wissenschaftshilfe“ unter dem gemeinsamen Vorsitz von

---

1005 Schmidt-Ott an Curtius, 25. Februar 1931, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nachtrag Nr. 1 Band IV. Der Kontext dieses Schreibens ist die Bitte von Otto Hoetzsch und Karl Siegismund um eine Abstellung eines Beamten des Auswärtigen Amts für die Schriftleitung und das Generalsekretariat der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas nach dem Fortgang von Hans Jonas bzw. der Versetzung von Otto Schiller.

1006 Tageskalender, 22. Februar 1930. Löbe, Paul / Neubacher, Hermann: Die österreichisch-deutsche Anschlussbewegung, Wurzen/Leipzig: Unikum 1926.

1007 Schmidt-Ott an Wettstein, 20. Juli 1928, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. D 15 Teil 2.

Richard v. Wettstein und Hofrat Oswald Redlich fand dann am 27. April 1929 in Wien statt.<sup>1008</sup> Die „Wissenschaftshilfe“ war als ein Standbein der deutschen Notgemeinschaft in Österreich gedacht. Daher wurden auf der Gründungssitzung in Wien weitere Gelehrte nominiert, die gleichsam als Fachgutachter eines Österreichischen Ablegers der Notgemeinschaft betrachtet werden können: Professor Theodor Innitzer aus Wien, der 1929/30 als Minister für soziale Verwaltung kurzzeitig in die Politik gewechselt war, für das Fach Theologie, Professor Arnolf Durig aus Wien für die Physiologie, Professor Karl Hugelmann aus Wien für Deutsches Recht, Professor Hans Hahn aus Wien für Mathematik, Professor Raimund v. Klebelsberg aus Innsbruck für die Geographie und Prof. Possehl aus Graz für Kanonisches Recht. Die erste offizielle Sitzung der „Österreichisch-Deutschen Wissenschaftshilfe“ hatte am 22. Dezember 1929 in Wien unter Anwesenheit von Reichstagspräsident Paul Löbe stattgefunden. Bis Mitte des Jahres 1931 sollte die Notgemeinschaft im Rahmen der „Österreichisch-Deutschen Wissenschaftshilfe“ 120 Experimentaluntersuchungen als Forschungsstipendien oder Druckunterstützungen bezahlen, sowie 40 Reise- und Einzelbeihilfen genehmigen. Die „Österreichisch–deutsche Wissenschaftshilfe“ wurde am 24. Mai 1930 erneut bei einem Empfang von Reichstagspräsident Paul Löbe zwischen Friedrich Schmidt-Ott und Fritz Redlich, dem Präsidenten der Wiener Akademie der Wissenschaften, sowohl dienstlich im Berliner Automobilclub als auch privat zur Teestunde im Hause Schmidt-Ott in Berlin-Steglitz bekräftigt.<sup>1009</sup> Aus der wissenschaftspolitischen Kooperation gingen jedoch mit Ausnahme des „Atlas zur deutschen Volkskunde“ keine größeren Unternehmungen oder „Gemeinschaftsarbeiten“ hervor.<sup>1010</sup>

---

1008 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 288.

1009 Tageskalender, 24. Mai 1930.

1010 Die Volkskunde im deutschen Sprachraum hat den Umfang ihres Gegenstand, die bäuerliche Kultur, anhand der Sprachgrenzen definiert, wodurch sowohl die österreichische als auch die ostschweizerische Bauernbevölkerung in das Atlas-Projekt miteinbezogen wurde, vgl. Jacobeit, Wolfgang: 'Volkskultur' im bürgerlichen 19. Jahrhundert: Zur Wissenschaftsgeschichte der deutschen Volkskunde, in: Abhandlungen und Berichte des Staatlichen Museums für Völkerkunde Dresden: Forschungsstelle 44 (1990) Heft , S. 53-65.

## 4. 4. „Deutsche Grönlandexpedition Alfred Wegener“ 1930

### 4. 4. 1. Alfred Wegener

Der Meteorologe Alfred Wegener gehört neben dem jungen theoretischen Physiker Werner Heisenberg und vielleicht noch neben dem Elektrotechniker und Nobelpreisträger Ernst Ruska zu denjenigen Forschern der Weimarer Republik, die mithilfe der Förderung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft bahnbrechende, neue Erkenntnisse formulierten, mit denen sie bis in die Gegenwart nachwirken.<sup>1011</sup> Alfred Wegener war geophysikalisch vielseitig begabt und hegte Zeit seines Lebens eine anhaltende Faszination für die klimatischen Erscheinungen auf der Insel Grönland.<sup>1012</sup> Nach seiner Promotion 1905 in Astronomie an der Berliner Universität spezialisierte er sich auf meteorologische und paläoklimatologische Fragen. Zudem reizten ihn und seinen Bruder Kurt körperlich anspruchsvolle Erkundungsfahrten. Im April 1906 überboten Alfred und Kurt als Sechszwanzigjährige mit einem dreitägigen Ballonflug den damaligen Weltrekord für Langstreckenfreiballonflüge.<sup>1013</sup>

Von 1906 bis 1908 nahm Alfred Wegener an seiner ersten Expedition nach Grönland teil, um unter Leitung des dänischen Polarforschers Ludwig Mylius-Erichsen (1872-1907) und Johan Peter Koch (geb. 1870) die nördliche, bislang unbekannte Küste Grönlands zu erkunden, und um dort die Bewegung polarer Luftmassen zu messen.<sup>1014</sup> Eine zweite Expedition nach Grönland unternahm Alfred Wegener 1912/13, wiederum mit Johan Peter Koch, in der „Dänischen Expedition nach Dronning Louises Land und quer über das Inlandeis von Nordgrönland“.<sup>1015</sup> Die vier Teilnehmer, neben dem Dänen J. P. Koch und A. Wegener der Grönländer Vigfus Sigurdsson und der Däne Lars Larsen,

---

1011 Alfred Wegener findet bis in die Gegenwart das Interesse populärwissenschaftlicher Autoren, vgl. Rohrbach, Klaus: Alfred Wegener. Erforscher der wandernden Kontinente, Stuttgart: Freies Geistesleben 1993, Wutzke, Ulrich: Alfred Wegener. Dokumente, Briefe, Quellen, in: Berichte zur Polarforschung 1997) Heft , . Die Nachwirkung seiner Erkenntnisse auf der „Grönland-Expedition“ für unsere Gegenwart besteht in der Messtechnik der Paläoklimatologie, vgl. Anmerkung 1044.

1012 Cloos, Hans: Gespräch mit der Erde. Welt- und Lebensfahrt eines Geologen, München: Piper 1947.

1013 Köppen, Wladimir: Alfred Wegener, in: Petermanns Geographische Mitteilungen 1931) Heft 7/8, S. 169-171.

1014 Günzel, Hermann: Alfred Wegener und sein meteorologisches Tagebuch der Grönland-Expedition, 1906-1908, (= Schriften der Universitätsbibliothek Marburg, Band 59), Marburg: Universitätsbibliothek 1991.

1015 „Inlandeis“ ist die eingedeutschte Bezeichnung des dänischen Worts „Indlandsis“, von dem die riesige Vergletscherung Grönlands ihre Bezeichnung erhalten hatte.

stellten sich die Aufgabe, in einer schneegebauten Unterkunft auf dem grönländischen Eisschild zu überwintern und im anschließenden Sommer das Inlandeis zu überqueren. Beide Expeditionen bekamen es mit erheblichen Versorgungsschwierigkeiten und den für Grönland typischen, stark schwankenden Witterungsverhältnissen zu tun. Wegener entkam mehrmals nur knapp lebensbedrohlichen Situationen.

Bekannt wurde Alfred Wegener in der Geophysik v.a. durch seine 1912 veröffentlichte Hypothese von der Trift der Kontinente. Sie bildet ein berühmtes Vorläuferkonzept der 1965 neu formulierten Theorie der Plattentektonik und des Sea-Floor-Spreading. Der kanadische Geophysiker John Tuzo Wilson (1908-1993) hat dafür zahlreiche Studien zu den Meeresbodensedimenten und über den Erdmagnetismus zusammengefasst sowie an Alfred Wegeners frühe Hypothese erinnert.<sup>1016</sup> Doch erst in den 1970er Jahren erfuhr das geophysikalische und erdgeschichtliche Denken seinen bislang bedeutendsten Paradigmenwandel, den Alfred Wegener sechzig Jahre früher schon vor dem inneren Auge formuliert hatte.<sup>1017</sup>

„Wegener [...] war ein ganz hervorragender Beobachter. Sein Auge hat gesehen, was Tausende vor ihm schon betrachtet haben, ohne es zu sehen. [...] Wie viele Meteorologen vor Wegener mögen den Rauch aus Schornsteinen beobachtet haben, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen - erst Wegener führt diese Beobachtung zur Einführung des Turbulenzbegriffs in der Meteorologie. [...] Ist aber einmal der Gedanke da, dann kommt die mühsame Kleinarbeit, die ihn erst für die Wissenschaft brauchbar macht, indem sie ihn auf seinen Wahrheitsgehalt prüft. Mit unendlichem Fleiße muss alles Ähnliche, schon bekannte zusammengetragen oder Neues durch Beobachtungen beschafft werden. So war es bei Wegener im Kleinen, z.B. bei der Auffindung des Meteors von Treysa, im Großen bei seiner Theorie der Entstehung der Kontinente und Ozeane.“<sup>1018</sup>

Mit seiner Trift-Hypothese von 1912 schlug Alfred Wegener eine Synthese vor, die auch nach dem Ersten Weltkrieg von den Geophysikern überwiegend zurückgewiesen oder übergangen wurde, weil Wegener für die „Bewegung der Kontinente“ gewaltige Schubkräfte voraussetzte, die als geophysikalische Faktoren, d.h. als Kräfte im Erdinnern für die damalige Erdkunde unerklärlich blieben.<sup>1019</sup> Obwohl Alfred Wegener

---

1016 John Tuzo Wilson: A Revolution in Earth Science, Toronto 1967.

1017 Vgl. Flügel, Helmut W.: Wegener, A. / Ampferer, O. / Schwinner, R.: The first chapter of the "New Globale Tectonic", in: Earth Sciences History 3 (1984) Heft 2, S. 178-186.

1018 Benndorf, Hans: Alfred Wegener, in: Gerlands Beiträge zur Geophysik 31 (1931) Heft , S. 336-377, S. 367f.

1019 Oreskes, Naomi: The rejection of continental drift, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 18 (1988) Heft , S. 311-348.

auf die Gegenargumente der Geophysik einging und drei Neuauflagen seiner Trift-Hypothese mit jeweils überarbeitetem Belegmaterial vorlegte, blieb Wegener auf dem Gebiet der Geophysik in den 1920er Jahren an den Rand der fachlichen Diskussion gedrängt.<sup>1020</sup>

Alfred Wegeners Interesse für Grönland konzentrierte sich in den 1920er Jahren auf die Glaziologie, das Klima und die Klimageschichte. Für alle drei Disziplinen bildete das riesige, vereiste Grönland am Rande der Arktis ein außerordentlich spannendes Untersuchungsfeld. Das Klima dort interessierte die Meteorologie zu Beginn des 20. Jahrhunderts besonders, weil die führende norwegische Schule um Vilhelm Bjerknes in Bergen der Auffassung war, dass das Wetter in der gesamten nördlichen Hemisphäre entscheidend durch die Bedingungen und Verhältnisse in den arktischen Regionen bestimmt werde, insbesondere durch die sogenannte Frontenbildung. Grönland war neben wenigen anderen Stellen am arktischen Kreis der geeignete Ort, um die Entstehung und wetterwirksamen Folgen der sogenannten „Polarfront“ zu analysieren, d.h. der kalten Luftmassen, die sich in tieferen Breiten unter die wärmeren Luftschichten schoben und dadurch an den Grenzflächen heftige Luftbewegungen auslösten. Man nahm an, dass die atlantischen Zyklonen durch dieses Eindringen kälterer, polarer Luftmassen entstünden. Grönland schien den Meteorologen wie ein Rezept für die Wetterküche Europas.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der nachfolgenden Inflation, als Wegeners wissenschaftliche Laufbahn aufgrund des Militärdienstes unterbrochen war, lehrte er zunächst wieder in Hamburg, als er zum Sommersemester 1924 einen Ruf an die Universität Graz in Österreich erhielt, um die Nachfolge von Heinrich v. Ficker auf dem Lehrstuhl für Geophysik und Meteorologie anzutreten. Trotz vielfältiger Bemühungen, Alfred Wegener in Hamburg an der Seewarte sowie an der Universität zu halten - die Einrichtung einer Professur für Meteorologie war im Gespräch - nahm Wegener das Angebot aus Österreich an. Im Winter 1924 zog auch die Familie nach, darunter der 78jährige Doyen der Aerologie Wladimir Köppen, der Schwiegervater Alfred Wegeners. In einem kleinen, neu gekauften Haus in Graz begann eine fünfjährige Forschungs- und

---

1020 Schwarzbach, Martin: Alfred Wegener und die Drift der Kontinente, (= Große Naturforscher, Band 42), Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1980. Die Tiefseebohrungen des internationalen geophysikalischen Gemeinschaftsprojekts „Glomar Challenger“ bestätigten die Annahmen der Wegener'schen Hypothese einer 'Kontinentaldrift' und ergaben empirische Belege, die die Theorie der Plattentektonik und des Sea Floor Spreading stützten.

Familienzeit, die im Rückblick zu den glücklichsten Jahren seines Lebens zählen sollte.<sup>1021</sup> Sogar das Angebot Albrecht Pencks im Sommer 1925, die Direktorenstelle des Instituts für Meereskunde in Berlin zu übernehmen, vermochte Alfred Wegener nicht aus den ausgezeichneten Arbeits- und Freundschaftsbindungen in Österreich zu lösen.

#### **4. 4. 2. Messtechnik und Maschinen. Die Ideen für eine Grönland-Expedition**

Zu Ostern 1927 fragte der Klimatologe Wilhelm Meinardus (1867-1852) von der Universität Göttingen bei Alfred Wegener in Graz an, ob dieser nicht mit seinen Erfahrungen in Grönland eine neue Expedition anführen wolle, die die Aufgabe haben sollte, mit neuen Methoden zur Eisdicken- und Schweremessung die Höhe der grönländischen Vergletscherung, d.h. die Dicke des Eis-Schildes zu messen. Bereits wenige Tage später, am 21. April 1927, sprach Wilhelm Meinardus bei Friedrich Schmidt-Ott in der Notgemeinschaft vor, um die Möglichkeiten für eine „Grönland Expedition“ zu besprechen.<sup>1022</sup> Alfred Wegener zählte neben Erich von Drygalski (1865-1949) und Wilhelm Filchner (1877-1957) zu den bedeutendsten deutschen Polarforschern in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Angesichts der körperlichen Strapazen, die die grönländische Schneewüste jedem auferlegte, würde er in seinem Alter von 47 Jahren mit dieser Expedition die letzte Möglichkeit erhalten, nochmal eine Forschungsreise in das faszinierende Klimagebiet zu unternehmen. Daher nutzte Alfred Wegener die sich bietende Gelegenheit, um seine eigenen meteorologischen und paläoklimatischen Interessen einzubringen, und erweiterte innerhalb weniger Wochen das Forschungsprogramm von Wilhelm Meinardus erheblich. Anstatt einer nur wenige Wochen dauernden Expedition, wie sie Wilhelm Meinardus für die Sommermonate vorgeschlagen hatte, wollte Alfred Wegener für ein ganzes Jahr nach Grönland, um entlang einer gedachten Linie des 71° Breitengrads zusätzlich zu der seismographischen Aufnahme eine klimatologische Ganzjahres-Messreihe durchführen. Die erste Sitzung der Notgemeinschaft, die dem erweiterten Forschungsplan Rechnung trug, fand erst ein Jahr nach Wilhelm Meinardus Anfrage, am 11. Juni 1928 in der Notgemeinschaft statt. Friedrich Schmidt-Ott, Alfred Wegener

---

1021 Vgl. Wegener, Else (Hrsg.): Alfred Wegener. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Wiesbaden: Brockhaus 1960.

1022 Tageskalender, 27. April 1927.

aus Graz, Hugo Hergesell, Heinrich v. Ficker, Oskar Hecker von der Reichszentrale für Erdbebenforschung in Jena, Wilhelm Meinardus aus Göttingen sowie Karl Stuchtey und besprachen dabei die seismographischen Methoden zur Untersuchung von Grönlands „Inneneis“.<sup>1023</sup> Für die geplante Expedition stand eine Reihe von neuen, seismischen Messtechniken bereit. In den Alpen hatte man seismische Instrumente getestet, um die alpine Gletschereisdicke zu messen, welche bis auf ca. 200m nachgewiesen wurde. Die Geophysik hatte 1928 handliche und präzise Messgeräte „für den Feldgebrauch“ zum Nachweis von Luftmassen gebaut.<sup>1024</sup> Mit seiner Idee einer Ganzjahres-Messreihe der jahres- und tagesabhängigen Wetterbedingungen auf Grönland orientierte sich Alfred Wegener an dem systematischen Beobachtungsprogramm, das Erich von Drygalski für die Südpolar-Expedition dreißig Jahre zuvor entworfen und durchgeführt hatte.<sup>1025</sup> Für die Breiten näher am Nordpol, d.h. für die Grönland- und Polarforschung würde eine kontinuierliche Serie von meteorologischen und glaziologischen Daten, die Ganzjahres-Messreihe, ein methodisch innovativer Schritt sein.

Friedrich Schmidt-Ott kannte Alfred Wegener bereits von früher, denn bereits 1912/13 hatte Alfred Wegener für seine zweite Grönlandexpedition vom Preußischen Kultusministerium sowie von der Berliner Akademie der Wissenschaften Unterstützung erhalten. In gleichem Maße konnte Alfred Wegener auf die Unterstützung des Physikers Karl Stuchtey bauen, der seit 1923 als Geschäftsführer des Apparate-Ausschusses in der Notgemeinschaft arbeitete und als Referent für die naturwissenschaftlich-technischen Fächer ein enger Mitarbeiter Friedrich Schmidt-Otts war. Vor seiner Tätigkeit in der Notgemeinschaft war Karl Stuchtey bis 1923 an der Universität Marburg beschäftigt gewesen als Privatdozent der Physik. Mit ihm zusammen hatte Alfred Wegener in Marburg 1911 ein Albedometer konstruiert, ein Messgerät zur Bestimmung der Helligkeit von Wolken.<sup>1026</sup> Dieses Gerät hatte Alfred Wegener auf seiner Durchquerung des grönländischen Inneneises 1912/13 für meteorologische Beobachtungen mit dabei gehabt. Karl Stuchtey war seit damals ein

---

1023 Tageskalender, 11. Juni 1928.

1024 Siebenter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, S. 89. Das Messgerät musste auf einem LKW transportiert werden, z.B. unter eine Gewitterwolke gefahren werden.

1025 Lüdecke, Cornelia: Die deutsche Polarforschung seit der Jahrhundertwende und der Einfluss Erich von Drygalskis, (= Berichte zur Polarforschung, Band 158), Bremen: Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung 1995.

1026 Körber, Hans-Günther: Alfred Wegener, (= Biographien hervorragender Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner, Band 46), Leipzig: Teubner 1982, S. 26.

guter Fachkollege Wegeners.<sup>1027</sup>

Eine Expedition mit seismographischer Bestimmung, meteorologischen und glaziologischen Messreihen und der dafür benötigten Arbeitsteilung würde als eine „Gemeinschaftsarbeit zu bestimmten Problemen“ geeignet sein für die Förderung durch die Notgemeinschaft.<sup>1028</sup> In einer Denkschrift fasste Alfred Wegener 1928 das erweiterte Forschungsprogramm zusammen. Friedrich Schmidt-Ott veröffentlichte diesen Forschungsplan in einem der Themenhefte der Reihe „Deutsche Forschung“ über verschiedene Expeditionen und Ausgrabungen der Notgemeinschaft.<sup>1029</sup>

Der Vorsitzende des geophysikalischen Fachgutachterausschusses der Notgemeinschaft, Erich von Drygalski, stand der Wegener Expedition wohlwollend gegenüber, blieb aber skeptisch, da er sie „für sehr schwer und möglicherweise undurchführbar“ hielt.<sup>1030</sup> Um die logistischen und messtechnischen Herausforderungen und die bisherige Planung der Expedition in einem Testlauf auf Grönland zu prüfen, beschloss die Notgemeinschaft am 5. November 1928 in einer erweiterten Kommission, eine „Probeexpedition“ im Jahr 1929 durchzuführen.<sup>1031</sup> Die Sitzung versammelte um Alfred Wegener und Friedrich Schmidt-Ott den Geographen Albrecht Penck, den Vorsitzenden des Fachausschusses Erich von Drygalski, den Göttinger Klimatologen und Anreger der Expedition Wilhelm Meinardus, den Physiker und Direktor des Münchener Meteorologischen Instituts August Schmauss, den Direktor des Observatoriums Lindenberg Hugo Hergesell, den Physiker Max von Laue, Max Donnevert vom Reichsinnenministerium, den Maschinen- und Flugzeugbauer Karl Leist, den Direktor der Reichsanstalt für Erdbebenforschung in Jena Oskar Hecker und als ausländischen Gast den norwegischen Ozeanographen Bjørn Helland-Hansen aus Bergen. Logistisch und technisch musste die Wegener-Expedition für eine Überwinterung auf dem Inlandeis Grönlands ausreichend ausgerüstet sein. Die Kommission hatte daher den Vorschlag entwickelt, die Expedition mit Flugzeugen

---

1027 Schmidt-Ott an Becker, 27. Juli 1927, GStA PK Rep. 92 C. H. Becker Nr. 3947.

1028 Schmidt-Ott, Friedrich: Aus dem Werden der Notgemeinschaft, in: Neunter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft) umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930, hrsg. v. Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Berlin: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 1930, S. 9-41, S. 40.

1029 Wegener, Alfred: Deutsche Inlandeis-Expedition nach Grönland. Vorexpedition 1929, in: Reisen und Ausgrabungen, hrsg. v. Friedrich Schmidt-Ott, (= Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Band 13), Berlin: Karl Siegismund 1930, S. .

1030 Schmidt-Ott an Schweinitz, 22. Juni 1928, GStA PK Rep. 92 D 15 Teil II Blatt 384f.

1031 Tageskalender, 5. November 1928.

durchzuführen, und insbesondere die Überwinterungsstation aus der Luft mit Nachschub zu versorgen. Um über die technischen Rahmenbedingungen zu beraten, war der junge Flugzeugbauer Karl Leist in der Kommissionssitzung anwesend. Doch Alfred Wegener lehnte jede Beteiligung von Flugzeugen bei der Grönlandexpedition ab, da weder die Maschinen den extremen Wetterbedingungen auf Grönland standhalten könnten, noch die Flugbedingungen in den Wintermonaten bei durchschnittlich  $-40^{\circ}$  bis  $-60^{\circ}$  Grad Celsius und häufig hereinbrechenden Schnee- und Eisstürmen einen Motorflug ermöglichen würden.<sup>1032</sup> Wegen der anfallenden Ausrüstungsmenge aber einigte man sich darauf, dem Expeditionstross zwei Motorschlitten mitzugeben, wobei Alfred Wegener von vorneherein genügend Hundeschlittengespanne einplante, um nötigenfalls den gesamten Transport doch ausschließlich auf dem traditionell bewährten Wege mit Tierkraft bewerkstelligen zu können. Schlittenhunde würden nämlich auch gegen Eis, Schnee und Wind durchkommen, nicht aber die motorisierten Vehikel.<sup>1033</sup>

Für die Vorbereitung der „Grönland Inlandeis Expedition von Wegener“, wie das Unternehmen nun genannt wurde, reiste Alfred Wegener vom 1. August 1929 bis 4. November 1929 auf eine Vorbereitungsexpedition nach Grönland. Ausgewählte Mitfahrende, die auch für die Hauptexpedition vorgesehen waren, waren der Meteorologe Johannes Georgi, der bei Alfred Wegener in Marburg zwischen 1909 und 1919 Meteorologie studiert hatte, sowie Ernst Sorge und Fritz Loewe. Nach der Rückkehr von Alfred Wegeners Vorbereitungsexpedition hatte die Notgemeinschaft zu entscheiden, ob sie das Hauptunternehmen genehmigen und finanzieren sollte. Karl Stuchtey berichtete in der Sitzung des Hauptausschusses der Notgemeinschaft am 15. November 1929 in Hamburg, dass Alfred Wegener die westliche Station in der Nähe des Gipfels von Scheidek Nunatak einzurichten gedachte, wo die günstigste Möglichkeit bestand, im kommenden Frühjahr die schwere Ausrüstung auf dem steilen Gletscherschelf anzulanden. An der westlichen Station, die mit einer Seehöhe von 1.500 Meter gemessen wurde, hätten seismische Probemessungen bereits eine Eisdecke von ca. 1.200 Meter ergeben. Nachdem sich auch Hugo Hergesell im Hinblick auf die Nachwuchsförderung in der Arktisforschung und die angestrebte Beteiligung

---

1032 Flügel, Helmut W.: Alfred Wegeners vertraulicher Bericht über die Grönland-Expedition 1929, Graz 1980.

1033 Herdemerten, Kurt: Die weiße Wüste. Mit Alfred Wegener in Grönland, Wiesbaden 1955, S. 10.

Deutschlands am zweiten „Internationalen Polarjahr“ 1932 ausdrücklich zugunsten der Wegener-Expedition ausgesprochen hatte, stimmte der Hauptausschuss der Notgemeinschaft für die Finanzierung der Hauptexpedition 1930.<sup>1034</sup> Friedrich Schmidt-Ott setzte die Gesamtkosten mit „280.000.- [Reichsmark] auf mehrere Jahre verteilt“ an.<sup>1035</sup> Mit diesen hohen Kosten für eine Expedition, die scheinbar ebenso wie die Pamir-Expedition vor allem ‚weiße Flecken‘ außerhalb des Deutschen Reichs erkunden sollte, geriet die Notgemeinschaft freilich in die Schwierigkeit, sich zu rechtfertigen, in einer massiven wirtschaftlichen Krise öffentliche Mittel für wissenschaftliche Forschungen mit rein wissenschaftlichem, nicht nutzenorientiertem Charakter auszugeben.<sup>1036</sup> Friedrich Schmidt-Ott reagierte darauf, indem er in der Öffentlichkeit eine andere forschungspolitische Rhetorik verwendete, d.h. nicht mehr von der „Inland-Eis-Expedition nach Grönland“ sprach, wie die Expedition bislang durch ihre Kommissionsmitglieder genannt worden war, sondern ihren Namen mit einem nationalistischen Anstrich versah und die Expedition auf den ‚Entdecker‘ Alfred Wegener hin personalisierte: „Deutsche Grönland-Expedition (Alfred Wegener)“.<sup>1037</sup> Außerdem veranlasste Friedrich Schmidt-Ott einen Vortrag Alfred Wegeners vor dem Stifterverband am 27. November 1929, in dem Alfred Wegener die Ganzjahres-Messreihe über Grönland als eine Möglichkeit präsentierte, die Witterungsverhältnisse über den Polargebieten für mögliche Flugrouten genauer kennenzulernen. Dabei verwies Alfred Wegener auf das Rätsel der sogenannten „Jet Streams“, die sein Schüler und Mitteilnehmer der geplanten Expedition, Johannes Georgi, 1926 und 1927 im Nordwesten von Island beobachtet hatte, und die offenbar in einem Zusammenhang mit den „Polarfronten“ stünden. Die meteorologischen Daten der Expedition könnten schließlich auch zur besseren Vorhersage der Eisverhältnisse im grönländischen Raum dienen, was der Schifffahrt und dem Fischfang zugute kommen könnte. Dieser Vortrag Wegeners weckte die Erwartungen der im Stifterverband vertretenen Industrie derart,

---

1034 Das Zweite Internationale Polarjahr fand 1932 auf Anregung von deutschen Vermessungsgelehrten fünfzig Jahre nach dem Ersten Internationalen Polarjahr 1882/83 statt und besaß mit einer Beteiligung von zweiundvierzig Nationen eine herausragende Bedeutung für die Normalisierung der internationalen Wissenschaftsbeziehungen während der Zwischenkriegszeit.

1035 Schmidt-Ott, Friedrich: Hauptausschuss 1929 Hamburg, in: 1930) Heft , ...

1036 Benndorf, Hans: Alfred Wegener, in: Gerlands Beiträge zur Geophysik 31 (1931) Heft , S. 336-377, S. 362.

1037 Die Bezeichnung so in: Deutsche Forschung Heft 13, Reisen und Ausgrabungen. Die Bezeichnung reflektierte auch nicht die Tatsache, dass an der Hauptexpedition 1930/31 Deutsche und Grönländer in gleichem Zahlenverhältnis teilnahmen.

dass sich der Stifterverband bereit erklärte, die Expeditionskosten zur Hälfte zu übernehmen, und Schatzmeister Arthur Salomonsohn kurz darauf bestätigen konnte, dass der Stifterverband 100.000.- Reichsmark für die Durchführung der Hauptexpedition bereithalte.<sup>1038</sup>

#### **4. 4. 3. „Eismitte“. Forschungsprogramm und Tragödie einer Expedition**

Am 27. März 1930 verabschiedete Friedrich Schmidt-Ott die Expedition mit einem Essen zu Ehren von Alfred Wegener und dessen Frau im Berliner Lokal „Ewert“ unter Teilnahme des Expeditionsmitglieds Fritz Löwe, des Bruders von Alfred, Kurt Wegener, der Kommissionsmitglieder Hugo Hergesell und Albrecht Penck, dem Referenten für technische Neuentwicklungen der Verkehrsluftfahrt und der Luftfahrtforschung im Reichsverkehrsministerium, Adolf Baeumker, dem Ministerialbeamten Max Donnevert und dessen Frau sowie dem Vizepräsidenten der Notgemeinschaft, Viktor Schwoerer, ebenfalls mit Gattin.<sup>1039</sup> Am 1. April 1930 schiffte sich die Hauptexpedition in Kopenhagen ein, wo der Grönländer Vigfus Sigurdsson, ein früherer Begleiter von Alfred Wegener bei der Durchquerungs-Expedition von 1912/13, zu den Teilnehmern hinzustieß. Neben den mitfahrenden wissenschaftlichen Teilnehmern von Alfred Wegener, Johannes Georgi, Ernst Sorge und Fritz Löwe, hatte die Expedition insgesamt weitere siebzehn Mitfahrende, davon zehn Grönländer. Drei Wochen später langte der Expeditionstross an der Westküste Grönlands in der Bucht von Scheidek Nunatak an, doch fand man den dort im Vorjahr ausersehenen Landungsort so stark vereist, dass das schwere Material nicht an Land gebracht werden konnte und die Expedition einen ganzen Monat Zeit verlor. Erst am 15. Juli 1930 konnten Fritz Loewe, Karl Weicken und Johannes Georgi mit zehn Grönländern und zwölf Hundeschlittengespannen zu dem gedachten Punkt aufbrechen, an dem „Eismitte“ errichtet werden sollte. Die Station „Eismitte“ sollte 500 Kilometer entfernt von der Station bei Scheidek Nunatak im Landesinnern auf dem Gletscher gebaut werden, damit Johannes Georgi und Ernst Sorge, so sah es der Plan der Hauptexpedition vor, von September 1930 bis Mai 1931

---

1038 Tageskalender, 27. November 1927. Kurz vor Weihnachten konnte Friedrich Schmidt-Ott gegenüber Alfred Wegener die Gelder der Notgemeinschaft zusagen. Bereits am 1. Februar 1930 wurde die zweite Rate des Stifterverbandes über 50.000 Reichsmark frei, vgl. Tageskalender, 1. Februar 1930.

1039 Tageskalender, 14. März 1930. Tageskalender, 28. März 1930.

dort überwintern konnten.<sup>1040</sup> Eine dritte Station an der Ostküste Grönlands wurde derweilen am Scoresby Sund errichtet. Das Forschungsprogramm schrieb vor, dass an allen drei Stationen die Dicke des Eises, die Grönland bedeckte, gemessen wurde. Für das seismische Sprengverfahren, das zur akustischen Eisdeckenmessung angewendet wurde, transportierte der Expeditionstross Sprengladungen in einer Menge, die ein Walfangboot fünfzig Mal hätten in die Luft jagen können. Unter schwierigsten Witterungsbedingungen erreichten Fritz Loewe, Karl Weicken und Johannes Georgi nach zwei Wochen am 30. Juli 1930 den Punkt von „Eismitte“. Fünf der zehn grönländischen Helfer hatten unterwegs entschieden, umzukehren, über die Hälfte der Ladung war auf der Etappe zurückgelassen worden. Da die Verpflegung in „Eismitte“ unzureichend für alle drei Wissenschaftler sein würde, blieben Johannes Georgi und Ernst Sorge am 1. August 1930 alleine zurück, während Karl Weicken und die Grönländer nach Scheidek zurückkehrten. Mit zwei weiteren Hundeschlitten erreichten noch Teile der Material- und Nahrungsladungen die Station „Eismitte“. Da aber das Material für die Winterhütte auf der Strecke zurückgelassen worden war, bauten Ernst Sorge und Johannes Georgi ein Schnee-Iglu. Wenigstens bis zum 20. September hätte – wenn es nach Plan gegangen wäre – ein Hundegespann bzw. ein Motorschlitten mit dem vorgesehenen Material und weiterem Nachschub nochmals „Eismitte“ erreichen müssen, wenn eine Überwinterung stattfinden sollte. Ansonsten hatten Johannes Georgi und Ernst Sorge die Weisung, am 20. Oktober wieder nach Scheidek Nunatak zurückzukehren.

Die Motorschlitten aber kamen nicht. Die Motorschlitten „Schneespatz“ und „Eisbär“ waren von der finnischen staatlichen Flugzeugfabrik in Helsingfors gebaut worden und besaßen je einen Flugmotor mit 110 PS Leistung, die einen Luftpropeller antrieben. Bei gutem Wetter schafften die Motorschlitten eine Strecke von 150 Kilometer innerhalb von 5 Stunden. Aber bei Wetterumschwüngen, wie sie Grönland kennzeichnen, kamen die Schlitten wegen dem starken, steifen Wind, wegen der Motorleistungsabnahme in der dünneren Luft auf ca. 3000 Metern Meereshöhe, und wegen der schlechten Sicht bei Nebel und Schneetreiben überhaupt nicht mehr voran. Einer der Motorschlitten, der sich tatsächlich bis nahe an „Eismitte“ heranarbeiten konnte, musste am 22. August 1930 nur eine Tagesreise vor „Eismitte“ wieder umkehren. Dieser Schlitten

---

1040 Zur Planung, Ausführung und wissenschaftlichen und publizistischen Auswertung der Grönland-Expedition ist die Aktengruppe einschlägig in BAK R 73 Nr. 243-272.

aber hatte die feste Winterhütte, weitere Nahrungsmittel, Benzin und Paraffin sowie ein Funkgerät geladen. Als die gesamte Materialfuhrer unverrichteter Dinge wieder in Scheidek Nunatak ankam, war Alfred Wegener höchst besorgt, dass die Wissenschaftler in „Eismitte“ unterversorgt sein würden. Wegener stellte einen neuen Materialzug mit Hundeschlitten zusammen und brach am 29. September 1930 mit Fritz Löwe, dem Grönländer Rasmus Villumsen und einigen Helfern auf. Durch die einbrechenden Winterstürme schafften sie es bei -40 bis -58° Celsius jeden Tag nur wenige Kilometer, sodass sie erst nach knapp vier Wochen am 30. Oktober um 11 Uhr Station „Eismitte“ erreichten. Im Schnee-Iglu herrschten wohlige +23° Celsius, und obgleich die Nahrungsmittel von Johannes Georgi und Ernst Sorge tatsächlich knapp bemessen waren, sollten sie für eine Überwinterung doch ausreichen. Fritz Löwe hatte auf dem langen Marsch schwere Erfrierungen erlitten und Wegener entschied, dass er auf jeden Fall bis zum Frühjahr in „Eismitte“ bleiben müsse. Für alle fünf Männer aber hätten die vorhandenen Nahrungsmittel auf „Eismitte“ nicht ausgereicht. Alfred Wegener entschied daher, dass er gemeinsam mit Rasmus Villumsen sofort wieder versuchen musste, nach Scheidek Nunatak zurückzukehren. Er war sich darüber im Klaren, dass seine Entscheidung, die Kapazitäten auf „Eismitte“ nicht mit der zusätzlichen Überwinterung von zwei weiteren Männern zu überfordern, für Rasmus Villumsen und ihn selbst einen Marsch auf Leben und Tod bedeuten würde. Am 1. November 1930, Alfred Wegeners 50. Geburtstag, brachen er und Rasmus Villumsen auf. Gegen die Eisstürme des grönländischen Winters aber schafften sie es nicht. Wegeners Leiche wurde im Frühjahr 1931 auf der Hälfte der Strecke, etwa 220 Kilometer vor Scheidek Nunatak gefunden, er war nicht erfroren, sondern vermutlich aus Überanstrengung einem Herzschlag erlegen. Rasmus Villumsen hatte ihn noch sorgfältig eingenäht und begraben, mit Tagebüchern und Briefen. Weitere 15 Kilometer später verloren sich auch Villumsens Spuren, seine Leiche wurde nie gefunden.

Als Alfred Wegener und Rasmus Villumsen nicht mehr nach Scheidek Nunatak zurückkehrten, meldete die „Frankfurter Zeitung“ am 26. November 1930 die Grönlandexpedition als vermisst.<sup>1041</sup> Die Station „Eismitte“ mit Johannes Georgi, Ernst Sorge und Fritz Löwe konnte jedoch überwintern und das Forschungsprogramm

---

1041 Westphal, F.: Station Eismitte. Alfred Wegeners letzte Grönlandexpedition, Reutlingen 1952.

durchführen. Erst im Frühjahr 1931, als ein Suchtrupp losgesandt werden konnte, fand man den Leichnam Wegeners am 19. Mai. Nach den Tagebüchern musste er am 15. November 1930 gestorben sein.<sup>1042</sup> Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft hatte mit Alfred Wegeners Tod den zweiten, schweren Unfall auf einer ihrer Auslandsexpeditionen zu verkraften. Friedrich Schmidt-Ott kümmerte sich persönlich darum, für die Witwe Wegeners eine Klärung aller Umstände und eine Aussprache der Expeditionsteilnehmer herbeizuführen.<sup>1043</sup>

Im Ergebnis gelangte die Grönland-Expedition nur teilweise an ihr Ziel, was v.a. auf die erheblichen Versorgungsschwierigkeiten zurückzuführen war. Die Bestimmung der Inlandeis-Decke war an der Position von „Eismitte“ unmöglich geworden, weil die Station nicht genügend Sprengstoff hatte, um das akustisch-seismographische Messverfahren an dem ca. 2000 Meter starken Eisschild auszuführen. Dagegen führten die paläoklimatischen Interessen Alfred Wegeners auf Station „Eismitte“ zu einem methodisch innovativen Ansatz in der Klimaforschung. Ernst Sorge hatte monatelang in einer immer tiefer gegrabenen Grube von am Ende 16 Metern Tiefe schichtweise den Schnee- und Eisbelag auf Temperatur und Eigenschaften des Firns gemessen. Deutlich ließ sich die Jahresschichtung von niedergegangenen Schneefällen erkennen. Man hatte ein gefrorenes Klima-Archiv gefunden, das in viele vorhergegangene Jahrhunderte zurückreichte.<sup>1044</sup> Dieser wissenschaftliche Erfolg der Wegener-Expedition einerseits und ihr tragisches Ende andererseits verhalfen dem Forschungsunternehmen insgesamt eine gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit. Die „Berliner Illustrierte Zeitung“ veröffentlichte am 25. Oktober 1931 einen ausführlichen

---

1042 Um den schweren Vorwürfen zu begegnen, die innerhalb der Expedition erhoben wurden, gab die Witwe Alfred Wegeners, Else Wegener, sehr bald nach dem tragischen Ende der Grönlandexpedition einen Erinnerungsband mit Bildern und Berichten der Expeditionsteilnehmer heraus, vgl. Wegener, Else (Hrsg.): Alfred Wegener: Mit Motorboot und Schlitten in Grönland, Bielefeld 1930.

1043 Friedrich Schmidt-Ott hatte sich 1925 ebenso um die Witwe des auf der „Meteor“-Expedition verstorbenen Ozeanographen Alfred Merz gesorgt. Nahezu einen Totalverlust einer Expedition hatte Friedrich Schmidt-Ott bereits auf der Vorexpedition zur „Deutschen Arktischen Expedition“ von 1912/13 erleben müssen. Das in Kiel neu erbaute Polarforschungsschiff, der Eissegler „Herzog Ernst“, war unter der Leitung von Leutnant Schröder-Stranz bei Spitzbergen unerwartet in Packeis geraten, festgekommen und zerborsten. Von zehn Wissenschaftlern kamen acht im Eiswasser durch Erfrierungen zu Tode, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott B XXIX Nr. 1.

1044 Dieses Messverfahren wurde später in Grönland mit Tiefenbohrungen fortgeführt. Bohrkerne, die durch die gesamte Eisschicht von bis zu 2000 Metern zum Felsgrund reichen, erlauben heute Untersuchungen an Firnschichten, die bis zu 500.000 Jahre alt sind. In den Eisproben lassen sich entsprechend alte, konservierte Luft- und Pollenpartikel nachweisen. Diese Messtechnik zur Paläoklimatologie ist heute eine Grundlage für die Modellierung des erdgeschichtlichen Klimawandels.

Bildbericht von Ernst Sorge. Das Photomaterial war einem Film entnommen, den Ernst Sorge mit der Handkamera in „Eismitte“ gedreht hatte. Erst 1939 sollte das Filmmaterial allerdings zu einem Kinofilm produziert werden. In der nationalsozialistischen Diktatur instrumentalisierte man die Tragödie in „Eismitte“ für die Ideologie eines ‚Kameradschaftstods‘ Alfred Wegeners.<sup>1045</sup> Der wissenschaftsorganisatorische Beitrag der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft blieb in der Filmfassung von 1939 ausgeblendet, bis auf eine Bemerkung im Abspann.<sup>1046</sup>

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft veranstaltete am 9. Januar 1932 im Plenarsaal des ehemaligen Preußischen Herrenhauses gemeinsam mit der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin eine offizielle Begrüßung der überlebenden und heimgekehrten Grönlandfahrer.<sup>1047</sup> Admiral Paul Behncke, der Vorsitzende der Gesellschaft für Erdkunde, leitete den Abend, E. Kohlschütter sprach zum Gedächtnis Alfred Wegeners, sein Bruder Kurt Wegener erläuterte mit Lichtbildern die wissenschaftlichen Arbeiten und Ergebnisse der Expedition. Als Schlussredner trat Friedrich Schmidt-Ott im Namen der Notgemeinschaft auf.<sup>1048</sup> Während einer Sitzung der Österreichisch-Deutschen Wissenschaftshilfe am 28. Mai 1932 im Physikalischen Institut von Graz übergab Friedrich Schmidt-Ott eine Büste zum Angedenken an Alfred Wegeners an dessen Witwe Else Wegener und ihre Töchter.<sup>1049</sup> Johannes Georgi fertigte 1933 in Hamburg als Forschungsstipendiat der Notgemeinschaft die „Reinzeichnungen“ für die „Grönland-Expedition“ an. Auch in der nationalsozialistischen Diktatur ab Juni 1934 genehmigte Johannes Stark als Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft die weitere Auswertung der Alfred-Wegener-Expedition.<sup>1050</sup> Kurt Wegener, der selbst Meteorologe und Geodät war, beschäftigte sich weiter mit den Methoden zur Bestimmung der Eisdecke und bemühte sich auch um den Erhalt der Filmaufnahmen

---

1045 „Deutsche Grönland-Expedition von Alfred Wegener 1930/31“, produziert im Jahr 1939, vgl. Findbuch des Bundesarchivs / Filmarchiv Nr. 8 : Filme 1895-1950 „Wochenschauen und Dokumentarfilme“, Film Nr. 1026.

1046 Sorge, Ernst: Deutsche Grönland-Expedition Alfred Wegener, Kohlhammer 1939

1047 Einladungskarte BAK N 1106 (August W. Fehling) Nr. 4.

1048 Einladungskarte, MPG Archiv I. Abt. Rep. 1 A Nr. 925.

1049 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 289f.

1050 Bewilligungsakte Johannes Georgi, 1933, BAK R 73 Nr. 11201.

von Johannes Georgi.<sup>1051</sup> 1935 erschien unter seiner Herausgeberschaft der Abschlussband der Expeditionsergebnisse.<sup>1052</sup>

Der Gedanke der „Deutschen Grönland Expedition (Alfred Wegener)“, eine feste meteorologische Station in einer arktischen Region anzulegen, um die Wetterverhältnisse während des gesamten Jahres zu registrieren, sollte in den folgenden Jahren verwirklicht werden, jedoch mithilfe einer neuen Technologie. Unbemannte, automatisierte Funkstationen, die die Ergebnisse ihrer Messgeräte per Radiotelegramm an eine zentrale Datensammelstelle lieferten, wurden Anfang der 1930er Jahre von Norwegen auf Spitzbergen aufgestellt sowie auf Bear Island, Jan Mayen und der Nordostküste von Grönland. Norwegen konnte damit für sein regionales Wetter eine zuverlässige Vorhersage treffen und insbesondere Sturmwarnungen an die Fischer weitergeben. Ein Netz zur funkgestützten Übermittlung von Wetterdaten für die Vorhersage und den transatlantischen Flugverkehr wurde noch vor dem Zweiten Weltkrieg installiert.

---

1051 Einleitungsworte Friedrich Schmidt-Ott für Kurt Wegener, Tageskalender, 27. September 1932. Tageskalender, 12. Oktober 1933.

1052 Wegener, Kurt (Hrsg.): Deutsche Grönland-Expedition Alfred Wegener. Wissenschaftliche Ergebnisse. Band 3: Glaziologie, Leipzig: Brockhaus 1935.

## **Schluss**

### **Vom Provisorium zur Institution**

Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wurde 1920 als eine neue Organisation der Wissenschaften im Deutschen Reich geschaffen. Politik, Wirtschaft und die Gelehrtenschaft selbst reagierten dabei auf die veränderten Bedingungen, mit denen sich die wissenschaftliche Forschung seit dem Ausgang des Ersten Weltkriegs konfrontiert sah. Der Name der Neugründung („Notgemeinschaft“) spiegelte die materielle und soziale Not der Inflationszeit, in der sich die Gelehrtenschaft wiederfinden musste. Daher stehen am Beginn der Fördermaßnahmen der Notgemeinschaft einerseits die Bedürfnisse der naturwissenschaftlichen Institute nach Materialien und andererseits die Bedürfnisse der Staatsbibliotheken nach Zuschüssen für die in- und ausländische Zeitschriftenversorgung. Nach den Inflationsjahren bildete sich im Frühjahr 1924 durch die neuen Forschungsstipendien eine wichtige Voraussetzung für eine konstruktive und langfristig angelegte Forschungsförderung. Anstelle der bisherigen Beihilfen der Notgemeinschaft, die als Unterstützung für einzelne Gelehrte jeweils auf wenige Monate bewilligt worden waren und finanziell weder einheitlich noch wirklich auskömmlich sein konnten, traten nun gut dotierte Jahresstipendien. Sie waren an eine „bestimmte Forschungsaufgabe“ (Rudolf Schenck) gebunden und wurden von einem Sachverständigenbeirat begutachtet. Damit begann die Projektförderung. Diese neue, forschungspolitische Praxis stabilisierte sich allmählich, wodurch sich – zeitgleich und ungeplant – aus einem Entscheidungs- und Verteilungsmechanismus, den fachbezogenen Peer-Review-Gremien, der Apparat einer Forschungsförderungsorganisation entwickelte. Das Selbstverständnis der Notgemeinschaft, eine Art Dachverband aller Wissenschaftsorganisationen im Deutschen Reich darzustellen, ging Hand in Hand mit ihrer weitreichenden Netzwerkstruktur. Etablierte Wissenschaftsorganisationen hatten die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1920 begründet, an erster Stelle die Preußische Akademie der Wissenschaften, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sowie alle Hochschulen. Die mit der Notgemeinschaft verbundenen Personen standen mit nahezu allen anderen maßgeblichen wissenschaftspolitischen Entscheidungsträgern des Deutschen Reichs in engem Kontakt. Schließlich integrierte die Notgemeinschaft die angesehensten

Gelehrten fast aller akademischen Fächer in ihr Peer-Review-Netzwerk. Dies ermöglichte der Notgemeinschaft auch, im Laufe der Weimarer Republik ihren ursprünglichen Auftrag zu verändern. Aus einem wissenschaftsorganisatorischen Dachverband, der sich vor allem als parlamentarische Lobby hätte verhalten sollen, um Subventionen, Spenden aus dem Ausland und mäzenatisches Kapital zentral einzuwerben, entstand eine fast ausschließlich staatlich finanzierte, neue wissenschaftspolitische Dauereinrichtung zur Projektforschungsförderung. Mit ihr institutionalisierte sich der befristete Arbeitsplatz des Nachwuchswissenschaftlers, der an ein Projekt gebunden blieb, im Unterschied zu den unbefristet beschäftigten, regulären Dozenten der Universitäten bzw. den planstellengebundenen Wissenschaftlern außeruniversitärer Forschungsstätten. Der Notgemeinschaft stand nur ein begrenztes forschungspolitisches Instrumentarium zur Verfügung. Ihre Möglichkeiten bestanden darin, „Beihilfen“ leisten zu können, im Unterschied zu den forschungsfördernden Instrumenten, die ein Kultusministerium anwenden konnte, nämlich ganze Institute zu gründen, Kommissionen zu lenken sowie Lehrstühle zu besetzen. Ihre ausschließliche organisatorische Zuständigkeit für die Bewirtschaftung von Projektforschungen trug allerdings zur Konsolidierung der Notgemeinschaft bei. Es wäre unangemessen, von ihr schon 1920/21 als einer festgefügt Institution zu sprechen. Der 1920 gegründeten Notgemeinschaft drohte 1924, nach der Währungsstabilisierung, sogar die Abschaffung. Eine Stabilisierung der Notgemeinschaft ist erst zwischen 1926 und 1930 zu beobachten. Die ersten neun Jahre hatte die Notgemeinschaft alljährlich im Frühjahr im Reichstag während der Haushaltsberatungen für ihre weitere finanzielle Unterstützung zu kämpfen. Erst im Jahre 1929 gelang die buchhalterische Umgruppierung des Budgetpostens der Notgemeinschaft weg von den „einmaligen Ausgaben“ zur Rubrik „dauerhafte Ausgaben“ im ordentlichen Reichshaushalt. Gleichzeitig erfolgte erst jetzt die Namensänderung zu „Deutsche Forschungsgemeinschaft“.

### **Wissenschaftspolitische Schwerpunktsetzungen – strategisch geplant?**

In der Entwicklung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft von einem Provisorium der wissenschaftlichen Nothilfe zu einer anerkannten Koordinationsstelle für Projektforschungen spielte die Einführung von Verbundforschungen zwischen

mehreren Wissenschaftsinstitutionen, d.h. das Förderinstrument der sog. „Gemeinschaftsarbeiten“, eine entscheidende Rolle. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft war 1920 zunächst mit der Aufgabe gegründet worden, die akute Unterfinanzierung des deutschen Innovationssystems nach dem Ersten Weltkrieg zu lindern. Den Schwerpunkt ihrer Unterstützung legte die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft dabei während der ersten Jahre ihres Bestehens auf die kommunikative Infrastruktur des Wissenschaftsbetriebs (Zeitschriften, Druckwerke). Tatsächlich trat in den ersten Jahren ein Übergewicht in der Förderung der Geisteswissenschaften ein. Zudem hatte die Notgemeinschaft in den ersten Jahren, insbesondere aufgrund der Hyperinflation von 1923, große Schwierigkeiten zu überwinden und schien ihre anfangs gesteckten Ziele immer weniger erreichen zu können. Unter dem Druck der finanziellen Engpässe wurde die Notgemeinschaft fast abgeschafft. Die Empfehlung der Regierung unter Reichskanzler Hans Luther einerseits sowie die transatlantische Kommunikation über andere, stärker initiierte, *top-down*-orientierte Organisationsformen der Wissenschaftsförderung andererseits regten das Präsidium der Notgemeinschaft dazu an, einen forschungspolitischen Umbau einzuleiten. Nach dem Modell der militärisch-wissenschaftlichen Kooperation in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für Kriegstechnische Wissenschaften während des Ersten Weltkrieges sowie unter dem Eindruck einer gelingenden interdisziplinären, kulturpolitisch nationalbewusst motivierten Meeresexpedition des Marineschiffes „Meteor“ entwickelte die Notgemeinschaft neue Initiative in der Wissenschaftsförderung. Sie führte mit ihren „Großen Forschungsaufgaben im Bereich der nationalen Wirtschaft, der Volksgesundheit und des Volkswohls“ jene neuartigen Förderprogramme ein, die sie dann „Gemeinschaftsarbeiten“ nannte. Diese akzentuierten im Unterschied zur fachlichen Gewichtung während der ersten Jahre die Förderung der Natur- und Technikwissenschaften. Die „Gemeinschaftsarbeiten“ bildeten das forschungspolitische Kernstück der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und ermächtigten sie zur Koordination von nationalen Forschungsprogrammen in der Weimarer Republik. Die zentrale Einrichtung von Forschungsprogrammen im Deutschen Reich erfolgte zeitlich verzögert im Vergleich zu den Forschungssystemen in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, wo eine forschungspolitische Zentralisierung bereits während des Ersten Weltkrieges

eingesetzt hatte. Die Schwerpunktkommissionen der Notgemeinschaft wurden strukturell ähnlich den Kommissionen gebildet, wie sie der amerikanische National Research Council in den Vereinigten Staaten seit 1918 für sog. *co-operative research tasks* aufstellte. Im Deutschen Reich konnte die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft erst nach dem Ende der Inflation ein Sonderbudget aus dem Reichshaushalt als zusätzliche Ressource für die neuen „Gemeinschaftsarbeiten“ in das nationale Innovationssystem einspeisen. In speziell gebildeten Ausschüssen und Kommissionen koordinierte die Notgemeinschaft, welche Themen und welche Forscher aus dem Sonderbudget für „Große Aufgaben“ bzw. „Gemeinschaftsarbeiten“ finanziert wurden. Die vorliegende Arbeit hat untersucht, wie dieses Förderinstrument der „Gemeinschaftsarbeiten“ in der Notgemeinschaft während der Weimarer Republik entstanden war. Weiterhin hat die vorliegende Arbeit an verschiedenen Beispielen gezeigt, welche wissenschaftlichen Problemstellungen die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft für die „Gemeinschaftsarbeiten“ ausgesucht hat. Dabei verfolgte die Arbeit die Leitfrage, ob die „Gemeinschaftsarbeiten“ als strategische, forschungspolitische Prioritätensetzungen zu deuten wären. Veranlasst wurde diese Leitfrage nicht allein aufgrund des Forschungsstandes zur Geschichte der Notgemeinschaft, sondern auch aufgrund der Sache selbst: die „Großen Forschungsaufgaben“ sollten als Gemeinschaftsarbeiten ja auf lange Sicht zu technischen Innovationen, zu ökonomischer Wohlfahrt und zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge in der deutschen Gesellschaft führen. Aus der vorliegenden, historischen Genese der Gemeinschaftsarbeiten ist zu resümieren, dass sich in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft offenbar keine Praxis der Forschungsplanung entwickelte. Stattdessen sammelten sich innerhalb des wissenschaftspolitischen Netzwerks diverse Projekte unterschiedlicher Dimension, die von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft aufgegriffen, koordiniert und neben den regulären Fachförderungen finanziert wurden. Aus den vorliegenden Quellen lässt sich nicht entnehmen, dass die Notgemeinschaft dabei aus einer Vielzahl von beantragten Forschungsaufgaben ausgewählt hätte, um einem bestimmten Projekt den Vorzug zu geben. Insofern ist nicht von einer Priorisierung bestimmter Forschungsthemen gegenüber anderen, als weniger wichtig eingestuften Forschungsthemen zu sprechen. Man kann auch nicht erkennen, dass die

Notgemeinschaft ein langfristiges, strategisches Förderkonzept entwickelt hätte, um das nationale Innovationssystem im Deutschen Reich in der internationalen Konkurrenz zu stärken. Gewiss kennzeichnet der wissenschaftspolitische Handlungsdruck, die „Aufteilung knapper Mittel auf konkurrierende Zwecke“<sup>1053</sup> innerhalb eines nationalen Innovationssystems auszuhandeln, erst eine spätere Phase nationaler Innovationssysteme in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Offenbar hat es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zumindest in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft während der Weimarer Zeit, noch kein Bewusstsein davon gegeben, bei Förderentscheidungen unter verschiedenen Zielen auswählen zu müssen. Die Unterstellung freilich, die Etatsteigerung der Notgemeinschaft durch den „Sonderfonds“ für die „Gemeinschaftsarbeiten“ zeige bloß den finanziellen Erfolg geschickter forschungspolitischer Rhetorik, griffe in der Sache zu kurz. Zwar präsentierten bereits die Zeitgenossen der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, z.B. der Referent für die Geisteswissenschaften und Historiker Karl Griewank, die „Gemeinschaftsarbeiten“ als strategische Fördermaßnahmen:

„Es wurden für lebenswichtige Forschungsprobleme Forschergemeinschaften gebildet, die den ersten Ansatz planmäßigen Einsatzes der wissenschaftlichen Forschung für solche Aufgaben darstellten.“<sup>1054</sup>

Gleichwohl ist festzuhalten, dass die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft keine strategische Wissenschaftsförderung entwickelte, sehr wohl aber strukturelle Prioritäten in ihrer Förderung setzte. Mithin wäre die Koordination der „Gemeinschaftsarbeiten“ durch die Notgemeinschaft als eine frühe Form der Forschungsprospektion zu begreifen. Wie Wolfgang Treue einmal argumentiert hat, sind die Möglichkeiten „geplanter Förderung, aufgebaut auf Beobachtung und Analyse der Forschungslandschaft“ bereits in der Koordination der „Gemeinschaftsarbeiten“ der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft während der Zwischenkriegszeit erkundet worden:

„Damit hatte man damals den großen Schritt vom bloßen Reagieren zur Entwicklung eigener Initiativen, letztlich also zur Planung getan. Konnten es auch nur allererste, nur sehr kleine Maßnahmen sein, so setzten sie doch

---

1053 Hans Lenz, Ansprache, in: Zottmann, Anton (Hrsg.): Fünfzig Jahre Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Reden und Ansprachen anlässlich des Festakts am 18. Februar 1964 im Stadttheater Kiel, Kiel 1964, S. 23.

1054 Griewank, Karl: Denkschrift "Ziele deutscher Forschungsarbeit" (1930), GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott Nr. 3.

voraus, dass ein Überblick über den Gesamtbereich der Grundlagenforschung gewonnen, dass Prioritäten gesetzt und finanzielle und zeitliche Größenordnungen bestimmt wurden. Damals hatte die Ungunst der Verhältnisse das Begonnene, die Unternehmen der "Gemeinschaftsforschung" schnell wieder zum Abbruch gebracht - die wenigen Erfahrungen ließen aber bereits erkennen, dass man auf dem richtigen Wege war."<sup>1055</sup>

Man wird in der Summe festhalten können, dass die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zwar forschungspolitische Schwerpunkte setzte, aber noch keine strategische Wissenschaftsförderung entfaltete. Die Schwerpunktsetzung bildete eine Voraussetzung dafür, dass sich die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft unter den spezifischen Belastungen der Zwischenkriegszeit zur Deutschen Forschungsgemeinschaft stabilisieren konnte.

Aufgrund der Anwendungsorientierung der „Gemeinschaftsarbeiten“ stellt sich die weiterführende Frage, ob aus den Forschungsprogrammen tatsächlich ein wirtschaftlicher Nutzen erwachsen war. Was resultierte aus den Arbeiten in den Gebieten Metallforschung, Geophysik, Wärmekraftmaschinen, Strömungsforschung, Ernährungsphysiologie, Arbeitsphysiologie, Krankheitsforschung und Entomologie? Sind in diesen Programmen exzellente Arbeiten vorangetrieben worden? Wissenschaftspolitisch interessant erscheint dabei, dass sich in der Forschungsförderungspraxis der Notgemeinschaft insbesondere bei der Administration dieser „Gemeinschaftsarbeiten“ das forschungspolitische Konzept der „Grundlagenforschung“ herausbildete. Die in der deutschsprachigen Wissenschaftspolitik und der Deutschen Forschungsgemeinschaft bis in die Gegenwart hinein vielgebräuchliche Vokabel bezeichnet den Bereich des *use-inspired research* (Donald E. Stokes). Weiterführende historische Untersuchungen müssten die sprachliche Genese dieses Konzepts in der spannungsvollen Verhandlungssituation über die Finanzierung von natur- und technikwissenschaftlichen Gemeinschaftsarbeiten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft während der 1920er und 1930er Jahre verfolgen.

---

1055 Wolfgang Treue: Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, in: Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung im 19. und 20. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, hg. v. Rüdiger vom Bruch / Rainer A. Müller, (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 88), Stuttgart 1990, S.139-152, hier S. 140f.

## Entscheidungswege im wissenschaftspolitischen Netzwerk

Der organisatorische Aufbau der Notgemeinschaft und ihre forschungspolitischen Entscheidungen gehen 1921/22 im wesentlichen zurück auf die wissenschaftsorganisatorischen Praktiken in der Wissenschaftsverwaltung des Preußischen Kultusministeriums in den Dekaden vor dem Ersten Weltkrieg. Die preußische Tradition einer exzellenzorientierten Wissenschaftsförderung setzte sich in der Notgemeinschaft fort und machte es ihr zur Regel, ihre Mittel auf die kreativen Köpfe zu konzentrieren. Durch das Netzwerk des Peer-Review, in dem angesehenere akademische Fachvertreter wirkten, kanalisierte die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft ihre Ressourcen zu solchen Forschungsstätten, die eine qualitativ gute Arbeit versprachen. Die wissenschaftspolitische Überzeugung, Wissenschaft schreite letztlich durch die „geniale Tat des Einzelnen“<sup>1056</sup> fort, ließ sich auch mit der neuen Förderpraxis der „Gemeinschaftsarbeiten“ vereinbaren, da Koryphäen die arbeitsteilig ineinandergreifenden Forschungsarbeiten durch Forschungspläne koordinierten und autorisierten. Zu diesen Unternehmungen wurden im Laufe der Jahre auch Ausgrabungen und Expeditionen hinzugezählt, sodass sich der Begriff „Gemeinschaftsarbeiten“ allgemein auf arbeitsteilige Forschungsvorhaben bezog („Meteor“-Expedition, Rassenforschung, „Pamir“-Expedition).

Die wissenschaftspolitischen Entscheidungswege in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft verliefen in einem Netzwerk vielfältiger Abhängigkeiten, in denen dem Präsidenten Friedrich Schmidt-Ott aus systembedingten Gründen keine autokratische Stellung zukommen konnte. Schmidt-Ott war kein Autokrat, sondern nutzte seine Ratgeber. Wissenschaftsorganisatorisch bereitete die Notgemeinschaft die „Gemeinschaftsarbeiten“ vor, indem sie die materiellen und kognitiven Ressourcen dafür in ihrer Netzwerkstruktur koordinierte. Bei der Vermittlungsarbeit half die Geschäftsstelle der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft im Berliner Stadtschloss mit etwa einem Dutzend Mitarbeitern. Von wissenschaftspolitisch weittragender Bedeutung ist die Frage, wie die Koordination der „Gemeinschaftsarbeiten“ jeweils tatsächlich verlief. Die vorliegende Arbeit hat gezeigt,

---

1056 Schmidt-Ott, Friedrich: Achter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1928 bis zum 31. März 1929, Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1929, S. 6.

dass die Themen für „Gemeinschaftsarbeiten“ nicht aufgrund eines technokratischen Erlasses zustandekamen. Stattdessen beruhte die Themenfindung auf einer Mobilisierung vorhandener wissenschaftlicher Ressourcen bei den Netzwerkpartnern, d.h. der Forschungsinstitute und ihren führenden Wissenschaftlern. Die relative Autonomie dieser Netzwerkpartner war regelmäßig so hoch, dass kein Forschungsprogramm durch einen zentralen Entscheider bzw. das Präsidium der Notgemeinschaft autokratisch hätte bestimmt werden können. Man kann in der vorliegenden Arbeit vielleicht eine erneute Bestätigung dafür sehen, dass die Kontrollchancen für die Produktion neuen Wissens sogar generell begrenzt sind. Grundsätzlich ist dabei in Rechnung zu stellen, dass wissenschaftliche Forschung aufgrund ihres Spezialisierungstrends ein desintegrierendes Moment enthält. So resümierte Friedrich Schmidt-Ott 1936 auf einer Sitzung zur Organisation der mineralogischen Forschung nüchtern die geringe Stabilität der Gemeinschaftsarbeiten. Der Protokollant der Sitzung hielt fest:

"Nach seiner [Schmidt-Otts, J.K.] Erfahrung sind alle Gemeinschaftsarbeiten mehr oder weniger dazu verurteilt, nach einiger Zeit wieder Einzelarbeiten zu werden. Der Grund wird darin gesehen, dass einer der Herren sich besonders für die Aufgabe interessiert, während die anderen Mitarbeiter lediglich die Rolle eines Helfers übernehmen. Niemand aber will gern Helfer sein."<sup>1057</sup>

An einem anderen wissenschaftspolitischen Beispiel dieser Arbeit zeigt sich eine vergleichbare Schwierigkeit. Es sei an den Versuch Friedrich Schmidt-Otts erinnert, mithilfe eines 1924/25 geplanten „Deutschen Forschungsrates“ die Effektivität der wissenschaftspolitischen Koordination im Deutschen Reich zu steigern. Friedrich Schmidt-Ott erwartete bei seiner Suche nach Männern für den Forschungsrat offenbar ein hohes Beratungspotential von Seiten des Deutschen Museums für eine zentrale Koordination der Forschungspolitik im Deutschen Reich. Laut Schmidt-Otts ursprünglichem Konzept sollten „aus dem Gremium des »Deutschen Museums« und von seinen Tagungen aus“ Anregungen für Gemeinschaftsarbeiten formuliert werden, die allesamt unter einem „vaterländischen Gesichtspunkt“ stehen sollten.<sup>1058</sup> Doch das Gespräch mit Oskar von Miller war, wie gezeigt worden ist, enttäuschend verlaufen.

---

1057 Niederschrift über die Sitzung am 20. Juni 1936 in den Räumen der Deutschen Forschungsgemeinschaft über grundsätzliche Fragen der mineralogischen Forschung, BAK R 73 Nr. 14777.

1058 Briefkonzept Schmidt-Ott an v. Miller, 9. September 1924, GStA PK Rep. 92 NL Schmidt-Ott Nr. D 3.

Vielleicht hatte Friedrich Schmidt-Ott die wissenschaftspolitische Beratungskompetenz im Vorstand des Deutschen Museums überschätzt. Offenbar suchte Friedrich Schmidt-Ott für den zu gründenden Deutschen Forschungsrat 1924/1925 gezielt nach Repräsentanten, die einen Überblick über das gesamte wissenschaftstechnologische Schaffen im Deutschen Reich haben könnten. Freilich erscheint es unwahrscheinlich, dass ein komplexes nationales Innovationssystem wie das des Deutschen Reichs in den zwanziger Jahren, in dem es noch kein statistisches Berichtswesen über die wissenschaftstechnologische Leistungsfähigkeit gegeben hat, für irgendeine Person hätte transparent sein können. Es wäre auch widersinnig zu unterstellen, Friedrich Schmidt-Ott hätte mit dem Gedanken eines „Deutschen Forschungsrates“ 1924/25 eine ‚Forschung auf Kommando‘ organisieren wollen. Man findet in den Quellen keinen ‚Forschungserlass‘ oder irgendeinen Hinweis auf eine autokratische Anordnung Friedrich Schmidt-Otts in diesem Sinne. Bernhard vom Brocke hat Friedrich Schmidt-Ott einmal mit Friedrich Althoffs organisatorischer Begabung verglichen und war zu dem Schluss gekommen: „Althoff hat sich bedeutende Mitarbeiter herangezogen, aber keiner von den Rangältesten, weder Naumann noch Schmidt-Ott oder gar Elster, hatte das Ingenium des Schöpferischen“.<sup>1059</sup> Die Frage ist allerdings, ob einem anderen ‚schöpferischen Geist‘ eine völlig neuartige Strukturierungsleistung möglich gewesen wäre. Die engen Handlungsspielräume des wissenschaftspolitischen Netzwerks sprechen meines Erachtens dagegen. Freilich agierte Schmidt-Ott im Netzwerk der Notgemeinschaft mit einer gewissen Autorität. So bildeten sich die Gemeinschaftsarbeiten in der Regel aus einem fachlichen Feld heraus, deren Proponenten mit Schmidt-Ott und den Referenten der Notgemeinschaft in einem sachdienlichen, vertrauensvollen Kontakt standen. Hinzu kam in der Regel, dass die Gutachter bzw. die Vorsitzenden der Fachausschüsse zugleich eine führende Position in einer der Fachgesellschaften einnahmen. Die wissenschaftspolitische Funktion der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft / Deutsche Forschungsgemeinschaft bis 1934 in diesem Netzwerk war nicht die des Planers, sondern erfüllte die Rolle eines initiierenden Maklers. Mit dieser Formulierung wird der bisher vorherrschenden Meinung entgegengetreten, das wissenschaftspolitische Handeln des Präsidenten

---

1059 vom Brocke, Bernhard: Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882-1907. Das "System Althoff", in: Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, hrsg. v. Peter Baumgart, Stuttgart: Klett-Cotta 1980, S. 9-118, hier S. 40.

Friedrich Schmidt-Ott sei autokratisch gewesen. Die Eigenart der forschungspolitischen Entscheidungsprozesse in der frühen Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, insbesondere bei der Bildung von Schwerpunkten, wurde in der vorliegenden Arbeit stattdessen als eine interessierte Vermittlungstätigkeit, als ein Abstimmen von Forschungsplänen mit angebotenen oder verfügbaren Ressourcen bzw. ein austarierendes Kanalisieren von Ressourcen hin zu angebotenen Forschungsprojekten begriffen. Bislang war die Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft auf die Charakterzüge ihres Präsidenten zurückgeführt worden. Seine „fast diktatorische Stellung“<sup>1060</sup> wurde oft kritisiert, blieb aber außerhalb einer genaueren forschungspolitischen Analyse. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft entwickelte jedoch eine vielköpfige Netzwerkstruktur. Die Wahrnehmung kognitiver Ressourcenfelder, mit denen ökonomische Effekte oder kulturpropagandistische Erwartungen erfüllt werden sollten, erfolgte in einem Netzwerk und wurde nicht von zentraler Stelle bestimmt. Beratende und involvierte Personen waren dabei in einer gleichzeitig *bottom-up* und *top-down* verlaufenden Kommunikation eingebunden. Von Anfang an befand sich die Notgemeinschaft in einem konkurrierenden Verhältnis zu den Kultusministerien der Länder. Die Vielzahl der Netzwerkakteure mit ihren potentiell rivalisierenden Interessen erlaubte keine effektive Koordination, sodass eine autokratische Schwerpunktbildung aus strukturellen Gründen nicht möglich war. Denkbar ist, dass es die organisatorische Struktur des nationalen Innovationssystems im Deutschen Reich generell mit seinen rivalisierenden Agenturen und Akteuren nicht erlaubt, effektive Kontrollchancen für eine landesweite Profilbildung auszuüben. Alle persönlichen Kontakte Friedrich Schmidt-Otts, soweit man das sehen kann, rührten aus einer beruflichen Vertrautheit her, die in einem wissenschaftspolitischen Kontaktnetz gewachsen war, das Schmidt-Ott schon seit seiner Dienstzeit im Preußischen Kultusministerium während des Kaiserreichs gepflegt hatte. Über den Umbruch des Regimewechsels von 1918/19 hinaus findet man in der gesamten Wissenschaftslandschaft der Weimarer Republik diejenigen Gelehrten und „Mandarine“ (Fritz K. Ringer) wieder, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine maßgebliche Rolle für die Wissenschaft gespielt hatten. Eine vergleichbare personelle

---

1060 Ritter, Gerhard A.: Großforschung und Staat in Deutschland. Ein historischer Überblick, München: C. H. Beck 1992, S. 46.

Kontinuität zwischen Monarchie und Republik findet man nicht nur in der Wissenschaftsadministration, sondern auch in der staatlichen Verwaltung. Das mag mit ein Grund dafür sein, dass sich in den Ausschüssen der Notgemeinschaft keine jüngeren Fachvertreter befanden, die erst während der Weimarer Republik eine Promotion oder die Habilitation absolviert hatten. Dabei ist freilich zu bedenken, dass das Jahrzehnt zwischen 1914 und 1924 denkbar ungünstige Rahmenbedingungen geboten hat, um überhaupt eine wissenschaftliche Karriere im Deutschen Reich zu verfolgen bzw. eine solche akademische Reputation aufzubauen, wie das den Gelehrten in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg möglich gewesen war und die dadurch in maßgebliche Positionen ihres Faches aufgerückt waren.

Aufbau und Selbstverständnis der Notgemeinschaft erteilten ihr den Auftrag, für die gesamte Breite aller Wissenschaftszweige im Deutschen Reich Unterstützungen zu leisten. Die ebenfalls forschungsinteressierte Industrie verfolgte die Gründung der Notgemeinschaft mit Skepsis und scheute nicht vor einer Gegenründung zurück. Friedrich Schmidt-Ott gelang es in Verhandlungen, die in fachspezifische Interessen auseinanderstrebenden Unterstützungsgesellschaften zu vereinen. Die gefundenen Kompromisse zeigen, wie sehr auch hier die wissenschaftsorganisatorische Netzwerkstruktur hierarchische Machtunterschiede verhinderte. Die in der vorliegenden Arbeit historisch rekonstruierten, wissenschaftspolitischen Entscheidungswege der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft könnte man also wie folgt zusammenfassen: Wissenschaftspolitische Förderentscheidungen hatten meist unterschiedliche wissenschaftliche Zielvorstellungen der Beteiligten, disparat verfügbare Ressourcen und längerfristig wirkende, institutionelle Zwänge des Wissenschaftsbetriebs miteinander abzugleichen. Generell kann man vermuten, dass die Akzeptanz von wissenschaftspolitischen Förderentscheidungen umso mehr steigt, je weiter die verschiedenen strategischen Perspektiven, die verfügbaren Ressourcen und die artikulierten Interessen in Deckung gebracht werden können. Die wissenschaftspolitischen Entscheidungswege und Fördermaßnahmen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft folgten diesen Gegebenheiten einer nicht-autokratischen, verhandlungsbasierten Entscheidungssituation, wie sie für weitgespannte Netzwerkorganisationen typisch zu sein scheinen.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat sich vor einigen Jahren einer besonderen Evaluation unterzogen, die im Ergebnis die DFG ermuntert hat, eigenprofilierte Forschungsimpulse zu setzen. Die Brook-Kommission erklärte, es reiche nicht aus, dass „die DFG wartet, bis der Briefträger mit einem Forschungsantrag kommt“.<sup>1061</sup> Es gehört zu den vielleicht überraschenden Ergebnissen der vorliegenden Arbeit, dass der Ruf nach akzentuierten Initiativen bereits zu den forschungspolitischen Erfahrungen der frühen Deutschen Forschungsgemeinschaft / Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft während der Weimarer Republik gehörte.

### **Nationale Wissenschaftspolitik und internationale Politik**

Der seit dem 19. Jahrhundert im Deutschen Reich zwischen Wissenschaft und Gesellschaft gefestigte Gesellschaftsvertrag sprach der Wissenschaft den Rang eines öffentlichen Aufgabenträgers zu.<sup>1062</sup> Die Notgemeinschaft organisierte sich als privatrechtlicher Verein, dessen Mitglieder eigenständige, öffentlich-rechtliche Körperschaften waren. Auf der Grundlage ihrer privatrechtlichen Verfassung verteilte die Notgemeinschaft überwiegend öffentliche Gelder, ohne dass dies für die Zeitgenossen aus staatsrechtlicher Sicht bedenklich erschien. Sowohl unter den engagierten Wissenschaftlern wie auch unter den staatlichen Reichsbeamten, die in bildungspolitischen und wissenschaftspolitischen Fragen tätig waren, bestand Einigkeit darin, dass die deutsche Wissenschaft nach der demütigenden Niederlage von 1918 ein nationales Standbein - wenn nicht das einzig verbliebene - sei, und dass daher deutsche Wissenschaftler vornehmlich durch das Reich finanziert werden sollten. Stand ein kulturpolitisches Interesse und ein machtpolitisches Kompensationsdenken am Anfang solcher finanzieller Forderungen an das Reich, so änderte sich die Argumentation ab etwa 1925; nun traten utilitaristische Erwägungen und weltmarktbezogenes Konkurrenzdenken hinzu, ohne die kulturpolitische Argumentation völlig zu verdrängen. Viele Repräsentanten der Wissenschaft hatten vor 1914 als „Gelehrtenpolitiker“ eine politische Funktion erworben. Zwar verlor die

---

1061 Richard J. Brook, [Interview], in: „Die Zeit“, 19. August 1999, S. 28. Zu den Empfehlungen der Evaluierungskommission an die Deutsche Forschungsgemeinschaft siehe Brook, Richard / Borgman, Jan / Casper, Gerhard et al.: *Forschungsförderung in Deutschland. Bericht der internationalen Kommission zur Systemevaluation der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft*, Hannover: Volkswagen-Stiftung 1999, S. 27-35.

1062 Stokes, Donald E. / Armacost, Michael H.: *Pasteur's Quadrant: Basic Science and Technological Innovation*, Washington, D.C.: Brookings Institution 1997, S. 106.

deutsche Wissenschaft mit dem Zusammenbruch der Hohenzollern-Monarchie im November 1918 das Patronat des Kaisers. Doch gelang es den Repräsentanten der Wissenschaft, in der neuen Republik ihre politische Funktion vor allem auf dem Felde der internationalen Wissenschaftsbeziehungen zu entfalten. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft formulierte dabei keine Strategie für ihre Auslandsbeziehungen. Nach dem Rapallovertrag hat die Notgemeinschaft Forschungsmöglichkeiten auf dem Territorium der Sowjetunion ausgehandelt, und zwar in den Fächern Medizin, Geologie und Staatswissenschaft. Dabei war die Notgemeinschaft in Sowjetrußland in erster Linie bestrebt, einzelne Forschungsinteressen von deutscher Seite zu befördern. Mehrere Motivationen griffen ineinander. Erstens förderte die Notgemeinschaft solche Unternehmen, die die beanspruchte „führende Rolle“ deutscher Forschung im Ausland augenfällig machen konnten. Dabei kamen solche Unternehmungen zum Zuge, die durch frühere Auslandskontakte von Notgemeinschafts-Peers vorbereitet wurden. Die Mediziner Ludwig Aschoff und Heinrich Zeiss, der Hirnforscher Oskar Vogt, der Rußlandexperte und außenpolitische Berater Otto Hoetzsch, der Meteorologe Heinrich Ficker und der Limnologe August Thienemann führten mithilfe der Notgemeinschaft deutsche Expeditionen der Geologie sowie der Bakteriologie innerhalb der Sowjetunion durch, bemühten sich um dauerhafte Kooperationen in der Medizin und gründeten z.T. permanente deutsch-russische Institutionen. Friedrich Schmidt-Ott leitete mit Wohlwollen des Auswärtigen Amtes bi-laterale Kulturverbindungen auf Regierungsebene ein und führte Wissenschaftler aus der Sowjetunion, vor allem von der Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg, mit deutschen Gelehrten zur Ideenfindung und Absprache über gemeinsame Projekte zusammen. Das Interesse und Entgegenkommen der sowjetischen Seite schien dabei weniger getragen von dem politischen Wunsch nach „friedlicher Koexistenz“, sondern zielte auf einen Technologietransfer. Die Tradition einer deutsch-russischen, akademischen Verbundenheit seit dem 18. Jahrhundert verhinderte, dass der politische Systemkonflikt seit 1917 offen ausbrach. Die politisch konservativen Wissenschaftsvertreter, die in der Notgemeinschaft organisiert waren, klammerten in ihren überwiegend von den sozialwissenschaftlichen und historischen Fächern geprägten Beziehungen zu Sowjet-Rußland denkbare sozialistische Forschungsthemen

aus bzw. solche wurden erst gar nicht beantragt. Soweit man anhand der dargelegten Quellenlage erkennen kann, hat die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft ihre wissenschaftspolitischen Beziehungen mit der Russischen Akademie der Wissenschaften vor allem aus drei Gründen gesucht: erstens um auslandskulturpolitische Achtungserfolge zu erlangen; zweitens um bei den Vertretern in Parlament und Regierung für die zentrale Forschungsförderungsorganisation wie die Notgemeinschaft zu werben; drittens um die Forschungsinteressen ihrer Peers realisieren zu können.

Es ist auffallend, dass die Notgemeinschaft bei aller Rhetorik ihrer international ausgreifenden Wissenschaftspolitik keinen ausländischen Partner an den „Gemeinschaftsarbeiten“ beteiligte, also eine Kooperation in der konkreten Forschungsarbeit vorsah. Aus heutiger Sicht könnte man erwarten, dass eine deutsch-russische „Gemeinschaftsarbeit“ wie die der Alai-Pamir-Expedition im wörtlichen Sinne als eine bi-nationale Kooperation zu verstehen ist, also eine staatenübergreifende Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Aufgabenstellung. Wie die vorliegende Arbeit gezeigt hat, war das nicht der Fall. Die wissenschaftshistorische Forschung konstatiert für die vorangegangene Epoche, also das späte Kaiserreich, einen fortgeschrittenen Stand der internationalen wissenschaftlichen Arbeitsteilung. Diese relativ hohe internationale Verflechtung wurde während der Weimarer Republik gelockert bzw. brach in weiten Teilen ein. Obwohl nach 1919 viele wissenschaftliche Herausforderungen und Aufgabenstellungen der zwanziger Jahre nicht selten eine internationale Kooperation empfohlen hätten, blieb die Vermittlungstätigkeit der Notgemeinschaft strikt auf nationale Ressourcen begrenzt. Offenbar hat man es im Falle der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit einem Schub der Re-Nationalisierung der internationalen Wissenschaftsbeziehungen zu tun, insbesondere angesichts der vergleichsweise schmalen und ausschließlich bi-lateralen Verbindungen, die die Notgemeinschaft unterhielt. Erstaunlich erscheint heute auch, wie sehr die Politisierbarkeit wissenschaftlichen Wissens durch Gelehrte in der Weimarer Republik diskutiert worden ist, etwa in wissenschaftsphilosophischen Auseinandersetzungen über die soziologischen und politischen Voraussetzungen des wissenschaftlichen Erkennens – und wie wenig Niederschlag diese Reflexion in der praktischen Wissenschaftspolitik fand. Die Perspektivität wissenschaftlicher Erkenntnis in

soziologischen Ansätzen von Karl Mannheim und Ludwik Fleck stand gegen die Objektivität wissenschaftlicher Erkenntnis, wie sie Max Weber und Karl Popper gegen lebensweltliche Ableitungen zu verteidigen suchten. Friedrich Schmidt-Ott stand solchen Überlegungen ablehnend gegenüber, er hatte „nie geglaubt, [dass] auch wissenschaftliches Erkennen persönlich“ sein könne.<sup>1063</sup> Für ihn waren stattdessen „Kunst und Religion persönliche Wege des Erkennens“, und der Präsident der Notgemeinschaft hat diese Orientierung vor allem in der regelmäßigen religiösen Andacht, in lebensphilosophischen, erbaulichen Vorträgen von zeitgenössischen Philosophen und im interessierten Gespräch mit Gelehrten gesucht. Alle Überlegungen zur sozialen Einbettung oder den persönlichen Voraussetzungen wissenschaftlichen Denkens blieben außerhalb seiner Reflexionsbereitschaft, trotz der politischen Umbrüche von 1918 oder 1933. Für die Selbstwahrnehmung Friedrich Schmidt-Otts blieben Wissenschaft und Politik getrennte Bereiche, obwohl seine wissenschaftspolitische Vermittlungstätigkeit fortwährend die politische Relevanz und Akzeptanz wissenschaftlicher Fragestellungen berücksichtigen musste.

### **Kritischer Rückblick auf die Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft während der Weimarer Republik**

Kurt Zierold bilanzierte die Wissenschaftsförderung der Notgemeinschaft mit einer ambivalenten Metapher: „Wie es den Tropfen gibt, der ein Gefäß zum Überlaufen bringt, so gibt es auch den Tropfen, der vor dem Verschmachten bewahrt. Ihn spendete die Notgemeinschaft in Jahren des finanziellen Dürstens der deutschen Wissenschaft.“<sup>1064</sup> Zierold suggerierte damit, dass die Notgemeinschaft nur geringen gestalterischen Einfluss auf die Wissenschaftslandschaft während der Weimarer Republik gehabt habe. Demgegenüber ist festzuhalten, dass die finanziellen Mittel, die die Notgemeinschaft jährlich zur Wissenschaftsförderung einsetzen konnte, in der Höhe etwa gleichauf lagen mit dem Einsatz, den die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit staatlichen Geldern leistete. Grundsätzlich ist auch zu bedenken, welchen Einfluss eine nationale Wissenschaftsförderung – in welcher Größenordnung auch immer – überhaupt haben kann, wenn sie vor der Aufgabe steht, eine lange, fast zehnjährige

---

1063 Tageskalender 13. April 1922.

1064 Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, S. 159.

Einschnürung der wissenschaftlichen Kommunikation zwischen deutschen Wissenschaftlern und deren ausländischen Fachkollegen wettzumachen. War es der Notgemeinschaft gelungen, diese „Not“ zu beheben? Vielleicht kann man sich einer Antwort nähern, wenn man den weiteren Verbleib des geförderten Nachwuchses, dessen Pflege sich die Notgemeinschaft ja zur Aufgabe gemacht hatte, ins Auge fasst. Mit Ausnahme der *Laura Spelman Rockefeller Memorial*, die die weitere Karriere ihrer geförderten Stipendiaten aufgezeichnet hat, ist aus den Personalakten der Forschungsstipendiaten der Notgemeinschaft keine Erfolgskurve bequem abzulesen. Man findet im Bericht der Notgemeinschaft für das Jahr 1933 immerhin den Hinweis, dass mehr als 40 Forscher, die von der Notgemeinschaft in den Jahren zwischen 1920 und 1933 gefördert worden waren, inzwischen auf eine Professur berufen seien. Mehr als 120 Habilitationen seien in diesem Zeitraum von jungen Wissenschaftlern, die durch die Notgemeinschaft finanziert wurden, abgeschlossen worden.<sup>1065</sup> Um diese Angaben sachgerecht interpretieren zu können, benötigte man über die einfachen Zahlen hinaus eine fachlich differenzierte Aufstellung sowie eine zahlenmäßige Vorstellung vom Bedarf des akademischen Arbeitsmarktes. Vielleicht kann man immerhin vorsichtig sagen, dass die Förderung der Notgemeinschaft im Verlaufe der Weimarer Republik insgesamt zwei Mal mehr an Qualifizierten hervorbrachte, als die Universitäten überhaupt aufnehmen konnten. Freilich sind die öffentlich finanzierten Forschungsstätten nicht der einzige in Frage kommende Arbeitsplatz für hochqualifizierte Forscher. Gleichwohl führen schon diese Überlegungen jedenfalls zu einer deutlich anderen, weitaus positiveren Gesamtbilanz, als sie Kurt Zierold zog.

Einige große Erfolge der Notgemeinschaft finden sich auch unter den weniger öffentlichkeitswirksamen Einzelförderungen, deren wissenschaftlicher Ertrag erst auf mittel- bzw. langfristige Sicht hin erkennbar wurde. Dazu zählen z.B. die physikalischen Leistungen von Werner Heisenberg für die Quantentheorie oder von Ernst Ruska für das Elektronenmikroskop. Beide Physiker wurden während der entscheidenden Phase ihrer Arbeiten durch Stipendien der Notgemeinschaft gefördert, und zwar außerhalb großer Förderprogramme wie den „Gemeinschaftsarbeiten“. Dies entsprach der Maxime der Notgemeinschaft: In erster Linie sind es kluge Köpfe, die die Wissenschaft vorantreiben. Das zu lösende Managementproblem lautete daher, wie es die

---

1065 Zwölfter Bericht der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (1933), S. 6.

Wissenschaftspolitik schafft, diese Köpfe zu entdecken und ihnen die nötigen Ressourcen zu geben. Die wissenschaftspolitische Netzwerkstruktur der Notgemeinschaft erlaubte nicht nur die Zusammenstellung großer Expeditionen, sondern ermöglichte auch jene kaum zu koordinierenden, großen Forscherleistungen ‚im Kleinen‘. Die Kontrolle der Wissensproduktion durch die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft wird in der vorliegenden Arbeit in beiden Fällen vor allem als eine Ermöglichungstätigkeit gesehen. Man kann aber auch andersherum fragen, ob es denn im forschungspolitischen Instrumentarium für die Steuerung der Wissensproduktion in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft auch eine Stop-Taste gegeben habe? Das wäre vergleichbar mit der Möglichkeit der heutigen Max-Planck-Gesellschaft, ihre Institute auch schließen zu können bzw. Abteilungen ‚dicht‘ zu machen, wenn ein Arbeitsfeld nicht mehr als förderungswürdig durch den Wissenschaftlichen Beirat angesehen wird. Eine solche explizite Option hat es bei der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft offenbar nicht gegeben. Friedhelm Neidhardt fasste die Unabsehbarkeit und vergleichsweise geringe Kontrollierbarkeit wissenschaftlicher Forschungsergebnisse aus der Sicht der Wissenschaftspolitik einmal folgendermaßen zusammen: „Man kann am Anfang nicht wissen, ob am Ende etwas dabei herauskommt.“<sup>1066</sup> Bei der Koordination von Schwerpunktprogrammen als auch bei der Begutachtung von Einzelförderungen handelt es sich daher im Kern um ein Problem, das bis heute ungelöst erscheint. Wie erreicht man es, aus einer driftenden Grundlagenforschung, deren Ergebnisse nicht vorhergesagt oder geplant werden können, Potentiale neuer Produktlösungen zu erkennen, um in eine gezielte Anwendungsforschung übergehen zu können? Friedrich Schmidt-Ott hielt im Rückblick denjenigen wissenschaftlichen Nachwuchs, den die Expeditionen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in der Geophysik und Meteorologie schulten und anschließend in der Forschung halten konnten, für einen großen Erfolg.<sup>1067</sup> Aus heutiger Perspektive kann die „Meteor“-Expedition zur frühen Geschichte des *remote sensing* des Planeten Erde zählen, vor dem Zeitalter der satellitengestützten

---

1066 Friedhelm Neidhardt: Selbststeuerung in der Forschungsförderung. Das Gutachterwesen der DFG, Opladen 1988, S. 10.

1067 Schmidt-Ott, Friedrich: Die deutsche Wissenschaft in Not, (=Athena 8), Berlin: Minerva 1947, S. 5.

Erfassung aus dem Weltall. Ihre Ergebnisse werden immer noch benutzt.<sup>1068</sup> Die rückblickende Hochschätzung der Expeditionen und Ausgrabungen lässt vermuten, dass eine technologische Umsetzung der notgemeinschaftsfinanzierten Forschungsergebnisse in den Natur- und Technikwissenschaften während der zwanziger Jahren offenbar kaum stattfand.

Neben dem intellektuellen Glanz, den insbesondere die Berliner Wissenschaftskultur der zwanziger Jahre in der historischen Erinnerung hinterlässt, hat die neuere historische Forschung auf Fehlentwicklungen in der Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik hingewiesen. Der „Niedergang der Mandarine“ (Fritz K. Ringer) ist für die Weimarer Zeit fast sprichwörtlich geworden. Die neuere Unternehmens- und Technikgeschichte diagnostiziert, das deutsche Innovationssystem habe bereits in dieser Zeit begonnen, in eine nationale „Käfighaltung“ (Ulrich Wengenroth) zu kriechen, die zu langfristig negativen ökonomischen Konsequenzen geführt habe.<sup>1069</sup> In der Tat ist kritisch zu fragen, warum es keine enge Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft gegeben hat. Interessanterweise führen sowohl die Industrie als auch die Wissenschaft nach 1918 mit organisatorischen Eigengründungen der Wissenschaftsförderung einen verstärkten Abgrenzungskurs voneinander, obwohl ja die 1920er Jahre - gerade auch in den Vereinigten Staaten - von einem Trend der Kommerzialisierung der Wissenschaften erfasst wurden, der sich etwa in der Gründung einer Vielzahl von Industrielaboratorien niederschlägt. Aus der Sicht der Wissenschaftspolitiker der Notgemeinschaft aber hatte die Industrie traditionell nur eine Handlungsoption offen gehabt, nämlich auf dem Wege der Stiftung oder der Spende Gelder zur autonomen Verfügung der Forschung bereitzustellen. Eben das hat aber die Wirtschaft nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr getan, zumindest nicht in dem Stile, wie es das Wilhelminische Kaiserreich noch kannte. Die Folge war eine erhebliche Distanz der kaiserzeitlich geprägten Vertreter der Wissenschaftspolitik zu wissenschaftsintensiven Industriebranchen, deren privatwirtschaftlich-gewinnorientierte Logik erstens die

---

1068 Walker, J. M.: [Besprechung] *Scientific Results of the German Atlantic Expedition of the Research Vessel Meteor 1925-1927*. English Translation by N. P. Date, A. A. Balkema, Rotterdam, Volume 5 [...], in: *International Journal of Climatology* 17 (1997), Heft 4, S. 455-457.

1069 Wengenroth, Ulrich: *Die Flucht in den Käfig: Wissenschafts- und Innovationskultur in Deutschland 1900-1960*, in: vom Bruch, Rüdiger / Kaderas, Brigitte (Hrsg.): *Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2002, S. 52-59.

üblichen wissenschaftlichen Kommunikationsregeln verletzte und zweitens nur mangelnde Einsatzbereitschaft für den Wiedergewinn der „Weltgeltung der deutschen Wissenschaft“ zeigte. Die Frage, warum es dem Deutschen Reich nicht recht gelang, in der Zwischenkriegszeit seine frühere, enorme wissenschaftliche Leistungsfähigkeit zu mobilisieren, sollte jedenfalls wegen der eigentümlichen Distanzierung der Notgemeinschaft zu den privatwirtschaftlichen Teilen des nationalen Innovationssystems im Deutschen Reich nicht nur an die öffentlichen Wissenschaftsorganisationen allein gerichtet werden. Gleichwohl unterliefen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft in einer innenpolitisch bürgerkriegsnahen, außenpolitisch isolierten und wirtschaftlich-monetär zerrütteten Nachkriegsgesellschaft offenbar Fehlallokationen, die nicht zu dem langfristig gewünschten Nutzen führten. Vermutlich war die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit ihren Förderinstrumentarien wie den „Gemeinschaftsarbeiten“, die mit dem gleichen organisatorischen Rezept auf unterschiedliche Problemstellungen in verschiedenen akademischen Fächern reagierte, nicht angemessen vorbereitet für die organisatorische Lösung komplexer und arbeitsteiliger wissenschaftlicher Aufgaben in einer kompetitiven, internationalisierten und wissenschaftstechnologischen Weltwirtschaft.

## **Anhang: Friedrich Schmidt-Otts Karriere und Erfahrungen in der Preußischen Wissenschaftspolitik vor 1918**

Die Geschichte der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und ihrer wissenschaftspolitischen Entscheidungen während der Weimarer Republik ist ohne ein gewisses historisches Verständnis der Preußischen Wissenschaftsverwaltung im Wilhelminischen Kaiserreich kaum verständlich. Denn die politische Sozialisation und die berufliche Entwicklung Friedrich Schmidt-Otts bis 1918 haben nicht nur dessen wissenschaftspolitisches Wirken für die Notgemeinschaft während der Weimarer Republik maßgeblich geprägt, sondern auch ein wissenschaftspolitisches Netzwerk geschaffen, ohne dass weder die Gründung noch der Fortbestand der Notgemeinschaft möglich gewesen wäre. Friedrich Schmidt-Ott war im Dienste des Preußischen Kultusministeriums bis zum Zusammenbruch der Monarchie eine mehr als doppelt so lange Zeit gestanden als jene vierzehn Jahre, die er als Präsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft amtierte. Den Blick für diesen Zusammenhang zu eröffnen, ohne die Person in den Vordergrund zu schieben, ist der Zweck des folgenden biographischen, verwaltungsgeschichtlichen und wissenschaftshistorischen Anhangs. Eine geraffte Erzählung soll dem interessierten Leser einen Einblick in Friedrich Schmidt-Otts berufliche Erfahrungen in der Wissenschaftsverwaltung Preußens vermitteln. Dabei werden diejenigen wissenschaftsorganisatorischen Aktivitäten etwas ausführlicher geschildert, die auch in wissenschaftshistorischer Hinsicht mit der wissenschaftspolitischen Geschäftstätigkeit Friedrich Schmidt-Otts in der Notgemeinschaft in Verbindung stehen. Als biografischer Anhang, der nicht aus einem quellenkritischen Umgang mit Archivalien, sondern auf der Grundlage der zugänglichen Autobiografien und weiterer biografischer Informationen erwuchs, bleibt dieser Abschnitt der historischen Untersuchung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nur beigeordnet.<sup>1070</sup>

---

1070 Auf einen Nachweis einzelner Lebensereignisse anhand ihrer Belegstellen in der gedruckten Autobiographie wird verzichtet. Gehen die verwendeten Informationen auf andernorts gedruckte Informationen über das Leben von Friedrich Schmidt-Ott zurück, ist die Fundstelle jedoch angegeben. Der hier nicht ausgeschriebene, sondern nur in Klammern ergänzte Doppelname Schmidt(-Ott) berücksichtigt, dass die Namensänderung erst 1920 aus Anlass der Silbernen Hochzeit erfolgte und erst dann für die Mitwelt sichtbar war.

## Geburt, Herkunft und Ausbildung

Friedrich Schmidt(-Ott) wurde am 4. Juni 1860 in Potsdam geboren und evangelisch getauft. Sein Vater Albrecht Schmidt(-Ott) (1829-1911) stammte aus dem Saarland, hatte in Bonn Rechtswissenschaften studiert, war seit 1856 als Gerichtsassessor und Justitiar an der Regierung in Potsdam zuständig v.a. für Kirchen- und Schulsachen.<sup>1071</sup>

Die Mutter Emilie (1835-1913), geb. Schneider, kam aus einer wohlhabenden Siegener Handelsfamilie (Fa. Johann Philipp Schuß, gegr. 1756). Friedrich Schmidt(-Ott) war das zweite, mittlere Kind zwischen zwei Schwestern. Der Vater wechselte 1863 als Konsistorialrat und juristisches Mitglied des Konsistoriums der Provinz Brandenburg nach Berlin, wo er die Regelung der Vermögensverhältnisse der Kirche und die Dienstaufsicht über die kirchlichen Beamten innehatte. Die Kinder erfuhren eine rege geistige und musische Erziehung im Elternhaus.

Nach den Kindheitsjahren besuchte Friedrich Schmidt(-Ott) zunächst das Wilhelms-Gymnasium in Berlin. Dann schickte man ihn 1873, als der Vater für allerdings nur kurze Zeit nach Kassel zur Einrichtung eines Gesamtkonsistoriums berufen worden war, an das dortige Lyceum Fridericianum. Als die Familie schon bald wieder nach Berlin zurückkehrte, ließ man Sohn Friedrich gleichwohl in Kassel auf der Schule, offenbar auch in der Absicht, dem jungen Beamtensohn einen frühen Kontakt zum Kronprinzen Wilhelm zu ermöglichen, der ebenfalls das Lyceum Fridericianum frequentierte und für dessen schulische Laufbahn u.a. auch Vater Albrecht Schmidt(-Ott) Ratschläge erteilte.<sup>1072</sup> Die Lehrer des altsprachlich orientierten Kasseler Gymnasiums vermittelten eine klassische, humanistische und historische Bildung und prägten eine Aufgeschlossenheit gegenüber den romantischen Dichtern. Friedrich Schmidt(-Ott) war Klassenkamerad des Kronprinzen Wilhelm und tauschte sich mit ihm bereits auf dem Schulhof in Kassel über archäologische Fragen aus.<sup>1073</sup> Prinz Wilhelm interessierte sich für antike Skulptur, mittelalterliche Geschichte und das Geschlecht der Staufer, die ihn als Bild militärischen Heroentums anhaltend faszinieren sollten.

---

1071 Schmidt-Ott, Friedrich / Zimmermann, Walther: Von den Vorfahren. Werden und Erleben eines deutschen Bürgerhauses: Als Handschrift für die Familie gedruckt. 1937, S. 159-175.

1072 Ebd., S. 168.

1073 Cecil, Lamar: Wilhelm II. Prince and Emperor, 1859-1900, Chapel Hill: The University of North Carolina Press 1998, S. 31f. Lamar Cecil schreibt den Namen des "class mate" von Prinz Wilhelm irrtümlich „Heinrich“ anstatt „Friedrich“ Schmidt.

Friedrich schloss zu Ostern 1878 mit dem Abitur als Jahrgangsbester, *primus omnium*, ab. Der 18jährige nahm ein Studium der Jurisprudenz und der Staatswissenschaften an der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin auf. Er vertiefte sich im ersten Jahr in die römische und die deutsche Rechtsgeschichte, die er durch seinen akademischen Lehrer Heinrich Brunner vermittelt bekam. Friedrich Schmidt(-Ott) wechselte 1880/81 für zwei Semester nach Heidelberg; im fünften Semester besuchte er Vorlesungen in Leipzig, um dann wieder nach Berlin zurückzukehren, wo er 1882 das Assessor-Examen ablegte. Den für Akademiker verkürzten kaiserzeitlichen Militärdienst, das sogenannte Einjährige, leistete er ab Oktober 1882 beim Gardeschützen-Bataillon am Schlesischen Tor. Reserveübungen sollten Friedrich Schmidt(-Ott) noch regelmäßig bis 1899 nach Lübben führen, wo er den adligen Offiziersgeist eines Brandenburgischen Jägerbataillons kennenlernen, die militärische Kameradschaft sowie den Charakter der preußisch-deutschen Vaterlandsliebe schätzen lernen sollte. Friedrich Schmidt(-Ott) kann als ein typischer Vertreter der wilhelminischen Generation gelten und war dementsprechend geprägt von den Werten einer Schicht „mit einer starken kriegerischen, auf außenpolitische Verhältnisse konzentrierten Tradition“.<sup>1074</sup> Im Wintersemester 1883 kehrte der dreiundzwanzigjährige Friedrich Schmidt(-Ott) vom Militärdienst wieder zurück an die Universität und hörte für ein Semester in Göttingen Vorlesungen bei dem Zivilrechtsdogmatiker und Rechtshistoriker Rudolph von Jhering. Zugleich verfasste er eine rechtsgeschichtliche Promotion zum Thema „Die Handelsgesellschaften in den Stadtrechtsquellen des Mittelalters“, die als Preisaufgabe gestellt worden war. Noch 1883 wurde Friedrich Schmidt(-Ott) durch seinen Lehrer Heinrich Brunner in Berlin *magna cum laude* zum Dr. jur. promoviert.<sup>1075</sup>

### **Eintritt in das Preußische Kultusministerium**

An die akademische Graduierung 1883 schloss sich ein vier Jahre dauernder, juristischer Vorbereitungsdienst an. Friedrich Schmidt(-Ott) arbeitete zunächst an Berliner Gerichten, in der Staatsanwaltschaft sowie im Konsistorium, wo er seine Neigung für komplexe organisatorische Arbeiten entdeckte und sich entschied, nicht in

---

1074 Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Michael Schröter, Frankfurt/M. 1989, S. 235.

1075 Die Promotion erschien in "Gierkes Untersuchungen zur deutschen Rechtsgeschichte", Bayerische Staatsbibliothek München, Magazin J.publ.g. 857 I-15.

den staatlichen Justiz-, sondern in den Verwaltungsdienst einzutreten. 1887 legte Friedrich Schmidt(-Ott) mit der „Großen Juristischen Staatsprüfung“ das Referendar-Examen ab. Für eine kürzere Zeit arbeitete er danach im Reichsjustizamt bei der Drucklegung für den ersten Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches. Im Reichsjustizamts wäre ihm wohl eine weitere Laufbahn möglich gewesen, wenn nicht in dieser Zeit, 1888, der Ministerialdirigent Friedrich Althoff aus dem Preußischen Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten auf ihn zugekommen wäre und den Achtundzwanzigjährigen gebeten hätte, in die Unterrichtsabteilung des Kultusministeriums überzuwechseln. Es ist aus den Memoiren nicht erschießbar, warum Friedrich Althoff ausgerechnet auf Friedrich Schmidt(-Ott) zugetreten war und ihn zu seinem Hilfsarbeiter gewinnen wollte. Anzunehmen ist, dass Friedrich Althoff für seine Auswahl – ähnlich wie in akademischen Berufungsfällen – verschiedene Erkundigungen einzog. Ab 1. Oktober 1888 jedenfalls wurde Friedrich Schmidt(-Ott) bei Friedrich Althoff im Preußischen Kultusministerium mit den Geschäften der Wissenschaftsverwaltung betraut.

Friedrich Schmidt(-Ott)s Beschäftigung lag zunächst im Bibliothekswesen. Ihm oblag die Vertretung des Kultusministeriums in der Bibliothekskommission für die Reform der Bibliotheksverwaltungen in Preußen, wobei er mit dem Bibliothekar Fritz Milkau zusammenarbeitete, welcher mit der Formulierung der „Preußischen Instruktionen“ beauftragt war. Bereits in seinem ersten Jahr betreute Friedrich Schmidt(-Ott) auch eine naturwissenschaftliche Expedition, die „Plankton-Expedition der Humboldt-Stiftung“ 1889 des Physiologen Victor Hensen von der Universität Kiel.<sup>1076</sup> Das Forschungsprogramm von Victor Hensen nahm Maß an der großen Forschungsfahrt der englischen Fregatte „Challenger“ von 1878/79.<sup>1077</sup> Hatte die „Challenger“ erstmals eine beispielhafte ozeanographische Weltumsegelung vollbracht, so erstreckte sich zehn Jahre später die Forschungsfahrt des deutschen Schiffes „National“ von Kiel aus über die Shetland-Inseln bis an die Südküste Grönlands, um dann an Kanada vorbei bis zu den Bermuda-Inseln vorzustoßen. Ziel des Forschungsprogramms war es, mit speziell angefertigten Plankton-Fangnetzen die in verschiedenen Ozeanräumen vorkommenden Planktonarten zu kartieren. Das Forschungsschiff überquerte dafür

---

1076 GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott B XXIX Nr. 4 (M)

1077 Wüst, Georg: The major deep-sea expeditions and research vessels 1873-1960. A contribution to the history of oceanography, in: Progress in Oceanography 2 (1964) Heft , S. 1-52.

den Atlantik, steuerte an den Kapverden vorbei zu Westafrikas Küste, querte zurück über den Atlantik bis an die brasilianische Küste, um in einem abermaligen Queren des Atlantischen Ozeans an den Azoren vorbei zurück in den Kanal zu steuern. Diese Forschungsfahrt erweiterte die empirischen Kenntnisse der biologischen Ozeanographie, d.h. die Kenntnis von der Ernährung der Fische sowie der Fauna in tieferen Meerwasserschichten. Friedrich Schmidt(-Ott) oblag es in den Jahren vor und nach der Forschungsfahrt 1888/89, die anfallenden finanziellen und konsularischen Verwaltungsangelegenheiten für die Schiffsexpedition sowie die wissenschaftliche Publikation der Expeditionsergebnisse zu begleiten. Eine weitere Aufgabe fiel Friedrich Schmidt(-Ott) zu, als er im Auftrage von Friedrich Althoff die parlamentarischen Anhörungen zur Gesetzgebung über Tierversuche in der Biologie und Medizin zu verfolgen hatte.

Nach einem Jahr der Einarbeitung im Preußischen Kultusministerium übertrug Friedrich Althoff 1889 an Friedrich Schmidt(-Ott) die Betreuung aller höheren wissenschaftlichen Angelegenheiten außerhalb der Hochschulen. Damit waren eine Reihe von verschiedenen Aufgaben verbunden, u.a. die Planung und Finanzierung wissenschaftlicher Reisen und Expeditionen, das Publikationswesen (Zeitschriften, Reihen, Sonderveröffentlichungen), das Stipendienwesen sowie die Neuregelung von Abschlussprüfungen, insbesondere der Promotionsregelungen.<sup>1078</sup> Hinzu trat die Verwaltung der reinen Forschungsinstitute, die seit der Mitte des 19. Jahrhunderts auf dem sogenannten Telegraphenberg bei Potsdam angesiedelt worden waren.<sup>1079</sup> Dies waren im einzelnen: das Geodätische Institut unter Geheimrat Robert Helmert, der das Institut seit seiner Neuordnung unter Friedrich Althoff 1886/87 zum Zentralbüro der Internationalen Erdmessung ausbaute; das Meteorologische Institut unter der Leitung von Geheimrat Wilhelm von Bezold, der das zunächst statistische Büro zu einer Zentralstätte für Klimatologie mit einem meteorologischem und einem magnetischen Observatorium erweiterte; das Astrophysikalische Observatorium, dessen Hauptaufgabe in der Messung der Bewegung von Doppelgestirnen lag, zu deren Beobachtung auf Antrag des Astronomen Friedrich Archenhold ein Kuppelbau mit Refraktor aus dem Staatshaushalt finanziert wurde; die Biologische Anstalt auf Helgoland unter Leitung von Professor Friedrich Heincke; das Institut und das Museum

---

1078 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 23.

1079 Sachse, Arnold: Friedrich Althoff und sein Werk, Berlin: E.S.Mittler&Sohn 1928, S. 294-300.

für Meereskunde auf Helgoland unter Leitung von Ferdinand von Richthofen und Erich von Drygalski, die die Station auf Helgoland in den Jahren nach dem Ankauf der Insel 1890 zur Zentralstätte für Ozeanographie ausbauten; die Anstalt für Süßwasserbiologie in Plön von Professor Otto Zacharias, dessen Anstalt seit 1891 auf Betreiben Friedrich Althoffs und Rudolf Virchows staatliche Zuschüsse erhielt und die später in ein Kaiser-Wilhelm-Institut umgewandelt wurde.

Die vorrangige Aufgabe Friedrich Schmidt(-Ott)s als Assessor in der Unterrichtsabteilung des Preußischen Kultusministeriums waren also zunächst die Verwaltung der Bibliotheken und außeruniversitären Forschungsinstitute gewesen. Mit der Hauptaufgabe der Abteilung, der Aufsicht über den Höheren Unterricht an den Technischen Hochschulen und an den Universitäten Preußens waren drei andere Beamte betraut. Als ergänzenden Aufgabenkreis erhielt Friedrich Schmidt(-Ott) 1889 die Fürsorge für die Witwen und Waisen verstorbener Universitätsprofessoren übertragen. Auf Anordnung von Friedrich Althoff fiel außerdem in unregelmäßigen Abständen die Verfertigung von Immediatberichten an den Kaiser an, d.h. unmittelbaren Berichten für den obersten Landesherrn, Kaiser Wilhelm II. Sie hatten einerseits den Zweck, eine von der Gelehrtenschaft gewünschte Ordensverleihung („Pour le mérite“, Verdun-Preis u.a.) oder eine Nobilitierung durch den Kaiser anzuregen und zu begründen, andererseits die Kasse des Kaisers für wissenschaftliche Projekte zu interessieren. So konnte etwa der „Allerhöchste Dispositionsfond“ durch Immediatberichte Friedrich Schmidt(-Ott)s gewonnen und in Anspruch genommen werden für die besonders kostbare Anschaffung von Minnesänger-Handschriften, die Edition der Werke Martin Luthers, die Herausgabe der „Denkmäler deutscher Tonkunst“ unter Leitung von Rochus Freiherr von Liliencron, die Sammlung deutscher Volkslieder durch John Meier, die Zusammenstellung von Bestimmungen zum Naturschutz durch den Danziger Museumsdirektor Hugo Conwentz. Für andere wissenschaftliche Unternehmungen wie die Restaurierung der Saalburg oder die Limesforschung konnte Friedrich Schmidt(-Ott) ebenfalls durch Immediatberichte, d.h. durch direkten Vortrag beim Kaiser, eine wohlwollende Förderung erwirken. Friedrich Schmidt(-Ott) nahm gegenüber dem Kaiser eine loyale Haltung ein, gepaart mit einer skeptischen Distanz, vor allem in kultur- und kunstpolitischer Hinsicht, wo sich der

Kaiser – nach allgemeiner Überzeugung im Kultusministerium - mit zweifelhaften Ratgebern umgab und auf deren Wort allzu leichthörig reagierte.

Friedrich Althoff unterhielt engen, freundschaftlichen Kontakt zu Friedrich Schmidt(-Ott). Auf Verlangen von Althoff wurde es beiden zur Gewohnheit, beinahe täglich nach Dienstende gemeinsam nach Hause zu spazieren. Vom Ministeriumsgebäude Unter den Linden durch den Tiergarten ging es zu Fuß bis zum Hause Althoff im Stadtviertel Tempelhof; später, als der unverheiratete Althoff sowie die Familie Schmidt(-Ott) 1903 in den Beamtenvorort Steglitz umgezogen waren, trennten sich ihre Wege sogar erst am Bahnhof Steglitz. Der lange Weg bot beiden genügend Zeit, um sich über geschäftliche Vorgänge mündlich auszutauschen, für die tagsüber während des amtlichen Dienstverkehrs keine rechte Zeit freiblieb. Im Kollegenkreis war die Gewohnheit der allabendlichen, halb dienstlichen Spaziergänge sprichwörtlich geworden; auf das nur scheinbare Ende eines Arbeitstages spielte man im Amt parodistisch mit den Worten an: „Kollege Schmidt, jetzt gehen wir nach Hause.“<sup>1080</sup>

### **Wissenschaftspolitische Schwerpunktlegungen**

1892 sandte Friedrich Althoff seinen Mitarbeiter Friedrich Schmidt(-Ott) als Stellvertreter des Universitätskurators, der wegen Überarbeitung in die Kur gehen musste, für mehrere Monate nach Göttingen. Dort erhielt Friedrich Schmidt(-Ott) zum ersten Mal in seiner Laufbahn einen profunden Einblick in die universitären Verwaltungsvorgänge, die ihm ja aufgrund seiner Zuständigkeit für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen bislang verschlossen geblieben waren. In Göttingen bahnte er den Kontakt zu Felix Klein an, der einige Jahre später mit Friedrich Althoff und Johann Henry Böttinger die „Göttinger Vereinigung für angewandte Mathematik und Physik“ gründen sollte. Diese Schwerpunktlegung in der mathematischen und technischen Physik war eine Kooperation zwischen akademischer Wissenschaft und technischem Ingenieurwesen.<sup>1081</sup> Der Strömungsphysiker Ludwig Prandtl baute in Zusammenhang mit der „Göttinger Vereinigung“ den ersten

---

1080 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 21.

1081 Tobies, Renate: Wissenschaftliche Schwerpunktbildung: der Ausbau Göttingens zum Zentrum der Mathematik und Naturwissenschaften, in: Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter: Das 'System Althoff' in historischer Perspektive, hrsg. v. Bernhard vom Brocke, Hildesheim: Edition Bildung und Wissenschaft 1991, S. .

Windkanal und begründete die Luftfahrtforschung in Deutschland, die später mit Prandtl als Direktor in einem Kaiser-Wilhelm-Institut fest institutionalisiert wurde.

Der Göttinger Rektor Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff lud Friedrich Schmidt(-Ott) zu abendlichen Essen ein, anlässlich derer Friedrich Schmidt(-Ott) auch dem Althistoriker Theodor Mommsen persönlich begegnete. In der Mitte des 19. Jahrhunderts führte der Trend zu expansiven Datensammlungen in den kulturwissenschaftlichen Fächern zu „großen Unternehmungen“ an den Akademien, allen voran an der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Bereits der Altphilologe August Boeckh setzte mit seinem Akademievorhaben *Corpus Inscriptionum Graecarum* seit 1815 den Beginn in den Geisteswissenschaften zu solchen koordinierten Großforschungsprojekten der Berliner Akademie, die mit diesem Vorhaben ihr eigenes Forschungsprofil gegenüber der kurz zuvor reformierten Berliner Universität zu schärfen suchte. Auch bildete die bereits im frühen 19. Jahrhundert begonnene Edition der *Monumenta Germaniae Historica* einen ersten Vorläufer dieses Typs der Forschungsorganisation in der mediävistischen Quellenforschung. Doch prägend für die großen Akademieprojekte des späten 19. Jahrhunderts wurden erst diejenigen Vorhaben, die Theodor Mommsen ab 1847 für die Altertumforschung konzipierte, namentlich das 1858 in Mommsens Berliner Antrittsrede vorgestellte *Corpus Inscriptionum Latinarum*.<sup>1082</sup> Gegenüber Friedrich Schmidt(-Ott) soll Theodor Mommsen geäußert haben, dass er seine „Römische Geschichte“ deswegen nicht fortgesetzt habe, weil er eine Sammlung aller Inschriftenüberlieferungen aus der Zeit des Römischen Kaiserreichs für die notwendige Materialvoraussetzung gehalten habe.<sup>1083</sup> Das Inschriftenprojekt CIL entwickelte Modellfunktion für eine Kaskade von Editionsprojekten, die ab 1874 nach einer Verdreifachung des Budgets der Preußischen Akademie der Wissenschaften als große Unternehmungen begonnen wurden und jährlich zwischen 1.300.000.- und 1.400.000.- Reichsmark allein an staatlichen Zuweisungen verschlangen, u.a. die *Aristoteles-Edition*, das *Corpus Medicorum Graecorum*, der *Corpus vasorum antiquorum*, der *Thesaurus Linguae Latinae*, die *Inscriptiones Graecae*, das *Corpus inscriptionum Etruscarum* (herausgegeben durch

---

1082 Rebenich, Stefan: Theodor Mommsen und Adolf von Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Mit einem Anhang: Edition und Kommentierung des Briefwechsels, Berlin / New York: Walter de Gruyter 1997, S. 55-94.

1083 Schmidt-Ott, Friedrich: *Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950*, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, 38.

Carl Pauli), das *Vocabularium jurisprudentiae Romanae* (herausgegeben durch Bernhard Kübler), die Sammlung antiker Münzen in Nordgriechenland *Corpus nummorum* durch die Kommission für Numismatik (Theodor Mommsen, Friedrich Imhoof-Blumer, Behrendt Pick), der Plan für ein *Corpus papyrorum* sowie die Kirchenväterausgabe, die im wesentlichen auf einer privaten, wohldotierten Stiftung beruhte.<sup>1084</sup> In der Regel bildete sich in einer arbeitsintensiven und persönlich engen Kooperation zwischen Theodor Mommsen und zahlreichen Schülern ein wissenschaftlicher Nachwuchs in der Altertumskunde heran, der anschließend eine akademische Karriere machte, so etwa Otto Hirschfeld, Hermann Dessau, Emil Hübner, Christian Hülsen u.a. Entscheidend für die Ermöglichung der großbetrieblich organisierten und in einem asketischen, positivistischen Wissenschaftsverständnis durchgeführten Unternehmungen war ein Finanzierungsmodell, das für die laufende Arbeit auf die Erträge aus philanthropischen Stiftungen zurückgriff. Die Koordination und fallweise Finanzierung wurde Kommissionen übertragen. Der liberale Theodor Mommsen war einer der ersten rhetorisch versierten, wissenschaftspolitischen Fürsprecher bei der Indienstnahme des Staates für großwissenschaftliche Sammlungs- und Forschungsprojekte. Weitgehend durch ihn wurde in den Jahrzehnten der 1880er und 1890er Jahre das wissenschaftsorganisatorische Modell der großen Editionsunternehmungen etabliert, ihre Organisation zur Staatssache erklärt und materiell durch ein gemischtes Finanzierungsmodell aus privaten Stiftern und staatlichem Budget der Kultusministerien getragen. Friedrich Schmidt(-Ott)s erste berufliche Erfahrung mit diesem Typus der Wissenschaftsorganisation von großen Unternehmungen erfolgte an der Göttinger Königlichen Gesellschaft der Wissenschaften, wo Friedrich Schmidt(-Ott) die Herausgabe der Papsturkunden und der Septuaginta-Ausgabe begleitete.

### **Auslandsreisen und Internationale Wissenschaftspolitik**

Ende 1892 wurde Friedrich Schmidt(-Ott) als „Generalreferent des Ministeriums“ mit der Vorbereitung der Unterrichtsausstellung des Deutschen Reiches auf der Weltausstellung in Chicago 1893 betraut. Die völlig neue Aufgabenstellung, nämlich

---

1084 Rebenich, Stefan: Theodor Mommsen und Adolf von Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Mit einem Anhang: Edition und Kommentierung des Briefwechsels, Berlin / New York: Walter de Gruyter 1997, S. 57 Anm. 8.

eine visuelle Präsentation deutscher Wissenschaft für ein internationales Publikum zu kreieren, war von Theodor Lewald aus dem Reichsinnenministerium an das Preußische Kultusministerium delegiert worden. Friedrich Schmidt(-Ott) organisierte sowohl Großaufnahmen der deutschen Universitätsstädte nach dem photogrammetrischen Verfahren, lieh die anschaulichen, mathematischen Modelle Walter van Dycks aus seiner kurz zuvor gezeigten Ausstellung in der Technischen Universität München und ließ einige psychophysische Abbildungen des Leipziger Psychologen Wilhelm Wundt nach Amerika einschiffen. Außerdem wurden die wichtigsten Zeitschriften, eine Reihe von Experimentalanlagen und Messinstrumente sowie eine Bibliothek mit den Standardwerken der Natur- und Geisteswissenschaften zusammengestellt. Eine Sammlung von Porträtbildern und Autographen deutscher Forscher sollte „die Bedeutung deutscher Leistung ins Gedächtnis rufen“ helfen und „ein im ganzen eindrucksvolles Bild deutschen Geisteslebens“ bieten.<sup>1085</sup> Umfangreiche Verhandlungen waren mit zahlreichen Spenderfirmen, Unternehmen und Verlagen zu führen, da das Budget für die Unterrichtsausstellung in Chicago denkbar knapp angesetzt worden war. Seine Reise durch die Vereinigten Staaten führte Friedrich Schmidt(-Ott) dann über New York und Boston nach Chicago, in deren Verlauf er die Columbia University, Harvard und die University of Chicago besichtigte. Während der Höflichkeitsbesuche entband sich ein besonderer Kontakt zu Charles Eliot, dem Rektor der Harvard University, der seinerseits lebhaftes Interesse am deutschen Universitätsmodell und Bewunderung bezeugte. Nach der Rückkehr von seiner Reise in die USA wurde Friedrich Schmidt(-Ott) als Vierunddreißigjähriger mit seinem ersten Orden, dem „Roten Adler“ 4. Klasse, ausgezeichnet.

Friedrich Schmidt(-Ott) erhielt 1902 von Kaiser Wilhelm II. die Einladung, ihn auf eine Englandreise zu begleiten. Friedrich Schmidt(-Ott) sollte mit britischen Wissenschaftsverwaltern organisatorische Fragen zu den Cecil-Rhodes-Stipendien klären. Mit dem Kaiserlichen Kreuzschiff „Hohenzollern“ fuhr Friedrich Schmidt(-Ott) ab dem 6. November 1902 vom Kieler Hafen zwei Tage lang mit bis nach Port Victoria. Erfolgreiche Verhandlungen in Oxford und Cambridge führten zur Einrichtung einer Stipendienvergabe von jährlich fünf Cecil-Rhodes-Stipendien, die durch den Kaiser höchstpersönlich bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges an deutsche Studierende für

---

1085 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 28.

jeweils zwei Jahre verliehen werden sollten. Die Rückreise begann für Friedrich Schmidt(-Ott) ab Edinburgh am 20. November und führte an den Kai von Brunsbüttel am Abend des 21. November. Schließlich reiste Friedrich Schmidt(-Ott) noch mit in den Wägen der Kaiserlichen Bahn zurück bis zur Wildparkstation in Berlin. Obwohl diese Hin- und Herreisen nur von kurzer Dauer waren, gestaltete sich doch der Kontakt zum Kaiser recht intensiv, saß doch der Kultusbeamte Friedrich Schmidt(-Ott) bei den Mahlzeiten an Bord Seiner Majestät direkt neben dem Kaiser, wurde von der höfischen Dienerschaft mit „Herr Professor“ tituliert und erhielt ausführlich Gelegenheit, mit den unmittelbaren Ratgebern und Beamten des Kaisers nützliche Freundlichkeiten auszutauschen. Was die Bekanntschaft mit der Kaiserlichen Familie betrifft, so hatte Friedrich Schmidt(-Ott) gelegentlich amtlich mit den Söhnen des Kaisers zu tun, da die Prinzen ihre Studienpläne von Friedrich Althoff geschrieben bekamen.<sup>1086</sup>

### **Heirat, Familiengründung und privates Leben**

Während der Sommerfrische 1894, die die Familie Schmidt(-Ott) zur Feier des 65. Geburtstags des Vaters Albrecht in der Schweiz verbrachte, lernte Friedrich Schmidt(-Ott) in Zürich seine spätere Frau kennen und lieben, die Schweizerin Margaretha Louise (genannt: „Meta“) Ott-Daeniker, geb. 1869, die Tochter des Kunstmalers Gustav Heinrich Daeniker (1828-1912). Am 5. April 1895 feierte Friedrich Schmidt(-Ott) als 35-jähriger Kultusbeamter seine Hochzeit. Das Paar wurde mit einer langen, kinderreichen und tiefen Liebesehe beschenkt. Zur Silbernen Hochzeit nahm Friedrich Schmidt-Ott, nach einem Schweizer Brauch als Zeichen der Verbundenheit, den Mädchennamen seiner Frau in den Familiennamen auf.<sup>1087</sup>

Mit Ausnahme seiner Studiensemester außerhalb Berlins hatte Friedrich Schmidt(-Ott) bis zu seinem fünfunddreißigsten Lebensjahr im Elternhaus gewohnt. Von dort war er ein gastfreundliches, reges und kulturell reiches Familienleben gewohnt. Mit seiner eigenen Familiengründung setzte er diese bildungsbürgerliche Tradition fort. Das Paar

---

1086 Friedrich Schmidt-Ott: Erlebtes und Erstrebtes, S. 97.

1087 Doppelnamen in Deutschland gibt es rechtlich erst seit dem 5. April 1920, dem Tag der Silbernen Hochzeit von Friedrich und Meta Schmidt-Ott. Friedrich Schmidt(-Ott) hatte eine ministerielle Genehmigung für die Namensänderung in Berlin beantragt, vgl. Tageskalender, 19. Dezember 1919 und Schmidt-Ott, Friedrich / Zimmermann, Walther: Von den Vorfahren. Werden und Erleben eines deutschen Bürgerhauses: Als Handschrift für die Familie gedruckt. 1937, S. 177. Aufgrund dieser Namensänderung muss man, wenn man es historisch-biographisch genau nehmen will, den zweiten Namensteil in Klammern fügen, man sich auf das Leben von Friedrich Schmidt-Ott vor dem 5. April 1920 bezieht.

zog zunächst in eine Stadtwohnung am Winterfeldplatz. 1896 wurde der jungen Familie der erste Sohn, Gustav Albrecht, geboren, 1898 der zweite Sohn, Eduard. 1903, nach der Geburt der nächsten Söhne Albrecht (1899) und des früh tödlich erkrankten Otfried (1900), zogen Schmidt(-Ott)s in ein neu erbautes Haus nach Berlin-Steglitz, nahe des geplanten Botanischen Gartens, „am Fichtenberg“ in die Schillerstraße 7, wo die jüngeren Söhne Hans-Dietrich (1905) und schließlich Fritz-Ulrich (1908) zur Welt kamen. Bald siedelten sich in der Nachbarschaft auch die Familien von Carl Heinrich Becker und Hermann F. Schumacher an, deren Kinder durch ein offenes Gartentor oft zu den Nachbarn kamen und miteinander spielten.<sup>1088</sup>

Im Privaten behielt Friedrich Schmidt-Ott bis ins hohe Alter ein intensives Interesse an religiösen Fragen. Der häufige, sonntägliche Kirchgang oder, noch selbstverständlicher, die eigene Lesung und Andacht, besonders im Familienkreis, gehörten zur geübten Tradition christlicher Erziehung und Selbsterziehung. Dabei zog Friedrich Schmidt-Ott die meiste Anregung aus den Lehren und Predigten des evangelischen Theologen Friedrich Rittelmeyer (1872-1938), der in seinen Berliner Jahren von 1916 bis 1922, also in einer politisch schwierigen Umbruchzeit, „sogar zum warmen persönlichen Freund“<sup>1089</sup> von Friedrich Schmidt-Ott wurde. Friedrich Rittelmeyer vertrat „eine gegen den naturwissenschaftlichen Intellektualismus seiner Zeit gerichtete Theologie, die den Schwerpunkt auf das geistige Ich-Erlebnis und den Willen“<sup>1090</sup> legte. Von Friedrich Rittelmeyer lernte Friedrich Schmidt-Ott, wie „man durch regelmäßige meditative Pflege sein inneres Leben stärken kann.“<sup>1091</sup> Die Spannung, die sich damit andeutet zwischen Friedrich Schmidt-Otts beruflichem Umgang mit den führenden Vertretern aus Forschung und technischer Industrie einerseits, und seiner privaten Suche nach einer religiösen Bestimmung andererseits, ist von Friedrich Schmidt-Ott nicht reflektiert worden. Noch lange nachdem sich Friedrich Rittelmeyer von Rudolf Steiner

---

1088 Carl H. Becker, Staatssekretär unter Kultusminister Schmidt(-Ott) während des Ersten Weltkrieges und 1921 und 1925-1930 selbst Preußischer Kultusminister, wohnte über die Straße. Hermann Schumacher, Staatswissenschaftler und Fachgutachter der Notgemeinschaft, baute an Schmidt-Otts Grundstück nebenan. Eine der Töchter Schumachers, Elisabeth, heiratete später Werner Heisenberg.

1089 Rittelmeyer, Friedrich: Aus meinem Leben, Stuttgart: Urachhaus 1937, S. 369.

1090 Ulrich Schwab, Ulrich: Artikel „Rittelmeyer, Friedrich“, in: Biographisches Kirchenlexikon, Band VIII (1994), Sp. 407-410.

1091 Rittelmeyer, Friedrich: Aus meinem Leben, Stuttgart: Urachhaus 1937, S. 384. Der Tageskalender von Friedrich Schmidt-Ott, der ansonsten keine Ego-Botschaften in seinem „Dienst- und Arbeitskalender“ notierte, enthält fast für jeden Sonntag einen Bibelspruch oder eine Sentenz von Friedrich Rittelmeyer, mit der sich Friedrich Schmidt-Ott auseinandersetzte.

hatte anregen lassen zur Gründung der „Christengemeinschaft“ in Stuttgart 1922, hielt Friedrich Schmidt-Ott an den frühen Predigtsammlungen Rittelmeyers fest. Im Oktober 1933, im Zeichen der sog. weltanschaulichen Erneuerung durch den Nationalsozialismus, gab Friedrich Schmidt-Ott „Ausgewählte Predigten. Leben aus Gott“ von Friedrich Rittelmeyer aus dessen Nürnberger Pfarrzeit (1902-1916) in einer Wiederauflage heraus. Friedrich Schmidt-Otts Vorwort zu dieser Predigtsammlung zeigt sowohl die geistige Distanz, die der Präsident der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft nach der Machtergreifung gegenüber der nationalsozialistischen Gleichschaltung des gesellschaftlichen und kirchlichen Lebens einnahm, als auch seine diplomatische Fähigkeit, durch genau bedachte Formulierungen das Establishment nicht vor den Kopf zu stoßen:

“Friedrich Rittelmeyers Predigten aus seiner Nürnberger Amtstätigkeit (...) haben jeweils über seine Gemeinde hinaus einen weiten Kreis fühlender und denkender Christen angezogen und Vielen das Beste gegeben, was die Religion zu bieten vermag. Männer wie (Adolf v.) Harnack, (Ernst) Troeltsch, (Karl) Holl haben dies mir gegenüber ausgesprochen. Ich habe viele Predigten auch in meinem großen Familienkreise oftmals vorgelesen und daraus die Überzeugung gewonnen, dass sie von ihrer tiefen Eindringlichkeit und Wahrheit, vor allem von der Unmittelbarkeit, mit der sie die Person Christi in ihrer reinen Gottes- und Menschenliebe wie in ihrer Hoheit, Kraft und Männlichkeit erfassen, nichts eingebüßt haben. In der Hoffnung, dass sie gerade in heutiger Zeit kirchlicher Neugestaltung dem Leser den innersten Gehalt des Christentums nahebringen und ihm so als Halt und Stütze des Glaubens dienen können, habe ich den vorliegenden Neudruck veranlasst. (...) Berlin, Oktober 1933. Dr. F. Schmidt-Ott”<sup>1092</sup>

Friedrich Schmidt-Ott hat bei Friedrich Rittelmeyer auch die besondere Betonung der “Menschengemeinschaft” bzw. der Gemeinschaft der Christen erfahren können, wie sie Rittelmeyer z.B. in einer rhetorisch aufwühlenden Erlösungspredigt während der Hyperinflation zum Ausdruck brachte:

“Und wenn nun die Not größer und größer wird, wenn die Menschen "Mut durch Gemeinschaft", Mut durch tragende, haltende, stärkende Gemeinschaft gar nicht mehr werden entbehren können, wenn ein Schrei nach Menschen, nach

---

1092 Rittelmeyer, Friedrich: Ausgewählte Predigten aus der Nürnberger Zeit (dem Werk "Leben aus Gott" entnommen), Halle, Saale: Max Niemeyer 1934, Vorwort.

Menschengemeinschaft mächtiger und mächtiger aus den Seelen sich losringt: wird dann wieder in der Dunkelheit ein Leuchten sein vom kommenden Reich? Wird Christengemeinschaft zu finden sein?“<sup>1093</sup>

Die religiöse Praxis Friedrich Schmidt-Otts und seine Auseinandersetzung mit Bibelsentenzen und christlicher Auslegung, v.a. auch aus den Predigten von Friedrich Rittelmeyer, war ein Teil individueller Psychohygiene, die, ähnlich wie das familiäre Leben, nicht vor die Augen der Öffentlichkeit getragen wurde. Innere Einkehr, „Geistesruhe“ und eine fortdauernde Reflexion über die Bedeutung der christlichen Botschaft in der modernen Welt grundierten gleichsam das außerordentlich rege und anspannende Berufsleben Friedrich Schmidt-Otts in der Wissenschaftspolitik der Weimarer Massen- und Industriegesellschaft. Neben den Dienstgeschäften pflegte Friedrich Schmidt(-Ott) im Kreis seiner Familie, seiner Ehefrau und mit fünf Söhnen ein rühriges Familienleben, das sich oft mit nächstehenden Menschen zu Geselligkeiten mit Musik, Teenachmittagen oder Spaziergängen mit Freunden erweiterte. Der lebendigen und avantgardistischen Kunstszene Berlins der Roaring Twenties stand Friedrich Schmidt(-Ott) nicht nahe. Er schätzte den modernen Architekten Bruno Paul (den Lehrer Mies van der Rohes), den akademischen Maler und Direktor der Berliner Hochschule für bildende Künste, Arthur Kampf, und den Impressionisten Max Slevogt. Die zahlreichen ‚Kunstsekte‘n aber, die schriftstellerischen Neuanfänge DADA oder die Romane Alfred Döblins u.a., ebenso die kommerziellen Revuen, die für ein breites Unterhaltungspublikum nach amerikanischen Vorbildern vom New Yorker Broadway nach Berlin importiert waren, waren seine Sache nicht. Die Oper, das Theater und besonders die Berliner Philharmonie unter Wilhelm Furtwängler, ab und zu ein Filmtheater, dies blieben die frequentierten Schauplätze einer Bildungskultur, die keine bloße Unterhaltung sein wollte. Friedrich Schmidt-Ott kannte die Dichtung Johann W. Goethes und liebte die Musik von Johannes Brahms. Die steiferen gesellschaftlichen Verpflichtungen, die das wissenschaftliche und kulturelle Leben der ‚guten Gesellschaft‘ in Berlin einem Angehörigen der akademischen Bildungsschicht auferlegen konnten, bereiteten Friedrich Schmidt(-Ott) wenig Freude: „Der ganze Berliner Geheimratsbetrieb war [...] nicht mein Ideal.“<sup>1094</sup>

---

1093 Rittelmeyer, Friedrich: Die Gemeinschaft - durch Christus, in: Welterneuerung, hrsg. v. , (= Christus aller Erde, Band 1), München: Michael Verlag 1923, S. 39-49, S. 42

1094 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 42.

### **Aufstieg unter Althoff. Die Abteilung „Wissenschaft“**

Das Preußische Kultusministerium wurde in der Ära Althoff zum größten Ministerium der gesamten Preußischen Verwaltung mit vierzig Mitarbeitern allein auf der untersten Ebene der Referenten. Das stach sogar die personellen Kapazitäten des Preußischen Kriegsministeriums aus. In der Höhe seiner Ausgaben übertrumpfte das Kultusministerium in Preußen das Finanz- wie auch das Justizministerium. Die Kompetenzverteilung unterhalb des Ministerrangs war seit der Begründung des Amtes 1817 dieselbe, nämlich eine dreifache geblieben:<sup>1095</sup>

die I. Abteilung des Kultusministeriums betraf die geistlichen Angelegenheiten, mit einer Unterabteilung für den protestantischen und einer weiteren Unterabteilung für den katholischen Glaubenszweig;

die II. Abteilung den gesamten Unterricht aller Schulen, d.h. der Land-, Dorf wie Stadtschulen, aber auch den höheren Unterricht an den Hochschulen;

die III. Abteilung war zuständig für die Medizinalsachen, d.h. die Kliniken und die universitäre Ärzteausbildung.

Mit dem Eintritt Friedrich Althoffs in den Preußischen Staatsdienst 1882 wurde die zweite Abteilung („U“) in zwei Unterabteilungen aufgeteilt, in die „U II“ für das niedere Schulwesen, und in die „U I“ für die Hochschulabteilung, in die Friedrich Althoff übernommen wurde. Dies war zugleich die Abteilung „Wissenschaft“, in der Friedrich Schmidt(-Ott) als Hilfsarbeiter eintrat. Da Friedrich Schmidt(-Ott) im Laufe seiner Verwaltungskarriere stets in der Dienstabteilung Althoffs eingesetzt blieb, vollzog sich sein Aufstieg auch immer unter Althoffs Ägide. Daher ist an der allmählichen Ausweitung der wissenschaftsorganisatorischen Zuständigkeiten Althoffs zugleich der wachsende Kreis der Aufgaben ablesbar, mit denen Friedrich Schmidt(-Ott) in Berührung kam. Althoffs Aufstieg verlief formal allein innerhalb der ersten Unterrichtsabteilung („U I“), mit folgenden Beförderungsstufen: Am 29. Dezember 1896 übernahm Friedrich Althoff die kommissarische, dann ab 14. April 1897 die volle Leitung der Ersten Unterrichtsabteilung im Rang eines Ministerialdirektors. Damit hielt Althoff die Aufsicht über die Universitäten und Technischen Hochschulen in Preußen in

---

1095 Brocke, Bernhard vom: Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882-1907: das "System Althoff", in: Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, hrsg. v. Peter Baumgart, (= Preußen in der Geschichte, Band 1), Stuttgart: Klett-Cotta 1980, S. 9-118, siehe Abbildung des Organigramms.

seinen Händen. Kurz darauf, am 29. April 1897, übernahm Friedrich Althoff das Amt des Vorsitzenden im Kuratorium der Preußischen Staatsbibliothek, was Althoff zum Chef der Preußischen Bibliothekssachen machte. Schließlich übernahm Althoff ab 1. Oktober 1900 noch das Amt des Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen. Von da an, also seit der Jahrhundertwende, unterstanden dem 61jährigen die gesamte Hochschullehre und -forschung, die Bibliotheken sowie die Klinische Medizin in Preußen. Die Organisation der Schulkonferenz von 1900 trug ihm das direkte Vortragsrecht beim Kaiser ein, der ihn 1904 mit dem Titel „Exzellenz“ ehrte. Dem 66jährigen wurde ein Ehrendoktor der Harvard University zuerkannt, die höchste Auszeichnung, die die Vereinigten Staaten damals an einen Ausländer zu vergeben hatten. Der Ehrentitel „Wirklicher Geheimer Rat“ wurde ihm nach seinem Abschied aus dem Kultusministerium 1907 verliehen. Der Ministerposten war Friedrich Althoff mehrfach angetragen worden, doch schlug er das höchste Amt im Kultusministerium – vorgeblich - aus gesundheitlichen Gründen aus. In der Tat musste sich Althoff nach einer schweren Blutvergiftung 1905 in seinen letzten drei Amtsjahren immer öfter und für längere Zeit auf Kur begeben. Sein Tätigkeitsdrang ließ sich allerdings auch in den Sanatorien von Meran, Bad Kissingen oder in dem von ihm sehr geliebten Luftkurort Schierke im Harz nicht bremsen, sondern schritt in dem gewohnten „ungestümen Tempo seines amtlichen Wirkens“<sup>1096</sup> fort. Für die Jahre von 1900 bis 1907 kann man sagen, dass sich Althoffs Zuständigkeiten in der Sache bereits über alle Wissenschaftsgebiete erstreckten und er die gesamte Infrastruktur des wissenschaftlichen Lebens in Preußen – und nicht nur in Preußen – im Blick hatte.

Durch die vielfach notwendigen Abstimmungen, v.a. in finanziellen und dienstrechtlichen Fragen, aber auch in den Fragen, die die Ressortforschung der Fachministerien betraf, mussten die Althoff'schen Neuordnungen in enger Absprache mit den jeweils betroffenen Ministerien getroffen werden. In erster Linie unterhielt die Unterrichtsabteilung daher ständige Kontakte mit den Referenten der Finanzministerien im Reich und in den Ländern. Mit dem Minister für Handel und Gewerbe war über die Einrichtung von Handelshochschulen zu konsultieren. Ähnliches galt bei der Gründung von landwirtschaftlichen Hochschulen, die mit dem Ministerium für Landwirtschaft besprochen werden mussten. Das Auswärtige Amt spielte bei der

---

1096 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 99.

Organisation von Expeditionen in die Kolonien sowie bei der Lancierung von archäologischen Grabungen in Kleinasien (Türkei), sowie bei allen Planungen für eine stärkere internationale Integration der Wissenschaften eine Rolle. Die Neubegründung eines Orientalischen Seminars an der Berliner Universität 1887 stand im engen Zusammenhang mit dem Wunsch des Auswärtigen Amts, eine geeignete sprachliche und kulturgeschichtliche Ausbildung für die Anwärter des Auswärtigen Dienstes als auch für künftige Kolonialbeamten zu schaffen. Schließlich war das Parlament, d.h. vor allem die Erste Kammer, das Preußische Herrenhaus, in den Fragen des Budgetrechts sowie bei Etatdebatten zu berücksichtigen.

Als Friedrich Althoff im April 1897 die Leitung der gesamten ersten Unterrichtsabteilung übernahm, erweiterte dies auch Friedrich Schmidts Kompetenzbereich. Althoff beauftragte ihn nun nicht nur wie bisher mit der Betreuung der außeruniversitären Forschung, sondern auch mit den generellen Angelegenheiten der Universitäten sowie mit den persönlichen und wissenschaftlichen Angelegenheiten sowohl der kulturwissenschaftlich-humanistischen Fakultäten und Institute an den Universitäten als auch der Verwaltung der Universitätsbibliotheken in Preußen.<sup>1097</sup> Mit Berufungsfragen wurde Friedrich Schmidt(-Ott) zu diesem Zeitpunkt nicht betraut, hier sollte sich Friedrich Althoff das letzte Wort vorbehalten.

Anlässlich der Jahrhundertfeier für Kaiser Wilhelm I., 1897, erhielt Friedrich Schmidt-Ott den Kaiserlichen Kronenorden 3. Klasse. Als 1898 eine reichseinheitliche Regelung der staatlichen Medizinprüfungen in den einzelnen Bundesstaaten dringlich wurde, versammelten sich auf die Initiative von Friedrich Althoff 1898 in Eisenach alle Vertreter aus den Landeskultusverwaltungen, die mit Hochschulangelegenheiten befasst waren. Aus dieser Besprechung entstanden die jährlichen Hochschulkonferenzen, an denen Friedrich Schmidt(-Ott) jedes Jahr als Mitarbeiter von Friedrich Althoff teilnahm. Die Angelegenheiten auf den Hochschulkonferenzen griffen über Preußen hinaus und verliehen dem Verwaltungsbeamten eine wachsende Erfahrung in der reichsweiten Abstimmung zwischen den Landeskultusverwaltungen, wenn etwa gemeinsame Grundsätze zu finden waren für den Status der Hochschullehrer, die Abschlussprüfungen, die Promotionen, die Frage der Zulassung von Frauen zum Studium, speziell zum Medizinstudium, und allgemein bei

---

1097 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 47.

Baumaßnahmen zur Ausgestaltung der Hochschulen. Auch die Angleichung der föderalen, einzelstaatlichen Schulpolitik untereinander, die wegen den unterschiedlichen Zulassungsvoraussetzungen zum Studium reichsweit aufeinander abgestimmt werden sollten, waren Themen auf den Hochschulkonferenzen.<sup>1098</sup>

1898/99 hatte Friedrich Schmidt(-Ott) zwei weitere Expeditionen auf Forschungsschiffen zu administrieren, erstens die Tiefsee-Expedition des Zoologen Carl Chun aus Breslau auf der „Valdivia“, zweitens die Südpol-Expedition des Geographen Erich v. Drygalski. Die Tiefsee-Expedition von Chun benutzte Fangtechniken der Planktonfahrt von Victor Hensen zehn Jahre zuvor, doch war das empirische Forschungsprogramm diesmal auf die Sammlung von jeglichen Meerestieren in sehr großen Tiefen gerichtet.<sup>1099</sup> Durch Immediatvortrag vor dem Kaiser konnte Friedrich Schmidt(-Ott) die finanzielle Unterstützung des Reichs gewinnen. Da das Reich danach strebte, seine Geltung zur See auszubauen, wies Friedrich Schmidt(-Ott) rhetorisch geschickt auf die noch fehlende Kenntnis der Tiefsee des Indischen Ozeans sowie die Unkenntnis der Meere „längs unseres ostafrikanischen Colonialbesitzes“ hin.<sup>1100</sup> Die Expedition wurde entsprechend dem nationalistischen Ton der Wilhelminischen Flottenpolitik nicht mehr nach ihrem Gegenstand (Plankton etwa oder Fische), noch nach ihrem Leiter (Hensen, Chun etc.) benannt, sondern erhielt die Bezeichnung „Deutsche Tiefsee-Expedition“. Regierung und höhere Verwaltung rechneten ab den 1890er Jahren auf diesen kulturpropagandistischen Effekt großer wissenschaftlicher Unternehmungen. Als Friedrich Schmidt(-Ott) 1898 im Reichsschatzamt bei Unterstaatssekretär Aschenborn die bewilligten Gelder von 300.000 Reichsmark – der bislang höchsten Anforderung an Reichsmitteln für eine wissenschaftliche Einzelunternehmung – zeichnete, empfahl dieser dem Kultusbeamten: „Sorgen Sie dafür, dass solche für das Reich werbende Aufgaben aus dem Reichsetat nicht wieder verschwinden.“<sup>1101</sup>

---

1098 vom Brocke, Bernhard / Krüger, Peter (Hrsg.): Hochschulpolitik im Föderalismus. Die Protokolle der Hochschulkonferenzen der deutschen Bundesstaaten und Österreichs 1898 bis 1918, Berlin: Akademie-Verlag 1994.

1099 Schreiben Victor Hensen an Friedrich Schmidt, 15. November 1898, GStA PK I. HA Rep. 92 Schmidt-Ott B XXIX Nr. 4 (M).

1100 Carl Chun: Die Resultate der Tiefseeforschung und die Aufgaben einer Deutschen Tiefsee-Expedition, (=Verhandlungen der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte 1897. Allgemeine Sitzung am 24. September 1897, I. Teil), Leipzig 1897, S. 10.

1101 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 49.

Ähnlich finanzierungsbereit zeigten sich im Falle der Südpol-Expedition das Reichsamt des Innern wie auch die Nautische Abteilung des Reichsmarineamts. Entscheidend war dabei die wissenschaftspolitische Erfahrung, dass größere wissenschaftliche Projekte erst im Verbund finanzierbar wurden und erst durch die Kooperation in einem Netzwerk zum Erfolg kommen konnten.

1898 wurde Friedrich Schmidt(-Ott) durch Minister Konrad von Studt in den Rang eines Geheimen Oberregierungsrats befördert. Mehrfach beauftragte Minister von Studt ihn nun mit dem Entwurf von Festreden, die der Kultusminister oder der Kaiser bei festlichen akademischen Anlässen zu halten hatten, etwa bei der 100-Jahrfeier der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg 1899 oder der 200-Jahrfeier der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin im Jahr 1900. Zugleich übte Friedrich Schmidt(-Ott) bei Festschriften, die zu feierlichen, höfischen Anlässen in Auftrag gegeben worden waren, eine Zensur aus, die das Ansehen des Kaiserhauses zu bewahren zum Ziel hatte, so z.B. bei der Ehrengabe zum 100. Geburtstag des Kaisers Wilhelm I. 1897, bei den Festbeiträgen von Historikern zum 10-jährigen und 25-jährigen Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms II. 1892 und 1907 sowie bei der Festschrift Otto Hintzes zum 500-jährigen Hohenzollern-Jubiläum 1915.<sup>1102</sup> Repräsentative Aufgaben, die die deutsche Wissenschaft einem breiteren Publikum näherbringen sollten, wuchsen Friedrich Schmidt(-Ott) auch bei der Weltausstellung in Paris 1900 zu, diesmal in der Form einer Präsentation chemischer Präparate der Industrie. Besucher bestaunten dabei vor allem die Regale voller prächtiger Kunststofffarben. Echte Farben waren bisher nur mühsam herzustellen gewesen und ihr Erwerb hatte daher für breitere Bevölkerungsschichten außer Reichweite gelegen. Die Popularisierung und Nationalisierung der Wissenschaften im Deutschen Reich erreichten einen Höhepunkt, als im Zuge der Flotten- und Aufrüstungspolitik zur See 1899 das Berliner Institut für Meereskunde gegründet wurde, dessen angeschlossenes Museum sich in der Wilhelminischen Flottenbegeisterung zur meistbesuchten Ausstellung Berlins bis zum Ersten Weltkrieg entwickeln sollte. Das Berliner Meereskunde-Institut, die ozeanographischen Expeditionen und die ozeanographischen Anstalten auf Helgoland fielen alle in das außeruniversitäre Forschungsreferat von Friedrich Schmidt(-Ott).

---

1102 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 50.

### **Nach Althoff. Die Abteilung „Kunst und Wissenschaft“**

Es wird wohl der nähere Umgang Friedrich Schmidt(-Ott)s mit dem Kaiser auf der „Hohenzollern“ im Herbst 1902 gewesen sein, dessen sich Wilhelm II. erinnerte, als er 1903 eine überraschende Entscheidung traf. Die Pläne des Reichsinnenministeriums für eine erneute Unterrichtsausstellung des Deutschen Reichs auf der Weltausstellung in St. Louis im kommenden Jahr 1904 empörten nämlich den Kaiser so sehr - v.a. wegen der Entwürfe moderner Architektur für den Deutschen Pavillon, und noch mehr wegen der Vorschläge für die auszustellenden modernen Kunstwerke -, dass Wilhelm II. die Entlassung des bisher zuständigen Ministerialreferenten im Reichsministerium des Innern befahl und verlangte, Friedrich Schmidt(-Ott) habe künftig die Kunstsachen in die Hand zu nehmen. Als Friedrich Schmidt(-Ott) bei seinem Vorgesetzten protestierte und bescheiden einwandte: „Ich verstehe ja nichts von Kunst.“, entgegnete Althoff trocken und wenig schmeichelhaft: „Eben deswegen will Seine Majestät Sie haben.“<sup>1103</sup> Um das Wohlwollen des Kaisers für die Tätigkeiten der Preußischen Kultusverwaltung nicht zu gefährden, richtete Althoff eine dritte Unterabteilung für Kunst und Wissenschaft ein und übertrug sie Friedrich Schmidt, dessen „Doppelreferat“<sup>1104</sup> nun neben allen bisherigen Verpflichtungen für die Wissenschaftsförderung zusätzlich das künstlerische Ausstellungswesen, die Berliner Nationalgalerie sowie die Musikhochschulen mit umschloss, zwei Jahre später, 1905, auch noch die alten und neu zu begründenden Museen von Berlin, d.h. die Sammlungen des Kaiser-Friedrich-Museums, des Neuen Museums am Kupfergraben, des Kunstgewerbemuseum sowie des Pergamonmuseums.<sup>1105</sup> Durch die organisatorische Zusammenfassung war zum ersten Mal in der Organisationsgeschichte eines Kultusministeriums „eine Verbindung zwischen Wissenschaft und Kunst geschaffen“.<sup>1106</sup> Die Koordination beider Bereiche durch Friedrich Schmidt(-Ott) in einer Personalunion bedeutete diesem einen „Wendepunkt“ im Leben, da für Friedrich Schmidt(-Ott) die „gleichzeitige Wahrnehmung von Kunst

---

1103 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 58.

1104 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 98.

1105 Thomas W. Gaehtgens: Die Berliner Museumsinsel im Deutschen Kaiserreich. Zur Kulturpolitik der Museen in der wilhelminischen Epoche, München 1992, S. 93 und 121.

1106 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 58.

und Wissenschaft“ einem „inneren Bedürfnis“ entgegenkam.<sup>1107</sup> Offenbar ästhetisierte sich die Wahrnehmung von Wissenschaft als ein spezifisches Kulturgut, das sich mit der rhetorischen Formel ‚Deutsche Wissenschaft‘ für die Kulturpropaganda instrumentalisieren ließ. Dafür gewann Friedrich Schmidt(-Ott) Anerkennung, denn als der Kultusminister Konrad von Studt 1907 aus dem Amt schied, lobte er seinen Ministerialdirigenten vor allem für die „Geltendmachung deutscher Wissenschaft im Auslande“.<sup>1108</sup>

Friedrich Schmidt(-Ott) wuchs in die Betreuung der Kunstsachen hinein und er sollte im folgenden Jahrzehnt eine diplomatische, gelegentlich wohl auch entscheidende Rolle in der Vermittlung zwischen dem Kaiser, der den modernen Kunstrichtungen gegenüber abgeneigt war, und den Avantgardekünstlern spielen. Die Ankaufspolitik der Berliner Nationalgalerie, die in den Jahren 1903 bis 1914 Hauptwerke des Impressionismus und der deutschen Sezession erwarb, wäre ohne die Schmidt'sche Regelung der Vorab-Besichtigungen durch den Kaiserlichen „Civil-Cabineteschef“, dem freundlich und kooperativ gesinnten Rudolf v. Valentini, wohl kaum durchführbar gewesen. Eine besondere und lange Jahre währende Dienstaufgabe in den Kunstsachen sollte außerdem die organisatorische Durchführung der großen Museumsbauten auf der Museumsinsel werden. Friedrich Schmidt(-Ott) setzte sich 1905 für Wilhelm Bode als neuen Generaldirektor der Museen ein, der bald darauf die Pläne für die Museumsinsel, die zunächst auf kaiserlichen Wunsch mit einem Museum für die griechische Antike bebaut werden sollte, um weitere Ideen für ein neues Museum der deutschen Kunst und ein großes Museum für die archäologischen Grabungsschätze aus Assyrien und Babylonien erweiterte. Eine Denkschrift Bodes, die im Einvernehmen mit Friedrich Schmidt(-Ott) erstellt worden war, begründete im Jahr 1907 die weitreichende Neuordnung der Museumsinsel (Pergamon-Museum, Ägyptisches Museum, Vorderasiatisches Museum, Antikensammlung, Museum der Deutschen Kunst), die eine komplizierte, mit vielen finanziellen und personellen Hindernissen geradezu gepflasterte Architekturgeschichte haben sollte, und die erst 1930 bei der Eröffnung des Pergamon-Museums anlässlich der Hundertjahrfeier der Berliner Museenlandschaft zu einem ersten Abschluss kam.

---

1107 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 93.

1108 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 100.

Noch mit Hilfe des todkranken Friedrich Althoff wurde 1908 in der Senckenberg-Bibliothek in Frankfurt am Main auf Betreiben von Wilhelm Bode und Friedrich Schmidt(-Ott) der Deutsche Verein für Kunstwissenschaft begründet, der sich eine große Unternehmung zur Aufgabe machen sollte, nämlich die Monumenta artis Germaniae zusammenzutragen.

Nach der Amtszeit des Ministers Ludwig Holle, die 1908 aus gesundheitlichen Gründen zu Ende ging, trat Minister August von Trott zu Solz in das Ministeramt, das dieser bis 1917 innehatte. Friedrich Schmidt(-Ott) wurde mit den Kunstsachen auch maßgeblich involviert in die Stiftungs- und Ankaufsverhandlungen für die Villa Falconieri sowie die Villa Massimi, die beide in Vororten von Rom gelegen als Erholungsort und Atelier für deutsche Künstler eingerichtet wurden. Bei den verschiedenen Dienstgeschäften in den Kunstsachen ergaben sich gelegentliche, manchmal freundschaftliche Kontakte, etwa zu dem Architekten Bruno Paul, dem Kunstprofessor Arthur Kampf oder dem Impressionisten Max Slevogt, der 1932 ein Porträt Friedrich Schmidt-Otts malte, das zu den besten in Slevogts Alterswerks zählt.<sup>1109</sup> Die Verwaltungstätigkeit in den Kunstsachen trug Friedrich Schmidt(-Ott) einen Spitznamen ein, der unter den Mitgliedern der Kunstakademie in Düsseldorf entstand und später im Berliner Kultusministerium seine Runde machen sollte: „Kunst-Schmidt“.<sup>1110</sup> Da die Musikpflege mit in das Kunstreferat gehörte, wurde die kaiserliche Anregung zu einem Männergesangbuch durch Friedrich Schmidt(-Ott) an den Musikhistoriker, Klosterprobst und Leiter der Preußischen Musikgeschichtlichen Kommission zur Herausgabe der Denkmäler Deutscher Tonkunst, Rochus Freiherr von Liliencron weitergeleitet, der eine Volksliedkommission zusammenstellte und nach jahrelanger Sammel- und Editionstätigkeit 1906 mit Unterstützung des Preußischen Kunstreferats bei C. F. Peters in Leipzig das „Kaiserliche Volksliederbuch für Männerchor“ herausgab (das nochmals 1915 in einer umgearbeiteten und stark erweiterten Version für gemischten Chor publiziert wurde). Friedrich Schmidts besonderes Interesse an der Volksliedkultur entsprang auch dem eigenen Erleben volkstümlicher, familiärer Hausmusik im Kreis seiner Züricher Schwiegereltern.<sup>1111</sup>

---

1109 Das Original hing als Leihgabe der Nationalgalerie im Hause Schmidt-Ott, Berlin-Steglitz. Im Jahre 2005 wurde es der Geschäftsstelle der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn-Bad Godesberg übergeben.

1110 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 64.

1111 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 92.

In Rahmen seines Verantwortungsbereichs in der Verwaltung der außeruniversitären Forschung begann Friedrich Schmidt(-Ott) in dem Maße, wie Althoff ab 1906 durch längerdauernde Kuraufenthalte von Berlin ferngehalten wurde, Besprechungen in der Personal- und Berufungspolitik durchzuführen, allerdings immer in enger Absprache mit Althoff. So wurde 1905 am Preußischen Historischen Institut in Rom der Historiker Paul F. Kehr auf Initiative Friedrich Schmidts - und mit Unterstützung Althoffs - zum Kandidaten für die Direktorennachfolge durchgesetzt. Paul F. Kehr gelang es durch geschickte Verhandlungen mit der Kurie, eine große Unternehmung der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften zu initiieren, die Edition der Papsturkunden.

An die Meteorologie wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend die Forderung gestellt, genauere Wetterprognosen zu stellen. Dafür mussten gründlichere Erkenntnisse der oberen Luftschichten erarbeitet werden, wozu durch Richard Aßmann der Plan einer ständigen Wetterwarte und Beobachtungsstation lanciert wurde. Die verwaltungstechnischen Vorbereitungen der Institutsgründung fielen in Schmidt(-Ott)s Arbeitsbereich. Am 16. Oktober 1905 wurde in Lindenberg bei Beeskow ein Aeronautisches Observatorium eingeweiht, an deren Eröffnungsfeierlichkeit der Kaiser selbst teilnahm.

Im Jahrzehnt vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges begann im Preußischen Kultusministerium die Internationalisierung der Wissenschaftspolitik. Ihr administrativer Vorlauf ist in der „Zentralstelle für die Kolonien“ im Berliner Botanischen Garten zu sehen, für die Friedrich Schmidt(-Ott) ab 1891 in der Funktion eines Kommissars des Kultusministers tätig wurde, um einige Forschungsunternehmungen in den Kolonien zu betreuen, u.a. „Schweremessungen in der Kolonie Ostafrika“ sowie „Forschungen zur Lufterlektrizität.“<sup>1112</sup> Ebenso bildete das Seminar für Orientalische Sprachen in Berlin einen kolonialpolitisch motivierten Ansatzpunkt für die weitere, systematische, wissenschaftspolitische Förderung von Auslandsstudien, wie sie seit der Berufung Carl H. Beckers zum Unterstaatssekretär der Hochschulabteilung im Preußischen Kultusministerium erst während des Ersten Weltkrieges begonnen wurde. Auch der Zusammenschluss der deutschen Akademien auf Betreiben Theodor Mommsens zum Kartell der Akademien 1893 ist zunächst ein

---

1112 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 36.

innerdeutscher Verbund gewesen, der „wissenschaftliche Monstrewerke“<sup>1113</sup> wie die Enzyklopädie der mathematischen Wissenschaften von 1895 bis 1934 organisierte. Solche Großprojekte steigerten die internationale Sichtbarkeit der ‚Deutschen Wissenschaft‘ und boten eine Grundlage für internationale Kooperationsangebote. Die internationalen Beziehungen zwischen den Akademien von Göttingen, Leipzig, London, München, Wien und St. Petersburg, Paris, Washington DC, Berlin und Rom im Zusammenhang der Arbeitskontakte zum Corpus inscriptionum Latinarum unter der Vermittlung von Theodor Mommsen führten 1899 zu einer ersten transnationalen Organisation, der „Internationalen Assoziation der Akademien“. Mommsens Hoffnungen und Anregungen zu einer internationalen und aufwändigen Sammlung von Münzen aus der griechisch-römischen Antike ließen sich jedoch auf der ersten Delegiertentagung der Internationalen Assoziation 1903 nicht realisieren.

Seit der Jahrhundertwende entwickelte die weltweit bewunderte Gelehrtenschaft des Deutschen Reichs, die im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer kulturellen und sozialen Elite aufgestiegen war, ein kulturelles Statusbewusstsein, das seine kulturpropagandistischen Absichten kaum verbarg.<sup>1114</sup> Das Jahrzehnt zwischen 1905 und 1914 lässt sich wohl mit einer gewissen Berechtigung als eine Phase der „Weltgeltung der deutschen Wissenschaft“ bezeichnen. Althoff gründete 1907 die „Internationale Wochenschrift“ als deutschsprachiges Organ einer internationalen Wissenschaftspolitik. Eine echte Internationalisierung der Wissenschaftspolitik erfolgte von Seiten des Preußischen Kultusministeriums erstmals in dieser Phase, vor allem auf der Ebene des deutsch-amerikanischen Professorenaustausches zwischen der Harvard University in Cambridge, Mass., der Columbia University in New York City und der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ab 1905. Hier wurde – ebenfalls wegen der krankheitsbedingten Verhinderung Friedrich Althoffs – Friedrich Schmidt(-Ott) zum Administrator bestellt, dessen Wirkkreis insofern allerdings beschränkt blieb, als ihn seine universitäre Bildung in ihrer juristischen und mediävistischen Spezialisierung

---

1113 Rebenich, Stefan: Theodor Mommsen und Adolf von Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Mit einem Anhang: Edition und Kommentierung des Briefwechsels, Berlin / New York: Walter de Gruyter 1997, S. 68.

1114 Die umfangreiche Darstellung deutscher Kultur in dem lexikalischen Unternehmen „Die Kultur der Gegenwart“ von Paul Hinneberg war auf 58 Bände geplant, von denen zwischen 1906 und 1916 immerhin 22 Bände erschienen. Die Unterrichtsausstellungen in Chicago 1894 und St. Louis 1904 wurden jeweils publizistisch durch die enzyklopädischen Darstellungen des deutschen Universitätswesens von Wilhelm Lexis begleitet.

nicht mit der englischen Sprache so vertraut gemacht hatte, dass er sie flüssig beherrschte. Der Professorenaustausch begann mit einer Vorlesung des amerikanischen Theologen und Moralphilosophen Francis G. Peabody unter dem Titel „On international reciprocity“ am 30. Oktober 1905 in der Berliner Universitätsaula, in der der Kaiser anwesend war. Die vielfältigen diplomatischen Abstimmungen mit den amerikanischen Gästen und dem wilhelminischen Hofzeremoniell brachten Friedrich Schmidt(-Ott) nun öfter mit Exzellenz Rudolf v. Valentini zusammen, der als Chef des kaiserlichen Civil-Cabinets bereits ein freundschaftliches Arbeitsverhältnis in den Kunstsachen zu Friedrich Schmidt(-Ott) aufgebaut hatte.

Der Neubau der Königlichen Bibliothek wurde 1905 in Angriff genommen, wofür Friedrich Schmidt(-Ott) Anregung aus dem Bauplan und der Organisation der Library of Congress in Washington DC gab, die er aus den persönlichen Eindrücken seiner Weltausstellungsreise nach Chicago im Jahre 1893 zog.

Am 24. Juli 1907 - vor Ablauf der üblichen zehnjährigen Frist für diese Beförderungsstufe – wurde Friedrich Schmidt(-Ott) zum Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat ernannt und auf die Gehaltsstufe eines Rates 1. Klasse gestellt. Mit der Beförderung stand ihm nun die Anrede „Exzellenz“ zu, ein Titel, der im 15. Jahrhundert für die Gesandten am Päpstlichen Stuhl in Rom in Gebrauch gekommen und im 16. Jahrhundert allgemein auf alle Botschafter ausgedehnt worden war. Im Wilhelminischen Preußen war „Exzellenz“ als Anrede den höchsten Zivlrängen vorbehalten, d.h. den Ministern des Kabinetts, den Beamten ab dem Range eines Wirklichen Geheimen Rats sowie den Oberpräsidenten der Preußischen Provinzen. Nach dem Tode Friedrich Althoffs erfolgte 1908 Schmidt(-Ott)s Beförderung zum Ministerialdirektor und Nachfolger Althoffs, wodurch Friedrich Schmidt(-Ott) nun zum Leiter der Abteilung „Wissenschaft und Kunst“ ernannt wurde.

Friedrich Althoff hatte sich in den letzten Amtsjahren besonders mit den Plänen für die Domäne Dahlem beschäftigt, die er zu einer Wissenschaftsstadt ausgebaut sehen wollte, zu einem „deutschen Oxford“.<sup>1115</sup> Zum einen waren dafür vorgesehen, große Teile der Universität aus dem Stadtzentrum in einen fast unbebauten Vorort zu verlegen. So sollte der Botanische Garten an der Potsdamer Straße in Schöneberg nach

---

1115 Lischke, Ralph-Jürgen: Friedrich Althoff und sein Beitrag zur Entwicklung des Berliner Wissenschaftssystems an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, (= Berliner Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik ; 11, Berlin: Sigma 1990, S. 88.

Dahlem kommen, außerdem eine Reihe neuer Universitätsinstitute. Sie würden nicht mehr mit Lehraufgaben, sondern nur als reine Forschungsanstalten betrieben werden und als Teile der Universität ebenfalls in Dahlem errichtet werden. Die Durchführung dieser Pläne wurde nach dem Ausscheiden Friedrich Althoffs aus dem Amt und schließlich nach seinem Tod am 20. Oktober 1908 zu einer der wichtigsten Aufgaben von Friedrich Schmidt. Er stellte die Denkschrift „Althoffs Pläne für Dahlem“ zusammen und ersann in Absprache mit Rudolf v. Valentini eine Finanzierungsmöglichkeit durch die kaiserliche Krone: Wilhelm II. sollte dem Reich 1911, zur Hundertjahrfeier der Berliner Universität, die neuen Institute in einem Verbund als eine Jubiläumsgabe, als „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“, ‚schenken‘.

In dem Jahr nach Althoffs Abgang aus dem Ministerium im Sommer 1907 führte Friedrich Schmidt-Ott mit seinem früheren Vorgesetzten ein Jahr lang bis zum Tode Althoffs am 20. Oktober 1908 regen Briefwechsel. An seinem Sterbebett fand man ein Althoff'sches Heft mit mehr als zweihundert Namen und Fragen, die Althoff mit seinem langjährigen Kollegen noch hatte besprechen wollen. Nach Althoffs Tod entfiel die zwischen Friedrich Schmidt(-Ott) und Friedrich Althoff gemeinsam gepflegte, enge Abstimmung und Koordination der Preußischen Wissenschaftspolitik im Hochschul- und außeruniversitären Bereich. Die Abteilungen des Preußischen Kultusministeriums rückten im Tagesgeschäft gleichsam auseinander, wodurch die Dienstgeschäfte Friedrich Schmidts für die außeruniversitäre Forschung eine gewisse Selbständigkeit erlangten. Mit der Gründung der neuen Forschungsinstitute in Dahlem, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911, sollte diese Administration außeruniversitärer Wissenschaftsunternehmungen als eigenständige Ressortabteilung noch gestärkt werden.<sup>1116</sup> Von ihm als Institutsverband verwaltungstechnisch geschaffen, begleitete Friedrich Schmidt(-Ott) alle neuen Institutsgründungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft durch seine Mitgliedschaft in den Kuratorien. Nicht zuletzt aus dieser Verbundenheit mit den ‚Forschungsjuwelen‘ der Wilhelminischen Wissenschaftsära wuchs Friedrich Schmidt-Ott im Zenit seiner wissenschaftspolitischen Karriere in ein außerordentlich weitgespanntes, forschungspolitisches Koordinationsnetz hinein.

---

1116 Vgl. die Diskussionsbeiträge auf dem 4. Hochschullehrertag über "Hochschule und selbständiges Forschungsinstitut", in: Verhandlungen des IV. Deutschen Hochschullehrertages zur Dresden am 12. und 13. Oktober 1911, Leipzig 1912, S. 15-52.

## Erster Weltkrieg und Aufstieg zum Preußischen Kultusminister 1917/18

Unter turbulenten Umständen musste Friedrich Schmidt(-Ott) bei Kriegsausbruch im August 1914 für drei Wochen ein Kommando beim Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 24 in Neu-Ruppin übernehmen, bevor es dem Chef des kaiserlichen Civil-Cabinetts, Rudolf v. Valentini, gelang, Friedrich Schmidt(-Ott) wieder für das Kultusministerium zu reklamieren.<sup>1117</sup> In seinen Memoiren hebt Friedrich Schmidt-Ott hervor, das ihm in Neu-Ruppin die Hebung der Moral in der Truppe ein Anliegen gewesen sei: die Soldatenlieder, die „unterwegs gesungen wurden, gefielen mir so schlecht“, dass Friedrich Schmidt(-Ott) Liederbücher aus Berlin kommen ließ, um sie „am Klavier mit meiner Kompanie“ einzuüben.<sup>1118</sup> Noch im selben Jahr, wieder zurückbeordert aus dem Militärdienst in das Kultusministerium, regte Friedrich Schmidt(-Ott) in Zusammenarbeit mit dem Kriegsministerium eine Umarbeitung des für derb befundenen Soldatenliederbuches durch die Preußische Männergesangs- und Volksliedkommission unter Rochus von Liliencron an. Daraufhin erschien ein eigenes, neues Heeresliederbuch, das unter den Soldaten des Ersten Weltkrieges im Felde verteilt wurde.

Friedrich Schmidt(-Ott) war nur kurzzeitig als Infanterie-Soldat im Reservistendienst in den Weltkrieg eingebunden, weit ab von den Kriegshandlungen. In der Wissenschaftsabteilung des Preußischen Kultusministeriums in Berlin, scheinbar noch weiter entfernt von den Kriegsschauplätzen an den französisch-deutschen Schützengräben, begleitete man aber den Waffengang von seiner neuen, wissenschaftstechnologischen Seite her. Der Umbau des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie unter Fritz Haber zu einem Großforschungsinstitut und Entwicklungszentrum der ersten wissenschaftstechnologischen Waffe vor der Atombombe, dem Giftgas, vollzog sich in enger Abstimmung mit der Wissenschaftsverwaltung.<sup>1119</sup> Auf Anregung eines Vetters von Friedrich Schmidt(-Ott), dem Patentbeauftragten in den Farbwerken Hoechst AG, Albrecht Schmidt, organisierte Friedrich Schmidt-Ott gemeinsam mit Fritz Haber die

---

1117 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 140.

1118 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 141.

1119 Stoltzenberg, Dietrich: Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude. Eine Biographie, Weinheim: VCH 1994.

„Kaiser-Wilhelm-Stiftung für Kriegstechnische Wissenschaften“.<sup>1120</sup> Die Mobilisierung der Forschung musste dabei nicht erst durch das Kultusministerium angeregt werden, denn die meisten Forscher zeigten eine „fast uneingeschränkte Bereitschaft [...] Arbeitskraft und Forschungseinrichtungen [...] auf den Kriegsbedarf hin zu organisieren.“<sup>1121</sup> Am 2. April 1916 wandte sich dafür Fritz Haber an Friedrich Schmidt-Ott, und in der Folge arbeiteten sie bis 24. Oktober 1916 mit Leopold Koppel, Walter Nernst und Emil Fischer das Statut aus für eine Organisation, die sowohl in Kriegs- als auch in Friedenszeiten besondere „wissenschaftliche Arbeiten mit kriegstechnischer Relevanz“ fördern sollte. Die Stiftung erhielt 2 Millionen Reichsmark und richtete drei naturwissenschaftliche und drei technische Kommissionen ein, in denen jedoch offenbar kaum kriegstechnische Forschung in nennenswertem Maße zustande kam.<sup>1122</sup> Friedrich Schmidt-Ott verfolgte die Gaskriegsentwicklung von Fritz Haber im Institut unmittelbar mit.<sup>1123</sup> Am 25. März 1918 wünschte Fritz Haber von Kultusminister Schmidt(-Ott), die „Wetterprognosen“ mit dem Kultusministerium abzustimmen, um den Zeitpunkt für „bestes Gaswetter“ ermitteln zu können.<sup>1124</sup> Fritz Haber richtete außerdem seine wenige Jahre zuvor großindustriell aufgezugene Stickstoff-Gewinnung in Leuna nach dem Haber-Bosch-Verfahren auf den Sprengstoffbedarf des Militärs aus. Ohne die wissenschaftliche Rohstoffversorgung mit Sprengstoff-Stickstoff wäre dem Deutschen Heer schon im Frühjahr 1915 das Pulver ausgegangen.<sup>1125</sup> Die Materialnöte an Kupfer und anderen Metallen schränkten die Möglichkeiten zum wissenschaftlichen Experimentieren erheblich ein. Zahlreiche Wissenschaftler wurden einberufen, sodass längerfristig angelegte Forschungsprojekte unterbrochen werden mussten. Mit der Kriegswirtschaft begann eine Umstellung der Wissenschaft auf „Kriegsforschung“, die sich die Rohstoff-Ersatz-Forschung zum Ziel nahm.

---

1120 Rasch, Manfred: Wissenschaft und Militär: Die Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wissenschaften, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 49 (1991) Heft 5, S. 73-120.

1121 Ebd., 75.

1122 Manfred Rasch hat auf den Verlust der wahrscheinlich aussagekräftigen Akten des Preußischen Kriegsministeriums hingewiesen, siehe Anm. 1120.

1123 Tageskalender, 16. April 1918 („Bei Haber. Gas grün“). Ludwig F. Haber: The Poisonous Cloud. Chemical Warfare in the First World War, Oxford 1986.

1124 Tageskalender, 25. März 1918.

1125 Vgl. Th. P. Hughes: Technological Momentum in History: Hydrogenation in Germany 1898-1933, in: Past & Present (1969), August-Heft, S. 106-132.

Mitten im Krieg wurde Friedrich Schmidt(-Ott) am 6. August 1917 zum „Preußischen Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten“ ernannt.<sup>1126</sup> Er löste Minister Trott zu Solz ab, der aus politischen Gründen zurücktrat. Anstelle von Friedrich Schmidt(-Ott) war auch Adolf v. Harnack als neuer Minister gehandelt worden. Aufgrund der finanziellen Restriktionen und der Konzentration aller Ressourcen auf die letzten Kriegsanstrengungen, blieb Friedrich Schmidt(-Ott)s Wirken im Range eines Kultusministers in Preußen für das Wissenschaftssystem marginal.<sup>1127</sup> Der niedere Schulunterricht musste trotz der Kriegsentbehrungen und wegen der Einziehung von Soldaten durch Ersatzlehrer garantiert werden, die Heeressoldaten sollten das ‚kultivierte‘ Heereslieder- und Volksliedbuch im Felde erhalten und die sog. „Auslandsaufklärung“ über die Rolle Deutschlands im Weltkrieg wurde von Friedrich Schmidt(-Ott) u.a. mithilfe einer ersten historisch-wissenschaftlichen Publikation von Hermann Oncken, Otto Hintze und Friedrich Meinecke koordiniert.<sup>1128</sup> Das durch Vermittlung von Friedrich Schmidt(-Ott) und Albert Vögler in Düsseldorf 1917 neu eröffnete „Kaiser-Wilhelm“-Institut für Eisenforschung von Fritz Wüst zählte zu den industrienahen Neugründungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Stärker engagiert aber war Friedrich Schmidt(-Ott) im Ausbau der „Auslandskunde“. Als wissenschaftsorganisatorischen Hilfsarbeiter dafür gewann er nach Vorgesprächen im Mai 1916 den Orientalisten Carl H. Becker, den er zum Vortragenden Rat und außerdem zum Personalreferenten für die Universitätssachen, also für die Personalien und Berufungen bestellte.<sup>1129</sup>

Der Erste Weltkrieg wirkte auf die Wissenschaftsorganisation im Deutschen Reich nicht in dem Maße als ein Katalysator für die Integration des nationalen Forschungssystems, wie das in den anderen kriegführenden Industrienationen der Fall gewesen war. Zeitlich in etwa gleichzeitig entstanden in England, Deutschland und in den Vereinigten Staaten erstmals zentralisierte Forschungsräte, die sich ähnliche Funktionen gaben wie die deutsche „Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft“ aus dem

---

1126 Lüdicke, Reinhart: Die Preußischen Kultusminister und ihre Beamten im ersten Jahrhundert des Ministeriums 1817-1917, hrsg. v. Geheimes Staatsarchiv, Berlin: Cotta'sche 1918, S. 14.

1127 Vgl. zum Handlungsspielraum und zur Kriegspublizistik generell Wolfgang J. Mommsen (Hg.): Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftführer im Ersten Weltkrieg, München 1996.

1128 Hintze, Otto, et al.: Deutschland und der Weltkrieg, Leipzig und Berlin,: B. G. Teubner 1916.

1129 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 145f.

Jahr 1916. Bereits 1915 bildete Großbritannien das "Department of Scientific and Industrial Research".<sup>1130</sup> In den Vereinigten Staaten entstand 1917 der "National Research Council", als es dem Astronomen, Direktor des Mount Wilson Observatory und Foreign Secretary of the U.S. National Academy of Sciences, George Ellery Hale gelungen war, nach dem deutschen U-Boot-Torpedobeschuss des Liniendampfers "Sussex" am 19. April 1916 vor der französischen Küste Präsident Woodrow Wilson von der Notwendigkeit der "American preparedness" zu überzeugen.<sup>1131</sup> George Ellery Hale hatte bereits 1913 einen umfassenden, neuen Rahmen für die internationalen Wissenschaftsbeziehungen entwickelt, in der alle nationalen Akademien unter einem internationalen Dachverband, dem „International Research Council“ zusammengefasst werden sollten.<sup>1132</sup> Jedes Land, so Hales Vision, würde einen National Research Council aufbauen, Forschungsaufgaben bündeln und sie mit den Räten der benachbarten Länder koordinieren, ähnlich wie das Theodor Mommsen bereits 1903 in der „Internationalen Assoziation der Akademien“ für den geisteswissenschaftlichen Bereich hatte einführen wollen. Doch mit der deutschfeindlichen Haltung, die die deutschen Kriegsverwüstungen in Belgien und Frankreich auf der Seite der Alliierten aufwühlten, wurde der 1918 begründete „Internationale Forschungsrat“ noch im Oktober dazu genutzt, jede Kooperation mit den deutschen Gelehrtenkörperschaften auszuschließen und einen Boykott der deutschen Wissenschaft einzuleiten.

Die militärische Niederlage des Deutschen Reichs war für Friedrich Schmidt(-Ott) wie für viele seiner Generation unbegreiflich. Einen „gespenstischen Eindruck“ unter den jüngeren Referenten im Kultusministerium hinterließ ein Aufruf, in dem Adolf von Harnack, Ernst Troeltsch, Friedrich Schmidt(-Ott), Eduard Meyer, Carl H. Becker und andere wilhelminische Beamte noch Anfang Oktober 1918 ein „letztes Aufgebot der Professoren“ zusammenzutrommeln suchten.<sup>1133</sup> Dann zog mit dem militärischen Zusammenbruch und den Matrosenaufständen die Revolution über das Land. Am 8. November 1918 versuchte man im Preußischen Staatsministerium, einige Vertreter der

---

1130 Varcoe, I. M.: The Department of Scientific and Industrial Research. A Study in the Growth of Organized Science, Dissertationsschrift D.Phil., Oxford University 1972.

1131 MacLeod, Roy: Secrets among Friends: The Research Information Service and the "Special Relationship" in Allied Scientific Information and Intelligence, 1916-1918, in: Minerva 37 (1999) Heft , S. 201-233, S. 206.

1132 Hale, George Ellery: National Academies and the Progress of Research, in: Science 38 (1913) Heft 958, S. 681-698.

1133 Wende, Erich: Carl Heinrich Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 62.

revolutionären, ‚roten‘ Parteien in das Kabinett zu ko-optieren. Friedrich Schmidt(-Ott) und drei seiner Kabinettskollegen, der Staatsminister des Innern Wilhelm Drews, Finanzminister Oskar Hergt und Minister v. Eisenhart erklärten darauf noch am selben Tag geschlossen den Rücktritt von ihren Ämtern. Am 11. November erklärte man das Kabinett des Preußischen Staatsministerium für „erledigt“ und mit Datum vom 13. November 1918 erhielt Friedrich Schmidt(-Ott) eine Entlassungsurkunde ausgestellt, die ihm den Titel und den Rang eines „Staatsministers“ beließ.

### **Zusammenfassung**

Ein vielgliedriges Wissenschaftssystem war in Preußen bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts entstanden. Dazu zählten Universitätsinstitute, die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (gegründet 1887), der Verbund der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (gegründet 1911) in Dahlem sowie die Fachhochschulen und die nicht zuletzt auch die Laboratorien der Industrie. Die 16 staatlichen Hochschulen, 17 außeruniversitären Forschungsstätten und die Vielzahl von gesondert administrierten Forschungsprojekten der Preußischen Wissenschaftskultur bildete sicher das gewichtigste Potential im deutschen Wissenschaftssystem. Resümiert man die beruflichen Erfahrungen, die Friedrich Schmidt(-Ott) in den drei Jahrzehnten seiner Amtszeit im Preußischen Kultusministerium gesammelt hatte, so sind folgende Aspekte besonders hervorzuheben. Erstens: Zahlreiche Aufgaben der außeruniversitären Forschungsorganisation waren ihm im Laufe seines Amtslebens zugewachsen, worunter so verschiedene Organisationsaufgaben fielen wie die Betreuung von Expeditionen, die sog. Verreichlichung von ehemals Preußischen Instituten oder die aus öffentlichen und privaten Mitteln gemischte Finanzierung einer außeruniversitären Anstalt. Für die Bewältigung dieser zahlreichen Neuerungen wirkten bestimmte Eigenschaften seines Mentors, Friedrich Althoff, prägend, vor allem die charakterliche Zähigkeit und diplomatische Geschicklichkeit in der Verfolgung einmal gesteckter Ziele, wie sich Friedrich Schmidt(-Ott) erinnerte:

„Immer hatte er [Althoff, J.K.] [...] das große Ziel im Auge. Mit größter Klugheit erwog er die Mittel und überwand er die Hindernisse. Überall wusste er Hilfe zu gewinnen, immer wieder durch neue Gründe zu überzeugen.“<sup>1134</sup>

Der feste Wille in der Verfolgung einmal gesteckter Ziele scheint ebenfalls Friedrich Schmidts Art gewesen zu sein: „Harnack meinte einmal, ich sei darin noch hartnäckiger als Althoff.“<sup>1135</sup>

Bei der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft kam ein gemischtes Finanzierungsmodell für wissenschaftliche Unternehmungen zum Tragen, das in der Ära Althoff entstanden war: Industriebeteiligungen, privat gezeichnetes Stifterkapital und staatliche oder städtische Haushaltsfonds stellten gemeinsam eine Anschubfinanzierung bereit. Wirtschaftlicher Wohlstand, ein weitverzweigtes wissenschaftliches Kontaktnetzwerk und der technisch-wissenschaftliche Fortschrittsoptimismus erleichterten die Fortsetzung dieser gemischten, privat-staatlichen Finanzierungsmodelle, die zwischen der Preußischen Hochschuladministration, den Länderkultusverwaltungen vor allem in Baden und Bayern, einflussreichen Parlaments- und Regierungsvertretern, wissenschaftsinteressierten Industriellen sowie Bankiers ausgehandelt wurde. Auch die private Hochschulförderung durch Stiftungen neben der staatlichen Grundfinanzierung nahm zu.<sup>1136</sup> Die Erfahrung der Ära Althoff war, dass man in solchen Mischfinanzierungen einen verwaltungstechnischen Modus finden musste, um die „Freiheit der Wissenschaft“ zu wahren. Dazu gehörte die Bezahlung der festen Direktoren- und Mitarbeiterstellen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus dem Staatshaushalt auf einem sehr hohen Niveau (Jahresgehalt bei 15.000.- Reichsmark), und die Bereitstellung von Grund und Gebäuden. Diese Regelung hatte Friedrich Schmidt(-Ott) bei der Ausarbeitung der Statuten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1909 durchgesetzt.

Seine Zuständigkeit in der inzwischen erreichten Vielgliedrigkeit des wissenschaftspolitischen Systems Preußen lag in der außeruniversitären Forschung, wo er unter Friedrich Althoff „eine Art Spezialist“ geworden war auf dem Gebiete der

---

1134 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 103.

1135 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 106.

1136 Herrmann, Dieter P.: Wirtschaft, Staat und Wissenschaft. Der Ausbau der privaten Hochschul- und Wissenschaftsförderung im Kaiserreich, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 77 (1990) Heft , S. 350-368

„Durchführung wissenschaftlicher Großunternehmungen“.<sup>1137</sup> Die Prägung durch Friedrich Althoff ist dabei hoch zu veranschlagen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man Friedrich Schmidt(-Ott) einen Protegé Althoffs in der Kultusbürokratie nennt. Dabei war Friedrich Schmidt(-Ott) keineswegs auf eine Laufbahn im Kultusministerium festgelegt gewesen. Ihm wäre es durchaus recht gewesen, wenn es die Stellenplanlage denn erlaubt hätte, nach einigen Jahren auf eine Landratsstelle oder in ein Referat eines anderen Ministeriums zu wechseln. Doch scheint sich Friedrich Althoff wiederholt bei entsprechenden Gesuchen Friedrich Schmidt(-Ott)s dagegen gewehrt zu haben, da „der Stand der Geschäfte es nicht gestatte“,<sup>1138</sup> seinen Hilfsarbeiter in ein anderes Amt ziehen zu lassen.

Friedrich Althoff hatte für Friedrich Schmidt(-Ott) wohl die Funktion eines ‚Über-Vaters‘ gehabt. Die kinderlos gebliebene Ehefrau Althoffs vertraute dem Kultusbeamten an, dass Friedrich Althoff ihn „als seinen Sohn ansehe“.<sup>1139</sup> Die Erfahrung einer zwanzigjährigen, effektiven kultusministeriellen Administration in einem sorgfältig gepflegten Netzwerk der persönlichen Beziehungen zwischen Parlament, gelehrten Anstalten und Behörden prägte Friedrich Schmidt-Ott. Dieses Althoff'sche Netzwerk wurde auch für Friedrich Schmidt-Ott wichtig: „Den großen Kreis persönlicher und wissenschaftlicher Beziehungen hat Althoff in zwanzigjähriger Zusammenarbeit auf mich vererbt.“<sup>1140</sup> Friedrich Schmidt(-Ott) wuchs also als ‚Schüler‘ Althoffs in ein ausgedehntes Kontaktnetz hinein und trat in dessen Fußstapfen, um das Netzwerk in seiner späteren beruflichen Laufbahn weiterzuentwickeln. Er setzte Friedrich Althoffs Pläne für die Restrukturierung der Berliner Wissenschaftslandschaft in Dahlem, d.h. die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft um. Würde Friedrich Schmidt-Ott mit eigenen Gestaltungsvorschlägen aus dem Schatten Althoffs noch heraustreten?

---

1137 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 33.

1138 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 25.

1139 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 104. Friedrich Glum erinnerte sich später an die Haltung von Friedrich Schmidt-Ott, von der er urteilte, „(...) dass er immer mit schiefem und gesenktem Haupt einen von unten ansah. Er musste wohl unter Althoff, der offenbar das war, was man einen Kerl nennt, sehr unterdrückt gewesen sein“. Dies scheint mir eine Fehldeutung zu sein vor, denn Friedrich Schmidt-Ott litt offensichtlich an einer Mechtereff-Rückgratversteifung. Vgl. Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 254.

1140 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 104f.

Neben die Zuständigkeit für die außeruniversitäre Forschung trat die internationale Wissenschaftsorganisation, die „Schaffung dauernder Verbindungen mit der ausländischen Wissenschaft“. Mit den aus Reichsmitteln finanzierten großen Unterrichtsausstellungen 1894, 1900 und 1904 in den Vereinigten Staaten, für die Friedrich Schmidt-Ott nicht vom Preußischen Kultusministerium, sondern vom Reichsinnenministerium beauftragt wurde, fiel allmählich die Unterscheidung zwischen Preußen und Deutschem Reich als Wissenschaftsträger in Eins zusammen.

Welche verwaltungstechnischen Verfahren der Geldbeschaffung, welche Lenkung der Ressourcen lernte Friedrich Schmidt(-Ott) in seiner beruflichen Zeit im Kultusministerium kennen? Das gewöhnliche Muster der Wissenschaftsfinanzierung aus dem Budget des Ministeriums selbst verlief folgendermaßen: Der Minister „reklamierte“ das Ministeriumsbudget in der Ministerrunde des Kabinetts. In dieser Runde wurde entschieden, welcher Staatshaushaltsanteil für den Betrieb des Ministeriums selbst sowie für sein Fördervolumen festgelegt werden sollte. Der unteren Ministerialbürokratie, d.h. den Referenten in den einzelnen Abteilungen fiel es zu, andere Ministerien bzw. Regierungsstellen von der Notwendigkeit einer zusätzlichen Finanzierung weiterer Projekte zu überzeugen. An Bedeutung als zusätzliche Financiers nahmen dabei in der Kultusministerialzeit Friedrich Schmidt(-Ott)s die Ministerien des Reichs, d.h. das Reichsamt des Innern sowie das Auswärtige Amt zu. Außerdem entwickelte sich im späten Kaiserreich eine philanthropische Kultur, die mit privaten Spenden von Bankiers wie Eduard Arnold oder von Industriellen wie Hugo Reisinger sowohl für weite Expeditionen als auch für „große Unternehmungen“ eine ergänzende Finanzierung bereitstellten. Ein durchaus beträchtlicher Teil solcher kultusministeriellen Amtsgeschäfte, die sich um die zusätzliche Wissenschaftsfinanzierung drehte, fand offenbar am Rande von Geselligkeiten statt, zu denen man sich in der Berliner ‚guten Gesellschaft‘ gegenseitig einlud: Diners, Teeeinladungen, Vortragsabende oder Hauskonzerte an Sonntag Nachmittagen waren übliche Verpflichtungen, denen man sich sowohl aus Höflichkeit wie auch aus geschäftlichen Gründen nicht entzog. Auch die Mittagessen unter der Woche, entweder gemeinsam mit Referenten aus anderen Ministerien oder mit akademischen Antragstellern, die nicht selten von weither angereist waren, schufen einen quasi informellen Rahmen für amtliche Dienstbesprechungen, die Friedrich Schmidt(-Ott)

vorzugsweise im „Kasino“ am Pariser Platz, mehr und mehr auch im „Automobil-Club“ an der Leipziger Straße abhielt. „Menschliche Seiten zu pflegen“ verglich sich Friedrich Schmidt(-Ott) in dieser Frage mit Friedrich Althoffs Haltung, „ durch persönliche Verbindungen freudige Arbeitsgenossen zu suchen, war wohl auch mir eingeboren und aus dem Elternhaus überkommen.“ Im Unterschied zu Althoff übte Friedrich Schmidt(-Ott) allerdings nicht die seinem Vorgesetzten so oft vorgeworfene „Art seiner Menschenbehandlung“.<sup>1141</sup> Auch war Friedrich Schmidt-Ott nicht so notorisch unpünktlich wie Althoff. Über sich selbst schrieb er im Rückblick:

„Kollegiales Zusammenhalten und die damit verbundene Pflege eines freundlichen persönlichen Verhältnisses entsprachen meinem inneren Bedürfnis und sind mir, weil sie auch Missverständnissen im Amtsverkehr entgegenwirken, immer eine wertvolle Stütze meiner dienstlichen Tätigkeit gewesen.“<sup>1142</sup>

Arbeitsfleiß und Gründlichkeit sowie ein Bewusstsein von der erreichten Autorität bei gleichzeitiger innerer Einfachheit zeichneten ihn als preußischen Beamten aus. Gerühmt wurde sein außerordentliches Gedächtnis, das ihn eine Menge an Details gegenwärtig halten ließ. Friedrich Schmidt(-Ott) hatte bereits in seiner Arbeitstätigkeit im Preußischen Kultusministerium Umgang mit bekannten Persönlichkeiten, einflussreichen Gelehrten und loyalen Verwaltungsbeamten der Wilhelminischen Zeit gehabt, u.a. Fritz Milkau, Paul F. Kehr, Adolf v. Harnack, Werner Richter, Theodor Lewald sowie die Professoren Ludwig Prandtl, Felix Klein, Walter van Dyck u.v.a. Die meisten der Bekannten, Kollegen und Freunde, sofern sie die 1920er Jahre noch erlebten, wurden auch Teil des wissenschafts- und forschungspolitischen Netzwerkes in der Weimarer Republik. Dies gilt sowohl für bestimmte Wissenschaftsbereiche, wie aber vor allem auch für die Wissenschaftsadministration, wo etwa die regelmäßigen Treffen mit den Hochschulreferenten der Rektoren- und Universitätskonferenzen aus allen Bundesstaaten zu Begegnungen führten, „der ich die erwünschtesten Beziehungen zu den maßgebenden Referenten namentlich Süddeutschlands verdanke. Sie sind mir noch beim Aufbau der Notgemeinschaft von großem Nutzen gewesen.“<sup>1143</sup>

---

1141 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 103.

1142 BAK R 73, Nr. 30, S. 59.

1143 Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952, S. 52.

In einem Lebensalter, in dem Berufstätige sich allmählich in ihre Pensionsruhe zurückziehen, mit 60 Jahren, nahm Friedrich Schmidt-Ott erst diejenige Tätigkeit auf, die ihn im geschichtlichen Gedächtnis bedeutsam macht: die Gründung und Präsidentschaft der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft.<sup>1144</sup> Die Erfahrungen, die Friedrich Schmidt-Ott im Wilhelminischen Kaiserreich gemacht hatte, nämlich das erfolgreiche Agieren in einem Netzwerk, sollten für die Etablierung der neuen Wissenschaftsorganisation in der Weimarer Republik eine wesentliche Rolle spielen.

### **Ehrungen, Mitgliedschaften, Ehrendoktoren etc. bis 1933**

Abitur „Primus omnium“, Lyceum Fridericianum Kassel 1878

Kaiserlicher Kronenorden 3. Kl. 1897

Titel „Wirkl. Geh. Oberregierungsrat“ und Rat 1. Kl., 24. Juli 1907

Titel „Excellenz“ 1917

Vorsitzender der Staatlichen Kommission zur Erforschung der Geschichte der Reformation und Gegenreformation 1917

„Staatsminister“ 1918 (Der Preußische Staat hat Friedrich Schmidt-Ott nach der Revolution 1918/19 den vollen Titel „Staatsminister“ belassen, daher bezeichnete sich Schmidt-Ott in der offiziellen Korrespondenz während der Weimarer Republik mit diesem Titel und nicht mit dem erwartbaren Endkürzel „Staatsminister a.D.“.)

Vorsitzender des Kuratoriums der Königin-Luise-Stiftung 1920

Präsident der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas 1920-1932

Präsident der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft

2. Vizepräsident Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1920

Vorsitzender des Auswahlkomitees für die Cecil-Rhodes-Stipendien 1929

Adlerschild des Deutschen Reiches, 4. Juni 1930

Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften, Berlin.

Ehrenmitglied der Gesellschaft der Wissenschaften, Göttingen.

---

<sup>1144</sup> Grimme, Adolf: Friedrich Schmidt-Ott, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft 2 (1956) Heft 1956, S. 62-69, S. 67.

Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften, Heidelberg

Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften, Wien

Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaften, Leipzig

Ehrenmitglied des Deutschen und des Österreichischen Archäologischen Instituts

Ehrenmitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher (Leopoldina), Halle

Ehrensensator der Universität Gießen

Ehrensensator der Universität Halle

Ehrenbürger der Universität Münster

Ehrensensator der Deutschen Akademie München

Goethe-Medaille

Großkreuz des Zivilverdienstordens von Bulgarien

Ehrendoktor folgender Fakultäten:

Dr. med. h. c. Uni München, Budapest (1930)

Dr. phil. h. c. Uni Berlin, Uni Wien

Dr.-Ing. h. c. TH Danzig, TH München

Dr. theol. h. c. Uni Berlin

Dr. Staatswiss. h. c., Uni Marburg

Dr. rer. pol. h. c.

**Benutzte Archive**

Bundesarchiv Koblenz (BAK) R 73 Erster Teil und Zweiter Teil, elektronische Datenbank, N 1106 Nachlass August W. Fehling, N 1325 Nachlass Rudolf Schenck

Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), Berlin-Dahlem, Nachlass Friedrich Schmidt-Ott, Nachlass Carl Heinrich Becker, I. HA Rep. 76 Preußisches Kultusministerium

Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin-Dahlem, I. Abt. Rep. 1 A; V. Abt. Haber-Sammlung

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde R 2 Reichsfinanzministerium, R 1501 Reichsministerium des Innern, N 2176 Nachlass Theodor Lewald, Filmarchiv

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin, Akten und Sitzungsberichte der Königlich-Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München, MK Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Archiv der Bayer-AG Leverkusen, Nachlass Carl Duisberg

Historisches Archiv des Erzbistums Köln, Archiv der Görres-Gesellschaft

National Archives at College Park, Maryland, USA, Record Group 59 Dept. of State

Archiv des Deutschen Museums München, Verwaltungsakten

Bayerische Staatsbibliothek, München, Kartenabteilung

Historisches Archiv des Deutschen Alpenvereins, München, Nachlass Willi Rickmer Rickmers

Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a. M.

## Bibliographie

- Abb, Gustav (Hrsg.): Aus fünfzig Jahren deutscher Wissenschaft. Die Entwicklung ihrer Fachgebiete in Einzeldarstellungen. Seiner Exzellenz Herrn Friedrich Schmidt-Ott zur Feier seines siebzigsten Geburtstag, Berlin 1930.
- Abrasimov, Pjotr A.: Das Haus unter den Linden. Aus der Geschichte der russischen und sowjetischen Botschaft in Berlin, Dresden: Verlag Zeit im Bild 1978.
- Alimov, A. F. / Tanasijtshuk, V. N. / Stepanjants, S. D.: The Collections of the Zoological Institute of the Russian Academy of Sciences as Basis for Studies on Species Diversity, in: *Zoological Journal* 78 (1999) Heft 9, [Original in Russisch, englische Übersetzung, abgerufen am 5.9.2007: <http://www.zin.ru/collections/collect1.htm>].
- Aly, Götz / Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg: Hoffmann und Campe 1991.
- Anderle, Alfred: Die deutsche Rapallopolitik. Deutsch-Sowjetische Beziehungen, 1922-1929, Berlin 1962.
- Aschenbrenner, Jörg: Orthophoto und Monoplotting in der Gletscherkartographie. Die Herstellung von Kartengrundlagen für die Hochgebirgsforschung am Beispiel des Stubacher Sonnblickkees, Hohe Tauern, Universität Salzburg 1992.
- Aschoff, Ludwig: Ein Gelehrtenleben in Briefen an die Familie, Freiburg i. Br. 1966.
- Asmis, Rudolf: Als Wirtschaftspionier in Russisch-Asien. Tagebuchblätter. Mit 96 Abbildungen nach eigenen Aufnahmen des Verfassers und Karte, Berlin 1924.
- v. Bauschinger, Julius: Das große Zonenunternehmen der Astronomischen Gesellschaft: Neubeobachtung aller Sterne des nördlichen Himmels bis zur 9. Größe, in: *Astronomie und Astrophysik*, hrsg. v. Friedrich Schmidt-Ott, (=Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Band 12), Berlin: Karl Siegismund Verlag 1930, S. 7-15.
- v. Bauschinger, Julius: Zur Einführung, in: ebd., S. 5-6.
- Becker, Carl Heinrich: Denkschrift über die Förderung der Auslandsstudien, Berlin: Preußisches Kultusministerium 1917.
- Becker, Carl Heinrich: Gedanken zur Hochschulreform, Leipzig: Quelle&Meyer 1919.
- Becker, Carl Heinrich: Kulturpolitische Aufgaben des Reiches. Eine amtliche Denkschrift, Leipzig: Quelle&Meyer 1919.
- Becker, Carl Heinrich: Probleme der Wissenschaftspflege. Recht und Staat im neuen Deutschland, hrsg. v. Bernhard Harms, Band 1, Berlin 1929, S. 437-462.
- Behrends, Elke: Die Auswirkungen des Boykotts der deutschen Wissenschaft nach dem Ersten Weltkrieg auf das Referatenwesen: Die Reichszentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung, in: *Fachschrifttum, Bibliothek und Naturwissenschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, hrsg. v. Christoph Meinel, (=Wolfenbütteler Schriften zur Geschichte des Buchwesens, Band 27), Wiesbaden: Harrassowitz 1997, S. 53-66.
- Belitz, Ina: Das Deutsch-Französische Studienkomitee. Exklusive Machteliten auf der Suche nach Verständigung, in: dies.: *Befreundung mit dem Fremden. Die Deutsch-Französische Gesellschaft in den deutsch-französischen Kultur- und Gesellschaftsbeziehungen der Locarno-Ära*, (=Europäische Hochschulschriften Reihe III Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 745), Frankfurt am Main: Peter Lang 1997.
- Benndorf, Hans: Alfred Wegener, in: *Gerlands Beiträge zur Geophysik* 31 (1931), S. 336-377.
- Bernhard, Ludwig: Akademische Selbstverwaltung in Frankreich und Deutschland. Ein Beitrag zur Universitätsreform, Berlin: Julius Springer 1930.
- Blachut, Teodor J. / Burkhardt, Rudolf: Historical Development of Photogrammetric Methods and Instruments, hrsg. v. d. International Society for Photogrammetry and Remote Sensing, Falls Church, Virginia: American Society for Photogrammetry and Remote Sensing 1989.
- Bock, Hans Manfred: Wirtschaftsbürgerliche Initiativen. Das "Deutsch-Französische Studienkomité" / "Comité franco-allemand d'information et de documentation", in: ders. (Hrsg.): *Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg*, Opladen: Leske&Budrich 1998, S. 27-39.
- Böhme, Rolf: National Mapping Organisation. Commonwealth of Independent States (CIS), in: Böhme, Rolf (Hrsg.) / Anson, Roger (English Language Editor): *Inventory of World Topographic Mapping*, Band 3: Eastern Europe, Asia, Oceania and Antarctica, London: Elsevier 1993, S. 17-22.

- Borck, Karin / Schulze Wessel, Martin: Betrachtungen zur hundertjährigen Geschichte der Osteuropa-Historie in Berlin, in: Rußland im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Ludmila Thomas, (=Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1994/1), Berlin: Akademie Verlag 1994, S. 135-147.
- Böttcher, Christine: Das Bild der sowjetischen Medizin in der ärztlichen Publizistik und Wissenschaftspolitik der Weimarer Republik, (=Neuere Medizin- und Wissenschaftsgeschichte. Quellen und Studien, hrsg. v. Wolfgang U. Eckart, Band 4), Pfaffenweiler: Centaurus 1998.
- Brauer, Ludolph u.a. (Hrsgg.): Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele. Unter Mitwirkung zahlreicher Gelehrter, 2 Bände, Hamburg 1930.
- Braun, Hans-Joachim: Flugzeugtechnik 1914 bis 1935. Militärische und zivile Wechselwirkungen, in: Technikgeschichte 59 (1992), Heft 4, S. 341-352.
- Brecht, Arnold: Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884-1927, Stuttgart: DVA 1966.
- vom Brocke, Bernhard: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens, hrsg. v. Rudolf Vierhaus / Bernhard vom Brocke, Stuttgart: DVA 1990, S. 17-162.
- vom Brocke, Bernhard: Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882-1907, in: Das "System Althoff". Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, hrsg. v. Peter Baumgart, (=Preußen in der Geschichte, Band 1), Stuttgart: Klett-Cotta 1980, S. 9-118.
- vom Brocke, Bernhard: Internationale Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik. Der Professoren Austausch mit Nordamerika, in: Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das "System Althoff" in historischer Perspektive, hrsg. v. Bernhard vom Brocke, Hildesheim: Edition Bildung und Wissenschaft 1991, S. 185-242.
- vom Brocke, Bernhard: Preußische Bildungspolitik 1700-1930, in: Preußen - eine Herausforderung, hrsg. v. Wolfgang Böhme, (=Herrenalber Texte, Band 32), Karlsruhe 1981, S. 54-95.
- vom Brocke, Bernhard: Wissenschaft und Militarismus. Der Aufruf der 93 'An die Kulturwelt!' und der Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik im Ersten Weltkrieg, in: Wilamowitz nach 50 Jahren, hrsg. v. William M. Calder III, Darmstadt 1985, S. 649-719.
- vom Brocke, Bernhard / Krüger, Peter (Hrsgg.): Hochschulpolitik im Föderalismus. Die Protokolle der Hochschulkonferenzen der deutschen Bundesstaaten und Österreichs 1898 bis 1918, Berlin: Akademie-Verlag 1994.
- vom Bruch, Rüdiger: Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890-1914), Husum: Matthiesen 1980.
- Bruns, Hans: Die Leistungsabnahme des Flugmotors beim Höhenflug, Braunschweig: Technische Hochschule 1919.
- Budraß, Lutz: Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland, 1918-1945, Düsseldorf 1998.
- Burleigh, Michael: Germany turns eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge University Press 1988.
- Camphausen, Gabriele: Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung in Deutschland 1892-1933, (=Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, hrsg. v. Hans-Joachim Torke, Band 42), Berlin: Harrassowitz 1989.
- Cecil, Lamar: The Kindermann Wolscht incident. An impasse in Russo-German relations 1924-26, in: Journal of Central European Affairs 21 (1961), Heft 2, S. 188-199.
- Cecil, Lamar: Wilhelm II. Prince and Emperor, 1859-1900, Chapel Hill: The University of North Carolina Press 1998.
- Cloos, Hans: Gespräch mit der Erde. Welt- und Lebensfahrt eines Geologen, München: Piper 1947.
- Cohen, I. Bernard: Revolutionen in der Naturwissenschaft, Frankfurt/Main: Suhrkamp 1994.
- Cole, Stephen / Cole, Jonathan R. / Simon, Gary A.: Chance and Consensus in Peer Review, in: Science 214 (1981), S. 881-885.
- Conrad, F.: Die Deutsche Atlantische Expedition auf dem Forschungsschiff "Meteor", in: Zeitschrift für Erdkunde 24 (1925), S. 379-381.
- Daston, Lorraine: Die Kultur der wissenschaftlichen Objektivität, in: Naturwissenschaft, Geisteswissenschaft, Kulturwissenschaft: Einheit - Gegensatz - Komplementarität? Hrsg. v. Otto Gerhard Oexle, (=Göttinger Gespräche zur Geschichtswissenschaft / Max-Planck-Institut für Geschichte, Band 6), 2. Aufl. Göttingen: Wallstein 2000, S. 9-39.
- Deacon, Margaret B. (Hrsg.): Oceanography. Concepts and History, (=Benchmark papers in geology, Band 35), Stroudsburg, PA: Dowden, Hutchinson & Ross, Inc. 1978.

- Deimler, W. / von Gruber, O.: Kammkarte 1:250000 von Karategin (Buchara), in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde o. Jg. (1925), Beilage.
- Deimler, W. / von Gruber, O.: Karte des Borolmas- und Kisilsu-Gletschers im Gebirge Peter d. Gr. Maßstab 1:50000, in: Zeitschrift für Gletscherkunde 14 (1926), Beilage.
- Delbrück, Hans G. L.: Berlin under Empire and Republic, in: The Current History Magazine 23 (1925), Heft 1, S. 27-40.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft / Deutsches Hydrographisches Institut (Hrsg.): Forschungsschiff Meteor. 50 Fahrten des Forschungsschiffs "Meteor" mit einer ausführlichen Bibliographie der Forschungsergebnisse, Boppard am Rhein 1978.
- Doeberl, M. (Hrsg.): Das akademische Deutschland, 3 Bände u. 1 Registerband, Berlin 1930.
- Doepgen, Peter: Die Washingtoner Konferenz, das Deutsche Reich und die Reichsmarine. Die Auswirkungen der Washingtoner Abrüstungskonferenz 1921/22 auf das Deutsche Reich und die Reichsmarine 1922-1935, Dissertation Christian-Albrechts-Universität Kiel 2000.
- Doss, Kurt: Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schüler'sche Reform, Düsseldorf 1977.
- Drilhon, Gabriel: Choosing priorities in science and technology, Paris: Organisation for economic co-operation and development 1991.
- Duckert, Paul: Neue Hilfsmittel und Methoden zur Strömungsforschung in großen Höhen der freien Atmosphäre, in: Strömungsforschung in der freien Atmosphäre. II. Mitteilung, (=Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, hrsg. v. Friedrich Schmidt-Ott, Band 21), Berlin: Karl Siegismund 1934, S. 19-29.
- Duisberg, Carl: Die Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft und der deutsche Werkstudent, hrsg. v. Carl Duisberg / Reinhold Schairer, Berlin 1924.
- Düwell, Kurt: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918-1932. Grundlinien und Dokumente, Köln: Böhlau 1976.
- Elster, Alexander: Wissenschaftliches und technisches Eigentum, in: Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, hrsg. v. Fritz Stier-Somlo / Alexander Elster, Band 7 (Ergänzungsband), Berlin: de Gruyter 1931, Sp. 644-650.
- Epstein, Fritz T.: Otto Hoetzsch und sein "Osteuropa" 1925-1930, in: Osteuropa 25 (1975), Heft 8/9 [August/September], S. 541-554.
- Erker, Paul: Die Verwissenschaftlichung der Industrie. Zur Geschichte der Industrieforschung in den europäischen und amerikanischen Elektrokonzernen 1890-1930, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 35 (1990), S. 73-94.
- Feldman, Gerald D.: Industrie und Wissenschaft in Deutschland 1918-1933, in: Forschung im Spannungsfeld, hrsg. v. Bernhard vom Brocke, 1990, S. 671ff.
- Feldman, Gerald D.: The Politics of "Wissenschaftspolitik" in Weimar Germany. A prelude to the dilemmas of twentieth-century science policy, in: Changing boundaries of the political. Essays on the evolving balance between the state and society, public and private in Europe, hrsg. v. Charles D. Maier, Cambridge/Mass.: Harvard University Press 1987, S. 255-287.
- Fersman, Aleksandr E.: Die Russische Forscherwoche in Berlin, in: Osteuropa. Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens 2 (1927), Heft 8/9, S. 462-465.
- Ficker, Heinrich von: Entwurf an die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Plan für die gemeinsam von Russen und Deutschen durchzuführende Expedition in die Pamirgebiete, Berlin: Preußisches Meteorologisches Institut 1926.
- Ficker, Heinrich von: Vorgeschichte, Aufgaben und Zusammensetzung der Expedition, in: Die Alai-(Pamir-)Expedition 1928. Vorläufige Berichte der deutschen Teilnehmer, (=Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft), Band 10), Berlin: Karl Siegismund 1929, S. 5-18.
- Filchner, Wilhelm: Ein Ritt über den Pamir. Berlin: Königliche Hofbuchhandlung Ernst Siegfried Mittler und Sohn 1903.
- Finsterwalder, Richard: Die topographischen Ergebnisse der deutsch-russischen Alai-Pamir-Expedition 1928, in: Verhandlungen und Wissenschaftliche Abhandlungen des 24. Deutschen Geographentages zu Danzig 26. bis 28. Mai 1931, hrsg. v. Albrecht Haushofer, Breslau: Ferdinand Hirt 1931.
- Finsterwalder, Richard: Wissenschaftliche Ergebnisse der Alai-Pamir Expedition 1928. Geodätische, topographische und glaziologische Ergebnisse, 2 Bände, Berlin: Reimer 1932.

- Finsterwalder, Sebastian. Über Gletscherschwankungen im Amadello- und Ortlergebiet, (=Berichte über die wissenschaftlichen Unternehmungen des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins, Band 1), Wien 1896.
- Flügel, Helmut W.: Alfred Wegeners vertraulicher Bericht über die Grönland-Expedition 1929, Graz 1980.
- Flügel, Helmut W.: A. Wegener / O. Ampferer / R. Schwinner: The first chapter of the "New Globale Tectonic", in: Earth Sciences History 3 (1984), Heft 2, S. 178-186.
- Forman, Paul: The Helmholtz-Gesellschaft. Support of academic physical research by German industry after the First World War, Unpublished Ph.D. manuscript University of Rochester, N.Y. 1968.
- Forman, Paul: Rezension zu Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968, in: Isis 61 (1970), S. 151.
- Frank, Stefan: Die Selbständigkeit der Universitäten in der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland, jeweils bezogen auf das Gebiet des ehemaligen Landes Preußen, Dissertation an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität Kiel 1998.
- Franke, Otto: Erinnerungen aus zwei Welten. Randglossen zur eigenen Lebensgeschichte, Berlin: Walter de Gruyter 1954.
- Fuchs, Eckhardt / Bialas, Wolfgang: Intellektuelle der Zwischenkriegszeit im Spannungsfeld von Macht und Geist. Ein internationaler Vergleich, in: Komparativ 5 (1996), Heft 6, S. 7-14.
- Gelfand, Lawrence E.: The Inquiry. American Preparations for Peace, 1917-1919, New Haven: Yale Univ. Pr. 1963.
- Gerasimovskij, Vassili I. / Scerbina, Vladimir V.: A. E. Fersmans Rolle in der Entwicklung der Wissenschaft über die nutzbaren Bodenschätze, in: Geologie (Ost-Berlin) 20 (1971), Heft 6/7, S. 715-719.
- Gerhard, Dietrich: Adolf von Harnacks letzte Monate als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, in: ders.: Gesammelte Aufsätze, (=Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Band 54), Göttingen 1977, S. 245-267.
- Gimbel, John: Science, technology, and reparations. Exploitation and plunder in postwar Germany. Stanford, Calif.: Stanford University Press 1990.
- Glum, Friedrich: Das geheime Deutschland. Die Aristokratie der demokratischen Gesinnung, Berlin: Stilke 1930.
- Glum, Friedrich: Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964.
- Gottmann, Günther et al.: Aufgetaucht. Das Institut und Museum für Meereskunde im Museum für Verkehr und Technik Berlin, (=Berliner Beiträge zur Technikgeschichte und Industriekultur, hrsg. v. Museum für Verkehr und Technik Berlin, Schriftenreihe des Museums für Verkehr und Technik Berlin, Band 15), Berlin: Nicolaische Verlagsbuchhandlung 1996.
- Graham, Loren R.: The Ghost of the Executed Engineer. Technology and the Fall of the Soviet Union. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press 1993.
- Graham, Loren R.: The Soviet Academy of Sciences and the Communist Party, 1927-1932, (=Studies of the Russian Institute, Columbia University), Princeton, N.J.: Princeton University Press 1967.
- Grahn, Gerlinde: Quellen zu den Freundschaftsgesellschaften zur Sowjetunion in der Weimarer Republik. Zum 65. Jahrestag der Gründung der "Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" und 60. Jahrestag des "Bundes der Freunde der Sowjetunion", in: Archivmitteilungen (Berlin, DDR) 38 (1988), Heft 3, S. 81-85.
- Grau, Conrad / Winter, Eduard: Lomonosov, Schlözer, Pallas. Deutsch-russische Wissenschaftsbeziehungen im 18. Jahrhundert, (=Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, Bd. 12), Berlin: Akademie-Verlag 1962.
- Greenaway, Frank: Science international. A history of the International Council of Scientific Unions, Cambridge University Press 1996.
- Grießmer, Axel: Die kaiserliche Marine entdeckt die Welt. Forschungsreisen und Vermessungsfahrten im Spannungsfeld von Militär und Wissenschaft, 1874 bis 1914, in: Militärgeschichtliche 59 (2000), Heft 1, S. 61-98.
- Grimme, Adolf: Friedrich Schmidt-Ott, in: Mitteilungen aus der Max-Planck-Gesellschaft 2 (1956), S. 62-69.
- Gruzii, Muzej (Hrsg.): Nokalakevi archaeopolis. Archaeological excavations, [Texte in Georgisch, mit russischen und englischen Zusammenfassungen], Band 1 (1973-1977), Band 2 (1978-1982), Akademiâ nauk Gruzinskoj SSR, Tiflis: Mecniereba.
- Günzel, Hermann: Alfred Wegener und sein meteorologisches Tagebuch der Grönland-Expedition, 1906-1908, (=Schriften der Universitätsbibliothek Marburg, Band 59), Marburg: Universitätsbibliothek 1991.

- Haber, Fritz: Gold im Meerwasser, in: Zeitschrift für Angewandte Chemie 40 (1927), S. 303ff.
- Haffner, Sebastian: Der Teufelspakt. Die deutsch-russischen Beziehungen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg, Zürich: Manesse 1988.
- Hahn, Ralf: Gold aus dem Meer. Die Forschungen des Nobelpreisträgers Fritz Haber in den Jahren 1922-1927, Berlin: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik 1999.
- Hale, George Ellery: The International Organization of Research, in: The new world of science. Its development during the war, hrsg. v. Robert Mearns Yerkes, (=The Century New World Series), New York: The Century Co. 1920, S. 405-416.
- Hale, George Ellery: National Academies and the Progress of Research, in: Science 38 (1913), Heftnummer 958, S. 681-698.
- Hale, George Ellery: The Possibilities of Coöperation in Research, in: The new world of science. Its development during the war, hrsg. v. Robert Mearns Yerkes, (=The Century New World Series), New York: The Century Co. 1920, S. 393-404.
- Hammerstein, Notker: Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur, München: C.H.Beck 1999.
- Hansen, Asmus: Entwicklungsmöglichkeiten des Höhenflugmotors. Arbeitsverfahren und Leistungen von Gas- und Ölmotoren mit Vorverdichtung und Verwertung der Abgasenergie in Höhen von 0 bis 30 km, (=Technische Hochschule Dresden, Forschungsheft 344, B), VDI-Verlag Berlin 1931.
- Hansen, Asmus: Höhenflug des Forschungsflugzeugs Ju 49 am 21. 11. 1934, (=Deutsche Luftfahrtforschung, Forschungen, Bericht), 1935.
- Häßler, Hans-Jürgen: Die Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen, in: Rapallo - Modell für Europa? Friedliche Koexistenz und internationale Sicherheit heute, hrsg. v. Ulrike Hörster-Philipps et al., Köln: Pahl-Rugenstein 1987, S. 218-226.
- Heinrich, Horst-Alfred: Politische Affinität zwischen geographischer Forschung und dem Faschismus im Spiegel der Fachzeitschriften. Ein Beitrag zur Geschichte der Geographie in Deutschland von 1920 und 1945, (=Gießener Geographische Schriften, Band 70), Gießen: Geographisches Institut der Justus-Liebig-Universität 1991.
- Helbig, Herbert: Die Träger der Rapallo-Politik, (=Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Band 3), Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1958.
- Hencke, Andor: Erinnerungen an Otto Hoetzsch, in: Osteuropa 26 (1976), S. 863-869.
- Hendler, Reinhard: Selbstverwaltung als Ordnungsprinzip. Zur politischen Willensbildung und Entscheidung im demokratischen Verfassungsstaat der Industriegesellschaft, Köln: Carl Heymanns Verlag 1984.
- Herdemerten, Kurt: Die weiße Wüste. Mit Alfred Wegener in Grönland, 3. Aufl. Wiesbaden 1955.
- Hermann, Armin: Das 20. Jahrhundert - eine Epoche von Wissenschaft und Technik, (=Veröffentlichungen der Kester-Haeusler-Stiftung, Band 24), Fürstenfeldbruck: Kester-Haeusler-Stiftung 2001.
- Herrmann, Dieter P.: Wirtschaft, Staat und Wissenschaft. Der Ausbau der privaten Hochschul- und Wissenschaftsförderung im Kaiserreich, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 77 (1990), S. 350-368.
- von der Heydt, Eduard / von Rheinbaben, Werner: Auf dem Monte Verità. Erinnerungen und Gedanken über Menschen, Kunst und Politik, Zürich: Atlantis 1958.
- Hintze, Otto et al: Deutschland und der Weltkrieg, 2. erweiterte Aufl. Leipzig: B. G. Teubner 1916.
- Hoetzsch, Otto: Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau [1929], in: Osteuropa und Deutscher Osten. Kleine Schriften zu ihrer Geschichte, hrsg. v. Otto Hoetzsch, Königsberg/Preußen: Ost-Europa-Verlag 1934, S. 268-275.
- Höhler, Sabine: Luftfahrtforschung und Luftfahrtmythos. Wissenschaftliche Ballonfahrt in Deutschland 1880-1910, Frankfurt/New York, Campus 2001.
- Höhler, Sabine: Profilgewinn. Karten der Atlantischen Expedition (1925-1927) der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, in: NTM 10 (2002) Heft 4, S. 234-246.
- Höhler, Sabine: "Dichte Beschreibungen". Die Profilierung ozeanischer Tiefe im Lotverfahren von 1850 bis 1930, in: Gugerli, David (Hrsg.): Ganz normale Bilder. Historische Beiträge zur visuellen Herstellung von Selbstverständlichkeit, Zürich 2002, S. 19-46.
- Hoinkes, Herfried: Richard Finsterwalder und die internationale Glaziologie, in: Allgemeine Vermessungs-Nachrichten 71 (1964), Heft 12, S. 438-441.
- Horst, Max: Die Volksnähe der Wissenschaft. Gedanken zur Etatkrise der Forschung, in: Volkstum und Kulturpolitik. Eine Sammlung von Aufsätzen gewidmet Georg Schreiber zum Fünfzigsten Geburtstag, hrsg. v. Heinrich Konen / J. P. Steffes, Köln: Gilde Verlag GmbH 1932, S. 266ff.

- Hörster-Philipps, Ulrike: Joseph Wirth 1879-1956. Eine politische Biographie, (=Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, hrsg. v. Ulrich von Hehl et al., Reihe B: Forschungen, Band 82), Paderborn: Ferdinand Schöningh 1998.
- Jacobeit, Wolfgang: 'Volkskultur' im bürgerlichen 19. Jahrhundert. Zur Wissenschaftsgeschichte der deutschen Volkskunde, in: Abhandlungen und Berichte des Staatlichen Museums für Völkerkunde Dresden, Forschungsstelle 44 (1990), S. 53-65.
- Jaenicke, Johannes: Fritz Habers späte Jahre und die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, in: Fridericana. Zeitschrift der Universität Karlsruhe 35 (1984), Dezemberheft, S. 56-63.
- Jaffe, Bernhard: Vorposten der Wissenschaft. Durch die Werkstatt der großen Forscher in Amerika, Leipzig, Mährisch-Östrau: Julius Kittls Nachf. 1937.
- James, Preston E. / Martin, Geoffrey J.: All Possible Worlds. A History of Geographical Ideas. Second Edition. Maps and Illustrations by Eileen W. James, New York: John Wiley & Sons 1981.
- Jarausch, Konrad H.: Die Not der geistigen Arbeiter. Akademiker in der Berufskrise 1918-1933, in: Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat. Zum Verhältnis von Wirtschafts- und Sozialpolitik, hrsg. v. Werner Abelshäuser, (=Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte / Beiheft 81), Stuttgart 1987, S. 280-299.
- Josephson, Paul R.: Science Policy in the Soviet Union, 1917-1927, in: Minerva 26 (1988), Heft 3, S. 342-369.
- Jürgens, Adolf: Der Schriftentausch mit Rußland und der Aufbau russischer Bibliotheken in Deutschland, in: Inter Nationes 2 (1932), Heft 1, S. 10-14.
- Kaznelson, Siegmund (Hrsg.): Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelwerk, Dritte Ausgabe mit Ergänzungen und Richtigstellungen. Mit e. Geleitw. von Richard Willstätter, Berlin: Jüdischer Verl. 1962.
- Keck, Otto: The national system for technical innovation in Germany, in: National Innovation Systems, hrsg. v. Richard R. Nelson, New York: Oxford University Press 1993, S. 115-157.
- Kerkhof, Karl: Reichszentrale für naturwissenschaftliche Berichterstattung 1919-1929. Vertraulich! Berlin ca. 1930.
- Kirsche, Walter: Oskar Vogt 1870-1959. Leben und Werk und dessen Beziehung zur Hirnforschung der Gegenwart. Ein Beitrag zur 25. Wiederkehr seines Todestages, (=Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR: Mathematik, Naturwissenschaften, Technik, Band 13 (1985)), Berlin: Akademie-Verlag, 1986.
- von Klebelsberg, Raimund: Beiträge zur Geologie Westturkestans. Ergebnisse der Expedition 1913, Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 1922.
- von Klebelsberg, Raimund: Die wissenschaftliche Tätigkeit des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins, besonders 1920-1935, Stuttgart: Verlag des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins 1936.
- Kluge, Alexander: Die Universitäts-Selbstverwaltung. Ihre Geschichte und gegenwärtige Rechtsform, Frankfurt am Main: Vittorio Klostermann 1958.
- Köhler, Lotte / Saner, Hans (Hrsg.): Hannah Arendt, Karl Jaspers. Briefwechsel 1926-1969, München: Piper 1985.
- Konen, Heinrich: Aus dem Grenzgebiet von Technik und Forschung, in: Bericht über die Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1930 in Berlin, (=Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, hrsg. v. d. Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Band 16), Berlin: Karl Siegmund Verlag 1931, S. 62-73.
- Köppen, Wladimir: Alfred Wegener, in: Dr. A. Petermann's Mitteilungen aus Justus Perthes' Geographischer Anstalt 77 (1931), Heft 7/8, S. 169-171.
- Körper, Hans-Günther: Alfred Wegener, (=Biographien hervorragender Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner, Band 46), 2. erw. Aufl. Leipzig: Teubner 1982.
- Korzenewsky, Nik.: Einige Ergebnisse der Besichtigung des Fedtschenko- und Muschetow-(Kara-Sel) Gletschers im Pamir im Sommer 1924, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin (1925), Heft 5/6, S. 170-175.
- Krekeler, Norbert Friedrich: Zur Deutschtumspolitik des Auswärtigen Amtes in den durch den Versailler Vertrag abgetretenen Gebieten 1918 - 1933. Der Revisionsanspruch und die finanzielle Unterstützung deutscher Volksgruppen in Polen, Dissertation Dr. phil. Universität Bonn 1972.
- Krüger, Peter: Aleksandr Evgen'evic Fersman (1883-1945), in: Biographien bedeutender Geowissenschaftler der Sowjetunion, hrsg. v. M. Guntau, (=Schriftenreihe für geologische Wissenschaften, Band 14), Berlin (Ost): Akademie-Verlag 1979, S. 145-151.

- Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1985.
- Krüger, Peter: A Rainy Day, April 16, 1922: The Rapallo Treaty and the Cloudy Perspective for German Foreign Policy, in: Genoa, Rapallo, and European Reconstruction in 1922, hrsg. v. Carole Fink / Axel Frohn / Jürgen Heideking, (=Publications of The German Historical Institute, Washington, D.C.), Cambridge Univ. Pr. 1991, S. 49-64.
- Kruse, Volker: Historisch-soziologische Zeitdiagnostik der zwanziger Jahre, in: Geisteswissenschaften zwischen Kaiserreich und Republik. Zur Entwicklung von Nationalökonomie, Rechtswissenschaft und Sozialwissenschaft im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Knut Wolfgang Nörr / Bertram Schefold / Friedrich Tenbruck, Stuttgart 1994, S. 375-401.
- Labitzke, Karin: Die Stratosphäre. Phänomene, Geschichte, Relevanz, Berlin: Springer 1999.
- Laitko, Hubert: Persönlichkeitszentrierte Forschungsorganisation als Leitgedanke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Reichweite und Grenzen, Ideal und Wirklichkeit, in: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip, hrsg. v. Bernhard vom Brocke / Hubert Laitko, Berlin, New York: de Gruyter 1996, S. 583-632.
- Laqueur, Walter: Russia and Germany. A century of conflict, Boston: Little, Brown & Co. 1965.
- Lersch, Edgar: Die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1918-1932, in: Deutsche Auswärtige Kulturpolitik seit 1871, hrsg. v. Kurt Düwell / Werner Link, (Beiträge zur Geschichte der Kulturpolitik, Band 1), Köln etc.: Böhlau 1981, S. 101-125.
- Lersch, Edgar: Hungerhilfe und Osteuropakunde. Die "Freunde des neuen Rußland" in Deutschland, in: Koenen, Gerd (Hrsg.): Deutschland und die russische Revolution, 1917 – 1924, (=Russen und Rußland aus deutscher Sicht. West-östliche Spiegelungen / Reihe A, Band 5, Wuppertaler Projekt zur Erforschung der Geschichte deutsch-russischer Fremdbilder), München: Wilhelm Fink 1998, S. 617-645.
- Linke, Horst Günther (Hrsg.): Quellen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1917-1945, (=Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe, Band 8), Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1998.
- Lischke, Ralph-Jürgen: Friedrich Althoff und sein Beitrag zur Entwicklung des Berliner Wissenschaftssystems an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, (=Berliner Beiträge zur Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik, Band 11), Berlin: Sigma 1990.
- Liszkowski, Uwe: Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch, (=Osteuropaforschung, Band 19), [Habilitationsschrift, Christian-Albrechts-Universität Kiel 1984] 2 Bände, Berlin: Verlag A. Spitz 1988.
- Löbe, Paul / Neubacher, Hermann: Die österreichisch-deutsche Anschlussbewegung. Wurzeln / Leipzig: Unikum 1926.
- Longerich, Peter: Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte, Hannover: Fackelträger 1995.
- Lüdecke, Cornelia: Die deutsche Polarforschung seit der Jahrhundertwende und der Einfluss Erich von Drygalskis, (=Berichte zur Polarforschung, Band 158), Bremen: Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung 1995.
- Lüdicke, Reinhart: Die Preußischen Kultusminister und ihre Beamten im ersten Jahrhundert des Ministeriums 1817-1917. Im amtlichen Auftrage bearbeitet von Dr. Reinhard Lüdicke, Archivar am Geheimen Staatsarchiv Berlin, Berlin: Cotta'sche 1918.
- Ludloff, Rudolf: Der Aufenthalt deutscher Hochschullehrer in Moskau und Leningrad 1925 anlässlich des 200jährigen Bestehens der Russischen Akademie der Wissenschaften und ihrer Umwandlung in die Akademie der Wissenschaften der DDR, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena 6 (1957), Heft 6, S. 709-721.
- MacLeod, Roy: Der wissenschaftliche Internationalismus in der Krise. Die Akademien der Alliierten und ihre Reaktion auf den Ersten Weltkrieg, in: Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914-1945, hrsg. v. Wolfram Fischer / Rainer Hohlfeld / Peter Nötzold, Berlin: Akademie 2000, S. 317-349.
- MacLeod, Roy: Secrets among Friends: The Research Information Service and the "Special Relationship" in Allied Scientific Information and Intelligence, 1916-1918, in: Minerva 37 (1999), S. 201-233.
- Mai, Richard: Auslandsdeutsche Quellenkunde 1924-1933, in Verb. mit d. Volksbund f. d. Deutschtum im Ausland hrsg. v. Emil Clemens Scherer, Berlin: Weidmann 1936.
- Mälzer, Gottfried: Notgemeinschaft und Literaturbeschaffung. Wissenschaftsförderung nach dem Ersten Weltkrieg, in: Aus dem Antiquariat. Beilage zum Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 160 (1993), Heft 9, Sp. A329-A341.

- Manegold, Karl-Heinz: Universität, Technische Hochschule und Industrie. Ein Beitrag zur Emanzipation der Technik im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der Bestrebungen Felix Kleins, Berlin 1970.
- Marburg, Fritz: Der Antisemitismus in der Deutschen Republik, Wien: Josef Brenner 1931.
- Marchand, Suzanne: Down from Olympus. Archaeology and philhellenism in Germany, 1750-1970, Princeton, NJ: Princeton Univ. Pr. 1996.
- Marsch, Ulrich: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Gründung und frühe Geschichte, 1920-1925, (=Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Band. 10), Frankfurt am Main: P. Lang 1994.
- Megerle, Klaus: Die Erfahrung der Weimarer Republik. Fehlender Grundkonsens in einer fragmentierten Gesellschaft, in: Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hrsg. v. Peter Steinbach / Johannes Tuchel, Berlin 1994, S. 68-84.
- Mertens, Lothar: Der 'neue Geist' an den deutschen Hochschulen 1934-1936. Gutachten und Stellungnahmen über Stipendiumsanhänger der DFG, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6 (1997), S. 203-217.
- Mertens, Lothar: "Der Präsident als Führer" - Johannes Starks dominanter Einfluss. Diskontinuitäten und Zäsuren in der DFG-Förderpolitik 1934-1936 aufgrund der Präsidentenanweisung. Kommentar auf der Tagung „Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Interaktionen, Kontinuitäten und Bruchzonen vom späten Kaiserreich bis zur frühen Bundesrepublik / DDR“, Leitung: Rüdiger vom Bruch, Harnack-Haus, Berlin-Dahlem, am 19. Mai 2000.
- Merz, Alfred: Aufgaben meereskundlicher Forschung im Atlantischen Ozean. Am 27. Juni 1924 in einer von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft veranstalteten Versammlung in der Universität Berlin vorgetragen, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 24 (1925), S. 7f. u. 251-255.
- Metzger, Stephan: Sven Hedin, der letzte Forschungsreisende (1865-1952). Ein Pionier im Übergang zum Jahrhundert der Spezialforschung. Ausstellung der Bibliothek des Deutschen Museums "Nordische Entdecker" vom 3. Oktober bis 20. November 1997, [Katalog] München: Deutsches Museum 1997.
- Metzler, Gabriele: "Welch ein deutscher Sieg!" Die Nobelpreise von 1919 im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 44 (1996), Heft 2, S. 173-200.
- Mick, Christoph: Kulturbeziehungen und außenpolitisches Interesse. Neue Materialien zur "Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas" in der Zeit der Weimarer Republik, in: Osteuropa 43 (1993), Heft 10, S. 914-928.
- Morsbach, Adolf: Deutsche Kulturpolitik im Ausland, in: Volkstum und Kulturpolitik. Eine Sammlung von Aufsätzen gewidmet Georg Schreiber zum Fünfzigsten Geburtstage, hrsg. v. Heinrich Konen / J. P. Steffes, Köln: Gilde Verlag GmbH 1932, S. 237-265.
- Müller, Wolfgang: Rußlandberichterstattung und Rapallopolitik. Deutsch-Sowjetische Beziehungen 1924-1933 im Spiegel der deutschen Presse, Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes 1983.
- Müller-Hill, Benno: Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken, 1933-1945, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1984.
- Münch, Hans: Die Gesellschaft der Freunde des Neuen Rußland, Berlin (Ost): Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 1958.
- Murav'ev, Jurij P.: W. I. Lenin und die sowjetisch-deutschen Kulturbeziehungen in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 19 (1971), Heft 6, S. 798-803.
- Nägel, Adolph: Die technisch-wissenschaftliche Lehre und Forschung in den Vereinigten Staaten von Amerika, in: Mitteilungen des Verbandes der Deutschen Hochschulen 5 (1925), Heft 5, S. 94-100.
- Nakayama, Shigeru: Academic and scientific traditions in China, Japan, and the West. Übersetzt von Jerry Dusenbury, Tokyo: University of Tokyo Pr. 1984.
- Neufeld, Michael J.: Die Rakete und das Reich. Wernher von Braun, Peenemünde und der Beginn des Raketenzeitalters. Aus dem Amerikan. von Jens Wagner, 2., überarb. Aufl. Berlin: Henschel 1999.
- Nicolaou, Stéphane: Lindbergh et la traversée de l'Atlantique Nord, in: Pégase 105 (2002), S. 4-31.
- Niedhart, Gottfried: Die Außenpolitik der Weimarer Republik, (=Enzyklopädie deutscher Geschichte, hrsg. v. Lothar Gall, Band 53), München: Oldenbourg 1999.

- Nipperdey, Thomas / Schmutge, Ludwig: 50 Jahre Forschungsförderung in Deutschland. Ein Abriss der Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920-1970, Bad Godesberg: Deutsche Forschungsgemeinschaft 1970.
- Nötzold, Jürgen: Die deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen, in: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens, hrsg. v. Rudolf Vierhaus / Bernhard vom Brocke, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1990, S. 778-800.
- Obst, Erich: Die geopolitischen Leitlinien des europäischen Russland, in: Bausteine zur Geopolitik, hrsg. v. Karl Haushofer et al., Berlin-Grunewald: Kurt Vowinckel 1928, S. 81-105.
- Oreskes, Naomi: The rejection of continental drift, in: Historical Studies in the Physical and Biological Sciences 18 (1988), S. 311-348.
- Orlovius, Heinz (Hrsg.): Luftverkehr über dem Ozean. Mit einem Geleitwort von Staatssekretär Erhard Milch, (=Das Meer in volkstümlicher Darstellung, Band 2), Berlin: E.S.Mittler&Sohn 1934.
- Penck, Albrecht: Die Deutsche Atlantische Expedition, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde 24 (1925), S. 243-251.
- Penck, Albrecht: Die Vergletscherung der Deutschen Alpen. Ihre Ursachen, periodische Wiederkehr und ihr Einfluss auf die Bodengestaltung. Gekrönte Preisschrift, Leipzig: Johann Ambrosius Barth 1882.
- Perrey, Hans-Jürgen: Der Wirtschaftsausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels, (=Studien zur modernen Geschichte, Band 31), München: Oldenbourg 1985.
- Pfetsch, Frank R.: Datenhandbuch zur Wissenschaftsentwicklung. Die staatliche Finanzierung der Wissenschaft in Deutschland 1850-1975, (=Datenhandbücher für die historische Sozialforschung, hrsg. v. Heinrich Best et al., Band 1), Köln: Zentrum für historische Sozialforschung 1982.
- von Pistorius, Theodor: Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen, in: Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften 88 (1930), Heft 3, S. 545ff.
- Plessner, Helmuth: Zur Soziologie der modernen Forschung und ihrer Organisation in der Deutschen Universität - Tradition und Ideologie (1924), in: ders.: Gesammelte Schriften. Band 10: Schriften zur Soziologie und Sozialphilosophie, Frankfurt am Main 1985, S. 7-30.
- Pohle, Richard: Russland und das Deutsche Reich, Berlin: K. Schroeder 1922.
- Pohle, Richard: Sibirien als Wirtschaftsraum. Eine Einführung in das Leben Sibiriens, Bonn: K. Schroeder 1921.
- Raab, Friedrich: Der Reichssparkommissar und seine Aufgaben, in: Reich und Länder. Zeitschrift für die Entwicklung der Verfassung und Verwaltung in Deutschland 4 (1930), S. 96-102.
- Rasch, Manfred: Wissenschaft und Militär. Die Kaiser Wilhelm Stiftung für kriegstechnische Wissenschaften, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 49 (1991), Heft 5, S. 73-120.
- Rebenich, Stefan: Theodor Mommsen und Adolf von Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Mit einem Anhang: Edition und Kommentierung des Briefwechsels, Berlin / New York: Walter de Gruyter 1997.
- Redemann, Hans: Die bahnbrechenden Konstruktionen im Flugzeugbau, Stuttgart: Motorenbuch Verlag 1989.
- Regel, Christoph: Organisation und Verantwortlichkeiten für Entwicklung und Erprobung 1920-1945, in: Flugerprobungsstellen bis 1945. Johannisthal, Lipezk, Rechlin, Travemünde, Tarnowitz, Peenemünde-West, hrsg. v. Heinrich Beauvais / Karl Kössler / Max Mayer, Bonn: Bernard&Graefe 1998, S. 50-54.
- Richter, Jochen: Medicine and politics in Soviet-German relations in the 1920s. A contribution to Lenin's pathobiography, in: Fierens, Eric et al. (Hrsg.): Proceedings of the XXXIInd International Congress on the History of Medicine, Antwerpen: Societas Belgica Historiae Medicinae 1990, S. 1063-1071.
- Richter, Steffen: Forschungsförderung in Deutschland 1920-1936. Dargestellt am Beispiel der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und ihrem Wirken für das Fach Physik, (=Technikgeschichte in Einzeldarstellungen, Band 23), Düsseldorf 1972.
- Richter, Thomas: Die Deutsch-Russische Medizinische Zeitschrift in ihrer Bedeutung für die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit auf medizinischem Gebiet 1925 bis 1928, Dissertation A an der Medizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin 1987.
- Rickmers, Willy Rickmer: Organisation und Verlauf der Expedition, in: Die Alai-(Pamir-)Expedition 1928. Vorläufige Berichte der deutschen Teilnehmer, (=Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der

- Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft), . Band 10), Berlin: Karl Siegismund 1929, S. 19-60.
- Rickmers, Willi Rickmer: Querschnitt durch mich, München: Gesellschaft alpiner Bücherfreunde 1930.
- Ringer, Fritz K.: The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community, 1890-1933, Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Pr. 1969.
- Ritchie, George Stephen: The Admiralty Chart. British Naval Hydrography in the Nineteenth Century, London, Sydney: Hollis & Carter 1967.
- Rittelmeyer, Friedrich: Aus meinem Leben, Stuttgart: Urachhaus 1937.
- Rittelmeyer, Friedrich: Ausgewählte Predigten aus der Nürnberger Zeit (dem Werk "Leben aus Gott" entnommen), Halle/Saale: Max Niemeyer 1934.
- Rittelmeyer, Friedrich: Der Pfarrer. Erlebtes und Erstrebtes. Zweite umgearbeitete Auflage, Ulm: Heinrich Kerler Verlags-Conto 1911.
- Rittelmeyer, Friedrich: Die Gemeinschaft - durch Christus, in: ders.: Welterneuerung, (=Christus aller Erde, Band 1), München: Michael Verlag 1923, S. 39-49.
- Ritter, Gerhard A.: Die Entstehung des Räteartikels 165 der Weimarer Reichsverfassung, in: Historische Zeitschrift 258 (1994), S. 73-112.
- Ritter, Gerhard A.: Motive und Organisationsformen der internationalen Wissenschaftsbeziehungen und die Anfänge einer auswärtigen Kulturpolitik im deutschen Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg, in: Studien zur Geschichte Englands und der deutsch-britischen Beziehungen. Festschrift für Paul Kluge, hrsg. v. Lothar Kettenacker / Manfred Schlenke / Hellmut Seier, München: Wilhelm Fink 1981, S. 153-200.
- Rohrbach, Klaus: Alfred Wegener. Erforscher der wandernden Kontinente, Stuttgart: Freies Geistesleben 1993.
- Rosenfeld, Günter: Sowjetunion und Deutschland, 1922-1933, Berlin (Ost): Akademie-Verlag 1984.
- Rozwadowski, Helen M.: Small world. Forging a scientific maritime culture for oceanography, in: Isis 87 (1996), S. 409-429.
- Sachse, Arnold: Friedrich Althoff und sein Werk, Berlin: E.S.Mittler&Sohn 1928.
- Salomon, Jean-Jacques: The future of science policy, in: Turney, Jon / Ursprung, Heinrich P.K. (Hrsgg.): What is science policy to science - what is science to science policy. Internationales wissenschaftliches Symposium der Professur für Wissenschaftsphilosophie und Wissenschaftsforschung unter dem Patronat der Schulleitung der ETH Zürich vom 5. und 6. Februar 1997, ETH Zürich 1997.
- Satzinger, Helga: Die Geschichte der genetisch orientierten Hirnforschung von Cécile und Oskar Vogt (1875-1962, 1870-1959) in der Zeit von 1895 bis ca. 1927, (=Braunschweiger Veröffentlichungen zur Geschichte der Pharmazie und der Naturwissenschaften, Band 41), Stuttgart: Deutscher Apotheker Verlag 1998.
- Scheidemann, Christiane: Botschafter in Moskau (1922-1928). Die Anfänge der deutsch-sowjetischen Beziehungen und Rantzaus rußlandpolitische Ambitionen, in: dies.: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928). Eine politische Biographie, (=Europäische Hochschulschriften. Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 788), Frankfurt/Main etc.: Peter Lang 1998, S. 533-712.
- Schelhaas, Bruno / Hönsch, Ingrid: History of German Geography. Worldwide Reputation and Strategies of Nationalisation and Institutionalisation, in: Geography. Discipline, Profession and Subject since 1870. An international survey, hrsg. v. Gary S. Dunbar, (=The GeoJournal Library, Band 62), Dordrecht: Kluwer 2001, S. 10-43.
- Schenk, Doris: Zu den Beziehungen der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, in: Gattungen in den Slavischen Literaturen. Beiträge zu ihren Formen in der Geschichte. Festschrift für Alfred Rammelmeyer, hrsg. v. Hans-Bernd Harder et al., Köln: Böhlau 1988, S. 3-64.
- Schiera, Pierangelo: Die Krise der Wilhelminischen Wissenschaft. Vom Verfassungsfaktor zur sozialen Funktion, in: ders.: Laboratorium der bürgerlichen Welt. Deutsche Wissenschaft im 19. Jahrhundert, Frankfurt a. Main: Suhrkamp 1992, S. 257-301.
- Schlögel, Karl: Von der Vergeblichkeit eines Professorenlebens: Otto Hoetzsch und die deutsche Rußlandkunde, in: ders.: Berlin. Ostbahnhof Europas. Russen und Deutsche in ihrem Jahrhundert, Berlin: Siedler 1998, S. 308-324.
- Schlögel, Karl (Hrsg.): Chronik russischen Lebens in Deutschland 1918-1941, Berlin: Akademie Verlag 1999.

- Schlösser, Karl: Die Deutschnationale Volkspartei und die Annäherung Deutschlands an Sowjetrußland, 1918-1922, Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität Mainz 1956.
- Schmidt, Rudolf: Gemeinschaftsarbeit. Maßstabkontrolle des Deutschen Hauptdreiecknetzes im rheinisch-hessischen Raum. Elektromagnetische Streckenmessungen 1958 bis 1970, (=Veröffentlichungen der Deutschen Geodätischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Band B 186), München 1971.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Die Kulturaufgaben und das Reich, in: Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 13 (1919), Heft 5, S. 450-463.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, in: Die Woche 23. Jg. (1921), Nr. 5, Berlin: A. Scherl 1921.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft über ihre Tätigkeit bis zum 31. März 1922, Wittenberg: Dr. Henosé Ziemsen 1922.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Zweiter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1922 bis zum 31. März 1923, Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1923.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Dritter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1923 bis zum 31. März 1924, Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1924
- Schmidt-Ott, Friedrich: Vierter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1925, Halle (Saale): Emil Wolff & Söhne 1925.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Denkschrift über den Rückgang in der Verbreitung deutscher wissenschaftlicher Werke und Zeitschriften im Auslande. Anlage 1.: Bericht über den Rückgang in d. Verbreitung von wissenschaftl. Werken u. Zeitschriften im Auslande in der vom Auswärtigen Amt einberufenen Besprechung am 11. Dez. 1925 erstattet. Anlage 2.: Auszug aus Jahresberichten der Universitäts-Bibliothek in Christiania, Lund und Upsala, Berlin: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 1925.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Fünfter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1925 bis zum 31. März 1926, Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1926.
- Schmidt-Ott, Friedrich: 22. Versammlung Deutscher Bibliothekare in Wien am 26.-29. Mai 1926, in: Zentralblatt für Bibliothekswesen 43 (1926), Heft 9/10, S. 426.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Die Arbeit der deutschen Medizin am werktätigen Volk. Ein Rückblick auf die Essener Woche, in: Forschungen und Fortschritte 1 (1926), Heft 5/6, S. 36-37.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Achter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1928 bis zum 31. März 1929, Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1929.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Kann die staatliche Förderung der deutschen Kulturaufgaben durch Zusammenfassung und planmäßige Finanzierung gesteigert werden? In: Reich und Länder 3 (1929), Heft 2, S. 110-114.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Aus dem Werden der Notgemeinschaft, in: Neunter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft) umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930, Berlin: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 1930, S. 9-41.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Neunter Bericht der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft) umfassend ihre Tätigkeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930, Berlin: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1930.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Mitgliederversammlung in Krolls Festsälen in Berlin am 31. Oktober 1930, in: Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft (Hrsg.): Bericht über die Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1930 in Berlin, (=Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, Band 16), Berlin: Karl Siegismund Verlag 1931.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und Ausland, in: Inter Nationes 2 (1932), Heft 1, S. 7-9. [Zeitschrift für die Kulturellen Beziehungen Deutschlands zum Ausland, hrsg. v. Deutschen Institut für Ausländer in Verbindung mit dem Akademischen Auskunftsamt an der Universität Berlin]
- Schmidt-Ott, Friedrich / Zimmermann, Walther: Von den Vorfahren. Werden und Erleben eines deutschen Bürgerhauses. Als Handschrift für die Familie gedruckt, 1937.
- Schmidt-Ott, Friedrich: Erlebtes und Erstrebtes. 1860-1950, Wiesbaden: Franz Steiner 1952.

- Schneck, Peter: Publikationen deutscher und sowjetischer Ärzte in der Zeitschrift "Das neue Rußland" (1923-1932), in: Die Deutsch-Sowjetischen Beziehungen im Gesundheitswesen. Beiträge zur wissenschaftlichen Konferenz "Der Rote Oktober, die Vorzüge des sozialistischen Gesundheitsschutzes und die Anforderungen an das Gesundheitswesen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin, 20. November 1987, hrsg. v. Bernhard Meyer / Horst Spaar, Berlin (Ost): Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR 1987, S. 49-57.
- Schneller, Gerhard: Das Werk August Thienemanns. Die theoretische Begründung und Entwicklung der ökologischen Limnologie und allgemeinen Ökologie zur eigenständigen Wissenschaft, [Univ. München Diss., 1993] (=Europäische Hochschulschriften. Reihe XLII: Ökologie, Umwelt und Landespflanze, Band 10), Frankfurt am Main: Peter Lang, 1993.
- Schöner, Hellmut: Sowjetische Expeditionen im Pamir und Tianschan 1928-1947, in: Jahrbuch des Deutschen Alpenvereins (Alpenvereinszeitschrift) 77 (1952), S. 26-36.
- Schott, Gerhard: Weltkarte zur Übersicht der Meeresströmungen und Schiffswege, Berlin: Deutsche Seewarte Hamburg 1917.
- Schott, Wolfgang: Early German oceanographic Institutions, expeditions and oceanographers: compiled for the 4th international congress on the history of oceanography [September 1987, Hamburg], Hamburg: Deutsches Hydrographisches Institut 1987.
- Schreiber, Georg: Deutsche Medizin und Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Geschehnisse und Erlebnisse deutscher Medizinalpolitik und Kulturpolitik, Leipzig: Quelle & Meyer 1926.
- Schreiber, Georg: Deutsche Wissenschaftspolitik von Bismarck zu Atomwissenschaftler Otto Hahn. Betrachtungen zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches, (=Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Geisteswissenschaften, Band 6), Köln: Westdeutscher Verl. 1954.
- Schreiber, Georg. Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Reiches. Leipzig: Quelle&Meyer 1923.
- Schroeder-Gudehus, Brigitte: The Argument for Self-Government and Public Support of Science in Weimar Germany, in: Minerva 10 (1972), Heft 4, S. 537-570.
- Schroeder-Gudehus, Brigitte: Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik 1919-1933. Vom Boykott und Gegen-Boykott zu ihrer Wiederaufnahme, in: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens, hrsg. v. Rudolf Vierhaus / Bernhard vom Brocke, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1990, S. 858-885.
- Schroeder-Gudehus, Brigitte: Les professeurs allemands et la politique du rapprochement, in: Annales d'études internationales 1 (1970), S. 23-44.
- Schroeder-Gudehus, Brigitte: Les scientifiques et la paix. La communauté scientifique internationale au cours des années 20, Montréal: Les presses de l'Université de Montréal 1978.
- Schultz, Hans-Dietrich: Versuch einer Historisierung der Geographie des Dritten Reiches am Beispiel des geographischen Großraumdenkens, in: Fahlbusch, Michael / Rössler, Mechthild / Siegrist, Dominik: Geographie und Nationalsozialismus. 3 Fallstudien zur Institution Geographie im Deutschen Reich und der Schweiz, (=Urbs et Regio. Kasseler Schriften zur Geographie und Planung, Band 51), Kassel: Gesamthochschule Kassel 1989, S. 1-75.
- Schulze, Winfried (Hrsg.): Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte, (=Selbstzeugnisse der Neuzeit, Band 2), Berlin: Akad.-Verl. 1996.
- Schulze, Winfried: Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft 1920-1995. Unter Mitarbeit von Sven Bergmann und Gerd Helm, Berlin: Akademie-Verlag 1995.
- Schwarzbach, Martin: Alfred Wegener und die Drift der Kontinente, (=Große Naturforscher, Band 42), Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft 1980.
- Seeberg, Reinhold: Friedrich Schmidt-Ott und die deutsche Wissenschaft, in: Aus fünfzig Jahren deutscher Wissenschaft. Die Entwicklung ihrer Fachgebiete in Einzeldarstellungen, hrsg. v. Gustav Abb, Berlin etc.: de Gruyter, Herder, Oldenbourg, Teubner 1930, S. 1-8.
- Smith, John K.: Thinking about technological change. Linear and evolutionary models, in: Learning and technological change, hrsg. v. Ross Thomson, London: Macmillan; New York: St. Martin's Press 1993, S. 65-79.
- Solomon, Susan Gross: The Soviet-German syphilis expedition to Buriat Mongolia, 1928. Scientific research on national minorities, in: Slavic Review 52 (1993), Heft 2, S. 204-232.

- Solomon, Susan Gross: The Soviet-German syphilis expedition, 1928. The hidden face of joint scientific ventures, in: Big culture. Intellectual cooperation in large-scale cultural and technical systems, hrsg. v. Giuliana Gemelli, Bologna: Clueb 1994, S. 183-201.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München: Nymphenburger Verl.-Hdgl. 1962.
- Sorge, Ernst: Deutsche Grönland-Expedition Alfred Wegener, (=Beihefte der Reichsanstalt für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht, Nr. 227,1), Stuttgart: Kohlhammer 1939.
- Spieß, Fritz: Das Forschungsschiff und seine Reise, in: Deutsche Atlantische Expedition auf dem Forschungs- und Vermessungsschiff "Meteor". Ausgeführt unter der Leitung von Professor Dr. A. Merz (\*) und Kapitän z. S. F. Spieß. Wissenschaftliche Ergebnisse, hrsg. v. hrsg. im Auftr. d. Notgemeinschaft d. Dt. Wissenschaft von Albrecht Defant, Teil 1, Berlin: de Gruyter 1932.
- Spieß, Fritz: Die Meteor-Fahrt. Forschungen und Erlebnisse der Deutschen Atlantischen Expedition 1925-1927. Mit 34 Textfiguren, 420 Abbildungen auf 130 Tafeln und 4 farbigen Karten, Berlin: Dietrich Reimer 1928.
- Spieß, Fritz: Die Vermessungen und wissenschaftlichen Forschungen der Kaiserlichen Marine. Teil 1, in: Marine-Rundschau 26 (1921), Heft 11, S. 454-461.
- Spieß, Fritz: Die Vermessungen und wissenschaftlichen Forschungen der Kaiserlichen Marine. Teil 2: Die Entwicklung der Vermessungsmethoden und der Fachausbildung, in: Marine-Rundschau 27 (1922), Heft 1, S. 26-34.
- Spieß, Fritz: Die Vermessungen und wissenschaftlichen Forschungen der Kaiserlichen Marine. Teil 3: Die Mitarbeit der Marine an der wissenschaftlichen Erforschung der Meere, in: Marine-Rundschau 27 (1922), Heft 2, S. 79-86.
- Steguweit, Wolfgang: Der "Adlerschild des Deutschen Reiches, in: Berlinische Monatsschrift 9 (2000), Heft 6, S. 182-187.
- Steiner, Walter: Auf den Gletschern des Pamir. Ein geologisches Abenteuer, Leipzig 1982.
- Steiner, Walter: Der Beitrag deutscher Geowissenschaftler bei der Erforschung des Pamir (UdSSR/Tadshikische SSR), in: Zeitschrift für geologische Wissenschaften 4 (1976), Heft 2, S. 277-294.
- Stock, Alfred: Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und die Chemie, in: Zeitschrift für angewandte Chemie 41 (1928), Heft 46 [17. November 1928], S. 1233f.
- Stokes, Donald E. / Armacost, Michael H.: Pasteur's Quadrant: Basic Science and Technological Innovation, Washington, D.C.: Brookings Institution 1997.
- Stoltzenberg, Dietrich: Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude. Eine Biographie. Weinheim: VCH 1994.
- Stucke, Andreas: Institutionalisierung der Forschungspolitik. Entstehung, Entwicklung und Steuerungsprobleme des Bundesforschungsministeriums, (=Schriften des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Band 12), Frankfurt/Main: Campus 1993.
- Sütterlin, Ingmar: Die "Russische Abteilung" des Auswärtigen Amtes in der Weimarer Republik, (=Historische Forschungen, Band 51), Berlin: Duncker&Humblot 1994.
- Sutton, Antony C.: Western Technology and Soviet Economic Development 1917 to 1930, Stanford, Calif.: Hoover Institution on War, Revolution and Peace, Stanford University 1968.
- Szöllösi-Janze, Margit: Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie, München: C.H.Beck 1998.
- Thiel, Christian: Art. "objektiv/Objektivität", in: Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie, hrsg. v. Jürgen Mittelstraß / Gereon Wolters, Band 2, Stuttgart: Metzler 1995, Sp. 1052-1054.
- Titze, Hartmut: Der Akademikerzyklus. Historische Untersuchungen über die Wiederkehr von Überfüllung und Mangel in akademischen Karrieren, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1990.
- Titze, Hartmut et al.: Wachstum und Differenzierung der deutschen Universitäten 1830-1945. Datenhandbuch zur deutschen Bildungsgeschichte, Göttingen: Vandenhoeck&Ruprecht 1995.
- Tobies, Renate: Wissenschaftliche Schwerpunktbildung. Der Ausbau Göttingens zum Zentrum der Mathematik und Naturwissenschaften, in: Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter. Das 'System Althoff' in historischer Perspektive, hrsg. v. Bernhard vom Brocke, Hildesheim: Edition Bildung und Wissenschaft 1991.
- Treue, Wolfgang: Friedrich Schmidt-Ott, in: Wissenschaftspolitik in Berlin, hrsg. v. Wolfgang Treue / Karlfried Gründer, (=Berlinische Lebensbilder, Band 3), Berlin: Colloquium 1987, S. 235-250.
- Treue, Wolfgang: Neue Wege der Forschung, ihrer Organisation und ihrer Förderung: Friedrich Schmidt-Ott (4. 6. 1860-24.4.1956), in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 12 (1989), S. 229-238.

- Trischler, Helmuth: Dokumente zur Geschichte der Luft- und Raumfahrtforschung in Deutschland 1900-1970, (=Mitteilungen der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt, Band 8), Köln: DLR 1992.
- Tutzke, Dietrich: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Medizin während der Weimarer Republik, in: Die Deutsch-Sowjetischen Beziehungen im Gesundheitswesen. Beiträge zur wissenschaftlichen Konferenz "Der Rote Oktober, die Vorzüge des sozialistischen Gesundheitsschutzes und die Anforderungen an das Gesundheitswesen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, Berlin, 20. November 1987, hrsg. v. Bernhard Meyer / Horst Spaar, Berlin (Ost): Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR 1987, S. 32-39.
- von Twardowski, Fritz: Anfänge der deutschen Kulturpolitik zum Ausland, hrsg. v. Inter Nationes, Bonn-Bad Godesberg 1970.
- Varcoe, Ian: The Department of Scientific and Industrial Research. A study in the growth of organized science, Thesis D.Phil. University of Oxford 1972.
- Vogt, Oskar (Hrsg.): Die Naturwissenschaften in der Sowjetunion. Vorträge ihrer Vertreter während der 'Russischen Forscherwoche' in Berlin 1927. Herausgegeben im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas. Berlin, Königsberg: Ost-Europa-Verlag 1929.
- Voigt, Gerd: Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde 1913 bis 1965, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 15 (1966), Heft 1, S. 1-18.
- Voigt, Gerd: Otto Hoetzsch, 1876-1946. Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers, (=Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas, Band 21), Berlin: Akademie-Verlag 1978.
- Voigt, Gerd: Otto Hoetzsch, Karl Stählin und die Gründung des Russischen Wissenschaftlichen Instituts, in: Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg, hrsg. v. Karl Schlögel, Berlin: Akademie 1995, S. 267-278.
- Vucinich, Alexander: Empire of knowledge. The Academy of Sciences of the USSR (1917-1970), Berkeley: University of California Pr. 1984.
- Watermann, Burkhard: Exposition on historical aspects of marine research in Germany. 4th International Congress on the History of Oceanography, Hamburg, 23.-29. September 1987, (=Deutsche Hydrographische Zeitschrift. Ergänzungsheft Reihe B. No. 21), Hamburg 1989.
- Weber, Alfred: Die Not der geistigen Arbeiter, Leipzig: Duncker & Humblot 1923.
- Wegener, Alfred: Deutsche Inlandeis-Expedition nach Grönland. Vorexpedition 1929, in: Reisen und Ausgrabungen, (=Deutsche Forschung. Aus der Arbeit der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, hrsg. v. Friedrich Schmidt-Ott, Band 13), Berlin: Karl Siegmund 1930.
- Wegener, Else (Hrsg.): Alfred Wegener. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Wiesbaden: Brockhaus 1960.
- Wegener, Else (Hrsg.): Alfred Wegener: Mit Motorboot und Schlitten in Grönland, Bielefeld 1930.
- Wegener, Kurt (Hrsg.): Deutsche Grönland-Expedition Alfred Wegener. Wissenschaftliche Ergebnisse, Band 3: Glaziologie, Leipzig: Brockhaus 1935.
- Wegner, Gerd: Some older oceanographic instruments from the stocks of the Deutsches Hydrographisches Institut, in: Exposition on historical aspects of marine research in Germany. 4th International Congress on the History of Oceanography, Hamburg 23.-29. September 1987, (=Deutsche Hydrographische Zeitschrift. Ergänzungsheft Reihe B. No. 21), Hamburg 1989, S. 47-68.
- Wehling, Franz B. H.: Zur Auslandskunde der Nachkriegszeit, in: Volkstum und Kulturpolitik. Eine Sammlung von Aufsätzen gewidmet Georg Schreiber zum Fünfzigsten Geburtstage, hrsg. v. Heinrich Konen / J. P. Steffes, Köln: Gilde Verlag GmbH 1932, S. 158ff.
- Weindling, Paul J.: German-Soviet Medical Co-operation and the Institute for Racial Research, 1927-1935, in: German History 10 (1992), Heft 2, S. 177-206.
- Weindling, Paul J.: Epidemics and genocide in Eastern Europe 1890-1945, New York: Oxford University Press 2000.
- Weingart, Peter: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2001.
- Wende, Erich: Carl Heinrich Becker. Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959.
- Wengenroth, Ulrich: Die Flucht in den Käfig: Wissenschafts- und Innovationskultur in Deutschland 1900-1960, in: vom Bruch, Rüdiger / Kaderas, Brigitte (Hrsg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahme zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2002, S. 52-59.

- Westphal, Fritz: Station Eismitte. Alfred Wegeners letzte Grönlandexpedition, Reutlingen: Ensslin & Laiblin 1952.
- Westphal, Wilhelm: Meine Reise nach Leningrad 1922, in: Physikalische Blätter 20 (1964), Heft 12, S. 578ff.
- Wüst, Georg: The major deep-sea expeditions and research vessels 1873-1960. A contribution to the history of oceanography, in: Progress in Oceanography 2 (1964), S. 1-52.
- Wüst, Georg: Ozeanographische Methoden und Instrumente der Deutschen Atlantischen Expedition, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin Sonderband 1828-1928 (1928), S. 66-83.
- Wutzke, Ulrich: Alfred Wegener. Kommentiertes Verzeichnis der schriftlichen Dokumente seines Lebens und Wirkens, (=Berichte zur Polarforschung, Band 288), [Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung], Bremen: Kamloth 1998.
- Zernack, Klaus: "Deutschland und der Osten" als Problem der historischen Forschung in Berlin (1989), in: Geschichtswissenschaft in Berlin im 19. und 20. Jahrhundert. Persönlichkeiten und Institutionen, hrsg. v. Reimer Hansen / Wolfgang Ribbe, (=Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Publikationen der Sektion für die Geschichte Berlins, Band 82), Berlin: Walter de Gruyter 1992, S. 571-593.
- Zierold, Kurt: Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar, Wiesbaden: Franz Steiner 1968.
- Zimmermann, Ludwig. "Die Locarnoverträge als Versuch einer Lösung der Sicherheitsfrage." Studien zur Geschichte der Weimarer Republik. Vol. 6. Erlanger Forschungen. Reihe A: Geisteswissenschaften. Erlangen: Universitätsbund Erlangen e.V., 1956. 48-68.
- Zuerl, Walter, ed. Junkers Flugzeuge und -Motoren. Vol. 5. Steinebach am Wörthsee: Luftfahrt Verlag, 1964.

## Lebenslauf

Geboren am 2. 12. 1967 in München, verheiratet seit 28. Dez. 2006 mit Frau StRefin Dr. Petra Neumeier

## Schulabschluss

Juni 1987 Abitur am Ludwigsgymnasium München (Note 2,2)

## Zivildienst

1987-1989 Wehrpflichtersatzdienst (Zivildienst) im Altersheim „Augustinum“

## Studium

1989-1990 Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Konstanz

1990-1996 Studium der Fächer Sozialkunde und Deutsch für das Lehramt an Gymnasien sowie der Neueren Geschichte, Mediävistik und Neueren deutschen Literatur an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Februar 1997 Magister Artium in Neuerer und Neuester Geschichte, Bildungs- und Universitätsgeschichte des Mittelalters und Neuerer deutscher Literatur (Note 1,33)

## Akademische Tätigkeiten

1997-2004 Promotionsstudium der Wissenschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte bei Prof. Jürgen Renn, Quellenrecherche für die Dissertation

*Fellow (1998/99) am German-American Center for Visiting Scholars, Washington, D.C.*

Assoziiertes Mitglied im Graduiertenkolleg "Naturwissenschaft und Technik" am Münchener Zentrum für Wissenschafts- und Technikgeschichte im Deutschen Museum München

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (2000-2004) in der DFG-Forschergruppe FOR 393 „Wissenschaft und Technik im 20. Jahrhundert“

*Visiting Scholar* (2001) am *Office for History of Science and Technology, Univ. of California, Berkeley, USA*

### **Promotion**

- Februar 2003 Promotion in Neuerer Geschichte bei Prof. Dr. Winfried Schulze, Ludwig-Maximilians-Universität München: "Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft / Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1920-1934. Wissenschaftsförderung und Forschungspolitik in der Weimarer Republik" (Note: magna cum laude)
- 2004 *Post-Doc Fellow* am *German Historical Institute, Washington, D.C.*

### **Staatsexamen und Referendariat**

- 2005 Erstes Staatsexamen für ein Lehramt an Gymnasien in den Fächern Deutsch und Geschichte
- 2005-2007 Vorbereitungsdienst (Referendariat) in den Fächern Deutsch, Geschichte und Sozialkunde an der Seminarschule Justus-von-Liebig-Gymnasium, Neusäß sowie am Michaeligymnasium München (Feb.-Juli 2006) und am Gymnasium Tutzing (Sep 2006 – Feb. 2007)
- 2006 Erstes Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien im Fach Sozialkunde als Erweiterungsfach
28. Juni 2007 Zweites Staatsexamen und Lehramtsbefähigung in den Fächern Deutsch, Geschichte (Note: 1,80) und Sozialkunde (Note: 1,50 ).

### **Schuldienst**

10. Sept. 2007 Eintritt in den Bayerischen Schuldienst als Studienrat z.A. am Gymnasium Tutzing